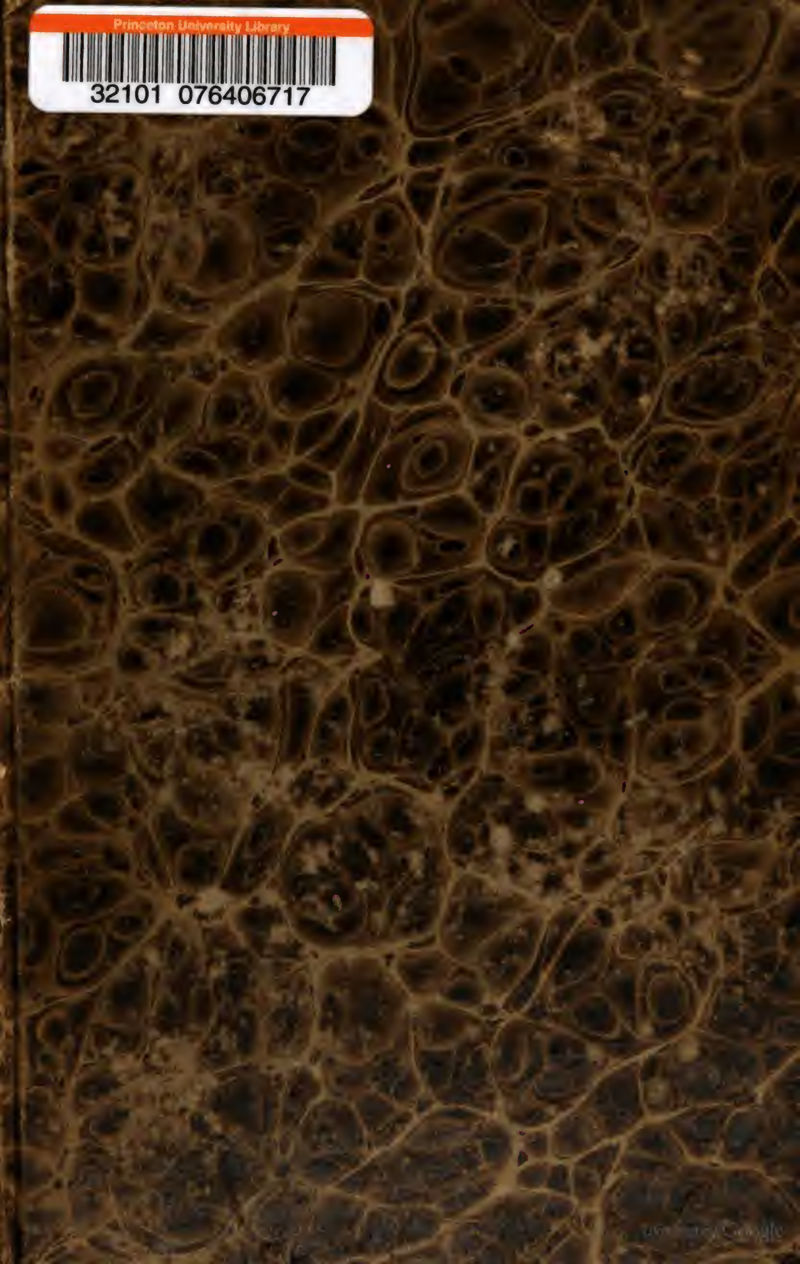


[illegible] ed. with additions



EUROPÄISCHES

VÖLKERRECHT.

VON

JOHANN LUDWIG KLÜBER.

ERSTER BAND.

STUTTGART,

IN DER J. G. COTTA'SCHEN BUCHHANDLUNG.

1821.

Uebersetzung ist dieses Werk auf dem Titel nicht genannt, obgleich es zuerst in französischer Sprache erschien, unter folgendem Titel:

Droit des gens moderne de l'Europe. Par Jean-Louis Klüber. *Tome Ier et Tome II, avec un Supplément contenant une Bibliothèque choisie du droit des gens. à Stuttgart* 1819. *gr. in-8°* Beide Bände zusammen 624 Seiten.

Ein Schriftsteller übersetzt sich nicht, wenn er dieselben Ideen in verschiedenen Sprachen öffentlich mittheilt. Die Gründe, warum es in der genannten Sprache erschien, sind in der Vorrede zu der französischen Ausgabe angegeben. Der Verfasser ahnte damals nicht, dass eine teutsche Aus-

gabe nöthig seyn werde. Er ward, von verschiedenen hohen Schulen Teutschlands her, des Gegentheils belehrt. Er läfst es daher nun auch in teutscher Sprache erscheinen; um so williger, da er, nach Pflicht und Neigung, der edlen teutschen Nation zunächst angehört und stets angehören will. Er giebt es selbst, weil jeder Andere nur eine Uebersetzung hätte liefern können. Dafs manches Neue hinzugekommen sey, wird hier einer Erwähnung kaum bedürfen. *)

*) Unter vielen andern, darf man nur folgende §§. vergleichen: 2 c, 3 d, 22 d, 27 d und f, 31, 49 e, 66, 87 a und c, 105, 107 c, 115, 116 a und h, 133, und ebendaselbst c, d und e, 135 a, 137 c, 142 c und d, 146 a, 164 b, 176 a, und ebendaselbst c, 185, 186 a, 187 c und d, 204, 210 c, 213 b, d und e, 234, 255, und ebendaselbst b, 258, 259, 294 a.

VORREDE

IN DER FRANZÖSISCHEN AUSGABE.

Als der Verfasser dieses Werk begonn, durfte er vielleicht hoffen, etliche Gegenstände der europäischen VölkerrechtsWissenschaft in neues Licht zu stellen, ihr System zu vereinfachen, sie mit manchen Notizen und Bemerkungen zu bereichern, die dem Scharfblick seiner Vorgänger entgangen waren, und hinzuzufügen, was nach ihnen Erfahrung und Umstände darbieten konnten; doch hatte er einen mehr noch empfehlungswerthen und dringenderen Beweggrund. Er glaubte, in Hinsicht auf Diplomatie, das Verdienst verschiedener von seinen Landsleuten erhöhen zu können, wenn er sich bestrebte, zu dem Studium des positiven Völkerrechtes vorzüglich diejenigen seiner Zeitgenossen zu er-

muntern, die in dem Fall seyn möchten, sich einst Staatsgeschäften zu widmen. Zum wenigsten schien ihm nicht überflüssig, in diesem Augenblick die Rechtsgelehrten eben so wohl als die Politiker auf die Nothwendigkeit dieses Theils des Unterrichtes aufmerksam zu machen.

So viel möglich das Ganze der Wissenschaft zu umfassen, ihre Grundsätze klar und bestimmt zu entwickeln, sie zu erläutern durch historische sowohl als literärische Notizen, nützlich insbesondere denen, die einem tiefer eindringenden Studium sich widmen wollen, das war seine Absicht bei diesem Werk.

Das natürliche Völkerrecht war hiebei von grossem Gewicht. Da es einem System des unter den Staaten durch ausdrückliche oder stillschweigende Verträge festgesetzten Rechtes zur Grundlage dienen soll, so kommt es hier zweifach in Betracht. Es füllt die Lücken aus, die nur zu oft in einem System des positiven Völkerrechtes sich zeigen, und so weit ist sein Gebrauch wesentlich. Überdiefs dient es demselben System als Bindemittel, indem nach ihm

die Grundsätze geordnet und an einander gereihet werden.

Wer dem Studium des heutigen europäischen Völkerrechtes sich widmet, würde vergebens mit der Hoffnung sich schmeicheln, von jedem freien Volk, das diesen Theil des Erdballs bewohnt, jeglichen Satz, er sey rechtlich oder geschichtlich, den die Theorie aufzustellen oder zu bewahren nicht verfehlen darf, anerkannt zu sehen. Der Verfasser eines Werkes wie dieses, ist oft verpflichtet sich schlechthin an Abstractionen zu halten, die aus sorgfältiger und unparteyischer Betrachtung des natürlichen Völkerrechtes, aus gewissen Verträgen, und aus manchen Gewohnheiten hervorgehen, die, wenn nicht von allen, doch von den meisten europäischen Staaten angenommen sind. Die aus einer solchen Vergleichung sich bildende allgemeine Theorie, kann daher in einem einzelnen Fall nur so weit Anwendung finden, als sie hier mit dessen besondern Umständen sich verträgt. Da diese Theorie nie in der Art gegründet ist, dafs durch sie die besondern Beziehungen zurückgesetzt würden, die auf Thatsachen oder particuläre Rechtsquellen sich stü-

tzen, so mufs ein Staatsmann überall zuerst die besondern Verhältnisse in das Auge fassen, welche zwischen den in Betracht kommenden Mächten bestehen. Dieser Grundwahrheit ungeachtet, sind die allgemeinen Grundsätze von gröfster Wichtigkeit, und zu keiner Zeit sollte das Studium derselben, von denen, welche die diplomatische Laufbahn wählen, vernachlässigt werden.

Unstreitig kann hier die Rede nur davon seyn, was, dem Rechtsgesetz zufolge, unter freien Völkern beobachtet werden *soll*. Aber verhelen kann man sich nicht, dafs es Fälle giebt, wo Uebermacht eines oder mehrerer Staaten, oder ausserordentliche Ereignisse, gebieterisch Schritte begünstigt haben, wofür man einen zureichenden Grund in dem Völkerrecht vergebens suchen würde. Indefs ist darum nicht minder wichtig, die *Rechte* der Nationen zu kennen; denn was wirklich recht ist, wird zuverlässig einst als solches anerkannt werden; und überdiefs vermag keine Macht, durch willkührliches Benehmen, der Würde des Völkerrechtes etwas zu vergeben. Dem Unrecht huldigen, die zerstörenden Maximen einer solchen

Macht, gleichviel aus welchem Beweggrund, zu Grundsätzen erheben wollen, wovon man nur zu oft, vorzüglich bei neueren Schriftstellern, Beispiele gesehen hat, würde in schwere Verantwortung gegen die Menschheit bringen.

Die Erschütterungen, welche unlängst den europäischen Staaten ein ViertelJahrhundert lang widerfahren sind, werden höchstwahrscheinlich manche Aenderungen oder Modificationen in den Grundsätzen des positiven Völkerrechtes zur Folge haben, deren Festsetzung man vergebens schon von dem wiener Congreſs erwartet hatte; doch hat man alle Ursache zu glauben, daſs diese Aenderungen weder so zahlreich noch so nah seyn werden, daſs darum die Bekanntmachung dieses Werkes zu verschieben wäre. Möge es dazu beitragen, den Zeitpunct ihres Daseyns zu beschleunigen, der nie so nah seyn wird, als der Vortheil der Menschheit und der Staaten es gebietet; vielleicht irret der Verfasser, doch möchte er hoffen dürfen, daſs dieses Werk hiezu als Einleitung dienen könne. Auch geschah es hauptsächlich unter diesem Gesichtpunct, daſs sich

derselbe bestrebt hat, dem Seerecht, vorzüglich demjenigen der Neutralen, eine Entwickelung und eine Aufmerksamkeit zu widmen, die seiner dermaligen Wichtigkeit angemessen ist.

Findet man den Verfasser, wie er angelegentlich wünscht, untadelhaft in Hinsicht auf Wahrhaftigkeit, so werden Manche vielleicht stärkere Farben, einen minder didactischen Ton vermissen. Er gesteht, dafs ihn die Hoffnung verläfst von diesen freigesprochen zu werden, wenn nicht die für einen Lehrbegriff so nothwendige Gedrängtheit, die Menge der Gegenstände, die mit dem geringsten Wortaufwand abzuhandeln, und auf einem möglichst kleinen Raum zu entwickeln waren, vor ihren Augen ihn Entschuldigung finden lassen.

Nur allein die Erwägung einer sich weiter verbreitenden Nützlichkeit, hat den Verfasser veranlassen können sich einer Sprache zu bedienen, die weder die seinige, noch diejenige seines Vaterlandes ist, und es nie seyn soll. Er bedient sich dieser Sprache, nicht sowohl

wie derjenigen der Franzosen, als vielmehr darum, weil nicht nur seine wissenschaftlich gebildeten Landsleute, sondern auch die meisten Diplomaten der übrigen zu Beobachtung des Völkerrechtes ebenmäsig verpflichteten europäischen Nationen, mit derselben vertraut sind. Dieses Geständnifs, diese Absicht, werden ihn entschuldigen, und ihm einiges Recht auf die Nachsicht derer geben, die jener Sprache mächtiger sind als er.

Eine grosse Anzahl literärischer Notizen ist hinzugefügt, viele Controversen der Publicisten sind angeführt worden. Wie ungern auch der Verfasserr hiezu sich entschlofs, so hat er doch geglaubt, sich dessen nicht überheben zu dürfen, in einem Werk, das zugleich bestimmt ist dem Unterricht in einer Wissenschaft zur Grundlage zu dienen, in welcher es von hoher Wichtigkeit ist, die verschiedenen Meinungen und auch die Schriften zu kennen, aus denen man sein Wissen bereichern kann. Dieser festen Ueberzeugung ungeachtet, bekennt er jedoch, dafs er des gröfsten Theils dieser Noten und Citationen sich würde enthalten haben, wenn er sich

blofs Leser französischen Ursprungs gedacht hätte.

Er hat überdiefs geglaubt, als Anhang eine auserlesene Bibliothek für das Völkerrecht hinzufügen zu müssen, um auf die geschwindeste und bequemste Art den bibliographischen Bedürfnissen nicht nur der Anfänger, sondern auch der übrigen zu Hülfe zu kommen. Das alphabetische Verzeichnifs der Schriftsteller, am Schlufs des Buches, wird den Gebrauch dieser Bibliothek erleichtern.

INHALT.

EINLEITUNG.

Vorbereitender Theil.

I. Cap. Begriff, Abtheilung, Quellen, verwandte und Hülfwissenschaften, Methode des Völkerrechtes. §. 1 — 9.

II. Cap. Cultur-Geschichte und Literatur des Völkerrechtes. §. 10 — 19.

ERSTER THEIL.

Die Staaten,

überhaupt, und die europäischen insbesondere.

I. Cap. Begriff, SouverainetätsVerhältnisse, und Vereinigung der Staaten. §. 20 — 28.

II. Cap. Die europäischen Staaten. §. 29 — 35.

ZWEITER THEIL.

Rechte der europäischen Staaten unter sich.

ERSTER TITEL.

Unbedingte Rechte.

I. Cap. Recht der Selbsterhaltung. §. 36 — 44.
II. Cap. Recht der Unabhängigkeit. §. 45 — 88.
III. Cap. Recht der Gleichheit. §. 89 — 122.

ZWEITER TITEL.

Bedingte Rechte.

ERSTER ABSCHNITT.

Rechte in Absicht auf friedliche Verhältnisse.

I. Cap. Recht des Staatseigenthums. §. 123 — 140.
II. Cap. Recht der Verträge. §. 141 — 165.
III. Cap. Recht der Unterhandlungen, insonderheit durch Gesandte. §. 166 — 230.

ZWEITER ABSCHNITT.

Rechte in Absicht auf feindliche Verhältnisse.

I. Cap. Recht des Kriegs. §. 231 — 278.
II. Cap. Recht der Neutralität. §. 279 — 316.
III. Cap. Recht des Friedens. §. 317 — 329.

ANHANG.

Bibliothek für das Völkerrecht.

EUROPÄISCHES
VÖLKERRECHT.

EINLEITUNG.
VORBEREITENDER THEIL.

ERSTES CAPITEL.
BEGRIFF, ABTHEILUNG, QUELLEN, VERWANDTE UND HÜLFWISSENSCHAFTEN, METHODE DES VÖLKERRECHTES.

§. 1.

Begriff und Arten des Völkerrechtes.

Unabhängige Staaten führen als moralische Personen, in ihrem gegenseitigen Verhältniſs, den Namen freie *Völker a*). Der Inbegriff ihrer wechselseitigen vollkommenen Rechte, das Recht der *Staaten* im Verhältniſs zu einander, heiſst *Völkerrecht* (jus gentium, droit des gens, Staatenrecht, jus civitatum inter se). So weit diese Rechte aus der Natur ihrer gegenseitigen Verhältnisse fliessen, ist das Völkerrecht *natürliches* oder allgemeines (jus gentium naturale s. universale): *positives b*) (jus gentium positivum, so fern es sich gründet auf Uebereinkunft, ausdrückliche

oder stillschweigende *c*). Wissenschaftlich kann das positive Völkerrecht, sowohl eines einzelnen Staates, als auch mehrerer Staaten zusammen, namentlich der europäischen *d*), abgehandelt werden. Obgleich weder alle Völker einen allgemeinen Weltstaat (§§. 15, 24 u. f.), noch die europäischen insbesondere eine VölkerRepublik bilden, so ist doch gewifs, dafs die letzten einander einen gewissen Inbegriff von Rechten einräumen, und dafs sie, in dieser Hinsicht, sich in einer bestimmten Rechtsgemeinschaft befinden. Es ist also das Daseyn eines europäischen Völkerrechtes eben so einleuchtend, als die Nothwendigkeit und Nützlichkeit seiner wissenschaftlichen Bearbeitung *e*).

§. 2.

a) Das Wort *Volk* (Nation) wird in dreifachem Sinn genommen, in dem metapolitischen, staatsrechtlichen, und völkerrechtlichen. Vergl. unten, §. 20, und J. Th. Roth's Archiv für das Völkerrecht, Heft I, S. 1—12.

b) Von Einigen auch droit politique oder jus politicum, von Andern freiwilliges oder willkührliches VR., jus gentium voluntarium, jus foederum, usus gentium, genannt.

c) Ueber die Abtheilung des VR. sind die Meinungen verschieden. Einige nehmen ausser dem natürlichen, *drei* Arten des positiven VR. an; willkührliches d. h. freiwilliges (voluntarium), conventionelles (pactitium), und GewohnheitsVölkerrecht (consuetudinarium). Das letzte kann für wahres Völkerrecht nur dann gelten, wenn es nicht auf blossem Völkergebrauch, sondern auf stillschweigenden Verträgen beruht. Der ersten Art fehlt der wesentliche Charakter eines Zwangrechtes. — Andere unterscheiden überhaupt: 1) blofs natürliches Völkerrecht; 2) modificirtes natürliches VR., welches auf der vermutheten Einwilligung polizirter Völker beruhe; 3) Ge-

3) GewohnheitsVR.; 4) VertragVR. D. H. L. Frhrn. v. Ompteda's Literatur des VR., S. 8 ff. v. Kamptz neue Literatur des VR., S. 28 f. — Noch Andere theilen das VR. in 1) natürliches oder philosophisches, dieses in nothwendiges oder ursprüngliches (necessarium s. primarium) und freiwilliges (voluntarium s. secundarium); 2) willkührliches oder positives. C. G. Günther's europ. Völkerrecht in Friedenszeiten, Th. I, S. 4 ff. — Noch andere Eintheilungen ebendas. S. 22 f.

d) Das positive VR. der europäischen Staaten, nennen Einige *practisches* europäisches VR., jus gentium europaearum practicum. — Der osmanische Staat erkennt dasselbe nicht durchgehends; wohl aber, aufserhalb Europa, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, zufolge ihrer ausdrücklichen Erklärung, und der Regent von Brasilien, jetzt König des vereinigten Königreichs Portugal, Brasilien, und der beiden Algarbien. Vergl. Günther a. a. O. Th. I, S. 27 f. u. 31, Note *. De Martens recueil des principaux traités, T. IV, p. 196 et suiv. — Von dem VR. des teutschen Bundes, s. Klüber's öffentliches Recht des teutschen Bundes, §. 9. — Von dem teutschen Völkerrecht zur Zeit des teutschen Reichs, s. Schriften unten im Anhang, §. 28.

e) G. F. v. Martens Progr. v. der Existenz eines positiven europäischen Völkerrechts und dem Nutzen dieser Wissenschaft. Gött. 1787, und in J. C. Koppe's niedersächs. Archiv für die Jurisprudenz, Bd. I, (1788. 8.), S. 82 — 95. — Schriften von der Nothwendigkeit und dem Nutzen des VR., s. bei v. Kamptz a. a. O., S. 29 f.

§. 2.

Verhältnifs des VR. zu dem Staatsrecht, zu der VölkerMoral, Convenienz, und Staatsklugheit, und zu dem Völkergebrauch.

I) Jede obligatorische Beziehung eines Staates, in dieser Eigenschaft, entweder zu andern Staaten, oder zu seinen Bürgern, heifst eine *öffentliche*. Der Inbegriff aller dieser obligatorischen Beziehungen, bildet das *öffentliche*

Recht überhaupt. Daher ist das Völkerrecht, auch das natürliche, ein Theil des öffentlichen Rechtes *a*). Das natürliche Völkerrecht, das Recht der Einzelnen im Stande der Natur, zweckmäsig angewandt auf das Verhältniſs der Staaten unter sich *b*), gehört zu dem allgemeinen oder natürlichen öffentlichen Recht. Das wechselseitige obligatorische Verhältniſs zwischen dem Staat, als solchem, und seinen Bürgern, wird bestimmt durch das *Staatsrecht:* dasjenige zwischen dem Staat, als solchem, und einzelnen Menschen ausserhalb derselben Staatsverbindung, durch das *Privatrecht c*). II) Das Völkerrecht begreift nur Zwangrechte unter sich. Es fordert nur Legalität, nicht Moralität, nicht Schicklichkeit, nicht Klugheit, nicht blosse Gebräuche ohne moralische Nothwendigkeit. Es ist also wesentlich verschieden, von *VölkerMoral d*) (droit interne), deren Beobachtung ein Staat nur sich selbst schuldig ist, von *Convenienz* (decorum gentium, règles de convenance), von *Staatsklugheit e*) (Politik), von *Völkergebrauch* (usus gentium, simple usage); wiewohl diese in dem Völkerrecht nicht selten erläuternd, immer wissenswerth sind.

a) Das öffentliche Recht theilt sich ab, in Staatsrecht und Völkerrecht. Einige begreifen beides unter dem Namen Staatsrecht, und unterscheiden dann auswärtiges und inneres Staatsrecht; das erste ist Völkerrecht.

b) Dieses hat ihm bei Einigen die Benennung *Privat*-Völkerrecht verschafft. Crome's und Jaup's Zeitschrift: Germanien, Bd. II (Giesen 1809. 8.), S. 231 f.

c) Vergl. unten, §. 141, Note *c*, und §. 259, Note *a*. — Einige rechnen auch das obligatorische Verhältnifs eines Staates zu *einzelnen* Menschen, die nicht seine Unterthanen sind, als solchen, zu dem Völkerrecht. Man s. aber v. Ompteda a. a. O. I. 6 u. 7, Note *b*. — Auch der Rechtszustand zwischen dem Staat und einzelnen Unterthanen desselben, gehört, so weit er auf *Privat*verhältnisse sich bezieht, zu dem Privatrecht; wie derjenige, welcher sich gründet auf Privatverhältnisse mit einzelnen Menschen, die nicht seine Unterthanen sind. Vergl. unten, §. 141, Note *c*.

d) Ueber das Verhältnifs zwischen Moral und Politik, s. die Schriften bei v. Kamptz a. a. O., S. 97 f.

e) Was in dem wechselseitigen Verkehr der Privatpersonen Klugheit heifst, wird in demjenigen der Staaten *Politik* genannt. Diese ächte Politik darf nicht verwechselt werden mit der Kunst, Ränke zu schmieden, und mit jener Trugsucht, die auf Kosten der Gerechtigkeit und Billigkeit nur eigenem Vortheil fröhnt. Hier waltet Arglist, verwerflich bei Regenten nicht minder als bei Privatpersonen. Nur *eine* wahre Politik giebt es; diejenige, die sich nie entfernt von den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit, welche die Unabhängigkeit, das Eigenthum, und alle Rechte Anderer ehrt, welche gewissenhaft die schützenden und verhütenden Formen beobachtet. Es ist dieselbe, deren Anwendung die *heilige Allianz* (Sainte-Alliance) gebietet, die zu Paris am 26. Sept. 1815 durch die Monarchen von Oestreich, Rufsland und Preufsen persönlich geschlossen ward, und welcher fast alle christlichen Staatsregierungen von Europa beigetreten sind. Man s. unten, §. 146 u. 329.

§. 3.

Quellen des VR. der europäischen Staaten.

1) *Verträge.*

Die *Quellen* des Völkerrechtes der europäischen Staaten, sind folgende. I) *Verträge* der Staaten unter sich, sowohl *ausdrückliche a)* als auch *stillschweigende b)*. Die letzten gründen

sich auf sprechende Handlungen der Interessenten *c*). Beide Arten von Verträgen, begründen zusammen das eigentlich so genannte *Vertragrecht* der Völker. Ausdrückliche allgemeine Verträge der europäischen Staaten, giebt es nicht; aber oft ist wichtig, bald die Gleichheit, bald die Aehnlichkeit der Grundsätze wahrzunehmen, von welchen die Mächte bei ihren Verträgen ausgegangen sind. Erst die neueste Zeit hat etliche Beispiele von Verträgen geliefert, zu deren Beobachtung fast alle europäischen Staaten ausdrücklich sich verpflichtet haben *d*). Rechte der Völker, welche sich gründen auf stillschweigende Verträge oder Rechtsgewohnheiten, werden auch *Herkommen* oder *Gewohnheitsrecht* der Völker (jus gentium consuetudinarium) genannt. In dem Völkerrecht unterscheidet sich dieses nicht von *Observanz*, wohl aber von blossem *Völkergebrauch* (§. 34 f.), womit ein Zwangrecht nicht verbunden ist *e*). Blosse *Vermuthung* kann unter unabhängigen Staaten kein Recht begründen, also auch keinen Vertrag *f*). Eben so wenig eine *Fiction g*), so fern ihr nicht durch Vertrag eine solche Wirkung beigelegt ist.

a) *Sammlungen* der Staatsverträge sind unten, in dem Anhang zu diesem Werk, §. 5 ff. angeführt. In den meisten europäischen Staaten werden die neuen Staatsverträge jedesmal durch besondere amtliche Abdrücke, auch durch die Staats- oder Regierungsblätter, Gesetzsammlungen u. d., bekannt gemacht.

b) Huld. ab Eyben diss. de jure inter et intra gentes scripto et

non scripto. Giess. 1661. und in dessen Operib. I. 13 sqq. J. W. Hoffmann diss. de observantia gentium. Viteb. 1736. rec. Francof. ad Viadr. 1758. 4. A. F. Reinhardt von den Wirkungen der stillschweigenden Einwilligung zwischen freien Völkern; in dessen Samml. jurist. philosoph. und krit. Aufsätze (1775), St. V, S. 307 ff. v. Kamptz neue Lit., §. 240 f. — Von dem *Beweise*, den *Eigenschaften*, und der *Wirkung* des Herkommens, s. Klüber's öffentliches Recht des teutschen Bundes, §. 58 ff. — In einer Menge von europäischen Staatsverträgen, zeigt sich über viele Gegenstände so grofse *Uebereinstimmung*, dafs einer dem andern sichtbar zum Muster gedient hat, dafs folglich jener bei diesem zuweilen als Erklärungsmittel dienen kann.

c) Erfordernisse dieser stillschweigenden Handlungen und des Herkommens; s. Günther a. a. O. I, 18. 28 ff. J. J. Burlamaqui principes ou élémens du droit politique (à Lausanne 1784. 8.), P. I, ch. I, §. 11 et 12. Schmalz europ. Völkerrecht, S. 45.

d) Z. B. der Acte final du congrès de Vienne, die heilige Allianz (Sainte-Alliance), und der wiener Allianz-Vertrag wider Buonaparte und seine Anhänger, vom 25. März 1815.

e) Blofser Völkergebrauch ist die Sitte, diplomatischen Agenten am Schlufs ihrer Sendung (§. 225), und Unterhändlern nach Abschliefsung eines Staatsvertrags, Geschenke zu machen. So auch die ehemalige Sitte, den fremden Gesandten freie Zehrung zu geben (§. 170 *b*). Andere Beispiele unten, §. 34, 35, 49, 90, 113—122, 136, 139 *a*, 228 *c*, 239, 243 ff.

f) Etliche verstehen unter Herkommen oder Gewohnheitsrecht der Völker, einen so genannten *vermutheten* Vertrag (conventio praesumta). Von Martens Einl. in das positive europäische VR., §. 2 f., 40, 59 u. 60. Die Einwilligung in eine solche HandlungsNorm sey zu *vermuthen* von jedem Volk, das zu der Classe gesitteter Völker, gezählt werden wolle. Grotius de jure belli et pacis, proleg. §. 17. Wolf jur. gent., in praefat. De Vattel, droit des gens, prélimin. §. 21. Günther a. a. O. Th. I, §. 4. — Auf diese präsumtive Einwilligung aller civilisirten Völker, gründen sie ein Recht, das einige Neuere *modificirtes* natürliches VR. nennen. v. Ompteda a. a. O. I. 9. — Das ganze VR. baut auf vermuthete Einwilligung der Völker, der ungenannte Verfasser des Buchs De jure generis humani vel divisi in gentes, etc. (Stuttg. 1811. 8.), p. 39.

g) Wie das römische Recht in der *Fiction* bei Quasi-Contracten, nehmen Etliche Einwilligung der Völker zu gewissen Gewohnheiten an, weil dieselbe ihrem Interesse gemäfs sey. Man s. aber Günther a. a. O. I. 17.

§. 4.

2) *Analogie.*

II) Eine zweite Quelle ist die *Analogie;* eine aus positiven völkerrechtlichen Bestimmungen, für *ähnliche* oder für *entgegengesetzte* Fälle (durch Argumente a simili aut a contrario, von Harmonie oder Disharmonie völkerrechtlicher Bestimmungen), abgeleitete Handlungsvorschrift *a*). Nur subsidiarisch, wenn es an unzweifelhaften vertragmäsigen Bestimmungen fehlt, ist sie anwendbar. Durch Analogie können nicht nur mangelhafte, oder unvollständige vertragmäsige Bestimmungen ergänzt, sondern sogar neue begründet werden. Auch kann sie als Auslegungsregel dienen *b*).

a) Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 61 — 64.

b) Die *Induction* ist anders nichts als ein analogisches Product.

§. 5.

3) *Natürliches Völkerrecht.*

III) So oft weder Verträge noch Analogie für das Rechtsverhältnifs unter unabhängigen Staaten hinlängliche Bestimmung liefern, mufs dieselbe aus dem *natürlichen Völkerrecht* *a*) genommen werden. Auch ist dieses ein wichti-

ges Hülfsmittel für Theorie und Lehrvortrag des positiven Völkerrechtes, und bei Anwendung desselben.

a) Oben §. 1. Schriften davon, unten in dem Anhang, §. 26 u. f.

§. 6.

Ueber Verjährung, Besitzstand, Staatsvortheil, Gleichgewicht.

Verjährung, ein Erzeugniſs des positiven Privatrechtes, findet, ohne vertragmäsige Bestimmung, unter unabhängigen Staaten nicht statt *a*). Wohl aber ist der *Besitzstand* (uti possidetis, favor possessionis) zu achten *b*), bis man rechtmäsig zu den Waffen geschritten, oder der Streit auf völkerrechtliche Art beendigt ist. Blosser *Staatsvortheil* (StaatsInteresse, intérêt de l'état), so genanntes *ConvenienzRecht* (droit de convenance), hat nur politisches Gewicht *c*). Auch das *Gleichgewicht d*), das politische, eine unbestimmte Idee unter augenblicklichem Einfluſs der Convenienz, hat nicht die Natur einer völkerrechtlichen Entscheidungsquelle.

a) Günther a. a. O. I. 35. Note *. Neyron principes du droit des gens européen, §. 292 sqq. J. R. Kugler diss. vindiciae juris nat. et gent. contra usucapionem. Argent. 1779. 4. Leop. F. Fredersdorf's Versuch, ob die Usucapion unter freien Völkern statt finde? Braunschw. 1785. 8. — Anders, de Real in s. Science du gouvernement, T. V, ch. 4, Sect. 5. — Schriften über diese Controvers, in v. Ompteda's Lit. II. 512. u. in v. Kamptz neuer Lit., §. 150. — Von der *ImmemorialPräscription* unter unabhängigen Staaten, s. C. E. Wächter diss. de modis tollendi pacta inter gentes (Stuttg. 1779. 4.), §. 39 — 43.

b) Schmalz europ. Völkerrecht, S. 208 — 210.

c) J. J. Moser's Beiträge zum europ. VR. in Friedenszeiten, I. 8. Günther I. 33. — Von dem *römischen* und *canonischen* Recht, ebendas. I. 35. — Die Systeme von *Abrundung* (Arrondirung) und von *natürlichen* und *militärischen Grenzen*, welche nicht selten aufgestellt wurden, beruhen fast immer auf blosser Convenienz. Unbestimmtheiten zulassend, die der Stärkere zum Nachtheil des Schwächeren zu benutzen weifs, sind sie ohne Grenzen.

d) Hievon unten, §. 42.

§. 7.

Verwandte Wissenschaften.

Das Völkerrecht, als Wissenschaft betrachtet, ist ein Theil der *Diplomatie*, eines Inbegriffs wissenschaftlich geordneter Kenntnisse und Grundsätze, für richtige und geschickte Betreibung öffentlicher Geschäfte unter Staaten *a*). Man lernt die Diplomatie bei dem Studium der so genannten politischen oder Staatswissenschaften, der *Staatengeschichte b*), besonders der drei letzten Jahrhunderte, der *Politik c*), der *Statistik d*), der *Staatswirthschaft* und *NationalOekonomie* oder Gewerbkunde *e*), der *Kriegskunde f*), sowohl Heerkunst (Taktik) als auch Heerleitung (Strategie), vorzüglich aber des *Staats*- und *Völkerrechtes g*), des natürlichen und positiven, der *politischen NegociationsKunst h*), und der *StaatsPraxis i*), mit Inbegriff der *Geheimschreibekunst k*) (Chiffrir- und DechiffrirKunst). Fast allen diesen Wissenschaften liegt die Geschichte zum Grunde, so viel das

Empirische betrifft; dann die Wissenschaft von dem Staat, dieser als Idee betrachtet. Alle beziehen sich entweder auf Rechtmäsigkeit, oder auf Zweckmäsigkeit.

a) Eine andere Definition giebt Jos. Max. Frhr. v. Liechtenstern, in s. Abh. über den Begriff der Diplomatie und die nothwend. Eigenschaften des Diplomatikers (Diplomaten); in Ebendess. Anzeiger des cosmographischen Büreau (2. Aufl. Wien 1814. 8.), S. 105 — 111.

b) Man s. die in dem Anhang, §. 35 — 39, angeführten Schriften.

c) So heifst der Inbegriff von Grundsätzen, nach welchen ein Staat gegründet, eingerichtet, und regiert werden soll; also, die Lehre von dem Zweck der Staatsverbindung, und von den Mitteln, denselben zu erreichen. Der Weg in das Gebiet der Politik (Staatslehre, Staatskunst, Lehre der Staatsweisheit oder Staatsklugheit, Politique, Science de gouvernement, Political-Philosophy), ist zu nehmen durch die Gebiete der Pflichtenlehre, des Naturrechtes der einzelnen Menschen, und des allgemeinen Staatsrechtes. Man vergl. oben, §. 2, Note *d*, und Schmalz europ. Völkerr., S. 6 ff. u. 43. — Lehrbücher der Politik, von Achenwall, Rössig, Behr, A. H. Müller, Luden, Ge. v. Seckendorf. Aufser diesen noch Schriften von Macchiavelli, Mazarini, Joh. v. Müller, L. Muratori, J Craig, u. a. Ueberhaupt s. man Joh. Wilh. Placidus (Petersen) Literatur der Staatslehre. I. Abth. Strasburg (Stuttgart) 1798. 8. — Vorzüglich die Staatswissenschaften haben zwei Seiten, eine *juristische* und eine *politische*. J. F. Reitemeier über das Studium der Staatswissenschaft (Berl. 1791. 8.), S. 12 ff.

d) Lehrbücher von Meusel (1817), Milbiller, Mannert, Sprengel, und Werke von Toze, Crome, Randel, Ockhart, Hassel, Liechtenstern, u. a. Ueberhaupt s. man J. G. Meusel's Literatur der Statistik. Bd. I u. II. Leipz. 1806 u. 1807. 8. u. A. F. Lueder's Kritik der Statistik u. Politik. Gött. 1812. 8.

e) Werke von Ad. Smith, v. Heynitz, Niemann, Playfair, Sartorius, Lauderdale, C. J. Kraus, Say, L. H. Jacob, Simonde de Sismondi, Lueder, Ganilh, Ch. v. Schlözer, Canard, Leop.

Krug, F. B. Weber, Th. Schmalz, Dutens, Hufeland, Lotz, A. H. Müller, v. Cölln, A. W. v. Leipziger, H. Storch, Harl, u. a.

f) Werke von Feuquieres, Lloid, Venturini, Jos. Theobald, Heinr. v. Bülow, Aug. Wagner, Aster, Erzherzog Carl von Oestreich, Rogniat. Die Strategie, von J. v. X. München 1818. 8.

g) Die vorzüglichsten Werke über das Völkerrecht, sind unten in dem Anhang genannt. Diejenigen über das Staatsrecht der verschiedenen Staaten von Europa, werden angeführt in Pütter's Literatur des teutschen Staatsrechtes, und in Klüber's neuer Literatur des t. Staatsrechtes. Auch s. man die unten, §. 30, Note *a*, angef. Schriften.

h) Man s. die Werke von Vera et de Cuniga, de Callières, de la Sarraz du Franquesnay, Pecquet, Digges, Mably, u. a., welche unten §. 168 angeführt sind.

i) Schriften, unten §. 111, Note *a*.

k) Klüber's Kryptographik. Mit Kupfern. Tübingen 1809. gr. 8.

§. 8.

Hülfwissenschaften.

Hülfswissenschaften sind: *Erdbeschreibung a*) (Geographie), *Urkundenlehre b*) (Diplomatik), nebst der urkundlichen Zeitkunde *c*) (Chronologie), *Wappenkunde d*) (Heraldik), *Geschlechtkunde e*) (Genealogie), *Auslegungskunst f*) (Hermeneutik). Auch sind wichtig für den Diplomaten: die fleisige Lesung *politischer Zeitschriften g*), die Beobachtung der *Staatsvorfälle*, der *Umgang* mit Staatsbeamten, auch mit andern unterrichteten und ausgezeichneten Personen.

a) Werke von Büsching, Normann, Fabri, Gaspari, Stein, Malte-Brun, u. a.

b) Lehr- und Handbücher von Gatterer, Gruber, Schönemann, Mereau, von Schmidt genannt Phiseldeck, Mabillon, le Moine et Batheney, u. a. F. A. Huch's Literatur der Diplomatik. Erlangen 1792. 8.

c) D. H. Hegewisch Einleitung in die Chronologie. Altona 1811. 8. F. Schoell élémens de chronologie historique. Paris 1812. 2 vol. in-18°.

d) Lehrbücher von Reinhard und Gatterer. Gröfsere Werke sind: P. F. Speneri opus heraldicum. T. I. 1680. T. II. 1690. fol. (J. C. Siebenkees) Erläuterungen der Heraldik, nach Gatterer. Nürnb. 1789. Fol. J. C. Gatterer's practische Heraldik. Gött. 1791. 8.

e) Lehrbücher von Will und Gatterer. Stammtafeln von Hübner, Biedermann, Pütter, Koch, Gebhardi, Voigtel. Zu Frankfurt bei Varrentrapp erschien von 1742 bis 1805, jährlich in zwei Octav-Bänden: Genalogisches Reichs- und Staats-Handbuch; im J. 1811 erschien wieder ein erster Theil desselben. Man s. auch G. Hassel's allgem. europäisches Staats- und Adrefs-Handbuch. Weimar Th. I. 1816. Th. II. 1817. 8.

f) Schriften von Eckhard, Conradi, Wittich, Sammet, Zachariä. Man s. auch Pütter's Literatur des t. Staatsrechtes, Th. III, S. 304. Klüber's Literatur des t. Staatsr., §. 287.

g) Ein Verzeichnifs unten im Anhang, §. 39.

§. 9.

Methode.

In dem Lehrvortrag des Völkerrechtes der europäischen Staaten, sind die Grundsätze nach einem einfachen systematischen Plan, aus Verträgen, ausdrücklichen und stillschweigenden, aus der Analogie, und aus der Natur der wechselseitigen Staatenverhältnisse, kurz, bestimmt, und leicht fafslich zu entwickeln, und aus der Geschichte, so weit möglich, zu erläutern; beides

ohne Vorurtheil, Hypothesensucht, Partei- und Sectengeist, ohne Mifsbrauch rationaler Formen und metaphysischer Speculationen. Die dogmatisch-historische LehrMethode verdient den Vorzug vor der blofs dogmatischen, mehr noch vor der blofs historischen, am meisten vor der blofs raisonnirenden *a*). Reine Wahrheitsliebe, Unbefangenheit, Nüchternheit des Urtheils, verbunden mit edler, anständiger Freimüthigkeit, müssen überall vorherrschen. Controversen *b*) und Erläuterung durch merkwürdige Staatsvorfälle *c*), bleiben hauptsächlich dem mündlichen Vortrag vorbehalten.

a) Schriften in v. Ompteda's Lit. II. 379. v. Kamptz neue Lit. §. 1 ff., 26 u. 30 ff.

b) v. Kamptz a. a. O. §. 53.

c) Von dem Werth der Beispiele, s. Moser's Versuch des neuesten europ. VR. I. 28. Ueber politische Erfahrungen; in der Minerva, Sept. 1813, S. 487 — 498.

ZWEITES CAPITEL.

CULTURGESCHICHTE UND LITERATUR DES VÖLKERRECHTES.

A) CulturGeschichte.

§. 10.

I) Gebrauch des Völkerrechtes in Europa.

Aeltere Periode.

Bei den wichtigsten Gegenständen des Völkerrechtes, bei Rechtsverletzungen, Kriegen, Bündnissen, Absendung eigener, Aufnahme und Behandlung fremder Gesandten, war in der *alten Welt*, so weit man die Ereignisse nach Ursachen und Zusammenhang zu ergründen vermag, die Handlungsweise der Staaten so verschieden, so ungleich, daſs man weder in Fällen des Rechtsverhaltens auf ein deutliches Bewuſstseyn von Grundsätzen des Völkerrechtes, noch bei Rechtsverletzungen auf ein wider besseres Wissen begangenes Unrecht, immer mit Sicherheit schliessen kann. So wird dem Tadel der *Israeliten*, wegen mancher Kriege und Erbfeindschaft, hauptsächlich die erhaltene höhere Vorschrift entgegengesetzt *a*). Aus klarer Einsicht des Rechtes und des wohlverstandenen Staatsvortheils, scheint das Rechtsverhalten der *griechischen Staaten*, in ihrem auswärtigen Verhältniſs, geflossen zu

seyn *b*). Doch verräth wenigstens noch grössere Aufmerksamkeit auf das Völkerrecht, bei den *Römern*, zur Zeit der freien Republik, die Anordnung eines eigenen Departements der auswärtigen Angelegenheiten, des Collegii der Fecialen; ein Ruhm, der durch die nachherige Handlungsweise der Regierung, schon während der innern bürgerlichen Kriege, mehr noch später durch Annahme eines Eroberungs- und UnterjochungsSystems, sehr verdunkelt ward *c*).

a) J. D. Michaelis mosaisches Recht, Th. I, §. 19 ff. u. 61. Schriften bei v. Kamptz a. a. O. S. 54.

b) v. Ompteda a. a. O. I. 141 ff. v. Kamptz a. a. O. S. 54 ff.

c) v. Ompteda a. a. O. I. 142 ff. 3787. Schriften bei v. Kamptz a. a. O. S. 56. Die unten im Anhang, §. 35, angef. Histoire des anciens traités, par Mr. Barbeyrac.

§. 11.

Mittlere Periode.

Die Staatsereignisse in dem Zeitraum der *Völkerwanderungen*, verriethen eben so viel Unkunde des Völkerrechtes, als rechtwidrigen Willen. In dem eigentlich so genannten *Mittelalter*, läſst das gegenseitige Benehmen der europäischen Völker, auf einen verminderten Grad von Rohheit und Rechtwidrigkeit schliessen. Sehr wahrscheinlich, hat man dieses grossentheils dem Einfluſs der christlichen Religion auf Denkungsart der Machthaber und auf öffentliche Meinung *a*) zu danken; zum Theil auch dem da-

maligen Ansehen der Päpste, und ihrem hierarchischen System. Weniger mag, in dieser Hinsicht, die lang und weit verbreitete Idee von einem allgemeinen Staatenbunde der christlichen Mächte *b*), gewirkt haben, da sie zunächst auf Unfrieden mit nichtchristlichen Staaten, hauptsächlich in dem Zeitraum der Kreuzzüge, sich bezog.

a) Tyge Rothe's Wirkung des Christenthums auf den Zustand der Völker in Europa. Aus dem Dänischen. Copenhagen 1775 — 1782. Th. I — IV. 8. Schmalz europ. Völkerrecht, S. 14 ff.

b) Grotius de J. B. et P. lib. II. c. 15. §. 12. Leibnitz in praefat. ad. Cod. jur. gent. diplomat. J. P. Ludewig diss. de jure reges appellandi, c. II. §. 6.; auch in dessen Opusc. miscell. I. 45.

§. 12.

Neuere Periode.

Die Unterdrückung der päpstlichen Anmassungen über die weltlichen Regenten, hauptsächlich seit der baseler Kirchenversammlung, kann für die AnfangsEpoche des positiven Völkerrechtes der europäischen Staaten gelten. Seit dem Anfang des XVI. Jahrhunderts, ward der politische Verkehr der europäischen Staaten lebhafter. Ereignisse, besonders in der Regierungszeit Carls V. und Heinrichs IV., und vorherrschende Klugheit, veranlafsten Staatsverträge. Die christlich-kirchliche Spaltung, das Handels-Interesse, die stehenden Kriegsheere, der lange,

stark besuchte westphälische FriedensCongrefs, die beständigen Gesandschaften, die durch den häufigen Gebrauch der Buchdruckerkunst vermehrte Oeffentlichkeit der Staatsverhandlungen, weckten und unterhielten die Aufmerksamkeit der Cabinete auf die europäischen Staatenverhältnisse. Folgen hievon waren: fast immerwährende *Unterhandlungen*, häufige und reichhaltige *Staatsverträge*, allgemeinere *Anerkennung* des *natürlichen* Völkerrechtes, laute, mit Rechtsgründen unterstützte *Beschwerden* der Verletzten und Unterdrückten, öffentliche *Vertheidigung* dawider von Seite ihrer Gegner, die eben dadurch, dafs sie wenigstens den Schein des Rechtes für sich in Anspruch nahmen, das Daseyn eines Völkerrechtes anerkannten, und die durch Heurathen entstandene Verwandschaft fast aller Regentenhäuser in Europa, die sie fast alle gleichsam zu *einer* Familie vereinigt. Die französische Revolution, mit ihren Folgen, lieferte reichen Stoff zu Beobachtungen, Belehrung, Besorgnissen und Maasnehmungen. Die letzten Resultate dieses ereignifsvollen Zeitraums, scheinen der Folgezeit vorbehalten zu seyn *a*).

a) J. G. Büsch Grundrifs einer Geschichte der merkwürdigsten Welthändel neuerer Zeit (4. Ausg. von G. G. Bredow. Hamb. 1810. gr. 8.), S. 42 ff. An enquiry into the Foundation and history of the law of nations in Europa, from the time of the Greeks and Romans to the age of Grotius; by Robert Ward. Lond. 1795. T. I. II. 8. Nic. Vogt's histor. Darstellung des europ. Völkerbundes. Frankf. Th. I. 1808. 8. Robertson's Ge-

Geschichte Kaiser Carls V., Th. I, S. 172. Man s. auch die Einleitung in A. H. L. Heeren's Handbuch der Geschichte des europäischen StaatenSystems. — Ueber den Einfluſs der französischen Revolution, insbesondere der Eroberungssucht und der Usurpationen Napoleon's Buonaparte, auf Politik und Völkerrecht, s. man Benjamin Constant de Rebecque, de l'esprit de conquète et de l'usurpation, dans leurs rapports avec la civilisation européenne. (Sine loco) 1814. 8. Teutsch übersetzt unter folg. Titel: Ueber Eroberungsgeist und Usurpation, im Verhältniſs zur neu-europäischen Bildung; von B. Constant. 1814. 8. De la restauration politique de l'Europe et de la France; par M. de Flassan. Paris 1814. 8. Ans. v. Feuerbach, die Weltherrschaft, das Grab der Menschheit. München 1814. 8. C. H. K. A. v. Kamptz Beiträge zum Staats- und Völkerrecht, Bd. I, S. 95—112.

§. 13.

II) *Wissenschaftliche Bearbeitung des VR.*

Vor Grotius.

Was vor Grotius für die Völkerrechts*Wissenschaft* geschah, war Stückwerk, und auch dieses meist ohne feste Begründung. Aristoteles und Plato beschäftigten sich einigermaſsen mit dem rechtlichen Verhältniſs der Staaten. Die griechischen Geschichtschreiber, die römischen Philosophen, Rechtsgelehrten, Gesetzgeber, liefern wenige, zerstreute Bemerkungen darüber *a*). Sehr ungünstig für wissenschaftliche Ausbildung des Völkerrechtes, waren in dem Mittelalter, das Ansehen der unpassenden Aussprüche der Kirchenväter *b*), die überwiegende politische Wichtigkeit der Päpste, die abentheuerliche Grille von einem Dominio mundi und Imperio christia-

nitatis der römischen Kaiser, die Alleinherrschaft der scholastischen Philosophie *c*), der Mangel allgemeiner wissenschaftlicher Cultur und der Buchdruckerkunst, das Faustrecht. Einige Lichtfunken für die Wissenschaft des Völkerrechtes, besonders für deren Befreiung aus dem Joch der Päpste, sprangen aus Reibungen zwischen der päpstlichen und weltlichen Macht; mehr noch, späterhin, aus Luther's und Zwingli's Reformation *d*). Doch nahm man, in streitigen Fällen, noch oft Zuflucht zu Grundsätzen des römischen und canonisch-päpstlichen Rechtes, zu Gutachten der Legisten und Decretisten, und selbst der Gottesgelehrten. Zwar erschienen etliche gedruckte Schriften für das Völkerrecht, aber die Verfasser giengen von unrichtigen Begriffen und Vordersätzen aus; wie Oldendorp (1539), Vasquez oder Vasquius (1572), und Winckler (1615), theils entwickelten, und verfolgten sie ihre richtigen Ansichten nicht genug, wie Albericus Gentilis (1598) und Suarez (1613) *e*).

a) v. Ompteda's Lit. I. 139—161. v. Kamptz neue Lit. 26. 56. Günther a. a. O. I. 2 f. H. G. Scheidemantel's allgem. Staatsrecht (Jena 1775. 8.), S. 13 ff.

b) Jean Barbeyrac traité de la morale des pères de l'église. à Amsterd. 1728. 4. J. J. Schmauss neues Systema des Rechts der Natur (Gött. 1754. 8.), S. 73—97.

c) Schmauss a. a. O. S. 97 ff.

d) Mart. Hübneri orat. de immortalibus Mart. Lutheri in impe-

ria meritis. Hafn. 1761. 4. J. W. Placidus (Petersen) Literatur der Staatslehre, I. Abth., S. 160 ff.

e) v. Ompteda a. a. O. I. 163 — 170.

§. 14.

Von Grotius bis Wolff.

Die eigentliche Schöpfung dieser Wissenschaft war dem scharfsinnigen, weltkundigen, gelehrten Hugo Grotius (de Groot) vorbehalten. In seinem Werk „de jure belli et pacis" (1625), handelte er nicht nur das natürliche Völkerrecht in seinem Zusammenhang gründlich ab, sondern er sammelte auch für das positive Völkerrecht, zu Erläuterung seiner Lehrsätze, viele Beispiele aus der ältern Zeit *a*). Weit verbreitete sich der Ruhm dieses Werkes; auch durch Uebersetzungen, Auszüge, compendiarische Darstellungen, Tabellen, und Commentare *b*). Das erste Lehrbuch des Völkerrechtes, nach seinem ganzen Umfang, lieferte (1650) Zouchaeus (Zouchy), in gedrängter Kürze *c*); um dieselbe Zeit, wo sein Landsmann Hobbes eine besondere Bearbeitung des Völkerrechtes für überflüssig erklärte. Obgleich mittelbar, doch bedeutend, nützte dem Völkerrecht Samuel Freiherr von Pufendorf, durch seine treffliche, dreifache Bearbeitung des Naturrechtes der einzelnen Menschen (1660, 1672, 1673). Während er die Identität des letzten mit dem natürlichen Völkerrecht behauptete, bestritt er wenigstens das formale Da-

seyn eines positiven Völkerrechtes. Die Gewohnheiten der europäischen Völker, in Absicht auf Kriegsmanier und Unverletzbarkeit der Gesandten, erklärte er für willkührlich, und die in Völkerverträgen enthaltenen Stipulationen zwar für verbindlich, aber doch grossentheils für temporär oder vorübergehend; Recht oder Gesetz könnten diese Stipulationen nicht genannt werden, da sie vielmehr der Geschichte angehörten *d*). Dessen ungeachtet widmete er eigene Abschnitte dem Rechte des Kriegs, der Kriegsverträge, der Friedensschlüsse, der Bündnisse. Seine Eigenheiten entgiengen nicht dem Widerspruch anderer Gelehrten *e*), fanden aber auch Vertheidiger und Anhänger *f*). Eine Reihe von *Lehr-* und *Handbüchern* *g*), welche seitdem in dieser Periode erschienen, beweisen die immer steigende Theilnahme an dem Studium der VölkerrechtsWissenschaft. Für das *positive* Völkerrecht, erschienen vorerst *Sammlungen* von Staatsverträgen und andern schriftlichen Staatsverhandlungen *h*), nebst historischer Darstellung der Staatsverträge *i*).

a) J. M. Schröckh's Abbildung und Lebensbeschreibungen berühmter Gelehrten, Bd. II, S. 257 – 376. v. Ompteda a. a. O. I. 172. 175 — 248. v. Kamptz a. a. O. S. 45 f. — Damalige Staatsverträge wurden zu jener Zeit selten durch den Druck bekannt.

b) Meister's biblioth. jur. nat. I. 199 sqq. G. C. Gebaueri nova juris nat. historia, p. 23 sqq. Glafey's Geschichte des Rechts der Vernunft, S. 111. C. H. L. Pölitz comm. cit. unten in dem Anhang, §. 1.

c) v. OMPTEDA I. 252 — 265. — Von HOBBES, s. ebend. 249.

d) Ebendas. I. 270 — 283. J. G. MEUSEL's hist. liter. bibliogr. Magazin (1788), I. 27 ff. II. 22 ff. III. 306.

e) Dahin gehören: RACHEL, DÜRR, UFFELMANN, Nic. BECMANN, MENZER, ALBERTI, POMPEJI, ZENTGRAV, WERLHOF, LUDEWIG, LEIBNITZ, STRIMESIUS, u. a. v. OMPTEDA I. 276 — 289. MEUSEL II. 42 ff. 47 f. — Der angef. RACHEL gründete, 1676, das positive Völkerrecht bestimmt auf ausdrückliche und stillschweigende Verträge. Er unterschied zugleich die Vertragrechte einzelner Völker, von einem gemeinschaftlichen positiven Völkerrecht, das aus Rechtsgewohnheiten hervorgehe.

f) Z. B. Christian. THOMASIUS. v. OMPTEDA I. 293 f.

g) Von Joh. Wolfg. TEXTOR 1680, Christi. THOMASIUS 1688 und 1705, Joh. Jac. MÜLLER 1694, Joh. Heinr. MOLLENBECK 1695, Joh. Friedr. HOMBERGK zu *Vach* 1721, Ad. Friedr. GLAFEY 1723, Joh. Friedr. SCHNEIDER 1729, Heinr. KÖHLER 1735, Joh. Sigism. STAPF 1735, Lorenz REINHARD 1736, Joh. Ad. ICKSTADT 1740.

h) Von J. C. LÜNIG, 1694 u. 1702; LEIBNITZ, 1695 u. 1700; Jac. BERNARD oder MÖTJENS, 1700; DU MONT, 1726 — 1731, mit den Supplementen von BARBEYRAC und ROUSSET, 1739; Joh. Jac. SCHMAUSS 1730, u. a. — Register über diese und andere Sammlungen, von Pet. GEORGISCH, 1740 — 1744.

i) Von St. PRIEST 1735, und von BARBEYRAC 1739.

§. 15.

Von Wolff bis jetzt.

Die Bahn war gebrochen, zu vollständiger und systematischer Bearbeitung des gesammten Völkerrechtes. Dem natürlichen Völkerrecht ward diese, lichtvoll, zu Theil von dem ordnenden Forschungsgeist des berühmten Christian Freiherrn von WOLFF a) (1749 u. 1750). Da er auf *vermuthete* Einwilligung der Völker, und sogar auf die *Fiction* eines allgemeinen oder

gröfsten Welt- oder Völkerstaates, Zwangrechte freier Völker gründen wollte, so wird das Bedauern gemindert, dafs er nicht auch dem positiven Völkerrecht seine schriftstellerische Thätigkeit gewidmet hat. Desto fleissiger sorgte für *dieses*, abgesondert von dem natürlichen, der emsige und geradsinnige Joh. Jacob Moser, in mehreren Schriften, während seiner langen literärischen Laufbahn (1732 — 1781). Mehr einfach und deutlich als systematisch, mehr historisch als philosophisch, aber ohne Rückhalt, trachtete er auch diesem Theil des öffentlichen Rechtes nützlich zu werden *b*). Neben und nach ihm, ward von Andern, besonders von dem scharfsinnigen Kant *c*), überzeugend bewiesen, wie sehr positives Völkerrecht, bei der Unzulänglichkeit des natürlichen, dem Interesse der Staaten gemäfs sey.

a) v. Ompteda a. a. O. I. 320 ff. Schmauss a. a. O. S. 336 — 354.

b) Lebensgeschichte Joh. Jac. Moser's, von ihm selbst beschrieben. Frankf. u. Leipz. Th. I—III. Dritte, stark verm. Aufl. 1777. Th. IV. 1783. 8. Cph. Weidlich's Nachrichten von jetzt lebenden Rechtsgel. Th. VI, S. 1 — 119. v. Ompteda a. a. O. I. 352. J. G. Meusel's Lexicon von 1750 bis 1800 verstorbener Schriftsteller, Bd. IX, S. 293 ff.

c) Imman. Kant's metaphys. Anfangsgründe der Rechtslehre (Königsb. 1797. 8.), §. 53 ff.

§. 16.

Fortsetzung.

Nach Moser, erwarb sich, seit 1785, ausgezeichnete Verdienste um das positive europ-

päische Völkerrecht, Georg Friedrich von Martens, durch Lehrbücher und andere Schriften, durch Sammlungen von Staatsverträgen und Staatsgrundgesetzen, und durch Lehrvorträge *a*). Sehr bereichert ward das Völkerrecht in diesem Zeitraum, durch Lehrbücher *b*) und ausführlichere Werke *c*), durch Sammlungen von Staatsverträgen *d*), welche in mehreren Staaten, auch einzeln, bald nach ihrer Abschliessung in officiellen Abdrücken erscheinen, durch Sammlungen von Staatsschriften, durch gesandschaftliche Memoires, und durch einzelne Abhandlungen, besonders über See- und Handelsrecht, über das Recht der Neutralen, über Gesandschaftrecht. Auch ward gesorgt für Casuistik *e*), und für den historischen Theil des positiven Völkerrechtes der europäischen Staaten, durch eigene Werke, worin die neuern Welthändel erzählt und erläutert sind *f*), und durch politische Zeitschriften. Es erschienen eigene Repertorien über die Staatsverträge *g*). Das gesammte Völkerrecht erhielt (1785) eine eigene, sehr schätzbare Literatur von Died. Heinr. Ludw. Freiherrn von Ompteda, wozu im Jahr 1817, C. A. von Kamptz eine reichhaltige Ergänzung und Fortsetzung lieferte.

a) J. St. Pütter's Geschichte der Universität Göttingen, Th. II, §. 109. Cph. Weidlich's biographische Nachrichten, Th. III und IV.

b) Außer denen Lehrbüchern, worin das Naturrecht und das

allgemeine Völkerrecht zusammen abgehandelt werden (v. Ompteda II. 383 ff.), gehören hieher, die Lehrbücher von H. F. Kahrel 1750; J. J. Burlamaqui 1751 u. 1784; J. F. L. Schrodt 1768 u. 1780; de la Maillardière 1775; G. Achenwall 1775; Lauriz Nörregaard 1776; C. G. Günther 1777; P. J. Neyron 1783; G. F. v. Martens 1785, 1789, 1796, 1801, 1820; P. T. Köhler 1790; C. U. D. v. Eggers 1796; F. Saalfeld 1809; von einem Ungenannten (De jure gentium et cosmopolitico) 1811; Th. Schmalz 1817; Jul. Schmelzing 1818 u. f.

c) Von A. F. Glafey 1752; G. de Real 1754; E. de Vattel 1758 (gröfstentheils französische Umarbeitung des Wolffischen Werkes, in leichterem und angenehmerem Vortrag); J. J. Burlamaqui und de Felice 1766—1768; C. G. Günther 1787 u. 1792, unvollendet; G. de Rayneval 1803; J. B. Gondon d'Assoni 1808; C. U. D. v. Eggers 1809 u. 1810.

d) Allgemeine, von F. A. W. Wenck 1781, 1788 u. 1796, und G. F. v. Martens 1791—1820. Von besondern Sammlungen für einzelne Staaten, unten, in dem Anhang zu diesem Buche.

e) G. F. v. Martens, 1800 u. 1802.

f) Von J. J. Schmauss, 1741 u. 1747; Mably 1747 (1748, 1761, 1764, 1773, 1776, 1792, 1794); C. F. Hempel 1751—1755; J. C. Adelung 1762—1769; G. Achenwall 1756 (1761, 1767, 1779); J. G. Meusel 1775 (1782, 1788, 1800, 1817); L. T. Spittler 1793 (1807); J. G. Büsch 1781 (1783, 1796, fortgesetzt von G. G. Bredow 1810); C. W. Koch 1796 u. 1797, vermehrt und fortgesetzt von F. Schöll 1817 u. 1818; M. C. Sprengel 1797; J. G. Eichhorn 1803 u. 1804, (1817); C. D. Voss 1801 ff.; F. Ancillon 1803—1805; G. F. v. Martens 1807; A. C. Wedekind 1808; A. H. L. Heeren 1809 u. 1811; Flassan 1809 (1811); L. v. Dresch 1815; F. Saalfeld 1816; Paolo-Chagni 1817.

g) Von C. F. Hempel 1751—1755, und von G. F. v. Martens 1801.

§. 17.

Jetziger Standpunct.

Auf ihren jetzigen Standpunct ward die VölkerrechtsWissenschaft erhoben, durch die Sit-

tenverfeinerung und den zunehmenden Verkehr der europäischen Staaten, durch den Einfluſs der neuern Kriegskunst auf das gegenseitige Verhältniſs derselben, durch vermehrte Thätigkeit der Machthaber, durch Vervielfältigung der politischen Unterhandlungen, insbesondere mittelst beständiger Gesandschaften, durch Cultur der Wissenschaften überhaupt, insonderheit des natürlichen Völkerrechtes, der Staatengeschichte, und der übrigen verwandten und Hülfswissenschaften, durch literärische Fruchtbarkeit rechts- und geschichtkundiger Männer, politischer Geschäftmänner, Beobachter und Sammler *a*), durch Begünstigung der Preſsfreiheit in mehreren Staaten, durch allgemeinere Theilnahme an Staatsvorfällen, durch akademischen Lehrvortrag. Wie die Kraft der Ereignisse Seyn und Nichtseyn der Staaten unwiderstehlich bestimmt, also wirkt mächtig der Geist der Zeit, die öffentliche Meinung, auf Ausbildung und Anwendung völkerrechtlicher Grundsätze.

a) Vergl. C. A. v. Kamptz neue Literatur des Völkerrechts, §. 1—16.

B) Literatur.

§. 18.

Bibliographie und Biographie.

Zahlreich, gehaltvoll, unentbehrlich, sind schon jetzt die literärischen Hülfsmittel zu dem

Völkerrecht. Mehr noch werden sie es werden, mit neuen Staatsvorfällen und vertragmäsigen Bestimmungen, mit fortschreitender wissenschaftlicher Cultur und literärischer Thätigkeit. Wichtig ist und bleibt demnach, die *Bibliographie* oder Bücherkunde dieses Theils der Rechtswissenschaft *a*). Ganz vorzüglich dient, zu Beurtheilung völkerrechtlicher Schriften, die *Biographie* oder Schriftstellerkunde *b*). Sie entwickelt die innern und äussern Umstände, welche auf Grundsätze und Aeusserungen der Schriftsteller können eingewirkt haben, ihre Talente, Charakter, Religion, Erziehung, wissenschaftliche Bildung, Vaterland, Wohnort, Dienstverhältniſs, den Schauplatz ihrer practischen Thätigkeit.

a) Die Schriften sind unten genannt, in dem Anhang, §. 2.

b) Die biographischen Werke sind angegeben, in dem Anhang, §. 3.

§. 19.

Bibliothek für das Völkerrecht.

Der *Büchervorrath* für das Völkerrecht läſst sich auf folgende Art ordnen *a*). I) Geschichte des Völkerrechtes; literärische und biographische Hülfsmittel; verwandte und Hülfswissenschaften. II) Quellen, Staatsverträge und StaatsActen. III) Lehrbücher, und Handbücher oder ausführlichere systematische Werke, über das Völkerrecht, auch das teutsche. IV) Werke

über einzelne Haupttheile des Völkerrechtes. V) Sammlungen von Aufsätzen über verschiedene Materien. VI) Monographien (Dissertationen und Tractate). VII) Deductionen, Gutachten, und Rechtsfälle. VIII) Lexicographische Werke. IX) Schriften für Geschichte und Erläuterung der Staatsverträge. X) Gesandschaftliche und andere historische Memoires. XI) Werke für die Geschichte der neueren Welthändel, und politische Zeitschriften.

a) Nach dieser Ordnung, sind die wichtigsten Schriften verzeichnet, unten in dem *Anhang*, welcher eine *Bibliothek* für das Völkerrecht enthält.

ERSTER THEIL.

DIE STAATEN,

überhaupt,

und die europäischen insbesondere.

ERSTES CAPITEL.

BEGRIFF, SOUVERAINETÄTSVERHÄLTNISSE, UND VEREINIGUNG DER STAATEN.

§. 20.

Begriff und Entstehung der Staaten.

Bilden einzelne Menschen und Familien, auf einem bestimmten Landesbezirk, eine bürgerliche Gesellschaft, unter gemeinschaftlicher Obergewalt, zu allseitiger Sicherheit, so heifst ihre Verbindung *Staat a*). In dieser Vereinigung, werden sie als moralische Person betrachtet, und *Volk* (Nation) genannt *b*); dieses auch, nebst ihrem Oberhaupt, im Verhältnifs zu andern Staaten (§. 1). Die Staatsgesellschaft, eine Schutzanstalt, entsteht, rechtlich betrachtet, nur durch Verträge, ausdrückliche oder stillschweigende *c*), wozu die moralische Nothwendigkeit eines Sicherheitsbundes antreibt.

a) Klüber's öffentliches Recht des teutschen Bundes, §. 1—4.

b) Ebendaselbst, §. 192 u. 194.

c) Anti-Leviathan (Gött. 1807. 8.), S. 49 ff. — Andere denken sich den Staat als NaturProduct, und erklären dessen Entstehung durch NaturNothwendigkeit. Rousseau du contract social, liv. I, ch. 5 et 6; liv. III, ch. 16. Principe fondamental du droit des souverains (à Genève 1788. gr. 8.), T. 1, p. 13 et suiv., vergl. jedoch mit T. II, p. 85, wo ein QuasiContract angenommen wird. Hugo's Naturrecht, §. 318 ff. Fries philosophische Rechtslehre, S. 76 ff. Man s. jedoch Klüber a. a. O., §. 2.

§. 21.

Souverainetät.

Staatshoheit oder *Souverainetät a*) in dem *weitern* Sinn, ist der Inbegriff aller Rechte, welche einem unabhängigen Staat in Hinsicht auf den Staatszweck zustehen. Hierunter sind begriffen: 1) die politische Unabhängigkeit (Souverainetät im engern Sinn), das Recht politischer Persönlichkeit oder Selbstständigkeit, im Verhältnifs zu jedem andern Subject; 2) die Staatsgewalt (im engern Sinn), die Gewalt zu dem Zweck des Staates. — In dem *engern* oder völkerrechtlichen Sinn, versteht man unter Souverainetät blofs die Unabhängigkeit eines Staates von dem Willen anderer Staaten. In diesem Sinn, heifst *souverainer Staat* derjenige, welcher, wie auch seine innere Verfassung seyn mag, für sich selbst und ohne fremden Einflufs die Staatshoheitsrechte auszuüben berechtigt ist *b*). Selbstständigkeit solcher Art fordert das Völkerrecht

von einem Staat, der, als moralische unabhängige Person, im Verhältniss zu andern Staaten auf die Rechte politischer Persönlichkeit oder Unabhängigkeit-Anspruch macht *c*). — Unmittelbar bezieht sich die Souverainetät auf den Staat, mittelbar auf das regierende Subject, welchem von dem Staat die Ausübung derselben übertragen ist. Wer zur Vertretung und Verwaltung eines unabhängigen Staates berufen ist, heisst *Souverain*. Ihm gebührt die *Majestät*, die erhabenste Würde, die *Vertretung* des Staates, in dessen Verhältniss nach Aussen, die *Staatsregierung*, die Ausübung der Staatsgewalt im Innern für den Zweck des Staates. So fern entweder in der Vertretung oder in der Regierung des Staates, oder in beiden, dem Staatsoberhaupt positive Schranken gesetzt sind, heisst dieses ein *verfassungsmäsiger* (constitutioneller) Souverain.

a) Summitas imperii, summa potestas, summum imperium, suprematus, potentatus. In dem welauer Tractat 1657, Art. 5, wird die Souverainetät so ausgedrückt: „Ducatum Prussiae Elector possidebit jure supremi dominii, cum summa atque absoluta potestate". Schmauss corp. jur. gent. acad. I. 654. — Souverainer Fürst, princeps summa vel suprema potestate, ist derjenige, welchem die Ausübung der Souverainetät zusteht. Oestreich wollte in dem westphälischen FriedensInstrument genannt seyn: „Princeps per se absolutus et liber". Von dem Streit hierüber, s. de Meiern Acta Pacis Westph., V. 507 — 540. — Von den verschiedenen Bedeutungen des Wortes *Souverainetät*, s. Klübers öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 176, Note *b*.

b) „Un Souverain n'est tenu de rendre compte de sa conduite

qu' *à Dieu* et à son *épée*". Von dem Sinn dieser Redensart, s. de *Real* science du gouvernement, T. IV, ch. 2, Sect. 2, §. 11. Oestreichs Erklärung auf dem westphälischen Friedens Congreſs 1648, bei v. Meiern l. c. V. 513 sq.

c) Grotius de J. B. et P. lib. I. c. 3. §. 6 sq. Pufendorf de J. N. et G. lib. VII. c. 6. — Schriften von der Unabhängigkeit der Völker, s. bei v. Ompteda II. 484 f. — Abhandlung von der Souverainetät überhaupt, und der rheinischen Bundesfürsten insbesondere, in Winkopp's rheinischem Bund, XXXI. 1. XLIX. 75. 79. L. III. 184. 289. Abh. von der Souverainetät des Staates und der Souverainetät des Fürsten, ebendas. III. 383. Fr. Ancillon über Souverainetät und Staatsverfassungen. Berlin 1815. 8. Institutions politiques, par le baron de Bielfeld, T. I. (à la Haye 1740. 4.), p. 29.

§. 22.

Ihre Unabhängigkeit von manchen innern und äussern Verhältnissen.

Da die völkerrechtliche Souverainetät eines Staates, einzig bestimmt wird durch dessen Unabhängigkeit von dem Willen eines jeden Auswärtigen in Ausübung seiner Hoheitsrechte; so ist die Berechtigung dazu nicht abhängig von dem Alter des Staates, von der Art seiner Grundverfassung oder Staatsform, von seiner Verwaltungsart, von dem Maas seiner politischen Macht *a*), von der Art der Thronfolge, von dem Titel des Staates oder seines Regenten, von dem FamilienVerhältniſs des Staatsoberhauptes, von dem Umfang des Staatsgebietes, von der Grösse seiner Bevölkerung, von dem Stand der inländischen Cultur in jeder Beziehung, von Religion, Gewerbe und Verkehr der Bewohner. Aus demselben Grund wird die Souverainetät

nicht aufgehoben, durch Verhältnisse, worin der Staat etwa zu andern Staaten steht in Hinsicht auf Kirchengewalt, Vermittlung *b*), Gewährleistung *c*) (Garantie), Bündnisse (Allianzen und Staatenbund), Schutzverhältnifs *d*), Lehnpflicht *e*), Zinspflicht, Subsidien, und selbst in Hinsicht auf Stiftung *f*) oder ConstitutionsVerleihung *g*). Auch Dienst- *h*) und untergeordnete Besitzverhältnisse, worin etwa der Regent eines souverainen Staates für seine Person, oder dessen Familie, zu einem andern souverainen Staat sich befindet, sind ohne Nachtheil für die Unabhängigkeit desjenigen Staates, welchem er vorsteht.

a) Darauf gründete Leibnitz die Hypothese von einem Unterschied zwischen Supremat und Potentat, der aber blofs factisch ist. Man s. dessen Abh. *Caesarinus Fürstenerius* de jure suprematus ac legationis principum imperii (1677. 8.), c. 10 — 12. p. 40 — 57.

b) Beispiel der französischen MediationsActe für die Constitutionen der 19 schweizer Cantone, und ihren Staatenbund, v. 19. Febr. 1803, in dem Code politique (à Paris 1809. gr. 8.), p. 417 — 515.

c) Vergl. den folg. §.

d) Erklärungen K. Napoleon's, als Protectors des rheinischen Bundes, in der BundesActe, Art. 1, 2, 3, 4, 7, 17 — 26; in einer Erklärung an die teutsche Reichsversammlung v. 1. Aug. 1806; und in einem Schreiben an den Fürsten Primas v. 11. Sept. 1806. Klüber's Staatsr. des Rheinbundes, §. 79. — Danzig ward, seiner Unabhängigkeit unbeschadet, unter königlich-preufsische und sächsische Protection gestellt, in den tilsiter Friedensschlüssen 1807, Art. 6. u. Art. 19. — Die Stadt Cracau, nebst ihrem Gebiet, ward für eine freie, unabhängige und völlig neutrale Stadt, unter Rufslands, Oestreichs und Preussens Schutz, erklärt, in der SchlufsActe des wiener Congres-

gresses, Art. 6. KLÜBER's Acten des wiener Congresses, Bd. VI, S. 22, u. Bd. V, S. 158. — Das Schutzverhältniſs eines souverainen Staates zu einem andern, verpflichtet ihn bloſs, sich so zu benehmen, daſs der Schutzherr, in einem vorkommenden Fall, sich nicht als entledigt von der Schirmpflicht betrachten könne.

e) H. G. SCHEIDEMANTEL diss. de nexu feudali inter gentes. Jen. 1767. 4. J. A. H. THALWITZER diss. de obligatione utriusque Siciliae Regis tributum annuum ex nexu clientelari Pontifici Romano ulterius praestandi. Vitemb. 1790. 4.

f) K. Napoleon's Fundation des Königreichs Westphalen, in Gemäſsheit der tilsiter Friedensschlüsse, durch die Constitution, v. 15. Nov. 1807, in dem angef. Code politique, p. 589, und in dem Rhein. Bund, XII. 472. — Von dem Herzogthum Warschau und der Stadt Danzig, s. die tilsiter Friedensschlüsse, Art. 5 u. 6, u. Art. 15 u. 19.

g) Von solchen Verhältnissen überhaupt, sehe man de REAL a. a. O. T. IV, ch. 2, sect. 3, §. 17.

h) Rheinische BundesActe v. 12. Jul. 1806, Art. 7. Vergl. WINKOPP's rhein. Bund, IV. 147. IX. 445. VI. 408.

§. 23.

Erwerb, Anerkennung, Garantie, Ende der Souverainetät.

Erworben wird die Souverainetät von einem Staat, entweder ursprünglich, bei der ersten Gründung des Staates, oder nachher, durch rechtmäsige Aufhebung der bisherigen Unterwürfigkeit *a*). Zu ihrer rechtlichen Gültigkeit bedarf es, bei untadelhaftem Besitz, weder einer *Anerkennung* noch einer *Garantie* von Seite anderer Mächte. Doch kann der Klugheit gemäſs seyn, sich Anerkennung *b*), ausdrückliche *c*) oder stillschweigende *d*), und Garantie *e*) zu verschaffen. Dagegen ist Anerkennung, nicht bloſs des einstweiligen Besitzstandes, sondern der Unabhängig-

keit eines in widerrechtlicher Empörung begriffenen Volkes, oder eines Usurpators, Beleidigung des rechtmäsigen Souverains, so lang dieser seine Oberherrschaft über jenes nicht aufgegeben hat, oder dieselbe rechtlich als aufgegeben muſs betrachtet werden *f*). Die Souverainetät erreicht ihr *Ende*, durch Untergang des Staatsgebietes, durch Auflösung der Staatsverbindung, durch Einverleibung oder unterwürfige Vereinigung des Staates, oder eines Theils desselben, mit einem andern Staat *g*).

a) Moser's Versuch des neuesten europ. Völkerrechts, Th. VI, S. 126 ff. Günther's Völkerrecht, I. 76 f.

b) L. G. Magen diss. de eo quod circa imperantem agnoscendum est juris gentium, etc. Giess. 1748. 4. J. C. W. v. Steck von Erkennung der Unabhängigkeit einer Nation und eines Staats; in dessen Versuchen über verschiedene Materien politischer und rechtl. Kenntnisse (Berl. 1783. 8.), S. 49 ff.

c) Beispiele, in dem münsterischen Fr. zwischen Spanien und den verein. Niederl. v. 1648, Art. 1, Friede zu Kaingard vom 10/21 Jul. 1774, Art. 3. Pariser Friede von 1783, Art. 1. Anerkennung des Königreichs Westphalen, von Ruſsland, in dem tilsiter Fr. 1807, Art. 18 — 20, und von Preuſsen in dem tilsiter Fr. 1807, Art. 6 — 9. Preuſsens Anerkennung des rheinischen Bundes, ebendas. Art. 4. Russische und preuſsische Anerkennung der neuen Könige von Neapel und Holland, ebendas. Art. 14 u. Art. 3. Oestreichische Anerkennung der Königswürde und Souverainetät von Baiern und Wirtemberg, und Napoleon's Königswürde von Italien, in dem presburger Fr. 1805, Art. 5, 7, 14. Oestreich und Frankreich erkannten die Unabhängigkeit der helvetischen und der batavischen Republik, ebendas. Art. 18. In dem wiener Fr. 1809, Art. 15, erkannte Oestreich alle Veränderungen, die in Spanien, in Portugal, und in Italien statt gehabt haben, oder statt haben könnten. Beispiele von den Königreichen Hannover und der Niederlande, von der Schweiz, von dem Königreich beider Sici-

lien, in dem Acte final du congrès de Vienne, art. 26, 65, 74 et 104. Von San Marino, s. §. 29 f.

d) Münster Fr. 1648, Art. 53. Beispiele in dem Acte final du congrès de Vienne; z. B. art. 1, 6, 17, 53, 65 ff., 98, 99, 101 u. 103.

e) AllianzTractat zwischen Frankreich und der Schweitz v. 1777, Art. 4. Tractat zwischen Frankreich und den vereinigten Staaten von Nordamerika von 1778, Art. 11. Russische Garantie der Intregität der rheinischen Bundesstaaten, in dem tilsiter französisch-russischen Frieden v. 1807, Art. 25. Wechselseitige StaatenGarantie in den Tractaten Frankreichs mit Baiern, Wirtemberg und Baden, vom J. 1805. Klüber's Staatsr. des Rheinbundes, §. 135. Frankreich garantirt, in dem presburger Fr. 1805, Art. 17, und in dem wiener Fr. 1809, Art. 14, die Integrität der Besitzungen des Hauses Oestreich. Verschiedene andere Beispiele, in Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. I, Heft I, S. 96; Heft 2, S. 90, 93 u. 95; Bd. VI, S. 545 f.; Bd. IV, S. 429 u. 436; Bd. II, S. 281.

f) Beispiele von den vereinigten Niederlanden, von Portugal, von den vereinigten Staaten von Nordamerika. Günther's Völkerrecht, I. 78—86. Vergl. auch de Steck observatt. subseciv. cap. 14. u. Schmalz europ. Völkerrecht, S. 36 f.

g) de Vattel droit des gens, L. I, ch. 16, §. 194. Man vergl. unten §. 27.

§. 24.

Abhängige oder halbsouveraine Staaten.

Ist ein Staat in der Ausübung eines oder mehrerer wesentlicher Hoheitsrechte abhängig von der Obergewalt eines andern Staates, in Ansehung der übrigen wesentlichen Hoheitsrechte aber unabhängig, so wird er, in Hinsicht auf jene Art von Unterordnung, in dem Völkerrecht bezeichnet mit dem Namen *abhängiger* oder *halbsouverainer Staat*, état mi-souverain a).

Das Maas und die Art der Abhängigkeit eines solchen Staates, ist zu beurtheilen nach den vertragmäsigen Bestimmungen des concreten Falles. Meist bezieht sich die Abhängigkeit auf die äussern Hoheitsrechte, deren Ausübung dem andern Staat ganz oder zum Theil gebührt.

a) Nach HERTIUS, QuasiRegnum, nach NEYRON, État du second ordre; und dessen Regent, nach de REAL, Prince-sujet.

§. 25.

Ihr völkerrechtliches Verhältniſs. Streitige Souverainetät.

Wie weit einem halbsouverainen Staat die Ausübung völkerrechtlicher Befugnisse, namentlich des Gesandschaftrechtes, zustehe, im Verhältniſs nicht nur zu demjenigen Staat, dessen Obergewalt er in gewisser Art anzuerkennen hat, sondern auch zu andern Staaten, hängt ab theils von dem Maas und der Art seiner Unabhängigkeit, theils von besonderer Uebereinkunft. In dem europäischen Völkerrecht kommen abhängige Staaten unmittelbar nur so weit in Betracht, als ihnen im Verhältniſs zu andern Staaten das Recht politischer Persönlichkeit, und vermöge derselben das Recht zusteht zu unmittelbaren Verhandlungen mit souverainen oder halbsouverainen Staaten *a*). — Ist die Souverainetät eines Staates *streitig b*), so entscheidet, bis zu ausgemachter Sache, bei denen Staaten, welche an dem Streit nicht Theil nehmen, meist der Besitzstand.

a) Aeltere Beispiele bei Günther a. a. O. I. 120 ff. Die Republik Polen war durch den Allianz-Tractat mit Rufsland von 1793, Art. 6 — 8 u. 11, ein halbsouverainer Staat geworden. de Martens recueil, V. 222. So auch die Carthaginenser, als sie nach dem zweiten punischen Krieg den Römern versprachen, ohne ihre Einwilligung keinen Krieg zu führen. — Neuere Beispiele s. unten §. 33.

b) Von so genannten *streitigen* souverainen Staaten, s. Günther a. a. O. Th. I, S. 110 ff. — Ueber *Prätensionen* der verschiedenen Staaten von Europa, s. man Cph. Herm. Schweders theatrum praetensionum et controversiarum illustrium. Leipz. 1712. Zweite Ausg. vermehrt von A. F. Glafey. Leipz. 1727. fol. Les intérêts présens et les prétentions des puissances de l'Europe, fondés sur les traités depuis la paix d'Utrecht inclusivement, et sur les preuves de leurs droits particuliers; par Jean Rousset. à la Haye 1740. T. I — III. 4. Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 82 f.

§. 26.

Privilegirte Provinzen und Städte.

Blofs *privilegirten Provinzen* und *Städten* eines Staates, welchen, unter der Hoheit des letzten *a*), nur die Ausübung bestimmter Vorrechte und Regierungsrechte zukommt, fehlt politische Persönlichkeit oder Selbstständigkeit, im Verhältnifs zu souverainen Staaten; selbst dann, wenn der Inbegriff ihrer privilegirten Rechte den Namen einer untergeordneten Landeshoheit (jus territorii subordinati s. subalterni, superioritas territorialis subalterna s. pactitia) verdiente, oder führte *b*). Sie sind daher nicht befugt zu unmittelbarem Gebrauch des Völkerrechtes *c*).

a) Vergl. Klüber's öffentliches Recht des teutschen Bundes, §. 101.

dem Königreich *Sachsen*, s. v. Römer's kursächs. Staatsr. Th. I, S. 106—176.

b) Folgender Abriss, nach des Verfassers Ansicht, gewährt eine schnelle Uebersicht der verschiedenen UnionsArten. *Unio civitatum*, sive *perpetua* sit sive *temporaria*, fit jure I) vel *societatis* (systema civitatum foederatarum), II) vel *imperii*, h. e. sub eodem imperante. Haec est: 1) vel *personalis*; 2) vel *realis*, jure a) sive *aequali*, b) sive *inaequali*, ita ut haec sit α) vel inaequalis *proprie* sic dicta, β) vel *incorporativa*.

c) So das Grofsherzogthum *Luxemburg* mit dem Königreich der Niederlande, nach dem Acte final du congrès de Vienne, du 9 juin 1815, art. 67 et 71. Traité du Roi des Pays-Bas avec l'Autriche, la Russie, la Grande-Bretagne et la Prusse, du 31. mai 1815, art. 3 et 6; in Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. VI, S. 171 u. 173. Klüber's Uebersicht der diplomat. Verhandlungen des wiener Congr., S. 161.

d) Von dieser Art ist die Vereinigung 1) zwischen *Rufsland* und *Polen*, nach dem Acte final du congrès de Vienne, art. 1. und nach den Tractaten Rufslands mit Oestreich und Preufsen, vom 3. Mai 1815, in Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. V, S. 124, u. Bd. VI, S. 100; Politisches Journal v. 1815, S. 483 ff., v. 1816, S. 99 u. 114 ff.; 2) zwischen *Norwegen* und *Schweden*, seit 1814. Polit. Journal v. 1815, S. 62 ff., 138 ff., 226 ff., 419 ff. u. 516 ff. — seit 1819 führen die in Norwegen geschlagenen Münzen den Titel: König von Norwegen und Schweden, so wie auf den in Schweden geschlagenen Münzen Norwegen vorgesetzt wird; 3) zwischen *Neapel* und *Sicilien*, unter dem Namen des Königreichs beider Sicilien, vermöge des ThronfolgeGesetzes Carls III. v. 6. Oct. 1759, der SchlufsActe des wiener Congresses, Art. 104, und der Proclamationen Ferdinands IV. v. 8. u. 12. Dec. 1816, in v. Martens recueil, Supplém. VIII. 275; 4) zwischen *Portugal*, *Brasilien* und den beiden *Algarbien*, nach einem Patent des Prinzen Regenten von Portugal, datirt aus Rio-Janeiro vom 16. Dec. 1815, in dem Journal des débats du 22 février 1816. 5) Auch gehören hieher verschiedene Staaten, welche unter dem Scepter des Kaisers von *Oestreich* vereinigt sind. 6) Von der Union der vereinigten Staaten der *jonischen Inseln*, sehe man unten, §. 33, Note *f*.

e) Von der *ungleichen* RealVereinigung s. Mevius consil. post-

hum., cons. V, n. 67 sqq. Olenschlager's Erläuterung der goldenen Bulle K. Carls IV, S. 66 u. 357. — Auf dem wiener Congreſs wurden nach *gleichem* Recht mit den Staaten des Königs von Sardinien auf immer vereinigt (unio realis aequalis perpetua), die Staaten welche früher die Republik *Genua* gebildet hatten, und die Bezirke der ehemaligen *Feudi impériali* die mit der ligurischen Republik waren vereinigt worden. Acte final du congrès de Vienne, art. 85—89. Acten des wiener Congresses, Bd. VI, S. 77, 182, 194 u. 202.

f) So wurden im J. 1815 die *Vereinigten Niederlande* (Holland) und die vormaligen *belgischen Provinzen* zusammengeschmolzen, unter dem Namen Königreich der Niederlande. Acte final du congrès de Vienne, art. 65 et 73. Der angef. Traité du Roi des Pays-Bas etc. v. 31. Mai 1815, Art. 1, nebst dem Anhang zu dem 8. Art., in Klüber's Acten des wiener Congr., Bd. VI, S. 168 u. 175 ff. — Von der beständigen RealUnion des schwedischen *Finnlandes* mit dem russischen Reich, s. man das kaiserl. Manifest vom 20. März 1808, in v. Martens recueil, Supplém. V. 9. 23. — Vereinigung der Herrschaft *Jever* mit dem Herzogthum Oldenburg im J. 1818 (nicht 1813), in v. Marten's recueil, Supplém. VII. 296. — Von den Herzogthümern *Curland* und *Semgallen*, unten §. 33, Note *b*. — Von Gerisau, unten §. 29, Note *f*.

§. 28.

2) *zu einem StaatenSystem.*

Sind souveraine Staaten *durch Gesellschaftrecht*, nicht unter gemeinschaftlicher Obergewalt, für einen bestimmten Zweck bleibend *vereinigt*, so bilden sie ein *StaatenSystem a*), einen *Staatenbund* (StaatenSocietät, System vereinigter oder verbündeter Staaten, Systema civitatum foederatarum seu achaicarum). Wenn gleich *so* vereinigte Staaten, andern mit ihnen nicht vereinigten Staaten gegenüber, zusammen in das Verhältniſs *einer* unabhängigen moralischen Person, einer völ-

kerrechtlichen GesammtMacht, treten, so geschieht dieses doch unbeschadet der individuellen Souverainetät jedes einzelnen, und es kann ihre Vereinigung, wie auch die Gemeinschaft in ihrem Innern eingerichtet seyn mag, nicht betrachtet werden wie ein Societäts-, Völker- oder Bundesstaat *b*). — Demnach kommt bei einem StaatenSystem in Betracht, die völkerrechtliche Beziehung, 1) des *Staatenbundes*, und zwar sowohl gegen die Bundesstaaten, als auch gegen fremde Staaten und StaatenSysteme; 2) der *einzelnen Bundesstaaten*, und zwar theils zu dem Bund, theils unter sich ausserhalb der Bundesverhältnisse, theils gegen fremde (zu diesem Staatenbund nicht gehörige) Staaten und StaatenSysteme.

a) Polybius historiar. lib. II. c. 4. Praschius de rep. Achaica. C. G. Heyne progr. de eod. arg. Gött. 1783. Bynkershoek quaest. jur. publ. lib. 2. c. 24. Burlamaqui principes du droit politique, P. II, ch. 1, §. 43 sqq. Pütter's Beiträge, I. 24. Sam. de Pufendorf diss. de systematibus civitatum; in s. Dissert. acad. select. (Upsal. 1677. u. Francof. 1678. 12.), p. 210; auch in dessen Politica inculp. p. 226. Joach. Erdm. Schmidt diss. de civitatis origine civitatumque systemate. Jen. 1745. J. C. Wieland diss. de systemate civitatum. Lips. 1777, u. in s. Opusc. acad. Fasc. I. (1790. 8.) n. 2. Sainte-Croix des anciens gouvernemens fédératifs. Comparaison de la ligue des Achéens, des Suisses et des Provinces-unies, par M. J. Meermann, à la Haye 1784. 4. E. A. Zinserling le système fédératif des Anciens, mis en parallèle avec celui des Modernes. à Heidelb., Strasb. et Paris 1809. 8. F. W. Tittmann über den Bund der Amphictionen. Berlin 1812. 8.

b) Günther's Völkerr. I. 140. G. H. v. Berg's Abhandlungen zur Erläuterung der rhein. BundesActe, Th. I, S. 6 f.

ZWEITES CAPITEL.

DIE EUROPÄISCHEN STAATEN.

§. 29.

Heutige souveraine Staaten in Europa.

Die Zahl der *souverainen* Staaten von Europa, das Staatsgebiet, die Volksmenge, die politische Macht derselben, ist von jeher grossen Veränderungen unterworfen gewesen; in der neuern Zeit am meisten am Ende des achtzehnten und am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts. Jetzt ist der ganze, einer Beherrschung fähige Flächeninhalt von Europa, unter folgende souveraine Staaten, theils monarchische theils republikanische, vertheilt. I) *Monarchische* Staaten, nach alphabetischer Ordnung: 1) *Kaiserthümer:* Oestreich *a*), Rufsland, Türkei oder ottomanische Pforte; 2) *Königreiche:* Baiern, Dänemark, Frankreich, das vereinigte Reich Grofsbritannien und Irland (le royaume-uni de la Grande-Bretagne et de l'Irlande), Hannover, das Königreich der Niederlande, das vereinigte Königreich Portugal, (Brasilien) und der beiden Algarbien *b*), Polen, Preussen, Sachsen, Sardinien, Schweden und Norwegen, das Königreich beider Sicilien, Spanien, Wirtemberg; 3) *Grofsherzogthümer:* Baden, Hessen, Luxemburg, MecklenburgSchwerin, MecklenburgStrelitz, SachsenWeimarEisenach, Toscana; 4) *Kurfürstenthum;* Hessen; 5) *Herzogthü-*

mer: AnhaltBernburg, AnhaltCöthen, AnhaltDessau, Braunschweig, Holstein (-Glückstadt) und Lauenburg, HolsteinOldenburg *c*), Lucca, Modena nebst Reggio und Mirandola, Massa nebst dem Fürstenthum Carrara, Nassau, Parma nebst Piacenza und Guastalla, SachsenCoburg, SachsenGotha, SachsenHildburghausen, SachsenMeiningen; 6) *Fürstenthümer:* HohenzollernHechingen, HohenzollernSigmaringen, Lichtenstein, Lippe-(-Detmold), Schaumburg (-Lippe), ReufsGreitz, ReufsSchleitz, ReufsLobenstein, ReufsEbersdorf, SchwarzburgRudolstadt, SchwarzburgSondershausen, Waldeck, HessenHomburg; 7) der *Kirchenstaat* (Siatto della Chiesa, patrimonium Petri) *d*). II) *Republikanische* Staaten: die schweizer Cantone, die freien Hansestädte Hamburg, Bremen, Lübeck, die freie Stadt Frankfurt, die freie Stadt Cracau nebst ihrem Gebiet *e*), die kleine sehr alte Republik San Marino *f*).

a) Der *östreichische* Kaiserstaat begreift in sich, ausser dem Erzherzogthum Oestreich, die Königreiche Böhmen, Galizien, Ungarn, Illyrien (gebildet durch ein Patent vom 3. Aug. 1816), Sclavonien, Croatien, Dalmatien, das lombardisch-venetianische Königreich (gebildet durch ein Patent vom 7. April 1815, in Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. VII, S. 303), u. s. w.

b) Durch ein Patent, datirt aus Rio-Janeiro vom 16. Dec. 1815, erhob der König von Portugal den brasilianischen Staat zu der Würde eines Königreichs von Brasilien. Zugleich befahl er, dafs die Königreiche Portugal, beide Algarbien, und Brasilien künftig ein einziges Königreich bilden sollten, unter dem Namen vereinigtes Königreich *Portugal*, *Brasilien*, und *beider Algarbien*.

c) Durch den Acte final du congrès de Vienne, art. 34, ward dem Herzog von *Oldenburg* die *großherzogliche* Würde bewilligt; aber der jetzige Administrator des Herzogthums hat zeither hievon keinen Gebrauch gemacht. Klüber's Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des wiener Congresses, S. 162. Vergl. unten, §. 107 c. — Von den Titeln der teutschen Souveraine überhaupt, s. man Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 107 u. f.

d) Die Souverainetät der in diesem Verzeichniß nicht angeführten Herrschaft (Herrlichkeit) *Kniphausen*, dem Grafen von Bentinck gehörig, wird in diesem Augenblick von dem HerzogAdministrator von Oldenburg verwaltet. Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. III, S. 355.

e) Von Cracau, oben §. 22, Note *d*.

f) Die Unabhängigkeit der Republik *San Marino*, welche von dem Kirchenstaat umgeben ist, ward im Jahr 1817 von dem Papst in einem Breve von Neuem anerkannt. — Die *Vereinigten Staaten* der *jonischen Inseln* (États-Unis des îles Joniennes) gehören jetzt zu den halbsouverainen Staaten. Man s. unten, §. 33. — Durch einen Beschluß der helvetischen Tagsatzung, ward *Gerisau* oder Gersau in der Schweiz, für einen Bestandtheil des Cantons Schwytz erklärt. Diese Vereinigung kam im Jahr 1817 zu Stande.

§. 30.

Ihre Staatsform.

Die *Staatsform* der vorhin genannten souverainen Staaten ist verschieden *a*). Alle *monarchischen* Staaten, den Kirchenstaat ausgenommen, sind jetzt *Erbstaaten* (regna hereditaria, états héréditaires ou successifs), Staaten, in welchen erbliche Thronfolge staatsgrundgesetzlich festgesetzt ist *b*). Mit Ausnahme des Kirchenstaates, giebt es in Europa keine souveraine *Wahlstaaten* mehr, wie ehehin das teutsche Reich, Polen, die Insel Malta,

bis in das Jahr 1798 Sitz des Grofsmeisters des JohanniterOrdens, und in dem teutschen Reich die (halbsouverainen) geistlichen Wahlstaaten *c*), Staaten, deren Wahlregent verfassungsmäsig ein Geistlicher war. Auch besteht kein monarchischer *Ernennungsstaat* (état monarchique nominatif) mehr, welches von 1806 bis in das Jahr 1810 der fürstlich-primatische Staat, von 1810 bis in das Jahr 1815 das Grofsherzogthum Frankfurt war *d*). Ein *Erbwahlreich* ist der türkische Staat *e*). Ein Theil der monarchischen Staaten, hat *land-* oder *reichsständische* Verfassung. Die jetzigen *republikanischen* Staaten (§. 29) sind *Demokratieen*, theils reine, theils repräsentative. Ein Theil der oben genannten souverainen Staaten ist vereinigt zu *zwei StaatenSystemen* (§. 28); dem *teutschen Bund f*) (confédération germanique), der aus monarchischen Staaten und freien Städten, und der *schweizerischen Eidgenossenschaft g*) (confédération suisse), welche aus republikanischen Staaten besteht, nur mit Ausnahme des Fürstenthums Neufchatel *h*).

a) G. F. v. Marten's Sammlung der wichtigsten Reichsgrundgesetze, Erbvereinigungen, Capitulationen, Familienverträge u. s. f., welche zur Erläuterung des Staatsrechts und der pragmatischen Geschichte der vornehmsten europäischen Staaten dienen. Th. I. Dänemark, Schweden, Grofsbritannien. Gött. 1794. gr. 8. *Ebendess.* Abrifs des Staatsrechts der vornehmsten europäischen Staaten. Th. I, Abth. 1, Dänemark, Schweden, Grofsbritannien. Gött. 1794. gr. 8. De la Croix Verfassung der vornehmsten europäischen und der vereinigten amerikanischen Staaten. Aus dem Französischen, mit Berichti-

gungen. Leipz. 1792 — 1797. Th. I — V. gr. 8. Die Constitutionen der europäischen Staaten, seit den letzten 25 Jahren. Altenb. u. Leipz. Bd. I u. II. 1817. Bd. III. 1820. (Noch ein vierter Band soll erscheinen.) 8. Constitutions des différens peuples, ou textes de tous les Actes constitutionnels en vigueur, avec des discours historiques et politiques sur les principes qui en font la base; par MM. Benj. de Constant, Esmenard, Jay, le comte Lanjuinais, Letellier, Grégoire, Thérémin, etc. (Sollte 1818 zu Paris in 7 Bänden erscheinen.) L. v. Dresch Betrachtungen über die Hauptstaaten des europäischen StaatenSystems. Tübingen. I. Betrachtung, der teutsche Bund. 1817. 8.

b) Auch *Russland* ist jetzt eine Erbmonarchie, nach Erstgeburtrecht. Beweis, dass Peters I. Thronfolgeordnung unter Peter II. (1727) confiscirt worden; in Schlözers Briefwechsel, Heft XIII. (1797), S. 61 — 67. Curtius über das russ. SuccessionsGesetz; in Dohm's Materialien zur Statistik, III. Lieferung, S. 248. Hupels Versuch über die Staatsverfassung des russ. Reichs, S. 248. SuccessionsActe K. Pauls I. u. seiner Gemahlin, von ihm als Grossfürsten errichtet am 4. Jan. 1788, u. an seinem Krönungstage am 16. Apr. 1797 bestätigt; in den Verordnungen Sr. K. M. Pauls I. (St. Petersb. 1797. 4.), S. 245 — 249.

c) Diese geistlichen Wahlstaaten, nur diejenigen des Kurfürsten ReichsErzkanzlers (seit 1806 fürstlich-primatischer Staat genannt) ausgenommen, wurden secularisirt, vermöge des lünéviller Friedens v. 1801, Art. 7, und des regensburger ReichsDeputationsHauptschlusses v. 25. Febr. 1803. — Vergl. de Pradt, les quatre concordats, T. I[er], ch. 6.

d) Rheinische BundesActe, Art. 12. Der fürstlich-primatische WahlStaat ward in einen Erbstaat verwandelt, unter dem Titel Grossherzogthum Frankfurt, durch einen Tractat zwischen Napoleon und dem Fürsten Primas, zu Paris 19. Febr. 1810, in dem Rhein. Bund, XLVIII. 406, und durch ein ErnennungsDecret Napoleon's für den ViceKönig von Italien, Eugen Napoleon, und dessen männliche Nachkommen, datirt Paris 1. März 1810, in d. Polit. Journal 1810, März, S. 304. Aufgelöset ward das Grossherzogthum Frankfurt, durch den Acte final du congrès de Vienne.

e) J. G. Meusel's Lehrb. der Statistik (3. Ausg. 1804), S. 547.

Für ein Patrimonium des Mufti erklärt diesen Staat, *Neyron* in s. principes du droit des gens, §. 94. — Vergl. übrigens G. Achenwall diss. de regnis mixtae successionis. Goett. 1762. 4.

f) Grundvertrag des teutschen Bundes, unterzeichnet zu Wien am 8. Jun. 1815. SchlußActe des wiener Congresses v. 9. Jun. 1815, und BundesActe oder Grundvertrag des teutschen Bundes v. 8. Jun. 1815; mit vielen Anmerkungen u. s. w. von J. L. Klüber. Zweite Aufl. Erlangen 1818. 8. SchlußActe der über Ausbildung und Befestigung des teutschen Bundes zu Wien gehaltenen Conferenzen, vom 15. Mai 1820.

g) Convention des cantons formant la Confédération Helvétique, signée à Zurich le 29. déc. 1813; in v. Martens recueil, Supplém. T. V. p. 659. Diese Uebereinkunft ward als Grundlage des helvetischen StaatenSystems anerkannt, in dem Acte final du congrès de Vienne, art. 75 et suiv., und in der Déclaration des puissances signataires du traité de paix de Paris du 30 mai 1814, sur les affaires de la Suisse, datirt aus Wien vom 20. März 1815; in Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. V, S. 310 — 318. — Acte d'alliance conclu le 16 août 1814 entre les cantons de la Confédération Suisse, et acte d'acceptation de la diète, du 8. Sept. 1814, in de Martens recueil, Supplém. VI. 68. VIII. 161. Bundesvertrag der 22 Cantone der Schweiz, v. 7. Aug. 1815, ebendas. VIII. 137, und in dem Manuel du droit public de la Suisse, T. II, p. 3.

h) Auch die *Vereinigten Staaten* von *Nordamerika*, welche sich für Beobachtung der Grundsätze des europäischen Völkerrechtes erklärt haben (§. 1, Note *d*), bilden ein StaatenSystem. — Von den *Vereinigten Staaten* der Jonischen *Inseln*, s. §. 33.

§. 31.

Und andere öffentliche Verhältnisse.

Lehnbar ist jetzt *a*) keiner der oben genannten souverainen Staaten. Dagegen stehen manche derselben in eigener Beziehung zu andern Staaten, durch Bundes- oder ProtectionsVerhältnisse, durch das Recht der Eroberung, durch Stiftung, oder durch ConstitutionsVerleihung. Nicht alle genies-

sen *königliche Ehren b)* (honneurs royaux). Aber in allen monarchischen Staaten, den Kirchenstaat ausgenommen, ist der *Titel* und die *Würde* des *Staates* (dignitas realis) dem persönlichen Titel und der Würde des *Regenten* gleich. Die Staatsgebiete sind fast durchgehends *geschlossene* (territoria clausa). Der *StaatsReligionsCharakter*, das Verhältniſs der in dem Staat angenommenen kirchlichen Lehrbegriffe und ihrer Bekenner *c)*, hat jetzt selten mehr völkerrechtliche Beziehung, es sey denn vermöge der mit dem päpstlichen Stuhl von verschiedenen Staaten geschlossenen Concordate *d)*, oder der in manchen Staatsverträgen in Beziehung auf eine bestimmte Religions-Partei enthaltenen Stipulationen *e)*. Die Eigenschaft eines *PatrimonialStaates*, das heiſst, daſs der Regent nach Eigenthumsrecht über den Staat verfügen könne, ist in Europa durch Staatsgrundgesetze nirgend festgesetzt *f)*.

a) Die Lehnverpflichtung *Neapel's* und *Parma's* gegen den päpstlichen Stuhl, wird nicht mehr anerkannt, von Neapel seit 1788, von Parma seit der im Jahr 1796 im oberen Theil von Italien statt gehabten Staatsumwälzung, und nach der durch die SchluſsActe des wiener Congresses statt gehabten Wiederherstellung dieses Staates. Doch protestirt der Papst noch in jedem Jahr öffentlich, wegen des von beiden nicht entrichteten Lehnzinses, wider Neapel am PeterPaulstage, wider Parma am Vorabend dieses Tages. — Auch *Malta* war ein päpstliches Lehn, bis auf die Veränderung seiner politischen Verhältnisse, in Folge der Eroberung durch die Franzosen im J. 1798.

b) Hievon unten §. 91.

c) H. Stäudlin's kirchliche Geographie u. Statistik, Tüb. 1804. Bd. I. u. II. 8. L. Meiners allgem. Geschichte der Religionen.

Hannover 1806 u. 1807. Bd. I. II. 8. A new universal history of the religious Rites, Ceremonies and Customs of the whole World. By William Hurd. London (ohne Jahrzahl, doch vor 1799) gr. fol. Origine de tous les cultes, ou Religion universelle, par Dupuis. à Paris 1795. T. I — XI. 4. Histoire générale et particulière des Religions et du Culte de tous les peuples du monde, par Fr. H. St. Delaulnaye; ouvrage orné de 300 figures gravées. à Paris 1796. gr. 4. Histoire des sectes religieuses, depuis le commencement du siècle dernier; par Grégoire. Paris 1809. 8.

d) Man s. die *Concordate* in C. Gärtner's Corp. juris ecclesiastici Catholicorum, I. 89. II. 353. Spaniens Concordat v. 1753, in de Martens recueil, Supplément, II. 18. Mailändisches v. 1757, ebendas. II. 82. Sardinisches v. 1770, ebendas. recueil, VI. 126. Frankreichs Concordate, von 1516, von 1801, und von 1813, die beiden letzten bei v. Martens a. a. O. Supplém. II. 519. V. 552. Les quatre Concordats, suivis de considérations sur le gouvernement de l'église en général, et sur l'église de France en particulier, depuis 1515. Par M. de Pradt. à Paris 1818. T. I — III. 8. Concordat der vormaligen italiänischen Republik, von 1803, in dem Journal politique de Mannheim, 1804, N° 21 et suiv. Concordate, mit dem Grofsherzog von Toscana von 1815, mit Baiern vom 5. Jun. 1817, mit Frankreich vom 11. Jun. 1817 (de Pradt l. c. III. 74 et suiv.), mit Neapel vom 16. Febr. 1818. Verzeichnifs der Concordate, in le Bret's Vorlesungen über die Statistik, II. 352. Von Concordaten überhaupt, s. de Pradt a. a. O. T. I, ch. 13 et 14.

e) Beispiele in Günther's Völkerrecht, II. 331 ff. De Martens recueil, I. 398. IV. 623. 625, in dem Frieden v. Bucharest 1812, Art. 7. und in dem Westphäl. Frieden v. 1648, I. P. Osnabr., vorzüglich Art. 5.

f) Für eine Chimäre erklärt, nach dem natürlichen Staatsrecht, die so genannten *erbeigenthümlichen* oder *PatrimonialReiche*, L. J. F. Höpfner in s. Naturrecht, §. 201. Dagegen vertheidigen solche, Grotius, der Erfinder der Eintheilung in Patrimonial- und UsufructuarReiche, de J. B. et P. lib. I. c. 3. §. 11 sqq. Casp. Achat. Beck diss. de jure regni patrimonialis (Jen. 1712), §. 11 sqq. Theod. Schmalz de jure alienandi territoria (Rint. 1786), §. 4 sqq. — Unter strengen Voraussetzungen nimmt sie an, H. G. Scheidemantel in s. allgem.

Staatsrecht überhaupt u. nach der Regierungsform, §. 63 f. — Auf jeden Fall ist das Factische von dem Rechtlichen zu unterscheiden. J. St. Pütter's Beiträge zu dem t. Staats- und Fürstenr. I. 140. — In einem eingeschränktern Sinn, heifsen PatrimonialReiche diejenigen, worin Jemand die freie Verfügung über die jedesmalige Thronfolge zusteht; wie ehedem in Rufsland, nach der ThronfolgeOrdnung Peter's I. v. 1722. Scheidemantel a. a. O. Neyron principes du dr. des gens, §. 92.

§. 32.

Insonderheit gewisse Classificationen der Staaten.

In völkerrechtlichem Sinn, ist kein Unterschied zwischen *grossen* und *kleinen a)*, oder zwischen *mächtigen* und *mindermächtigen* souverainen Staaten. Wohl aber kommt die Verschiedenheit der Machtverhältnisse, besonders der militairischen, sehr in Betracht, wenn von politischer Wichtigkeit der einzelnen Staaten die Rede ist. Doch fehlt es auch hier an gehöriger Grundlage zu einer festen und durchgreifenden Abtheilung der Staaten; gewifs ist die oben angeführte, so wie die von einigen gewählte, in Staaten der *ersten*, *zweiten*, *dritten* und *vierten Ordnung b)*, ganz willkührlich und unbestimmt. — Die Kriegsmacht der meisten souverainen Staaten von Europa, ist blofs für Landkriege eingerichtet; bei verschiedenen jedoch für Land- und Seekriege. Die ersten sind blosse *Landmächte*, die letzten sind *Land-* und *Seemächte* zugleich. Diese werden auch vorzugweise *Seemächte* genannt, wenn ihre Hauptmacht auf den Seekrieg sich bezieht *c)*. Souve-

raine Staaten, die zwar an die See grenzen, aber keine Kriegsflotte, sondern etwa nur einzelne Kriegsschiffe, Fregatten, oder Galeeren, zu Beschützung ihrer Küsten und Handelsschiffe, unterhalten, sind blofs *Land*- und *Seestaaten*. — Nur auf geographische und nachbarliche Verhältnisse, bezieht sich die Abtheilung in *östliche*, *südliche*, *westliche* und *nordische* Mächte.

a) Moser's Versuch des neuesten europ. VR. I, 3 f.

b) Institutions politiques, par le baron de Bielfeld, T. II, ch. 4. §. 14. p. 85. Neyron principes du droit des gens européen. Schmalz europ. Völkerrecht, S. 38. — Auf dem wiener Congrefs, konnten die Bevollmächtigten der acht Mächte, welche den pariser Frieden unterzeichnet haben, in einer Sitzung vom 9. Febr. 1815, sich nicht vereinigen über die Frage, ob man den Grundsatz einer Classification der Mächte annehmen solle? und wenn man ihn annähme, ob sie in zwei oder in drei Classen abzutheilen seyen? insbesondere aber, in welche Classe man dann die grofsen Republiken zu setzen habe? Klüber's Uebersicht der diplomat. Verhandlungen des wiener Congresses, S. 167 f., so wie S. 13, 15, 22 f. und S. 20 f. 45 f. 59 u. 131. Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. I, Heft 1, S. 97, Heft 2, S. 63, Bd. IV, S. 45. — Von dem *Rang* der souverainen Staaten, unten §. 92 ff.

c) Günther's Völkerrecht, II. 75.

§. 33.

Jetzige halbsouveraine Staaten.

Die vormaligen *abhängigen* oder *halbsouverainen* Staaten in *Teutschland* und in *Italien a*), haben sich theils in souveraine Staaten verwandelt, theils sind sie souverainen Staaten einverleibt oder gänzlich untergeordnet worden. Das letzte gilt

auch von den Herzogthümern *Curland* und *Semgallen*, welche unter russischen Scepter gekommen sind *b*). Die völkerrechtlichen Verhältnisse der Hospodare in den Fürstenthümern *Moldau* und *Wallachei c*) scheinen noch nicht vollständig festgesetzt zu seyn. So war es auch, bis in das Jahr 1814, mit den im Jahr 1806 von Napoleon neu constituirten Fürstenthümern *Lucca* und *Piombino*, *Neufchatel*, *Benevento*, und *Ponte-corvo*. Lucca und Piombino waren als französische Reichsmannlehen verliehen, aber mit aller Proprietät, und so daſs der Besitzer dem Kaiser von Frankreich die Pflichten eines guten und treuen Unterthans (d'un bon et fidèle sujet) eidlich versprechen muſste *d*). Dasselbe galt von Neufchatel, von Benevento, und von Ponte-corvo. Alle drei waren zwar mit aller Proprietät und Souverainetät („en toute propriété et souveraineté"), und die beiden letzten überdem als unmittelbare Lehen der Krone Frankreich („comme fiefs immédiats de la couronne") verliehen; es sollte aber der jedesmalige Besitzer eines dieser drei Fürstenthümer schwören, „dem Kaiser der „Franzosen als guter und treuer Unterthan (en „bon et loyal sujet) zu dienen" *e*). Einen wahren halbsouverainen Staat bilden, seit 1815, die *Vereinigten Staaten* der *jonischen Inseln*, wegen der Schutz- und SouverainetätsRechte, welche Groſsbritannien über sie auszuüben hat *f*).

a) Moser's Versuch des europ. Völkerrechts, I. 26 ff.

b) UnterwerfungsActe der Land- und Ritterschaft vom 20. März 1795, in dem Polit. Journal 1795, April, S. 413, Mai, S. 525. UnterwerfungsActe des Herzogs v. 28. März 1795, ebendas. Jul. S. 698. De Martens recueil, VI. 476 ff. Büsch Gesch. der merkw. Welthändel, S. 642. — Von dem Gesandschaftrecht, auf welches diese Herzogthümer ehehin Anspruch machten, s. man Schriften in v. Kamptz neuer Lit. des VR., S. 244.

c) Die Rechte dieser Fürstenthümer, im Verhältniſs zu der osmanischen Pforte, sind bestimmt durch die Friedensschlüsse von Koutschouc Kainardgi 1774, Art. 16, von Yassy 9. Jan. 1792, Art. 4, und Bucharest 1812, Art. 5, durch die erklärende russisch-türkische Convention zu Constantinopel v. 10. März 1779, Art. 7, und durch die von dem Groſsvezier ausgestellte Acte v. 28. Dec. 1783. De Martens recueil III. 355. IV. 623. V. 70. Gazette de Francfort, 1812, N° 312. Unter Anderem ist festgesetzt, daſs jeder der beiden Hospodare einen Chargé-d'affaires griechischer Religion zu Constantinopel halten dürfe, der als eine Person zu betrachten sey, welche das Völkerrecht genieſst. Vergl. auch Büsching's Magazin, III. 3 ff.

d) Decret K. Napoleon's v. 27. Ventose, Jahr XIII. (10. März 1805), wodurch das Fürstenthum Piombino der Prinzessin Elise, Schwester des Kaisers, und ihren männlichen Nachkommen, „*en toute propriété*“ als französisches Reichslehn verliehen ward, in dem Moniteur v. 19. März 1805, Num. 178; nebst dem Bericht der SenatCommission, in der Sitzung vom 23. März 1805. Napoleon's Decret vom 30. März 1806, wodurch das Land Massa und Carrara, und la Garfagnana, mit dem Fürstenthum Lucca vereinigt wird, um mit diesem als französisches Reichsmannlehn verliehen zu werden. Bulletin des lois, N° 84. Diese Verfügung über Lucca und Piombino ward von Oestreich anerkannt, in dem presburger Fr. 1805, Art. 3. Mit dem Sturz Napoleon's fiel auch sie.

e) Man s. von *Neufchatel* Napoleon's Decret vom 30. März 1806, in dem Bulletin des lois, N° 84, und in dem Polit. Journal 1806, April, S. 391 ff.; von *Benevento* u. *Ponte-corvo* die InvestiturBriefe v. 5. Jun. 1806, in dem Bulletin des lois, N° 100, u. in dem Polit. Journal 1806, Junius, S. 597 ff.

Institution des majorats et de la légion d'honneur; par L. RONDONNEAU (à Paris 1811. gr. 8.), p. 248 — 252.

f) Diese Vereinigten Staaten sollen „einen einzigen freien und „unabhängigen Staat bilden, unter dem unmittelbaren und „ausschliefsenden Schutz Grofsbritanniens". Man s. den zwischen Grofsbritannien, Rufsland, Oestreich und Preufsen, zu Paris am 5. Nov. 1815 geschlossenen Tractat, in v. MARTENS recueil, Supplém. VI. 663. Die übrigen Mächte, welche den pariser Frieden unterzeichnet haben, so wie der König beider Sicilien und die ottomanische Pforte, wurden eingeladen diesem Vertrag beizutreten. Politisches Journal von 1815, S. 851, u. von 1816, S. 879 f. Durch einen Vertrag mit Grofsbritannien, den der Sultan am 24. April 1819 ratificirte, erkannte die Pforte die brittische Schutzherrschaft über die jonischen Inseln an, unter der Bedingung, dafs die kleine, aber feste Stadt *Parga*, in Albanien Corfu gegenüber, nebst ihrem Gebiet, davon getrennt, und ihr abgetreten werde; welches im Mai 1819 geschah. — Constitution der Vereinigten Staaten der jonischen Inseln, vom 29. Dec. 1817, welche mit dem 1. Jan. 1818 in Wirksamkeit getreten ist. Journal de Francfort, 1818, N° 69 et suiv.

§. 34.

Gegenseitiges politisches Verhältnifs der europäischen Staaten.

Europäische Völkersitte.

Das gegenseitige *politische* Verhältnifs der souverainen Staaten von Europa, beruht nicht auf einer Vereinigung zu einem StaatenSystem, auch nicht zu einer so genannten VölkerRepublik *a*), noch weniger zu einem grossen Weltstaat *b*), überhaupt nicht auf allgemeinen ausdrücklichen Verträgen. Für die *christlichen Staaten* ward, in dem Mittelalter, nähere Theilnahme an ihrem wechselseitigen politischen Verhältnifs veranlafst, durch die Einheit des kirchlichen Lehrbegriffs

und Rituals, durch die Anerkennung eines gemeinschaftlichen geistlichen Oberhauptes der Kirche und des von diesem ausgegangenen allgemeinen hierarchischen Systems, durch den gemeinschaftlichen Unfrieden gegen die nichtchristlichen Staaten, und die in dieser Beziehung dem römisch-teutschen Kaiser eingeräumte weltliche Obergewalt, hauptsächlich in dem Zeitraum der Kreuzzüge, auch durch die Blutsfreundschaft und Verschwägerung der RegentenFamilien.

a) Vergleichbar mit einer Demokratie. Vergl. Nic. Vogt über die europäische Republik. Th. I — V. Frankf. 1787 — 1792. 8. *Ebendess.* histor. Darstellung des europäischen Völkerbundes. Frankf. Th. I. 1808. 8. (Mehr ist nicht erschienen.)

b) Eine Idee, die schon Seneca (de otio sapientis, c. 31.) andeutete, einige neuere Schriftsteller aber (Grotius de J. B. et P., proleg. §. 18. Real, science du gouvernement, T. V, p. 2.), am meisten und mit Vorliebe Wolff (jure gent. proleg. §. 7. sqq. et 21.), ausgebildet haben. Dawider s. Günther a. a. O. I. 151. L. C. Schröder elem. juris naturalis, socialis et gentium, §. 1049.

§. 35.

Fortsetzung.

Ungeachtet der eingetretenen kirchlichen Trennung, ward jene nähere Theilnahme dennoch unterhalten und vermehrt, durch allseitiges Aufstreben zu höherer, geistiger und geselliger Cultur, durch vermehrtes Handels- und FamilienInteresse, durch öftere Kriege, durch fast immerwährende Kriegsrüstung, durch von Zeit zu Zeit sichtbar gewordene Vergrösserungs-Absicht einzelner Machthaber, und durch das

hieraus entstandene fast allgemeine System der Eifersucht und des Mifstrauens, verbunden mit sorgsamem Streben, in dem politischen Verkehr nicht aus den Schranken des äussern Anstandes und der Humanität zu treten, noch ungestraft treten zu lassen. Nicht nur hat dieses Anlafs gegeben zu Bildung gewisser *politischen Theorien*, welche nicht immer ohne Einflufs auf die Ereignisse geblieben sind *a*), sondern es hat sich auch nicht selten eine *Macht* festgesetzt *b*); ja es hat sich, wie verabredet, allmählig, unter den europäischen Staaten von christlichem Glaubensbekenntnifs eine ziemlich allgemeine *Uebereinstimmung* gebildet, nicht nur in der öffentlichen Handlungsweise, sondern auch in gewissen VertragStipulationen. Fast allgemein wird jetzt diese Uebereinstimmung, wenn auch nicht durchgehends als strenges Recht *c*), doch als *europäische Völkersitte*, zuweilen mit der Kraft moralischer Nothwendigkeit, betrachtet, und unter manchen Staaten ist sie selbst der Form nach in *strenges Recht* übergegangen, so weit man sie durch ausdrückliche oder stillschweigende Verträge sanctionirt hat. Auf solche Weise von unsichtbaren Banden umschlungen, betrachten sich die christlichen Mächte von Europa jetzt wie *Genossen eines sittlichen Vereins d*), dem sich nun auch der *einzige nichtchristliche Staat* in Europa, die osmanische Pforte, einigermasen nähern zu

wollen scheint *e*). Selbst einige *aussereuropäische* Staaten, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika, haben sich, durch die That und ausdrücklich, für den Beitritt zu dieser Genossenschaft erklärt *f*). Ueberall ist jedoch von jener Völkersitte, das natürliche und positive *völkerrechtliche* Verhältniſs der einzelnen Staaten zu unterscheiden (§. 2, 3 u. 31).

a) Vergl. A. H. L. Heeren's kleine Schriften, Th. II (Gött. 1805. 8.), S. 147 — 250.

b) Von der *Macht* der *Meinung*, in Beziehung auf den Papst, s. von Bielfeld's institutions politiques, T. II. p. 603 f. — Etlichen von den kleinen Staaten scheint eine *Macht* des *Neides* (puissance d'envie) zu statten zu kommen, die sie gegen Lüsternheit mächtiger Nachbarn sicher stellt.

c) Wofür Wolff a. a. O. §. 9, sie erklärt, zum Vortheil seiner LieblingsHypothese von einem grossen Weltstaat, den er auf *vermuthete* Einwilligung der Völker gründen wollte.

d) Mehr scheint Günther, a. a. O. I. 152 — 187, mit der von von ihm angenommenen „freiwilligen Gesellschaft der Völker", insbesondere der europäischen Nationen, nicht zu behaupten.

e) Vergl. Real, science du gouvernement, T. V, ch. 3, Sect. 9.

f) De Marten's recueil, T. IV. p. 196. 197.

ZWEITER THEIL.

RECHTE DER EUROPAISCHEN STAATEN UNTER SICH.

ERSTER TITEL.

UNBEDINGTE RECHTE DER EUROPÄISCHEN STAATEN UNTER SICH.

ERSTES CAPITEL.

RECHT DER SELBSTERHALTUNG.

§. 36.

Zwei HauptClassen der Staatenrechte. Ihre Natur und Dauer.

Es giebt Rechte, welche jedem Staat im Verhältniſs zu andern Staaten schon darum zustehen, weil er Staat ist, das heiſst, vermöge seiner freien moralischen Persönlichkeit. Der Inbegriff dieser Urrechte des Staates, ist das *unbedingte* oder *absolute* (thetische) *Völkerrecht* (I. Titel). Andere Rechte gebühren ihm nur unter Voraussetzung gewisser Verhältnisse (II. Titel), entweder *freundschaftlicher* (1. Abschnitt), oder *feindlicher* (2. Abschnitt). Diese Rechte, deren Daseyn einen besondern Entstehungsgrund

voraussetzt, sind Gegenstand des *bedingten* oder *hypothetischen Völkerrechtes.* Beide Arten von Rechten sind Bedingungen der Individualität des Staates, und er ist befugt dieselben durch Zwang zu vertheidigen. Sie hören nicht auf, bei einer Veränderung der Mitglieder des Staates *a*); denn die Gesammtheit der Staatsbürger ist das Subject dieser Rechte, nicht ein Einzelner.

a) Daher die rechtliche *Ewigkeit* oder der immerwährende Fortbestand der Staaten. Civitas (universitas) non moritur.

§. 37.

Absolutes Verhältniſs der Staaten zu einander.

Ein Staat ist eine Gesellschaft; eine *freie* Gesellschaft, weil er aus einzelnen Personen und Familien besteht, welche ohne die Staatsverbindung in natürlicher Freiheit leben würden, und welche in dieser sich selbst ihren Zweck gesetzt haben. Er ist also, im Verhältniſs zu jedem andern Staat, eine moralische Person in natürlicher Freiheit. Da dieses von jedem Staat gilt, so verhalten sich alle Staaten in ihrem Recht zu einander, wie physische Personen in dem Stande natürlicher Freiheit. Sonach stehen dieselben Rechte, welche das Vernunſtgesetz dem Einzelnen gegen den Einzelnen einräumt, auch dem Staat gegen den Staat zu. Da indeſs der Staat, als moralische Person, von dem Einzelnen, als einer physischen Person, specifisch verschieden ist, so bedingt der unterscheidende Begriff des Staates noch

besondere Rechte für den Staat, als Zusatz zu den allgemeinen Rechten des Einzelnen gegen den Einzelnen.

§. 38.

Recht der Selbsterhaltung.

Demnach hat jeder Staat, wie der einzelne freie Mensch, ein vollkommenes Recht auf *Selbsterhaltung a*). Es bezieht sich dieses Recht 1) auf rechtlichen *Fortbestand* des Staates, nach Verfassung, nach Verwaltung, und nach dem ganzen Inbegriff seiner Mitglieder, vereinigt und einzeln; 2) auf den *Erwerb* äusserer Gegenstände; 3) auf den *Gebrauch* jeder Art *natürlicher* und *erworbener Rechte*, des Staates sowohl, als auch seiner Mitglieder; 4) auf *guten Namen*, auf Anerkennung seiner Rechtlichkeit.

a) Schrodt systema juris gentium, P. I. c. 1. §. 8.

§. 39.

Daher der Gebrauch erlaubter Sicherheitsmittel.

Vermöge des Rechtes auf Selbsterhaltung, ist jeder Staat befugt, gerechte *Sicherheitsmittel* jeder Art, zu dem Schutz seiner Rechte anzuschaffen, in Bereitschaft zu halten, und anzuwenden, nicht nur vertheidigungsweise, sondern auch zu Abwendung möglicher Rechtsverletzungen, und zu Genugthuung wegen erlittener. Dahin gehört 1) die *Verhütung der Entvölkerung* des Staatsgebietes, insbesondere durch *Ver-*

hinderung der Auswanderung a), und der *Annehmung fremder Staatsdienste b)*. Das Recht hiezu hann jedoch beschränkt seyn, im Verhältnifs zu den eigenen Unterthanen durch das Staatsrecht *c)*, im Verhältnifs zu andern Staaten durch Verträge *d)*.

a) Schriften in Pütter's Literatur des teutschen Staatsrechts, III. 715, in Klüber's neuer Lit. des t. Staatsr. 595 f. u. in v. Kamptz neuer Lit. des Völkerr., §. 122 f. Günther's Völkerr. II. 306 ff. Moser's Versuch des europ. VR. VI. 25 ff. Königl. wirtemberg. Verbot der Auswanderung für alle Unterthanen, Frauenspersonen ausgenommen, vom 29. Mai 1807. Königl. baier. Verordn. v. 12. Aug. 1812, wodurch die Retorsion dieses Verbots gegen Wirtemberg festgesetzt wird.

b) Vergl. unten §. 81.

c) Von dem ehemaligen teutschen Staatsrecht, s. Pütteri instit. juris publ. imperii germanici, §. 368. 431.

d) Teutsche BundesActe, Art. 18. Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 167 f. u. 381. Baiern's Verträge mit S. Weimar u. S.Gotha, in der baier. Bekanntmachung v. 10. Nov. 1817. — Bei Räumung feindlich occupirterLande, desgleichen bei Abtretung eines Landes oder Bezirks, wird in Friedens-, Grenz-, Tausch- u. a. Staatsverträgen oft die Freiheit der Auswanderung, und zwar meist auf gewisse Zeit, bedungen. Fr. v. Bucharest 1812, Art. 7. Wiener Fr. 1809, Art. 10. Pariser Fr. 1783, Art. 7. 18. Moser's angef. Versuch V. 395. *Ebendess.* Nordamerika nach den Friedensschlüssen von 1783, III. 355.

§. 40.

Fortsetzung.

Zu den Sicherheitsmitteln, welche auf Selbsterhaltung abzwecken, gehört vorzüglich 2) die Ausübung des *Wehr-* und *Waffenrechtes*, so weit dasselbe nicht durch Verträge beschränkt ist *a)*.

Vermöge dieses Rechtes, ist ein Staat befugt zu Kriegsrüstung aller Art, namentlich zu Anschaffung, Einrichtung und Unterhaltung von Kriegsmannschaft, Kriegsflotten, Geschütz und anderem Waffenvorrath, zu Befestigung sowohl im Innern des Landes, als auch an den Grenzen, zu Heerschau, Heerlager, und Volksbewaffnung, zu SubsidienTractaten und andern Kriegsbündnissen. Ungeachtet keinem Staat eine Zwangpflicht obliegt, in Absicht auf Bereitung und Gebrauch solcher Sicherheitsmittel einem andern Rede zu stehen *b*), so kann doch das eigene StaatsInteresse die moralische Pflicht auflegen, einer andern Macht, von ihr gefragt oder ungefragt, defshalb Erklärung zu geben. Die Verweigerung einer solchen, oder die Ertheilung einer zweideutigen, oder selbstgenügsamen, auf anständige Anfrage, hat gewöhnlich Mifstrauen und Gegenrüstungen, wo nicht Thätlichkeiten und Krieg, zur Folge.

a) Beispiele, in dem lünéviller Fr. 1801, Art. 6. Die Einschränkung, welche Frankreich, in Ansehung der Befestigung Dünkirchens auf der Seeseite, in den Friedensschlüssen von 1713, 1748 und 1763 übernommen hatte, wurden aufgehoben in dem pariser Fr. v. 1783, Art. 17. De Marten's recueil, II. 469. Verminderung seiner Kriegsflotte und Verzichtleistung auf alle seit dem 1. Jan. 1685 geschlossene Bündnisse u. Allianzen, versprach Genua in dem Tractat mit Frankreich von 1685, Art. 3 u. 4. in Du Mont's Corps diplom. T. VII. P. 2. p. 88.

b) F. C. v. Moser von dem Recht eines Souverains den andern zur Rede zu stellen; in s. kleinen Schriften, Th. VI, S. 287 ff. J. J. Moser's Versuch des europ. Völkerrechts, VI. 397 — 420. Günther's Völkerr. I. 293 — 320.

§. 41.

Doch nicht gegen gerechtes Anwachsen der Macht.

In der Regel (in thesi), gehört zu den erlaubten Sicherheitsmitteln nicht, die *Verhinderung* des *gerechten Anwachsens der Macht eines andern Staates a*). Nur unter der, aus den jedesmaligen Umständen (in hypothesi) zu beurtheilenden, Voraussetzung einer daher drohenden Rechtsverletzung, kann sie ausnahmweise gerechtfertigt werden *b*). Wird bei dem Ausbruch eines Kriegs darauf sich bezogen, so muſs hienach beurtheilt werden, ob sie als wirklich rechtfertigende, (justa belli causa, raison justificative), oder als bloſs anrathende Ursache des Kriegs (causa belli suasoria, simple motif) gelten könne. Die Geschichte, verglichen mit der Rechtstheorie, stellt sie meist in der letzten Eigenschaft dar *c*).

a) Hugo Grotius de J. B. et P. I. 16. 17. u. II. 1. 17. Pufendorf de O. H. et C. II. 16. 4. Vattel III. 3. 42. Boehmer jur. publ. univ., Part. spec. lib. II. c. I. §. 9. Cph. Friedr. Schott diss. de justis bellum gerendi et inferendi limitibus, §. 22.; in dessen Dissertat. jur. nat. T. I. p. 278. Gottl. Aug. Tittel diss. opes gentis quantumvis crescentes in causis belli non esse numerandas. Carolsr. 1771; in dessen Erläuterungen der Philosophie, St. VI. Schröder elem. juris nat., soc. et gent. §. 1121. sq. Klüber's kl. jurist. Biblioth. X. 142. — Anders Hobbes de cive, c. 13. Gundling jur. nat. c. 9. §. 12. Daries obss. juris naturalis, socialis et gentium, Vol. II. p. 319 sqq. Canz discipl. mor. §. 1387. sqq. §. 3528. sqq., und selbst die *Sorbonne* unter Ludwig XIII.

b) Franc. Hutcheson philosophiae moralis institutio compendiaria, lib. III c. 9. §. 2.

c) Beispiele in Bynkershoek's quaest. jur. publ. lib. I. c. 25. n. 10.

§. 42.

§. 42.

Noch aus dem Grund eines politischen Gleichgewichtes.

Schon darum hat das so genannte *System des Gleichgewichtes a)* (bilanx s. trutina gentium, balance du pouvoir, équilibre politique, systême de contre-poids), ohne Verträge keinen völkerrechtlichen Grund *b)*. Unterschieden von dem *rechtlichen* Gleichgewicht, dem Suum cuique, ist dieses vermeintliche System des *politischen* Gleichgewichtes gebaut auf die Idee von Macht und Uebermacht. Da aber hiebei nicht blofs die jedesmalige Kriegsmacht und Volksmenge, sondern auch NationalCharakter, Cultur und Reichthum, Lage und Umfang des Staatsgebietes, Menge und Stärke der Allianzen, Staatsform und Persönlichkeit des Regenten, überhaupt der ganze Inbegriff der geistigen und körperlichen Kräfte der Staaten in Betrachtung kommt, und eine gleiche Vertheilung der Länder nach ihrem politischem Gewicht (lex agraria gentium) nie erfolgt, oder zu hoffen ist, so bleibt jenes so genannte System, rechtlich und politisch betrachtet, eine unbestimmte Idee *c)*. Dessen ungeachtet haben Eifersucht, Mifstrauen und Convenienz schon mehrmal Staatsregierungen veranlafst, in einzelnen Fällen die Behauptung aufzustellen, von Erhaltung oder Herstellung eines Gleichgewichtes in Europa, im Norden, im Westen, im Orient, in Teutschland, in Italien, zur See, auf

dem festen Lande, in der Schiffahrt und Handlung. Theoretiker sogar, haben das Austreten aus demselben, als gerechte Ursache zum Krieg betrachtet *d*). Dagegen ist ausser Zweifel, daſs jede Macht befugt sey, sich jedem ungerechten Streben nach Oberherrschaft, Vergrösserung, Uebermacht oder UniversalMonarchie *e*) zu widersetzen.

a) Vergl. oben §. 6. Schriften in v. OMPTEDA's Lit. II. 484 ff. v. KAMPTZ neue Lit. 97 u. 99. KLÜBER's Lit. des t. Staatsr. S. 144. und J. TH. ROTH's Archiv für das Völkerrecht, Heft I, S. 98 ff. — E. C. de HERTZBERG sur la véritable richesse des états, la balance de commerce et celle du pouvoir. à Berlin 1786. (GASPARI's) Versuch über das politische Gleichgewicht der europäischen Staaten; mit Tabellen. Hamb. 1790. gr. 8. (F. J. v. HENDRICH's) Historischer Versuch über das Gleichgewicht der Macht, bei den alten und neuen Staaten. 1796. 8. Plan d'un nouvel èquilibre politique. à Londres 1798. 8. (Nic. VOGT's) System des Gleichgewichtes und der Gerechtigkeit. Frankf. 1802. Th. I. u. II. gr. 8. Essai sur le nouvel équilibre de l'Europe; par Alphonse GARY. à Paris 1806. 8. Fr. v. GENZ Fragmente aus der neuesten Geschichte des polit. Gleichgewichts. Petersb. 1806. 8. Ideen über das politische Gleichgewicht von Europa. Leipz. 1814. 8. Betrachtungen über die Wiederherstellung des polit. Gleichgewichts in Europa. Hannov. 1814. 8. Rom u. London, oder über die Beschaffenheit der nächsten UniversalMonarchie (von Fr. BUCHHOLZ). Tüb. 1807. gr. 8. De l'équilibre du pouvoir en Europe; traduit de l'anglais de Gould Francis LECKIE. Paris 1820. 8. GÜNTHER's Völkerr. I. 321 — 389. ROBERTSON's Geschichte K. Carls V., Th. I, S. 159 ff. (Joh. MÜLLER's) Darstellung des Fürstenbundes, 21 — 89. POSSELT's europ. Annalen, 1803, XI. 120. XII. 223; 1806, VIII. 101. 124. X. 3. XI. 145. XII. 270; 1807, I. 3. De SALLES Ideen über das Gleichgewicht in Europa; in v. ARCHENHOLZ Minerva, 1801, März, S. 386 ff. REUSS teutsche Staatskanzley, XIV. 100. SCHLETT-

wein's StaatsCabinet, I. 75 — 134. A. C. Gaspari's DeputationsRecefs, Th. I. (Hamb. 1803. 8.) S. 70 ff. Einleitung zur Geschichte des europ. Gleichgewichts; in Georgius (Otto's) Geschichts, Finanz- und HandelsAnsichten, II. Bändchen (Nürnb. 1811. 8.); auch schon früher in Woltmann's Geschichte und Politik, 1801, St. II u. III. Minerva, April 1814, S. 88 ff. A. G. L. Heeren's Handb. der Geschichte des europ. StaatenSystems, (2. Aufl. 1811), S. 13. Bredow's Chronik des 19. Jahrhunderts, Bd. III, S. 19.

b) Anders v. Martens in der Einleit. in das europ. VR. §. 118 ff. und Schmalz europ. Völkerrecht, S. 206 ff.

c) Es ist zu wünschen, dafs das zweideutige Wort „politisches Gleichgewicht", aus der Sprache sowohl der Politik als auch des Völkerrechtes, möge verbannt werden.

d) Jo. Jac. Lehmann tr. trutina, vulgo bilanx Europae (Jen. 1716, 8.), p. 187. sq. L. M. Kahlii diss. de trutina Europae, praecipua belli et pacis norma. Gött. 1744, und in dessen Opusc. minor. T. I. (Francof. 1751. 4), n. 3. — Dawider s. Vattel III. 3. 47. Glafey's VR. S. 66. J. G. Neureuter diss. de justis aequilibrii finibus (Moy. 1746), §. 8. sqq. — Man vergl. die Erklärungen des Fürsten Talleyrand's, königl. französischen Bevollmächtigten, über den Sinn u. Umfang des politischen Gleichgewichtes, in dessen Note v. 19. Dec. 1814, in Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. VII, S. 50. Darin wird sich berufen, auf „die Grundsätze des politischen Gleichgewichtes, oder, was gleichviel ist, auf die Grundsätze für Erhaltung der Rechte eines Jeden und der Ruhe Aller".

e) A. v. Feuerbach, die Weltherrschaft, das Grab der Menschheit. München 1814. 8. Benj. Constant de Rebecque, de l'esprit de conquête et de l'usurpation. (S. l.) 1814. 8. v. Kamptz neue Lit. des VR., S. 102. — Ohne Zweifel in diesem Sinn, haben Oestreich, Grofsbritannien, Preussen, Rufsland und der König von Neapel, in den zu Töplitz am 9. Sept. 1813 geschlossenen AllianzVerträgen, ihr Bestreben erklärt, Europa's „künftige Ruhe durch Wiederherstellung eines *gerechten Gleichgewichtes der Mächte*" zu sichern. v. Martens recueil, Supplém. V. 596. 600. 607. 660. 661. Man vergl. Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. II, S. 95.

§. 43.

Verhalten in Absicht auf Selbsterhaltung.

Ein Staat ist berechtigt, jede Rechtsverletzung, unmittelbare oder mittelbare, welche ihm droht in Absicht auf seine Selbsterhaltung, auf Fortbestand, Erwerb äusserer Gegenstände, Gebrauch seiner Rechte, und guten Namen, abzuwenden, und wegen erlittener Verletzung dieser Rechte sich vollständige Genugthuung zu verschaffen. In dieser Hinsicht werden bisweilen öffentliche Gerüchte, geschriebene und gedruckte Aeusserungen und Thathandlungen, welche der Ehre eines andern Staates oder der Person seines Regenten nachtheilig sind, von den Staatsregierungen, bald aus eigener Bewegung, bald auf defshalb geführte Beschwerde, öffentlich mifsbilligt, und gegen die Urheber, Theilnehmer und Verbreiter geahndet *a*), eben so als wären sie gegen den eigenen Staat oder Regenten gerichtet *b*), auch werden defshalb dem beleidigten Staat mifsbilligende und entschuldigende Erklärungen gemacht.

a) Moser's Versuch des europ. VR. I. 292 ff. VIII. 38 ff. Adelung's pragm. Staatsgeschichte Europens, von dem Ableben K. Karls VI. an, Bd. III, Th. I, S. 236.

b) Mehr kann nicht verlangt werden. Moser a. a. O. VI. 80. I. 292. *Ebendefs.* Beyträge zu d. europ. VR. I. 292 f.

§. 44.

Nothrecht.

Da die Pflicht der Selbsterhaltung für den

Verpflichteten höher ist als jede andere, so kann als Rechtsverletzung nicht geahndet werden, wenn bei evidenter, dringender Noth des Staates, in dem Fall unvermeidlicher Collision zwischen vollkommenen Pflichten gegen andere Staaten und seiner Selbsterhaltung (status gentis extraordinarius, casus extremae necessitatis), eine Staatsregierung, sich für entbunden haltend von dem strengen Rechtsgesetz, die letzte vorzieht, und so von der *Nothgunst* (favor necessitatis, ratio status scil. extraordinarii, raison d'état) Gebrauch macht *a*), die von einigen sogar *Nothrecht* (jus necessitatis) genannt wird. Dieser Fall des Nothgebrauchs unterscheidet sich wesentlich von dem übel so benannten *ConvenienzRecht b*), das auf bloſse Vortheile oder Bequemlichkeit gegründet wird. Nicht nur muſs das Nothrecht mit äusserster Schonung ausgeübt werden, sondern es gebührt auch dem Staat, der darunter leidet, nach Möglichkeit Entschädigung *c*).

a) Vergl. W. G. Tafinger's Lehrsätze des Naturrechts, §. 37 — 63. Fichte's Grundlage des Naturrechts, Th. II, S. 85 ff. Kant's metaphys. Anfangsgründe der Rechtslehre, Einleitung S. XLVIII. Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes etc., §. 456.

b) Moser's Beyträge zum europ. VR. in Friedenszeiten, Th. I, S. 5.

c) Bynckershoek quaest. jur. publ. lib. II. c. 15. Klüber a. a. O. §. 457.

II. CAPITEL.
RECHT DER UNABHÄNGIGKEIT.

§. 45.

Unabhängigkeit.

Als freie moralische Person (§. 57) ist jeder Staat sich selbst Zweck, nicht Mittel für Zwecke anderer Staaten. Hieraus folgt für jeden Staat das Recht der *Unabhängigkeit* von fremdem Willen, ein Recht politischer Persönlichkeit oder Selbstständigkeit, oder das Recht für und durch sich selbst zu bestehen. Ihn gerecht nur nach eigenem Willen handeln zu lassen, kann er von jedem andern Staat mit Zwang fordern. Die Anerkennung dieser Selbstbestimmung des Willens, kann nur dann mit Recht verweigert werden, wenn der Staat noch kein rechtmäſsiges Daseyn erlangt hat *a*). Doch ist hievon unterschieden die Weigerung, ein bestimmtes Individuum als rechtmäsigen Regenten eines unstreitig souverainen Staates anzuerkennen, welche auf besondern Gründen beruhen kann.

a) Verhalten verschiedener Staaten in Fällen dieser Art. Günther's VR. I. 76—87.

§. 46.

In Absicht auf

I) *das Recht zu Handlungen.*

Vermöge seiner Unabhängigkeit, ist einStaat berechtigt zu allen *Handlungen*, welche nach

einem Grundsatz geschehen, mit dessen allgemeiner practischen Gültigkeit die Unabhängigkeit aller andern Staaten bestehen kann *a*). Diese Befugniſs des Staates zu rechtlicher Wirksamkeit, kann von ihm benutzt werden zu *Gründung*, zu *Erhaltung*, und zu *Erweiterung* seiner *eigenen Rechte* und der *Rechte anderer Staaten*. Insbesondere kann er sich derselben bedienen zu *Vervollkommnung seines Zustandes*, durch Vermehrung der geistigen, sittlichen und wirthschaftlichen Cultur seiner Einwohner, durch erlaubte Vergrösserung seines Gebietes *b*), durch Vermehrung der Volksmenge.

a) Vattel droit des gens, L. I, ch. 4, §. 54 et 55. L. C. Schröder elem. jur. nat., socialis et gentium, §. 1061. sq. 1066. Günther's europ. VR. I. 280 ff. 293 f.

b) Vergl. oben §. 42. Günther a. a. O. I. 321. v. Martens Einleit. in das europ. VR., §. 117 f.

§. 47.

II) das Recht zu dem Gebrauch, zu Aufbewahrung und Zueignung der Dinge.

Aus dem Rechte der Unabhängigkeit oder politischen Selbstständigkeit, flieſst für jeden Staat das Recht, die *Niemand gehörigen Sachen* oder Dinge auf dem Erdboden nicht nur *zu gebrauchen*, und zwar eben sowohl zur Nothdurft und Bequemlichkeit, als zum Vergnügen, sondern auch dieselben für sich *aufzubewahren* und sich ausschliessend *zuzueignen*, so fern ein Alleinbe-

sitz derselben physisch möglich ist *a*). So weit dieser unmöglich, oder nicht wirklich ist, besteht noch jetzt unter den europäischen Staaten die dem allseitigen Recht entsprechende allseitige Pflicht, keinen Staat in dem Gebrauch dieses Urrechtes zu hindern; eine Pflicht, welche einige, ohne Noth *b*), haben gründen wollen, nicht auf ein Recht das allen Staaten gemein ist, sondern auf eine ursprüngliche Gemeinschaft der Dinge (communio primaeva), die bald als eine wirkliche, oder positive *c*), bald als eine negative *d*), bald als eine privative *e*), dargestellt worden ist.

a) Von dem Mitgebrauch des freien Weltmeers s. unten §. 132.

b) Mit Recht behaupten dieses, Kulpis in collegio Grotiano, p. 26. Strauch diss. de imperio maris, c. I. §. 5. et 8. Cph. Frid. Schott diss. de origine dominiorum, §. 9. sq. in dessen Dissertatt. jur. nat. T. I. p. 384. sqq. Achenwall jur. nat. §. 116. Schröder l. c. §. 238. Günther a. a. O. II. 3 f. Vergl. auch Jo. Chr. Muhrbeck diss. theses communionem primaevam et primordia dominii inprimis spectantes. Gryph. 1782. 4.

c) Grotius de J. B. et P. lib. II. c. 2. §. 2. sqq.

d) Pufendorf de J. N. et G. lib. IV. c. 4. §. 4. Heineccius elem. jur. nat. et gent. lib. I. §. 233.

e) Jo. Bapt. Aloys. Samhaber diss. de eo quod circa rei vindicationem instituendam juris naturalis est (Wirceb. 1788), cap. 1. Klüber's kl. jurist. Biblioth. XV. 339.

§. 48.

III) den Regenten.

Die Unabhängigkeit des Staates kommt auch der Person seines Repräsentanten, dem *Regen-*

ten, zu statten. Daher ist, in Hinsicht auf auswärtige Verhältnisse, die Rechtmäsigkeit seiner Regentenwürde nicht abhängig von einer *Inauguration*, von einer *Krönung a*), oder von der *Anerkennung* anderer Staaten (§. 23). Noch weniger gebührt diesen, ohne besondern Rechtstitel, ein *Entscheidungsrecht* bei streitiger Thronfolge in Erbreichen *b*), oder die *Besetzung des Throns* in Wahlreichen *c*). Doch ist in Erbreichen die Bestimmung der streitigen Thronfolge, in der neuern Zeit oft ein Gegenstand von *Verträgen* bald desjenigen Staates, den es zunächst betrifft, mit andern Mächten, bald gar nur dritter Mächte unter sich, gewesen *d*). Auch sind in Wahlreichen, die Regentenwahlen nicht selten ein Gegenstand mittelbarer oder unmittelbarer *Einmischung* fremder Mächte gewesen *e*).

a) Histoire des inaugurations des rois, empereurs et autres souverains; avec beaucoup de figures. Paris 1776. Dan. Nettelbladt diss. de coronatione ejusque effectu inter gentes. Halae 1747. 4.

b) v. Martens Einl. in das europ. VR. §. 68. Gottfr. Achenwall diss. de jure in aemulum regni, vulgo Praetendentem. Marb. 1747. 4. H. G. Scheidemantel de judice in causis litigiosae successionis in regna, commentationes duae. Jen. 1768.

c) v. Martens a. a. O. §. 69. v. Justi's historische u. jurist. Schriften, Th. I, S. 185.

d) Beispiele liefert die Thronfolge, in Spanien 1713 u. 1714; in Sicilien 1713 u. 1720; in Sardinien 1713 und 1720; in Neapel und Siciliien 1735; in Toscana 1735; in Oestreich 1748; in Baiern 1779; in Etrurien 1801; in Spanien 1808.

e) Beispiele liefert die Geschichte Polens, des Kirchenstaates,

und des teutschen Reichs in Hinsicht auf die Kaiserwahl. Bei der Papstwahl sind die Könige von Frankreich und Spanien noch jetzt, so wie ehehin auch der römisch-teutsche Kaiser, berechtigt, einem Einzelnen die Exclusive zu ertheilen. Eob. Toze's kleine Schriften (Leipz. 1791. 8.), Num. XVII.

§. 49.

Fortsetzung.

Die *Meldung* (Notification) des *Regierungsantritts* eines neuen Regenten an andere Staaten, und der letzten *Glückwunsch* oder GegenCompliment hierauf, beides entweder blofs schriftlich, oder zugleich durch einen oder mehrere Gesandte, ist europäische Völkersitte, aber nicht nothwendig *a*). Das letzte gilt auch von der *Exterritorialität* oder Unabhängigkeit des wirklichen Regenten eines souverainen Staates, welcher als solcher in einem fremden Staatsgebiet friedlich sich aufhält *b*), für ihn *c*), sein Gefolge, seine Wohnung und Mobilien. Er ist für sich und sein Gefolge befreit von der Gerichtbarkeit des inländischen Staates, und man gestattet ihm daselbst die Ausübung der CivilGerichtbarkeit über sein Gefolge *d*), Befreiung von Wege-, Thor- und Brückengeld, von der Zollfreiheit der für seinen, auch wohl seiner Familie, Gebrauch bestimmten Waaren *e*). *Besitzungen* eines Regenten in fremdem Staatsgebiet, sind daselbst, in der Regel, der inländischen Staatshoheit unterworfen *f*).

a) Fast jeder Hof hat hierin eine eigene Observanz. Moser's

Versuch des europ. VR. III. 71. 101. *Ebendess.* Beyträge zu dem europ. Gesandschaftsrecht, S. 36 f. v. Martens a. a. O. §. 70. Selbst gegenseitig in Krieg begriffene Souveraine, beobachten bisweilen diese Höflichkeit. Der Papst erwartete ehehin, von den katholischen Regenten, nach ihrer Thronbesteigung eine ObedienzGesandschaft (legatio obedientiae), welche diese in neuern Zeiten ReverenzGesandschaft zu nennen pflegten. Buder's Opusc. p. 331. Rossmann in den Erlang. gel. Anz. v. 1746, Num. VII. Klüber's neue Lit. des t. Staatsr., S. 722.

b) Diese Exterritorialität wird von einigen als dem natürlichen Völkerrecht gemäfs behauptet, z. B. von Pufendorf, Barbeyrac, Bynkershoek, Cassius, Pfeffinger, Ludolf, Strube u. a. Mit Recht widersprechen es andere, z. B. Stryk, Cocceji, Fleischer, Helmershausen, Caesarinus Fürstenerius (Leibnitz) de jure suprematus ac legationis principum Germaniae (1677. 8.), c. VII. p. 21. Man vergl. Strube's rechtl. Bedenken, Th. III, Num. 5, §. 1, S. 48.

c) *Besondere Fälle* sind: 1) die Person eines Regenten, der in dem Dienste desjenigen Staates steht, in dessen Gebiet er sich aufhält; 2) wenn ein Souverain incognito in fremdem Staatsgebiet sich befindet; 3) wenn er TitulärSouverain ist, etwa nach erfolgter Abdankung, oder als Prätendent; 4) wenn ein wirklicher Souverain in fremdem Staatsgebiet Verbrechen gegen die öffentliche Sicherheit begeht, oder daselbst feindliche Handlungen gegen denselben Staat oder andere Mächte unternimmt.

d) Anders Caesarinus Fürstenerius l. c.

e) Fremdem Staats- und Fürstengut wird, zumal auf erfolgte Requisition, die Zollfreiheit nicht leicht versagt. Moser's Staatsr. Th. XXXVI, S. 317 ff. Pfeffinger in Vitriar. illustr. T. III. p. 1043. J. G. Neureuter diss. de eo q. j. e. circa exemtionem rerum principum a vectigalibus. Mogunt. 1748, und in Hartleben's Thesauro Dissert. Moguntin., Vol. I. P. 1. n. 6. Zollfreiheit in Schlesien, für alles Fürstengut, welches der König von Polen, Kurfürst von Sachsen, aus Polen nach Sachsen, oder von daher dorthin senden würde, bewilligte Preussen in dem dresdner Fr. v. 1745, Art. 10. Wenck cod. jur. gent. II. 214. — Von der Zollfreiheit des *Gesandtenguts* s. unten §. 205 f.

f) Namentlich der Gerichtbarkeit, also in gehörigen Fällen auch der Sequestration, dem Arrestschlag, u. d. Das Gebot der Politik hemmt bisweilen den Arm des Richters.

§. 50.

Schlufs.

Ueber *dingliche PrivatStreitigkeiten* souverainer Regenten *unter sich a*), ist die Gerichtbarkeit der gehörigen richtenden Staatsbehörde (z. B. das forum rei sitae, hereditatis, arresti) gegründet, so fern beide Theile hier nur als Privatpersonen in Betrachtung kommen; es werden aber Streitigkeiten dieser Art nicht selten als völkerrechtliche behandelt *b*). Das letzte gilt auch von *PrivatStreitigkeiten der Verwandten eines Souverains*, die als Regenten, oder durch Vermählung *c*), Aufenthalt, Gutsbesitz, oder Ansprüche, in besonderem Verhältnifs zu einem andern Staat sich befinden; wiewohl der Staat keine Verwandten hat, und hier, ausser dem Rechte der Fürsprache, dem Staat nur dann eine Einmischung gebührt, wenn eine wahre völkerrechtliche Verletzung droht, oder eingetreten ist. Die *Privat Verwandtschaft*- und *Höflichkeitsverhältnisse* eines Regenten zu andern Staaten oder deren Regenten, können, ihrer Natur nach, die politische Unabhängigkeit eines Staates oder seines Regenten weder mindern noch aufheben.

a) z. B. Streitigkeiten über PrivatGüter, PrivatAnsprüche, PrivatNachlafs eines verstorbenen Souverains, oder eines Mitgliedes seines Hauses.

b) Die Geschichte kennt Privatkriege der Regenten, auf Kosten des Staates. — Streit zwischen dem französischen und dem kurpfälzischen Hofe (1685 — 1702), wegen des Anspruchs der Herzogin von Orleans auf den Nachlafs des Kurfürsten Carl, des letzten von der simmernschen Linie. Büsch Welthändel, S. 232. 240. Ryswiker Fr. 1697, Art. 8; in Schmauss corp. jur. publici acad. n. CI. Das obmannschaftliche Laudum des Papstes v. 17. Febr. 1702, in Faber's europ. StaatsCanzley, VI. 767. Andere Beispiele in Moser's Beyträgen zu d. europ. VR. I. 449 — 457. Von Kriegen üb. Vermählungen s. Günther's Völkerrecht, II. 485 f. Note f, g, h. — Anders v. Martens in s. Einleit. in das VR. §. 169.

c) Beispiele aus Dänemark 1772, aus Holland 1787, aus Frankreich 1792 u. f. Büsch Welthändel, S. 489 ff. 569 ff. Günther's Völkerrecht, II. 489. 491. — Gustav's IV. Verzichtleistung auf den schwedischen Thron, im J. 1809 (v. Martens recueil, Supplém. V. 170), erfolgte ohne fremde Einmischung.

§. 51.

IV) *die Staatsverfassung.*

Unabhängig ist ein Staat, in Absicht auf ursprüngliche Bestimmung und nachherige Aenderung seiner *Verfassung* (StaatsConstitution), sowohl Staatsform als auch Regierungs- oder Verwaltungsform. *Einmischung* eines andern Staates in dergleichen Angelegenheiten *a*), so bald sie mehr in sich schliefst, als Anbietung seiner guten Dienste oder Vermittlung, ist nur dann zulässig, wenn sie sich gründet auf ein von ihm erworbenes Recht, oder durch den Nothgebrauch entschuldigt werden kann (§. 44). Sogar von *einer* Partei bei innern Streitigkeiten über die Staatsverfassung zu Hülfe gerufen, darf ein fremder Staat sich nicht einmischen, ohne

besondere Gründe dieser Art *b*); wohin insonderheit der Fall einer geleisteten Garantie der Staatsverfassung gehört c).

a) Günther's europ. VR. I. 284 ff. Schmalz europ. Völkerrecht, S. 142 ff.

b) Moser's Abhandlung verschiedener Rechtsmaterien, St. II, S. 146 ff.

c) Garantie, 1) des westphälischen Friedens von 1648, mithin der teutschen Reichsverfassung, durch Frankreich u. Schweden; 2) der polnischen Constitution von 1775, durch Rufsland, Oestreich, Preussen; 3) der Constitution der Republik Genf von 1738, so wie des PacificationsEdictes von 1782, durch Frankreich, Sardinien, und den Canton Bern; 4) der Constitution der Republik Wallis von 1802, durch die französische, italiänische u. helvetische Republik. Posselt's europ. Annalen, 1808, VI. 285 ff.; 5) der Constitution des Herzogthums Wirtemberg, durch Preussen, Dänemark, und Kurbraunschweig, im J. 1771. Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. VI, S. 614, Note *; 6) der Constitution der freien Stadt Cracau, durch Oestreich, Preussen und Rufsland, ebendas. Bd. VI, S. 24; 7) der landständischen Verfassung des Groſsherzogthums SachsenWeimarEisenach, durch den teutschen Bund, im Jahr 1817. Protocoll der Bundesversammlung v. 17. März 1817. — Vergl. Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 74, 150 u. 164.

§. 52.

Fortsetzung.

Am wenigsten begründen eine Einmischung des einen Staates in die Angelegenheiten des andern, blosse Nachbarschaft, Freundschaft, Verwandschaft der beiderseitigen Regenten, Convenienz. Unruhestiftung zwischen dem Regenten und den Unterthanen, Anstiftung oder Begünstigung einer rechtwidrigen Empörung, wären gro-

be Beleidigung *a*). Dagegen ist, in dem Fall eines Zwistes, und noch mehr einer Revolution, einer Aufkündigung des Gehorsams von Seite eines Landestheils, oder einer Entthronung des Regenten, einstweilige Anerkennung des Besitzstandes nicht Beleidigung des andern Theils, auf jeden Fall unverfänglich für dessen Rechte *b*). Sind die streitenden Theile ausgesöhnt, etwa durch Verzichtleistung des einen, oder durch dessen Anerkennung der Rechte des andern Theils, oder hört der Streit auf durch den Tod des Prätendenten *c*), so sind fremde Staaten schuldig, die Resultate der Beilegung des Streites anzuerkennen.

a) J. C. G. de Steck observation. subsec., obs. 16. Schriften in v. Kamptz neuer Lit. §. 104.

b) Vergl. v. Martens Einl. in d. europ. VR. §. 72.

c) Godofr. Achenwall diss. de jure in aemulum regni, vulgo Praetendentem. Marb. 1747. 4.

§. 53.

V) *die Staatsregierung.*

1) *Oberaufsicht.*

Dieselbe Unabhängigkeit gebührt jedem Staat in Absicht auf die *Staatsregierung* oder Ausübung der Staatsgewalt, das heifst, des Inbegriffs der innern Hoheitsrechte in dem ganzen Staatsgebiet, und über alle Unterthanen, beständige und temporäre. Die höchste *Oberaufsicht*, das Recht fortwährender Aufmerksamkeit auf Alles, was

auf den Zweck des Staates Einfluſs haben kann, welches beobachtend jeder Anordnung und Vorschrift vorausgehen, und deren Vollziehung und Erfolg begleiten muſs, gebührt jedem Staat, auch in Beziehung auf das, was fremde Staaten oder deren Unterthanen in Beziehung auf ihn und seine Angehörigen unternehmen; doch innerhalb der gehörigen Schranken *a*).

a) Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 278—280.

§. 54.

2) *Gesetze und Privilegien.*

Die *Gesetze* des Staates sind anwendbar auch auf Unterthanen anderer Staaten, so weit sie in dem diesseitigen Staatsgebiet sich aufhalten, oder Handlungen, insbesondere Rechtsgeschäfte vornehmen *a*), oder Vermögen besitzen; es sey denn, daſs Staatsverträge ihnen in dieser Hinsicht Befreiung von der persönlichen oder dinglichen Unterthänigkeit einräumen *b*). Blosse Verschiedenheit des Privatrechtes der beiderseitigen Staaten, berechtigt nicht zu einer Befreiung dieser Art. Wohl aber begründet eine ungleiche beschwerende Behandlung fremder Unterthanen, im Verhältniſs zu einheimischen, z. B. bei Concursen, Erbschaften u. d., die *Retorsion* dieser Behandlung von Seite des andern Staates *c*). Auch *Privilegien* für eigene oder fremde Unterthanen, müssen Fremde in dem Staatsgebiete des Ertheilers achten d).

a) We-

a) Wohin auch die gerichtliche Rechtsverfolgung und Verfahrungsweise gehört; überhaupt, wenn ein Fremder in dem Lande einen Inländer zu einer Leistung anhalten will. — Die IntestatErbfolge der Ausländer in inländischen Nachlafs eines Auswärtigen oder Inländers, richtet sich nach den inländischen Gesetzen. Hofacker princ. juris civ. T. I. §. 140. Leyser medit. ad Pandect., Spec. 529. m. 5. Gegengründe, in den Rechtsgutachten des SpruchCollegii zu Heidelberg (1808. 8.), S. 175 ff. Manche unterscheiden zwischen Immobilien und Mobilien. K. S. Zachariä's Handb. des franz. Civilrechts, Bd. I. (1811. 8.), Einl. S. XLIII f.

b) Ein Beispiel liefert die *Exterritorialität* auswärtiger Souveraine und Gesandten. In dem Projet du Code civil français, stellte ein eigener Artikel diese Ausnahme ausdrücklich auf. Er ward aber in den Code nicht aufgenommen, weil er in das Völkerrecht gehöre.

c) Vinc. Oldenburg diss. de retorsione jurium, praecipue in causis cambialibus. Gött. 1780. 4. Jo. Godofr. Bauer diss. de vero fundamento, quo inter civitates nititur retorsio juris. Lips. 1740. Hofacker l. c. T. I. §. 146. — In einem Lande, wo kein Wechselrecht gilt, kann auch ein Fremder aus einem anderswo ausgestellten Wechsel nicht nach Wechselrecht mit Erfolg Klage erheben.

d) Beispiele liefern vorzüglich die BücherPrivilegien. Noch andere Beispiele in Moser's Versuch des europ. Völkerr. VII. 244 ff.

§. 55.

Bisweilen wirksam in fremdem Staatsgebiet.

Selbst in *fremdem* Staatsgebiet können, unter gewissen Voraussetzungen, Staatsgesetze wirksam seyn. So fern nicht verbietende Gesetze des fremden Staates entgegen stehen, ist dieses der Fall, 1) bei Gesetzen über die Form der in dem diesseitigen Staatsgebiet vorgenommenen Rechtsgeschäfte, z. B. der Testamente, Verträge,

der gerichtlichen Verhandlungen, so weit davon Gültigkeit der Handlung abhängt, und diese auch in fremdem Gebiet Wirkung haben soll *a*); 2) bei Gesetzen über den Stand, die Fähigkeit oder Unfähigkeit diesseitiger Unterthanen zu Rechtsgeschäften, z. B. ihre Volljährigkeit, Contract- und Testamentfähigkeit, Eidesmündigkeit, Adelstand u. d., welche auch dort, wo der Handelnde als Fremder zu betrachten ist, seine Handlungsfähigkeit oder seinen Stand bestimmen *b*); 3) wenn fremden Staatsunterthanen durch Verträge, Gesetze, oder Privilegien das Recht verliehen ist, nach den Gesetzen ihres oder eines andern fremden Landes auch in dem diesseitigen Staate gerichtet zu werden *c*); 4) wenn die Interessenten, ohne Ueberschreitung der Grenzen ihrer Autonomie, durch ausdrücklichen oder stillschweigenden Vertrag fremden Staatsgesetzen sich unterworfen haben, in welchem Fall diese die Natur eines Vertragrechtes annehmen *d*); 5) bei Kriegsschiffen in fremdem Seegebiet, welchen nach allgemeinem Herkommen die Ausübung der Gerichtbarkeit nach den Gesetzen ihres Staates über ihre Gerichtpflichtigen zukommt *e*); 6) wenn ein Staat eigene Unterthanen aus Auftrag eines auswärtigen Staates bestraft, wegen in dessen Staatsgebiet begangener Verbrechen (§. 63 u. f.).

a) *Locus regit actum.* Jo. Theoph. Seger diss. de vi legum

et decretorum in territorio alieno (Lips. 1777. 4.), §. 5. Car. Cph. Hofacker diss. de efficacia statutorum in res extra territorium sitas (Tub. 1778. 4.), §. 22. Cours du droit français, par M. Proudhon, T. I. p. 53. sq. Vergl. Code civil français, art. 47. 170. 999. Dawider s. Schmalz europ. Völkerrecht, S. 151 f.

b) Hofacker princ. juris civ. T. I. §. 139. Code civil français, art. 3, §. 3. — Dasselbe Recht wird also auch den Fremden in Frankreich angedeihen müssen. Proudhon a. a. O., T. I, ch. 5, sect. 1, p. 48.

c) Dieses ist unter anderem der Fall, wenn in einem Lande *Gerichte eines fremden Staates*, für dessen daselbst befindliche Unterthanen, bestehen, z. B. MilitärGerichte für seine Truppen daselbst. Den *Consuln* ist die Anwendung ihrer Staatsgesetze, bei Rechtshändeln und Rechtsgeschäften der Unterthanen ihres Staates, oft durch Staatsverträge bewilligt. Verträge der Pforte mit Preussen 1761, Art. 5, mit Spanien 1782, Art. 5, mit Rufsland 1783, Art. 63. De Martens recueil, III. 203. II. 223. 398. De Steck essai sur les consuls. à Berlin 1790. 8. *Ebendefs.* Versuche über verschiedene Materien (Berl. 1783. 8.), S. 88 ff. *Ebendess.* Versuch über Handels- und SchiffahrtVerträge. Halle 1782. 8. Hamburg bewilligte 1611 den englischen AdventurierKaufleuten die Beurtheilung ihrer Rechtshändel nach englischen Gesetzen. Marquard de jure mercatorum, in Append. p. 194.

d) De Selchow elem. juris germ. priv. §. 55. Geisler sciagraphia juris germ. priv. §. 65. Klüber's öffentl. Recht des t. Bundes, §. 282.

e) De Vattel droit des gens, L. I, ch. 19, §. 216.

§. 56.

3) *Vollziehende Gewalt.*

Die *höchste vollziehende* oder ExecutivGewalt des Staates, die Befugnifs, zu Ausführung und Anwendung der, dem Staatszweck gemäfs festgesetzten Normen, die nöthige Anordnung zu machen *a*), müssen auch fremde Staaten und de-

ren Angehörige in so weit sich gefallen lassen, als ihre Verhältnisse eine oberherrliche Einwirkung des andern Staates begründen, und ihnen durch Verträge keine Ausnahme eingeräumt ist.

a) L. C. Schröder elem. juris nat. et gent. §. 829. Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes etc., §. 284 f.

§. 57.

4) *Justizhoheit.*

A) *Freiwillige Gerichtbarkeit.*

Unabhängig von andern Staaten, ist ein souverainer Staat auch in Ansehung der *Justizhoheit a*). Die Befugnifs zu gesetzmäfsiger Verfahrungsweise in allen Angelegenheiten der so genannten *freiwilligen Gerichtbarkeit* oder Gerichtbarkeit in nichtstreitigen Sachen (Rechts-Polizei, jurisdictio civilis voluntaria), gebührt ihm in dem ganzen Staatsgebiet, über Güter und Personen; doch über *fremde* Personen nur so weit, als sich dieselbe blofs auf obrigkeitliche Beglaubigung ihrer Rechtsgeschäfte bezieht *b*). Wiewohl kein Staat diese Gerichtbarkeit ausserhalb seines Gebietes gültigerweise auszuüben vermag *c*), so werden doch die innerhalb desselben von seinen Staatsbehörden gesetzmäsig vorgenommenen, dahin gehörigen Handlungen, wenigstens der Form nach, fast allgemein auch in dem Ausland für gültig betrachtet, so fern nicht daselbst Staatsgesetze die Autorität einer inlän-

dischen Behörde zur nothwendigen Bedingung ihrer Gültigkeit machen *d*).

a) Klüber's öffentliches Recht des teutschen Bundes, §. 286. Schriften in v. Kamptz neuer Lit. des VR. §. 110 ff. — Entwurf eines Staatsvertrags über die gegenseitigen Gerichtsverhältnisse zweier Staaten; in P. J. A. Feuerbach's Themis oder Beiträgen zur Gesetzgebung (Landshut 1812. 8.), Num. VIII.

b) Von der gerichtlichen Errichtung und Hinterlegung letzter Willenserklärungen, läugnet dieses Reinharth ad Christinaeum, vol. IV. obs. 15. casu I.

c) A. D. Glafey diss. de jurisdictione voluntaria extra territorium non exercenda. Lips. 1719. rec. Jen. 1754. 4. Tob. Jac. Reinharth diss. de judice jurisdictionem voluntariam extra territorium perperam exercente. Erford. 1755. 4.

d) Wie der Code civil français, art. 2123. 2128. Dagegen sehe man ebendas. die oben schon angeführten Art. 47. 170. 999.

§. 58.

B) *CivilGerichtbarkeit in streitigen Sachen.*

Zu der *bürgerlichen Gerichtbarkeit* in *streitigen Rechtsachen* (jurisdictio civilis contentiosa), ist ein Staat gegen Unterthanen fremder Staaten dann *nicht* berechtigt, wenn zugleich der fremde Staat, als solcher, bei der Rechtsache ein unmittelbares Interesse hat, mithin dieselbe aus dem inländischen Privat- oder Staatsrecht nicht zu entscheiden ist *a*). Eben so, wenn den Fremden Exterritorialität in dem Staatsgebiet eingeräumt ist, wie fremden Souverainen, Gesandten, und ihrem Gefolge, und fremden Truppen, oder wenn ihnen unter sich eigene Richter ihrer Nation bewilligt sind, wie die Consuln, nach man-

chen Handelsverträgen *b*). Dagegen ist jene Gerichtbarkeit *gegründet* in Rechtshändeln fremder Unterthanen, als Kläger oder Wiederbeklagter, gegen Einheimische *c*). Zu einem Vorzug in dem Rechtsverfahren oder Gerichtstand, sind die Fremden in diesem Fall nicht berechtigt *d*), so fern nicht Staatsverträge oder Privilegien einen solchen festsetzen *e*): wohl aber zu völlig unparteyischer, unverzögerter Rechtspflege, deren Verweigerung ihren Staat zu Intercession, Retorsion, und selbst zu Gewaltthätigkeiten berechtigen würde *f*).

a) Streit defshalb zwischen Grofsbritannien und Preussen 1753 ff. Moser's Versuch des europ. VR. VI. 441 ff. v. Martens Erzählungen merkw. Fälle des VR., Th. I, S. 236 ff. Beigelegt durch den Tractat v. 1756, in Wenck's Cod. jur. gent. III. 87.

b) v. Steck's Versuche über verschied. Materien (Berlin 1783. 8.), S. 88 — 96.

c) Actor sequitur forum rei. — Weiter noch geht der Code civil français, art. 14 et 15.

d) De Vattel, L. II, ch. 7, §. 84.

e) Wie der Staatsvertrag zwischen Frankreich und Hamburg v. 1769 (erneuert 1789), Art. 9. De Martens recueil, I. 251. — Ehemalige Gastgerichte. Runde's t. Privatrecht, §. 315. Danz Handb. des t. Privatr. Th. III, §. 315.

f) v. Martens Einl. in das europ. VR. §. 96.

§. 59.

Wirkung der Rechtshängigkeit und rechtskräftiger Erkenntnisse in fremdem Gebiet.

Die Justizhoheit eines Staates, mithin auch die Wirksamkeit der bei seinen Gerichten er-

gangenen Decrete und Rechtsprüche, schränkt sich ein auf die Grenzen seines Gebietes. Aber die *Rechtshängigkeit* einer Streitsache, wenn solche durch Klage des Fremden, oder durch dessen befugte Einlassung auf die wider ihn erhobene Klage vor dem gehörigen Richter begründet ist, und eben so die *Wirksamkeit* in einer solchen Rechtsache ergangener *rechtskräftiger Erkenntnisse* des gehörigen Richters, sollte, wie diejenige rechtsgültiger Verträge, insbesondere eines Compromisses auf Schiedsrichter, in jedem andern Staat anerkannt werden. In solchem Fall, sollte also auch auswärts die Einrede des schon rechtshängigen oder rechtskräftig entschiedenen Rechtstreites wirksam seyn *a*), und die Vollziehung des rechtskräftigen Erkenntnisses nicht verweigert werden *b*). Es wird dieses von mehrern Staaten anerkannt *c*), zum Theil vermöge besonderer Verträge *d*). Dagegen enthalten manche Staatsgesetze *e*) andere Bestimmungen; und auch ohne solche, hat man hie und da entgegengesetzte Grundsätze beobachtet *f*).

a) Jos. Alo. Haas diss. de effectu exceptionis rei judicatae in territorio alieno. Goett. 1791. 4.

b) De Martens précis du droit des gens (Goett. 1801), §. 94. v. Kamptz in Crome's u. Jaup's Germanien, Bd. III, Num. 10. *Ebendess.* Beyträge zum Staats- u. Völkerrecht, Bd. I (Berlin 1815. 8.), S. 113. J. P. A. Feuerbach's Themis oder Beyträge zur Gesetzgebung (Landsh. 1812. 8.), Num. 2. Schmalz europ. Völkerrecht, S. 153 f. — Anders K. S. Zachariä, in

CROME's u. JAUP's Germanien, Bd. II, Num. 10, S. 229 ff. Vergl. HAAS l. c. §. 12. sq.

c) Von den schweizer Cantonen unter sich, ehedem auch von den meisten Territorien des teutschen Reichs, und von Frankreich und dem Bisthum Basel laut eines Tractats von 1780, in v. MARTENS recueil, II. 93. Baierische Verordn. v. 2. Jun. 1811. Wirzburgische Verordn. v. 6. Jul. 1811. Königl. westphäl. StaatsrathsGutachten, in dem Rhein. Bund, Heft LVII, Num. 40. Badische Verordn. v. 5. Mai 1813, §. 11, in dem Bad. Regierungsblatt 1813, St. XVII. Päpstliche Erklärung durch den Cardinal StaatsSecretär zu Rom, am 11. März 1820.

d) AllianzVertrag zwischen Frankreich und den schweizer Cantonen, geschlossen zu Solothurn am 28. Mai 1777, so wie ein am 1. Jun. 1658 zwischen ebendenselben zu Aarau errichteter Vertrag. MERLIN recueil alphabétique des questions de droit, T. III (2e édit. 1810), p. 200.

e) Code français de procédure civile, art. 546. Code civil français, art. 2123. Eben so die ältern französischen Grundsätze, nach der Ordonnance de 1629, art. 121. MERLIN recueil alphabétique des questions de droit, T. III, *voc.* Jugement, §. 14 — 19. *Ebendess.* Répertoire universel et raisonné de jurisprudence, T. VI. voc. Jugement, §. 8. *Emérigon* traité des assurances, T. I. p. 123. Königl. baierische Verordn. v. 9. Oct. 1807, in d. Rhein. Bund, XIII. 151, aber zurückgenommen durch die oben angef. Verordn. von 1811.

f) In Frankreich 1756. v. HOLZSCHUHER's DeductionsBibliothek. II. 997 f. REUSS StaatsCanzley, XIV. 50. In Teutschland der Reichshofrath, 1778. v. HOLZSCHUHER a. a. O. II. 922 f. MOSER's Zusätze zu s. neuen Staatsr. II. 543 ff. PÜTTER's Rechtsfälle, Bd. III, Th. I, Resp. CCXLVII — CCXLIX, u. die Urtheile S. 43 ff.

§. 60.

C) *CriminalGewalt.*

Nur in dem eigenen Staatsgebiet.

Die *CriminalGewalt*, ein Theil der Justizhoheit im weitern Sinn, das Recht, nicht nur peinliche Strafgesetze zu geben, sondern auch die Strafgerech-

ligkeitspflege anzuordnen und auszuüben, steht jedem Staat zu, aber nur in dem eigenen Staatsgebiet. Die gerichtliche oder polizeiliche Verfolgung peinlicher Inculpaten oder Verbrecher, mit bewaffneter (Nacheile) oder unbewaffneter Hand, in *fremdem* Staatsgebiet *a*), die Ergreifung und Verhaftung derselben in solchem *b*), ihre bewaffnete Durchführung *c*), überhaupt irgend eine Handlung der peinlichen Gerichtbarkeit in fremdem Staatsgebiet, auch das Streifen *d*), kann ohne besondere Erlaubniss, oder ohne allgemeine Bewilligung der dortigen Regierung mittelst Staatsvertrags, nicht statt finden *e*).

a) Schriften in Pütter's Lit. des t. Staatsr. III. §. 1609. Klüber's neue Literat. d. t. Staatsr. S. 687. Feuerbach's Lehrb. des peinl. Rechts, §. 537. — Diese *Nacheile* halten nach dem teutschen Gerichtsgebrauch dann für allgemein erlaubt, wenn sie ohne Gewaltthätigkeit geschieht, der Ergriffene sofort der Gerichtsherrschaft des Ortes zur Verwahrung überliefert, und um Erlaubniss der Wegführung gebeten wird, Quistorp in s. Grundsätzen des peinl. Rechts, Th. II. §. 824. Moser in dem Versuch des europ. VR. VI. 463. Andere unterscheiden zwischen bewaffneter u. unbewaffneter Nacheile. v. Martens Einl. in das europ. VR., §. 102, Note c.

b) Beispiele bei Moser a. a. O. VI. 385. 464. v. Martens a. a. O, §. 102, Note a.

c) Moser a. a. O. VI. 462. *Ebendess.* nachbarl. Staatsr., S. 555. Claproth's summar. Processe; peinl. Process, S. 64.

d) Moser's nachbarl. Staatsr., S. 397 f. 552 f.

e) Schriften in v. Kamptz neuer Lit. des VR., §. 111.

§. 61.

Und in der Regel nur über innerhalb Landes begangene Verbrechen.

In der Regel ist kein Staat befugt, Verbrechen zu strafen, die *ausserhalb seines Gebietes* sind begangen worden *a*), noch zu fordern, dafs andere Staaten solches thun sollen. In dieser Hinsicht sind jedoch folgende Fälle zu unterscheiden. I) Ist eine Rechtsverletzung begangen *ausserhalb eines Staatsgebietes*, das heifst, an einem Ort, wo *keine Staatsgewalt* herrscht, z. B. von einem Seeräuber auf offener See, so ist kein Staat dieselbe als Verbrechen zu bestrafen befugt; denn es ist hier kein Verhältnifs der Handlung zu den Gesetzen irgend eines Staates. Wohl aber kann *der* Staat, welcher selbst, oder dessen Unterthan dadurch beleidigt ist, sich defshalb *Genugthuung nehmen b*), wenn er Gelegenheit dazu findet an einem Ort, wo keine Staatsgewalt, oder seine eigene herrscht. Zu einer Genugthuung ist aber hier derjenige Staat nicht berechtigt, welcher selbst, oder dessen Unterthan nicht beleidigt ist.

a) Von dieser verwickelten Frage, worüber die Meinungen sehr getheilt sind, und deren Beantwortung nirgend erschöpft ist, vergl. G. L. Böhmer diss. de delictis extra territorium admissis. Goett. 1748, und in dessen Electis jur. civ. T. III. exerc. 20. p. 201. Jo. Achat. Rudolph diss. de poena delictorum extra territorium admissorum. Erlang. 1790. 4. Klüber's kl. jurist. Biblioth. St. XXIII. S. 321 ff. Feuerbach's Lehrbuch des peinl. Rechts, §. 40. Cours du droit français, par M. Proudhon, T. I. p. 51. sq. Schmalz europ. Völkerrecht, S. 155—161.

b) Der französische Code d'instruction criminelle, art. 5. 6., erstreckt auf diesen Fall auch das *Strafrecht* des französischen Staates.

§. 62.

Fortsetzung.

II) Rechtsverletzungen, welche *innerhalb unsers Staatsgebietes* sind begangen worden, von Einheimischen oder Fremden, 1) gegen *Unterthanen anderer Staaten*, ist unser Staat nach seinen Strafgesetzen zu *bestrafen* befugt und verpflichtet; denn der Beleidigte stand unter seinem Schutz, und der Verbrecher als temporärer Unterthan unter seinen Strafgesetzen. Ohne Verstoſs wider die Unabhängigkeit unsers Staates, kann ein anderer Staat, gleichviel ob ihm der Verbrecher angehört oder nicht, dessen Auslieferung zur Bestrafung nicht verlangen. Ist die Rechtsverletzung 2) gegen einen *andern Staat*, als solchen, begangen, z. B. durch Nachprägung seiner Münzen, Verschwörung, Schmähschriften, ehrenrührige bildliche Darstellungen u. d., so ist unser Staat verpflichtet, demselben, auf Verlangen, *Genugthuung* zu verschaffen, so weit eine solche möglich ist: Strafe kann er aber deſshalb, da der Beleidigte nicht unter seinem Schutz steht, nur dann verfügen, wenn seine Strafgesetze auch wider diese Art von Vergehen gerichtet sind, und wenn darin eine solche Verletzung der durch das Völkerrecht garantirten Sicherheit, als Verbrechen wider den eigenen Staat betrachtet wird *a*).

a) Beispiele von Beschwerden und wechselseitigen Erklärungen, über *Druckschriften*, wodurch eine Staatsregierung ihre Ehre für rechtswidrig angegriffen hielt, in Moser's Versuch des europ. VR. I. 292. VI. 80. VIII. 38 ff. *Ebendess.* Beyträge, IV. 292 ff. (unter andern Frankreichs wider den Chevalier d'Eon 1764); desgleichen Englands in Copenhagen, in den Nouvelles extraord. 1794, n. 27. 31. 47. 52. 53. Königl. niederländische Verordn. über die Prefsfreiheit v. 22. Sept. 1814, und deren Modification, in Beziehung auf auswärtige Mächte, v. 25. Sept. 1816, in dem Journal de Francfort, 1816, n° 277.

§. 63.

Schlufs.

III) Ist die Rechtsverletzung in einem *fremden Staatsgebiet* begangen, von Auswärtigen oder von Unterthanen unsers Staates, 1) gegen *Auswärtige*, oder gegen *Unterthanen unsers Staates*, so ist *unser* Staat verpflichtet, dem Beleidigten, auf Verlangen, *Entschädigung* zu verschaffen, so weit es rechtlich in seiner Macht steht: zu *Bestrafung* ist er aber, weil der Beleidigte an dem Orte der Rechtsverletzung nicht unter seinem Schutz, und der Beleidiger nicht unter seinen Strafgesetzen stand, nicht berechtigt *a*). Ausnahmweise kann er den Beleidiger, der *sein Unterthan* ist, und in dem fremden Staatsgebiet blofs unter der Strafgewalt des dortigen Staates steht, nur in zwei Fällen strafen; entweder aus Auftrag dieses Staates, und dann nach dessen Gesetzen, oder kraft eigener Strafgesetze *b*), wenn dergleichen wider auswärts begangene Rechtsverletzungen dieser Art

gegeben sind *c*). Ist die Rechtsverletzung in fremdem Staatsgebiet 2) gegen *unsern Staat*, als solchen, begangen, so kann dieser *Genugthuung* fordern von dem Beleidiger, nicht nur in jedem andern, sondern auch in dem eigenen Staatsgebiet; Strafe kann er aber gegen ihn, wenn er nicht sein eigener Unterthan und ein eigenes Strafgesetz für den Fall vorhanden ist, nicht verfügen, noch anderswo ohne besondere dortige Strafgesetze für diesen Fall verlangen, da er nicht unter dem Schutz des fremden Staates steht, obgleich er die natürlichen Rechte des Beleidigten gegen den Beleidiger ausüben darf, sowohl in seinem Staatsgebiet, als auch an solchen Orten, wo keine Staatsgewalt herrscht. IV) Ist die Rechtsverletzung auf der *Staatsgrenze* begangen, so ist die Gerichtbarkeit beider Staaten begründet, und es gilt die Prävention *d*).

a) Anders v. Martens Einl. in d. europ. VR. §. 100. — Oft wird der Beleidiger, wenn er Ausländer ist, an Gerichte des fremden Staates, auf ihr Ansuchen, ausgeliefert. Vergl. §. 66.

b) Von Bestimmung der Strafe für auswärts begangene Verbrechen, vergl. Meister's Einleit. zur peinl. Rechtsgelehrsamkeit, Th. III, Abschn. I, Cap. 10. §. 14. Rudolph l. c. §. 13 — 19. Boehmer l. c. §. 13. sqq.

c) Rudolph l. c. §. 10. fordert ausserdem noch, daſs die That strafbar sey, auch nach den Gesetzen desjenigen Landes, wo sie begangen ward.

d) C. C. Stuebel diss. de foro delicti in confinio civitatum commissi. Viteb. 1793. 4.

§. 64.

Unabhängigkeit der Staaten, in Absicht
a) *auf Bestrafung auswärts begangener Verbrechen;*
b) *auf auswärtige Abolition, Begnadigung und Bestrafung;*

I) Ohne Verträge ist kein Staat berechtigt, von einem andern Staate zu fordern, daſs dieser *ausserhalb seines Gebietes begangene Verbrechen bestrafe.* Daher kann auch *der* Staat, in dessen Gebiet ein Verbrechen begangen ward, wenn er den ihm zur Auslieferung angebotenen Verbrecher von demjenigen Staat, in dessen Gebiet derselbe ergriffen ward, nicht annehmen will, von diesem Staat nicht verlangen, daſs derselbe den Verbrecher bestrafe *a*). II) Ist dasselbe Verbrechen in *mehrern* Staatsgebieten strafbar, so verpflichtet die in dem einen Staat erfolgte *Abolition*, *Begnadigung*, oder *Bestrafung b*), den andern Staat nicht, das Verbrechen ununtersucht oder ungestraft zu lassen.

a) Rudolph diss. cit. §. 20. J. F. H. Abegg über die Bestrafung der im Ausland begangenen Verbrechen. Erlangen 1819. 8.

b) Anders Rudolph l. c. §. 18.

§. 65.

c) *auf eigenes CriminalVerfahren*, *und* d) *auswärtige CriminalUrtheile;*

III) Nur offenbare Schuldlosigkeit des Angeschuldigten, offenbare Incompetenz der Gerichte des andern Staates, übertriebene Härte, oder wahre Nichtigkeit ihres Verfahrens, kann

einen andern Staat berechtigen, sich solcher Angeschuldigten, die auf seinen Schutz Anspruch haben, durch *gütliche Vorstellung*, allenfalls auch mit *Zwang*, anzunehmen. IV) Unwirksam in dem eigenen Staatsgebiet, sind die von Gerichten eines *fremden* Staates gesprochenen *CriminalUrtheile*, in Absicht auf Person, Vermögen und bürgerliche Ehre des Verurtheilten, Namentlich gilt dieses von der erkannten VermögensConfiscation und Verbannung; und auch der erkannte Verlust der Titel, Ehrenzeichen, und andern Ehrenvorzüge, beschränkt sich auf die von dem verurtheilenden Staat verliehenen oder bestätigten.

§. 66.

und c) auf Auslieferung der Verbrecher.

V) Ohne Verträge, ist kein Staat verpflichtet zu *Auslieferung eigener Unterthanen* an fremde Gerichte, zu dem Zweck der Untersuchung und Bestrafung, wegen ausserhalb oder innerhalb seines Staatsgebietes begangener Verbrechen *a*); selbst dann nicht, wenn schon die Untersuchung dort angefangen, oder das Urtheil gesprochen wäre. In manchen Staaten ist die Auslieferung sogar durch Gesetze verboten *b*). Eben so wenig ist ein Staat ohne Verträge schuldig, *Fremde*, wegen in seinem, oder in fremdem Gebiet begangener Verbrechen, einem andern Staat auszuliefern *c*). Aber durch Verträge haben manche Staaten sich dazu verpflichtet *d*), vorzüglich durch Cartel in Ansehung der Deserteure

und entflohenen Milizpflichtigen, auch wohl der Schleichhändler *e*). Und selbst ohne Verträge, sind manche Staaten hierin sehr willfährig, besonders kleinere im Verhältniſs zu grössern *f*). In Absicht auf *Landstreicher* (Vagabunden), ist eine Verpflichtung zu wechselseitiger Uebernahme derselben bisweilen durch Verträge festgesetzt *g*).

a) C. T. Gutjahr diss. de exhibitione delinquentium secundum principia juris publici universalis, gentium, romani atque saxonici. Lips. 1795. 4.

b) So in Preussen und Baiern.

c) Verschiedene grössere Staaten bewilligen in keinem Fall eine Auslieferung. Vergl. E. Buschleb comm. de principiis juris civilis circa comprehensionem, punitionem vel remissionem peregrinorum, qui in alieno territorio deliquerunt, praesertim ad requisitionem exterae gentis. Goett. 1800. 4. v. Martens Erzählungen merkw. Rechtsfälle, Th. I, Num. II; Th. II, Num. XIII. — Eigene Bestimmungen hat die preuſs. CriminalOrdnung, §. 96 u. 257.

d) J. A. Reuss, s. resp. B. F. Mohl, diss. de juribus et obligationibus specialium rerumpublicarum Germaniae inter se in exercenda jurisdictione criminali obviis. Stuttg. 1787. 4.

e) Beispiel von 1748, in Wenck's Cod. jur. gent. II. 281. Moser's Versuch des europ. VR. VI. 461. Cartels und Verträge wegen Auslieferung der Deserteure und Vaganten, von 1808 bis 1818, in v. Martens recueil, Supplém. VIII. 282. et suiv.

f) Vattel L. II, ch. 6, §. 76. Moser a. a. O. VI. 428. — Zumal im Fall der Erwiederung. Kurhess. Verordn. v. 1. Sept. 1820.

g) Verträge, zw. Baiern, Wirtemberg u. Baden, v. 7. März 1816; Preussen u. Baiern, v. 9. Mai 1818; d. K. v. Sachsen, m. Preussen, v. 21. Jan. 1820, u. m. Baiern, v. 25. Jun. 1820; als Beilagen zu d. Protocoll der t. Bundesversamml. v. 14. Jun. u. 2. Sept. 1819, §. 118 u. 199, u. v. 3. Aug. 1820, §. 101. Vgl. auch oben, Note e.

§. 67.

5) *Polizeigewalt.*

Ohne Verträge, ist kein Staat berechtigt, für

für seine Unterthanen, in Hinsicht auf ihren Aufenthalt, ihr Gewerbe, oder ihr Vermögen in dem Gebiet eines andern Staates, Befreiung von dessen *Polizeigewalt* zu verlangen. Den allgemeinen PolizeiVerfügungen sind daher auch Fremde während ihres Aufenthaltes und für ihr Gewerbe oder Vermögen in dem Staatsgebiet, unterworfen *a*). Obgleich in einem Uebertretungsfall, von einer inländischen Staatsbehörde wider solche Fremde, welchen Exterritorialität bewilligt ist, wie den Gesandten, Strafe nicht verfügt werden darf, so berechtigt doch bestimmte, zumal beharrliche Weigerung des Fremden, durch polizeigemäsesVerhalten die innere Sicherheit, Ruhe und Ordnung zu befördern, nicht nur zu Beschwerdeführung bei der Regierung des Exterritorialen, sondern auch zu Aufkündigung der Exterritorialität.

a) z. B. Verbot gewisser KleidungsTracht, des Fahrens in gewissen Strafsen, Plätzen, Thoren, desgleichen mit Fackeln, der öffentlichen Lustbarkeiten, Gebot des Feierabends, des Gebrauchs der Laternen bei Nacht, u. d. m. Dasselbe gilt von der PafsPolizei, von den QuarantaineAnstalten, von Aufenthalt- und Sicherheitskarten, u. d. m. Vergl. unten §. 78 f.

§. 68.

6) *Finanzhoheit,* *insbesondere* a) *Besteuerung.*

Dieselbe Unabhängigkeit geniefst jeder Staat auch in Ansehung der *Finanzhoheit.* Daher müssen Unterthanen eines fremden Staates, in Absicht

auf ihren Aufenthalt, Gewerbe, oder Vermögen in einem andern Staat, sich dessen Finanzverfügungen gefallen lassen. Sie sind daselbst, für den ihnen zu gut kommenden Staatsschutz, nach ihrem Verhältnifs in dem fremden Staatsgebiet, der *Besteuerung* unterworfen, den ordentlichen und ausserordentlichen, directen und indirecten, Personal- und RealSteuern. Doch geniessen in manchen Staaten die Fremden, entweder gesetz- oder vertragmäsig, auf gewisse Zeit Befreiung von bestimmten Steuern. Auch ist in den meisten Handelsverträgen, den Unterthanen des einen Staates in dem Gebiete des andern, Abgabengleichheit entweder mit den eigenen Unterthanen, oder mit den Angehörigen der am meisten begünstigten Nation bewilligt. Ausserdem wäre eine Ungleichheit nicht wider das Völkerrecht; wiewohl dieselbe Anlafs zu Retorsion geben könnte. Die auswärtigen Güterbesitzer (Forenses) sollten überall in dem Lande wo sie blofs Güter besitzen, mit Personal-Steuern, und in dem Lande, wo sie ihren Wohnsitz haben, in Ansehung ihrer auswärtigen Grundbesitzungen mit RealSteuern verschont werden *a*).

a) Schriften in Pütter's Lit. des t. Staatsr. III. 373. und in v. Kamptz neuer Lit. des VR., §. 113. — Mynsinger cent. 2. obs. 22. Mevius P. II. dec. 72. 372. v. Cramer's wezlar. Nebenstunden, XVII. 78. Moser von der Landeshoheit in Steuersachen, S. 485.

§. 69.

b) *Strassen-*, c) *Geleite- und* d) *CommerzRegal.*

Die Unabhängigkeit des Staates begründet den

freien Gebrauch des *Strassen*- und *GeleiteRegals*, und des *CommerzRegals a*), des Rechtes auf Leitung und Benutzung aller Arten des Handels zu dem Staatszweck. Kein Staat ist befugt zu hindern, dafs ein anderer Staat *in seinem Land*- und *Seegebiet* durch Einrichtungen und gesetzliche Bestimmungen zweckmäsig wirke für Leitung und Beförderung des Handels, auch des ausländischen, so dafs bei diesem, wo möglich, die Bilanz zum Vortheil des Inlandes ausfalle. Hiezu sollen unter anderem dienen: die Ausübung der Handels-Polizei, Gesetzgebung und Gerichtbarkeit, die Schliessung vortheilhafter Handels- und Schiffahrtverträge mit andern Staaten *b*), Bestimmungen über Ein-, Aus- und Durchfuhr der Handelswaaren, der Land- und Wasserzoll von ein-, aus- und durchgehenden Waaren, sowohl Producten als auch Manufacturen, Messen und Märkte, HandelsPrivilegien (jus emporii) für Gemeinheiten, Gesellschaften und Einzelne, der Vorkauf (jus propolii), die Lagerhaus- oder Niederlagegerechtigkeit, die Wagegerechtigkeit, das Kranrecht, die Stapelgerechtigkeit zu gezwungener temporärer Feilbietung aller, oder bestimmter Waaren, der Strassenzwang, der Umschlag oder das Stationenrecht *c*) (droit de relâche et d'échelle), das Recht des Alleinhandels (Monopolien), die Errichtung der Kaufmannsgilden und Krämerinnungen, der Giro-, Deposital- oder UmsatzBanken, der Zet-

tel-, Wechsel- oder CirculationsBanken, der CreditCassen, der Pfand- oder Leihhäuser (Lombards), die Aufsicht und Gesetzgebung über das Assecuranz-, Bodmerei- und GrofsAventüreWesen (contrats à la grosse aventure), die Bestimmung des Verhältnifses der Fremden in Hinsicht auf den inländischen Handel *d*), die Begünstigung einer Nation vor der andern *e*), die Erwerbung eigener Staatsdienstbarkeiten zum Vortheil des Handels *f*), u. d. m.

a) Moser's Versuch des europ. Völkerrechts, VII. 283 ff. Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 328 ff. 332 f. — Von dem Nutzen der Handelsfreiheit, s. Schmalz europ. Völkerrecht, S. 170, 193 ff., u. 208 u. 243, und die Schriften bei v. Kamptz a. a. O., §. 254.

b) Hievon unten §. 150—152.

c) Klüber a. a. O. §. 333, 471, 481. ConversationsLexicon (4. Ausg. Leipz. 1818. 8.), v. Stationenrecht.

d) Schriften in v. Ompteda's Lit., §. 277, und in v. Kamptz neuer Lit. §. 252 ff. G. L. Boehmer diss. de jure principis libertatem commerciorum restringendi in utilitatem subditorum, §. 24. sq. (in dessen Electis jur. civ. III. 194.) H. Hanker's Rechte und Freiheiten des Handels der Völker unter einander (Hamb. 1782. 8.), §. 10—16. Moser's Versuch, VII. 444 ff. Le Commerce, par J. A. H. Reimarus. à Amsterd. et Paris 1808. 8. Dieser Verf. fordert „le rétablissement d'un droit des gens, d'un droit fondé sur ce principe éternel et impérissable: „ne fais à autrui que ce que tu voudrais que te fût fait". A. H. L. Heeren's Ideen üb. die Politik, den Verkehr und den Handel der vornehmsten Völker der alten Welt. Th. I u. II. 3. Aufl. Gött. 1815. 8.— Spanisches Verbot des Handels mit Gibraltar, bei Todesstrafe, 1752. Moser's Beytr. V. 326. Brittische *NavigationsActe* v. 1660, wodurch allen fremden Schiffen, die nicht mit ihren eigenen LandesProducten beladen sind, die brittischen Häfen verschlossen werden, u. s. w., in v. Martens Samml. der wichtigsten Reichs-

grundgesetze, Th. I, S. 794 ff. Ihre Geschichte in Büsch u. Ebeling's HandlungsBibliothek, Th. II, S. 630 ff. Büsch Welthändel, S. 204 ff. *NavigationsActe* (der brittischen ähnlich) der vereinigten Staaten von NordAmerika, vom 1. März 1817. Schwedisches ProductPlacat v. 1724. In Schweden ist der Handel mit Auswärtigen, nur den 34 Stapelstädten gestattet. v. Martens Staatsr. der vornehmsten europ. Staaten, I. 120. In dem Freundschaft- und Subsidien-Tractat v. 3. Mai 1813, Art. 6, bewilligt Schweden den Engländern auf 20 Jahre das Recht der WaarenNiederlage in den Häfen von Gothenburg, Carlsham und Stralsund. Gazette de Francfort 1813, n. 189. Durch eine schwedische Verordnung von 1794, ward dem Hafen von Gothenburg das Recht der Niederlage (droit d'entrepôt) bewilligt. De Martens recueil, VII. 505. Verordnungen der meisten rheinischen Bundesstaaten, vom Oct. u. Nov. 1810, wodurch, nach dem Verlangen des Protectors, die Einfuhr und der Verbrauch der ColonialWaaren theils verboten, theils eingeschränkt, auch das Verbrennen der englischen Fabrikwaaren befohlen wird; in dem Polit. Journal, Nov. 1810, S. 1075 ff. und Rhein. Bund, XLIX. 34. 99. 136. L. 161. 310. — Schriften von *Contrebande*, in v. Ompteda's Lit. II. 601 ff.

e) Moser's Versuch, VII. 709 ff.

f) F. Guil. Pestel diss. selecta capita doctrinae de servitutibus commerciorum. Rintel. 1760. 4. Ehemalige französische und königlich-sächsische Staatsdienstbarkeit, wegen des Transito-Handels, in Preussisch-Schlesien, und preussische in dem Königreich Sachsen, vermöge des Tractats v. Elbing v. 13. Oct. 1807, in d. Rhein. Bund, XVI. 37.

§. 70.

In Ansehung der verschiedenen Arten des Handels, besonders des ColonialHandels.

Diese Handelsberechtigung eines unabhängigen Staates erstreckt sich auf *jede Art des Handels;* auf öffentlichen und PrivatHandel; auf Land- und Seehandel *a*); auf Grofs- und Kleinhandel; auf ProductenHandel, Fabrik- und ManufacturHan-

del, Geld- und Wechselhandel, Assecuranz-, GrofsAventüre- und BodmereiHandel; auf Handel für eigene Rechnung (PropreHandel) und für Fremde, wie der Commissions-, Speditions- und Frachthandel; auf inländischen Handel, TransitoHandel und Handel nach dem Ausland, es sey dieser ökonomischer (mit inländischen Materialien) oder Zwischenhandel; endlich auch auf den Handel mit *Nebenländern* und mit den *Colonien* eines europäischen Staates in fremden Welttheilen, so weit diese Colonien zu seinem Land- und Seegebiet gehören *b*). Den meisten Colonien wird der Handel nur mit dem Hauptstaat *c*), bisweilen nur mit einer von diesem octroirten grossen Handelsgesellschaft *d*), etlichen auch mit aussereuropäischen Völkern, wenigen mit etlichen oder allen europäischen Staaten gestattet *e*). Auch der TransitoHandel durch das Colonialgebiet, kann jedem andern Staat, der nicht durch Vertrag dazu berechtigt ist, versagt werden *f*).

a) Schriften über das Seerecht, insonderheit den Seehandel, von Azuni, Arnould, Jouffroy, Jacobsen u. A. sind unten angeführt, §. 291. S. auch v. Ompteda's Lit. des VR., §. 217 ff. u. v. Kamptz neue Lit. des VR., §. 152 ff.

b) F. Saalfelds allgemeine ColonialGeschichte des neuern Europa; Th. I, allgemeine Einleitung in das ColonialWesen der neuern Welt. (Ist noch nicht erschienen.) Th. II. Geschichte des portugiesischen ColonialWesens in Ostindien. Göttingen 1810. Th. III u. IV. Geschichte des holländischen ColonialWesens in Ostindien. Ebendas. 1812 u. 1813. 8.

c) Wenigstens in Friedenszeiten. Beispiele in Moser's Versuch,

VII. 678—699. 701. — Diese Rechtsbestimmung ward in der neuern Zeit, zuerst von Franzosen, *MunicipalRechte* (droits municipaux) benannt. — Während eines *Kriegs* des Mutterlandes, werden diese Rechte bisweilen für aufgeschoben erklärt, damit Handel unter *neutraler* Flagge mit den Colonien statt habe, und unter solcher, wenn es nöthig, selbst das Mutterland den vorigen Handel fortsetzen könne. Sogar England bewilligte, in manchen Verträgen, für Kriegszeiten die Zulassung neutraler Handelsschiffe in seinen Colonien, z. B. in dem Vertrag mit den vereinigten Staaten von Nordamerika, von 1794. ConversationsLexicon (4. Ausg. Leipz. 1818. 8.) voc. Freibriefe, Th. III, S. 128 ff. und in dem Anhang, S. CIII ff. SCHMALZ europ. Völkerrecht, S. 292 f. Vergl. unten, Th. II, Tit. 2, Abschn. 2, Cap. 2. — Dagegen stellte England in dem siebenjährigen Krieg als Grundsatz auf, dafs die Neutralen nicht berechtigt seyen, mit den Colonien einer kriegführenden Macht Handlung zu treiben, wenn ihnen solches nicht auch in Friedenszeiten gestattet werde. Dawider s. man Mémoire sur les principes et les lois de la neutralité maritime (à Paris 1812. 8.), p. 7. sq. — In Nothfällen, pflegt das Landen fremder Handelsschiffe in Colonien nicht versagt zu werden. MOSER's Versuch, VII. 701.

d) Jo. Frid. L. B. BACHOV ab ECHT diss. de eo quod justum est circa commercia inter gentes, ac praecipue de origine ac justitia societatum mercatoriarum majorum. Jen. 1730. 4. J. G. BÜSCH über die öffentl. HandlungsCompagnieen; in dessen u. EBELING's HandlungsBibliothek, Bd. I, St. 1, S. 9—116. *Ebendess.* Darstellung der Handlung, Th. I, Buch 3, Cap. 5, und in den Zusätzen, Bd. II, S. 51. 63. 69. Bd. III, S. 82. C. G. GRÜNDLER's allgemeine Beyträge zur Handlung, Th. II (Berlin 1788. 8.). v. KAMPTZ neue Lit. S. 308 ff. — Beispiele solcher Octrois auf gewisse Jahre, in MOSER's Versuch des europ. Völkerr. VII. 313 ff. und in v. MARTENS Gesetzen und Verordnungen der einzelnen europ. Mächte über Handel, Schiffahrt und Assecuranzen, seit der Mitte des 17. Jahrhunderts, mit erläuternden Anmerkungen. Gött. Th. I. 1802. Th. II. 1805. 8.

e) Beispiele in MARTENS Einleitung in das europ. Völkerr. §. 138, Note c. Durch eine Verordnung vom 17. Jun. 1814 erlaubte

Grofsbritannien den Holländern, mit ihren vormaligen, jetzt unter brittischer Hoheit stehenden, amerikanischen Colonien zu handeln.

f) Hanker a. a. O. §. 17, S. 49 f.

§. 71.

Natürliche Handelsfreiheit, besonders nach fremden Welttheilen.

Ausser dem, dafs jeder Staat in seinem Land- und Seegebiet über den Handel zu verfügen hat, steht demselben auch die *natürliche Handelsfreiheit* zu, das Recht mit andern Staaten und deren Unterthanen, selbst oder durch seine Unterthanen, nach beiderseitigem Willen Handel zu treiben. Diesem Recht steht gegenüber die Pflicht eines jeden dritten Staates, die gegenseitig Handel treibenden Staaten in der Ausübung dieses Rechtes nicht zu stören, so fern er durch solche an seinen Hoheits- oder Vertragrechten nicht gekränkt wird. Namentlich gilt dieses von dem Handel und der Handelsschifffahrt nach *fremden Welttheilen*, insbesondere nach Indien *a*). Auch sind die ehemaligen ungegründeten Ansprüche auf Alleinhandel, von Seite Portugals nach Ostindien, von Seite Spaniens nach Westindien *b*), nunmehr wenigstens stillschweigend aufgegeben. Dagegen ist jeder Staat befugt, durch Verträge seiner natürlichen Handelsfreiheit auch hier Schranken zu setzen. So haben zuweilen europäische Mächte, zum Vortheil anderer europäischen Staaten, auf den Handel nach Indien ganz oder zum Theil verzichtet *c*);

und bisweilen hat ein aussereuropäischer Staat sich gegen eine europäische Macht zu ausschliessendem Handel mit derselben verpflichtet *d*). — Von dem Handel, besonders dem Seehandel der Neutralen, in *Kriegszeiten*, wird unten gehandelt (Th. II, Tit. 2, Abschn. 2, Cap. 1 u. 2); und eben so von *Handelsverträgen* (Th. II, Tit. 2, Abschn. 1, Cap. 2).

a) v. Ompteda Lit. §. 281. v. Kamptz neue Lit. S. 307 f. Eob. Toze von dem Handel der europäischen Völker nach Ostindien und China; in dessen kleinen Schriften (Leipz. 1791. 8.), S. 124—150. Joh. Jul. Surland's erläutertes Recht der Deutschen nach Indien zu handeln (Cassel 1752. 4.), §. 48 ff. Karsten's Europens Handel mit beiden Indien. Rostock u. Leipz. 1780. 8. The history of the European commerce with the Indies; by David Macpherson. London 1812. 8. Moser's Versuch, VII. 675. 702—708. — Von Unterdrückung der Handlungsgesellschaft zu Ostende; in v. Steck's Ausführungen, Num. I. Mémoires de l'abbé de Montgon, I. 316. — Ausdrückliche und stillschweigende Erklärungen europäischer Mächte, z. B. Frankreichs 1663, Dänemarks wegen der zu Altona 1728, Schwedens wegen der 1731, Preussens wegen der 1750 zu Emden errichteten ostindischen Handelsgesellschaft, Oestreichs bei Errichtung der triester Handelsgesellschaft, Spaniens gegen Grofsbritannien 1790, wegen des Handels nach NutkaSund, u. a. s. Moser's Versuch, VII. 313 ff. v. Martens Einleit. in das europ. Völkerr. §. 130, Note g. Von Verträgen deſshalb, Surland a. a. O. §. 24 ff.

b) Hanker a. a. O. §. 17.

c) Beispiele in Moser's Versuch, VII. 677. Bouchaud théorie des traités de commerce, p. 202. sqq. v. Ompteda's Lit. II. 600 f.

d) Moser's Versuch, VII. 708 f. Kluit historiae federum Belgii federati primae lineae, P. II. p. 339.

§. 72.

Abschaffung des Negerhandels.

In Gemäſsheit des pariser Friedens von 1814 *a*), beschäftigten auf dem wiener Congreſs die acht Mächte, welche diesen Frieden unterzeichnet hatten, sich eifrig mit Maasregeln zu vollständiger und allgemeiner Abschaffung des afrikanischen *Sclaven*- oder *Negerhandels b*) (traite des nègres d' Afrique). In dem pariser Tractat vom 20 Nov. 1815 *c*), verpflichteten sich hierauf Oestreich, Ruſsland, Groſsbritannien, Preussen und Frankreich, nachdem sie allerseits schon, jeder in seinen Staaten, ihren Unterthanen und Colonien jede Theilnahme an dem Negerhandel ohne Einschränkung verboten hatten, ihre Bemühungen abermal dahin zu vereinigen, daſs den von ihnen auf dem wiener Congreſs ausgesprochenen Grundsätzen ein endlicher Erfolg zu Theil werde. Zu dem Ende machten sie sich anheischig, durch ihre Gesandten an den Höfen von London und Paris, ohne Zeitverlust die wirksamsten Maasregeln zu verabreden, um die gänzliche und definitive Abschaffung eines so gehässigen, durch die Gesetze der Religion und der Natur so laut gemiſsbilligten Gewerbes zu bewirken. Hierauf wurden Verträge geschlossen, wegen gänzlicher und definitiver Abschaffung des Negerhandels *d*).

a) Traité de paix de Paris du 30 mai 1814, article 1[er] ad-

ditionnel au traité avec la Grande-Bretagne; in KLÜBER's Acten des wiener Congresses, Bd. I, Heft 1, S. 29. — Eine Reihe von Briefen und Depeschen über diesen Gegenstand, aus den Jahren 1813, 1814 und 1815, steht in SCHÖLL's recueil des pièces officielles, T. VII (Paris 1815. 8.), p. 67—273. Man s. auch den Vertrag Grofsbritanniens mit Portugal, vom 19. Febr. 1810, Art. 10; in v. MARTENS recueil, Supplém. V. 249.

b) Déclaration des plénipotentiaires des huit puissances signataires du traité de paix de Paris, datée de Vienne le 8 février 1815, in KLÜBER's angef. Acten, Bd. IV, S. 531. — Die Verhandlungen defshalb auf d. Congrefs, s. ebendas. Bd. IV, S. 509 ff., Bd. VII, S. 3—52. — Vergl. KLÜBER's Uebersicht der diplomat. Verhandl. des wiener Congr., S. 17. 48 f. 54 ff. 572.

c) Article additionnel. — Actes, en date de Paris le 27 et le 30 juillet 1815, in v. MARTENS recueil, Supplém. VI. 602.

d) Vertrag Grofsbritanniens mit Spanien, geschlossen zu Madrid am 23. Sept. 1817; in v. MARTENS recueil, Supplément VII. 135. VIII. 492. Königl. spanische Verordn., wegen Abschaffung des Negerhandels in den spanischen Besitzungen, vom 30. Mai 1820 an. — Vertrag Grofsbritanniens mit Portugal, vom 22. Jan. 1815, bei v. MARTENS a. a. O. VI. 96. Convention additionnelle zu diesem Vertrag, v. 28. Jul. 1817, ebendas. VIII. 438. — Die Vereinigten Staaten von Amerika verboten ihren Staatsbürgern den Negerhandel, und ertheilten den Commandanten der Staatsschiffe Befehl, jedes amerikanische mit Sclaven beladene Schiff wegzunehmen. Man s. des Präsidenten Botschaft an den Congrefs, vom 7. Dec. 1819, in dem Journal de Francfort, vom 18. Jan. 1820.

§. 73.

e) *MünzRegal.*

Dieselbe Unabhängigkeit der Staaten findet statt bei dem *Regal* der *Münze*. Bei Bestimmung des inländischen Münzfusses und des Zahlwerthes auswärtiger Münzen, bei dem gänzlichen Verbot der letzten in den öffentlichen Cassen und in dem inländischen Verkehr, so auch der Ausfuhr inlän-

discher Münzen und des rohen Goldes und Silbers, kann jeder Staat blofs auf eigenes Interesse Rücksicht nehmen *a*), wenn nicht etwa Verträge Ausnahmen in Ansehung der Fremden festsetzen *b*), oder man sich, bei ungleicher beschwerender Behandlung der Auswärtigen im Verhältnifs zu Einheimischen, der Retorsion aussetzen will. Talion, Repressalien, und andere gewaltsame Maasregeln müfste der Staat sich gefallen lassen, wenn er sich eine Rechtsverletzung anderer Staaten oder ihrer Unterthanen erlaubte, durch Nachprägung ihrer Münze, oder Prägung geringhaltiger Münze unter ihrem Stempel *c*), durch vertragwidrige Nöthigung fremder Staaten oder ihrer Unterthanen, geringhaltige Münzen, Papiergeld und andere Münzzeichen nach ihrem vollen Nennwerth (al Pari) anstatt vollwichtiger Metallmünze anzunehmen *d*), und durch Verfügung anderer unrechtlicher Finanzoperationen *e*). In Staatsverträgen wird, in dieser Hinsicht, die Enthaltung von Rechtsverletzung fremder Unterthanen, bisweilen ausdrücklich bedungen *f*).

a) Moser's Versuch des europ. VR. VIII. 15 ff. 45 ff. (F. Cleynmann's) Aphorismen aus d. Fache der Münzgesetzgeb. u. d. Münzwesens (Frankf. 1817. 8.), S. 160 ff. J. G. Büsch Grunds. der MünzPolitik. Hamb. 1789. 8. u. in dessen Sämmtl. Schriften über Banken u. Münzwesen. Hamb. 1801. 8.

b) De Martens recueil, I. 144. art. 5.

c) Nothmünzen in dem siebenjährigen Krieg unter fremdem Stempel. v. Praun's Nachr. v. d. Münzwesen (Leipz. 1784. 8.), S. 163 ff. v. Struensee's Abhandlungen über wichtige

Gegenstände der Staatswirthschaft, Bd. III, S. 565 u. 572 f. (KLOTZSCH) Kursächs. Münzgesch., S. 840 — 914. GRELLMANN's Staatskunde von Teutschland, I. 91. 105. Allgem. deutsche Bibliothek, Bd. 105, S. 137. 139.

d) MOSER's Versuch VIII. 19 f. KLÜBER über den staatswirthschaftlichen Werth des Papiergeldes. Tüb. 1805. 8. *Ebendess.* öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 342 f.

e) Schwedische Mynttecken (Münzzeichen, les Dieux de Görtz) unter Carl XII. 1715 — 1718. — Der Lawische Actienhandel in Frankreich, 1719 u. ff. — Das französische papierne RevolutionsGeld mit gezwungenem Curs, und das robespierrische Maximum. — Gezwungener Curs, Herabsetzung oder Verrufung des Papiergeldes, eigenmächtige Herabsetzung oder Sistirung der Zinsen von StaatsCapitalen, Münzveränderung zum Vortheil der Schuldner, gezwungene Anleihen, u. d. m. Vergl. SCHMALZ europ. Völkerrecht, S. 176 f.

f) Hubertsburger Fr. 1763, Art. 7. u. SeparatArt. 2. in de MARTENS recueil, I. 75. 77. Lüneviller Fr. 1801, Art. 9. Wiener Fr. 1809, Art. 9.

§. 74.

f) *Post Regal.*

Das Institut der *Posten*, dieses unschätzbare Verkehrmittel aller civilisirten Nationen, obgleich an sich unabhängig von andern Staaten, wird von benachbarten Staaten für ihr gemeinschaftliches Interesse an den Grenzen in Verbindung gesetzt, dnrch Combinations- u. a. Postverträge *a*). Da der Zweck Einheit der Anstalt auf einem grossen Raum gebietet, so überlassen gewöhnlich kleinere Staasen dieselbe durch Verträge, unter ihrer Aufsicht, Gesetzgebung, Polizei und Gerichtbarkeit, entweder benachbarten grössern Staaten, oder einem PrivatUnternehmer der Post in meh-

rern angrenzenden Staatsgebieten *b*). Selten hat jetzt ein Staat das Postrecht als Staatsdienstbarkeit in fremdem Gebiet *c*). Durch Annehmung der Briefe, Packete, und Effecten auf die Post, auch von und nach dem Ausland, verpflichtet sich die Post, und mit ihr der Staat, unter dessen Auctorität dieselbe betrieben wird, zu Handhabung des Briefgeheimnisses, der Unverletzbarkeit der der Post anvertrauten Briefe, Packete und Effecten *d*), dem geraden Gegentheil des so genannten Postgeheimnisses (secret de la poste), der heimlichen Eröffnung derselben ausserhalb des dringenden Nothfalles *e*). Bei erlittenem Schaden durch gewaltsame Beraubung der Posten, oder durch Schuld der Postbeamten, können fremde Staaten oder deren Unterthanen auf gleiche Genugthuung und Entschädigung Anspruch machen, wie die eigenen *f*).

a) Moser's Versuch des europ. VR. VIII. 47 f. Klüber's öffentl. Recht des t. Bundes, §. 350. Staatsverträge zwischen Baden u. d. Canton Aargau v. 17. Sept. 1808, Westphalen u. Oldenburg im Febr. 1809, Baiern u. Sachsen im Febr. 1811, Baiern u. Baden v. 22. Febr. 1810, Dänemark u. Schweden v. 10. Dec. 1809, art. 6, bei Martens Suppl. V. 225.

b) Beispiele in Klüber's angef. öffentl. Recht, §. 352 f. *Ebendess.* Postwesen in Teutschland, wie es war, ist, und seyn könnte. Erlangen 1811. 8. Verträge des Königreichs Westphalen von 1808 mit den drei anhaltischen Herzogthümern, den Fürstenthümern Waldeck u. Lippe; desgl. des Königreichs Wirtemberg mit HohenzollernHechingen. Rhein. Bund, XX. 307. XXIV. 425.

c) Als solche hatte das Königreich Sachsen eine Transito-PostRoute durch Schlesien, von und nach dem Herzogthum

Warschau, vermöge der preussisch-sächsisch-französischen Convention von Elbing v. 13. Oct. 1807, Art. 11 u. 12. Rhein. Bund, XVI. 40.

d) Das Briefgeheimniſs sichern die Postordnungen gewöhnlich zu, z. B. die königl. westphälische v. 31. Oct. 1808, Art. 3, 13, 18, 101, 146; die königl. baierische Pflichtformel für die Postbeamten, in dem baier. Regierungsblatt v. 1806, Num. 34; eine k. wirtembergische Verordn. v. 18. Nov. 1816; die sachsen-weimar-eisenachische Postordnung v. 1. Jan. 1820, §. 19. — Vergl. davon J. B. Friesen diss. de eo q. j. e. circa litteras resignatas (Jen. 1752), c. 2. Jo. Jod. Beck diss. de resignatione, revulsione et turbatione sigillorum (Altorf 1742), §. 25. Danz Handbuch des t. Privatr. §. 155. n. IV. v. Kamptz neue Lit. des VR., S. 96.

e) Klagen darüber, in Schlözer's Staatsanzeigen, Heft 42, S. 229. Moser's Lebensbeschreibung, Th. IV, S. 105. *Ebendess.* angef. Versuch, IV. 144 f. Hönn's BetrugsLexicon, voc. Postmeister, S. 288. Die Postgeheimnisse. Leipz. 1803. 8. Ueber das Geheimniſs der Posten. Frankf. u. Leipz. 1788. 8. — Verwahrungsmittel gegen das unmerkliche Brieferbrechen s. in Klüber's Kryptographik, §. 17—29. Gegen die Entdeckung des Inhaltes erbrochener Briefe, dient das Chiffriren, wovon ebendas.

f) Schriften in Klüber's angef. öffentl. Recht, §. 356, Note b.

§. 75.

g) *Recht der Bergwerke;* h) *Forst- und JagdRegal.*

Das Recht der *Bergwerke*, an sich unabhängig von dem Willen fremder Staaten, wird auch unterirdisch begrenzt durch die Staatsgrenze auf der Erdoberfläche. Es kann in einem bestimmten Bezirk mehrern Staaten gemeinschaftlich *a*), und einem Staat in dem Gebiet des andern als Staatsdienstbarkeit *b*) zustehen. Das letzte gilt auch von dem *Forst- und JagdRegal c*). In mehrern Staaten bestehen gesetzliche Einschränkungen oder

Verbote des Holzverkaufs ausser Landes, in Absicht auf Brenn- und Nutzholz, namentlich zu dem Schiffbau. Die Wildfolge, die Verfolgung des angeschossenen Wildes in fremdes Gebiet oder Jagdrevier, kann nur durch Verträge gerechtfertigt werden *d*),

a) Von dem Gebiet der Salzbergwerke von Wieliczka, s. den wiener Fr. 1809, Art. IV. n. 4.

b) Das Königreich Sachsen hat das BergRegal in der Herrschaft Schwarzenberg böhmischen Antheils. v. Römer's kursächs. Staatsr. II. 673. Auch erstreckte sich das kursächsische BergRegal in der Grafschaft Mannsfeld über die kursächsische Landesgrenze hinaus, in den magdeburgischen Antheil der Grafschaft. v. Römer a. a. O. II. 46. Es ward an das Königreich Westphalen abgetreten, durch die leipziger Convention v. 19. März 1808. Rhein. Bund, XL. 151.

c) J. C. Bonhöfer diss. de jure venandi per modum servitutis juris publici in territorio alieno. Alt. 1748.

d) J. A. Nieper diss. de sequela venatoria. Goett. 1789. Reichsanzeiger 1794, Num. 76 u. 78. v. Römer a. a. O. II. 758. Strube's rechtl. Bedenken, Th. II, Bed. 140. Pütter's Lit. des t. Staatsr. III. §. 1610.

§. 76.

i) *Wasser Regal.*

Ganz vorzüglich bewährt sich die Unabhängigkeit der Staaten in dem freien, ausschliessenden Gebrauch des *WasserRegals*; nach seinem ganzen Umfang *a*), in dem eigenen See- und Flussgebiet (§. 129 f.), so fern nicht durch Vertrag einem andern Staat ein Recht auf dessen völligen oder theilweisen Nichtgebrauch *b*), ausschliessenden Gebrauch oder Mitgebrarch *c*) eingeräumt ist.

ist. Nicht widerrechtlich wäre selbst das gänzliche Verbot der Durchfahrt fremder Schiffe auf inländischen Strömen, Flüssen, Seen und Canälen, der Durchfahrt auf dem Meer unterhalb der Canonen, des Einlaufens und Aufenthaltes in den Häfen und auf der Rhede des Staates. Doch wird alles dieses den Schiffen freundschaftlicher Mächte, ausserhalb der geschlossenen Häfen, jetzt nicht leicht versagt, gegen Entrichtung der eingeführten Zölle *d*) des Hafengeldes für den Aufenthalt in dem Hafen, des Grundgeldes (groundage) für auf den Strand gesegelte Schiffe, des Tonnengeldes *e*), und anderer Abgaben, auch mit Beobachtung des etwa geltenden Stapelrechtes und Umschlags oder Stationenrechtes (§. 69); nur bedürfen Kriegsschiffe, den Fall der Noth oder eines Vertrags ausgenommen, an den meisten Orten jedesmal besonderer Erlaubniss. Gemildert oder aufgehoben sind meist die in dem Mittelalter so häufigen, strengen Verbote, Fremden Schiffe zu bauen oder zu verkaufen *f*).

a) Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 370 ff. v. Kamptz neue Lit. des VR., §. 183 ff. 194 ff.

b) Von der Schelde, ehedem, s. den münster. Fr. 1648, zwischen Spanien u. den verein. Niederlanden, Art. 14, in Schmauss C. J. G. p. 619., u. den Vertrag zwischen Oestreich u. den vereinigten Niederlanden v. 1785, Art. 2 u. 7, in de Martens recueil, II. 603. Von der Weichsel s. die tilsiter Friedensschlüsse mit Frankreich v. 1807, den russischen Art. 8, den preussischen Art. 20. Vorzüglich vergleiche man die auf dem wiener Congress festgesetzten *Artikel* über die Schifffahrt auf denjenigen Flüssen, welche in ihrem schiff-

baren Lauf *verschiedene Staaten trennen* oder *durchströmen*, in Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. III, S. 254—257, u. 245, so wie den Acte final du congrès de Vienne, art. 108—117, ebendas. S. 89 ff. Man s. auch Klüber's öffentliches Recht des teutschen Bundes, §. 468—486. Die genannten Artikel sollen auch auf die Schifffahrt auf dem Po angewandt werden, so wie auf diejenige auf allen Flüssen und Canälen in dem ganzen Umfang des ehemaligen Polens, laut des angef. Acte final etc., art. 14 et 96. Von der freien Schifffahrt auf dem StecknitzCanal, ebendas. Art. 30. Dieselben Grundsätze wurden angewandt, nicht nur auf die Schifffahrt auf dem Elsterwerdaer Flofsgraben, auf der schwarzen Elster, auf der weissen Elster, und auf dem aus dieser abgeleiteten Flofsgraben, in dem von dem König von Sachsen mit Oestreich, Preussen und Rufsland geschlossenen Vertrag vom 18. Mai 1815, Art. 17 (in Klüber's angef. Acten, Bd. VI, S. 133), sondern auch auf die Schifffahrt auf allen Flüssen, welche die östreichischen und baierischen Staaten trennen oder durchströmen. Auch vergl. man den zwischen Oestreich und Baiern geschlossenen Vertrag vom 14. April 1816, in Klüber's Staatsarchiv des teutschen Bundes, Bd. I, S. 406.

c) Von der Weichsel s. den wiener Fr. v. 1809, Art. 2, Num. 4. Ueber die freie Schifffahrt auf den Flüssen und Canälen in dem ganzen Umfang des ehemaligen Polens, so wie über die Benutzung der Häfen, s. man den Acte final du congrès de Vienne, art. 14.

d) Hieher gehört auch der *Sundzoll*, der einzige, welcher für die Fahrt durch eine offene Meerenge in Europa entrichtet wird; er ist festgesetzt durch Verträge mit den meisten europäischen Staaten. Th. A. de Marien tableau des droits et usages de commerce relatifs au passage du Sund. à Copenhague 1778. 8. Auch in das Dänische und Spanische übersetzt. Moser's Versuch des europ. VR. V. 473. 489. v. Steck vom Sundzoll, in dessen Versuchen (von 1772), S. 39 ff.

e) Von dem Tonnenrechte der Stadt Bremen, s. v. Bülow's u. Hagemann's pract. Erörterungen, I. 1—38.

f) v. Martens Grundrifs des Handelsrechts, §. 148.

§. 77.

Insbesondere Strandrecht und Bergung.

Ein so genanntes *Strandrecht a)* (Grundruhr, jus littoris, droit de varech), ein Recht, die schiffbrüchigen, oder aus Noth über Bord geworfenen Güter sich zuzueignen, wäre wider das natürliche Völkerrecht; denn jene Güter werden, durch den Schiffbruch oder das Auswerfen zu Erleichterung des Schiffes, nicht verlassenes oder Niemand gehöriges Gut (res derelictae aut nullius). Auch wird ein solches Recht jetzt nur noch ausgeübt gegen Seeräuber, Schleichhändler, und Schiffer in verbotenen Flufs- oder Seegegenden, an den dänischen Ufern der Elbe *b)*, und retorsionsweise. Durch Gesetze und Staatsverträge *c)* ist es vielfältig ausdrücklich abgeschafft. Dagegen ist an den meisten Orten durch Gesetze und Verträge das *Recht* der *Bergung* (jus bona naufragorum colligendi, droit de sauvement) eingeführt und bestimmt; nach welchem die geretteten, geworfenen oder schiffbrüchigen, Güter gewisse Zeit, meist Jahr und Tag, aufzubewahren, und den unterdessen sich meldenden Eigenthümern herauszugeben sind, gegen Entrichtung des Bergegeldes (Bergelohn, pecunia servaticia), welches gewöhnlich besteht in einem verhältnifsmäsigen Theil des Werthes der geretteten Güter *d)*.

a) J. Schubach commentarius de jure littoris. T. I. Hamb. 1751.

Fol. Nachher vermehrt u. teutsch, von WODARCH u. GREILICH, unter dem Titel: Vom Strandrecht. Hamb. 1767. 4. Th. II, besorgt von AMSINK, ebendas. 1781. 4. EMÉRIGON traité des assurances, T. I, p. 455. 528. v. MARTENS Einleit. in d. Völkerr. §. 150 f. MOSER's nachbarl. Staatsr., S. 705. *Ebenders.* von der Landeshoheit in Ansehung Erde und Wassers, S. 270. JARGOW von Regalien, S. 471 — 489. PFEFFINGER Vitriar. illustr. III. 1471. FISCHER's Gesch. des teutsch. Handels I. 425. Schriften in PÜTTER's Lit. III. 615. KLÜBER's neuer Lit. §. 1374. und v. KAMPTZ neuer Lit. des VR., §. 193.

b) J. G. BÜSCH Darstellung der Handlung, Th. II (1792. 8.), S. 113. *Ebendess.* Darstellung des in den nördlichen Gewässern üblichen, besonders des schleswig - holsteinischen Strandrechtes. Hamb. 1798. 8. Dänische Strandordnung v. 1803, in HÄBERLIN's Staatsarchiv, Heft 45, S. 1 ff.

c) Durch *Gesetze* — ausser dem römischen und canonischen Recht (Auth. navigia C. de furt. et serv. corrupt. und c. 3. X. de raptorib.), der peinl. Gerichtsordn. Carls V. Art. 218, und dem Reichsabschied v. 1559, §. 35 — in Frankreich (1681), in Preussen (allgem. Landrecht, Th. II, Tit. 15, §. 81 — 87), in Jever (Verordn. v. 28. Febr. 1724), in Pommern, Hamburg, Lübeck, u. a. O. — Durch viele *Verträge*, z. B. der Hansestadt Lübeck (wovon DREYER's Specimen etc. 1762. 4.), Preussens, Grofsbritanniens, Dänemarks, Schwedens, Spaniens, u. a. SCHMAUSS C. J. G. 77. 218. 144. 434. 583. 596. 755. 967. DU MONT Corps dipl. T. I, P. 2, p. 223. MOSER's Versuch, VII. 672.

d) J. S. F. BOEHMER diss. de servaticio. Hal. 1743. REINHARTH ad Christinaeum, vol. V. obs. 8. CAMERER's Nachrichten von Holstein, Th. I, S. 207 f. F. E. C. MEREAU's Miscellaneen, Th. I (Gotha 1791. 8.), Num. 18. DANZ Handbuch des t. Privatrechts, Th. I, §. 112.

§. 78.

k) *IndustrieConcessionsRegal.*

Bei Ausübung des Regals der *IndustrieConcessionen* für nützliche Unternehmungen, Gewer-

be, Handlungen und Befugnisse, die wegen des StaatsInseresse der Willkühr eines Jeden nicht überlassen werden *a*), kann ein Staat ausschliessend die Inländer begünstigen, oder den Auswärtigen und Fremden minder vortheilhafte Bedingungen bewilligen. Den Inländern kann er verbieten, von andern Staaten Concessionen dieser Art anzunehmen, solche zu unterstützen, oder auf irgend eine Art daran Theil zu nehmen, z. B. in ausländische Handels- und andere Gesellschaften zu treten, für auswärtige Zahlen- oder Classenlotterien und WettComtoire zu sammeln, oder darein zu setzen *b*); auswärts Fabriken anzulegen und zu betreiben, u. d.

a) Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 375 ff.
b) Moser's Versuch des europ. VR. VIII. 45.

§. 79.

I) *LandesschutzRegal.*

In Absicht auf das *LandesschutzRegal*, darf, ohne Verträge, kein Staat den andern beschränken in Festsetzung und Ausübung seines Willens, ob und welchen Auswärtigen, und unter welchen Bedingungen, er das Indigenat, die Aufnahme zu Landesunterthanen, und das Staatsbürgerrecht bewilligen *a*), ob und unter welchen Bedingungen er Auswärtigen inländischen, und Inländern ausländischen Gutsbesitz *b*), oder anderes auswärtiges unterthanschaftliches Ver-

hältnifs *c*) gestatten, ob und wie weit er Fremden, durchreisenden und andern, die sich für bestimmte oder unbestimmte Zeit erlaubterweise in dem Staatsgebiet aufhalten, für die Zeit ihres Aufenthaltes den temporären Landesschutz ertheilen will *d*).

a) Code civil français, art. 13. Königl. baierisches Edict v. 6. Jan. 1812, über Indigenat, Staatsbürgerrecht, Rechte der Forensen u. Fremden; in dem baierischen Regierungsblatt v. 1812, St. V.

b) Das angef. baierische Edict, Tit. IV, Art. 25 ff. Baierische Verordn. v. 21. März 1812, betr. die auswärtigen Unterthanen, welche Immobilien in Baiern besitzen; in d. baier. Regierungsblatt v. 1812. — In mehreren teutschen Staaten, nicht auch in Frankreich (vergl. Code civil, a. 3. §. 2.), gilt der vollständige Landsassiat (landsassiatus plenus), das heifst, dafs für auswärtige Gutsbesitzer (Forensen) der blosse Besitz inländischen Grundeigenthums auch die persönliche Unterthänigkeit begründet. Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 204.

c) Code civil français, art. 17—21. K. französisches Décret du 26 août 1811, relatif à la condition des Français établis en pays étranger, nebst dem erklärenden Avis du 21 janvier 1812. Königl. baierische Verordn. v. 21. März 1812, betr. die Erlaubnifs für die in fremden Diensten befindlichen Baiern.

d) Code civil français, art. 3. 11—14. Grofsherzogl. badisches Edict v. 4. Jun. 1808, die Grundverfassung der verschiedenen Stände betr., §. 1—5, in d. Rhein. Bund, XXII. 64. K. E. Schmid's Einl. in das gesammte Recht des französischen Reichs, Th. I (Hildburgh. 1808. 8.), S. 390 ff. Schmalz europ. Völkerrecht, S. 163 ff. J. J. Lehmann diss. an potentiores rebelles aliique hujus fere generis in vicinis regnis jure asylorum frui possint? Jen. 1716. 4. — Von durchreisenden Gesandten, s. Real, science du gouvernement, Th. V, S. 165 u. 179 (der teutschen Uebersetzung). Vergl. unten, §. 176 u. 204.

§. 80.

Fortsetzung.

Durch Aufnahme fremder Staatsangehörigen zu Unterthanen, handelt ein Staat nicht widerrechtlich, so fern Anlockung oder Verleitung derselben zur Auswanderung *a*), gegen das Verbot ihres Staates, oder gar gewaltsame Wegnehmung derselben *b*), damit nicht verbunden ist. Wenn dagegen einem Staat unverwehrt ist, seine in fremden Staaten befindlichen Unterthanen, welche ihrer Unterthanpflicht noch nicht entlassen, oder widerrechtlich ausgewandert sind, zur Rückkehr aufzufordern, so ist derselbe doch nicht befugt, öffentliche Bekanntmachung seiner Avocatorien in andern Staaten, oder Auslieferung jener Unterthanen zu verlangen, am wenigsten aber dieselben mit Gewalt aus dem fremden Staatsgebiet abzuholen, gleichviel ob sie daselbst schon naturalisirt sind, oder nicht *c*).

a) Moser's Versuch des europ. VR. VI. 118 f. Günther a. a. O. II. 301—306.

b) Moser a. a. O. V. 376. 390. *Ebendess.* Beyträge zu dem europ. VR. V. 72.

c) Günther a. a. O. II. 309 ff.

§. 81.

m) *LandesdienstRegal.*

Vermöge des *LandesdienstRegals* ist jeder Staat befugt, von seinen Unterthanen ausschliessend Staatsdienste, dem Staatszweck gemäfs, zu

verlangen. Von seinem Willen hängt daher ab, ob und wie fern seine Unterthanen in einem andern Staat Hof-, Civil- oder MilitärDienste leisten dürfen. Manche Staaten setzen hierin der natürlichen Freiheit ihrer Unterthanen keine positiven Grenzen; doch bleibt ihnen, und üben sie die Befugniſs aus, in dem Nothfall dieselben zurückzurufen, vorzüglich in Kriegszeiten aus den MilitärDiensten der feindlichen Macht. Andere gestatten ihren Unterthanen nicht, ohne ihre besondere Erlaubniſs in fremde Staatsdienste zu treten, oder darin zu bleiben *a*); eine Einschränkung, welche jedoch aufhört mit einer rechtmäsigen gänzlichen Trennung des Unterthans von dem Staat.

a) Code civil français, art. 21. Das bei dem vorigen §. angef. kaiserl. franz. Decret v. 26. Aug. 1811. Das angef. baierische Edict vom 6. Jän. 1812. Art. 7, Num. 2, Art. 25, 28, 29, nebst der angef. Verordn. v. 21. März 1812, wegen Erlaubniſs für die in fremden Diensten befindl. Baiern. Kaiserl. russische Verordn. v. 1762, wodurch dem russischen Adel verboten wird, in fremde Kriegsdienste zu treten. Moser's Versuch des europ. VR. VI. 25. Von den Einschränkungen der Standesherren und Grundherren in ehemaligen rheinischen Bundesstaaten, s. Klüber's Staatsr. des Rheinbundes, §. 192. 220. Selbst rheinische souveraine Bundesfürsten durften nur bei einem rheinischen Bundesstaat, oder bei einem mit dem Rheinbund alliirten Staat, in Staatsdienste treten. Ebendas. §. 80 u. 155.

§. 82.

n) *Fiscalgewalt.* *Heimfallsrecht.*

In dem Mittelalter übte der *Fiscus* allgemein *a*)

das *Heimfallsrecht* (Fremdlingsrecht, jus albinagii, droit d'aubaine) aus, das Recht, nach welchem der ganze inländische Nachlaſs der im Lande verstorbenen Fremden, dem Fiscus heimfällt, mit Ausschluſs aller Testament- und Vertragerben und der auswärtigen Intestaterben *b*). In der neuern Zeit ward es fast überall aufgehoben, durch Gesetze oder Herkommen, häufig auch durch Staatsverträge, besonders mit Frankreich *c*). Die französische NationalVersammlung erklärte dasselbe für eine Schande der Menschheit, und schaffte es allgemein ab *d*). Seitdem gilt, so viel man weiſs, in allen europäischen Staaten der Grundsatz, daſs das Heimfallsrecht nur retorsionsweise von dem StaatsFiscus gegen diejenigen Staaten auszuüben sey, welche sich desselben gegen den eigenen Staat bedienen würden *e*). Bei dem Nachlaſs solcher Fremden, welchen der Staat Naturalisation bewilligt hat, sollte es da, wo es etwa noch besteht, nicht ausgeübt werden *f*); ausgenommen als Retorsion gegen solche Staaten, die sich desselben auch in diesem Fall bedienen.

a) Robertson's history of the Emperour Charles V., T. I. in den beigefügten Beweisen und Erläuterungen, Num. XXIX. Pufendorf observationes juris univ., T. III. obs. 14.

b) Bacquet du droit d'aubaine. à Paris 1603. und in dessen Oeuvres, T. I. D'Espeisses oeuvres, T. II. P. II. p. 243. Guyot répertoire de jurisprudence, art. aubaine. Les loisirs du chevalier d'Éon de Beaumont, Tome IX (à Amsterdam 1774. 8.), p. 177–191. Viele andere Schriften, in Pütter's

Lit. d. t. Staatsr. III. 610. u. Klüber's neuer Lit. d. t. Staatsr. §. 1369. v. Kamptz neue Lit. des VR., S. 125 f.

c) Zuerst in dem Frieden v. Crespi 1514, und letzthin wieder in dem pariser Frieden von 1814, Art. 28. Verzeichnisse solcher Verträge, in Moser's auswärt. Staatsr. S. 263 f. 331 f. 381, in *Ebendess.* Zusätzen zu s. neuen Staatsr. III. 1204, u. in Schlözer's Staatsanzeigen, Heft. 31 (1786), Num. 32. De St. Gerens diss. de usu juris albinagii in Gallia. Argent. 1778. 4. Ein Verzeichnifs der von 1715 — 1782 geschlossenen Verträge, steht in dem Dictionnaire géographique et politique de l'Alsace, T. I. (à Strasb. 1787. 4.), Art. aubaine. K. Napoleon's Decret v. 24. Aug. 1812, wodurch das Heimfallsrecht und Abzugsgeld in dem Königreich Italien gegen die Schweiz aufgehoben wird. Gazette de Francfort, 1812, n. 299. *Ebendess.* Decrete vom 25. April, 28. Mai, u. 4. Aug. 1812, wodurch, nach defshalb geschlossenen Verträgen, das Heimfallsrecht aufgehoben wird, in dem ersten für das Grofsherzogthum Frankfurt, in dem andern für das Herzogthum Mecklenburg-Schwerin, durch das dritte, in Hinsicht auf das Königreich Italien, für die preussischen Staaten; in dem Moniteur universel von 1812, Num. 124 u. 164, und in der Gazette de Francfort von 1812, Num. 128 u. 251. Eine Sammlung von Verträgen und Decreten, besonders französischen und preussischen, aus den Jahren 1811 und 1812, befindet sich in v. Martens recueil, Supplément V. 394 – 409. Im Jahr 1813 ward dasselbe Recht aufgehoben zwischen Frankreich und dem Königreich Italien einer Seits, und dem Königreich Sachsen anderer Seits. Eben so, im J. 1818, zwischen Kurhessen und dem Königreich beider Sicilien. Da in dem letzten dieses Recht durch ein Decret v. 12. Aug. 1818 gegen alle Staaten, die es gegen seine Unterthanen nicht ausüben würden, für aufgehoben erklärt ward, so verordneten mehrere Staaten Erwiederung, z. B. Oestreich durch ein Decret v. 30. Jul. 1819, und die freie Stadt Frankfurt durch ein Decret vom 6. Jul. 1819. Auch in der östreichischen Lombardie ward das Heimfallsrecht aufgehoben, durch Verordnung vom 15. Jun. 1815.

d) Das Decret v. 6. Aug. 1790 steht in de Martens recueil, VI. 289. Vergl. Möser, in d. berliner Monatschrift v. 1791, St. 2, S. 114 ff.

e) Behmer jus nov. controv. T. I. obs. 52. Runde's Grundsätze des allgem. deutschen Privatrechts, §. 321. — In dem J. 1804 erklärte die französische Regierung, daſs sie das droit d'aubaine et de retraite *retorsionsweise* streng ausüben werde. Vergl. auch Code civil français, art. 726, und Proudhon cours de droit français, T. Ier, p. 83, welcher behauptet, daſs in Frankreich das Heimfallsrecht, in Gemäſsheit der Art. 11, 726 u. 910 des Code civil, noch jetzt bestehe, und daſs man solches daselbst als abgeschafft nur in so weit betrachten könne, als Verträge dieses festsetzen. — Durch Beschlüsse der schweizer Tagsatzungen von 1803 und 1809 sind beide Rechte abgeschafft, gegen alle Staaten, welche dasselbe gegen die Schweiz beobachten wollen. Gazette de Francfort, 1812, n. 74. Dasselbe erklärte öffentlich, unter dem 20. Aug. 1818, der König beider Sicilien.

f) v. Meiern's Gutachten, hinter G. H. Ayreri diss. de jure occupandi bona vacantia, p. 55.

§. 83.

Nachsteuer. Abzugsgeld. Confiscation.

Von inländischem Vermögen, welches in das Ausland geschafft wird, erhebt der Fiscus *a*) nicht selten eine letzte Steuer, in zwei verschiedenen Fällen: 1) die *Nachsteuer* (Nachschoſs, gabella s. census emigrationis, droit de retraite ou gabelle d'émigration), welche von dem, bei oder nach der freiwilligen Auswanderung eines Unterthans aus dem Staatsgebiet gezogenen Vermögen desselben zu bezahlen ist, und 2) das *Abzugsgeld* (Abschoſs, census hereditatis vel legati, droit de détraction), welches von dem aus dem Nachlaſs eines Unterthans durch Erbrecht in das Ausland kommenden Vermögen, nach einem bestimmten Verhältniſs zu entrichten ist *b*). Beide,

auch bisweilen zusammen unter dem Namen *Detract* (jus detractus) begriffen, sind in der neuern Zeit in manchen Staaten durch Gesetze allgemein abgeschafft *c*), in vielen sind sie entweder allgemein auf Retorsion beschränkt *d*), oder mit einzelnen Staaten durch Verträge gegenseitig aufgehoben, wenigstens beschränkt *e*). Dagegen kann die Verfügung einer *VermögensConfiscation f*), auf auswärtiges Vermögen nicht gezogen werden (§. 65).

a) In Teutschland nicht immer der StaatsFiscus, sondern bisweilen auch landsässige Unterobrigkeiten, Standesherren, Städte und Rittergutsbesitzer, wohl gar auch gegen inländische Bezirke.

b) Runde a. a. O. §. 322 ff. Danz Handbuch des t. Privatr. Bd. III, §. 322—326. J. F. Reitemeier's allgemeines Abschofsrecht in Deutschland. Frankf. an d. O. 1800. 8. C. D. U. v. Eggers Archiv der Staatswissenschaft, Th. I, S. 62—87. Pütter's angef. Lit. III. 648. Klüber's neue Lit. §. 1370. v. Kamptz neue Lit. §. 122 f.

c) Durch das bei dem vorigen §. angeführte Decret der franz. NationalVersammlung v. 6. Aug. 1790, ist auch das Abzugsgeld abgeschafft; ob aber die Nachsteuer ebenfalls darunter zu verstehen sey, ist nicht bestimmt. In Gemäfsheit der teutschen BundesActe, Art. 18, ward der Detract zwischen allen teutschen Bundesstaaten gegenseitig aufgehoben, durch einen Beschlufs der Bundesversammlung, in ihrem Protocoll vom 23. Jun. 1817.

d) Durch die bei dem vorigen §. angef. Beschlüsse der schweizer Tagsatzung, sind beide Rechte („le droit de détraction et tout droit semblable") abgeschafft, gegen alle Staaten, welche gegen die Schweiz dasselbe beobachten wollen. Dasselbe verordnete ein königl. westphäl. Decret v. 18. März 1809.

e) Eine grofse Anzahl Verträge über Freizügigkeit, sind in der neuern Zeit, besonders von teutschen Staaten, geschlossen worden. Beispiele in de Martens recueil, IV. 79. 81. 83. 174 sqq.

431. 452. 575. V. 93. VIII. 39—70, et préface, p. VIII et suiv. Auch 1813 von dem Königreich Sachsen mit Frankreich und dem Königreich Italien, und im Jahr 1819 zwischen Schweden und den vereinigten Königreichen Portugal, Brasilien, und beider Algarbien.

f) Königl. baier. Edict von 1808, über die Confiscationen, in d. baier. Regier. Blatt, 1808, St. 51. Jargow von Regalien, S. 553. Chr. Schlözer de bonorum confiscatione. Goett. 1796.— Manche Staaten haben diese Confiscationen ganz abgeschafft.

§. 84.

7) *Recht der Aemter, Titel, Ehrenzeichen, des Ranges, und der Standeserhöhungen.*

Die Selbstbestimmung seines Willens gebührt jedem Staat auch bei Ausübung des Rechtes, *Aemter*, *Titel*, *Ehrenzeichen*, *Rang* und *Standeserhöhung* zu ertheilen. Namentlich gilt dieses nicht nur von der Zulassung oder Ausschliessung fremder Unterthanen, in Absicht auf die genannten Vortheile *a*), sondern auch von der Ernennung zu Hof- und Staatsämtern, von der Versetzung, Zuruhesetzung, Suspension, Dienstentlassung und Cassation der Hof- und Staatsdiener. Doch können Gründe der Politik eine Staatsregierung bestimmen, von ihren eigenen Maasnehmungen dieser Art andern Höfen Nachricht zu ertheilen *b*), oder wohl gar von diesen positive oder negative Handlungen bei ihrer Ausübung oben gedachter Rechte zu begehren *c*), deren Verweigerung jedoch als Rechtsverletzung in der Regel nicht zu betrachten ist. Auch können in manchen, wenn gleich souverainen Staaten,

Gebrauch, Politik, und politische Machtverhältnisse gewisse Schranken setzen, bei Ertheilung wirklicher und TitularChargen, der Decorationen und Standeserhöhungen; zumal wenn man Rücksicht nimmt auf öffentliche Achtung und Hof-Etiquette, auch eigene Rangverhältnisse mit andern Staaten *d*).

a) Von dem Indigenat hiebei, s. Klüber's öffentl. Recht des t. Bundes, §. 403, Note c.

b) Moser's Versuch des europ. VR. VI. 21 f.

c) F. C. v. Moser's kl. Schriften, VI. 315. v. Martens Einl. in d. europ. VR. §. 83, Note a.

d) Klüber a. a. O. §. 403, Note b.

§. 85.

Fortsetzung.

Seinen eigenen Unterthanen kann jeder Staat verbieten, unbedingt, oder ohne seine besondere Bewilligung, Vortheile der vorhin genannten Art, und Pensionen *a*) von andern Staaten anzunehmen *b*) (§. 81). Auch wäre derselbe nach natürlichem Völkerrecht nicht verpflichtet, die an solche Personen, welche nicht in unterthanschaftlichem Verhältniſs zu ihm stehen, von andern Staaten verliehenen Aemter, Titel, Decorationen, Rang und Standeserhöhung in seinem Staatsgebiet anzuerkennen *c*). Aber die Erwägung des eigenen StaatsInteresse, hat diese Anerkennung zu europäischer Völkersitte erhoben, woven nur in solchen Fällen Ausnahmen vorkommen, wo nothwendige Voraussetzungen in

dem Recht der Ertheilung *d)* oder Annehmung streitig sind.

a) Moser's Versuch des europ. VR. VI. 19 f.

b) Das angef. baierische Edict v. 6. Jan. 1812, Art. 7, Num. 3. Moser's auswärt. Staatsr. S. 321. *Ebendess.* Staatsr. V. 402. C. F. v. Moser's Hofrecht, II. 692. Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 410 u. 412. L'Ambassadeur, par Wicquefort, p. 99 (éd. 1689. 4.). (Levett Hanson's) Account of all the Orders of Knighthood, Vol. II. p. 304. sqq.

c) C. Wildvogel consil. jur., cons. 132.

d) Wie bei dem Ritterorden des goldnen Vliesses. v. Martens Einl. in d. VR. §. 165.

§. 86.

8) *Erziehungs- und UnterrichtRegal.*

In Absicht auf das *Erziehungs- und UnterrichtRegal a)* steht es in dem freien Willen eines jeden Staates, ob und wie weit er Auswärtige an inländischen, und Inländer an auswärtigen Erziehungs- und Unterrichtanstalten *b)*, Industrie-, Kunst- und gelehrten Gesellschaften will Theil nehmen lassen, auch die in dem Ausland ertheilten akademischen Würden in seinem Staatsgebiet anerkennen, und die Einfuhr auswärtiger Druckschriften gestatten will *c)*.

a) Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 413—418.

b) Daher der in manchen Ländern eingeführte Schul- und UniversitätsBann. Verordnungen deſshalb, in dem Allgem Anzeiger der Deutschen, 1807, Num. 340; 1808, Num. 76. Rhein. Bund, XIII. 152. XXIII. 237. XLVII. 297. Décret imp. relatif à l'instruction publique et à l'université de l'Empire français, v. . . März 1808, u. Décret imp. sur le régime de l'Université impériale, v. 15. Nov. 1811, in d. Moniteur 1811. n. 321. Edit royal français du 17 février 1815

relatif à l'instruction publique, in dem Journal de Francfort de 1815, n° 57. Königl. baierische Schulordnung v. 1809. Grofsherzogl. frankfurt. Decret vom 1. Febr. 1812, wegen der öffentl. Unterrichtanstalten.

c) K. französisches Decret v. 5. Febr. 1810, die Buchdruckereien, die Censur u. den Buchhandel betr., in d. Moniteur v. 1810, und auszugweise in der (Hallischen) Allgem. Lit. Zeitung, 1810, Num. 63. Modificationen dieses Decrets, in einem zweiten Decret v. 14. Dec. 1810. Königl. sächs. Censur- und BücherEdict v. 10. Aug. 1812, in d. Allgem. Anzeiger der Deutschen, 1812, Num. 321. Vergl. Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 414 u. 417 ff.

§. 87.

9) *Kirchenhoheit.*

Vermöge der Unabhängigkeit seiner *Kirchenhoheit*, ist kein Staat verpflichtet, sich von einem andern irgend einen kirchlichen Lehrbegriff, die Duldung einer bestimmten Glaubenspartei, oder die äussere Religionsübung (ausser der einfachen Hausandacht) für die in seinem Staatsgebiet sich aufhaltenden Unterthanen des andern Staates aufdringen zu lassen. Selbst das in der römisch-katholischen Kirche, nach dem darin angenommenen Grundsatz der Einheit (des Pontificats), regierende Oberhaupt, ist in seiner kirchlichen Wirksamkeit von Rechtswegen überall der Staatsgewalt untergeordnet *a*), so weit nicht Concordate (§. 31) Ausnahmen festsetzen. Dagegen ist auch, in der Regel, kein Staat berechtigt, der Religionsbeschwerden einer Glaubenspartei in dem Gebiet eines andern Staates sich zwangweise anzunehmen *b*), oder in frem-

dem

dem Staatsgebiet gelegenes Kirchengut sich zuzueignen *c*).

a) P. C. lib. baron. de KNIGGE comm. de habitu religionis ad gentes. Goett. 1747. 4. KLÜBER's öffentl. Recht des t. Bundes, §. 421, 423, 426 ff. — Ueber die Vermischung des Temporellen mit dem Spirituellen, und des Spirituellen mit dem Temporellen, s. man de PRADT, les quatre concordats, T. Ier, ch. 5, 6 et 7. Ueber das Sprichwort: „Rome ne recule pas", ebendas. T. II, ch. 27.

b) v. MARTENS Einl. in das europ. VR. §. 110. SCHMALZ europ. Völkerrecht, S. 168 f.

c) KLÜBER's öffentl. Recht des rhein. Bundes, §. 438, wo auch die Frage abgehandelt ist, ob das fiscalische Occupationsrecht (droit d'épave) bei inländischen Besitzungen, Renten und Rechten auswärtiger secularisirter geistlicher Stiftungen statt habe? — Von dem *Patronatrecht* und *LeichenTransport* in fremdem Gebiet, s. Schriften in v. KAMPTZ neuer Lit., §. 114.

§. 88.

10) *Lehnhoheit.* 11) *Wehr- u. Waffenrecht.* 12) *Aeusserstes Recht.*

Jedem Staat gebührt die *Lehnhoheit*, auch über die in seinem Staatsgebiet befindlichen Activ- und Passiv-Lehen anderer Staaten, so fern diesen nicht, ganz oder zum Theil, Befreiung davon, durch Vertrag bewilligt ist. Befindet der Vassall selbst, in Absicht auf das Lehn sich in dem Besitz der Souverainetät überhaupt, so gebührt ihm auch die Lehnhoheit *a*). In dem *Wehr- und Waffenrecht b*), namentlich in Absicht auf Gestattung des TruppenDurchmarsches *c*) und der *Werbung* (§. 272) in seinem Gebiet, und in dem Gebrauch des *äussersten Rechtes* (jus eminens s. ratio status scil. extraordinarii), selbst

gegen die Person und das Eigenthum auswärtiger Staatsunterthanen *d*), ist kein Staat schuldig, sich von andern Staaten willkührliche Einschränkungen gefallen zu lassen.

a) Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 439 ff. M. H. Gribner diss. de dominio directo in territorio alieno. Viteb. 1717. 4. B. C. Struv diss. de eod. arg. Jen. 1724. 4.

b) Hievon oben §. 40.

c) Schriften in v. Kamptz neuer Lit. des VR., §. 112. Etappen- und Durchmarschverträge, geschlossen 1816 u. 1817 von Preussen mit verschiedenen teutschen Staaten, in v. Martens recueil, Supplém. VIII. 321—394.

d) Klüber a. a. O. §. 455 ff. J. J. Burlamaqui principes ou élémens du droit politique (à Lausanne 1784. 8.), P. III, ch. 5, §. 24 sqq. p. 273 sqq.

III. CAPITEL.

RECHT DER GLEICHHEIT.

§. 89.

Gleichheit.

Die natürliche Gleichheit der Staaten, eine Folge ihrer Unabhängigkeit, ist das dritte Urrecht derselben. Sie besteht in dem Recht eines jeden Staates, zu fordern, dafs die Rechte anderer Staaten nicht gröfser, die Pflichten derselben nicht geringer seyen, als die seinigen, in ihrem gegenseitigen Verhältnifs. Weil in diesem Verhältniss alle Staaten das Recht der freien moralischen Persönlichkeit geniessen, so

mufs *jeder* von ihnen *alle* Rechte haben, welche unbedingt daraus fliessen. Es gebühren also von Natur allen Staaten gleiche Rechte, die *rechtliche Gleichheit*. Da das natürliche gegenseitige Verhältnifs der Staaten überall dasselbe, mithin wesentlich ist, so wird jene Gleichheit durch zufällige Eigenschaften eines Staates nicht gemindert, noch aufgehoben; nicht durch Verhältnisse des Alters, der Volksmenge, des Staatsgebietes, der Macht, der Staatsform, des RegentenTitels, der Cultur jeder Art *a)*, des Ansehens, der von andern Staaten erhaltenen Ehrenbezeugungen, u. d. Insbesondere gestattet die rechtliche Gleichheit nicht die Anmassung eines Vorranges, einer Oberherrschaft, der Gerichtbarkeit, des Strafrechtes, gegen andere Staaten.

a) Wie unter einzelnen Menschen in dem Naturstande, so giebt es auch unter unabhängigen Staaten keine *NaturSclaven* (non dantur gentes a natura servae). Was Aristoteles (Polit. lib. I. c. 3.), und lang nach ihm ein Ungenannter (Deutscher Mercur, Nov. 1777) für das Gegentheil behaupteten, ist gründlich widerlegt von Jacobi, in dem Deutschen Museum v. 1781, St. VI, S. 522 ff. Vergl. auch Franc. Hutcheson's System of moral Philosophy, B. III, ch. 10, §. 14.

§. 90.

Auch in dem Ceremoniel.

Die rechtliche Gleichheit äussert ihre Wirkung in der Regel auch in dem *Ceremoniel* der Staaten unter sich, das heifst, in dem Inbegriff der Förmlichkeiten bei ihrem gegenseitigen Be-

nehmen. Dieses Ceremoniel findet statt, theils bei *körperlicher Gegenwart* der Souveraine und ihrer Stellvertreter, theils in ihrer *Abwesenheit*, wo in schriftlichen Verhandlungen das Canzlei-Ceremoniel der Souveraine, ihrer Staatsbehörden und Gesandten, in Betracht kommt. Besondere Arten von beiden, sind das *Schiff*- oder *See-Ceremoniel*, und das *KriegsCeremoniel*. Nur ein kleiner Theil des Ceremoniels beruht auf vertragmäsiger Uebereinkunft, das meiste hingegen entweder auf blosser Willkühr, oder auf blossem Gebrauch *a*). Das letzte, wie sorgfältig auch darüber pflegt gehalten zu werden, ist kein eigentlicher Gegenstand des Völkerrechtes *b*). Von weit geringerem Umfang, als das CeremonielWesen überhaupt, ist daher das Ceremoniel-Recht der Staaten unter sich, wiewohl das letzte in Schriften *c*) gewöhnlich nicht streng genug abgesondert wird von dem übrigen Ceremoniel. Das *gesandschaftliche* oder *diplomatische* CeremonielRecht kommt unten vor, bei dem Gesandschaftrecht, aber das übrige Völker- oder StaatenCeremoniel findet hier seine Stelle, so weit eine Gleichheit oder Ungleichheit darin erscheint.

a) v. Ompteda's Lit. des VR. II. 499 ff. F. C. v. Moser's kleine Schriften, I. 3.

b) v. Moser a. a. O. S. 6, begreift es unter der *Staats-Galanterie*.

c) Il Ceremoniale historico e politico di Gregorio Leti. Amstelod. 1685. Vol. I — VI. 12. Gottfr. Stieve's europ. Hof-Ceremoniel. Leipz. 1715. 2. Ausg. 1723. 8. J. C. Lünig's

Theatrum ceremoniale historico-politicum, oder historisch- und politischer Schauplatz aller Ceremonien, u. s. w. *Zwei* Bände (wovon der zweite das europ. CanzleiCeremoniel enthält). Leipz. 1716. Fol. 2. Aufl. ebendas. 1719 u. 1720. Fol. Jul. Bernh. v. Rohr's Einleit. zur CeremonielWissenschaft grosser Herren. Berlin 1730. 8. 2. Aufl. ebend. 1733. 8. Cérémonial diplomatique des cours de l'Europe. Recueille en partie par M. du Mont; mis en ordre et considérablement augmenté par M. Rousset. à Amsterd. et à la Haye 1739. T. I. II. fol. (Ist unter den Supplémens au corps diplomatique de du Mont, Tome IV. et V.) F. C. v. Moser's teutsches Hofrecht. Frankf. 1754. Th. I. II. 4. J. Jac. Moser's Versuch des neuesten europ. Ceremoniels, vornehmlich aus den Staatshandlungen der europ. Mächte seit Kaiser Carls VI. Tode (Auch als 2. Th. von des Verf. Versuch des europ. VR.). Frankf. 1778. gr. 8. C. G. Ahnert's Lehrbegriff der Wissenschaften, Erfordernisse und Rechte der Gesandten, Th. II (Dresd. 1784. 8.), welcher ganz von dem Rang-, Staats- u. CanzleiCeremoniel u. von dem Styl der Staatsschriften handelt. De Bielfeld institutions politiques, T. II. p. 234. — Von dem Ceremoniel einzelner Höfe, s. Schriften in v. Kamptz neuer Lit., §. 141 ff. Cérémonial de la cour de France; par N. L. Pissot. Paris 1816. 18.

§. 91.

Abweichung von der Gleichheit.

I) *Königliche Ehren.*

Durch freie Uebereinkunft kann selbst ein souverainer Staat, im Verhältnifs zu einem oder mehreren andern, der ursprünglichen Gleichheit der Rechte zum Theil entsagen. Nicht selten geschieht dieses in Hinsicht auf Vorzug, Rang, Staats- und RegentenTitel, und andere Gegenstände des Völker- oder StaatenCeremoniels. So haben manche europäische Staaten andern gewisse *Vorzüge* (Prärogative) eingeräumt, Auszeichnun-

gen vor ihnen. Besonders gehören hieher die *königlichen Ehren* (honores regii, honneurs royaux), ein Inbegriff conventioneller Ehrenbezeugungen, welche in Europa als die höchsten betrachtet werden, die ein Staat von einem andern empfangen kann *a*). Nicht bloſs der Rang vor allen andern unabhängigen Staaten, denen königliche Ehren nicht zustehen, und manche Ceremonielrechte, z. B. die Königskrone, der Brudertitel, sondern auch das Recht Gesandte vom ersten Range (Botschafter, Ambassadeurs) zu schicken, wird dahin gerechnet. Nicht allein kaiserliche und königliche Staaten, auch groſsherzogliche, die ehemaligen kurfürstlichen des teutschen Reichs, und verschiedene grössere Republiken *b*), geniessen königliche Ehren; doch die letzten meist mit gewissen Einschränkungen.

a) Weil in dem politischen Verkehr der europäischen Staaten, von jeher die *Könige* den höchsten Grad des Ansehens, und Ehrenvorzüge vor den mit der Königswürde nicht versehenen souverainen Regenten genossen, so hat man den höchsten Grad der Ehrenvorzüge, welche souverainen Staaten zukommen, *königliche Ehren* (honores regios) genannt, und daher in Hinsicht auf jene Vorzüge, alle souverainen Staaten von Europa, ohne Unterschied ihrer Staatsform, abgetheilt in solche, denen *königliche Ehren* zustehen, und denen *diese nicht erzeigt werden* (§. 31).

b) Ehedem die vereinigten Niederlande und die Republik Venedig; jetzt noch die schweizer Eidgenossenschaft (aber nicht die einzelnen Cantone), so wie der Teutsche Bund und die Vereinigten Staaten von NordAmerika (§. 1 d). Streitig war, ob die Republik Genua und der malteser Orden den zu königlichen Ehren berechtigten Staaten beizuzählen seyen.

§. 92.

II) *Vorrang.*

Begriff und Rechtsgrund.

Zu den Vorzügen, wodurch ein Theil der natürlichen Gleichheit freiwillig aufgegeben wird, gehört auch die Einräumung des *Vorranges*, (Präcedenz, Proëdria, Protostasia, Précédence, Pas, Préséance), eines Vorzugs in der von mehreren zu beobachtenden Ordnung *a*). Aus der Natur des gegenseitigen Verhältnisses freier Staaten, ist eine bestimmte Rangordnung derselben nicht abzuleiten *b*), vielmehr ist nach der Natur dieser Verhältnisse jede Stelle oben, das heifst, es giebt in persönlichen und schriftlichen Verhandlungen keine obere und keine untere Stelle, keinen vorzüglichen oder Ehrenplatz. Nur durch Verträge, ausdrückliche oder stillschweigende, kann unter freien Staaten eine Rangordnung festgesetzt werden *c*).

a) Schriften in v. Ompteda's Lit. des VR. II. 490—498, in v. Kamptz neuer Lit., §. 124 ff., in Pütter's Lit. d. t. Staatsr., Th. III, S. 310 ff. u. Klüber's neuer Lit. d. Staatsr., §. 1110. Jac. Andr. Crusius de praeeminentia, sessione, praecedentia et universo jure proëdrias magnatum in Europa. Bremae 1666. 4. Balth. Sigism. v. Stosch Tr. vom Präcedenz- oder Vorderrecht aller Potentaten u. Republiquen in Europa. Breslau 1678. 8. Ehrenhart Zweyburg's (oder, wie er in der zweiten Ausg. sich nennt, Zach. Zwanzig's) Theatrum praecedentiae. Francof. 1706. 2. Ausg. ebend. 1709. Fol. Gottfr. Stieve's europ. HofCeremoniel. Leipz. 1715. 2. Ausg. 1723. 8. Agastino Paradisi Atteneo dell' uomo nobile (Venet. 1731. fol.), T. I. c. 4. et 5. und der ganze Tom. V. Jo. Cph. Hellbachii meditationes juris proëdriae moderni, oder Abhandl. von den

heutigen Rechten des Ranges, Vorzugs u. Vorsitzes. Leipz. 1742. 4. 2. Ausg. ebend. 1746. 4. *Ejusd.* primitiae lexici juris proëdriae. Erf. 1748. 4. *Ejusd.* accessiones juris proëdriae. (Noch ungedruckt; vergl. Siebenkees neues jurist. Magaz. I. 508.) Rousset mémoires sur le rang et la préséance entre les souverains de l'Europe et entre leurs ministres représentans. à Amsterd. 1746. 4. Ch. Hellbach's Handb. des Rangrechtes. Ansb. 1804. 8. Günther's europ. VR. I. 198—279.

b) Das Gegentheil behaupteten Rousset a. a. O. u. Real, science du gouvernement, T. V, ch. 4, sect. 3.

c) Günther a. a. O. I. 215 ff.

§. 93.

Rangstreitigkeiten.

Daher können Streitigkeiten über den *Vorrang*, oder über die *Gleichheit* in dem Rang, nur auf dieselbe Art, wie jeder andere Streit unter freien Völkern, beigelegt werden *a*); doch sollte während des Streites, überall dem fehlerfreien Besitzstand Achtung widerfahren *b*). Verwerflich aber ist, was man hie und da als Entscheidungsgründe des Vorranges angeführt hat *c*): Alter der Unabhängigkeit des Staates, Alter des Regentenhauses, oder der königlichen Würde, frühere Annahme des Christenthums, grössere Macht oder Uebermacht des Staates, Zahl und Grösse der zu einem Staat vereinigten Länder, Staats- und Regierungsform, höhere Staats- und RegentenTitel, Vielheit und Grösse der Kriegsthaten, höhere geistige und sittliche Cultur, Schutz-, Lehn- oder Zinsverhältnisse über andere unabhängige Staaten, hohe Würde der an-

gehörigen Vassallen, Verdienste um den Papst und die katholische Kirche, u. d. m.

a) Günther a. a. O. I. 267 f. — Benehmen *dritter* Mächte dabei. Ebendas. I. 269.

b) Beispiel aus Venedig v. 1558, in Lünig's Theatr. cerem. T. I. p. 14. — Von mangelhaftem Besitzstand, s. Günther I. 217 f. 232 f. Zwanzig a. a. O. I. 14. 25. 28.

c) Stieve a. a. O. Th. I, Cap. 2, S. 9—72. Real a. a. O. Vattel liv. II, ch. 3, §. 37. Jo. Ad. Ickstadt elem. juris gentium, lib. II. c. 1. §. 22. Schol. et c. 6. §. 15. L'ambassadeur et ses fonctions, par Wicquefort, liv. I, ch. 24 et 25. p. 324—367. Man s. aber Chr. Gottfr. Hoffmann diss. de fundamento decidendi controversias de praecedentia inter liberas gentes. Lips. 1721. Günther a. a. O. I. 203 ff.

§. 94.

Jetzige Rangverhältnisse der europäischen Staaten.

Eine *allgemeine Rangordnung* der europäischen Staaten hat nie bestanden *a*). Die verschiedenen päpstlichen Rangordnungen für die katholischen Staaten, vorzüglich diejenige des Papstes Julius II. von 1504 *b*), eine Anmassung der Päpste, wobei meist der Besitzstand auf den Kirchenversammlungen, dem ehemaligen Mittelpunct der Rangverhältnisse christlicher Staaten, zum Grunde gelegt ward, sind nie allgemein anerkannt worden, nicht einmal auf den Concilien und in der päpstlichen Capelle. Eben so wenig kam die auf dem wiener Congreſs beabsichtigte Bestimmung des Ranges unter den europäischen Mächten, zu Stande *c*). Wohl aber haben hin und wieder *vertragmäsige*

Bestimmungen statt gehabt, in Absicht auf den individuellen Rang einzelner europäischen Staaten.

a) Von Classificationen der Staaten, welche auf ihren Rang keine Beziehung haben, oben, §. 32.

b) In Lünig's Theatr. cerem. I. 8. Gerhardi's genealog. Geschichte der erblichen Reichsstände, II. 7 f. u. Günther's europ. VR. I. 219. Dänemark, Schweden und Rufsland, sind in dieser Rangordnung weggelassen.

c) In der Sitzung vom 10. Dec. 1814, ernannten die Bevollmächtigten der acht Mächte, welche den pariser Frieden unterzeichnet haben, eine Commission, die sich mit den festzustellenden Grundsätzen über den Rang der Kronen, und was dahin gehört, beschäftigen sollte. In der Sitzung vom 9. Febr. 1815, ward ein Entwurf dieser Commission erörtert, worin die Mächte, in Hinsicht auf den Rang ihrer Gesandten, in *drei* Classen abgetheilt waren. Da über diese Abtheilung Zweifel erhoben wurden, vorzüglich über die Frage, in welche Classe die grossen Republiken zu setzen seyen, so ward der Streitgegenstand aufgegeben, und man beschränkte sich darauf, ein Reglement über den Rang unter den diplomatischen Agenten der gekrönten Häupter zu errichten. Acte final du congrès de Vienne, art. 118, et son Annexe n° 17. Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. VIII, S. 98, 102 u. 108 f., Bd. VI, S. 93 u. 204 f. *Ebendess.* Uebersicht der diplomat. Verhandlungen des wiener Congresses, S. 167 f.

§. 95.

Insonderheit 1) des Papstes, und des ehemaligen römisch-teutschen Kaisers.

So haben 1) die katholischen Souveraine, selbst der römisch-teutsche Kaiser, geglaubt, dem *Papst*, als dem (angeblichen) Statthalter Christi und dem geistlichen Oberhaupt der katholischen Kirche, den persönlichen Vorrang,

ohne Nachtheil ihrer weltlichen Rechte, einräumen zu müssen *a*). Als weltlicher souverainer Regent, befand sich der Papst auch gegen manche evangelische Souveraine, vorzüglich solche, denen königliche Ehren nicht zustehen, in dem Besitz des Vorranges: nie aber gegen Rufsland und die Pforte. 2) Dem *römisch-teutschen Kaiser*, ward von allen christlichen Mächten in Europa der Vorrang eingeräumt *b*). Dagegen hatte derselbe, auch als Beherrscher seiner Erbstaaten (seit 1804 Kaiser von Oestreich), mit der osmanischen Pforte völlige Ranggleichheit festgesetzt *c*).

a) Rousset a. a. O. T. I. ch. 1. Moser's Staatsr. III. 86. Günther a. a. O. I. 221 f.

b) v. Ompteda's Lit., §. 196. v. Kamptz neue Lit., §. 125. v. Martens Einleit. in das europ. VR. §. 129.

c) Passarowitzer Fr. 1718, Art. 17. Auch in den nachfolgenden Friedensschlüssen, z. B. in dem belgrader 1739, Art. 20. 21. Moser's Staatsr. III. 106. Lünig's Theatr. cerem. II. 1438. Günther a. a. O. I. 225. 247.

§. 96.

2) *der jetzigen gekrönten Häupter.*

Die meisten jetzigen *gekrönten Häupter* von Europa behaupten, in der Regel, die *Gleichheit* des Ranges unter sich *a*); und wenn einige, vorzüglich *Frankreich b*), *Spanien c*), und in der neuern Zeit *Rufsland d*), wahrscheinlich jetzt auch *Oestreich e*), einen durchgängigen *Vorrang*, vor allen oder einzelnen,

in Anspruch genommen haben *f*), so hat es selten an Widerspruch gefehlt. Doch hatte *Frankreich*, unter Napoleon's Regierung, von mehreren Königen, besonders solchen, die durch seine Bemühung die Königswürde erlangt hatten, willige Anerkennung des von ihm behaupteten Vorranges erlangt. Einige dringen zwar auf allgemeine Gleichheit, besonders in schriftlichen Aufsätzen, räumen jedoch ausnahmweise bei gewissen Gelegenheiten einigen Mächten den Vorrang ein, wie *Portugal* und *Sardinien* den Kronen Frankreich, Spanien und Grofsbritannien *g*), und *Dänemark* der Krone Frankreich *h*).

a) Moser's Versuch des europ. VR. I. 58. Als förmlicher Grundsatz ward dieses hauptsächlich behauptet von *Schweden*, von Gustav Adolph (Günther I. 278, Note a), dann auf dem westphälischen FriedensCongrefs von der Königin Christine (Moser's Beyträge zu dem europ. VR. I. 41. Rousset ch. 7.); endlich auch von *Grofsbritannien* (v. Ompteda's Lit. II. 496.). — Von der londner QuadrupelAllianz v. 1718, und von Spaniens Beitritt zu derselben, datiren die *Allgemeinheit* dieses Grundsatzes, Rousset ch. 28, p. 152, und Neyron principes du droit des gens, §. 106.

b) v. Ompteda's Lit. II. 494 ff. v. Kamptz neue Lit., §. 127. Günther I. 220 f.

c) v. Ompteda II. 496. v. Kamptz §. 128. — Spaniens ehemaliger Streit mit Frankreich (Zwanzig a. a. O. I. 13 ff. Bynkershoek quaest. jur. publ. lib. II. c. 9. in *Ejus* operib. omn. T. I. p. 254. sq.) ward auf eine gewisse Abwechslung verglichen in dem nun aufgelöseten FamilienVertrag der bourbonischen Höfe v. 1761, Art. 27. v. Martens recueil, I. 10. Günther I. 233.

d) Von *Rufslands* Behauptungen, besonders gegen Frankreich, handelt Günther I. 244 ff. De Martens cours diplomatique; tableau, liv. I. ch. 8. §. 80. Ungeachtet bei Anerkennung

des 1721 von ihm angenommenen Kaisertitels, mehrere Mächte sich bedungen hatten, daſs solche irgend ein weiteres Vorrecht nicht bewirken solle, so hat doch Ruſsland nachher nur dem römisch-teutschen Kaiser den Vorrang einräumen wollen. Aber in dem tilsiter Fr. 1807, Art. 28, setzten *Ruſsland* und *Frankreich* vollkommene Erwiederung und Gleichheit fest, in Ansehung des Ceremoniels unter sich, und in Hinsicht auf die Ambassadeure, Minister und Envoyés, welche die eine Macht bei der andern accreditiren werde.

e) Seit Annehmung des KaiserTitels in dem J. 1804. *Abwechslung* in der Ordnung der Benennung in Verträgen, zwischen *Ungarn* und *Böhmen* einer Seits, und *Frankreich* anderer Seits, ward als anerkannt festgesetzt, und als gebräuchlich bestätigt, schon in dem 1. SeparatArtikel zu dem Allianz-Vertrag v. 1756, in Moser's Versuch des europ. VR. VIII. 74. v. Kamptz neue Lit., §. 134.

f) *Dänemark* verlangt den Rang vor Schweden. Günther I. 240.

g) Günther I. 229. 238. Moser's Versuch des europ. VR. I. 64. *Ebendess.* Beyträge zu d. e. VR. I. 43.

h) Moser's angef. Beyträge, I. 41. v. Ompteda's Lit., §. 201. v. Kamptz neue Lit., §. 129.

§. 97.

Fortsetzung.

Von der *Pforte* liessen für ihre Gesandten bei derselben, sich den Rang versprechen, *Frankreich* für seine Botschafter *vor* den Botschaftern Spaniens und der andern Könige *a*), und nachher *Ruſsland* für seine Gesandten der zweiten Classe unmittelbar nach dem Gesandten des römisch-teutschen Kaisers, wenn dieser ebenfalls von der zweiten Classe ist, wenn er aber von einer höhern oder niedern Classe wäre, unmittelbar nach dem Botschafter von Holland, und,

in dessen Abwesenheit, von Venedig *b*). Für das *teutsche Bundesverhältnifs*, sind in der BundesActe *c*) die Könige in folgender Ordnung genannt: *Baiern*, *Sachsen d*), *Hannover e*), *Wirtemberg*.

a) Durch Verträge von 1604, Art. 20 u. 27, von 1673, Art. 19, von 1740, Art. 17 u. 44. Schmauss C. J. G. I. 433. Wenck codex jur. gent. I. 549. 358. Real, science du gouvernement, T. V, ch. 4, §. 3.

b) In dem Frieden von *Kaimardgi* 1774, Art. 5. De Martens recueil, IV. 615.

c) TeutscheBundesActe, Art. 4; wo jedoch, so wie Art. 8, für die Rangverhältnisse ausser dem Bund, eine VorbehaltClausel beigefügt ist.

d) Rheinischer Bund, Heft III, S. 467.

e) Erörterung über einen Rangstreit zwischen Hannover u. Wirtemberg, auf dem wiener Congrefs, in Klüber's Acten des wiener Congr., Bd. II, S. 74 ff. *Ebendess.* Uebersicht der diplomat. Verhandlungen des wiener Congresses, S. 505 f

§. 98.

3) *der monarchischen nicht gekrönten Souveraine, mit königlichen Ehren, und* 4) *ohne solche;* 5) *der halbsouverainen Staaten.*

1) Diejenigen monarchischen Souveraine *mit königlichen Ehren*, welche weder den kaiserlichen noch den königlichen Titel führen, räumen allen Kaisern und Königen den Vorrang ein *a*). In der teutschen BundesActe *b*), ist der Rang der Grofsherzoge und des Kurfürsten von Hessen definitiv noch nicht bestimmt, insbesondere ausserhalb der Bundesversammlung. 2) Die monarchischen Souveraine *ohne königliche Ehren*, weichen im Rang denen, welche

solche Ehren geniessen. Der Rang derer, welche Mitglieder des teutschen Bundes sind, soll von der Bundesversammlung definitiv festgesetzt werden, jedoch nur in Hinsicht auf ihre Stimmordnung in derselben, ohne Einfluſs auf ihren Rang überhaupt und auf ihren Vortritt ausser den Verhältnissen der Bundesversammlung *c*). 3) *Halbsouveraine* oder abhängige Staaten stehen, in der Regel, den ganz souverainen in dem Range nach *d*).

a) Moser's Grundsätze des VR. in Friedensz. S. 45. *Ebendess.* Versuch des europ. VR. I. 65. v. Kamptz neue Lit., §. 131 f.

b) Teutsche BundesActe, Art. 4 u. 8. Klüber's Uebersicht der diplomat. Verhandlungen, S. 504 f.

c) Teutsche BundesActe, Art. 4 u. 8. Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 113 u. 122 — 124.

d) Moser's Versuch des europ. VR. I. 60. Günther a. a. O. I. 214. 253. 255. — Eine Ausnahme, in Ansehung mancher ganz souverainen Staaten, besonders der Republiken, behaupteten die ehemaligen Kurfürsten des teutschen Reichs.

§. 99.

6) *der Republiken.* 7) *Etliche besondere Fälle.*

1) Die *Republiken* räumen, in der Regel, den wirklichen Kaisern und Königen den Vorrang ein *a*); aber in Ansehung der meisten übrigen monarchischen Souveraine, ist ihr Rangverhältniſs weniger bestimmt *b*). 2) Auf Friedens- und andern Congressen, geniessen gewöhnlich die *Gesandten der vermittelnden Mächte* den Vorrang vor denjenigen der streitenden Theile, selbst dann, wenn sie von geringerer Classe sind.

3) Bei wechselseitigen *Besuchen der Souveraine*, giebt gewöhnlich der Wirth dem Gast den Vorrang, wenn beide von gleicher Rangclasse sind *c*). Dasselbe gilt in der Regel auch von Besuchen der Gesandten *d*).

a) Günther a. a. O. I. 207. 248. v. Martens Einl. in d. e. VR. §. 131. — Die ScheinRepublik *England* unter Cromwell, behauptete den Rang wie vorhin das Königreich England. Auch ward in dem Fr. von CampoFormio 1797, Art. 23 (de Martens recueil, VII. 214.), bestätigt in dem lüneviller Fr. 1801, Art. 17, von Oestreich der damaligen *Republik Frankreich* der Rang und die übrige Etiquette, wie vor dem Krieg, und der *cisalpinischen Republik*, wie vorhin der Republik Venedig, eingeräumt. Nach denselben Grundsätzen benahm sich die Republik Frankreich auch in andern von ihr errichteten Friedensschlüssen, z. B. in den baseler mit Preussen und Spanien 1795.

b) Ihr Streit mit den ehemaligen Kurfürsten des teutschen Reichs. v. Martens Einl. in das europ VR. §. 131. Günther I. 256. — *Unter sich*, beobachteten sie ehehin diese Ordnung: 1) Venedig, 2) vereinigte Niederlande, 3) Eidgenossenschaft, u. s. w. — Genua forderte Gleichheit mit Venedig, u. den Rang vor der Schweiz.

c) Günther I. 277 f.

d) Von dem *gesandschaftlichen Ceremoniel*, unten §. 217 ff.

§. 100.

Ordnung der Rangplätze.

1) *In schriftlichen Aufsätzen.*

Für diejenigen Staaten, unter welchen ein bestimmter Rang festgesetzt ist, hat der Gebrauch nach und nach eine gewisse Ordnung der *Rangplätze* eingeführt. I) In *schriftlichen Aufsätzen*, besonders in Staatsverträgen, wenn eine Ordnung unter mehreren benannten Staaten oder deren Stell-

Stellvertretern in Betrachtung kommt, hat 1) in dem *Context*, vorzüglich in dem Eingang, der zuerst genannte Staat den ersten, der nächstfolgende den zweiten, der weiter folgende den dritten Platz, u. s. w. 2) Die *Unterschrift* geschieht nicht selten auf zwei Columnen *a*). Auf der heraldisch rechten Columne (dem Leser zur Linken), ist die oberste Stelle der erste Platz; auf der heraldisch linken Columne, ist die oberste Stelle der zweite Platz; auf der rechten, ist die zweite Stelle der dritte Platz; auf der linken, ist die zweite Stelle der vierte Platz, u. s. w.

a) Frankreich bestritt, in dem 17. Jahrhundert, den vereinigten Niederlanden das Recht, auf einer zweiten Columne zu unterzeichnen.

§. 101.

2) *Im Gehen, Sitzen und Stehen.*

II) Bei *persönlicher Zusammenkunft*, z. B. Besuchen, Conferenzen, Congressen, Processionen, unterscheidet man zuvörderst 1) in dem *Sitzen*, die *Oberstelle* oder den *Ehrenplatz* (la place d'honneur), und nach diesem den *Vorsitz* (la préséance). An einer viereckigen, oder runden, auf allen Seiten besetzten Tafel, sind immer die letzten Plätze dem ersten gegenüber, der erste wird aber meist dem Eingang gegenüber gewählt. Dann wechselt die Sitzordnung, von dem ersten Platz an gerechnet, immer von der Rechten zur Linken *a*). In dem *Gehen* und *Stehen*, ist die *Oberhand* (la main ou main d'honneur)

die rechte Hand, wenn der Geehrtere dem Andern zur Rechten *b*) geht oder steht, und der *Vortritt* oder Vorrang (le pas), wenn der Geehrtere einen Schritt vor dem Andern, der ihm links zur Seite geht, die Treppe hinauf und in die Zimmer geht *c*).

a) F. C. v. Moser's Hofrecht, II. 528 ff. Schemata in Lünig's Theatr. cerem. I. 161. 170 f. 181. 292.

b) In gewissen Fällen hat die *Linke* den Vorzug, z. B. bei den Türken, desgleichen bei den Katholiken in sacris. Protokoll des kurfürstl. WahlConvents zu Frankfurt im J. 1790. Bd. II. (Frankf. 1791. 4.), S. 373. v. Martens Einl. in d. europ. VR. §. 128, Note b.

c) v. Moser's Hofrecht, I. 278 f.

§. 102.

Fortsetzung.

Sodann ist 3) in der *Lineal*Ordnung, d. h. wenn Einer sich hinter dem Andern befindet, bald der vorderste Platz der erste, der folgende der zweite, u. s. w. *a*); bald ist der hinterste Platz der erste, der nächste vor diesem der zweite *b*), u. s. w.; bald ist a) unter *zweien* der vordere Platz der erste; b) unter *dreien* der mittlere Platz der erste, der vordere der zweite, der hintere der dritte; c) unter *vieren* der vorderste Platz der vierte, der folgende der zweite, der auf diesen folgende der erste, und der hintere der dritte; d) unter *fünfen* der mittlere der erste, vor diesem der zweite, hinter ihm der dritte, der vorderste der vierte, der hinterste der fünfte; e) unter *sechsen* und mehreren eben so, nach Verhältniſs.

a) Vergl. PÜTTER's instit. juris publ. germ. §. 89, not. b.

b) Wahl- und KrönungsDiarium Kaiser Leopolds II. (Frankf. a. M. 1791. fol.), S. 278. Das angef. Protokoll des kurfürstl. WahlConvents v. 1790, Bd. II, S. 399. 401. 434 f. 448.

§. 103.

Schluss.

4) In der *Seiten-* oder LateralOrdnung *a*), d. h. wenn in gerader Linie, immer Einer an der Seite des Andern sich befindet, ist bald der äusserste Platz, auf der rechten oder linken Seite der erste, der folgende der zweite *b*), u. s. w.; bald ist a) unter *zweien* die Stelle zur rechten Hand die erste; b) unter *dreien* die mittlere die erste, die zur Rechten die zweite, die zur Linken die dritte; c) unter *vieren* der entfernteste Platz rechter Hand der zweite, der folgende der erste, diesem zur Linken zuerst der dritte, dann der vierte; d) unter *fünfen* ist der erste in der Mitte, diesem zunächst auf der Rechten der zweite, auf der Linken der dritte, dann weiter auf der Rechten der vierte, auf der Linken der fünfte; e) unter *sechsen* und mehreren eben so, abwechselnd nach der Entfernung von dem mittlern oder Ehrenplatz *c*).

a) Von den verschiedenen Arten der Seitenordnung in dem ehemaligen Collegium der Kurfürsten, in und ohne Gegenwart des Kaisers, s. PÜTTER l. c. §. 89, nota c. MOSER's teutsches Staatsr., Th. XXXIII, S. 274 ff. 280 ff.

b) In dem angef. Wahl- und KrönungsDiarium K. Leopolds II., das Schema zu S. 122, der VotantenTisch.

c) *Ebendas.*, auf der Estrade. MOSER a. a. O. S. 274.

§. 104.

Auskunftmittel bei Ranggleichheit, oder streitigem Rang.

Ist der Rang der Staaten gleich, oder streitig, so finden, wenn die Gelegenheit wo Rang in Frage kommt unvermeidlich ist, verschiedene *Auswege* statt, bei welchen die Rechte und Ansprüche der Interessenten auf ihrem Werth oder Unwerth beruhen. Dahin gehören folgende Fälle. 1) Die Interessenten erklären, dafs *jede Stelle als die obere* anzusehen, und der augenblickliche Vorgang für ihre allseitigen Rechte und Ansprüche *unverfänglich* sey. 2) Es wird irgend eine *Abwechslung* festgesetzt. Diese kann statt finden, in einzelnen Fällen, nach der Zeit, nach dem persönlichen oder Regierungsalter der Souveraine, nach den verschiedenen Theilen des Ceremoniels, nach dem Loos *a*), u. d. In *Staatsverträgen* pflegen die grössern Mächte, und so auch unter sich die minder grossen, zu Behauptung ihrer Ranggleichheit, in der Benennung der Paciscenten in dem Eingang und Inhalt, und in der Unterschrift zu *wechseln* (das „Alternat"); so dafs jede von ihnen in demjenigen Exemplar, welches für *sie* bestimmt, und in ihrer Canzlei ausgefertigt ist, den ersten Platz einnimmt *b*). Indefs sind auch wegen dieser Abwechslung oder Nichtabwechslung bisweilen beruhigende, vorbehaltende, verwahrende, oder widersprechende Erklärungen erfolgt *c*); oder es hat jeder Theil dem andern

eine von *ihm allein* unterzeichnete Urkunde zugestellt *d*).

a) So die Könige von Dänemark u. Polen 1709, bei ihrer Zusammenkunft in Berlin. Lünig's Theatr. cerem. I. 211. Man s. auch die Instruction für die spanischen Gesandten zu Münster 1643, in Gärtner's westphäl. FriedensCanzley, Th. II, S. 299.

b) Wie es in den vier Exemplaren des aachner Fr. v. 1748 gehalten ward, erzählt Günther I. 275. Moser's Versuch, X. 2. 374 ff. Von der londner QuadrupelAllianz v. 1718, wovon zwölf Exemplare ausgefertigt wurden, s. Schmauss C. J. G. II. 1743 ff. Frankreich und England setzten schon 1546 die Abwechslung unter sich fest. Rousset p. 66. Jedes Exemplar der utrechter FriedensPräliminarien ward nur von *einem* Theil unterschrieben, der andere ertheilte dagegen eine genehmigende Erklärung. Günther a. a. O.

c) Beispiele, von Portugal 1763, von Sardinien 1748, von der Pforte 1699, von Frankreich, Ungarn u. Böhmen; bei Günther I. 229. 234. 238. 247 f. 274 f. Moser's Versuch des europ. VR. VIII. 74.

d) Beispiele von den Congressen zu Utrecht 1713, und zu Aachen 1748. Günther I. 275.

§. 105.

Fortsetzung.

Zu den erwähnten Auswegen gehören ferner. 3) Beobachtung des *Incognito*, durch Annehmung eines geringeren Titels *a*). 4) Beobachtung gewisser *Förmlichkeiten*, bei welchen der Rang *unentschieden* bleibt *b*). 5) *Gleichförmigkeit c*), oder 6) *Aufhebung d*) des Ceremoniels für sämmtliche Interessenten. 7) *Nachgeben*, mit *Verwahrung* seiner Rechte, oder gegen Empfang eines *Reverses*. 8) In Absicht auf *Gesandte*,

giebt es überdieſs noch verschiedene andere Auswege *e*), z. B. a) Sendung eines Gesandten von einer andern Classe als der Classe desjenigen, mit welchem der Rangstreit vorwaltet; b) Ausbleiben oder Abwechslung in dem Erscheinen bei solchen Gelegenheiten, wo der Rang in Betrachtung kommt *f*); c) gleichzeitiger Einzug von verschiedenen Seiten her, und AudienzErtheilung an verschiedenen Tagen; d) schriftliche Unterhandlung, mit Vermeidung förmlicher Zusammenkünfte; e) Bestimmung der Rangordnung durch die Zeit der Ankunft in dem Ort, oder in dem ConferenzSaal *g*).

a) Günther I. 277. II. 221, Note f. Moser's Versuch des europ. V.R. VI. 44. F. C. v. Moser's Hofrecht, I. 265—273. Vergl. unten §. 136, Note b, u. §. 115.

b) So auf der ConferenzInsel (isle Caritte, isle de l'Hôpital, isle des faisans ou de la conférence, in dem Fluſs Bidassoa) 1660, bei Zusammenkunft der Könige von Frankreich und Spanien, die Linie in der Mitte des Saales, u. s. w. Lünig a. a. O. I. 199 f. 842. 845. Stieve a. a. O. S. 410 ff. Vermeidung des Niedersitzens durch Auf- und Abgehen, bei der Zusammenkunft des Königs von Ungarn (nachherigen Kaisers) Leopold mit dem Kurfürsten von Mainz 1658, und des nachherigen Kaisers Joseph I. mit dem Kurfürsten von Baiern 1690. Spener's teutsches jus publ. Th. VII, S. 13.

c) Beispiele bei Günther I. 247. Auch der pyrenäische u. der ryswiker FriedensCongreſs liefern Beispiele.

d) z. B. der Sitz an einer runden Tafel, wie auf den Friedens-Congressen zu Utrecht, Cambrai, Soissons und Aachen. Real a. a. O. Th. V, S. 980 ff. der teutschen Uebersetzung. Die Zusammenkunft auf freiem Felde, oder auf einer Landpartie. Günther I. 277.

e) Günther a. a. O. I. 272 ff.

f) Klüber's Erzählung eines merkwürdigen Rangstreites; in Posselt's wissenschaftl. Magazin, Bd. II, St. 1.

g) Wie auf den Congressen von Carlowitz 1698, u. Nimirow 1737. Real T. V. S. 978 f. Lünig's Theatr. cerem. T. I. p. 957. — Auf dem wiener Congreſs 1814 und 1815, und auf der aachener Staatsversammlung 1818, überlieſs man in den Conferenzen die Sitzordnung dem *Zufall*.

§. 106.

Fortsetzung.

9) Auf dem wiener Congreſs (1815) unterwarfen, bei Unterzeichnung feierlicher Urkunden, der Friedensschlüsse und anderer Staatsverträge, die Bevollmächtigten von Oestreich, Russland, Frankreich, Spanien, Groſsbritannien, Schweden, Dänemark und Preussen, sich mehrmal derjenigen Ordnung, welche der Zufall des französischen *Alphabetes* ihren Staaten angewiesen hatte *a*). In dem auf diesem Congreſs errichteten *RangReglement* für die diplomatischen Agenten gekrönter Häupter, Art. 7, ist festgesetzt, daſs in Urkunden und Verträgen zwischen *mehreren* (mehr als zwei) Mächten, unter welchen Abwechslung (das Alternat) gilt (§. 104), das *Loos* unter den Gesandten über die Ordnung entscheiden soll, welche in den Unterzeichnungen zu befolgen sey *b*). Damit ist jedoch der Gebrauch nicht aufgehoben, daſs jeder Theil, in den von ihm selbst ausgefertigten Exemplaren, *sich selbst* zuerst nennt, und auch zuerst unterzeichnet *c*). Nur für die Unterzeichnung der *übrigen* Theile, wenn mehr als zwei Contrahenten sind, in jenen Exemplaren; und in sol-

chen Fällen, wo nur *eine* Urkunde (documentum unicum) von mehreren Mächten gemeinschaftlich ausgefertigt wird, soll das *Loos* entscheiden *d*).

a) Des Verfassers Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des wiener Congresses, S. 164 f.

b) *Acten* des wiener Congresses, Bd. VI, S. 206. Vergl. oben §. 104 a und 94 c, u. unten §. 179.

c) So ward es gehalten noch in den Ratificationen des Acte final du congrès de Vienne. Man s. die angef. Acten, Bd. VI, S. 216, Note *.

d) Man s. des Verf. angef. Uebersicht, S. 166 f.

§. 107.

III) *Titel.*

Vermöge der natürlichen Gleichheit der Staaten, begründet der *Titel* oder die *Würde*, welche ein Staat sich selbst, oder seinem Regenten, oder beiden beilegt, an sich keinen Vorzug vor andern Staaten. So wenig ein Staat, nach seiner natürlichen Freiheit, in der Wahl eines solchen Titels eingeschränkt ist, eben so wenig ist derselbe befugt, von andern Staaten zu fordern, daſs sie den von ihm gewählten Titel anerkennen, oder ihm geben sollen *a*). Wohl aber kann eine Einschränkung jener, oder eine Befugniſs dieser Art, durch Verträge festgesetzt werden. Daher ist bei Annehmung eines höhern Titels, gewöhnlich die erste Sorge der Souveraine, dessen *Anerkennung* bei andern Mächten, wo nicht schon vorher *b*), doch unmittelbar nachher *c*) zu erwirken. Diese

Anerkennung geschieht bisweilen unter der ausdrücklichen Bedingung, dafs damit kein Vorrang eingeräumt werde *d*), Auch wird die Unverfänglichkeit des Gebrauchs oder Nichtgebrauchs gewisser Titel, zu Zeiten ausdrücklich festgesezt *e*).

a) Frankreichs bestimmte Erklärung hierüber, vom 28. Jan. 1763, in Ant. Faber's neuer europ. StaatsCanzley, Th. X, S. 3 f. Königlich-dänische Erklärung über Veränderungen in dem königlich-dänischen Titel und Wappen, in dem Protocoll der t. Bundesversammlung vom 15. Jun. 1820, §. 8.

b) Preussischer KronTractat mit Kaiser Leopold I. v. 1700, in Rousset Supplément au corps diplomatique, T. II. P. I, p. 463. Moser's Staatsr. Th. IV, S. 108. Pfeffinger Vitriar. illustr. T. I. p. 424. sq. Pater Wolf's, eines Jesuiten, Verdienst in dieser Negociation. Klüber's Kryptographik, S. 23 — 26.

c) Die preussische Königswürde ward von dem *Papst* bis auf K. Friedrich Wilhelm II. 1786 nicht anerkannt (Gr. v. Hertzberg's Abh. in der berliner Monatschrift, August 1786, S. 101 ff. Vergl. ebendas. 1787, März, S. 299), und von dem *teutschen Orden* noch bis in das Jahr 1791 nicht. Moser von Teutschland überhaupt, S. 111 — 133. Protocoll des kurfürstlichen Wahltags v. 1790, I. 347. 359. II. 307; u. von 1792, S. 60 f. — Anerkannt und festgesetzt wurden in dem Acte final du congrès de Vienne, die Titel: Czar, König von Polen für Rufsland (Art. 1); König von Hannover (Art. 26); König der Niederlande (Art. 65); Grofsherzog von Luxemburg (Art. 67), von Posen und Niederrhein (Art. 2 u. 25), von Oldenburg (welches solchen bis jetzt nicht führt, doch s. man den unten angef. GeneralRecefs von 1819, Art. 27, 30 u. 33), MecklenburgSchwerin, MecklenburgStrelitz, SachsenWeimar (Art. 34 — 36), Kurfürst von Hessen (stillschweigend anerkannt in den Art. 41, 56 u. 58); freie Städte (Art. 6, 53, 56 u. 58); etliche Titel für Preussen (Art. 16). Das Fürstenth. Lucca ward in ein Herzogth. erhoben (Art. 101). Vergl. Klüber's Uebersicht der diplomat. Verhandlungen des wiener Congresses, S. 160 ff. *Ebendess.* öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 109. In dem GeneralRecefs der frank-

furter TerritorialCommission, vom 20. Jul. 1819, Art. 30, setzten die vier verbündeten Mächte fest, dafs der Landgraf von HessenHomburg den Titel „souverainer Landgraf“ führen könne. v. Martens recueil, Supplém. VIII. 617.

d) Frankreich u. Spanien liessen sich defshalb von der Kaiserin von Rufsland, bei Anerkennung ihres KaiserTitels, eigene Reversalen geben. Als Catharina II. 1762 diese verweigerte, protestirten sie, mit der Erklärung, dafs sie jenen Titel nicht mehr geben würden, sobald in dem Ceremoniel Neuerung eintreten werde. De Martens recueil, I. 30 ff. Real, T. V, ch. 4, Sect. I.

e) So in dem aachner Fr. 1748, erster SeparatArtikel. Wenck cod. jur. gent. II. 360. Auch in einem SeparatArtikel zu dem teschener Vertrag zwischen Kurpfalz und Kursachsen v. 1779. De Martens recueil, II. 19.

§. 108.

KaiserTitel.

Der *Kaiser*Titel ward von jeher für den höchsten gehalten. Doch betrachten jetzt die Könige solchen, an sich, nicht als einen gültigen Grund zu Behauptung irgend eines Vorzugs *a*). Den KaiserTitel (Imperator, Caesar) führten zuerst die alten römischen, nach ihnen die byzantinischen und die römisch-teutschen Kaiser. Der Sultan der Osmanen legte diesen Titel (*Padischah*) sich ebenfalls bei *b*). Desgleichen Rufsland 1721 *c*), Frankreich 1804 *d*), und Oestreich 1804 *e*). Auch haben noch in der neuern Zeit manche Könige, bei gewissen Gelegenheiten, sich des KaiserTitels bedient *f*).

a) M. C. Curtius de Senatu romano (Hal. 1762, 8.), c. 1. 2. et 3. Mascov princ. juris publ. imperii rom. germ., p. 165. sq. (B. G. Struv's) Untersuchung von dem kayserl. Titul u. Würde.

Cöln 1723. 8. Günther I. 210. 212. e. Moser's auswärtiges Staatsrecht, S. 17. v. Ompteda's Lit., §. 210. v. Kamptz neue Lit., §. 139.

b) Kaiser Rudolph II. verglich sich, im J. 1606, mit Sultan Achmet I. auf gegenseitige Erwiederung dieses Titels. In dem belgrader Fr. 1739, Art. 21, wird einer Auszeichnung der kaiserlichen Würde gedacht. Vergl. Lünig's Canzley-Ceremoniel, S. 61. Moser's Staatsr. III. 22. *Ebendess.* Versuch des europ. VR. I. 52. Rousset mémoires sur le rang etc., ch. 2 et 7. De Martens recueil, Supplém. V. 160.

c) In Rufsland ward seit 1721 der Titel *Czar* in *Kaiser* verwandelt. Moser's Staatsr. III. 22 ff. Lünig a. a. O. S. 39. v. Ompteda's Lit. II. 508. Geschichte der Anerkennung dieses Titels, in v. Martens Einl. in d. VR. §. 125, Note d. Noch in dem Fr. von Kainardgi 1774, Art. 13, versprach die Pforte, den russischen KaiserTitel in türkischer Sprache, in allen Acten und öffentlichen Schreiben, so wie in jedem andern Fall, zu gebrauchen. De Martens recueil, IV. 621. Von dem Titel *Autocrator*, s. Moser's Nebenstunden, S. 285.

d) Europa's politische Verhältnisse zu der neuen Kaiserwürde in Frankreich; in dem Politischen Journal 1804, I. 623 ff. Nic. Vogt's StaatsRelationen, Bd. II, S. 3 ff. Posselt's europäische Annalen, 1804, VI. 302 — 314. VIII. 97 — 143. IX. 205 — 223. X. 143 — 162. E. K. Wieland über die Einführung der erblichen Kaiserwürde in Frankreich. Berlin 1805. 8. — Mit Napoleon's Regierung hörte dieser Titel für Frankreich auf.

e) Politisches Journal, 1804, Sept., S. 869. Nic. Vogts Staats-Relationen, Bd. II, S. 213 ff.

f) Les Rois qui se qualifient Empereur; in (v. Stecks) Echantillon d'Essais sur divers sujets intéressans (à Halle 1789. 8.), n° 1. Eob. Totze's kleine Schriften (1791. 8.), Num. 7. Moser's belgrad. Friedensschlufs (1740. 4.), im Anhang, S. 109. — Einige Könige von *England* nannten sich zuweilen, selbst in einheimischen Verhandlungen, Kaiser, z. B. 1603, 1604, 1727; und noch jetzt wird dort in allen StaatsActen ihre Krone imperial crown genannt. v. Martens Einl. in das VR. §. 124, Note c. — Von *Spanien* s. ebendas. — Die Könige von *Frankreich* führten diesen Titel in ihren

Verhandlungen mit der Pforte und den afrikanischen Staaten. Die Pforte versprach, in dem Tractat v. 1740, Art. 44, ihnen solchen fortwährend beizulegen. Wenck's codex juris gent. I. 558.

§. 109.

Königs-, Majestäts- und HoheitsTitel. TitularKönige. Grofsherzoge und Kurfürst.

Nach dem kaiserlichen, wird der *Königs*Titel allgemein als der höchste betrachtet. Die Königswürde ertheilten ehehin die alten römischen, die byzantinischen und die römisch-teutschen Kaiser *a*), auch der Papst *b*). Aber nicht nur schon in dem Mittelalter *c*), sondern auch vorzüglich in der neuern Zeit, nahmen mehrere souveraine Fürsten den KönigsTitel aus eigener Macht an, und krönten sich mit eigener Hand *d*). Mit der Anerkennung des Kaiser- und KönigsTitels, ist gemeiniglich auch die Bewilligung des *Majestäts*-Titels verbunden. Diesen Titel erhielten ehehin die römisch-teutschen Kaiser ausschliessend, seit dem Ende des funfzehnten Jahrhunderts aber nach und nach alle Könige, nicht nur von Geringern, sondern auch von Kaisern und Königen *e*). Dem türkischen Kaiser, geben die meisten von ihnen nur den Titel *Hoheit f*) (Hautesse). Einem *ExKönig* wird, von freundschaftlichen Mächten, die fortwährende Anerkennung seines Königs- und MajestätsTitels nicht versagt; doch in der Regel nur in der Eigenschaft eines *TitularKönigs g*). Die *GrofsHerzoge* und der Kurfürst von Hessen (§.

29), obgleich sie königliche Ehren geniessen (§. 91), erhalten nicht den MajestätsTitel (§. 110), man nennt sie *Königliche Hoheit* (Altesse Royale.)

a) J. P. de Ludewig diss. de jure reges appellandi. Hal. 1701, u. in s. Opusc. misc. T. I. p. 47. sqq. *Idem* de auspicio regum ad solennia gentium jura revocato; ibid. p. 121. sqq. C. W. Küstner diss. de modo reges appellandi apud Romanos. Lips. 1744. De Selchow elem. juris publ. germ. T. I. §. 354. not. 3. Moser von kaiserl. Regierungsrechten, S. 418—448. Real science du gouvernement, T. V, p. 842. v. Ompteda's Lit., §. 209. v. Kamptz neue Lit., §. 140.

b) J. P. de Ludewig l. c. cap. 4. *Ejusd.* neniae pontificis de jure reges appellandi; in s. Opusc. misc. I. 129. sqq. Real l. c. V. 837.

c) De Ludewig de jure reges appellandi, cap. 3.

d) Real, T. V, ch. 4, Sect. 6. Ludewig diss. cit. c. 6. v. Ompteda's Lit. II. 507.

e) F. C. v. Moser von dem Titel Majestät; in s. kleinen Schriften, VI. 20—167. Moser's Versuch des europ. VR. I. 234. *Ebendess.* Beyträge zu d. europ. VR. I. 378. L'ambassadeur, par Wicquefort, p. 347. Real, T. V. ch. IV. Sect. 1. v. Martens Einleit. in d. europ. VR. §. 174, Note g. — Weigerung Kaiser Leopold's I, diesen Titel den russischen Czaren zu geben. Mascov princ. juris publ. imp. rom. germ. p. 174.

f) Rousset cérémonial diplomatique, II. 742.

g) Beispiele: Christine von Schweden 1654—1689, der Prätendent von England 1683 — 1766, August I. von Polen 1706—1709, Stanislaus Lesczinski von Polen 1709—1766, (der KronPrätendent von Frankreich, von 1793 bis 1814). Carl Ludwig von Etrurien seit 1807 (in dem pariser Tractat vom 10. Jun. 1817, wird er Infant Don Carl Ludwig genannt), Carl IV. von Spanien seit 1808, Gustav IV. von Schweden seit 1809, Ludwig von Holland seit 1810. Von dem letzten s. man Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. VI, S. 227. Die ehemalige Königin von Etrurien wird Ihro Majestät die Infantin Marie Louise genannt, in dem

Acte final du congrès de Vienne, art. 101. Die Titel, welche Napoleon Buonaparte, seiner Gemahlin, und seiner Familie, in dem pariser Vertrag vom 11. April 1814 bewilligt wurden, findet man in Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. VI, S. 225, und in v. Martens recueil, Supplém. V. 695. — Die ehemaligen Kurfürsten wollten keinem TitularKönig den Vorrang einräumen. Moser's auswärt. Staatsr. S. 217.

§. 110.

Titel: Hoheit und Durchlaucht; Bruder- u. a. Verwandschaft-Titel; Titel der Republiken, des Papstes, der Pforte, des malteser Großmeisters, u. a.

Das Prädicat *Kaiserliche Hoheit* (Altesse impériale) erhalten Prinzen und Prinzessinnen von kaiserlicher Abkunft *a*), Das Prädicat *Königliche Hoheit* (Altesse royale) geniessen jezt nicht nur Prinzen und Prinzessinnen von königlichem Geblüte, sondern auch die Großherzoge *b*). Auch der Kurfürst von Hessen, der einzige, welcher den KurfürstenTitel fortführt, hat dasselbe angenommen. Dagegen erhalten jetzt die von Großherzogen abstammenden Prinzen und Prinzessinnen, so wie auch manche Prinzen und Prinzessinnen, die zwar aus dem Hause eines jetzigen Königs, aber nicht von einem König abstammen *c*), den Titel *Hoheit d*) (Altesse). — *Durchlaucht* (Altesse Sérénissime) werden die souverainen Herzoge und Fürsten titulirt. — Die *Republiken* werden, von monarchischen Souverainen, in dem Context bloſs *Sie*, *Vos* oder *Vous* angeredet *e*). — Alle gekrönten Häupter geben einander den *BruderTitel* (mon frère, notre oder vo-

tre bon frère), und auch die Grofsherzoge erhalten solchen von ihnen *f*). Auch die Titel *Freund, Allürter* und *Nachbar* (ami, allié, voisin), desgleichen die *Verwandschaft Titel* (titres de parenté), z. B. Vater, Mutter, Bruder, Schwester, Oheim, Muhme, Neffe, Vetter, Schwager, im Teutschen auch Gevatter und Gevatterin, so wie *Ew. Liebden*, sind unter Souverainen in der Courtoisie nicht ungewöhnlich *g*). — Der *Papst* erhält, wenigstens von katholischen Souverainen, die Titel *Heiligster Vater* (Sanctissime Pater, tres-saint Père) und *Ew. Heiligkeit* (vestra Sanctitas, votre Sainteté). — Die *Pforte* heifst die *erhabene h*) (la sublime Porte, la fulgida Porta). — Der malteser *Grofsmeister* erhielt von andern Souverainen gewöhnlich den Titel *Altesse Éminentissime*, von seinen Unterthanen, *Éminence Sérénissime*, von den Malteser-Rittern *Éminence*.

a) Kaiserl. östreichische Verordn. v. . . Dec. 1806.

b) Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 110.

c) In dem königl. sächsischen Hause, erhalten *alle* Prinzen und Prinzessinnen den Titel *königliche Hoheit*. In dem königlichen Hause Wirtemberg, erhalten die Brüder des ersten Königs den Titel *Hoheit*. Klüber a. a. O. 110, Note f.

d) In Wirtemberg erhalten diejenigen Prinzen vom Hause, welche nicht Descendenten und nicht Brüder des ersten Königs sind, nur den Titel *Durchlaucht*. — Von den Titeln Hoheit, Altesse, Altesse Sérénissime, Celsitudo etc. s. F. C. v. Moser's kleine Schriften, VII. 167 — 348.

e) Die ehemaligen GeneralStaaten hatten den Titel: Vos hautes Puissances, Ihre Hochmögenden. Von dem Titel, welchen die Schweiz von andern Staaten erhält, handelt Rousset in dem Cérémonial dipl. II. 818. Real, T. V, ch. 4, Sect. 1.

S. 910 ff. der teutschen Uebersetzung. Moser's Versuch des europ. VR. I. 240 f. Von den übrigen Titeln der Republiken s. L'ambassadeur, par Wicquefort, p. 247.

f) Jac. Aug. Frankenstein diss. I. et II. de titulo fratris. Erf. 1715 et 1716. 4. J. J. Moser's Progr. von dem Bruder-Titul unter grossen Herren, besonders den gekrönten Häuptern. Frankf. 1737. und in s. Opusc. p. 413. sq. M. C. Curtius von dem BruderTitel der Könige und Fürsten; in s. histor. u. polit. Abhandlungen (1783. 8.), S. 104—127. Klüber über Einführung, Rang, Erzämter, Titel, Wappenzeichen und Wartschilde der neuen Kurfürsten; §. 28 u. 46.

g) F. C. v. Moser von dem Titel: *Vater*, *Mutter* und *Sohn;* in s. kleinen Schriften, I. 366 ff. — *Ebenders.* von den *Gevatterschaften* grosser Herren; ebendas. I. 291 ff. — *Ebenders.* vom Titel *Gnaden;* ebendas. VI. 20 ff. — *Ebenders.* de titulo Domini. Lips. 1751. 4.

h) Moser's Beyträge zu d. europ. VR. I. 379.

§. 111.

Titel: von G. G. und Wir. Religiöse Titel. Länder-, Familien-, Prätensions- u. a. BesitzTitel. Titel der vermuthlichen Thronfolger.

Den Titel *von Gottes Gnaden* (Dei gratia, par la grâce de Dieu) führen alle monarchischen Souveraine, in feierlichen Aufsätzen von offener Form, und in Staats- oder Canzleischreiben *a*). Desgleichen das Prädicat *Wir* (Nos, Nous), dessen im Französischen auch die Gesandten und Kriegsbefehlhaber, in den unter ihrem Namen ausgefertigten Pässen und andern offenen Schriften, sich bedienen *b*). — Theils durch altes Herkommen, theils durch päpstliche Verleihung, führen etliche gekrönte Häupter noch anerkannte *religiöse Titel c*). So heissen: der König von Frankreich

reich *allerchristlichste* Majestät (Rex christianissimus, Roi très-chrétien, Sa M. T. C.), der König von Spanien seit 1496, *katholische* Majestät (Rex catholicus, Roi catholique, M. C.), der König von Portugal seit 1748 *allergetreueste*, oder vielmehr allergläubigste Majestät (Rex fidelissimus, Roi très-fidèle), der König von Ungarn seit 1758 *apostolische* Majestät (Rex apostolicus, Roi apostolique); doch nur so, dafs diese Titel ihnen von Andern gegeben werden. Den Titel *Beschützer des Glaubens* (Defensor fidei) führt der König von Grofsbritannien, seit 1521, in seinem grossen Titel. — Der römisch-teutsche Kaiser nannte sich *Semper augustus* oder — im Teutschen, nach falscher Uebersetzung — *allzeit Mehrer des Reichs d*). — Manche Souveraine führen, ausser den, bisweilen sehr reichhaltigen, wirklichen *Länder-* und *Familien*Titeln, auch *Prätensions Titel*, desgleichen Titel von *ehemaligen* Besitzungen, wenn gleich sie auf solche keinen Anspruch mehr machen *e*) (Gedächtnifstitel), welches bisweilen Widerspruch und verwahrende Erklärungen veranlafst. — In manchen Staaten führen die *vermuthlichen Thronfolger*, die Kron- und Erbprinzen, eigene Titel *f*).

a) Huch's Lit. der Diplomatik, S. 383 ff. Klüber's neue Lit. des t. Staatsr. §. 993.

b) Klüber a. a. O.

c) Moser's Versuch des europ. VR. I. 269—278. — Von dem Titel des Königs von Frankreich, s. *Ebendess.* verm. Abhandlungen aus dem europ. VR. Num. 2, und Kiefolf's

Abh. in Det skandinaviske Literaturselskabs Skrifter; femte Aargang 1809, Haefte 2 (Kopenhagen 1809, in 8). — Die päpstlichen VerleihungsBullen für Portugal und Ungarn, von 1748 u. 1758, stehen in Wenck's cod. jur. gent. II. 432. III. 184.

d) Klüber's Lit. S. 152.

e) Beispiele bei Real, science du gouvernement, T. V, ch. 4, Sect. 4, gegen das Ende. Die letzte Art von Titeln könnte man *DenkTitel*, titres de mémoire, nennen.

f) z. B. Prinz von Wales, von Brasilien, Asturien, u. a. Günther's Völkerrecht, II. 487.

§. 112.

IV) *Diplomatischer CanzleiStyl.*

In dem *diplomatischen CanzleiStyl a*) (Style diplomatique) sind manche Regeln und Verschiedenheiten eingeführt, welche auf das angenommene Titel- und Rangverhältniss der Staaten sich beziehen, und deren Vernachlässigung in dem Fall unterbleibender oder nicht hinlänglicher Entschuldigung oder Verbesserung, wenigstens als Canzleifehler selten ohne Folge ist *b*). Sie zeigen sich, mehr oder weniger, in jeder Art diplomatischer Aufsätze oder Staatsschriften *c*) (actes diplomatiques); nicht nur in solchen Aufsätzen, die wenigstens ihrer Form nach bloſs für die zunächst interessirten Mächte oder Personen bestimmt sind, wie theils die förmlichen Schreiben *d*), die Staats- oder CanzleiSchreiben (lettres de conseil ou de chancellerie), die Cabinet- oder Handschreiben (lettres de cabinet), die eigenhändigen Schreiben (lettres de main propre) *e*), theils die nicht in

Briefform abgefafsten Erlasse, die blossen Pro-Memoria *f*), Denkschreiben oder Mémoires, Noten, VerbalNoten, CircularNoten, Memoriale, Berichte oder Rapports, Rescripte, Decrete, Signaturen, Resolutionen, Instructionen, Vollmachten, Protestationen, u. d.; sondern auch in denjenigen Aufsätzen, die gewöhnlich schon ihrer Form nach zugleich für das Publicum bestimmt sind, wie Staatsverträge oder Traités, Deductionen, Exposés des motifs, Mémoires raisonnés, Manifeste, Patente (lettres patentes), Pässe, Sauvegarden, und andere Staatsaufsätze (actes publics) dieser Art.

a) Rousset's und Lünig's oben (§. 89) angef. Schriften. C. A. Beck's Staatspraxis oder Canzleiübung aus der Politik, dem Staats- u. Völkerrechte. Wien 1754. 8. Zweite Aufl. 1778. J. S. Sneedorf essai d'un traité du stile des cours. Gött. 1751. 8. Revu et corrigé par de Colom du Clos. ib. 1776. 8. F. C. v. Moser's Staatsgrammatik. Frankf. 1749. 8. J. J. Moser's Einleit. zu den Canzleigeschäften. Hanau 1750. 8. J. St. Pütter's Anleitung zur jurist. Praxi. Th. I. II. Gött. 1753. 1765. 1780. 1789. 1802. 8. C. G. Ahnert's Lehrbegriff der Wissenschaften, Erfordernisse u. Rechte der Gesandten, Th. II (Dresden 1784. 8.) H. Bensen's Versuch einer systemat. Entwickel. der Lehre von den Staatsgeschäften. Bd. I u. II. Erlangen 1800. 1802. 8. J. C. Adelung von dem Canzlei- u. CurialStyl; in dessen Werk „über den teutschen Styl" Th. II, Abschn. 2, Cap. 1, S. 67 ff. Bischof's Lehrbuch des teutschen Canzleystyls, I. 381. Neues vollständiges französisches und teutsches Titulaturbuch. Leipz. 1780. 8. Neues teutsches TitulaturBuch. Mit Einl. v. G. C. Claudius. 2. umgearb. Aufl. Leipz. 1811. 8. Le Secrétaire de la cour impériale de France, ou Modèles etc. à Paris 1810. 12. Von der StaatsPraxis handelt auch die zweite oder practische Abtheilung von F. X. v. Mosham's europ. Gesandschaftsrecht. Landshut 1805. 8.

b) z. B. Rüge des Fehlers, etwa in einem eigenen Schreiben, Postscript oder CanzleiNote, Protestation, Verzögerung oder Verweigerung der Antwort, Erwiederung des Fehlers, Rücksendung des Schreibens, u. d. F. C. Moser von Ahndung fehlerhafter Schreiben. Frankf. 1750. 8. *Ebenders.* von Canzleifehlern; in s. kleinen Schriften, V. 229. J. J. Moser von Schreib- u. Druckfehlern; in s. Rechtsmaterien, Th. I, Num. 5. C. F. v. Moser über das Prädicat „allerhöchst"; in s. histor. u. jurist. Schriften, Th. I, S. 484.

c) v. Martens Einl. in das europ. VR. §. 174—181.

d) Davon s. Rousset, Beck u. Sneedorf a. a. O. Pütter a. a. O. I. 37. 50. 53. 54. II. 87. v. Martens a. a. O. §. 174—176. Beispiele, in des Gr. v. Hertzberg's Recueil des déductions, manifestes, déclarations, traités, etc. à Berlin 1788—1795. T. I–III. 8.

e) Von diesen s. man F. C. v. Moser's kl. Schriften, I. 75. Eine interessante Sammlung ist die StaatsCorrespondenz von 1778, zwischen den Souverainen von Oestreich und Preussen, in den Oeuvres posthumes de Frédéric II. T. III. (à Hamb. 1790. 8.), p. 365—407.

f) Von dem Gebrauch der ProMemoria, s. Moser's Rechtsmaterien, VIII. 668 ff.

§. 113.

Sprache der Staaten.

Das Recht der Gleichheit erstreckt sich auch auf die *Sprache*, welcher die Staaten in ihren gegenseitigen Verhandlungen sich bedienen *a*). Ohne Zweifel ist jeder Staat berechtigt zu ausschliessendem, activem und passivem Gebrauch der *seinigen*, und jeder *andern* Sprache, nicht nur in dem mündlichen *b*), sondern auch in dem schriftlichen Verkehr mit andern Staaten. Wollen, in dem Fall einer Verschiedenheit der Sprachen, die interessirten Staaten über den *gemeinschaftlichen*

Gebrauch einer Sprache sich nicht vereinigen, so bedient jeder sich seiner eigenen, oder einer andern beliebigen Sprache, mit oder ohne *Uebersetzung* in der Sprache des andern, oder in einer dritten, z. B. der lateinischen *c*). Die Verträge werden dann urschriftlich in *mehreren* Sprachen abgefaſst *d*).

a) Schriften von dem *SprachenRegal* (jus idiomatis, jus principis circa linguam) s. in Pütter's Lit. d. t. Staatsr. III. 205. Klüber's neue Lit. S. 219. Huch's Lit. der Diplomatik, S. 29. 376. Strube's Nebenst. VI. 416. Jargow von den Regalien, S. 266. Moser's Versuch des europ. VR. III. 128. 250. IV. 37. VIII. 262. X. Bd. 2, S. 245. 368. *Ebendess.* Beyträge zu d. europ. VR. II. 431. F. C. v. Moser von den europäischen Hof- u. Staatssprachen. Frankf. 1750. 8. De Real science du gouvernement, T. V, ch. 3, Sect. 1, p. 698 der teutschen Uebers. — Man unterscheide: Staats-, Canzlei- und Gerichtsprache, Kirchen- und Schulsprache, Hof- und Gemeinsprache (idioma publicum, judiciale, sacrum, scholasticum, aulicum, vulgare).

b) z. B. bei Audienzen und Conferenzen der Gesandten, wo dann gemeiniglich jeder Theil seine mündlichen Erklärungen durch seinen Dolmetscher übersetzen läſst. Moser's Versuch des europ. VR. III. 250. 393. 394. 401. 406. 408. 424. 430. *Ebendess.* Beyträge III. 128. Ein Beispiel von 1660, wo man sich keines Dolmetschers bediente, in Lünig's Theatr. cerem. T. II. p. 847.

c) Auf dem rastatter FriedensCongreſs (1797 — 1799) schrieb die teutsche ReichsDeputation an die französische Gesandtschaft teutsch, und diese an jene französisch, beide *ohne* beigelegte Uebersetzung. Protokoll der ReichsfriedensDeputation zu Rastatt, Bd. I, S. 156, 244 f., 258 f. Dasselbe ward beobachtet auf dem ReichsdeputationsTag zu Regensburg 1802 und 1803. Auf dem teutschen Reichstag legten auswärtige Gesandte, den in ihrer Landessprache abgefaſsten Vollmachten u. a. Aufsätzen *lateinische* Uebersetzungen bei. Vergl. Moser's Versuch III. 128. Auf dem wiener Congreſs bedienten sich die Bevollmächtigten meist der fran-

zösischen Sprache; doch war der Gebrauch ihrer Landessprache, und selbst des Lateinischen, nicht ganz ausgeschlossen, vorzüglich für die teutschen Angelegenheiten. Man s. Klüber's Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des wiener Congr., S. 537—540. Die GeneralStaaten communicirten mit den fremden Gesandten in holländischer Sprache, legten aber eine französische Uebersetzung bei; und die Pforte verlangte 1761 von den Gesandten die schriftlichen Aufsätze in französischer Sprache. Moser's Beytr. IV. 22. f. *Ebendess.* Versuch, IV. 38.

d) Der wiener Fr. von 1738 ist lateinisch und französisch abgefaſst; der belgrader von 1739 türkisch und lateinisch. Wenck cod. juris gent. I. 88. 359. — Der russisch-türkische Fr. von 1774 in *drei* Sprachen, in russischer, türkischer u. italiänischer; das russische Exemplar in russischer und italiänischer, das türkische in türkischer u. italiänischer Sprache. De Martens recueil, IV. 636. 638. — Auch Schweden, Dänemark, Groſsbritannien, die vereinigten Staaten von Nordamerika, und am meisten Frankreich, haben in Verträgen sich ihrer eigenen Sprache bedient, und dadurch Anlaſs gegeben zu Ausfertigungen in mehrern Sprachen. — Die teutsche Bundesversammlung setzte (in ihrem Protocoll vom 5. Dec. 1816) fest, daſs, in Hinsicht auf die innern Verhältnisse, die bei ihr eingereichten Aufsätze teutsch abgefaſst, und die in fremder Sprache geschriebenen Beilagen mit einer teutschen Uebersetzung begleitet seyn müſsten: in Ansehung der äussern Verhältnisse, beschloſs dieselbe (in ihrem Protocoll vom 12. Jun. 1817, m. I, n° 2, 3 u. 4, m. III, n° 3, 5 u. 8, u. m. IV, n° 2), daſs sie nur der teutschen Sprache sich bedienen wolle, jedoch mit Beifügung einer französischen oder lateinischen Uebersetzung für solche, die sich zur Erwiederung verstehen würden.

§. 114.

Fortsetzung.

Dieser Unbequemlichkeit auszuweichen, hat man nicht selten eine *dritte* Sprache gewählt. Bis auf das achtzehnte Jahrhundert diente gewöhn-

lich hiezu die *lateinische a*), seitdem meist die *französische*, deren Gebrauch ohnediefs in der neuern Zeit, an Höfen und in diplomatischen Verhandlungen, in Europa ziemlich allgemein geworden ist *b*). Sogar Staaten von gleicher Landessprache, haben sich schon der französischen in Verträgen unter sich bedient *c*). In neuern Zeiten hat man bei alleinigem Gebrauch der französischen Sprache in einem Staatsvertrag, einer nachtheiligen Schlufsfolge bisweilen durch eine *verwahrende Clausel* vorzubeugen gesucht *d*). Da die osmanische Pforte durch einen Vertrag sich nur dann für vollkommen verpflichtet erachtet, wenn derselbe in *ihrer* Gemeinsprache abgefafst ist, und die andern Staaten zu dem Gebrauch der türkischen Sprache sich nicht bequemen wollen, so werden die Verträge der Pforte mit europäischen Staaten, immer in mehreren Sprachen aufgesezt *e*).

a) Der westphälische Friede, der nimweger und ryswiker, der utrechter von 1713, der badener von 1714, die wiener von 1725 u. 1738, ein Exemplar des belgrader von 1739, und die londner QuadrupelAllianz von 1718, sind lateinisch abgefafst. Versicherung der französischen Gesandten auf dem utrechter Congrefs, 11. April 1713, ein lateinisches Instrument nachzuliefern, in Schmauss C. J. G. II. 1355. Du Mont corps dipl. T. VIII, P. 1, p. 344. Noch im J. 1752 redete zu Neapel, der östreichische Gesandte in zierlichem Latein zu dem König. Moser's Versuch III. 430. Der Papst bediente sich der lateinischen Sprache noch in der neuesten Zeit. Das teutsche Reich hatte eine zweifache Staatssprache, die teutsche und die lateinische. Dennoch ward der lünéviller Fr. 1801, in seinem Namen, ohne Rechtsverwahrung, blofs französisch abgefafst; aber die Ratification von Seite des Kaisers und Reichs v. 9. März 1801, ist lateinisch. —

J. L. E. Püttmann pr. de usu linguae latinae in vita civili causisque maxime publicis. Lips. 1793. 4. Arth. Duck de usu et auctoritate juris civ. rom., p. 150. sqq. C. F. Walch de lingua latina, lingua legitima; in s. Opusc. I. 402. C. G. Heyne's Vorlesung; in d. Götting. gel. Anz. 1809, St. 127. 128. C. H. Pudor de palma linguae latinae ab Europae civitatibus de pace, foederibus etc. publice agentibus optimo jure retribuenda. Vratislaviae 1817. 4.

b) J. A. Eberhard über die Allgemeinheit der französ. Sprache; in s. verm. Schriften (Halle 1784. 8.), Th. I, N. 2. J. C. Schwab von den Ursachen der Allgemeinheit der franz. Sprache. Berlin 1784. verm. u. verb. Stuttg. 1785. 8. Französisch von Robelot, mit Anmerk., Münster 1804. gr. 8., u. in e. franz. Auszug von Merian, ohne Druckort 1785. 8. De l'universalité de la langue française (par le comte de Rivarol). à Berlin 1784. 8. à Paris 1784. 8. ib. 1797. 4. und in den Oeuvres complètes de Rivarol (à Paris 1808. gr. 8.), T. II, n° 1. Sur l'universalité de la langue française; in dem Journal: Le Nord physique, politique et moral, 1798, n. IV.

c) Namentlich teutsche Fürsten. Breslauer u. berliner Fr. 1742, die beiden dresdner 1745, der hubertsburger 1763, der teschner 1779. Moser's teschner Fr. mit Anmerkungen (1779. 4.), S. 49 f. Bisweilen lag ein Beweggrund hiezu, in der Unkunde der teutschen Sprache, auf Seite der Gesandten der vermittelnden Mächte. Von dem Gebrauch der französischen Sprache auf dem westphäl. Fr.Congrefs, s. v. Meiern's Acta Pac. Westph., Register, voc. französ. Sprache.

d) Rastatter Fr. 1714, Art. 33. SeparatArt. 2 des aachner Fr. 1748. Wenck cod. jur. gent. II. 360. SeparatArt. 2 zu dem AllianzVertr. zwischen Oestreich u. Frankreich, von 1756. Moser's Versuch, VIII. 75. Tractat zwischen Polen und Preussen 1773, Art. 14. De Martens recueil, I. 495. Acte final du congrès de Vienne, 1815, art. 120. Recès général de la commission territoriale rassemblée à Francfort, du 20 juillet 1819, art. 49; bei v. Martens l. c., Supplém. VIII. 625. Von der londner QuadrupelAllianz 1718, s. Schmauss corp. jur. gent. II. 1734.

e) Vergl. Note d zu dem vorigen §. Real science du gouvernement, T. V, ch. 3, Sect. 1, p. 702 der teutsch. Uebers.

§. 115.

V) *Verschiedene andere CeremonielGegenstände, auch in Hinsicht auf persönliche und FamilienAngelegenheiten der Souveraine.*

Zu Bezeugung der Achtung, Höflichkeit, Freundschaft oder Zuneigung gegen andere Staaten, deren Regenten und ihre Familien, sind unter den christlichen Staaten von Europa verschiedene Handlungen üblich, welche in der Regel zwar auf Willkühr beruhen, wozu aber doch Staatsklugheit und VölkerMoral nicht selten verpflichten *a*). Dahin gehören: 1) die *Benachrichtigung* (Notification) von dem RegierungsAntritt (§. 49), von Vermählung, Schwangerschaft, Geburts- und Todesfällen in der RegentenFamilie, und von andern erfreulichen oder unangenehmen Staats- und FamilienBegebenheiten; und die darauf erfolgten Glückwünsche oder Bezeugungen des Beileids *b*) (Condolenz). 2) Feierlicher *Empfang*, festliche *Unterhaltung* und *Bewirthung besuchender Souveraine*, oder ihrer Verwandten, vorzüglich sofern sie nicht das Incognito beobachten *c*). 3) *Begrüssung* und *Bewirthung durch-* oder *vorbeireisender Souveraine d*). 4) Oeffentliche *Freudenbezeugung* bei angenehmen, und *Trauer* bei unangenehmen Ereignissen *e*), wohin selbst gewisse religiöse Höflichkeit gehört, z. B. Absingung des Te Deum, feierliche Exequien, Fürbitte in der Kirche oder Einschliessung in das Kirchengebet *f*). 5) Das *Gevatterbitten g*).

a) F. C. v. Moser von der StaatsGalanterie; in s. kleinen Schriften, Bd. I, S. 1—181.

b) v. Moser a. a. O. S. 53 ff. Schriftlich, oder mündlich durch ordentliche oder ausserordentliche Gesandte, oder beides. Selbst unter kriegführenden Souverainen wird diese Höflichkeit nicht selten beobachtet. v. Moser S. 68. 74. 80 ff. Bisweilen erfolgt auch eine Einladung zu solchen Feierlichkeiten. v. Moser S. 52.

c) v. Moser a. a. O. S. 12 ff. Moser's Beyträge, II. 255 ff. Vergl. oben §. 106 u. unten §. 136.

d) v. Moser a. a. O. S. 21 f. 29 ff. Moser's Versuch des europ. VR. I. 355. II. 66. *Ebendess.* Beyträge, I. 496. II. 255 ff.

e) v. Moser a. a. O. S. 54 ff. 62. 65.

f) v. Moser a. a. O. S. 50 ff.

g) F. C. v. Moser von den Gevatterschaften grosser Herren; in s. kleinen Schriften, Bd. I, S. 291—365. Moser's Versuch, I. 341. *Ebendess.* Beyträge, I. 466.

§. 116.

Fortsetzung.

6) Die *Geschenke a*) sind unter Staaten und ihren Regenten theils ganz willkührlich, theils üblich, entweder zu bestimmter Zeit *b*), oder bei gewissen Gelegenheiten, z. B. bei Vermählungen, Schwangerschaft, Entbindung, Gevatterschaft, Besuchen *c*), auch die Gegengeschenke *d*), insonderheit nach Empfang eines Ritterordens, die Uebersendung des eigenen Ritterordens. Die bedungenen oder vertragmäsigen Geschenke und Gegengeschenke, welche besonders in Verträgen mit der Pforte und afrikanischen Staaten vorkommen *e*), sind Leistungen aus Zwangpflicht, mithin keine wahren Geschenke. 7) Selbst die *Vermählungen*

der Souveraine, nebst den dabei üblichen Ceremonien, gehören in so weit hieher, als Staatsursachen die vorzüglichen Bestimmungsgründe sind, wofern sie nicht gar durch Verträge bedungen werden *f*). In der Regel gilt jedoch auch hier freie Selbstbestimmung des Willens, namentlich auch in Absicht auf den Stand des von dem Souverain gewählten Ehegatten, so dafs hier von einer Mifsheurath und ihren Folgen, besonders in Ansehung der Ebenbürtigkeit und SuccessionsFähigkeit der Kinder, die Rede nicht seyn kann *g*), so fern nicht eine rechtmäsige Bestimmung entgegensteht *h*).

a) Moser's Versuch des europ. VR. I. 344. *Ebendess.* Beyträge, I. 469 ff. 514. F. C. v. Moser's kleine Schriften, I. 47 f. — Von den Geschenken an die *Pforte*, u. von ihr, s. Moser's Versuch I. 344 ff. u. Beyträge I. 470 — 478. — *Gegenstände* der Geschenke sind: Ritterorden, allenfalls mit Dispensation von den OrdensStatuten (Moser's Versuch I. 333. u. Beyträge I. 461. II. 549), Kleinode u. a. Kostbarkeiten, Kunst- oder NaturSeltenheiten, literärische Merkwürdigkeiten, Lieblingsgegenstände des einen oder des andern Theils, selbstverfertigte Arbeiten, u. d. F. C. v. Moser's kleine Schriften, I. 36 f. 41 ff. Moser's Beyträge I. 514. Dem König von Frankreich sendete ehehin der König von Dänemark, meist jährlich, so auch der Grofsmeister von Malta, zur Reigerbeitze abgerichtete Falken. Napoleon erhielt aus Teutschland vielfältig lebendige Hirsche. Der Papst sendet geweihte Sachen, z. B. Windeln, goldne Rosen, Hut und Degen, Agnus Dei, Reliquien. v. Moser's kl. Schriften, I. 44 ff. Moser's Beytr. I. 481 f.

b) Moser's Versuch, I. 347.

c) Moser's Beyträge, II. 255 ff. v. Moser's kl. Schriften, I. 32 ff.

d) Moser's Versuch, I. 347. *Ebendess.* Beyträge, I. 501 ff.

e) Russisch-türkische FriedensPräliminarien v. 1. Sept. 1739, Art. 8. Belgrader Fr. 1739, Art. 20. Fr. zu Jassy 1792, Art. 10. Vertrag zwischen K. Friedr. Wilhelm I. von Preussen und der holländisch-ostind. Compagnie 1717. Lamberty Mémoires, T. X. p. 172.

f) Günther's europ. VR. II. 483 ff. J. P. de Ludewig de matrimonio principis per procuratorem. Hal. 1724. rec. 1736. F. C. v. Moser's Hofrecht, I. 537 ff. — Von dem ehedem üblichen Bettsprung (conscensio thori solemnis) s. Köler's Münzbelustigungen, I. 93 ff. v. Moser a. a. O. I. 576.

g) Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes u. s. w., §. 182. Beispiele, vorzüglich aus der russischen Geschichte.

h) Beispiele in Klüber's angef. öffentl. Recht, §. 182 a. Durch ein Manifest v. 20. März (2. April) 1820, fügte K. Alexander I. von *Rufsland*, den früheren Verordnungen über die kaiserliche Familie als ergänzende Verfügung hinzu, dafs die Ehe eines Mitgliedes dieser Familie mit einem Individuum von nicht entsprechendem Stande, d. h. welches nicht einem *herrschenden* oder einen Staat *regierenden* Hause angehört, diesem Individuum die den Mitgliedern der Kaiserlichen Familie zustehenden Rechte, und den aus einer solchen Ehe gebohrnen Kindern das Recht zur Thronfolge nicht mittheilen solle. Journal de Francfort, 1820, n° 128.

§. 117.

VI) *SeeCeremoniel.*

Das *SeeCeremoniel* (cérémonial maritime) besteht in bestimmten Ehrenbezeugungen, welche auf der See fahrende oder stationirte Schiffe andern Schiffen von bestimmter Art, oder in der Nähe befindlichen Häfen, Festungen, Schanzen, Batterien, Schlössern, oder Personen von hohem Rang erweisen, und welches ihnen zum Theil erwiedert wird. Es gilt bald als Merkmal der Unterwerfung, bald als Anerkennung der Oberherrschaft über das Schiff oder den Seebezirk,

bald nur als Bezeugung freiwilliger, conventioneller, oder gesetzlich vorgeschriebener Höflichkeit *a*). Verletzung dieses Ceremoniels hat bisweilen Gewaltthätigkeiten, und selbst Krieg veranlafst *b*).

a) J. J. Moser von dem Flaggen- und Segelstreichen; in s. vermischten Abhandlungen aus dem Völkerrecht, St. II, Num. 6, S. 134 ff. F. C. v. Moser von dem Segelstreichen und Schiffgrufs; in dessen kleinen Schriften, IX. 287 — 436. X. 218 — 396. XII. 1 — 34. J. J. Moser's Versuch des europ. Völkerr. II. 481—493. *Ebendess.* Beyträge, II. 441—448. Surland's Grundsätze des europ. Seerechts, §. 601 ff. Bouchaud théorie des traités de commerce, p. 41. sqq. Encyclopédie, voc. *Saluer* et *Salut.* Encyclopédie méthodique; Marine, T. II. voc. *Honneurs*, T. III. voc. *Saluer.* v. Kamptz neue Lit. §. 192.

b) Pufendorf de reb. gest. Friderici Wilh. elect. brandenb., lib. IX. §. 68. Stypmann de jure maritimo, P. V. c. 1. n. 21. F. C. v. Moser a. a. O. X. 236 ff. Grofsbritannische Kriegserklärung gegen die vereinigten Niederlande, vom März 1672, in Sylvius Vervolg van Aitzema; B. III, S. 193 f. v. Moser a. a. O. X. 301 ff. 315. 372. 389.

§. 118.

Verschiedene Arten desselben.

In dieser dreifachen Beziehung, sind folgende Arten des Schiffgrufses (*salut en mer*) üblich. 1) Das *Flaggenstreichen* (*salut du pavillon*), indem man, als Merkmal der Anerkennung der Oberherrschaft, die Flagge umfafst und an ihren Stab zieht, dafs sie nicht mehr wehen kann, oder wenn man dieselbe herunterneigt, oder, zum Zeichen der Unterwerfung, ganz abnimmt; der höchste Grad des SeeCeremoniels *a*).

2) Das *Segelstreichen* (die Losung, salut des voiles), das Heranziehen der MarsSegel, vorzüglich des grofsen, an ihre Masten *b*). 3) Die *Lösung der Canonen* (salut du canon), der ordentliche oder eigentlich so genannte Schiffgrufs, eine bestimmte Anzahl Canonenschüsse, mehr oder weniger, mit losem Kraut oder scharf geladen (salut sans boulet ou à boulet, das letzte meist nur gegen gekrönte Häupter), je nach dem Grade der Ehrenbezeugung. Kriegsschiffe grüssen gewöhnlich in ungleicher Zahl der Schüsse — 5, 7, 9, u. s. w. aufs höchste 21 *c*) —, Ruderschiffe oder Galeeren in gleicher Zahl. In Betrachtung kommt hier, in welcher Entfernung, von wem, und mit wieviel EhrenSchüssen gegrüfst, ob und mit wieviel geantwortet werden mufs. Die Antwort geschieht, in der bestimmten Anzahl Schüsse, entweder Schufs um Schufs *d*), oder erst nach geendigtem Grufs.

a) „Le salut du canon est majestueux: celui du pavillon plié est humble, si on l'amène tout bas, il est de la plus grande humilité et même avilissant; aussi les *nations* ne se soumettent pas à cette dernière manière de saluer". Encyclopédie méthodique, l. c. II. 389. sq. — In Seegefechten ist das Abnehmen der Flagge und das Aufstecken einer weissen, ein Zeichen, dafs das Schiff sich ergeben wolle. — Von FlaggenSachen s. Moser's Versuch, V. 503 ff. Connoissance des Pavillons. à la Haye 1737. Nouveau tableau des Pavillons etc. Paris 1820. in-4° oblong. Recueil des Planches de l'Encyclopédie, T. I. planches 17 — 20.

b) Gewöhnlich verstehen nur Kauffartheischiffe sich zu dieser Art des Schiffgrusses. Jo. Sibrand diss. de velorum submissione. Rost. 1691. 4.

c) Eine Begrüssung mit *sieben* und *zwanzig* Canonenschüssen, liefs sich Grofsbritannien für seine Kriegsschiffe versprechen, in dem Friedens- und Handelsvertrag mit Tripolis, von 1751, Art. 18. Wenck cod. jur. gent. II. 578. Die schwedischen Kriegsschiffe geben den Grufs meist mit Schüssen in *gleicher* Zahl. — Von dem Scharfschiessen, als einer Auszeichnung, v. Moser's kleine Schriften, XII. 23.

d) Friede von Friedrichshamm, zwischen Rufsland u. Schweden, vom 17. Sept. 1809; in v. Martens recueil, Supplém. V. 29.

§. 119.

Fortsetzung.

Ausserdem gehört noch hieher 4) das *Vivatrufen* (salut de la voix), durch ein ein-, drei-, fünf- oder siebenmaliges Lebehoch (vive le . . . .); es erfolgt nach Lösung der Canonen, oder auch wenn diese nicht statt haben kann oder darf *a*). 5) Das *Abfeuern des kleinen Gewehrs* (salut de la mousqueterie), indem man eine oder drei Salven aus dem kleinen Gewehr giebt. Es ist üblich bei gewissen Festen und Feierlichkeiten, und geschieht vor Lösung der Canonen. 6) Ausserdem sind noch Merkmale der Höflichkeit, dafs das Schiff sich unter den Wind legt, dafs es einen oder mehrere Offiziere an Bord des andern sendet, oder unter dessen Flagge kommt *b*). *Erwiedert* werden, kann der Grufs nur durch Canonenschüsse *c*) und Vivatrufen; doch antwortet zuweilen eine Festung auch durch das Aufstecken eines Wimpels (flamme).

a) z. B. bei Aufsteckung der Admiralflagge, oder wenn ein Schiff einem AdmiralSchiff seines Staates begegnet.

b) Auch werden bei Katholiken dem Allerheiligsten oder hochwürdigen Gut gewisse Ehrenbezeugungen erwiesen, wenn es auf einem Kai in dem Angesicht eines Schiffs vorübergetragen wird.

c) v. Moser's kleine Schriften, XII. 21.

§. 120.

SeeCeremoniel für eigene Schiffe, und für fremde in dem eigenen Seegebiet.

Jede Macht ist, vermöge ihrer Unabhängigkeit, berechtigt das SeeCeremoniel zu bestimmen, welches 1) die ihr angehörigen Schiffe, sowohl *in ihrem Seegebiet* als auch *auf offener See*, namentlich auch gegen fremde Schiffe, beobachten sollen, und welchem 2) fremde Schiffe gegen die einheimischen, und die Schiffe dritter Mächte sich unterwerfen müssen, wenn sie sich in *derselben Seegebiet* einfinden wollen *a*), gleichviel ob sie Handelsschiffe sind, oder Kriegsschiffe, und in diesem Fall Linienschiffe oder Fregatten, einzeln oder vereinigt in Escadren oder Flotten. In dieser zweifachen Hinsicht erfolgt die Bestimmung theils durch gesetzliche Vorschrift oder besondere Instructionen *b*), theils durch Verträge *c*). In dem zweiten Fall verlangt man meist den Grufs durch Canonenschüsse und Flaggenstreichen gegen die eigenen Kriegsschiffe, Häfen, Festungen und Schlösser; worauf in der Regel mit Canonenschüssen geantwortet wird. Bei streitiger Oberherrschaft über einen Seebezirk, wie in den vier Meeren, welche Grofsbritannien umgeben *d*), wird auch die Verpflich-

pflichtung zu dem Seegrufs bestritten. Auch verlangen zuweilen grofse Seemächte gegen mindermächtige, wenigstens für ihre Admiralschiffe, Befreiung vom Seegrufs, oder auf das Mindeste, dafs man diese zuerst grüfse *e*). Einem Souverain, Prinzen vom Geblüte, Botschafter, Admiral u. d. werden, wenn er in dem Hafen erscheint oder vorüberfährt, desgleichen bei dem Leichenbegängnifs des Souverains, Admirals u. s. w. (honneurs funèbres), und bei Freudenfesten, bestimmte Ehrenbezeugungen erwiesen *f*).

a) Bynkershoek quando et quorum navibus praestanda sit reverentia? in *Ejus* quaest. juris publ. lib. II. c. 21. in s. Operib. omnib. II. 278.

b) Beispiele liefert die französische Ordonnance de la marine v. 1681, wovon ein Auszug in der Encyclopédie, voc. *Salut*. Auszüge aus ihr und andern französischen Verordnungen, in der Encyclopédie méthod. l. c. II. 533. und Real science du gouvernement, T. V, ch. 4, Sect. 3. Englische, portugiesische, niederländische Gesetze, in v. Moser's kleinen Schriften, XII. 4 ff. 11 ff. Andere Beispiele in v. Martens Einleit. in das europ. VR. §. 155, Note a.

c) Beispiele in Wenck cod. jur. gent. II. 578. de Martens recueil, II. 521. III. 41. 115. Supplément, I. 224. Moser's Versuch, II. 485 ff. v. Moser's kleine Schriften, IX. 329 ff. X. 219 ff. 285. 364. 371.

d) Pestel diss. selecta capita juris gent. maritimi, §. 7. v. Moser's kleine Schriften, X. 218 ff.

e) Moser's Versuch, II. 492.

f) F. C. v. Moser's kleine Schriften, X. 24 — 34.

§. 121.

SeeCeremoniel auf offenem Meer.

Auf *offener See*, befinden sich die Schiffe

aller Mächte gegenseitig in dem Zustand natürlicher Unabhängigkeit und Gleichheit. Daher ist, ohne Verträge, keine Macht berechtigt, von fremden Schiffen für die ihrigen irgend eine Ehrenbezeugung daselbst zu fordern *a*). Dem zufolge haben mehrere Mächte sogar durch Verträge den Schiffgrufs auf offener See, entweder ganz *b*) oder zum Theil *c*), abgeschafft. Andere hingegen beharren auch hier fest bei der ältern Sitte des Salutirens, zum Theil so streng, dafs sie dessen Weigerung oder unvollständige Bewirkung, nach fruchtloser Aufforderung durch einen Schufs mit losem Kraut, mit Scharfschüssen ahnden.

a) Bynkershoek l. c. Dasselbe gilt von dem Fall, wenn Schiffe zweier Mächte in dem Seegebiet einer *dritten* Macht sich begegnen; so fern diese nicht eigene Bestimmungen darüber gemacht hat (§. 120).

b) Beispiele in Wenck cod. jur. gent. II. 72. De Martens recueil, III. 13. Vergl. auch v. Moser's kleine Schriften, XII. 22.

c) Beispiel von 1692, bei Du Mont, corps dipl. T. VII. P. 2. p. 310.

§. 122.

Gebrauch defshalb.

Wenn Verträge *a*) nichts bestimmen über das Ceremoniel auf offener See, so wird meist folgender Gebrauch befolgt. *Kauffartheischiffe* geben Kriegsschiffen den Grufs durch Canonenschüsse, Segelstreichen und Flaggenstreichen; doch wird ihnen, wenn sie in vollem Lauf sind,

zuweilen ein Theil dieses Grufses erlassen. Was *Kriegsschiffe* betrifft, so wird 1) wenn sie von gleichem Rang sind, entweder die Begrüssung ganz unterlassen, oder es grüfst dasjenige zuerst, welches sich unter dem Winde befindet *b*). 2) Das von niederem Rang, giebt dem von höherem den Gruſs. 3) So auch ein einzelnes Kriegsschiff, der ihm begegnenden Escadre oder Flotte, und eine HülfsEscadre der Hauptflotte. In allen diesen Fällen, erfolgt die Erwiederung oder der Gegengruſs durch Canonenschüsse. Einige grosse Seemächte, besonders Groſsbritannien, fordern für ihre Admiralschiffe von Kriegsschiffen anderer Mächte den Gruſs nicht nur durch Ehrenschüsse, sondern auch durch Flaggenstreichen. Dieselbe Forderung machten, bis auf die neueste Zeit, alle Kriegsschiffe gekrönter Häupter an die Kriegsschiffe der Republiken *c*).

a) Beispiele oben §. 120, Note c.

b) Encyclopédie, voc. *Saluer du canon.*

c) Englisch - holländische Friedensschlüsse v. 1654, Art. 13; 1662, Art. 10; 1667, Art. 19; 1674, Art. 4. F. C. v. Moser a. a. O. X. 285. 364.

ZWEITER TITEL.

BEDINGTE RECHTE DER EUROPÄISCHEN STAATEN UNTER SICH.

ERSTER ABSCHNITT.

RECHTE DER STAATEN, IN ABSICHT AUF FRIEDLICHE VERHÄLTNISSE.

ERSTES CAPITEL.

RECHT DES STAATSEIGENTHUMS.

§. 123.

Uebergang zu den bedingten Rechten der Staaten.

Als freie moralische Person hat jeder Staat, gleich einzelnen Personen in natürlicher Freiheit, im Verhältniſs zu andern Staaten, auch *bedingte* oder hypothetische Rechte (§. 36). Diese sind, 1) in friedlicher Hinsicht: die Rechte des Eigenthums, der Verträge, insonderheit in Beziehung auf den Handel, und der Unterhandlung mit andern Staaten, insbesondere durch Gesandte (1. Abschnitt); 2) in Absicht auf erlittene Rechtsverletzung oder Beleidigung, von Seite anderer Staaten: das Recht, sich Genugthuung zu verschaffen durch Selbsthülfe, im äus-

sersten Fall durch Krieg, und so, daſs die streitigen Verhältnisse beigelegt werden, in dem Wege der Gewalt, des Rechtes, oder der Güte, und das Recht, bei Streitigkeiten anderer Mächte, neutral zu bleiben (2. Abschnitt).

§. 124.

Oberherrschaft. Staatseigenthum.

Jeder Staat hat nicht nur das Recht der *Oberherrschaft* (imperium s. potestas publica), den Inbegriff der oberherrlichen Rechte zu dem Zweck des Staates *a*), sondern er ist auch fähig, *Eigenthum* zu erwerben und zu besitzen (capax dominii, §. 47). *Staatseigenthumsrecht* (jus in patrimonium reip.) ist die Befugniſs des Staates, alle Auswärtigen (Staaten und Einzelne) von der Zueignung und dem Gebrauch des Staatsgebietes und der darin befindlichen Sachen auszuschliessen *b*). Gegenstände dieses Staatseigenthumsrechtes sind: nicht nur 1) das Vermögen der staatsbürgerlichen Gesammtheit, das *Staatsvermögen* oder Staatsgut in dem eigentlichen Sinn *c*) (patrimonium reip. publicum), ein Inbegriff von Sachen, deren Eigenthum dem Staat zusteht, so daſs ihr eigenthümlicher Gebrauch, nach Art des Privateigenthums, ausschliessend für den Staatszweck bestimmt ist; sondern auch 2) das Vermögen der Privatpersonen, als solcher, das *Privatvermögen* (patrimonium privatum), welches als mögliches Mittel für

den Staatszweck, unter dem Schutz des Staates, auch gegen Auswärtige, steht *d*); und 3) selbst die innerhalb des Staatsgebietes befindlichen *herrenlosen Sachen* (adespota). Die letzten sind als nicht occupirt anzusehen, nur in Ansehung des Staates und seiner Bürger: in Hinsicht auf alle Auswärtigen, sind sie fremd oder occupirt *e*).

a) Das Recht der *Oberherrschaft* erstreckt sich über alle *Personen* und *Sachen*, die der Gewalt des Staates unterworfen sind. Dahin gehört auch das unter dem äussersten Recht des Staates (§. 88) begriffene so genannte *Obereigenthumsrecht* (dominium eminens). Auch sind die Rechte des Staates über das so genannte *mittelbare* Staatsvermögen (Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 254, 387 u. 436), anders nichts als Rechte der Oberherrschaft.

b) *Auswärtigem* Staats- oder Privatgut kann, in dem Staatsgebiet, eine bedingte *Exterritorialität* zustehen. Auch Grundeigenthum, innerhalb der Grenzen des Staatsgebietes (inclavirt), kann sich hierunter befinden. Man s. §. 128, Note a.

c) *Bewegliches* (Fahrniſs) und *unbewegliches*, z. B. öffentliche Flüsse, Canäle, Straſsen, Forsten, Bergwerke, Staatsgebäude, Grundeigenthum, überhaupt Domänen oder Kammergüter.

d) Auch das Privat- oder Schatullgut und das Familiengut des Regenten gehören dahin. Klüber a. a. O. §. 255.

e) Klüber a. a. O. §. 256 f. In diesem Sinn spricht Grotius (de J. B. et P. lib. II. c. 4. §. 14) von einem dominio populi *generali*.

§. 125.

Erwerbrecht, durch Occupation und Vertrag.

Ein Staat erwirbt, Niemand gehörige Sachen (res nullius) durch *Occupation* oder Bemächtigung (originarie): Sachen eines andern durch

Vertrag (derivative), nicht aber durch Verjährung gegen solche, welche diese anzuerkennen durch positive Bestimmungen nicht verpflichtet sind. Zu der rechtlichen *Occupation* wird *erfordert*, dafs die Sache eines ausschliessenden Besitzes fähig, und Niemand gehörig sey *a*), dafs der Staat die Absicht habe ihr Eigenthum zu erwerben, und dafs er wirklich Besitz davon ergreife, d. h. dieselbe, mit Ausschliessung Anderer, in seine physische Gewalt bringe. Das letzte geschieht durch eine solche Einwirkung mit seinen Kräften auf die Sache, dafs sie ihm nicht mehr kann entzogen werden, ohne ihm zugleich das Product seiner rechtlichen Kraftäusserung zu entziehen *b*).

a) Das Eigenthum ist rechtlich gesichert, durch untadelhafte Occupation und fortgesetzten Besitz. Daher berechtigt keine Eigenschaft eines Volkes, namentlich nicht irgend eine Art höherer Cultur, zu Verdrängung eines andern Volkes von seinem Eigenthum, selbst Wilde und Nomaden nicht ausgenommen. Günther's VR. II. 10 f.

b) J. C. F. Meister's Lehrbuch des Naturrechts (Frankf. a. d. O. 1809. 8.). Hanker's Rechte und Freiheiten des Handels (Hamb. 1782. 8.), §. 5. 17. 19. Schmalz europ. Völkerrecht, S. 136 ff.

§. 126.

Fortsetzung.

Die blosse Absicht zur Occupation, der blosse Ideal- oder MentalBesitz, ist nicht hinreichend; also auch nicht die frühere Erklärung jener Absicht *a*), sondern nur die frühere wirkliche Ausübung des Erwerbungsrechtes, welche

jedem Andern die Pflicht auflegt, sich des Gebrauchs der occupirten Sache zu enthalten *b*). Die Occupation eines unbewohnten, Niemand gehörigen Theils des Erdbodens, erstreckt sich daher weiter nicht, als die geschehene eigenthümliche Besitznehmung klar ist. Als Zeichen dieser Besitzergreifung und der Fortdauer des eigenthümlichen Besitzes, dienen alle äussern Merkmale, wodurch einem Andern die schon geschehene Zueignung der Sache, und deren Fortdauer *c*), bekannt werden kann.

a) Auch nicht die blosse Entdeckung, z. B. einer Insel. — Unbefugt waren die päpstlichen ExclusivPrivilegien auf LänderEntdeckungen und Occupationen, für Portugal 1454, bestätigt 1481 und 1493, für Spanien 1493, nebst der vom Papst gezogenen DemarcationsLinie; auch war unverbindlich für dritte Mächte, der unter jenen beiden Staaten, in Absicht auf eine solche Linie, unter päpstlicher Vermittlung geschlossene Vergleich von 1494, bestätigt 1506 von Papst Julius II. Günther's VR. II, 7 f. 203 f. Büsch Welthändel, S. 63. Meusel's europ. Staatengeschichte (Leipz. 1816), S. 82 f. Dennoch hielt Spanien noch in der neuern Zeit sich für berechtigt, alle andern Nationen von Erwerbungen in der Südsee auszuschliessen, auch sogar die diesseit der Meerenge gelegene Küste von den portugiesischen Grenzen in Brasilien bis an die Spitze von SüdAmerika allein zu besitzen, obgleich es dort fast keine Colonien hat. Moser's Beyträge, V. 515. Auch behauptete es, dafs England unter Jacob I. zu seinem Vortheil verzichtet habe auf Anlegung irgend eines Etablissements in SüdAmerika. Ebendas. V. 521. Auch Holland that Vorstellung gegen Anlegung einer grofsbritannischen Colonie in Ostindien, auf einer Insel in der Nähe holländischer Besitzungen. Ebendas. V. 556. — Unter dem Vorwand der ersten Entdeckung, Eroberung und Occupation, liessen die Vereinigten Staaten von Amerika im J. 1813 von einer ziemlich bevölkerten Insel Besitz nehmen,

welcher der amerikanische Capitain David Porter den Namen *MaddisonsInsel* gegeben hatte, welche aber die Eingebohrnen *Nooa - Beevah* nennen. Die Besitzergreifungs Acte, vom 19. Nov. 1813, steht in den Miscellen aus der neuesten ausländischen Literatur, Heft 3 (Leipz. 1814), S. 577 ff.

b) Mehr nicht sagt die Regel: res nullius cedit *primo* occupanti. Denn die Zeit, eine Form der Sinnlichkeit, ist eben so unfähig, Rechte zu geben, als sie zu nehmen. Nihil fit a tempore, quanquam nihil non fit in tempore. Grotius de J. B. et P. lib. II. c. 4. §. 1.

c) Fortwährender körperlicher Besitz (Inhabung) wird nach dem Völkerrecht zu der Fortdauer des Staatseigenthumsrechtes nicht erfordert. Das Daseyn eines sprechenden Merkmals, dafs die Sache weder nullius noch derelicta sey, ist hinreichend. In solchem Fall vermöchte ein Anderer die Sache sich nicht zuzueignen, ohne dem bisherigen Eigenthümer das Product seiner rechtlichen Kraftäusserung eigenmächtig zu entziehen, das heifst, ohne dessen Recht zu verletzen. Vergl. Hanker a. a. O. §. 17. — Bynkershoek (de dominio maris, c. 1.) stellte den Satz auf: „ultra detentionem corporalem dominium non extendi, nisi ex conventione; eam conventionem esse civium in quaque civitate; solam legem civitatis dominia rerum defendere etiam sine possessione corporali; ex vetusta apprehensione nihil esse juris tam in adipiscendo quam retinendo rerum dominio, nisi animo simul et corpore perpetuo iis incumbamus". Gegen ihn traten auf, Christian. Thomasius in notis ad Ulr. Huber, de jure civitatis, lib. II. Sect. 4. c. 2. n. 43. und Gottl. Gerh. Titius diss. de dominio in rebus occupatis ultra possessionem durante (Lips. 1704. 4. und in seiner Collectione dissertat. p. 316.), §. 31. sq. Bynkershoek ward vertheidigt von Theod. Graver diss. de mari natura libero, pactis clauso (Ultraj. 1728. 4.), Sect. I. c. 3. §. 5. sqq. und von Breuning in quaest. juris nat. illustr. p. 13. Auch stimmt ihm bei, J. A. Schlettwein in den Rechten der Menschheit (Giessen 1784. 8.), §. 124. In einer spätern Ausgabe erklärte Bynkershoek selbst seine Meinung wie folgt: „Praeter animum possessionem desidero, sed *qualemcunque*, quae probet, me nec corpore desiisse possidere. Man s. dessen Opera omnia, T. II. p. 136.

§. 127.

Staatsvermögensrecht.

Die rechtlichen Wirkungen des Eigenthums stehen auch einem Staat über sein *Staatsvermögen* zu; also ausschliessend nicht nur das eigenthümliche Besitz- und Genufsrecht, sondern auch das Verfügungs- oder ProprietätsRecht. Unabhängig von andern Staaten, kann er darüber verfügen, durch Einrichtungen für eigene Zwecke, durch jede Art von Uebereinkunft mit Einheimischen oder Auswärtigen, durch Verpfändung, Veräusserung, oder Aufgebung (Dereliction). Auch findet sich bei ihm die rechtliche Möglichkeit, durch Accession zu erwerben.

§. 128.

Staatseigenthumsrecht.

Staatsgebiet, mit allgemeiner Oberherrschaft darin.

Das Staatseigenthumsrecht bezieht sich auf das ganze *Staatsgebiet* (Territorium), auf denjenigen Theil des Erdbodens nebst Zugehör, worüber dem Staat das Recht der Oberherrschaft mit unabhängiger ausschliessender Wirksamkeit zusteht. Der Regent des Staates heifst darum, weil er als Oberherr über diesen Landesbezirk zu gebieten hat, *regierender Herr* oder *Landesherr* (dominus territorii). Nicht blofs das Staats- und Privatvermögen, sondern auch die herrenlosen Sachen (adespota) inner-

halb dieses Bezirkes (§. 124), stehen physisch und moralisch zur ausschliessenden oberherrlichen Verfügung desselben Staates. Da nun alle Sachen in dem Staatsgebiet zu einer von diesen drei Arten der Sachen gehören, so gilt die Regel, dafs jede in dem Gebiet eines Staates befindliche Sache, auch der Oberherrschaft desselben unterworfen sey (quicquid est *in* territorio, etiam est *de* territorio), bis das Gegentheil erwiesen ist *a*). Demnach gehört zu dem Staatsgebiet nicht blofs derjenige Bezirk, welchen das Volk wirklich bewohnt, sondern auch der ganze Land- und Wasserbezirk, welcher von der Staatsgrenze umschlossen ist, mit Allem was darin sich befindet, es sey von Natur, oder durch menschlichen Fleifs, oder durch Zufall.

a) Durch Vertrag, kann *auswärtigem* Staats- oder Privatgut, innerhalb des diesseitigen Staatsgebietes, *Exterritorialität* zustehen. Auch Grundeigenthum (eingeschlossenes Territorium, Enclave, Portion séparée) kann sich hierunter befinden. Moser's Grundsätze des europ. VR. in Friedensz. S. 361 ff. Günther's VR. II. 206. — Daher die Eintheilung der Territorien in *geschlossene* und *ungeschlossene* oder vermischte (clausa et non clausa). Günther II. 177. 206. Klüber's öffentliches Recht des teutschen Bundes, §. 112.

§. 129.

Bestandtheile des Staatsgebietes.

Das Gebiet eines Staates besteht theils aus *festem Lande* (Landgebiet), theils aus *Wasser* (Wassergebiet). Beide zusammen können als *Haupt-* und *Nebenland* unterschieden seyn, je nach-

dem sie als Hauptwohnsitz des Staates betrachtet werden, oder nicht. Fehlt gleich dem Haupt- und Nebenland gewöhnlich der geographische Zusammenhang, so sind doch, im Verhältniſs zu Auswärtigen, die Rechte des Staates in Ansehung beider der Regel nach dieselben *a*). Auch liegen bisweilen, als *Zugehörungen* (Pertinenzen) des Staatsgebietes, einzelne TerritorialStücke in fremdem Staatsgebiet *b*). In Hinsicht auf das in dem Staatsgebiet befindliche Wasser, gehören zu dem *Fluſsgebiet*, alle Ströme, Flüsse, Bäche und Canäle *c*), auch die Grenzflüsse, ganz oder zum Theil (§. 133), wenn nicht schon das diesseitige Ufer die Staatsgrenze macht. Bei Veränderung des Fluſslaufs, bleibt das Eigenthum oder Miteigenthum des verlassenen Fluſsbettes, wie vor der Veränderung *d*).

a) Schrodt syst. juris gent. P. II. c. 1. §. 17.

b) Günther a. a. O. II. 170.

c) F. L. v. Cancrin's Abhandlungen aus dem Wasserrecht, Bd. I, (Halle 1789. 4.) S. 37 ff. 71 ff.

d) Günther, II. 25.

§. 130.

Insonderheit des Seegebietes.

Zu dem *Seegebiet* eines Staates gehören diejenigen Seebezirke, welche eines ausschliessenden Besitzes fähig sind, und über welche der Staat die Oberherrschaft durch Occupation oder Vertrag erworben und beibehalten hat. Von dieser Art sind: 1) diejenigen Theile des Welt-

meeres, welche an das eigene Landgebiet grenzen, wenigstens (der jetzt fast allgemein angenommenen Meinung nach) so weit, als sie mit Canonenschüssen von der Küste aus können bestrichen werden *a*) (nächstangrenzendes Meer, mare proximum s. vicinum); 2) diejenigen Theile des Weltmeeres, welche sich in das eigene Landgebiet hinein ausbreiten, so weit sie von beiden Ufern mit Canonen können bestrichen, oder der Eingang den Schiffen kann verwehrt werden *b*) (Meerbusen, Bay, Bucht, Golfo, Sinus); 3) diejenigen Theile des Weltmeeres, wo das Meerwasser zwischen zwei Ländern durchfliefst und zwei Meere verbindet, so weit jene Theile vom Ufer aus mit Canonen sich bestreichen lassen, oder die Ein- und Ausfahrt den Schiffen kann verwehrt werden (Meerenge, Canal, Strasse, Sund, Bosporus).

a) „Non ultra, quam e terra mari imperari potest". — „Eo potestas terrae extenditur, quousque tormenta exploduntur, eatenus quippe cum imperare, tum possidere videmur". Bynkershoek de dominio maris, c. 2., in s. Operib. omnib. T. II. (Lugd. Bat. 1767. fol.), p. 126. sq. Surland's Grunds. des europ. Seerechts (Hannov. 1750. 8.), §. 483. Moser's Versuch, V. 486. Neyron principes du droit des gens, §. 266. H. Hanker's Rechte u. Freiheiten des Handels (Hamb. 1782. 8.), §. 20, S. 58 ff. La liberté de la navigation et du commerce des nations neutres pendant la guerre (à Lond. et Amst., vielmehr Giessen, 1780. 8.), §. 22. Günther a. a. O. II. 38 f. 48 ff. 203. — Ohne Zweifel gilt dieses namentlich auch von der Meerenge von Gibraltar, von dem britannischen Canal (la manche), und von der Meerenge von Calais, unlängst (von 1806 bis 1815) auch von der Meerenge zwischen Sicilien und Calabrien (il Fano di Messina), wo

die beiderseitigen Küsten verschiedenen Staaten gehörten. — Viele Staatsverträge bestimmen für benachbarte Meere eine Entfernung von *drei* Lieues, z. B. der pariser Fr. von 1763, Art. 5, vergl. jedoch mit Art. 15, wo 15 Lieues festgesetzt sind; der französische Tractat mit Algier, von 1689, bestimmt 10 Lieues von der französischen Küste an. Daher betrachten einige die Weite von *drei* Lieues als einen auf Herkommen beruhenden Grundsatz des europäischen Völkerrechtes. Manche der ältern Rechtslehrer bestimmten nach Willkühr eine Meilenzahl, z. B. 60, oder 100; andere wählten einen andern, noch schwankenderen Maasstab, z. B. zwei Tagreisen, oder so weit das Gesicht eines Menschen, oder ein Wurfspiefs in die See trägt, oder die Stimme eines Menschen von der Küste aus gehört werden kann. Rayneval stimmt für den sichtbaren Horizont. Oberherrschaft und Eigenthum über die See behauptet Dänemark, 4 Meilen von Island, und 15 von Grönland. Streit defswegen mit Grofsbritannien und den vereinigten Niederlanden. Moser's Versuch, VII. 677. Kluit hist. federum Belgii federati, P. II. p. 422. Pestel diss. selecta capita juris gentium maritimi, §. 9.

b) z. B. die Südersee, das curische und das frische Haff.

§. 131.

Fortsetzung.

Von der angezeigten Art sind ferner: 4) diejenigen grössern Meerbusen, Meerengen und angrenzenden Meere, welche, obgleich sie von dem Ufer aus mit Canonen nicht ganz können bestrichen werden, dennoch als beherrscht von andern Staaten anerkannt sind *a*) (mare clausum); 5) diejenigen Theile des Weltmeeres an dem Landgebiet, wo den Schiffen durch die Natur oder Kunst mehr oder weniger Sicherheit gegen Sturm verschafft wird, so weit man den Schiffen nach Willkühr den Eingang oder Aufenthalt wehren kann *b*) (Rheden, Hafen);

6) die von dem Staatsgebiet umgebenen Seen (Landseen, lacus), so fern nicht auch der Beherrscher eines andern daran grenzenden Landgebietes Theil daran hat c), nebst den kleineren Seen, Teichen und Lachen.

a) Beispiele zu Num. 3 und 4 sind: die Meerengen des grossen und kleinen Belts, und der Oeresund, der Canal von Bristol, der St. GeorgCanal, und die Meerenge zwischen Schottland und Irland, nebst dem irischen oder irländischen Meer; die Meerengen der Dardanellen (Hellespont) und von Constantinopel (Bosporus Thraciae), nebst dem Mar di Marmora; die Meerenge von Messina. — Die Pforte betrachtet als eine alte Regel, daſs den Kriegsschiffen fremder Mächte nicht frei stehe, in den Canal von Constantinopel zu segeln, das heiſst, in die Meerengen der Dardanellen und des schwarzen Meeres. M. s. ihren Friedensschluſs mit Groſsbritannien von 1809, Art. 11, in v. Martens recueil, Supplém. V. 162. — Weil in dem *Sund*, wegen der Untiefen auf der Seite von Schonen, alle Schiffe genöthigt sind, auf der dänischen Seite unter den Canonen von Cronenburg durchzusegeln, so lieſs sich Schweden von Dänemark die freie Fahrt durch den Sund und Belt versprechen, in dem Fr. v. Brömsebroe 1645, Art. 1 u. 14. Schmauss C. J. G. I. 541 f. Von dem Streit wegen der dänischen Oberherrschaft über den Sund, s. v. Moser's kleine Schriften, IX. 290 ff. u. v. Kamptz neue Lit., S. 210, Num. 7—8. — Bei Gelegenheit der ersten bewaffneten Neutralität von 1780, stellten die nordischen Mächte den Grundsatz auf, das *baltische Meer* sey ein geschlossenes Meer (mare clausum), auf welchem in Kriegen anderer Mächte keine Art von Feindseligkeiten statt haben dürfe. De Martens recueil, II. 84. 135 f. V. 276. Dawider erklärte sich England, am 18. Dec. 1807. Polit. Journal v. Jan. 1808, S. 88. Vergl. ebendas. 1806, Jun., S. 628. — Schriften in v. Kamptz neuer Lit., §. 176.

b) Drei Arten von *Häfen*: 1) *offene*, offen für den Handel aller Völker, gegen Bezahlung der verordneten Zölle; 2) *Freihäfen*, offen, mit Befreiung der Schiffe von allen oder gewissen Zöllen, auch wohl nebst manchen andern Befreiungen (Beispiele in Schmauss C. J. G. I. 947. 952., de Martens recueil VI. 162., und Moser's Versuch des europ. Völkerr.

VII. 732 ff. Im J. 1815 ward der Freihafen von Genua wieder hergestellt. Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. VI, S. 195. L. J. Colling delineatio jurid. portus franci. Lugduni (Gall.) 1775. 4. Emérigon traité des assurances, I. 190.); 3) *geschlossene*, für fremde Schiffe, den Nothfall ausgenommen (so fast alle Häfen in aussereuropäischen Colonien europäischer Staaten). v. Martens Einl. in d. VR. 149, i. F. L. v. Cancrin von dem Begriff und Rechte der Häfen, u. s. w.; ist der dritte Band seiner Abhandlungen von dem Wasserrecht. Halle 1800. 4. Schriften in v. Kamptz neuer Lit., §. 198.

c) Von Landseen, Günther, II. 21. Moser's Versuch des europ. VR. V. 284. 288. 307. *Ebendess.* Beyträge zu dem europ. VR. V. 237. — Von den Streitigkeiten über den *Bodensee* (lacus acronius s. bodamicus): Günther, II. 55. Moser's nachbarl. Staatsr., S. 440. v. Römer's Völkerrecht der Teutschen, S. 250. C. G. Buder diss. de dominio maris suevici (Jen. 1742), p. 30. sqq. 42. sqq. Matth. Seutter de Loezen diss. de jure navandi in lacu bodamico (Erlang. 1764), p. 14. sq. 20. sq.

§. 132.

Wovon die offene See zu unterscheiden ist.

Von den genannten *occupirten* Meeren oder Abtheilungen des Meeres, den so genannten Particular Meeren, ist zu unterscheiden die *offene See*, das offene, weite oder grosse Weltmeer, der Ocean (Mare exterum s. universum, Oceanus), welcher die verschiedenen Welttheile des Erdbodens mit einander verbindet, und idealisch in vier grosse oder Hauptmeere getheilt wird, in das Eismeer, den indischen Ocean, den amerikanischen oder westlichen Ocean, das Süd- oder stille Meer (Mare pacificum oder Mar del Zur); von welchen das erste und dritte die Küsten von Europa berühren. Die physische Unmöglichkeit, sich der offenen See mit Ausschlies-

sung

sung Anderer fortwährend zu bemächtigen, und dieselbe mit einem, die Fortdauer des erlangten eigenthümlichen Besitzes aussprechenden Merkmal zu versehen, verbunden mit der völkerrechtlichen Unwirksamkeit eines blossen Mental- oder IdealBesitzes (§. 126), legt allen Staaten die Pflicht auf, die offene See für unbesitzbar, mithin fortdauernd als Niemand gehörig, und eben darum für *frei von Eigenthum und Oberherrschaft* (mare liberum) anzuerkennen *a*). Sie sind folglich gegenseitig verpflichtet, einander an dem Gebrauch derselben nicht zu hindern *b*). Wenn es indeſs an sich jedem Staat wie an Macht, also auch an Recht fehlt, Eigenthum und Oberherrschaft über die offene See zu behaupten, so wäre doch deren Einräumung durch Vertrag, von Seite der Interessenten, aller oder einzelner, ganz oder theilweise, denkbar *c*). Doch würde dieses nur die Einwilligenden verpflichten, und auch diese nur gegen den andern contrahirenden Theil.

a) Diese merkwürdige Frage ist verschieden beantwortet worden. Einige behaupten die *Freiheit* der offenen See, z. B. Grotius (1609), Graswinkel, Böcier, Glafey, Wolff, Schrodt, Günther, Kant (metaphys. Anfangsgr. der Rechtslehre, S. 95), Hanker a. a. O. §. 18 f., u. a. De la liberté des mers, par M. Gérard de Rayneval. à Paris 1811. 2 vol. 8. Auch ins Englische übersetzt in England und Nordamerika, 1812. — Andere streiten für *Eigenthum* und *Oberherrschaft*, z. B. Freitas (1625), Selden (1635), Strauch, Conring, Bouchaud (1777), u. der Verf. von A general Treatise of the dominion of the Sea and a compleat body of the Sea-laws. Lond. 1709. — Noch

Andere meinen, wenigstens die Besetzung eines Meeres durch Schiffe, insonderheit durch Wachtschiffe, könne, so lang sie mit dieser Absicht dauert, das Eigenthum desselben gewähren. „Ita quippe censeo: mare in dominium redigi posse, ut quod maxime, neque tamen hodie ullum mare imperio alicujus Principis teneri, nisi qua, forte in illud terra dominetur". — „Non aliter id dominium retineri, quam possessione perpetua, hoc est, navigatione, quae perpetuo exercetur ad custodiam maris, si exterum est, habendam; ea namque remissa, remittitur dominium, et redit mare in causam pristinam, atque ita rursus occupanti primum cedit". Bynkershoek l. c. in praefat. et cap. 2. 3. et 9., in s. Operib. omn. T. II. p. 127. sqq. et 137. Eine Prüfung der Bynkershoekischen Gründe, liefert Thomasius in notis ad Huber. de jure civitatis, lib. II. Sect. 4. c. 2. n. 43. p. 452. sqq. — Die *Schriften* sind angezeigt, in v. Ompteda's Lit. II. 521—528, in v. Kamptz neuer Literatur, §. 172 f., u. J. Th. Roth's Archiv für das Völkerrecht, Heft I, S. 103. A. M. Jaques Dupin diss. sur le domaine des mers et la contrebande. Paris 1811. 12.— Die *Geschichte* des Streites erzählen, v. Cancrin in s. Abhandlungen v. d. Wasserrecht, Bd. I, S. 44—46., Günther, II. 28 ff., u. Bouchaud in s. Théorie des traités de commerce. à Paris 1777. 8. — Gründe und Gegengründe, bei Günther, II. 25—28, 32 f. u. 34 f.

b) Die hierüber aufgeworfene Frage ist nicht blofs Schulfrage. Verschiedene europäische Mächte, besonders Portugal u. Spanien, haben, zu verschiedenen Zeiten, die Behauptung eines ausschliessenden Rechtes auf das Weltmeer, ganz oder zum Theil, aufgestellt. Günther II. 35. Spanien hielt noch in der neuern Zeit sich für berechtigt, alle andern Nationen von der Südsee auszuschliessen. Moser's Beyträge, V. 115. Neueste Staatsbegebenheiten, 1775, S. 124. Spaniens Erklärung vom 4. Jul. 1790, in dem Hist. polit. Magazin 1790, Bd. II, S. 182. — Von Streitigkeiten über eingeschlossene grössere Abtheilungen des Meeres, z. B. das britannische, die Nord- und Ostsee, das mittelländische, adriatische, ligustische, rothe und schwarze Meer. Günther II. 35. 39—47 u. 54. v. Moser's kleine Schriften, X. 218 ff. v. Kamptz neue Lit., §. 174—181. Bynkershoek l. c. cap. 5. 6. 7. — Häufige Streitigkeiten europäischer Staaten unter sich, in Ansehung der Meere an ihren ausser-

europäischen Besitzungen (J. J. Moser's Nordamerika nach den Friedensschlüssen v. 1783, Bd. III); zum Theil durch Verträge beigelegt, z. B. in dem Vertrag zw. Grofsbritannien u. Spanien 1790, in de Martens recueil III. 148. — Von Meeren, deren Freiheit unbestritten ist, s. Günther, II. 54.

c) Pufendorf de J. N. et G. lib. IV. c. 5. §. 5. sq. Bynkershoek l. c. cap. 3. Theod. Graver diss. de mari natura libero, pactis clauso. Ultraj. 1728. 4. — Vertrag zwischen Oestreich und Grofsbritannien von 1731, in Rousset's Supplément zu Du Mont's Corps diplomatique, T. II, P. II, p. 285; und Hollands Beitritt von 1732, ebendas. S. 287. — Eine Servitutem non navigandi behaupteten die vereinigten Niederlande gegen die 1723 errichtete, durch den wiener Tractat von 1731 aufgehobene Handelsgesellschaft von Ostende. v. Ompteda's Lit. II. 600 f.

§. 133.

Grenzbestimmungen des Staatsgebietes.

Ein Staatsgebiet hat meist bestimmte *Grenzen.* Man unterscheidet bei diesen, die *natürlichen* (limites naturales s. occupatorii), z. B. Wasser, das Ufer, der Thalweg, oder auch die Mitte eines Flusses, Gebirge, Thäler, wüste Plätze, Steppen, Klippen, Felsen, Küsten, Sandbänke, Inseln, und die *künstlichen* (limites artificiales), z. B. Steine, Pfähle, Säulen, Gebäude, Brücken, gezeichnete Bäume oder Felsen, Strassen, Erdhaufen, Landgraben und Landwehren, befestigte schwimmende Tonnen, u. d. *a*). Auf dem Meer ist eine vertragmäsige ungefähre Raumbestimmung nach Graden der Länge und Breite denkbar, mittelst der mathematischen Geographie, in Verbindung mit der Sternkunde. Bisweilen ist dieselbe festgesetzt

nach CanonenSchufsweite, oder nach einer bestimmten Anzahl Seemeilen, von einer Insel oder Küste an gerechnet *b*). Auf Grenzflüssen und Landseen ist, wenn auch das entgegengesetzte Ufer occupirt ist, im Zweifel die Mitte derselben, mit Einschlufs der von der Mitte durchschnittenen Inseln, die Staatsgrenze *c*). Statt dessen hat man in neuerer Zeit auf Flüssen bisweilen den *Thalweg* zur Grenzbestimmung gewählt *d*), das heifst, die (wandelbare) Fahrbahn der thal- oder abwärtsfahrenden Schiffer, oder vielmehr die Mitte dieser Fahrbahn; desgleichen auf *Brücken*, die Mitte derselben. Nicht selten werden die Staatsgrenzen durch eigene *Verträge* (foedera finium, traités de limites ou de barrière) genau bestimmt *e*), und darüber eigene *GrenzCharten* errichtet *f*). Zu Verhütung oder Beilegung der Grenzirrungen, so auch zu Veränderung der Grenzen, dienen Grenzbesichtigungen und GrenzCommissionen *g*), auch Beweisführung durch Zeugen und Urkunden jeder Art *h*).

a) Günther, II. 170—176. v. Kamptz neue Lit. §. 106. — Man unterscheide *Staats*- und *Privat*Grenze, und von beiden die *politische* (limes politicus s. mensuratus), als Raumbestimmung für die Ausübung gewisser Rechte, z. B. der Schiffahrt und des Handels auf dem Meer. Schrodt l. c. §. 25. 26.— Auch sind zu unterscheiden: Staats- und kirchliche, z. B. Provinzial-, Dióces- und Kirchspielgrenze; desgleichen Militär-, Geleite- und Gerichts- oder Amtsgrenze, auch Stadt-, Dorf- und Gutsgrenze, ferner Mark-, Forst-, Jagd-, Grundeigenthums- u. d. Grenze. Eine MilitärGrenze, in dem Fr. v. Campo-Formio 1797, Art. 6.

b) GÜNTHER, II. 202 ff.

c) Beispiele von Grenzflüssen, bei GÜNTHER, II. 19 ff. u. in MOSER's Versuch des europ. VR. V. 284. 283. 307. *Ebendess.* nachbarl. Staatsr., S. 442 ff. — HauptRecefs der frankfurter TerritorialCommission, vom 20. Jul. 1819, Art. 41; in v. MARTENS recueil, Supplém. VIII. 621. — Von Landseen s. oben §. 131.

d) Lünéviller Fr. 1801, Art. 6. Wiener Fr. 1809, Art. 3, Num. 2, u. Art. 11. Tilsiter Fr. 1807, der russische, Art. 9, der preussische, Art. 18. Cessions- u. DemarcationsVertrag zwischen Oestreich u. Rufsland, v. 19. März 1810, in v. MARTENS recueil, Supplém. V. 252. Grenzvertrag zwischen Preussen u. Westphalen, v. 14. Mai 1811; bei v. MARTENS l. c. V. 382. Acte final du congrès de Vienne, art. 4 et 95. Frankreichs Vertrag mit Grofsbritannien, Oestreich, Preussen und Rufsland, v. 20. Nov. 1815, Art. 1, Num. 2; bei v. MARTENS a. a. O. VI. 686. Oestreich-baier. Staatsvertrag v. 14. April 1816, Art. 1 u. 9, in KLÜBER's Staatsarchiv, Bd. I, S. 401 u. 406. HauptRecefs der frankf. TerritorialCommission, v. 20. Jul. 1819, a. a. O. Grenzvertrag zwischen Rufsland und Schweden vom 20. Nov. 1810, bei v. MARTENS l. c. V. 313. VIII. 33. — Der Staatsvertrag zwischen Baden und dem Canton Aargau, v. 17. Sept. 1808, Art. 1, bestimmt zur Grenze den Thalweg des Rheins, worunter *hier* die gröfste Tiefe des Stroms verstanden wird, und auf *Brücken* die Mitte derselben. Badisches Regier. Blatt, 1809, Num. 35. — Dasselbe ist festgesetzt, in Ansehung der *Rheinbrücke* zwischen Strasburg und Kehl, in dem angef. pariser Vertrag v. 20. Nov. 1815, Art. 1, Num. 2. — Von den Mängeln einer Grenzbestimmung durch den Thalweg, s. KLÜBER's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 90. — Von *zwei* Thalwegen, die es in einigen Gegenden des Rheins giebt, s. Du Thalweg du Rhin (par M. JOLLIVET), à Mayence an X (1801) 8. §. 6, 7. 11. 64.

e) Petr. Fr. L. B. ab HOHENTHAL diss. de foederibus limitum. Lips. 1763. 4. Institutions politiques, par le baron de BIELFELD, T. II, ch. 6, §. 22. 23. p. 120. — Beispiele in der musterhaften Grenzbeschreibung, Chr. Hub. PFEFFEL diss. de limite Galliae. Argent. 1785. 4. (Ein Auszug in KLÜBER's *kl. jur. Bibl.*, I. 85 — 113.) — Grenzvertrag zw. Oestreich

u. dem Königr. Italien, zu Fontainebleau am 10. Oct. 1807 geschlossen, in d. Polit. Journal 1807, St. XII, S. 1212. Desgl. zw. Rufsland u. Schweden, v. 20. Nov. 1810, in v. MARTENS recueil, Supplém. V. 313. VIII. 33. Desgl. zw. Preussen u. dem K. Sachsen, v. 22. Aug. 1819. Preussische Grenzen auf der linken Rheinseite, in d. angef. HauptRecefs der frankf. Territ. Commission, Art. 13 u. 14. Desgl. zw. Frankreich u. d. Königr. der Niederlande, v. 28. März 1820. Acte final du congrès de Vienne, art. 2, 4, 7, 66, 85 et 95.

f) GÜNTHER, II. 196. 208. MOSER v. d. R.Stände Landen, S. 14 f. 17 f.

g) GÜNTHER, II. 200. 185. 197. J. J. MOSER v. d. geographischen Staatsklugheit bei Schliessung der Tractaten; in s. vermischten Abhandl. aus d. europ. Völkerr. (Frankf. 1756. 8.), S. 264.

h) GÜNTHER, II. 189. KLÜBER's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 207 — 212.

§. 134.

Wirkungen des Staatseigenthumsrechtes in dem Staatsgebiet. In Absicht auf 1) Zuwachs, und 2) Einrichtungen für eigene Zwecke.

Vermöge des Staatseigenthumsrechtes steht dem Staat, mit Ausschlufs aller Auswärtigen, die Befugnifs zu, das Staatsgebiet nicht nur zu besitzen und zu gebrauchen, sondern auch darüber zu verfügen, und dasselbe durch Accession zu vermehren. Der Staat ist demnach berechtigt, 1) Sachen, welche durch äusserlich wirkende Ursachen zu dem Staatsgebiet hinzukommen (*Accessionen*), mit demselben als Staatseigenthum zu verbinden; gleichviel, ob der *Zuwachs* erfolgt durch Anspülung (alluvio), oder durch Anwurf (appulsio, coalitio), oder durch Bildung einer Insel in seinem Wassergebiet *a*). Der Staat hat 2) das Recht, das

Staatsgebiet *für eigene Zwecke einzurichten*, namentlich durch Anlegung von Festungen, Häfen, Brücken und Strassen, durch Leitung oder Aenderung des Laufs der Flüsse, u. d., selbst dann, wenn solches in seinen Folgen nachtheilig seyn könnte für andere Staaten *b*).

a) Grotius de J. B. et P. II. 3. 17. v. Cancrin's Wasserrecht, Bd. I, Abhandl. 3, S. 167 ff. 184. 212. Vattel droit des gens, L. I, ch. 22, §. 268, 275. Günther's VR. II. 57—64.— Von schwimmenden Inseln, s. v. Cancrin, I. 175. 206. Günther II. 61. — Ob zu Erlangung des Eigenthums an dem Anwurf, Besitzergreifung nöthig sey? Günther, II. 59 f.

b) Qui jure suo utitur, nemini facit injuriam.

§. 135.

3) *Gebrauch des Staatsgebietes für Auswärtige.*

Aus dem unabhängigen Staatseigenthumsrecht, fliesst ferner 3) die Befugniss, alle *Auswärtigen*, namentlich fremde Staaten und deren Angehörige, nicht nur von der Occupation herrnloser Sachen (adespotorum) in dem Staatsgebiet (§. 124), und von dem Nothgebrauch des letzten *a*), sondern auch von jeder Art seines unschädlichen Gebrauchs *b*), von Durchreise, Aufenthalt, Verkehr, Erwerb und Niederlassung in demselben *c*) auszuschliessen, oder solche nur unter gewissen Bedingungen oder Einschränkungen zu erlauben, insbesondere gegen Legitimation und bestimmte Abgaben, und dass ein Auswärtiger bei einem vorübergehenden Aufenthalt in dem Lande als

temporärer Unterthan zu behandeln, den inländischen Staatsgesetzen unterworfen, auch gegen seinen Nachlafs daselbst das Heimfalls- oder Fremdlingsrecht auszuüben sey. Wenn in einzelnen Staaten Politik, Staatsinteresse, oder Humanität, in der Ausübung dieser Befugnisse Nachsicht oder Ungleichheit gegen manche Auswärtige veranlassen, so kann solches als Recht von diesen, und eine gleiche Behandlung von Andern, ohne Vertrag nicht in Anspruch genommen werden *d*), selbst nicht aus dem Grunde der Nachbarschaft *e*). Gewaltsam angemafster Gebrauch, wäre Verletzung des Territoriums, und könnte als Rechtsverletzung geahndet werden *f*).

a) Bei Seegefahr machen alle europäischen Staaten, billig, eine Ausnahme. Nicht so bei der Flucht vor dem Feind, und bei einbrechenden Seuchen. — Ob eingeschlossene Staaten den Durchgang durch andere Staatsgebiete, zu Land oder zu Wasser, als natürliche Zwangpflicht fordern können? z. B. Portugal durch Spanien, Neapel durch das mittlere und obere Italien, der gröfste Theil der herzoglich- anhaltischen Besitzungen und das Fürstenthum Schwarzburg Sondershausen durch die preussischen Staaten, die Staaten an der Ostsee durch den Sund, die teutschen Staaten an der Donau auf diesem Flufs durch die östreichischen und türkischen Staaten? Einige nehmen hier eine natürliche Staatsdienstbarkeit an. Wolff jur. gent. c. 3. §. 323. Günther, II. 233. J. N. Hertius diss. de servitute naturaliter constituta, cum inter diversos populos, tum inter ejusdem reip. cives. Giess. 1699, u. in s. Opusc. Vol. II. T. III. p. 103—154. Durch Verträge wird ein solcher Durchzug oft bedungen, z. B. von Rufsland aus dem schwarzen Meer. Fr. v. Kainardschy 1774. Art. 11. Bestimmungen des wiener Congresses für die Schiffahrt auf Strömen, welche verschiedene Staaten

scheiden oder durchströmen, in dem Acte final, art. 108—117, und in dem Annexe 16. Man s. oben §. 76, Noten b u. c.

b) G. L. Boehmer diss. de jure principis libertatem commerciorum restringendi, §. 16. sqq., u. in s. Electis juris civ. T. III. exerc. 19. Günther, II. 216—229. Moser's Versuch, VI. 37.

c) Unter Anderem gehört hieher: Werbung für fremde Kriegsdienste oder Colonien, Handlungsunternehmungen, Sammlung für fremde Lotterien u. a. Glückspiele, Gewerbe durch Kunstfertigkeiten und Sehenswürdigkeiten, u. d.

d) Grotius de J. B. et P. lib. II. c. 2. §. 22. Vattel, droit des gens, liv. II, ch. 10, §. 237 sqq.

e) Günther, II. 230 f.

f) Günther, II. 234 ff. — Bei *streitigem* TerritorialEigenthum kann ein gewaltsamer Gebrauch von Seite des unabhängigen Gegners, in der Regel als violatio territorii nicht betrachtet werden. Moser's Versuch, V. 379. *Ebendess.* Beyträge, V. 334.

§. 136.

Fortsetzung.

Nach der jetzigen Praxis der europäischen Staaten, wird 1) in friedlichen Verhältnissen des Staates, unverdächtigen Fremden der Einlass in das Staatsgebiet, für Durchreise und andern temporären Aufenthalt, nicht leicht erschwert *a*); doch oft unter Beobachtung mehr oder minder strenger Förmlichkeiten *b*), und unter der Bedingung, dass sie der PolizeiAufsicht und den auf sie anwendbaren Gesetzen des Landes unterworfen seyen. 2) Dagegen werden TruppenDurchmärsche, Ein- u. Durchfahrt der MilitärTransportschiffe, und Durchführung der Verbrecher mit bewaffneter Escorte, anders nicht

erlaubt, als nach vorhergegangener Requisition und Bewilligung *c*). 3) Auch werden, nach der eigenen Meinung von dem StaatsBedürfniss oder Vortheil, bald Freiheit bald Einschränkungen des Verkehrs, insbesondere Handelssperre oder Freiheit, ganz oder theilweise, active oder passive, verfügt, auch wohl durch Staatsverträge bedungen *d*). Namentlich gilt dieses von der Zulassung fremder Post- und Handelsschiffe, welche überall leichter eingelassen werden, als Kriegsschiffe, die ausser offenbarer Seegefahr entweder gar nicht, oder nur in geringer Anzahl in das Seegebiet einlaufen dürfen *e*). 4) In Absicht auf inländischen Gütererwerb und Güterbesitz, werden Auswärtige bald gar nicht, bald mehr oder weniger eingeschränkt *f*), am meisten da wo strenge IndigenatGesetze gelten (§. 79). 5) Endlich wird fremden Souverainen, während ihres temporären Aufenthaltes im Lande, meist Exterritorialität eingeräumt *g*).

a) Schriften in v. Kamptz neuer Lit. des VR., §. 118 f. — Anders oft in aussereuropäischen Besitzungen europäischer Mächte, besonders in Colonien. Moser's Versuch, VI. 42 ff.

b) Z. B. Pässe, Visitation, Sicherheits- oder Polizeikarten. Am strengsten sind die Einschränkungen bei Besehung der Festungswerke, Zeughäuser u. d. Moser's Versuch, VI. 45. Desgleichen bei Seuchen, wo Quarantaine zu halten ist. Günther, II. 220. Spanische Verordnung v. 1791, die Einlassung und den Aufenthalt der Fremden betr., in de Martens recueil, V. 8—18. Sie ward nachher eingeschränkt, auf Vorstellung verschiedener Mächte. — Das *Incognito* wird nur aus besondern Rücksichten gestattet. Moser's Versuch, VI. 44. Jos. Dressler epist. de juribus principis in-

cognito peregrinantis odiosis. Martisb. 1730. 4. Vergl. oben §. 49 a, 106 u. 115.

c) Vergl. oben §. 88. — In manchen Staatsverträgen ist dieses ausdrücklich festgesetzt. Adr. Kluit hist. fed. Belgii foederati, II. 459. Vertrag zwischen Portugal u. Spanien v. 1715, Art. 19.

d) Westphäl. Fr. 1648, J. P. O. art. 9. §. 1. 2. — Selbst in Staatsgesetzen zuweilen, z. B. in der englischen Magna charta Heinrichs VII. v. 1224, Art. 30, in v. Martens Samml. der wichtigsten Reichsgrundgesetze, I. 728.

e) Meist nur drei. Fr. v. Utrecht 1713, Art. 7. Bisweilen sechs. Französisch-portugiesischer Fr. v. 1713, Art. 7. Auch wohl nur eines. Vertrag zwischen England u. Spanien 1667, Art. 16. Mehrere Verträge Dänemarks mit andern Seestaaten. — Von Schwierigkeiten in aussereuropäischen Besitzungen, s. Günther, II. 221. Moser's Beyträge, V. 481.

f) Russisch-östreichischer Vertrag v. 1785, Art. 24. Russisch-portugiesischer v. 1787, Art. 36. Französisch-östreich. Vertrag v. 30. Aug. 1810, u. baierische Verordnung v. 13. Nov. 1810, in dem Rhein-Bund, Heft L, S. 218 u. 307.

g) Schriften in v. Kamptz neuer Lit. des VR., §. 117.

§. 137.

4) *StaatsServituten.*

Auch ist 4) jeder Staat befugt, in seinem Gebiet *StaatsServituten* zum Vortheil anderer Staaten zu übernehmen. StaatsServitut *a*) heifst ein, auf besondern Rechtstitel gegründetes Recht eines Staates, oder Staatenbundes, wodurch zu dessen Vortheil, die Freiheit eines andern Staates oder Staatenbundes, in desselben Gebiet, unabhängig von seiner Staats- oder Bundeshoheit eingeschränkt wird. *Activ* ist diejenige, welche der eine Theil in dem Gebiet des andern auszuüben, *passiv* diejenige, welche er in seinem

Gebiet von dem andern zu dulden hat *b*). Eine solche Dienstbarkeit kann einem europäischen Staat gegen einen Staat in oder ausser Europa, und umgekehrt, zustehen. Es fehlt weder an ältern noch an neuern Beispielen von StaatsServituten *c*).

a) Sowohl *Staatsrechts*Servitut, als auch *Völkerrechts*Servitut, servitus juris tam publici quam gentium (beide Gegensatz der *Privat*Servituten). — Schriften in Pütter's Lit. III. 819. Klüber's Lit. 689. C. J. C. Engelbrecht tr. de servitutibus juris publici. Helmst. 1715. rec. c. praef. C. G. Buderi. Lips. 1739. 4. (De Steck) Eclaircissemens de divers sujets intéressans (1785), n. 6. (J. F. v. Tröltsch) Von Freiheiten und Immunitäten in fremdem Gebiete; in Siebenkees Beiträgen, Th. I—VI. N. T. Gönner's Entwickel. des Begriffs und der rechtl. Verhältnisse deutscher Staatsrechtsdienstbarkeiten. Erl. 1800. 8. Moser's nachbarl. Staatsr. 239 ff. Günther's Völkerr., II. 231. v. Martens Völkerr. §. 111. Majer's weltl. Staatsr. III. 27 ff. Pütter's histor. Entwickelung der Staatsverfassung des t. Reichs, III. 277 ff.

b) Unpassend sind hier die in dem Civilrecht angenommenen *Eintheilungen*, in dingliche und persönliche, in urbanas et rusticas, in continuas et discontinuas. Richtig, wenn gleich ohne practisches Moment, sind die in affirmative und negative, in einseitige und wechselseitige.

c) *Aeltere* Beispiele bei Moser a. a. O. Majer, III. 29. v. Römer's Völkerr. der Teutschen, 224 ff. *Ebendess.* kursächs. Staatsrecht, III. 96 u. 673. Gönner, a. a. O. 11 ff. 92 ff. Reuss Staatskanzlei, IV. 235. F. Guil Pestel diss. de servitutibus commerciorum. Rint. 1760. 4. — Von dem Tonnenrechte der Stadt Bremen, nach vormaligem Staatsverhältniſs, s. v. Bülow's u. Hagemann's pract. Erörterungen, I. 1—38. Von der Wildhämmelei in fremdem Gebiet, s. J. R. v. Roth's Abhandlungen aus dem t. Staats- und Völkerrecht (Bamb. 1804. 8.), S. 233. Die ehemalige Sperrung der Schelde, vermöge des münsterischen Fr. v. 1648, Art. 14. Schmauss C. J. G. I. 619. Frankreichs mehrmaliges Versprechen an Groſsbritannien seit dem utrechter Fr. 1713,

Dünkirchen nicht zu befestigen; erloschen durch den pariser Fr. 1783, Art. 17. Besatzungsrecht der vereinigten Niederlande in den BarrièrePlätzen der östreichischen Niederlande, vermöge des BarrièreTractats v. 1715. — *Neuere* Beispiele sind: 1) der RheinschiffahrtOctroi seit 1804. Lüneviller Fr. 1801, Art. 6. ReichsDeputationsHauptschluſs 1803, §. 39. Rhein. BundesActe 1806, Art. 2. Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 473 ff. 2) Baierns ehemalige Pflicht, Augsburg u. Lindau zu befestigen u. s. w. Rhein. BundesActe 1806, Art. 37. 3) Baierische Souverainetät auf der ganzen Hauptstrasse von Lindau nach Memmingen, nach der Rhein. BundesActe, Art. 24. 4) Groſsherzogl. bergischer CommunicationsWeg durch das fürstl. salmische Gebiet, nach der Rhein. BundesActe, Art. 24. 5) Groſsherzogl. frankfurtisches und wirzburgisches Flössungsrecht auf dem *Sinnfluſs*. Rhein. Bund, Heft XXIV, S. 392. 6) Königl. westphälische Post in dem Anhaltischen. Ebendas. Heft XX. 307. XXIV. 124. 7) Beispiele in dem Staatsvertrag zwischen Wirtemberg und Baden, v. 31. Dec. 1808, Art. 1, lit. c, Art. 4. Badisches Regier. Blatt 1809. Num. 4. 8) Durch einen Staatsvertrag, geschlossen zwischen Frankreich, Preussen, und dem König von Sachsen zu Elbing den 13. Oct. 1807, gemäſs dem französisch-preuſs. Fr. von Tilsit, Art. 16, wurden verschiedene StaatsServituten in den preussischen und königlich-sächsischen Staaten, sowohl gegenseitig als auch für Frankreich, festgesetzt. Rhein. Bund, Heft XVI, S. 37. 9) Freiheit der Schiffahrt auf der Weichsel, in den Gebieten von Warschau, Preussen und Danzig; in dem französisch-preuſs. Fr. v. Tilsit 1807, Art. 20. Desgleichen auf der Netze und dem Canal von Bromberg, von Driesen bis an die Weichsel. Ebendas. Art. 17. 10) Oestreichisches Besatzungsrecht in Ferrara u. Commacchio. Acte final du congrès de Vienne, art. 103. 11) Oestreichisches Besatzungsrecht in Piacenza, festgesetzt in Spaniens Vertrag mit Oestreich, Ruſsland, Preussen, Groſsbritannien u. Frankreich, zu Paris am 19. Jun. 1817, Art. 5, u. in dem Recès-général der frankfurter TerritorialCommission, v. 20. Jul. 1819, Art. 46, in v. Martens recueil, Supplém. VIII. 623. 12) Schleifung der Festungswerke von Hünningen, u. s. w. Traité de l'Autriche, de la Grande-Bretagne, de la Prusse et de la Russie, avec la France, conclu à Paris le 20 nov. 1815, art. 3. 13) Das

Recht der MilitärStrasse für Baiern, Preussen, u. Oestreich, durch badische, hessische, oldenburgische u. a. Staaten, festgesetzt in dem angef. Recès-général von 1819, Art. 6, 23, u. 32. 14) Die Rechte des teutschen Bundes in den Bundesfestungen. Der angef. Recès-général v. 1819, Art. 15, 16, 20—22, 35—38. Klüber's öffentl. Recht des t. Bundes, §. 153.

§. 138.

Grundsätze von StaatsServituten.

1) Bei StaatsServituten, müssen beide Theile *unabhängige* Staaten seyn *a*). 2) Die *Unabhängigkeit* des Berechtigten, in Ansehung seiner Befugniſs, von dem belasteten Staate, ist wesentlicher Charakter einer StaatsServitut *b*). 3) Alle Staatsdienstbarkeiten sind, auf beiden Seiten, *dinglich c*). 4) Nicht nur Hoheitsrechte, sondern auch *Privat*rechte, verbunden mit der Staatshoheit darüber, können Gegenstand der StaatsServituten seyn *d*). Hingegen sind *bloſse Privatrechte*, wenn sie gleich einem auswärtigen Regenten, oder einer fremden landesherrlichen Kammer zustehen, z. B. Grundeigenthum, Renten, Triftgerechtigkeit, unterworfen der inländischen Staatshoheit, nie StaatsServitut *e*). 5) Rechte, auch hoheitliche, und Befreiungen, welche das Staatsrecht eines einzelnen Staates, einzelnen Unterthanen, oder einer gewissen PersonenClasse, in dem Staatsgebiet beilegt, gehören nicht in die Reihe der StaatsServituten *f*).

a) Durch den AllianzVertrag v. 1793, Art. 6—8 u. 11. (Martens recueil, V. 222.), übernahm die Republik Polen nicht sowohl eine StaatsServitut, als vielmehr eine Abhängigkeit

von Rufsland, so dafs sie ein halbsouverainer Staat ward. — Gleichviel ist, ob dem berechtigten Staat der Vortheil von der StaatsServitut unmittelbar zugeht, oder mittelbar, z. B. durch den seinen Unterthanen unter seiner Staatshoheit eingeräumten Genufs. (De Steck) Essais sur divers sujets de politique (1779. 8.), p. 3 — 12.

b) Reuss Staatskanzley, XVII. 32 ff. Nettelbladt's Erörterungen, 365. Andere Meinungen in Westphal's Staatsr., 535. Schnaubert's Staatsr. der gesammten Reichslande, §. 113. Gönner a. a. O. §. 84 — 90.

c) Engelbrecht, p. 232. sqq. Gönner, §. 78.

d) J. R. v. Roth's Abhandlungen aus d. t. Staats- und Völkerr. Abth. II. Num. IX. Anders Gönner, §. 9.

e) Reuss Staatskanzley, IV. 237. XVII. 32 ff. Gönner, §. 27 ff.

f) *Beispiele:* PatrimonialGerichtbarkeit, Jagd, Fischerei, TransitoHandel, Befreiung von Zoll, Chausseegeld, Nachsteuer und Abzugsgeld. v. Roth's Staatsrecht deutscher Reichslande, II. 219.

§. 139.

Fortsetzung.

6) Eine StaatsServitut mufs immer auf einen *besondern Rechtstitel* gegründet seyn *a*). Daher ist die *Regel* oder Rechtsvermuthung jedesmal für den einheimischen Staat *b*). 7) Und jede StaatsServitut ist, als Ausnahme von der Regel, *einschränkend* zu erklären *c*). 8) Sie erreicht ihr *Ende*, durch aufhebende Verträge, Untergang der Sache, Consolidation, Ablauf der festgesetzten Zeit *d*).

a) Engelbrecht, p. 167. sqq. — *Natürliche* StaatsServituten statuiren, Hertius, Engelbrecht u. a. Vergl. oben §. 135 a. — Blosse *Völkergebräuche* und *StaatsCeremoniel* gehören nicht zu den StaatsServituten. De Neumann meditationes juris privati principum, T. IV. lib. 2. tit. 3. — Aber der

Besitzstand äussert auch hier rechtliche Wirkung. ENGELBRECHT, p. 332. sqq. GÖNNER, §. 91.

b) REUSS Staatskanzley, I. 360. XVII. 32 ff. GÖNNER, §. 31—34.

c) Westphäl. Fr. 1648, J. P. Osnabr. Art. 5, §. 44. L. 99. D. de V. O. GÖNNER, §. 80 ff.

d) ENGELBRECHT, p. 384. sqq. GÖNNER, §. 94 ff.

§. 140.

5 — 7) *Veräusserung, Verpfändung, Dereliction des Staatseigenthums.*

Aus dem Staatseigenthumsrecht fliefst ferner, 5) die Befugnifs, nicht nur das ganze Eigenthum über einen Landestheil, sondern auch ein besonderes in dem Eigenthum begriffenes Recht zu *veräussern*, oder auch 6) einen Theil seines Staatseigenthums einem andern Staat zu *verpfänden*. So fern endlich 7) ein Staat einen Theil seines Staatseigenthums, z. B. eine Insel, *aufgiebt* oder verläfst (Dereliction), hört solcher auf ein Theil seines Staatsgebietes zu seyn, und wird Niemand gehörig (res nullius). Ein anderer Staat kann hierauf solchen durch Occupation sich eigenthümlich zueignen, und seiner Oberherrschaft unterwerfen *a*). Doch wird zu Aufhebung des Staatseigenthums eine deutliche, ausdrückliche oder stillschweigende, Erklärung erfordert. Da blosse Vermuthung des Einen, für Willenserklärung des Andern nicht gelten kann, so könnte jene eine Dereliction, einen Verlust des Staatseigenthums, nicht begründen, am wenigsten einen Verlust durch Verjährung *b*).

a) Grotius de J. B. et P. lib. II. c. 3. §. 19. n. 1. Günther, II. 64 ff. J. H. Feltz diss. excerpta controversiarum illustrium de rebus pro derelictis habitis. Argent. 1708. 4. D. F. Hoheisel diss. de fundamentis in doctrina de praescriptione et derelictione gentium tacita. Hal. 1723. 4. — Ob die blosse Verlassung eines Landes für Dereliction zu halten sey? Günther, II. S. 68. — Ob bei wirklicher Verlassung eines Landes, dessen Eigenthum und Oberherrschaft durch Willenserklärung, z. B. auf daselbst angeschlagenen Hoheitstafeln, noch beibehalten werden könne? Ebendas. S. 69. 14 f. De Martens recueil, III. 252. — Von wirklichen Fällen vergl. überhaupt, J. J. Moser's NordAmerika nach den Friedensschlüssen vom J. 1783. Leipz. 1784. 1785. Bd. I—III. gr. 8. Mémoires des Commissaires de S. M. Très-chrétienne et de ceux de S. M. Britannique sur les possessions des deux couronnes en Amérique. Amsterd. 1755. T. I—III. 8.

b) Verschiedene Meinungen, bei Günther, II. 70 f.

II. CAPITEL.

RECHT DER VERTRÄGE.

§. 141.

Begriff.

Vermöge der Unabhängigkeit seines Willens, ist ein Staat befugt, seinen Urrechten und erworbenen Rechten nach Willkühr zu entsagen, oder Einschränkungen zu setzen. Die auf solche Art gegründeten Rechte und Pflichten, heissen *willkührliche* oder *positive*. Ihre einzige Quelle sind freie, wirkliche Willenserklärungen, ausdrückliche oder stillschweigende, schriftliche oder mündliche *a*). Blosse *Vermuthungen* oder *Muthmassungen* können unter Staaten nur Wahr-

scheinlichkeit, nie Gewifsheit, am wenigsten Zwangrechte begründen; und *erdichtete* Einwilligung (consensus fictus) ist nach dem Völkerrecht nicht denkbar.

Will ein Staat, aus der an ihn gerichteten versprechenden Willenserklärung eines andern Staates, ein Recht erwerben, so mufs er die Erklärung *annehmen*. In solchem Fall entsteht, durch die wechselseitig erklärte Einwilligung über denselben Gegenstand, zwischen beiden ein Vertrag *b*), ein *Völkervertrag* (pactum gentium publicum, traité public des gens), so und auch *Staatsvertrag* im weitern Sinn benannt, weil die Contrahenten freie Völker oder Staaten sind *c*).

So werden gegenseitig, unter unabhängigen Staaten, positive Rechte und Pflichten festgesetzt. Halbsouveraine oder abhängige Staaten (§. 33), haben meist ein eingeschränktes Recht, Staatsverträge zu schliessen *d*); und selbst unabhängige Staaten können ihrer Befugnifs, Verträge zu schliessen, durch Bündnisse mit einzelnen Mächten Schranken setzen. Einer Staatsregierung untergeordnete Individuen und Corporationen, z. B. Städte, und selbst Land- oder Reichsstände, können mit auswärtigen Staaten nur Privatverträge schliessen, unter Aufsicht ihres Staates *e*).

a) Für unverbindlich halten *mündlich* geschlossene Völkerverträge, P. J. Neyron diss. de vi foederum (Goett. 1778. 4.), §. 23, u. Schmalz in s. europ. Völkerrecht, S. 52 f.

b) Schriften von Verträgen der Völker, in v. Ompteda's Lit. II. 583 ff. u. in v. Kamptz neuer Lit. §. 259 ff. — Grotius lib. II. c. 15. Encyclopédie méthodique; économie politique et diplomatique, T. IV (à Paris 1788. 4.) p. 353—361. Moser's Versuch, VIII. 53—391. Ueber Völkerverträge u. deren Dauer; in der Zeitschrift *Minerva*, Jun. 1813 (Leipz. 8.), S. 423—439. — Verzeichnisse u. Sammlungen der wichtigsten Staatsverträge, werden unten in dem *Anhang* angeführt.

c) Unter *Staatsverträgen* im weitern Sinn, sind begriffen, theils *Völkerverträge*, theils *Grundverträge* eines Staates (pacta civitatum fundamentalia). — Verträge eines Staates mit auswärtigen Privatpersonen, und diejenigen mit Unterthanen über Privatverhältnisse, so auch Privatverträge des Regenten, sind zu beurtheilen nach Privatrecht, nach natürlichem oder positivem. Vergl. oben, §. 2, u. unten, §. 259, Note a. Grotius, II. 15. 1. sq. Vattel, liv. II, ch. 12, §. 154. — Indirect erwirbt ein Staat aus Verträgen, welche eine unter seinem Schutz stehende Privatperson mit einer auswärtigen Privatperson oder einem Staat geschlossen hat, das Recht, jene bei ihrem Vertragrecht zu schützen.

d) So ehehin die teutschen reichsständischen Landesherren. Westphäl. Fr. 1648, J. P. O. Art. 8. §. 2. Kaiserl. Wahlcapitulation, Art. 6, §. 4 u. 5. Noch mehr die ehemalige Republik Polen, nach dem Tractat mit Rufsland von 1793, Art. 6—8 u. 11. De Martens recueil, V. 222.

e) Vergl. Scheidemantel's allgem. Staatsrecht, Th. I, §. 196.

§. 142.

Erfordernisse eines verbindlichen Staatsvertrags.

1) *Machtbefugnifs der handelnden Personen.*

Rechtsgültig werden Völkerverträge geschlossen, 1) nur von dem *Stellvertreter des Staates gegen Auswärtige a*) (welches in der Regel das regierende Subject ist), von ihm unmittelbar oder durch Bevollmächtigte, und 2) nur auf eine der *Staatsgrundverfassung angemessene Weise b*). Der von einem Bevollmächtigten geschlossene

Staatsvertrag ist gültig, wenn jener die Grenzen seiner offenen *c*) Vollmacht nicht überschritten hat. Einer nachfolgenden *Genehmigung* (Ratification) bedarf ein solcher Vertrag nur dann, wenn sie in der offenen Vollmacht, oder in dem Vertrag vorbehalten ist; welches letzte jetzt in der Regel zu geschehen pflegt *d*), nur Kriegsverträge der Kriegsbefehlhaber (arrangemens militaires) und andere durch augenblickliches Bedürfniſs gebotene Verträge ausgenommen. Die von dem einen Theil erfolgte Genehmigung, verpflichtet den andern nicht, auch von seiner Seite zu ratificiren *e*). Der Tag der Unterzeichnung des Vertrags, auch wenn die vorbehaltene Genehmigung später erfolgt wäre *f*), bestimmt im Zweifel den Anfangspunct seiner Gültigkeit. Eine blosse *Sponsion*, ein ausserhalb der Grenzen seiner Macht von Jemand, wäre er auch der Stellvertreter des Staates oder dessen Bevollmächtigter, für den Staat gegebenes Versprechen, bedarf zu ihrer Verbindlichkeit der Genehmigung des Staates *g*). Sehr streitig ist, ob und unter welchen Umständen ein von dem Regenten mit dem Feind, während er sich in dessen *Gefangenschaft* befand, für den Staat geschlossener Vertrag, für diesen unverbindlich, oder höchstens als Sponsion zu betrachten sey *h*)?

a) In dem Fall einer Revolution, kann eine stellvertretende Autorität, so lang sie nicht zu ruhigem Besitzstand gelangt ist, nur einstweilige Staatsverträge schliessen.

b) Die Grundverfassung des Staates kann erfordern, Mitwirkung, Vollmacht, oder Genehmigung des Reichstags, des Senats, der Volksversammlung (Landgemeinde), der National-Repräsentanten, der Tagsatzung, u. d.

c) Grotius lib. II. c. 11. §. 12. Jo. Gerhard dissertationes acad. P. IV. n. 11. Jan. Harm Lohman diss. de diverso mandatorum genere quibus legati constituuntur, et obligatione quae ex iis oritur (Lugd. Bat. 1750), c. 4. §. sqq. Anders Bynkershoek quaest. juris publ. lib. II. c. 7. und der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, in seiner unten (Note d) angef. Botschaft an den Congreſs vom 7. Dec. 1819. — Die geheime Vollmacht oder Instruction kommt nicht in Betrachtung, obwohl der Bevollmächtigte wegen deren Ueberschreitung seinem Staat verantwortlich ist. M. Hasse diss. de legato violati mandati reo. Viteb. 1717. 4.

d) Vattel, liv. II, ch. 14, §. 156. F. L. Waldner de Freundstein diss. de firmamentis conventionum publicarum, cap. 13. p. 126. Lohman diss. cit. cap. 4. §. 6. sqq. — Daſs heut-zutage die Ratification in der Regel nothwendig sey, behaupten Bynkershoek quaest. jur. publ. lib. II. c. 7. und Schmalz a. a. O. S. 51. — Schriften in Lipenii bibl. jurid. voc. ratihabitio und ratificatio, T. II. p. 242. u. in Schott's Suppl. S. 411, in v. Senkenberg's Supplem., p. 344. — Die ältere, mittlere und neuere Geschichte liefert Beispiele von nicht ratificirten Völkerverträgen. Grotius, lib. II. c. 15. So auch die haager Convention zwischen Oestreich, Groſsbritannien, Preussen, und den Vereinigten Niederlanden v. 10. Dec. 1790, in de Martens recueil, III. 342. de Herzberg recueil des déductions etc. T. III. p. 223. not. *, Eben so der SubjectionsVertrag der Reichsstadt Nürnberg mit Preussen, vom 2. Sept. 1796; in Häberlin's Staatsarchiv, Heft VI, S. 178, und T. L. U. Jäger's Magazin für die Reichsstädte, Bd. VI (Ulm 1797. 8.), Num. 18. Der nicht ratificirte pariser Friede zwischen Ruſsland und Frankreich, v. 20. Jul. 1806, in de Martens recueil, Supplém. IV. 305. Desgleichen der östreichisch-baierische Staatsvertrag vom 23. April 1815, in Klüber's Acten des wiener Congr. VIII. 129. 149 ff. Der im J. 1819 von den Vereinigten Staaten von Nordamerika, über neue Niederlassungen und Grenzen, mit Spanien ge-

schlossene Vertrag, ward nur von den ersten ratificirt. Man s. die Botschaft ihres Präsidenten an den Congrefs, v. 7. Dec. 1819, in dem Journal de Francfort v. 18. Jan. 1820. — Von dem französisch-englischen Streit, ob die Convention von Kloster Zeven (Seven) v. 10. Sept. 1757 für einen Staatsvertrag, oder für ein blosses Arrangement militaire anzusehen sey? s. Moser's Versuch, Th. X, Bd. I, S. 185—198, und Staatsschriften des Grafen von Lynar, Th. II (Hamb. 1797. 8.), S. 71 ff.

e) Einige behaupten das Gegentheil. v. Martens Einl. in das europ. VR. §. 42. Jo. Zach. Hartmann pr. de variatione a pactis gentium ante ratificationes, quae vocari solent, illicita. Kilon. 1736.

f) De Martens essai concernant les armateurs (Goett. 1795. 8.), §. 41, not. c, et §. 61, not. y.

g) Grotius lib. II. c. 15. §. 3. 16. 17. Vattel liv. II, ch. 14, §. 212. Jo. Cph. Hommel, s. resp. J. G. Riedesel L. B. ab Eisenbach, diss. de sponsionibus ministrorum. Isen. 1723. 4. De Martens recueil, IV. 568. Schriften in v. Ompteda's Lit. II. 585, u. v. Kamptz neuer Lit. §. 244. — Der Sponsor ist verpflichtet, sich alle Mühe zu geben, dafs der Staat das für ihn gegebene Versprechen genehmige, aber auch zu mehr nicht. Wird die Sponsion nicht genehmigt, und sind defshalb schon Leistungen erfolgt, so mufs Alles in den vorigen Stand gesetzt werden. Beispiel bei Schmalz, europ. Völkerrecht, S. 50.

h) Grotius lib. III. c. 20. Pufendorf de J. N. et G. lib. 8. c. 2. §. 2. Scheidemantel's allgem. Staatsr., Th. I, §. 197 f. C. S. Eisenhart diss. de pactis inter reges victores et captivos. Helmst. 1710. 4. Car. Lud. L. B. de Danckelmann diss. de pactis et mandatis principis captivi. Hal. 1718. rec. 1741. 4. Frid. Platner diss. de pactis principum captivorum. Lips. 1754. 4. B. P. van Weseln-Scholten (praes. Const. Cras) diss. de foedere Madritano, quod Franciscus I. rex cum Carolo V. imp. captivus fecit. Amstelod. 1784. 4. Vergl. auch Vattel, liv. 2, ch. 16, §. 257. Schmalz a. a. O. S. 55.

§. 143.

2) *Wechselseitige, freie Einwilligung.*

Auch gehört zur Gültigkeit eines Völker-

vertrags *wechselseitige*, *freie Einwilligung* der dabei wesentlich interessirten Staaten, ausdrückliche oder stillschweigende (§. 3). Blosse Unterhandlungen (Tractaten), vorbereitende gegenseitige Erklärungen über Bestimmungen eines zu schliessenden Vertrags, sind, ihrer Natur nach, unverbindlich. Auch fehlt wahre Einwilligung in dem Fall eines wesentlichen Irrthums eines oder beider Contrahenten, oder des Betrugs eines von beiden, so fern dadurch allein die Willenserklärung des andern bestimmt worden ist; nicht aber bei einer Verletzung wegen Ungleichheit des Geldwerthes der ausgetauschten Gegenstände *a*). — *Wechselseitig* ist die Einwilligung, so bald das Versprechen des einen Theils von dem andern angenommen ist. Form und Zeit dieser Annahme sind gleichgültig, wenn sie nicht durch den Inhalt des Vertrags besonders bedingt sind *b*). Die Annahme kann geschehen vor und nach dem Versprechen, nur nicht nach dessen rechtsgültiger Zurücknahme; ferner, in der Form einer gemeinschaftlich entworfenen und unterzeichneten Urkunde, einer Erklärung und Gegenerklärung *c*), eines Reverses, eines nach Uebereinkunft an Staatsunterthanen erlassenen Edictes, Befehls, Patentes, Verordnung *d*), u. d. — Für *frei* gilt jede Einwilligung, welche nicht durch unrechtmäsigen Zwang abgenöthigt worden ist; also auch diejenige, welche erwirkt ward durch solchen Zwang, der zum

Schutz eines angegriffenen Rechtes, so weit es nöthig, angewandt ward *e*). Der ungerechte Zwang, wodurch ein Dritter den versprechenden Staat einzuwilligen nöthigte, macht den Vertrag nur dann ungültig, wenn der das Versprechen annehmende Theil zu der unrechtmäsigen Handlung des Dritten wissentlich mitgewirkt hat *f*).

a) Bynkershoek quaest. juris publ. lib. I. c. 10. N. G. Gundling lib. sing. de efficientia metus, tum in promissionibus liberar. gentium etc. Hal. 1711. u. in s. Exercit. acad. T. II. n. 2. Christ. Otto van Boeckelen de exceptionibus tacitis in pactis publicis. Groening. 1730. 4. u. in s. Opusc. A. E. Rossmann von den Ausflüchten im Völkerrecht (in den Erlang. gel. Anzeigen, 1744, Num. 37 u. 38, u. in J. C. Siebenkees jurist. Magazin, Bd. I, Num. 4, S. 40 ff.) §. 26. Schmalz a. a. O., S. 55 f.

b) Etliche behaupten, dafs nur ein *schriftlicher* Staatsvertrag verbindende Kraft habe. S. oben §. 141, Note a.

c) Beispiele in de Martens recueil, III. 103. 166. 248. IV. 565. Moser's Versuch, X. 2. 377.

d) So der Handelsvertrag zwischen Oestreich und Rufsland, von 1785, in de Martens recueil, II. 620. 632.

e) So bei einem Friedensschlufs, durch welchen der Sieger einen von seiner Seite gerechten Krieg endigt. — Für ungültig wird der Vertrag mit einer unterjochten Nation erklärt, nicht weil er erzwungen sey, sondern weil er „von Jemand eingegangen worden, der als keine Rechte habend angesehen werde", in der *Minerva*, Jun. 1817, S. 425.

f) Da es meist an Evidenz, bald der Thatsache des Zwanges, bald seiner Unrechtmäsigkeit fehlt, und in solchem Fall Beweisführung und deren Prüfung nöthig wäre, so wird die Anwendung obiger Grundsätze in hypothesi oft mit vielen Schwierigkeiten verbunden seyn. Defswegen kann selbst das StaatsInteresse anrathen, einen Staatsvertrag aus dem Grunde des unrechtmäsigen Zwanges nicht anzufechten.

§. 144.

3) *Möglichkeit der Erfüllung des Versprechens.*

Endlich gehört noch zur Gültigkeit eines Vertrags, die *Möglichkeit der Erfüllung des gegebenen Versprechens a)*. Nach physischen und nach Rechtsgesetzen, muſs die zugesagte Leistung möglich seyn. Jenen wäre ein Versprechen zuwider, zu dessen Erfüllung die physische Macht des Versprechenden in jeder Hinsicht nicht hinreicht. Rechtlich unmöglich hingegen wäre eine Leistung, welche zu versprechen ein Staat darum nicht befugt ist, weil durch sie die Rechte eines Dritten würden verletzt werden *b)*. Wohl aber ist ein Staat befugt, seine Dienstleistung (bona officia) zu versprechen, daſs eine dritte Macht sich zu bestimmten Leistungen verstehe. Bei einer Unmöglichkeit der versprochenen Leistung, ist der versprechende Theil dem andern zur Entschädigung verpflichtet, wenn die Unmöglichkeit diesem, nicht aber jenem, zur Zeit des geschlossenen Vertrags unbekannt war *c)*; so auch, wenn sie nachher von dem Versprechenden veranlaſst worden ist. Für eine rechtliche Unmöglichkeit der Leistung, kann der offenbare Nachtheil allein nicht gelten, welcher durch die Leistung dem versprechenden Staat zuwachsen würde; selbst dann nicht, wenn sie ihn mit Umsturz seines politischen Daseyns, seiner Unabhängig-

keit, oder seiner Verfassung, bedrohte *d*). Nicht erst durch eine wirkliche Leistung, erhält ein Vertrag seine Rechtsgültigkeit.

a) C. E. Wächter diss. de modis tollendi pacta inter gentes (Stuttg. 1779. 4.), §. 25. 26.

b) Diese moralische Unmöglichkeit oder Rechtsverletzung zeigt sich namentlich bei wahrer Collision eines Vertrags mit einem ältern Vertrag, der mit einem andern Staat errichtet ist. Vergl. das Bündnifs zwischen Frankreich und den schweizer Cantonen, vom 28. Mai 1777, Art. 8, in de Martens recueil, T. I. p. 606. Desgleichen bei dem Versprechen unübertragbarer Rechte gegen einen Dritten, z. B. wenn ein Staat die aus dem Bündnifs mit einem andern Staat erlangten unübertragbaren Rechte, ohne Einwilligung des letzten, vertragweise auf eine dritte Macht übertragen wollte. Vergl. Wächter l. c. §. 30 — 37.

c) Dieses kann der Fall seyn bei dem Versprechen einer Leistung, welche, vermöge eines mit einer andern Macht früher schon geschlossenen Vertrags, moralisch unmöglich ist.

d) Wie fern ein Staat dagegen sich durch Nothgebrauch (§. 44) schützen könne? — Dafs ein Staat zu Erfüllung seines Versprechens schon dann nicht verpflichtet sey, wenn solche ihm mehr schaden, als dem andern nützen würde, behauptet, mit Cicero, Wächter l. c. §. 28. sq.

§. 145.

Heiligkeit der Verträge.

Der Staatszweck eines jeden Volkes fordert, unter gewissen Umständen, Verträge mit andern Staaten. Völkerverträge sind demnach rechtlich nothwendig. Da nun vernünftigerweise kein Staat geneigt seyn könnte, mit andern Staaten Verträge zu schliessen, folglich kein Vertrag möglich wäre, wenn jedem Staat rechtsgültig frei stünde, sein vertragmäsig gegebenes Versprechen

nach einseitigem Willen zurückzunehmen; so mufs die *Heiligkeit a*), die unverbrüchliche Haltung der *Völkerverträge* (sanctitas pactorum gentium publicorum), durch den Staatszweck gebotener Grundsatz eines jeden Volkes seyn *b*). Heilig sind sie für den Staat, für den ganzen Staat; denn im Namen des ganzen Staates werden sie geschlossen. Nur mit dem ganzen Staat hört demnach, im Zweifel, ihre Verbindlichkeit auf (pacta aeterna et realia); nicht mit der gleichzeitigen Staatsverfassung oder Person des regierenden Subjectes. Der ewige Staat spricht durch jeden Regenten *c*). Wer behauptet, dafs die Verbindlichkeit eines einzelnen Völkervertrags, oder einer einzelnen Stipulation desselben, eingeschränkt sey auf die physische Person des Regenten (pactum personale), oder auf die Regenten aus einem bestimmten Stamm *d*), oder auf eine bestimmte Staatsverfassung, mufs den Beweis der von ihm behaupteten Einschränkung übernehmen *e*).

a) Kaum bedarf es einer Erinnerung, dafs *diese* Heiligkeit keine religiöse Beziehung habe; dafs also der aufgestellte Grundsatz ganz unabhängig sey von dem kirchlichen Lehrbegriff und von der ReligionsVerschiedenheit der Völker.

b) Vergl. Leviathan, or the Matter, Form et Power of a Common-Wealth, by Thom. Hobbes (Lond. 1651. fol.), p. 68. Corn. van Bynkershoek quaest. jur. publ. lib. II. c. 10. in s. Operib. omn. T. II. p. 256. G. S. Treuer de auctoritate et fide gentium. Lips. 1747. 4. Wächter diss. cit. §. 39. Henr. Fagel diss. de foederum sanctitate (Lugd. Bat. 1785. 4.), cap. 2. p. 14. sqq., besonders p. 23. sqq. u. cap. 4. p.

59. sqq. GARVE's Anmerk. zu Cicero von den Pflichten, Bd. I. (5. Aufl. 1801), S. 71. KANT's metaphys. Anfangsgründe der Rechtslehre, S. 99 f. GROLMAN über die Rechtsgültigkeit der Verträge; in s. Magazin für die Philosophie des Rechts und der Gesetzgebung, Bd. I, Heft 1. Ignaz RUDHART's Untersuchung über systemat. Eintheilung und Stellung der Verträge (Nürnb. 1810. 8.), §. 26 f. u. 36. — Schriften in v. OMPTEDA's Lit. §. 270, u. in v. KAMPTZ neuer Lit. §. 242.

c) „Ἐμμέσως, id est, per interpositam civitatem". GROTIUS de J. B. et P. II. 14. 11. — Henr. FAGEL diss. cit. cap. 3. p. 41. sqq. cap. 4. §. 4. sqq. p. 65. sqq. — Von der Verbindlichkeit des Regenten zu den *Staatshandlungen* seiner Vorfahren, s. KLÜBER's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 189. — Dafs *Bündnisse* weder für den Regierungsfolger, noch für den überlebenden Bundesgenossen verbindlich seyen, behauptet WÄCHTER diss. cit. §. 84.

d) Bourbonischer FamilienPact zwischen Frankreich und Spanien, von 1761. De MARTENS recueil, I. 1 ff.

e) Henr. FAGEL diss. cit. cap. 4. §. 7. pag. 66. sqq. WÄCHTER diss. cit. §. 73. — Merkwürdige Beispiele von Verletzung der Völkerverträge, erzählt Henr. FAGEL diss. cit. c. 2. §. 2.

§. 146.

Gegenstand und Arten der Verträge.

Gegenstand der Völkerverträge kann Alles seyn, Handlung oder Sache, worüber ein Staat zu verfügen hat. Die Art und die Bedingungen der Verfügung, hängen von dem Willen der Contrahenten ab. Die Verträge können daher sehr verschieden seyn. Sie können geschlossen werden, von den Regenten persönlich, wie im Jahr 1815 die *heilige Allianz a)*, oder von ihren Bevollmächtigten, ausdrücklich oder stillschweigend, unbedingt oder (resolutiv oder suspensiv) bedingt,

mit Zweckbestimmung (sub modo), mit Zeitbestimmung (ex die, oder in diem), mit einseitig oder gegenseitig versprochener Leistung, unentgeltlich oder gegen Vergeltung *b*), wiederruflich oder unwiederruflich, welches letzte im Zweifel zu vermuthen ist. Auch unterscheidet man Haupt- und Nebenverträge (pacta principalia et minus principalia, accessoria, adjecta, subsidiaria); desgleichen Präliminär- (Interims-, vorläufige oder provisorische, conventiones praeparatoriae s. praeliminares) und DefinitivVerträge *c*).

a) Die *heilige Allianz* scheint nichts anderes zu seyn, als das Sittengesetz der Christen, angewandt auf die Regierung über Menschen, und auf das wechselseitige politische Verhalten der Souveraine (§. 2, Note e); ihr Zweck ist, christlichgerechte Erhaltung allgemeinen Friedens in Europa. Sie ward, zu Paris am 26. Sept. 1815, persönlich geschlossen zwischen den Monarchen von Oestreich, Rufsland, und Preussen. Durch förmliche AdhäsionsVerträge, sind ihr fast alle christlichen Staaten von Europa beygetreten. Nur der Prinz-Regent von England lehnte den Beitritt ab, doch blofs in Hinsicht auf die Form, nicht auch in Ansehung der in dem AllianzVertrag aufgestellten Grundsätze; der Form wegen, weil sie von den Souverainen blofs in Person geschlossen worden, während die brittische Constitution fordert, dafs die Staatsverträge von einem Staatsminister contrasignirt seyen, der defshalb verantwortlich ist. Man s. das Schreiben des PrinzRegenten vom 6. Oct. 1816, in dem Journal de Francfort de 1816, n° 302. Diese heilige Allianz, deren Grundsätze oben §. 2 d und unten §. ult. dargestellt sind, ist abgedruckt in dem Politischen Journal vom Febr. 1816, S. 133, in v. Martens recueil, Supplém. VI. 556., und in W. T. Krug's la Sainte-Alliance, oder Denkmal des von Oestreich, Preussen, und Rufsland geschlossenen heiligen Bundes. Leipz. 1816. 8. Betrachtungen über das heilige Bündnifs. Hamb. 1816. 8. v. Willemer über das Verhältnifs der Zeit zum

heil. Bunde. Frankf. 1818. 8. Politische Betrachtungen über den heil. Bund, in der Allgemeinen Zeitung, 1818, Num. 74; desgleichen, in der Minerve française; cahier 55 (Paris, Févr. 1819). Die Idee des heiligen Bundes; in H. E. G. Paulus Sophronizon, Bd. II, Heft 1 (Frankf. 1820. 8.), S. 31—109. — Interessant ist, mit diesem Vertrag zu vergleichen die „Considérations sur les vrais intérêts de l'Europe, relativement à la Ste. Alliance", welche zuerst in St. Petersburg bekannt gemacht wurden, in der Zeitung „Le Conservateur impartial" vom 14. März 1817, nachher auch in dem Journal de Francfort de 1817, n° 98, und in der Allgemeinen Zeitung von 1817, Num. 101 u. 110.

b) Günther's europ. VR. II. 91 ff. 107 ff. Insbesondere gehören dahin: Kauf-, Tausch-, Cessions-, Demarcations- und TerritorialPurificationsVerträge.

c) Moser's Versuch, VIII. 55.

§. 147.

Mit ihren verschiedenen Artikeln.

Enthält ein Vertrag mehrere Versprechen (zusammengesetzter Vertrag, pactum compositum), so pflegen solche in mehrere *Artikel* vertheilt zu werden, die unter sich bald in materiellem Zusammenhang stehen, bald nicht (articuli connexi, vel non connexi). Manche dieser Artikel enthalten Hauptbestimmungen (Haupt-Artikel, articuli principales); der Inhalt anderer besteht aus Nebenbestimmungen (NebenArtikel, articuli accessorii s. minus principales). Alle diese verschiedenen Artikel können dem *Haupt-Instrument* theils eingerückt, theils als *Zusatz* oder *Anhang* beigefügt seyn, bald in der Form eines *Nebenvertrags* (convention additionnelle), bald als abgesonderte oder *SeparatArtikel a*).

Für den Inhalt mancher Völkerverträge, oder mancher SeparatArtikel, wird bisweilen eine, wenigstens temporäre *Geheimhaltung* festgesetzt (geheime Verträge, traités séparés et secrets, geheime und SeparatArtikel *b*), articles secrets). Diese werden *offene* Artikel (articles patents), so bald die Zeit der Geheimhaltung abgelaufen ist.

a) SeparatArtikel der utrechter Friedensschlüsse v. 1713. Schmauss corp. jur. gent. II. 1371. 1401. 1416. 1428. sq. 1465.

b) Geheime Artikel des Fr. v. Campo-Formio 1797; in de Martens recueil, VII. 215. Geheime und SeparatArtikel der AllianzVerträge Preussens mit Rufsland zu Kalisch am 28. Febr. 1813, und mit Grofsbritannien zu Reichenbach am 14. Jun. 1813; Grofsbritanniens mit Oestreich, Rufsland und Preussen, zu Töplitz am 9. Sept. 1813; Oestreichs mit Baiern und Wirtemberg im J. 1813; in Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. VII, S. 280—282, Bd. I, Heft 2, S. 89 u. 93. Geheime Artikel des pariser Friedens von 1814, in v. Martens recueil, Supplém. VIII. préface, p. VI et suiv. Andere Beispiele aus der neuern Zeit, ebendaselbst, Supplém. V. 612. 646. 653. 665.

§. 148.

Insonderheit Bündnisse.

In manchen Völkerverträgen, werden blofs vorübergehende (transitorische) Leistungen versprochen. Diese heissen daher im *eingeschränktern* Sinn *Verträge* (accords, conventions, pactes, arrangemens). In andern sind die versprochenen Leistungen fortdauernd. Diese werden überhaupt *Bündnisse a*) (foedera, alliances, ligues) genannt, weil die contrahirenden Theile sich zu einem gemeinschaftlichen Zweck verbinden, mithin ein Gesellschaftvertrag (pactum sociale)

zum Grunde liegt. Die Bündnisse sind bald immerwährende (perpetua, auch aeterna), bald temporäre (temporaria), je nachdem die Leistungen für immer, wenigstens auf unbestimmte Zeit, oder nur für bestimmte Zeit zugesagt sind. *Ungleich* ist ein Bündniſs (foedus inaequale), wenn dadurch ein Bundesgenoſs, und nur dieser, zum Vortheil des andern, in der Ausübung eines oder mehrerer Rechte seiner Unabhängigkeit eingeschränkt wird *b*).

a) Bei den Römern auch fraternitates genannt, z. B. von Caesar, Cicero u. Tacitus. — Schriften von Bündnissen, in v. Ompteda's Lit., II. 585—594, u. in v. Kamptz neuer Lit., §. 245.

b) z. B. daſs er ohne Einwilligung des Bundesgenossen, mit andern Mächten sich nicht in Bündnisse einlasse, keinen Krieg führe, keinen Frieden schliesse, seine Staatsverfassung nicht ändere, u. d. — In einem andern Sinn heiſst ein Bündniſs *ungleich*, wenn die darin gegenseitig versprochenen Leistungen nicht von gleichem Werth sind. Henr. Fagel diss. cit. cap. I. §. 10. — Von der Eintheilung der Bündnisse in *persönliche* und *dingliche*, ebendas. cap. I. §. 3.—8.

§. 149.

Friedens- und KriegsBündnisse.

Nach Verschiedenheit des Zwecks, führen die Bündnisse besondere Benennungen. Sie sind theils *Friedens*Bündnisse, theils *Kriegs*Bündnisse. Zu den ersten gehören die so genannten *Freundschaft*Bündnisse (traités d'amitié), wodurch nicht nur gewissenhafte Erfüllung aller Zwangpflichten zugesagt oder bekräftigt wird, sondern auch die auf gegenseitiges freundliches Benehmen sich be-

beziehenden HumanitätsPflichten zu Zwangpflichten erhoben werden, und die *Handels*Bündnisse, wodurch die Handelsverhältnisse gegenseitig bestimmt werden, nebst den *Münz*Conventionen, wodurch vorzüglich die Beobachtung eines bestimmten Münzfusses festgesetzt wird. Durch *Kriegs*Bündnisse wird Beistand versprochen gegen äussere Feinde. Sie heissen im engsten Sinn *Allianzen a)*; zu gemeinschaftlicher Vertheidigung gegen feindliche Angriffe, *Schutz*Bündnisse oder *Defensiv*Allianzen; zu dem Zweck eines gemeinschaftlichen Angriffs, *Trutz*Bündnisse oder *Offensiv*Allianzen *b)*; *Neutralitäts*Verträge, wenn für den Fall eines Kriegs Neutralität, einseitig oder gegenseitig, bedungen wird, entweder zwischen dritten nicht kriegführenden Mächten, oder zwischen einer oder mehreren kriegführenden und einer oder mehreren nicht kriegführenden Mächten; *Subsidien*Tractate, wenn einem Contrahenten für den Kriegszweck Beistand, eingeschränkt auf bestimmte Quantität und Qualität, von dem andern versprochen wird; *Grenz*Bündnisse (foedera limitum custodiendorum, traités de barrière), wenn die Bewachung und Vertheidigung der Staatsgrenzen der Gegenstand ist *c)*.

a) Moser's Versuch, X. 1. S. 1 ff. Galiani's Recht der Neutralität, S. 160 ff. Vattel, liv. III, ch. 6. Henr. Hoeufft diss. de jure quiescendi in bello (Lugd. Bat. 1768. 4.), §. 22 — 33. Mémoires sur les alliances entre la France et la Suède; par M. Rousset. 1745. — Beispiele: Frankreichs Allianzverträge mit Preussen und Oestreich 1812, und mit

Dänemark 1813, in v. MARTENS recueil, Supplém. V. 414—431 u. 589. Russisch-preussischer AllianzVertrag, zu Kalisch u. Breslau am 28. (16.) Febr. 1813, in SCHÖLL's histoire des traités, T. X (Paris 1818), p. 545. Grofsbritanniens Allianz-Verträge mit Rufsland und Preussen, zu Reichenbach am 15. u. 14. Jun. 1813, bei v. MARTENS a. a. O. V. 568 u. 571, und dieser drei Mächte mit Oestreich, zu Töplitz am 9. Sept. 1813, ebendas. V. 596—610. Oestreich-baierischer AllianzVertrag, zu Ried am 8. Oct. 1813, ebendas. V. 610. Oestreich-wirtembergischer, zu Fulda am 2. Nov. 1813, ebendas. 643. AllianzVertrag, geschlossen zu Chaumont am 1. März 1814 auf 25 Jahre, von Oestreich, Rufsland, Grofsbritannien und Preussen, in KLÜBER's Acten des wiener Congresses, Bd. I, Heft 1, S. 1 ff. Bestätigung dieses Vertrags, in den zu Wien am 25. März 1815 (Art. 4), und zu Paris am 20. Nov. 1815 (Art. 3) geschlossenen Verträgen, bei v. MARTENS a. a. O. VI. 115. 736. DefensivAllianz zwischen Oestreich und Neapel v. 12. Jun. 1815. Endlich, die heilige Allianz (§. 146).

b) Gerecht, so fern sie blofs rechtmäsige Kriege bezwecken, wohin insbesondere auch die gehören, welche zu Ausübung des PräventionsRechtes (eigentlich eines Vertheidigungsrechtes) geschlossen werden.

c) Pet. Frid. Guil. L. B. de HOHENTHAL diss. de foederibus finium. Lips. 1763. 4.

§. 150.

Und Handelsverträge.

Zu Sicherung, Erweiterung, oder Einschränkung der natürlichen Handelsfreiheit der Völker, werden, besonders seit dem XVI. Jahrhundert, nicht selten *Handelsverträge a*) von europäischen Staaten geschlossen, theils unter sich, theils mit aussereuropäischen Mächten. Der gewöhnliche Zweck dieser Verträge ist: Freiheit, Sicherheit, und Leichtigkeit des Handels und der seinetwegen zu treibenden Schiffahrt. Bald

wird darin gesorgt für Freiheit und Beschützung des Handels der Angehörigen eines bestimmten Staates; bald werden gewisse Leistungen festgesetzt, wodurch die natürliche Freiheit eingeschränkt oder erweitert wird. Einige Handelsverträge haben das Ansehen von gesellschaftlichen Verbindungen, wie der ehemalige hanseatische Bund; andere sind im Grund anders nichts als eine Art von Freundschaftverträgen. Die beiden Hauptgesichtpuncte der neuern Handelsverträge betreffen den Handel unter friedlichen und feindlichen Verhältnissen, und zwar die letzten theils unter den Contrahenten selbst, theils zwischen einem von ihnen und einer dritten Macht, theils zwischen dritten Mächten.

a) Viele Handels- und Schiffahrtverträge stehen in den Sammlungen von Staatsverträgen. Eine eigene Sammlung für England ist: A Collection of all the marine treaties between Great-Britain and other Powers. 1779. 8. Auszüge aus den von den vereinigten Niederlanden geschlossenen Handelsverträgen, in Adr. Kluit historiae federum Belgii federati primis lineis, T. I. cap. 4. Ein Verzeichniß der von den vornehmsten europäischen Staaten bis auf das Jahr 1782 errichteten Handelsverträge, nebst Angabe ihres wichtigsten Inhaltes, steht in dem V. Hauptst. v. J. C. W. v. Steck's Versuch über Handels- und Schiffahrtsverträge. Halle 1782. 8. Und ein Verzeichniß von Sammlungen der Handelsverträge einzelner Staaten u. von Schriften darüber, in v. Kamptz neuer Lit., §. 256. — Schriften: Jo. Jac. Mascov diss. de foederibus commerciorum. Lips. 1735. 4. Mably droit public de l'Europe, T. II, ch. 12. Théorie des traités de commerce, par M. Bouchaud. à Paris 1777. 8. v. Steck's angef. Versuch. *Ebenders.* von den Handlungsverträgen des russischen Reichs; in s. Versuchen von 1783, S. 61—84. *Ebenders.* von den Handelsverträgen der osmanischen Pforte,

in s. Versuchen von 1772, S. 86 — 118. *Ebenders.* von dem AssientoVertrag, ebendas. S. 1 — 13. *Ebenders.* von dem Sundzoll, dem odenseeischen Vertrag u. dem brömsebroischen Friedensschluſs, ebendas. S. 39 — 48. *Ebenders.* von den wechselseitigen Vortheilen der Kronen Groſsbritannien u. Portugal aus ihrem Handlungsvertrag von 1703, in dessen Ausführungen (1784), S. 9 ff. Moser's Versuch, VII. 454 ff. 677.

§. 151.

Bestimmt, theils für friedliche Verhältnisse.

In Absicht auf *friedliche* Verhältnisse, betreffen die Hauptbestimmungen der Handelsverträge die Aus-, Ein- und Durchfuhr der Handelswaaren und ihrer verschiedenen Arten, die Handelsabgaben, insbesondere die Zölle, die Rechte, Freiheiten und Pflichten der Staatsangehörigen, welche des Handels wegen in dem Gebiet des andern Staates sich aufhalten, in Ansehung ihres Gewerbes und Gerichtstandes, ihrer Religionsübung, Abgaben, Arrest-, Nachsteuer- und Abzugsgeldfreiheit, der Rechte ihres Nachlasses, des Strandrechtes, u. d. m. Ueber Sinn und Umfang der nicht selten vorkommenden Clausel, „daſs die handelnden Angehörigen „des einen contrahirenden Staates, in dem Ge„biete des andern den eigenen Unterthanen", oder „den Angehörigen der am meisten begün„stigten Nation sollen gleich gehalten werden", ist hin und wieder gestritten worden *a*).

a) v. Steck's Versuch über Handelsverträge, S. 23 ff. De Martens essai concernant les armateurs, §. 57. sq. — Als Beispiele s. man den Handelsvertrag zwischen Dänemark und Ge-

nua, von 1756, bestätigt und berichtigt im J. 1789, in v. Martens recueil, IV. 532, und denjenigen zwischen Preussen u. Dänemark von 1817, ebendas. Supplém. VIII. 527.

§. 152.

Theils für feindliche Verhältnisse.

Für den Fall eintretender *feindlicher* Verhältnisse *a*), und zwar unter den Contrahenten, pflegt bestimmt zu werden: die Freiheit des fortwährenden Aufenthaltes der wechselseitigen handelnden Staatsangehörigen in dem feindlichen Staatsgebiet, oder die Nothwendigkeit ihres Abzugs innerhalb bestimmter Frist, von einem gewissen Zeitpunct an gerechnet, und die Bedingungen beider, die Rechte in Ansehung der Beschlagnehmung ihrer Güter, u. d. Für den Fall des Kriegs eines der Contrahenten mit einer dritten Macht, pflegen die NeutralitätsRechte des Handels der Staatsangehörigen des andern Contrahenten bestimmt zu werden, besonders welche Waaren als neutral, und welche als Kriegs-Contrebande behandelt werden sollen, ob, wann, und wie die Handelsschiffe des neutralen Contrahenten auf offener See der Visitation der Kriegsschiffe des kriegführenden Contrahenten sollen unterworfen seyn, unter welchen Bedingungen sie in dessen Seegebiet von Embargo frei seyn sollen, das Verhalten des neutralen Contrahenten in eigenem Seegebiet, gegen die Schiffe nicht nur des kriegführenden Contrahenten, sondern auch seines Feindes, u. d. m. *b*)

Selbst für den Fall eines Kriegs zwischen dritten Mächten, werden bisweilen durch Vertrag gewisse Grundsätze festgestellt, nach welchen die Contrahenten die Freiheit und Neutralität des Handels ihrer Staatsangehörigen auf offener See, allenfalls mit bewaffneter Macht, behaupten wollen.

a) Schriften in v. Ompteda's Lit. II. 598 f. Essais sur divers sujets relatifs à la navigation et au commerce, pendant la guerre, par Mr. de Steck. à Berlin 1794. 8.

b) Vergl. die Convention von 1744, zwischen Grofsbritannien u. Frankreich, in dem Mercure historique et polit. 1744, T. I. p. 560.

§. 153.

Wirkung und Bestätigung der Verträge.

Ein an sich gültiger Vertrag, begründet für den Contrahenten ein *Zwangrecht*, nicht nur von seinem Mitcontrahenten vollständige Erfüllung des Versprechens, sondern auch von jedem zu Widerspruch nicht befugtem Dritten zu fordern, dafs er die Erfüllung des Vertrags nicht hindere. Zu Ausübung dieses Zwangrechtes, bedarf es weder einer Bestätigung, noch einer Erneuerung, Wiederherstellung, oder Verstärkung des Vertrags. Nützlich kann jedoch die *Bestätigung* eines Vertrags seyn, wenn über dessen Gültigkeit, oder über die Fortdauer derselben, Streit oder Zweifel vorwaltet, oder zu besorgen wäre *a*). Die Versicherung, welche monarchische Regenten nach ihrer Thronbesteigung an-

dern Mächten oft zu ertheilen pflegen, dafs sie die mit ihren Staaten bestehenden Verträge gehörig erfüllen würden, ist eine Förmlichkeit, welche wenigstens einer allgemeinen Freundschaftversicherung gleich zu achten ist. Bisweilen liegt bei der Bestätigung eines ältern Vertrags, blofs die Absicht zum Grunde, seine fortdauernde Gültigkeit bei den jetzigen Contrahenten in frischem Andenken zu erhalten. Ist ein Vertrag in einem spätern so bestätigt, „als „ob er von Wort zu Wort dem neuen Vertrag „eingerückt wäre *b*)", so wird darum jener noch nicht nach seinem ganzen Inhalt ein Theil des letzten, sondern es wird dadurch, im Zweifel, die Anerkennung der Gültigkeit des ersten, blofs für die Contrahenten des letzten eine Vertragbedingung *c*).

a) Das letzte ist bisweilen der Fall bei neuern Verträgen über denselben Gegenstand; man pflegt darin die ältern Verträge, so weit sie fernerhin gelten sollen, ausdrücklich zu bestätigen. Hubertsburger Fr. v. 1763, Art. 5 u. 12. Moser's Versuch, Th. X, Bd. 2, S. 601 f. Bestätigung des Allianz-Vertrags von Chaumont, in wiener und pariser Staatsverträgen von 1815; man s. oben §. 149 a.

b) Wie der westphälische, und die breslauer, berliner, dresdner und hubertsburger Friedensschlüsse bestätigt wurden in dem teschener Frieden v. 1779, Art. 12, und die Convention zwischen Oestreich, Kurpfalz und Zweibrücken, ebendas. Art. 7. De Martens recueil, II. 5. 6.

c) Also nicht auch für die Garants des letzten. Wenigstens schränkt sich dann ihre Garantie ein, auf die bedungene Anerkennung des ältern Vertrags durch die Contrahenten des neuern. Hierauf beruht die Streitfrage: ob Rufsland

durch seine Garantie des teschener Friedens auch (allgemeiner) Garant des westphälischen geworden sey? v. KAMPTZ neue Lit. des VR., S. 81 f.

§. 154.

Erneuerung und Wiederherstellung der Verträge.

Die *Erneuerung* der Verträge (renovatio pactorum) ist eine Verlängerung ihrer Gültigkeit über denjenigen Zeitpunct hinaus, mit welchem diese ihr Ende erreichen würde *a*). Bei der Erneuerung treten dieselben Erfordernisse ein, wie bei der ursprünglichen Errichtung des Vertrags. Vermuthet wird sie nie, aber sie kann nicht nur ausdrücklich geschehen, sondern auch stillschweigend, durch wissentliche Fortsetzung der Leistung und Annahme der Vertragpflichten über den gedachten Zeitpunct hinaus *b*). Sie kann sich beziehen auf den ganzen Vertrag, oder nur auf einzelne Artikel oder Stipulationen desselben *c*). — Soll ein Vertrag, dessen Gültigkeit schon aufgehört hat, wieder Kraft erhalten, so ist eine *Wiederherstellung* (restitutio) desselben nöthig. Diese, von einigen auch Erneuerung benannt, geschieht nicht selten in Friedensschlüssen bei solchen Verträgen, die durch den Krieg ihr Ende erreicht hatten *d*). Soll die Erneuerung oder die Wiederherstellung nicht blofs die HauptContrahenten, sondern auch die NebenContrahenten, z. B. die Garants, verpflichten, so wird auch deren Einwilligung erfordert.

a) Am gewöhnlichsten ist die Erneuerung bei SubsidienTractaten. — Oft werden verwechselt, Bestätigung (§. 153), Erneuerung und Wiederherstellung eines Vertrags. WALDNER diss. ad §. seq. cit. cap. 12. p. 124. Bisweilen werden in Praxi die beiden ersten, oder auch alle drei, wenigstens den Worten nach mit einander verbunden, um allen Zweifeln vorzubeugen. Hubertsburger Fr. 1763, Art. 5 u. 12. Aachner Fr. 1748, Art. 3.

b) Ob in diesem Fall auch die vorige Zeitbestimmung für erneuert zu achten sey? VATTEL, liv. II, ch. 13, §. 199.

c) Aus der Erneuerung einzelner Stipulationen, läſst sich, wenn diese für sich allein bestehen können, noch nicht schlieſsen auf Erneuerung des ganzen Vertrags.

d) G. F. v. MARTENS über die Erneuerung der Verträge in den Friedensschlüssen der europ. Mächte; eine Einladungsschrift. Gött. 1797. 8. *Ebendess.* recueil, Supplém. V. 681.

§. 155.

Verstärkung der Verträge.

Zu möglichster Entfernung der Besorgniſs einer Nichterfüllung, kann auch ein Völkervertrag *Verstärkung* (Corroboration) erhalten durch *Sicherungsverträge* (pacta cautionis), welche, als hinzukommende Nebenverträge, für den Fall einer Verletzung des Vertragrechtes ein Hülfsrecht begründen *a*). Die Sicherheit wird geleistet, entweder von Contrahenten selbst, oder von einer dritten Macht. Die gewöhnlichsten Sicherungsverträge sind jetzt: *Pfand*, *Geisel*, *Garantie*. Die Verstärkung durch *Versprechungs-Eide* der Contrahenten, ist seit dem siebenzehnten Jahrhundert kaum Einmal vorgekommen *b*). Conventionelle *Geldstrafe* und *Bürgschaft* werden bei Verträgen der Staaten unter sich, jetzt nicht

leicht vorkommen, und die ehemaligen *Conservatoren* (warrant, guarandi), angesehene Unterthanen, Schutzverwandte oder Vassallen, welche durch Zusage ihres bewaffneten Beistandes gegen ihren eigenen contrahirenden Regenten, Schutz- oder Lehnherrn, für dessen Versprechen Gewähr leisteten *c*), sind seit dem Ende des Mittelalters ausser Gebrauch *d*). Dasselbe gilt von der Verpflichtung zu dem *Kirchenbann e*) (excommunicatio major), zu dem *Einlager* (obstagium), zu *Schelmschelten*, *Schandgemälden*, und andern veralteten ConventionalStrafen *f*).

a) Vattel, liv. II., ch. 16, §. 235—261. F. L. Waldner de Freundstein diss. de firmamentis conventionum publicarum. Giessae 1709 (1701). rec. ib. 1753. 4. C. F. Woller diss. de modis, qui pactionibus publicis firmandis proprii sunt, scil. de guarantia pacis et obsidibus. Vindob. 1775. 4.

b) Im J. 1777, wo in der Hauptkirche zu Solothurn das Bündniſs zwischen Frankreich und der Schweiz, vom 28. Mai 1777, von beiden Theilen beschworen ward. Moser's Versuch, VIII. 287 f. Beschworen wurden auch: von Franz I. sein mit Carl V. 1526 zu Madrid geschlossener Vertrag, der Fr. v. Cambray 1529, Art. 46; der Fr. v. Château-Cambresis 1559. Art. 24; der münsterische Friede, geschlossen 1648 zwischen Spanien und den Vereinigten Niederlanden; der pyrenäische Fr. 1659, Art. 124; der aachner, zwischen Frankreich und Spanien, 1668; der ryswiker Fr. zwischen Frankreich und Spanien, 1697, Art. 38. Vergl. Grotius lib. II. c. 13. Franc. Fagel diss. de guarantia foederum, c. 2. Leonh. Hoffmann diss. de conservatione foederis jurejurando firmati. Jen. 1720. 4. Waldner diss. cit. c. 7. p. 73. — Manche katholische Regenten erlangten Lossprechung von dem Eid, wodurch sie Staatsverträge bekräftigt hatten; z. B. Ferdinand der Katholische von Papst Julius II. (Rousset Supplément, T. III. P. 1. p. 17.); Franz I. von Leo X. und Clemens VII. (Négociations secrètes touchant la paix de

Munster, T. I. p. 20. GLAFEY's Vernunft- u. Völkerrecht, S. 466); Heinrich II. von dem päpstl. Legaten Caraffa (VATTEL L. II, ch. 15, §. 223). Dieser Mifsbrauch veranlafste in manchen Verträgen die Clausel: „dafs der Promittent Re„laxation von seinem Eid, weder selbst noch durch einen „Andern suchen, noch die ihm angebotene annehmen wolle". Beispiele in SCHMAUSS C. J. G. 1165. LAMBERTY, I. 571. ROUSSET intérêts et prétentions, II. 13. 23. FABER's StaatsCanzley, XC. 215.

c) Beispiele liefern noch, die Friedensschlüsse von Arras, zwischen Maximilian I. u. Ludwig XI. 1482; von Senlis, zwischen Max. I. u. Carl VIII. 1493; von Orleans, zwischen Ludwig XII. u. England 1514. Vergl. auch FAGEL, l. c. p. 26. sqq. (NEYRON) Essai sur les garanties, p. 100.

d) An ihrer Stelle, wählte man dritte Mächte zu Conservatoren. Daher der Ursprung der heutigen Garantieen, von welchen der Tractat von Blois 1505 das erste Beispiel liefert. DU MONT corps dipl. T. IV. P. 1. p. 74. Franc. FAGEL l. c. p. 29. sq. v. STECK's Versuche (von 1772), Num. 5, S. 48 ff.

e) Noch Carl V. u. Franz I. suchten den Frieden von Cambray 1529, Art. 46, dadurch zu verstärken; obgleich die Päpste Bonifacius VIII. u. IX. 1302 u. 1390 diese Verpflichtungsart verboten hatten. De GUDENUS cod. dipl. T. V. p. 336.

f) Von diesen und andern ehemaligen Verpflichtungsarten, s. J. L. KLÜBER comm. de pictura contumeliosa (Erlang. 1787. 4.), §. 6. Mémoires sur l'ancienne chevalerie, par M. de la CURNE de SAINTE-PALAYE, T. I, p. 382. et suiv.

§. 156.

Insbesondere, durch 1) Pfand; 2) Geissel.

Zur Sicherheit völkerrechtlicher Stipulationen, dient bisweilen ein *Pfand a*), welches der versprechende Theil einsetzt. Es besteht meist in Landestheilen *b*), verbunden mit Uebergabe an den andern Contrahenten (eigentliches Pfand, Faustpfand), und mit eingeräumtem, mehr oder

weniger eingeschränktem Gebrauch desselben. Einräumung eines Pfandrechtes ohne Uebergabe (Hypothek), ist selten *c*). — *Geissel* (obsides), Staatsangehörige, die zu Sicherung eines Vertragrechtes einem andern Staat in Verwahrung gegeben, oder zum Zweck des Kriegs gewaltsam genommen werden *d*), sind von jeher üblich gewesen. Die gewaltsame Nehmung pflegt nur im Kriege zu geschehen *e*), und wird nicht selten Anlaſs, daſs Repressalien gebraucht, insbesondere daſs Gegengeissel genommen werden. Die freiwillige Gebung, kommt am meisten vor bei Kriegsverträgen und Friedensschlüssen *f*). Strengeres Verfahren gegen sie, als der Zweck der Verwahrung fordert, wäre widerrechtlich *g*); nur mit ihrer Freiheit haften sie.

a) Vattel, liv. II, ch. 16, §. 241—243.

b) N. H. Gundling de jure oppignorati territorii; in s. Exercit. acad. Vol. I. p. 31. sq. — Beispiele, besonders aus der Geschichte der Vereinigten Niederlande. Günther's Völkerrecht, II. 153. Franc. Fagel diss. cit. cap. 3. p. 16. sq. Durch den pariser Vertrag v. 8. Sept. 1808, räumte Preussen an Frankreich den pfandweisen Besitz der drei OderFestungen, Stettin, Cüstrin u. Glogau ein, bis zu Bezahlung der 140 Mill. Fr. KriegsContribution. Büsch Welthändel, mit Brenow's Fortsetz. S. 134. — Auch *bewegliche* Sachen haben bisweilen als Faustpfand gedient, z. B. Polen versetzte einst an Preussen eine Krone u. a. Kleinode.

c) Beispiele bei Günther, II. 154. Vattel, l. c. §. 244. Schmauss C. J. G. II. 1140. art. V. 1150. art. III.

d) Schriften in v. Ompteda's Lit., II. 646 f. u. in v. Kamptz n. Lit., S. 276 f. — Vattel, liv. II, ch. 16, §. 311—324. Franc. Fagel diss. cit. cap. IV. p. 17. sqq. Waldner diss.

cit. c. 8. p. 89. Moser's Versuch, Th. IX, Bd. 2, S. 457. Wächter diss. cit. §. 94. Woller diss. cit.

e) v. Martens Einl. in d. europ. VR. §. 291, Note b. Vattel, l. c. §. 248.

f) Aachner Fr. v. 1748, Art. 9. Wenck cod. jur. gent. II. 352.

g) Scipio bei Livius, XXVIII. 34. Grotius, lib. II. c. 15. §. 7. c. 21. §. 55. C. H. Breuning diss. de fuga obsidum. Lips. 1766. 4. De Steck observatt. subsecivae, c. 22. Vattel, §. 247. Fagel l. c. §. 9. p. 22.

§. 157.

3) *Garantie.*

Ein sehr gewöhnlicher Sicherungsvertrag ist die *Garantie a*), in dem engern Sinn; ein Völkervertrag, wodurch ein Staat verspricht, einem andern Staat Hülfe zu leisten, auf den Fall, wenn diesem eine Rechtsverletzung der bestimmten Art *b*) von einer dritten Macht drohen, oder zugefügt würde. Die Garantie wird geleistet, immer in Beziehung auf eine dritte Macht, von deren Seite eine Rechtsverletzung möglich wäre. Denkbar ist sie demnach als Sicherheitsmittel für jedes Rechtsverhältniſs, in welchem zwei oder mehrere Mächte, ausser dem Garant, unter sich stehen können *c*), namentlich in Ansehung ihrer TerritorialBesitzungen, ihrer Souverainetät und Unabhängigkeit, der Staatsverfassung, der Thronfolge, u. d. *d*). Am häufigsten findet sie sich bei Friedensschlüssen *e*). Die Schliessung des GarantieVertrags beruht auf freiem Willen des Garants und derjenigen Macht, welcher sie versprochen wird. Versprochen kann sie wer-

den, nicht nur derjenigen Macht, deren Rechtsverhältnifs garantirt wird, sondern auch für diese einer dritten Macht *f*). Auch kann die Pflicht, mit jener Macht auf ihr Verlangen den Garantie-Vertrag zu schliessen, Gegenstand eines Vertrags des Garants mit einer dritten Macht seyn. Einwilligung desjenigen, wider welchen Garantie versprochen wird, ist nicht nöthig; doch kann nützlich seyn, dafs die Garantie ihm bekannt werde.

a) Schriften in v. OMPTEDA's Lit. II. 594 f. in v. KAMPTZ n. Lit., §. 249 u. 328; u. in KLÜBER's neuer Lit. des t. Staatsr. §. 1667. — VATTEL, liv. II, ch. 16, §. 235. sqq. MOSER's Versuch, VIII. 335 ff. Franc. FAGEL diss. de garantia foederum (Lugd. Bat. 1759. 4.), p. 29. sqq. WOLLER diss. cit. (oben §. 155). Essai historique et politique sur les garanties (par P. J. NEYRON). à Goett. 1777. 8. H. G. SCHEIDEMANTEL, die Garantie nach Vernunft und teutschen Reichsgesetzen. Jena 1782. 8. u. in dessen Ausgabe des Repertoriums des teutschen Staats- und Lehnrechtes, Bd. II, S. 156 — 166. C. D. ERHARD pr. de sponsoribus juris gentium. Lips. 1787. 4. (Vergl. jedoch KLÜBER's kl. jurist. Biblioth., St. XV, S. 293.)

b) Wird überhaupt gegen Rechtsverletzung Hülfe versprochen, so ist der Vertrag ein Bündnifs. FAGEL diss. cit. cap. 7. §. 5. p. 34. — In dem *weitern* Sinn, heifst Garantie jeder Vertrag, dessen Zweck Sicherung eines andern Vertrags ist. Eine Musterung der verschiedenen Definitionen der Garantie in dem engern Sinn, liefert ERHARD a. a. O. Alle scheinen mangelhaft.

c) Von Garantie der Verträge über Religionsrechte, v. STECK's Abhandlungen aus dem teutschen Staatsrecht, Num. 7. *Ebendess.* Observationes subsecivae, obs. 8.

d) Von Garantirung der Länder, MOSER's Versuch, V. 455 ff. und Beispiele in KLÜBER's Acten des wiener Congresses, Bd. I, Heft 1, S. 96, Heft 2, S. 90, 93 u. 95, Bd. V, S. 545 f., Bd. II, S. 281. — Etlichemal war die politische Existenz

oder die Souverainetät und Unabhängigkeit eines Staates, Gegenstand der Garantie. Beispiele in KLÜBER's angef. Acten, Bd. IV, S. 429 u. 436, Bd. VI, S. 577, und in *Ebendess.* Uebersicht der diplomat. Verhandlungen des wiener Congresses, S. 551. — Von Garantirung streitiger Länder, ebendas. V. 458. — Auch Staatsformen oder Constitutionen (§. 51, Note c), Successionsrechte, Darlehen, u. d. werden bisweilen garantirt. Rufsland garantirte 1776 ein polnisches Anlehn von 500,000 Ducaten. Oestreich liefs sich seine pragmatische Sanction (SuccessionsStatut) von 1713 garantiren, von Spanien in dem wiener Fr. 1725, Art. 12, von Frankreich in dem wiener Fr. 1738, Art. 10, und von dem teutschen Reich 1732. PACHNER's v. EGGENSTORFF Samml. der Reichsschlüsse, Th. IV, S. 368 ff. Spanien liefs sich seine SuccessionsOrdnung garantiren von Oestreich, in dem wiener Fr. 1725, Art. 12.

e) H. de COCCEJI exercitatt. T. II. n. 31. p. 597. MOSER's Versuch, Th. X, Bd. 2, S. 552—600. Ueber FriedensGarantien, in v. ARCHENHOLZ Minerva, Febr. 1812, S. 265—275. — Schriften von der Garantie des westphäl. Fr. 1648, bei v. OMPTEDA II. 619 f. PÜTTER's Lit. des t. Staatsr. III. 90 u. 866. KLÜBER's neue Lit. §. 1660. u. v. MARTENS Einleit. in das europ. VR. §. 57, Note e.

f) Beispiele, in dem teschener Fr. 1779, Art. 8, (de MARTENS recueil, II. 5.) und in dem aachner 1748, Art. 22. FABER's europ. StaatsCanzley, Th. 99, S. 277. In dem haager Concert von 1659, Art. 5, versprachen Frankreich, Grofsbritannien, und die Vereinigten Niederlande einander Garantie eines Friedens, den sie zwischen Schweden und Dänemark vermitteln wollten. DU MONT corps dipl. T. VI. P. 2. p. 253.

§. 158.

Fortsetzung.

Ist der GarantieVertrag bestimmt zu der Sicherung eines Vertrags, so ist derselbe stets ein Hülf- oder Nebenvertrag (pactum accessorium), selbst wenn er dem Hauptvertrag einverleibt wäre *a*). Dann kann die Garantie ge-

leistet werden, nicht nur von einer dritten Macht ausser den HauptContrahenten, sondern auch von einem HauptContrahenten dem andern, gegen einen oder mehrere ihrer MitContrahenten *b*). In dem letzten Fall, ist die Garantie entweder einseitig, oder wechselseitig *c*). Die wechselseitige ist gleich oder ungleich; das letzte, wenn die von dem einen Theil geleistete Garantie, von grösserem Umfang ist als diejenige des andern Theils *d*).

a) Der GarantieVertrag kann dem Hauptvertrag selbst eingerückt seyn, wie in dem teschener Fr. 1779, Art. 7, 8, 9 u. 16, und die GarantieErklärung am Schluſs. Es kann aber auch eine eigene GarantieUrkunde ausgefertigt werden, wie von dem teutschen Kaiser und Reich 1751, wegen Garantie des dresdner Friedens v. 1745. Gerstlacher's Handb. der teutschen Reichsgesetze, I. 190 f. Auch zu dem teschener Frieden kam noch eine eigene GarantieUrkunde. De Martens recueil, II. 26. Die Friedensschlüsse zwischen dem teutschen Reich und Frankreich, zu Nimwegen 1679, Art. 34, und zu Ryswick 1697, Art. 54, laden alle andern Mächte ein, deren Garantie zu übernehmen.

b) In dem aachner Fr. 1748, Art. 23, garantirten alle acht contrahirenden Mächte einander den Friedensvertrag. In dem Fr. v. Oliva 1660, Art. 30, garantirten „partes paciscentes omnes, tam principales quam foederatae", einander den Friedensschluſs. Du Mont corps dipl. T. VI. P. 2. p. 308. Eben so in dem westphäl. Fr. 1648; J. P. O. art. 17. §. 5. sq.

c) Wechselseitig zwischen Preussen u. Oestreich, in dem dresdener Fr. 1745, Art. 8. Wechselseitige Garantie der beiderseitigen Staaten, und der Staaten der in dem Frieden mitbegriffenen Mächte, in dem französisch-russischen Fr. v. Tilsit 1807, Art. 25. Einseitige Garantie Frankreichs, in Hinsicht auf die Integrität der östreichischen Staaten, in dem wiener Fr. 1809, Art. 14. Andere Beispiele bei Scheidemantel a. a. O. §. 3. n. 4.

d) Moser's Versuch, V. 458.

§. 159.

§. 159.

Schluſs.

Die Garantien sind bald allgemein, bald particulär, je nachdem alle Rechte der bestimmten Art, oder alle Besitzungen eines Staates, so auch alle Stipulationen eines Vertrags, garantirt werden, oder nur ein Theil derselben *a*). Einige werden für beständig, andere nur auf gewisse Zeit übernommen *b*). In dem Fall einer drohenden oder wirklichen Verletzung des garantirten Gegenstandes, ist der Garant, auf erhaltene Aufforderung *c*), verpflichtet, die versprochene Hülfe zu leisten *d*); doch nur so weit, als der die Garantie anrufende Theil zur Selbsthülfe berechtigt ist *e*), und in jedem Fall ohne Nachtheil der Rechte eines Dritten *f*) (salvo jure tertii). Zu mehr als der versprochenen Hülfleistung, ist der Garant weder berechtigt noch verpflichtet. Vermag er durch Leistung der versprochenen Hülfe, den Verlust des garantirten Gegenstandes nicht abzuwenden, so ist er, da Garantie keine Bürgschaft in sich schlieſst, zu Entschädigung nicht verpflichtet *g*). Eben so wenig ist er berechtigt, einer Aufhebung, Erweiterung, oder Aenderung des garantirten Vertrags, durch Einwilligung beider, sich zu widersetzen; er ist aber nach einer Abänderung, so weit diese den garantirten Gegenstand wesentlich berührt, zur vorigen Garantie fernerhin

nicht verbunden, und auch auf spätere Zusätze des Vertrags erstreckt sich seine Garantie im Zweifel nicht. Die Garantie erreicht ihr Ende, auf dieselbe Art wie andere Völkerverträge *h*). Der garantieberechtigte Staat hat ein pflichtmäsiges Verhalten zu beobachten, dafern er der durch die Garantie erlangten Rechte nicht verlustig werden will *i*).

a) Moser's Versuch, V. 457.
b) Moser's Versuch, V. 456.
c) Moser's Versuch, V. 462.
d) Moser's Versuch, V. 459. — Der Garant ist schuldig, alle angemessenen Mittel anzuwenden, um den seine Pflicht hintansetzenden Contrahenten zu Erfüllung des Vertrags zu veranlassen, und selbst zu nöthigen.
e) Strube's rechtl. Bedenken, Th. I, Bed. 127. Fagel diss. cit. c. 7. §. 5.
f) Vattel, liv. II, ch. 16, §. 238.
g) Vattel, liv. II, ch. 16, §. 240. Henr. Fagel diss. cit. c. 7. §. 8. sqq. — Cautelen, in Absicht auf die Art der Hülfleistung, bei Uebernehmung der Garantie, enthält in dieser Hinsicht, der Beitritt der Vereinigten Niederlande zu der östreichischen pragmatischen Sanction, in Rousset's recueil historique, T. VI, p. 442—452. Auch der westphäl. Fr. 1648, J. P. O. art. 17. §. 6., u. der olivische Fr. 1660, Art. 35, §. 2. Ein Formular mit nützlichen Cautelen, liefert Ulr. Obrecht in s. Dissertatt. acad., Diss. VII. c. 6.
h) Moser's Versuch, V. 460. Henr. Fagel l. c. c. 7. §. 15. sq. — Diejenige Garantie, welche eine DefensivAllianz bezweckt (Beispiele in Schmauss C. J. G. II. 1013, Art. 4. Schmauss Staatswissensch. I. 109. Art. 2), erklärt für wiederruflich, nach Willkühr des Promittenten, Wächter diss. cit. §. 95.
i) Fagel diss. cit. c. 7. §. 14.

§. 160.

Gute Dienste und Vermittlung dritter Mächte.

Ausser den genannten SicherungsVerträgen,

concurriren *dritte Mächte* bisweilen noch auf andere Weise bei Schliessung der Völkerverträge. Eine dritte Macht kann 1) zu Schliessung eines Vertrags, insbesondere zu Eröffnung der Unterhandlungen, bei den interessirten Mächten sich verwenden, mittelst Anwendung so genannter *guter Dienste* (bona officia, bons offices). Diese werden geleistet, aus eigenem Antrieb, auf Ersuchen eines oder beider Theile, oder in Folge eines gegebenen Versprechens *a*). Ihre Annahme kann, wenn sie aus eigenem Antrieb angewandt oder angeboten werden, allerseits verweigert werden; doch nicht, wenn die Annahme durch Vertrag zugesagt ist *b*). Ihre Erbittung oder Annahme, giebt noch kein Recht auf Vermittlung *c*). 2) *Mittler* (mediator, pararius, médiateur) ist diejenige Macht, welche in der Unterhandlung eines Vertrags beiden Theilen durch Rath und That Beistand leistet *d*). Obgleich die Mediation sowohl durch eigenen Antrieb, als auch durch Ersuchen eines oder beider Theile, und selbst einer dritten Macht, veranlafst werden kann, so findet sie doch anders nicht statt, als mit Einwilligung beider Theile und des Mittlers. Nach allerseits angenommener Mediation, ist unparteyisches Wohlwollen die erste Pflicht des Mittlers *e*). In der Regel wird ihm das Recht eingeräumt, den Conferenzen beider Theile beizuwohnen, und sich eben so wohl mit Nachdruck, als mit

Glimpf zweckmäsig zu verwenden. Aber die Vermittlung giebt ihm kein Recht, seine Anträge mit Gewalt durchzusetzen. Zu einer Garantie des vermittelten Vertrags, giebt die Vermittlung weder Recht noch Pflicht *f*).

a) Moser's Versuch, VIII. 422 f. u. Th. X, Bd. 2, S. 310. Institutions politiques, par le B. de Bielfeld, T. II, p. 152.

b) Französisch-preussischer Fr. zu Basel 1795, Art. 11, in de Martens recueil, VI. 498.

c) Russische Erklärung an Frankreich 1742, bei Moser a. a. O.

d) G. S. Treuer diss. de prudentia circa officium pacificatoris inter gentes. Lips. 1727. 4. Heinichen über FriedensVermittlungen; in der Minerva, Oct. 1813, S. 1—12. De Steck sur la médiation d'honneur; in s. Essais sur plusieurs matières, n° 1. Die bewaffnete Vermittlung; in Vogt's Staats-Relationen, Bd. V, Heft I (Frankf. 1805), Num. I. Moser's Versuch, VIII. 421 ff. u. Th. X. Bd. 2, S. 310. Bielfeld a. a. O. v. Ompteda's Lit. II. 667. v. Kamptz neue Lit., §. 326.

e) Man sehe z. B. den Vertrag zwischen Frankreich und Oestreich, betr. die Friedensvermittlung, geschlossen zu Dresden am 30. Jun. 1813; in v. Martens recueil, Supplém. V. 586.

f) Fagel diss. cit. cap. 7. §. 4. — Doch kann die Garantie auch von einer vermittelnden Macht versprochen werden, wie in dem teschener Fr. 1779, Art. 8, und am Schlufs die GarantieErklärung. Vertrag zwischen Kurpfalz u. Kursachsen zu Teschen, v. 1779, Art. 5. De Martens recueil, II. 5. 8. 18.

§. 161.

Beitritt dritter Mächte.

Zuweilen wird *dritten* Mächten *Theilnehmung an einem Völkervertrag*, als Haupt- oder NebenContrahenten, gestattet, oder wenigstens bedungen *a*). Erklärt sich die dritte Macht bereit zu der Theilnahme, so geschieht dieses entweder *in dem Vertrag selbst*, oder nachher

in der Form eines *Beitritts* (Accession). In dem letzten Fall, pflegt eine Beitritt- oder AccessionsActe von der einen, und eine Acceptations-Urkunde von der andern Seite ausgefertigt zu werden *b*). In beiden Fällen wird zu der Theilnehmung die Einwilligung oder Genehmigung der dritten Macht erfordert; es sey nun dafs solche zu den Stipulationen, zu allen oder einzelnen, nothwendig war, oder dafs die Theilnehmung blofs aus Gründen der Politik erbeten und angenommen ward *c*). Zwang zu dem Beitritt *d*), könnte nur statt finden, sofern er rechtmäsig wäre.

a) (J. C. W. v. Steck's) Ausführungen polit. und rechtl. Materien, Num. 2, S. 49—56. Moser's Versuch, VIII. 306 ff. X. 2. 416. SeparatArtikel des teschener Fr. 1779, wodurch Kursachsen in den Frieden als contrahirender Theil aufgenommen wird, in v. Martens recueil, II. 9.

b) AccessionsUrkunden Spaniens, Siciliens, u. Sardiniens zu dem wiener Fr. v. 1738, in Wenck's cod. jur. gent. I. 50. 149. 157. 165. AccessionsUrkunden zu dem aachner Fr. 1748, ebendas. II. 323. 326. 327. 329. 376. 382. 386. 390. 398. 404. Accessions- u. AcceptationsActen zu d. teschener Frieden 1779, in v. Martens recueil, II. 14. 20. 23. 24. 27. BeitrittUrkunden d. teutschen Reichs zu d. teschener Fr. v. 1779, in Gerstlacher's Handb. der t. Reichsgesetze, I. 208 ff. AccessionsActen verschiedener Fürsten zu dem rhein. Bund, von 1806—1808. De Martens l. c. Supplém. IV. 387 et suiv. Klüber's Staatsr. d. Rheinbundes, §. 33. b. Wirtembergs u. Badens Beitritt zu d. teutschen Bund, 1815, De Martens l. c. VI. 368. Aeltere Beispiele, in Du Mont's corps dipl. univ. T. VIII. P. 1. p. 539. u. Rousset's recueil, T. I. p. 212. 213.

c) Diese Art des Beitritts hält Mably (droit publ. de l'Europe, III. 164) für blosses Spiegelgefecht u. eitle Illusion. So auch v. Steck S. 55.

d) Beispiele in dem zweiten Theilungsvertrag über die spanische Monarchie v. 25. März 1700, in der londner QuadrupleAllianz v. 1718, 2. SeparatArt., und deren Erfolg. v. Steck a. a. O. S. 51 f. Vergl. auch die aachner Friedens-Präliminarien v. 1748, Art. 22, in Moser's Versuch, Th. X, Bd. 2, S. 88.

§. 162.

Einschliessung dritter Mächte in den Vertrag. Protestation von Seite dritter Mächte.

Auch erfolgt zu Zeiten die *Einschliessung einer dritten Macht a*), besonders einer alliirten, in einen Vertrag, namentlich in einen Friedensschlufs, indem derselbe für gemeinschaftlich mit ihr erklärt wird *b*); selbst ohne vorhergegangene oder nachfolgende, ausdrückliche Erklärung ihrer Einwilligung *c*), und ohne einen von ihr einem oder beiden Paciscenten zu dieser Einschliessung gegebenen Auftrag *d*). — Der *Widerspruch* einer Macht gegen einen von andern Mächten, und vielleicht von ihr selbst geschlossenen Vertrag, geschieht bisweilen durch eine feierliche Verwahrungs- oder *Protestations-Urkunde*, auf welche meist eine GegenProtestation folgt *e*). Die rechtliche Wirkung solcher Erklärungen, hängt ab von dem rechtlichen Grund oder Ungrund des Widerspruchs.

a) v. Steck a. a. O. 45—49. Moser's Grunds. des europ. Völkerr. in Friedenszeiten, S. 555. *Ebendess.* Versuch, X. 2. 416 ff.

b) Presburger Fr. 1805, Art. 6. Tilsiter Fr. 1807, der russische, Art. 17, der preussische, Art. 5. Wiener Fr. 1809, Art. 2.

c) Hubertsburger Fr. 1763, Art. 2, u. die dazu gehörige SeparatActe, in de MARTENS recueil, I. 68. sqq.

d) Ob u. wiefern die dritte Macht hieraus ein Recht erlange? Ob und wiefern ein Contrahent, oder beide, diese Einschliessung wiederrufen könne? GROTIUS lib. II. c. 11. §. 18. PUFENDORF de J. N. et G. lib. III. c. 9. §. 8. De MABLY droit public de l'Europe, T. III, p. 367. E. F. KLEIN's Grundsätze d. natürlichen Rechtswissenschaft, §. 193. HÖPFNER's Naturrecht, §. 72. Frid. LANG diss. de nonnullis fundamentis obligationum ex pacto tertii quaesitarum. Goett. 1798.

e) Protestationen wider den aachner Fr. 1748, in WENCK's cod. jur. gent. II. 321. 416. 419. 421. 422. MOSER's Versuch, X. 2. 448 ff. — ProtestationsBulle des Papst Innocenz X. von 1651, wider den westphäl. Fr. 1648. BOUGEANT histoire du traité de Westphalie, T. VI. p. 413. Herm. CONRING animadversio in bullam Innocentii X. etc. Helmst. edit. 2. 1677. Vergl. auch MOSER's Versuch, VIII. 320 ff. und KLÜBER's Uebersicht der diplomat. Verhandlungen des wiener Congresses, S. 468 ff. u. 483 ff. Von andern päpstlichen Protestationen wider Staatsverträge, seit 1707, ebendas. S. 480. Päpstliche Protestation wider etliche Stipulationen des wiener Congresses, ebendas. S. 479 ff. und KLÜBER's Acten des wiener Congresses, Bd. IV, S. 312, 319 ff., 325, u. Bd. VI, S. 437 u. 441. — Spaniens Protestation wider etliche Stipulationen des wiener Congresses, ebendas. Bd. VI, S. 208, u. Bd. VII, S. 446. — Protestation der provisorischen Regierung von Genua, wider die Vereinigung dieses Staates mit Piemont, ebendas. Bd. VII, S. 420 u. 433.

§. 163.

Auslegung der Verträge.

Der zweifelhafte Sinn eines Völkervertrags kann *authentische Auslegung* erhalten, nur durch übereinstimmende Erklärung der Contrahenten, oder, an ihrer Stelle, von dem, welchem sie das Recht der Auslegung durch Compromiss über-

tragen haben. Selbst die Entscheidung der streitigen Vorfrage, ob der Sinn zweifelhaft sey? kann nur auf demselben Weg der Güte oder des conventionellen Rechtes erlangt werden. Die unmittelbare Auslegung der Contrahenten, kann in jeder Form statt haben, in welche ein Völkervertrag eingekleidet seyn darf, insbesondere in einem NachReceſs oder ErläuterungsVertrag *a*). Ein Dritter, welchem die Auslegung nach Gründen des Rechtes, von beiden Theilen übertragen ist, hat die allgemeinen Regeln der Wissenschaft von grammatischer und logischer Auslegung anzuwenden *b*).

a) Moser's Versuch des europ. VR., VIII. 323 ff.

b) Ihre Anwendung auf Völkerverträge, zeigt ausführlich Vattel, droit des gens, liv. II, ch. 17, §. 262—415. (E. A. Haus) Versuch über die ersten Grundsätze der Interpretation staats- und völkerrechtlicher Normen; in Crome's u. Jaup's Germanien, Bd. II, Heft 2 (Giessen 1809. 8.), S. 161—214. Schmalz a. a. O., S. 56 ff.

§. 164.

Ende der Wirksamkeit der Verträge.

Die rechtliche Wirksamkeit der Völkerverträge hört auf *a*): 1) durch wechselseitige Einwilligung der Interessenten *b*); 2) nach einseitigem, voraus bedungenem Wiederruf *c*); 3) bei einer Zeitbestimmung, nach Ablauf des festgesetzten Zeitraums *d*); 4) bei einer Zweckbestimmung, nach Erreichung des Zwecks; 5) bei einer auflösenden Bedingung, nach dem Eintritt

derselben; 6) bei eintretender physischer oder moralischer Unmöglichkeit der Wirksamkeit des Vertrags *e*).

a) C. H. Breuning diss. de caussis juste soluti foederis ex jure gentium. Lips. 1762. 4. Car. Eberh. Wächter diss. de modis tollendi pacta inter gentes. Stuttg. 1779. 4. Leonh. Dresch über die Dauer der Völkerverträge. Landsh. 1808. 8. C. W. v. Tröltsch, Versuch einer Entwickel. der Grundsätze, nach welchen die rechtliche Fortdauer der Völkerverträge zu beurtheilen ist. Landsh. 1809. 8. — Ob *Wiedereinsetzung* in den vorigen Stand, wider einen Staatsvertrag statt habe? s. J. H. Boecler diss. de restitutione in integrum inter gentes. Argent. 1712. 4.

b) Ausdrücklich geschieht dieses bisweilen in späteren Verträgen. Moser's Versuch, Th. X, Bd. 1, S. 603. Wächter l. c. §. 71. sq. — In dem pariser Frieden von 1814, wurden die östreichisch-französischen Friedensschlüsse von Presburg (1805) und Wien (1809), und die preussisch-französischen von Basel (1795) und Tilsit (1807), für aufgehoben erklärt. Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. I, Heft 1, S. 26 u. 32. — Aufhebungen dieser Art haben, im Zweifel, keine rückwirkende, weder vernichtende noch ändernde, Kraft für Rechtsverhältnisse, die in einer Erfüllung der durch den nun aufgehobenen Vertrag festgesetzten Verbindlichkeiten ihren Grund haben.

e) Ob Völkerverträge an sich schon wiederruflich sind? — Die meisten halten sie, im Zweifel, für eben so unwiederruflich, als Privatverträge. Justa imperia sunto. Andere halten sie für wiederruflich, nach einseitiger Convenienz; entweder schlechthin (Wicquefort, l'Ambassadeur et ses fonctions, Liv. II. Sect. 12. p. 126. Ein Recensent in der Leipz. neuen Lit. Zeit. 1810, Num. 17), oder mit gewissen Einschränkungen, in deren Bestimmung sie aber sehr von einander, und zum Theil von sich selbst (wie Neyron), abweichen, z. B. P. J. Neyron diss. de vi foederum inter gentes. Goett. 1778. 4. *Ebendess.* principes du droit des gens, §. 210. sqq. Wächter l. c. §. 28. sq. 80—85. 88. Dresch a. a. O. §. 44 ff. v. Tröltsch a. a. O. Dictionnaire universel des sciences, T. III. p. 406. Encyclopédie méthodique; Economie politique et Diplomatique, T. IV, p. 355.

d) Vattel, liv. II, ch. 13, §. 198. Wächter l. c. §. 68. — Die ehemaligen AssientoVerträge Spaniens mit Portugal, Frankreich, und England, waren immer auf eine bestimmte Zahl von Jahren eingeschränkt. Fr. v. Aachen 1748, Art. 16. Rousset recueil d'actes, négociations et traités, T. XX, p. 201. Schmauss corp. jur. gent. II. 1295. 1421. 1490. Wenck cod. jur. gent., II. 357. 464. v. Steck's Versuche, von 1772, S. 1—13.

e) Vergl. §. 144. Fagel diss. cit. c. 4. §. 10. p. 70. Schmalz a. a. O., S. 64—68. Bignon du congrès de Troppau, ch. V. — Für eine solche Unmöglichkeit kann blosse Erschwerung der Leistung nicht gelten; doch berechtigt sie zu Schadenersatz gegen den, welcher die Erschwerung widerrechtlich veranlafst hat. — Insbesondere gehört hieher, die oben (§. 144, Note b) schon erwähnte wahre Collision mehrerer Verträge. Beispiele: 1) Ein Staat hat verschiedene Kriegsbündnisse mit mehreren Staaten. Diese gerathen alle in Krieg, mufs er ihnen Allen die versprochene Kriegshülfe leisten, wenn sie Krieg führen, a) mit andern Staaten? b) unter sich? Grotius lib. II. c. 15. §. 13. Henr. Cocceji Grotius illustrat. in not. ad h. l. ibique Sam. Cocceji. Vattel, liv. II, ch. 12, §. 166. Henr. Fagel diss. cit. c. 4. §. 12. 13. p. 72. 2) Drei Staaten schliessen unter sich ein DefensivBündnifs, eine TripleAllianz, zwei davon gerathen mit einander in Krieg, wie soll der dritte sich verhalten? Vattel, liv. III, ch. 6, §. 93.

§. 165.

Fortsetzung.

Auch hört die rechtliche Wirksamkeit der Völkerverträge auf, 7) bei wesentlicher Veränderung solcher Umstände, deren Daseyn für die Wirksamkeit des Vertrags, nach dem Willen beider Theile, als nothwendig vorausgesetzt war *a*) (clausula rebus sic stantibus); gleichviel, ob die Voraussetzung ausdrücklich, oder vermöge der Natur des Vertrags stillschweigend gemacht war *b*). 8) Durch Treulosigkeit des

einen Theils, wenn er die Erfüllung dieses oder eines andern Vertrags verweigert, wird der andere Theil frei von der Verbindlichkeit zur Gegenleistung *c*). Hat dieser, in Hinsicht auf die Erfüllung des Vertrags, schon Leistungen gemacht, oder Anstalten dazu entweder getroffen oder unterlassen, so gebührt ihm auch deſshalb Schadenersatz. 9) Durch vollständige, von den Contrahenten beabsichtigte Erfüllung der vertraggmäsigen Verbindlichkeiten, erreicht der Vertrag zwar sein Ende, aber die durch ihn bestimmten Folgen dauern, in Hinsicht auf die Contrahenten unter sich, rechtsgültig fort, unabhängig von etwa späterhin eintretenden Veränderungen der Umstände.

a) Vattel, liv. 2, ch. 17, §. 296. Henr. Cocceji diss. de clausula rebus sic stantibus; in dessen Exercit. curios. T. II. n. 15. Wächter diss. cit. §. 59—65. J. E. Eberhard's Beyträge zur Erläuter. der teutschen Rechte, Th. I, Abh. 1, §. 5 ff., S. 8 ff. — Anders J. Wolfg. Kipping de tacita clausula rebus sic stantibus ad publicas conventiones non pertinente. Helmst. 1739. 8. — Hieher gehört, die Fortdauer der unabhängigen Selbstständigkeit beider Theile (Henr. Fagel diss. cit. cap. 4. §. 3. p. 62.); desgleichen, das Daseyn einer bestimmten Staatsform, oder eines Regenten aus einer bestimmten Familie (§. 145); bei SubsidienTractaten, daſs der versprechende Theil der Hülfsmittel nicht zur Selbstvertheidigung bedürfe, Wächter diss. cit. §. 86. — Auch gehört hieher, die Fortdauer vorausgesetzter friedlicher Verhältnisse zwischen beiden Theilen; weſshalb nach einem dazwischen gekommenen Krieg, Erneuerung der vorigen Bündnisse nöthig und üblich ist, wenn sie von neuem gelten sollen. Ohne jene Voraussetzung, zerfallen die frühern Verträge durch den Krieg nicht von selbst, sondern das Recht der Aufkündigung der Verträge steht einem kriegführenden

Theil nur so weit zu, als dieses sein rechtmäsiger Zweck des Kriegs fordert. Da indefs die Anwendung dieser Sätze unter unabhängigen Staaten eigene Schwierigkeiten hat, so ist das sicherste, in dem Friedensschlufs bestimmt zu erklären, welche von den frühern Verträgen noch oder wieder gelten sollen, und wie weit (hubertsburger Fr. 1763, Art. 5 u. 12), oder über die Gegenstände derselben neue Verträge zu errichten. — Von diesen Streitfragen: ob und wie weit Verträge durch den Krieg aufgehoben, oder suspendirt werden? ob und wie weit sie nach eingetretenem Frieden einer Erneuerung bedürfen? handeln: Cicero de officiis, I. 10. Schröder elem. jur. nat. §. 1130. Wächter diss. cit. §. 53—58. J. J. Moser's vermischte Abhandlungen, Num. 1. P. C. A. Leopold comm. de effectu novi belli quoad vim obligandi pristinarum pacificationum. Helmst. 1792. 4. v. Martens in der oben (§. 154) angef. Abhandl., Dresch u. v. Tröltsch in den oben (§. 164) angef. Abhandlungen, u. Schmalz a. a. O., S. 69. Vergl. auch unten, das Cap. von dem Kriegsrecht, §. 250, u. oben §. 152. — KriegsContributionsVerträge und Capitulationen hören mit dem dabei vorausgesetzten Kriegsstand auf verbindlich zu seyn. Wächter §. 90.

b) Pufendorf de J. N. et G. lib. V. cap. 12. §. 10. Adolph Diet. Weber von der natürl. Verbindlichkeit, Abh. 3, §. 90. K. H. Gros Lehrbuch der philosoph. Rechtswissenschaft, §. 216.

c) Von dieser streitigen Materie s. Schriften in v. Kamptz neuer Lit., §. 251. Grotius de J. B. et P. lib. II. c. 15. §. 15. Schrodt' system. juris gent. p. 167. sqq. Henr. Fagel diss. cit. cap. 4. §. 17—20. p. 68. Wächter diss. cit. §. 44—58. Höpfner's Naturrecht, §. 112. Gros a. a. O. §. 208. Note des Cardinals StaatsSecretärs Consalvi auf dem wiener Congrefs, vom 14. Jun. 1815, in Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. IV, S. 321 ff. Erklärung der acht Mächte, welche den pariser Frieden von 1814 unterzeichnet haben, wider Napoleon Buonaparte, nach seiner Entweichung von der Insel Elba, datirt aus Wien vom 13. März 1815, ebendas. Bd. I, Heft 1, S. 51, und die Schriften in v. Kamptz neuer Lit. des Völkerr., §. 251. — Dafs Verträge keine Verbindlichkeit mehr haben, wenn der eine Theil es nicht mehr *will*, und der andere noch nichts geleistet hat, oder für das Geleistete Ersatz erhält, behauptet Fichte, in s. Beyträgen

zur Berichtigung der Urtheile des Publicums über die französische Revolution (1794. 8.), und in der Fortsetzung dieser Beyträge; auch SCHMALZ in s. europ. Völkerrecht, S. 49 u. 64. Dawider s. J. G. E. MAASS über Rechte und Verbindlichkeiten überhaupt, und die bürgerlichen insbesondere. Halle 1794. 8.

III. CAPITEL.
RECHT DER UNTERHANDLUNGEN,
INSONDERHEIT
DURCH GESANDTE.

§. 166.
Recht der Staaten zu Unterhandlungen.

Das Interesse eines jeden Staates erfordert, von Zeit zu Zeit, mit andern Staaten *Unterhandlungen* (Negociationen) zu pflegen, nicht bloſs um Verträge vorzubereiten und zu schliessen, sondern auch um über die rechtlichen und politischen Verhältnisse zu andern Staaten zu wachen. Das Recht eines Staates zu solchen Unterhandlungen, ist begründet durch seine Unabhängigkeit (§. 46). Die Ausübung desselben gebührt dem Stellvertreter des Staates gegen Auswärtige; wiewohl dieser hiebei, in dem Verhältniſs zu dem eigenen Staat, durch dessen Grundverfassung zu gewissen Einschränkungen verpflichtet seyn kann.

§. 167.
Verschiedene Arten dasselbe auszuüben.

Dieses Recht zu unterhandeln kann aus-

geübt werden, sowohl *mündlich* bei persönlicher Zusammenkunft, als auch *schriftlich*, mit Beobachtung des diplomatischen CanzleiStyls (§. 112). Die mündlichen und die schriftlichen Unterhandlungen können statt haben, entweder *unmittelbar* zwischen den Stellvertretern der beiderseitigen Staaten gegen Auswärtige, oder *mittelbar* durch Bevollmächtigte derselben. Die letzten können Staatsbehörden seyn, welche mit fortwährendem oder besonderem Auftrag für die in Frage stehenden Unterhandlungen versehen sind, oder auch einzelne Personen, bevollmächtigt von dem Regenten für Unterhandlungen mit andern Staaten, als Gesandte oder diplomatische Agenten *a*). — Der *Ort* der Unterhandlungen ist, in dem Fall einer Zusammenkunft, bald in dem Gebiet einer der unterhandelnden Mächte, es sey nun in der Haupt- oder ResidenzStadt, oder an einem andern Ort, bald auf der Grenze beider Staaten *b*), bald in dem Gebiet einer dritten Macht.

a) Die, welche so genannte gute Dienste leisten, sind in der Regel blofs zu Beförderung der Eröffnung der Unterhandlungen, oft nur von einem Theil, und die Vermittler (Mediateurs) nur zu Einleitung und Unterstützung der Unterhandlungen, von beiden Theilen autorisirt (§. 160).

b) Im J. 1659 auf der Fasanen- oder ConferenzInsel (§. 105 b). So auch bei manchen Grenzverhandlungen.

§. 168.

Unterhandlungskunst.

Abgesehen von den Zwangpflichten, welche

einem politischen Unterhändler obliegen, und davon, daſs es sehr oft nicht in seiner Macht steht, über die Umstände Meister zu werden, ist auch in diplomatischen Unterhandlungen die Ueberlegenheit nicht zu verkennen, welche Genie, Wissenschaft, Geschäft- und Menschenkenntniſs, Klugheit, Geistesgegenwart, Gewandtheit, Weltbildung, persönliches Ansehen, und Liebenswürdigkeit verschaffen *a*). Vernunft und Erfahrung dienen vereinigt zu Bildung gewisser Regeln, theils in Hinsicht auf die persönlichen Eigenschaften, welche man bei einem geschickten Unterhändler vorauszusetzen berechtigt ist, theils in Ansehung seines Verhaltens in dem Lauf der Unterhandlungen. Mittelst Zusammenstellung dieser Regeln, läſst sich eine Art von System der politischen *Unterhandlungskunst b*) darstellen.

a) Vergl. Phil. Honorii thesaurus politicus. Francof. 1617 u. 1618. 4. Le secret des cours, par Franc. Walsingham. Maximes importantes pour un homme public; in den Lettres choisies de Messieurs de l'acad. françoise, p. 314. sqq. Modèles de conversations pour les personnes polies, par l'abbé Bellegarde, p. 11. Breviarium politicorum, secundum rubricas Mazarinicas. Colon. Agrip. 1684. Vermehrt, mit dem Zusatz auf dem Titel: seu Arcana politica Cardinalis Jul. Mazarini. Amstelod. 1721. 12. Auch teutsch unter dem Titel: Politisches Brevier, nach den Rubriken des Mazarin. Leipz. 1801. 12. und mit folgendem, umgedrucktem Titel: Die Kunst durch die Welt zu kommen. Ein Taschenbuch. (Ohne Druckort u. Jahrzahl.)

b) Le parfait Ambassadeur; composé en espagnol, par Don Ant. de Vera et de Cunniga, et traduit en françois par le Sr Lan-

celot. à Paris 1635. 4. (en Hollande) 1642. 12. à Leide 1709. P. I et II. petit in-8°. De la manière de négocier avec les Souverains; par M. de Callières. à Paris 1716. 8. à Amsterd. 1717. 12. Nouvelle édition considérablement augmentée par Mr..... Partie I. et II. à Londres (Paris) 1750. 8. ib. 1757. 12. à Ryswik 1777. 8. Uebersetzt in das Englische, Italiänische, u. Teutsche, in das letzte zweimal, unter dem Titel: Der staatserfahrene Abgesandte. Leipz. 1712. 12. und unter dem Titel: Kluger Minister u. geschickter Gesandten Staatsschule. Leipz. 1717. 8. Jaques de la Sarraz du Franquesnay, le Ministre public dans les cours étrangères, ses fonctions et ses prérogatives. à Amsterd. 1731. 12. ib. 1742. 12. De l'art de négocier avec les Souverains; par M. Pecquet. à Paris 1737. 8. à la Haye 1738. 8. The compleat Ambassador. Lond. 1755. 8. (Herausgegeben von Dudly Digges; stellt als Muster dar, den englischen StaatsSecretär und Gesandten Franz Walsingham.) Principes des négociations; par l'abbé de Mably. à la Haye 1757. 8. Steht auch als Introduction in des Verf. Droit public de l'Europe, in der Ausgabe von 1761, und in allen folgenden, in derjenigen von 1773 als dritter Theil. La manière d'étudier l'histoire, par l'abbé de Mably. Nouv. édit. à Mastricht et Paris 1778. 12. Teutsch, Bern 1777. 8. Encyclopédie méthodique; Economie polit. et Diplomatique, T. III. art. négociation, p. 406 — 413. Die politische Unterhandlungskunst oder Anweisung mit Fürsten und Republiken zu unterhandeln. Leipz. 1811. 8.

§. 169.

Gesandter. Gesandschaftrecht.

Gesandter (legatus, ministre public, envoyé, agent politique ou diplomatique, agent de relations extérieures) heifst ein Staatsbeamter, welcher zu Verhandlungen des Staates mit einem andern Staat bevollmächtigt ist *a*). Der Inbegriff der Rechte, welche in Hinsicht auf gesandschaftliche Verhandlungen einem Staat zustehen,

stehen, heifst *Gesandschaftrecht b*) (jus legationum, droit de légation ou d'ambassade).

a) *Minister*, in dem weitern Sinn, bezeichnet einen Gesandten von jeder Classe. Sarraz du Franquesnay a. a. O. liv. I, ch. 9. — Nach Einigen, verstand man wenigstens ehehin unter *Gesandten* im engern Sinn, Gesandte vom ersten Rang, unter *Abgesandten* Gesandte vom zweiten und dritten Rang. F. C. Moser's Versuch einer StaatsGrammatik (1749. 8.), S. 255 f. J. Th. Roth's Archiv für das Völkerrecht, Heft I, S. 88 ff. Nach Andern hiessen *Abgesandte* die Gesandten vom ersten Rang. Gutschmid diss. de praerogativa ordinis inter legatos, §. 26. not. z. Moser's teutsches Staatsrecht, Th. 45, S. 254 f. — Der römisch-kaiserliche Hof erinnerte 1726 gegen das Creditiv des französischen Gesandten bei der teutschen Reichsversammlung, dafs er darin schlechtweg Ministre, nicht Ministre plénipotentiaire, charakterisirt sey. Montgon mémoires, T. III. p. 157.

b) Schriften von dem Gesandschaftrecht: Alberici Gentilis de legationibus libri III. Londini 1583 u. 1585. 4. Hanov. 1594 (oder 1596) und 1607. 4. ib. 1612. 8. L'ambassadeur et ses fonctions, par M. (Abraham) de Wicquefort. à la Haye 1680 et 1681. P. I et II. 4. ibid. 1682. 2 vol. in 4. à Cologne P. I. 1690. P. II. 1689. (der zweite Theil früher als der erste) in 4., wo beigefügt sind (des Spaniers Ferd. de Galardi) Réflexions sur les Mémoires pour les ambassadeurs, und Wicquefort's Discours historique de l'élection de l'Empereur et des Électeurs de l'Empire. Neue Auflagen, à Cologne 1715, 2 vol. in 4., verm. mit e. franz. Uebersetzung von Bynkershoek's Abhandlung de foro legatorum, von Joh. Barbeyrac. T. I et II. à la Haye 1724. 4. à Amsterd. 1730. 4. ibid. 1741. 4. 1746. 4. Eine teutsche Uebersetzung von J. L. Sauter. Leipz. 1682. 4. Eine englische von Digby. Lond. 1740. Fol. — Justini Presbeutae (Henr. Henniges) discursus de jure legationum statuum imperii. Eleutheropoli 1701. 8. (Enthält auch vorzüglich allgemeine Grundsätze. Von dem Inhalt s. Obss. select. Halens. T. II. obs. 17. p. 400—417.) Traité des ambassades et des ambassadeurs. 1726. Les droits des Ambassadeurs et des autres Ministres publics les plus éminents; par Jean Gottl. Uhlich. à Leipsic (1731.) 4. Jo. Gottl. Waldin diss. de primis le-

gationis principiis. Marb. 1767. 4. Ejusd. jus legationum universale. Marb. 1771. 4. Joh. Frhrn. v. PACASSI Einl. in die sämmtl. Gesandschaftsrechte. Wien 1777. 8. Cph. Gottl. AHNERT's Lehrbegriff der Wissenschaften, Erfordernisse und Rechte der Gesandten. Th. I. u. II. Dresd. 1784. 4. C. H. v. RÖMER's Versuch einer Einleit. in die rechtl., moral. u. polit. Grundsätze über die Gesandschaften, als Lehrbuch. Gotha 1788. gr. 8. Grundlinien des europäischen Gesandschaftsrechtes. Mainz 1790. 8. Franz Xav. v. MOSHAMMS europäisches Gesandschaftsrecht. Landsh. 1805. 8. J. J. MOSER's Versuch des europ. Völkerrechts, Th. IV. *Ebendess.* Beyträge zu dem neuesten europ. VR., Th. IV. *Ebendess.* Beyträge zu dem neuesten europ. Gesandschaftsrecht. Frankf. 1781. 8. La science du gouvernement, par M. de REAL, T. V. ch. 1. Institutions politiques, par le B. de BIELFELD, T. II. ch. 8—13. Répertoire universel et raisonné de jurisprudence, par M. MERLIN (3e édit. à Paris 1808. 4.), voc. *Ministre public*, T. VIII, p. 235—291. Dictionnaire de BRILLON, au mot *Ambassadeur* (nouv. édit.). — Die Literatur des Gesandschaftrechtes, in Meister's bibliotheca juris naturalis, Part. II. p. 2. sqq., in BARBEYRAC's Vorrede zu s. franz. Uebersetzung von BYNKERSHOEK, de foro legatorum. 1746. 4., in von OMPTEDA's Lit. des VR. II. 534 ff., in v. KAMPTZ neuer Lit. §. 200 ff., u. in C. H. v. RÖMER's Handb. für Gesandte, Th. I., die Literatur des natürl. u. positiv. Gesandschaftrechtes enthaltend. Leipz. 1791. 167 S. in 8. (Ein zweiter Theil ist nicht erschienen.) Verzeichniſs der in Holland erschienenen Dissertationen über das Gesandschaftrecht, in Adr. KLUIT hist. federum Belgii federati, T. II p. 527. sqq.

§. 170.

Zweifache Eigenschaft eines Gesandten.

In Hinsicht auf den Staat, welcher ihn sendet, vereinigt ein Gesandter in seiner Person zwei Eigenschaften. Er ist *Staatsbeamter* (officialis publicus, administer reip., fonctionnaire public) des Staates, welcher ihn sendet, und dessen *Mandatar* in Ansehung des ihm ertheilten

gesandschaftlichen Auftrags. In der letzten Eigenschaft handelt er, im Namen des Staates, mit demjenigen an welchen er gesendet ist *a*). Die erste Eigenschaft wird, in der Regel, als fortwährend betrachtet, die andere, ein besonderer Auftrag, als vorübergehend. Daher sind die gesandschaftliche Würde und Function, selbst diejenigen eines ordentlichen Gesandten, nebst dem damit verbundenen Gehalt *b*), wiederruflich.

a) Zu andern Staaten steht ein Gesandter, in der Regel, bloſs in dem allgemeinen Verhältniſs eines Auswärtigen. Wicquefort, liv. I, sect. 15. Doch pflegt man durchreisenden Gesandten eines fremden Staates, in manchen Staaten gewisse Befreiungen aus Höflichkeit einzuräumen.

b) F. C. v. Moser von dem Appointement oder Gehalt eines Gesandten; in dessen kleinen Schriften, Th. I, S. 182—290. Moser's Versuch, III. 147. *Ebendess.* Beyträge, III. 117 ff.— Die freie Bewirthung oder *Gastfreiheit* (défrai, lautia publica), welche ehehin den Gesandten zu Theil ward, hat mit der Einführung beständiger Gesandschaften vollends aufgehört; etwa die Gesandten der Pforte und afrikanischer oder asiatischer Fürsten bei europäischen Höfen, und etliche andere seltene Beispiele ausgenommen. Moser's Versuch, III. 259. *Ebendess.* Beiträge, III. 411. Förmlich aufgehoben ward sie zwischen Ruſsland und Schweden, in dem nystädter Frieden 1721, Art. 10, und in dem aboer Frieden 1743, Art. 10. — Ausserordentliche, auf kürzere Zeit geschickte Gesandte erhalten als solche meist nur Taggelder (Diäten), keinen stehenden Gehalt, oder sie leben auf Rechnung des Hofes. — Ausserordentliche Kosten werden, auch bei stehendem Gehalt oder Diäten, besonders angerechnet. Mancher Gesandter bestreitet seinen gesandschaftlichen Aufwand wenigstens zum Theil aus eigenen Mitteln: „Gardons-„nous de placer les agens extérieurs entre la pénurie et la „séduction“, schrieb das französische Directoire exécutif im J. 1798 an das Conseil des cinq cents. Le Rédacteur, du

13 Brumaire an VII, n° 1052. — Geheime Ausgaben (gastos secretos) zu machen, erfordert zuweilen der Zweck der Gesandschaft. Wicquefort, T. II, sect. 9, p. 96. Politische Unterhandlungskunst, S. 22 ff. 264.

§. 171.

Unterschied von Commissarien, Deputirten, Agenten.

Ein Gesandter unterscheidet sich von einem *Commissär*, welchem der Regent einen Auftrag für nicht-diplomatische Geschäfte ertheilt hat, z. B. für inländische Staatsgeschäfte, für Streitgegenstände, für Grenz-, Schiffahrt-, Liquidations- u. d. g. Angelegenheiten *a*). Desgleichen, von *Deputirten*, welche von Unterthanen, insonderheit Gemeinheiten, abgeordnet werden, an ihren Regenten, oder an inländische Staatsbehörden, unter ausserordentlichen Umständen auch wohl an Auswärtige. *Agenten* für Privatgeschäfte eines Staates, oder seines Regenten, wenn gleich mit dem Titel Resident oder Legationsrath bekleidet, können auf die Rechte diplomatischer Agenten keinen Anspruch machen, namentlich nicht auf gesandschaftliche Vorrechte, Befreiungen, und Ceremoniel *b*).

a) Wicquefort, liv. I, sect. 5, p. 62. 64. Sarraz du Franquesnay, liv. I, ch. 10. Justin. Presbeuta l. c. §. 66. 67. Gutschmid l. c. §. 44. 45. — Wenn wirkliche Gesandte (ministres publics) zu Staatsverhandlungen mit auswärtigen Staaten, z. B. zu Grenzverhandlungen, oder von dem ehemaligen teutschen Kaiser und Reich zu Friedensverhandlungen, bisweilen den *Titel* Commissarien, Commission, Deputirte, Deputation, führen, so hebt dieses ihre gesandschaftliche Eigenschaft nicht auf. De la Maillardière précis

du droit des gens, p. 335. MOSER's Beyträge, IV. 495. 532 ff.

b) Nur aus besonderer Gefälligkeit werden ihnen bisweilen, besonders in kleinern Staaten, gewisse Befreiungen, z. B. von Gerichtbarkeit und gewissen Abgaben, eingeräumt. — Von diplomatischen Agenten im engern Sinn, s. unten §. 182.

§. 172.

Von geheimen Abgesandten, und von Abgesandten ohne gesandschaftlichen Charakter.

Noch mehr gilt dieses von *geheimen Abgesandten* (émissaires cachés ou secrets), die ein Staat in das Gebiet eines andern Staates schickt; denn nicht nur führen sie daselbst keinen öffentlichen gesandschaftlichen Charakter, sondern es wird sogar die Thatsache ihrer Sendung und deren Absicht allgemein verheimlicht *a*). Zu Zeiten werden aber auch Unterhändler von einer Staatsregierung ingeheim an einen Souverain oder dessen Ministerium abgeordnet, und bei ihm accreditirt *b*) (envoyés confidentiels, négociateurs secrets). Diese nehmen bisweilen in dem Fortgang der Unterhandlung einen öffentlichen gesandschaftlichen Charakter an *c*). — Von einem Gesandten in dem eigentlichen Sinn, unterscheidet sich auch der *Abgesandte*, welchen ein Staat an einen andern Staat zwar mit Aufträgen in Staatsgeschäften, aber *ohne gesandschaftlichen Charakter* sendet, wenn gleich die Thatsache der Sendung nicht verheimlicht wird *d*). Man wählt hiezu nicht nur hohe und niedere

Staatsbeamte, z. B. Staatsminister, Admirale, Generale, Räthe jeder Classe, LegationsSecretäre ohne Gesandschaft, sondern auch Prinzen vom Regentenhause, und andere Personen von hohem Stande *e*).

a) Ausweisung des Marquis de la Chétardie aus St. Petersburg im J. 1744. Moser's Versuch, Th. IV, S. 417 ff. v. Justi Anweis. zu einer guten deutschen Schreibart, S. 270 f. Russische Günstlinge (Tüb. 1809. 8.), S. 187 f. — Der Chevalier d'Éon war einst ebenfalls französischer Emissaire caché zu St. Petersburg. — Aeltere Beispiele, in der Polit. Unterhandlungskunst, S. 197 f. — Vergl. auch Moser a. a. O., IV. 45.

b) Dass diese gleiche *Sicherheit* geniessen müssten, wie öffentliche Gesandte, behauptet mit Recht de Callières de la manière de négocier avec les souverains, ch. VI, p. 112. sq., und mit ihm Bielfeld in s. Institutions politiques, T. II, p. 176. — Gesandschaftliches Ceremoniel kommt ihnen jedoch nicht zu, und öffentlich werden sie als gewöhnliche Fremde ihres Ranges behandelt.

c) Moser's Versuch, IV. 572.

d) Moser's Versuch, IV. 576. 606 ff. Sarraz du Franquesnay a. a. O. liv. I, ch. 12, p. 89. 90. — Von *CardinälenProtectoren* an dem päpstlichen Hof, s. Bielfeld a. a. O. T. II, p. 172, §. 17. Jo. Gottl. Boehme diss. de nationis germanicae in curia romana protectione. Lips. 1763. 4. Vergl. auch Moser's Beyträge, III. 19. u. unten §. 182, Note f.

e) Moser's Versuch, IV. 576. 578. 602. 608. — Von *Adress-Schreiben*, ebendas. IV. 614. — Von *Parlementären*, *Tambouren*, *FeldTrompetern* u. d. unten in dem Kriegsrecht. — Von *WerbOfficieren* u. *Postillonen*, Moser's Versuch, VII. 53. IV. 615 f.

§. 173.

Und von Consuln.

Auch die *Consuln* haben in der Regel nicht

gesandschaftlichen, wenn gleich öffentlichen Charakter. Doch fehlt es nicht an Beispielen, daſs ihnen zugleich gesandschaftliche Angelegenheiten übertragen, und sie zu dem Ende accreditirt worden sind, es sey nun interimistisch oder für beständig *a*). Ihrer eigentlichen Bestimmung nach sind sie *HandelsAgenten*, welche ein Staat *b*) in fremden Handelsplätzen oder Seehäfen bestellt, um daselbst sein HandelsInteresse zu wahren, insbesondere den Handelsleuten und Schiffern ihrer Nation Beistand zu leisten *c*). Es giebt Consuln (ParticulärConsuln), in Seestädten zuweilen auch Commissaires de la marine genannt, ViceConsuln, welche den Consuln beigegeben sind, und GeneralConsuln, diese für mehrere Handelsplätze, und mit Aufsicht über die Consuln und ViceConsuln *d*) ihres Bezirks (Consuls - particuliers, Vice - consuls, Consuls-généraux). Zu diesen Stellen wählt man Unterthanen des eigenen, oder eines dritten, oder selbst desjenigen Staates, in dessen Gebiet das Consulat zu verwalten ist. Ausser dem letzten Fall, werden die daselbst sich aufhaltenden fremden Consuln in der Regel als temporäre Unterthanen dieses Staates betrachtet *e*).

a) Moser's Versuch, IV. 613 f. *Ebendess.* Beyträge, IV. 529.

b) Unmittelbar, oder mittelbar. Preussen und Schweden überlassen ihren Gesandten zu Constantinopel, die Bestellung der Consuln in jener Gegend. De Martens recueil, III. 201. Wenck codex jur. gent. I. 478. — Handelsgesellschaften und einer Staatsregierung untergeordnete Handels- oder Seestädte,

sind nicht berechtigt Consuln zu bestallen. De STECK essai sur les consuls, p. 56.

c) MOSER's Versuch, VII. 817 — 848. SARRAZ du FRANQUESNAY a. a. O. liv. I, ch. 11, p. 83. Die Dictionnaires de commerce von SAVARY, POSTLEWAYTH u. MORTIMER, voc. Consul. Dictionnaire de jurisprudence u. Dictionnaire du citoyen h. v. Répertoire universel et raisonné de jurisprudence, par MERLIN, h. v. Ebauche d'un discours sur les consuls, par J. H. MEISSLER. à Hamb. 1751. 4. Essai sur les consuls etc., par M. de STECK. à Berlin 1790. 8. v. STECK's Versuche (von 1772), S. 119 — 150. Von den Consuln handelnder Nationen, von E. (ENGELBRECHT); in J. A. ENGELBRECHT's Materialien, Bd. I, St. 2 u. 3, Num. VI; auch in dem Journal für Fabrik, Manufactur, Handlung u. Mode, 1795. (Leipz. gr. 8.), März, Num. II. (Ein Auszug aus den v. Steckischen Schriften.) F. BOREL de l'origine et des fonctions des consuls. à St. Pétersbourg 1807, et à Brounswic 1812. 8. On the origin, nature, progress and influence of consular etablishments, by D. WARDEN. Paris 1813. 8. Traduit en français, par Bernard BARRÈRE de Morlaix. Paris 1815. 8. v. MARTENS Einleit. zu d. VR. §. 144 ff. — Von dem Geschäftkreis der Consuln s. v. STECK's essai, p. 18 ff. 22 ff. — Eine Art von Consuln sind die *Commissaires de la marine*, denen das Consulat in einem Seeplatz anvertraut ist. De STECK essai, p. 55. Desgleichen die ehemaligen holländischen *Jus conservadores*, Richter unter holländischen Handelsleuten auf fremden Handelsplätzen. KLUIT hist. federum Belgii federati, T. II. p. 561. 564.

d) Als im Jahr 1799 die drei obersten MagistratsPersonen der französischen Republik den Titel Consuln erhalten hatten, mussten die französischen HandelsConsuln, den Titel Agens de commerce annehmen, und auch die andern Staaten wurden ersucht, ihren in dem Gebiete der Republik befindlichen Consuln den Titel Handelsagenten beizulegen.

e) BYNKERSHOEK de foro legatorum, cap. 10. v. RÖMER's Grundsätze über die Gesandschaften, S. 122 u. 134. Daher haben sie in der Regel keinen Anspruch auf Befreiung von Gerichtbarkeit und Abgaben, auf gesandschaftliches Ceremoniel, Hausgottesdienst, u. d. m. v. MARTENS a. a. O. §. 145. Doch hängen sie gewöhnlich das Wappen ihres Souverains

an ihrer Wohnung auf, und beobachten unter sich den Rang ihrer Souveräine. Moser's Versuch, VII. 831. 343 f.

§. 174.

Fortsetzung.

Der Umfang der persönlichen und amtlichen Rechte und Freiheiten der Consuln, wird meist durch Verträge oder Herkommen, zum Theil auch durch Verordnungen und Decrete ihrer Staaten bestimmt *a*). Wie verschieden auch die hierüber sprechenden Bestimmungen seyn mögen, so kommen solche doch darin überein, daſs die Consuln in Angelegenheiten ihres Amtes einzig von dem Staat, der sie bestellt hat, abhängen, und daſs sie besondern völkerrechtlichen Schutz geniessen *b*). In streitigen Handelssachen der Unterthanen ihrer Nation unter sich, ist ihnen wohl nirgend verwehrt, das Amt eines erwählten Schiedsrichters zu verwalten. Ob sie aber in jenen und andern Streitsachen unter Angehörigen ihrer Nation, die Civil-Gerichtbarkeit ausüben dürfen, hängt von Verträgen und Concessionen ab. Oefterer ist ihnen Gerichtbarkeit in nicht streitigen Sachen eingeräumt. Das meiste Ansehen und die ausgedehntesten Gerechtsame, fast ganz wie Gesandte, geniessen die Consuln europäischer Staaten in der Levante und in Afrika *c*). Auch werden sie dort förmlich accreditirt.

a) Reglement für alle preussischen GeneralConsuln, Consuln, Agenten und ViceConsuln, v. 18. Sept. 1796; in der Preuſs. EdictenSammlung v. 1796, Num. 97, S. 651, auch in C. L.

PAALZOW's Handb. für practische Rechtsgelehrte in den preufs. Staaten, Bd. I. (1802. 8.), S. 5—32. Königl. franz. Edit concernant les droits des Consuls dans l'Archipel et en Afrique de 1781, in v. STECK's essai, p. 71 ff. (Eine ähnliche Ordonnance v. 9. Dec. 1776, in MOSER's Versuch, VII. 837.) Französische Verordn. über die Rechte und Pflichten der Consuln v. 1759, in den Nouvelles extraord. 1759, n. 44. Den Inhalt der neuesten französischen Verordnungen findet man in dem Code de la compétence des autorités constituées de l'Empire français, par Y. C. JOURDAIN (à Paris 1811. 8.), T. III, p. 403—408. Dänische v. 1749, in MOSER's Versuch, VII. 831. Vertrag zwischen Spanien und Frankreich v. 1769, in v. MARTENS recueil, I. 242. — Ein Auszug aus Völkerverträgen über die Rechte der Consuln, in v. STECK's essai, S. 24 ff., und Verträge selbst, ebendas. in den Beilagen, S. 71 ff. Auch SCHMAUSS corp. jur. gent., in dem Register, voc. Consules. v. KAMPTZ neue Lit. S. 252 f.

b) VATTEL, liv. II, ch. 2, §. 47. De STECK essai, p. 18.

c) Sie haben Hausgottesdienst, desgleichen Gerichtbarkeit nicht nur in nichtstreitigen, sondern auch fast überall in streitigen Rechtsachen der Unterthanen ihres Staates, sowohl unter sich, als auch auf Klage anderer Ausländer. v. STECK's Versuche (von 1783), S. 88—95. *Ebendess.* essai, p. 24. Dennoch stehen die Consuln in dem Gebiet der osmanischen Pforte, in einer Art von Abhängigkeit von den Gesandten ihrer Höfe zu Constantinopel. — Von den Echelles du Levant, s. F. D. HÄBERLIN's kleine Schriften, II. 450 ff.

§. 175.

Recht und Pflicht, Gesandte zu schicken.

Gesandte vertreten die Stelle des Staates bei andern Staaten. Es steht daher das *Recht Gesandte zu schicken*, als ein Majestätsrecht, nur einem Staat zu, der demjenigen Staat gegenüber, an welchen der Gesandte geschickt wird, das Recht der politischen *Unabhängigkeit* zu behaupten befugt ist *a*). *Abhängigen* oder halbsouverainen

Staaten gebührt es nur so weit, als durch dessen Ausübung das festgesetzte Maas ihrer Abhängigkeit von einem andern Staat, nicht überschritten wird, namentlich so weit, als Verträge, oder Vorschriften des Staates, von welchem sie abhängen, ihnen dasselbe einräumen *b*). Einer Staatsregierung *völlig untergeordnete* Personen und Gemeinheiten, wie hoch auch ihr Rang und Stand seyn mag, sind von diesem Recht ausgeschlossen *c*); auch sie werden, gleich andern Unterthanen, von dem Souverain gegen Auswärtige repräsentirt. So fern bei dem activen Gesandschaftrecht eines Subjectes politisches Bedenken vorwaltet, oder der Ausübung desselben politische Hindernisse oder Bedenklichkeiten auf einer oder beiden Seiten im Wege stehen, wird bisweilen ein Agent ohne öffentlichen gesandschaftlichen Charakter gesendet und angenommen *d*). Die *Ausübung* des Gesandschaftrechtes hat der Stellvertreter des Staates gegen Auswärtige, der jedoch hierin auf verschiedene Art durch die Grundverfassung des Staates eingeschränkt seyn kann *e*). Eine *Zwangpflicht*, Gesandte zu schicken, liegt keinem Staat ob, es sey denn kraft eines Vertrags. Die Absicht, einen Gesandten, oder statt des bisherigen einen andern, an einen Hof zu schicken, pflegt diesem, mit Benennung der Person, *vorher eröffnet* zu werden.

a) Folglich auch Staaten, die mit andern Staaten zu einem *StaatenSystem* vereinigt sind, so fern der Bundesvertrag nicht Ausnahmen oder Einschränkungen macht. So die Staaten

des teutschen Bundes, die Cantone der Schweiz, und ehehin unter den einzelnen Provinzen der Vereinigten Niederlande nur Holland und Seeland, welche actives Gesandschaftrecht hatten. Die zweite BundesActe der Vereinigten Staaten von Nordamerika, versagt dieses Recht den einzelnen Provinzen. Bynkershoek qui recte legatos mittant, in s. Quaest. jur. publ. lib. II. c. 3. et 4. und in s. Operib. omn. T. II. p. 243. sqq. Merlin l. c., Sect. II, §. 1, n° 5. T. VIII, p. 240. — Ist der *Usurpator* einer Staatsregierung berechtigt Gesandte zu schicken? Fremde Mächte können hier nur den Besitzstand in Betrachtung ziehen, wenn ihr Staatsinteresse sie dahin führt. Vattel, liv. IV, ch. 5, n. 68. Wicquefort, liv. I, sect. 3. Merlin l. c. n° 6. — Einem *dethronisirten* oder aus seinen Staaten *vertriebenen* Souverain, mag das blosse *Recht* diesen Vorzug bei solchen Staatsregierungen sichern, die seinen Feind für seinen Nachfolger nicht anerkennen.

b) Beispiele liefern die teutschen reichsständischen Landesherren, während der teutschen Reichsverfassung, und die ehemaligen Herzoge von Curland. v. Ompteda's Lit., §. 239. v. Kamptz neue Lit., S. 244 ff. Den Hospodaren der Moldau und Wallachey ertheilt der Fr. von Kainardgi 1774, Art. 16, Num. 9, jedem bloſs das Recht, einen Chargé d'affaires griechischer Religion, unter dem Schutz des Völkerrechtes in Constantinopel zu haben.

c) Vergl. Vattel, liv. IV, ch. 5, n° 60, und Merlin l. c. n° 9. — Den *Standesherren* in teutschen Bundesstaaten, wird von ihren Souverainen weder actives noch passives Gesandschaftrecht eingeräumt. Vergl. Klüber's Staatsr. des Rheinbundes, §. 198.

d) So ehedem in Rom die Chargés d'affaires secrets mancher protestantischen Fürsten. Bielfeld a. a. O. II. 173. So auch zuweilen die Abgeordneten ehemaliger teutscher Landstände auf Congressen und an Höfen, die Agenten mancher Prinzen vom Geblüte, KronPrätendenten, dethronisirter Regenten, TitularKönige, u. d. m.

e) Wie ehehin der römisch-teutsche Kaiser, der König von Polen, u. a. Moser's Versuch, III. 119. — Statthaltern, ViceKönigen, GeneralGouverneuren u. d., kann ein eingeschränktes, actives und passives Gesandschaftrecht über-

lassen seyn. Beispiele in der Polit. Unterhandlungskunst, S. 131 f., bei WICQUEFORT, liv. I, sect. 3, bei BRILLON, in s. Dictionnaire des arrêts, (nouv. édit. de PROST de ROYER), voc. *Ambassadeur*, n. 17, und bei CALLIÈRES a. a. O. ch. XI. — Dasselbe gilt von der Regentschaft während der Minderjährigkeit, Krankheit, oder Gefangenschaft, oder des Exils eines Monarchen, oder eines Streites über die Thronfolge; auch von den Reichsverwesern oder Reichsständen während eines Interregnums, oder in geistlichen Wahlstaaten während einer Sedisvacanz. WICQUEFORT (edit. 1690), I. 34. sq. — Einem Gesandten selbst, kann sogar *Substitutions*- oder *SubdelegationsRecht* ertheilt seyn. Ebendas. I. 35. MOSER's Versuch, III. 54 f. *Ebendess.* Beyträge, III. 38. KLÜBER's öffentl. Recht des t. Bundes, §. 128.

§. 176.

Recht und Pflicht Gesandte anzunehmen. Durchreise.

Jeder unabhängige Staat hat ein unbeschränktes *Recht Gesandte anzunehmen a)*, so fern er nicht durch Vertrag sich zu Einschränkungen verpflichtet hat. Abhängige Staaten sind nicht berechtigt Gesandte anzunehmen, oder es ist wenigstens ihre Befugniſs hiezu auf irgend eine Art beschränkt. Steht ihnen actives Gesandschaftrecht zu, so gilt hievon noch kein Schluſs auf passives, und eben so wenig auf ein harmonisches Verhältniſs zwischen den Graden beider. — Ohne Vertrag, hat ein zu Annehmung der Gesandten berechtigter Staat *keine Zwangpflicht*, einen Gesandten *anzunehmen b)*, oder einem Gesandten *Aufenthalt* oder *Durchreise* zu gestatten *c)*. In dem Fall freiwilliger Annahme, oder Gestattung der Durchreise eines Gesandten, ist der Staat berechtigt Bedingungen derselben festzusetzen. Persön-

liche Sicherheit ist das wenigste, worauf dann der Gesandte Anspruch zu machen hat *d*). Es fehlt nicht an Beispielen von Weigerung, eine bestimmte Person als Gesandten anzunehmen, mit oder ohne Anführung von Gründen der Ablehnung (§. 187).

a) In seinem Namen, kann dieses Recht auch ViceKönigen, Statthaltern, GeneralGouverneuren u. d. zustehen.

b) Den Fall ausgenommen, wenn die auf andere Art nicht zu bethätigende Absicht der Sendung darin besteht, das bestrittene Recht des sendenden Staates zu erörtern und zu beweisen, oder den Streit wegen einer von dem andern Staat ihm zugefügten offenbaren Rechtsverletzung in Güte beizulegen. Auch liegt in der Ertheilung eines Reisepasses zur Herreise, oder in der Annahme des Creditivs, ein stillschweigendes Versprechen der Annahme des Gesandten. Man s. Vattel, liv. IV, ch. 5, n° 63 et suiv. Merlin, in dem angef. Repertoire, T. VIII, p. 247. Gottfr. Achenwall diss. de transitu et admissione legati ex pacto repetendis. Goett. 1748. 4. Chr. Rau diss. de transitu et admissione legati. Lips. 1797. 4. — Von Annehmung u. Abweisung der Gesandten, Moser's Versuch, III. 226. *Ebendess.* Beyträge, III. 211. — Mit der Pforte werden bisweilen wechselseitig geschickte Gesandte auf der Grenze *ausgewechselt.* Beispiele von russischen Gesandten, in Moser's Beyträgen, III. 200. u. in d. Mercure hist. et polit. 1747. II. 626., von östreichischen, ebendas. 1740, II. 162., u. von englischen, in Moser's Beyträgen, III. 201.

c) Zu dem Ende wird ein ReisePaſs ertheilt, oder verweigert. Jo. Nic. Hertius diss. de litteris commeatus pro pace. Giess. 1680. 4. *Idem* de commeatu litterarum. ibid. 1680. 4. Beide Abhandl. auch in s. Opusc. vol. I. p. 319. et 335.

d) Vergl. unten §. 204. Achenwall u. Rau, citirt oben Note b. P. B. Vitriarius diss. de officio illorum, qui recipiunt legatos. Lugd. Bat. 1719. 4. Jo. Gottl. Waldin diss. de legati admissi et non admissi inviolabilitate. Marb. 1767. 4. J. L. E. Püttmann adversaria juris, lib. III. p. 220. — Von Verhaftnehmung eines durchreisenden Gesandten, s. v. Martens, Erzählungen, Bd. I, Num. 7, u. das Historisch-polit. Magazin, Bd. XV, Heft 1, Num. 3.

§. 177.

Verschiedenheit der Gesandten: 1) nach ihrer Macht, und 2) der Dauer ihrer gesandschaftlichen Eigenschaft oder Sendung.

Die Gesandten sind von verschiedener Art. 1) Die *Macht*, welche einem Gesandten für den ihm übertragenen Geschäftkreis in der offenen Vollmacht eingeräumt ist, kann eingeschränkt, oder uneingeschränkt seyn. In dem letzten Fall ist er *Plenipotentiär a)* (plena potestate munitus), so fern diese Benennung nicht ein blosser Titel ist; in welchem letzten Fall er gewöhnlich Ambassadeur oder Ministre plénipotentiaire heiſst. 2) In Ansehung der voraus bestimmten wahrscheinlichen *Dauer* der *gesandschaftlichen Eigenschaft* oder *Sendung*, unterscheidet man *ordentliche* und *ausserordentliche* Gesandte. Den ersten ist die gesandschaftliche Eigenschaft für beständig verliehen *b)*, Wiederruf vorbehalten. Bei den andern ist sie im Voraus auf einen mehr oder weniger bestimmten Zeitraum eingeschränkt, wie in dem Fall eines übertragenen vorübergehenden (transitorischen) Geschäftes *c)*. Auf diese Verschiedenheit beziehen sich die Benennungen Ambassadeur oder Envoyé ordinaire und extraordinaire, ausserordentlicher Botschafter oder Gesandter. Doch haben diejenigen, welche die Titel Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire (§. 181, Note b) zusammen führen, in der Regel die Bestimmung, für gewöhnlich bei dem frem-

den Souverain zu residiren. Zuweilen wird ein Gesandter ausdrücklich nur zu einem einstweiligen oder *InterimsGesandten* ernannt, für die Zeit einer Vacanz in dem Gesandschaftposten, oder der Abwesenheit des ordentlichen Gesandten *d*).

a) Caesarin. Fürstenerius (Leibnitz) de suprematu, c. 6. Justin. Presbeuta l. c. p. 109. Gutschmid diss. cit. §. 42. Sam. Meuron diss. de legati plenipotentiarii idea. Basil. 1724. 4. — Der französische Gesandte zu dem pyrenäischen FriedensCongress, Cardinal Mazarini, erhielt den Titel Plenipotentiarius. So auch der schwedische, Frhr. v. Lilienroth, auf dem ryswiker FriedensCongress.

b) Die Sitte, *beständige* Gesandschaften in auswärtigen Staaten zu unterhalten, kam erst um die Mitte des 17. Jahrhunderts auf. Jo. Dorn diss. de eo quod justum est circa legationes assiduas. Jen. 1716. 4. Wicquefort, der gegen das Ende des 17. Jahrhunderts schrieb, meldet, zu seiner Zeit habe man als gewiss betrachtet, dass ordentliche Ambassaden seit noch nicht zwei Jahrhunderten üblich seyen.

c) Doch fehlt es nicht an Beispielen von Ambassadeurs extraordinaires, die bloss *ordentliche* GeschäftGesandte waren. Man s. das angef. Répertoire von Merlin, T. VIII, p. 236.

d) Moser's Versuch, III. 53. *Ebendess.* Beyträge, III. 38. Discours sur les différens caractères des envoyés extraordinaires, des envoyés ordinaires ou résidens; par M. Hagedorn. Amsterd. 1736. 4. Auch teutsch, von J. J. Moser. Jena 1740. 4.

§. 178.

3) *Nach der Natur der übertragenen Geschäfte.*

3) Auch die Natur der dem Gesandten übertragenen Geschäfte, begründet eine Verschiedenheit. Ist dem Gesandten die Betreibung eigentlicher Staatsgeschäfte, für Bestimmung oder Erhaltung gegenseitiger Rechtsverhältnisse, vorzugweise übertragen, so ist er *GeschäftGesandter* (Ministre négociateur). Ist

Ist der Gesandte zunächst für einen Gegenstand des Staats- oder landesherrlichen Familien-Ceremoniels *a*) abgeordnet, so ist er *Ceremoniel-* oder *EhrenGesandter* (Ministre d'étiquette, de cérémonie, ou figurant). Ein unabhängiger grösserer Staat ertheilt einem solchen, an einen ähnlichen Staat abgeordneten Gesandten, in der Regel, den Rang eines Botschafters. Er wählt dazu gewöhnlich eine Person von hohem Rang, welches von dem andern Staat, bei Sendung eines Gegengesandten, erwiedert zu werden pflegt *b*). Ein blosser CeremonielGesandter, ist fast immer ein ausserordentlicher. Beide Arten von Aufträgen, können auch *einer* Person übertragen werden.

a) Zu Abstattung einer Danksagung oder eines Glückwunsches, zu Bezeugung des Beileids (Condolenz), zu Braut- oder Ehewerbung, zu Vermählung, zu Kindtaufe, zu den ehemaligen ObedienzGesandschaften nach Rom, u. d. Moser's Beyträge, III. 58. — Auch zu *Entschuldigung* wegen erregten Misfallens, werden bisweilen Gesandte abgeordnet (ambassades d'excuse). In dem Frieden von Versailles (1685) zwischen Frankreich und Genua, Art. 1, ward dieses sogar vertragweise bedungen. Beispiel eines Gesandten dieser Art von England, 1709 zu Moscau, in Kemmerich's Abh. von der Unverletzlichkeit der Gesandten, S. 40, u. in Voltaire's histoire de Russie sous Pierre le Grand, T. I[er], ch. 19. Aehnliche Beispiele, in dem Mercure historique et politique, 1745, T. II, p. 201 et 638; 1774, T. I, p. 157; in der Gazette de Francfort, 1813, n° 25 et 27; u. in Moser's Versuch, III. 104. IV. 621. — Von *Bettel*gesandschaften der Barbaresken, s. Schlözer's Briefwechsel, Th. VII, p. 235 ff.

b) Rousset, supplément, T. IV, p. 245.

§. 179.

4) *Nach Rangclassen der Gesandten.*

In Beziehung auf die verschiedenen *Grade des Ceremoniels*, haben die europäischen Staaten, nach und nach, einen Unterschied der Gesandten nach *Rangclassen* festgesetzt. Ungefähr seit dem Ausgang des XV. Jahrhunderts unterschied man *zwei a*) Classen; seit dem Anfang des XVIII. Jahrhunderts *drei b*). Dieser letzte Gebrauch ward bestätigt, in dem *Reglement über den Rang der diplomatischen Agenten c*), welches auf dem *wiener Congreſs* die Bevollmächtigten der acht Mächte, die den pariser Frieden von 1814 unterzeichnet haben, errichteten, mit Einladung an die übrigen *gekrönten Häupter*, dasselbe ebenfalls anzunehmen *d*). Endlich beschlossen, im Jahr 1818, in den *Conferenzen zu Aachen e*), die daselbst versammelten *fünf Mächte* (Oestreich, Preussen, Ruſsland, Groſsbritannien, und Frankreich), daſs die bei ihnen accreditirten MinisterResidenten (ministres - résidens), in Hinsicht auf Rang, eine *Mittelclasse* zwischen den Gesandten vom zweiten Rang und den Geschäftträgern (chargés - d'affaires) bilden sollten. Nach diesem Beschluſs bestehen demnach, bei den genannten fünf Mächten, *vier* Classen von Gesandten. — Von diesen Eintheilungen der diplomatischen Agenten in gewisse Classen, unterscheidet sich diejenige Abtheilung der Angestellten, welche eine Regierung etwa bei sich, in dem Dienst

ihres Departements der *auswärtigen* Angelegenheiten, für die Partie der auswärtigen Agentschaften verordnet hat *f*).

a) J. C. Dithmar diss. de legatis primi et secundi ordinis. Francof. 1721. 4. Wicquefort, T. I, sect. 1 et 5, p. 3. et 52. Vattel, T. III, liv. 4, ch. 6, §. 69 ff. v. Martens Einleit. in d. VR. §. 188.

b) Lünig's Theatrum ceremoniale, T. I. p. 368. sqq. Pecquet de l'art de négocier, p. 105. J. J. Moser von den dermal üblichen Gattungen der Gesandten; als Vorrede zu s. Belgradischen Friedensschlufs. Jena 1740. 4. C. G. Gutschmid (resp. F. G. Ferber) diss. de praerogativa ordinis inter legatos (Lips. 1755. 4.), cap. 2. §. 26. sqq. (Der letzte nimmt jedoch nur *zwei* Classen der Gesandten an, die erste mit, die andere ohne RepräsentativCharakter; doch so, dafs in jeder Classe verschiedene Formen statt haben könnten.) J. A. Herzmann diss. de variis legatorum classibus. Upsal. 1787. 4. De Bielfeld a. a. O. T. II. p. 170. sqq. Moser's Versuch, III. 37 ff. *Ebendess.* Beyträge, III. 17 ff.

c) Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. VI, S. 204. *Ebendess.* Uebersicht der diplomat. Verhandlungen des wiener Congr., S. 168 f. Vergl. oben, §. 94 c u. 106.

d) Angenommen von der t. Bundesversammlung, in ihrem Protocoll v. 12. Jun. 1817.

e) Aachener ConferenzProtocoll vom 21. Nov. 1818. v. Martens recueil, Supplém. VIII. 648.

f) So wurden in Frankreich diese Staatsbeamten, durch ein Arrêté vom 3. Floréal Jahr 8, in verschiedene Grade abgetheilt, nach folgenden Classen: 1) Secrétaire de légation de deuxième classe; 2) *Idem* de première; 3) Ministre plénipotentiaire; 4) Ambassadeur. Code de la compétence des autorités constituées de l'Empire français, par Y. C. Jourdain (à Paris 1811. 8.), T. III. p. 400.

§. 180.

Erste Classe.

Die *erste Rangclasse* der Gesandten besteht jetzt aus denen, welchen von ihrem Staat, ohne Widerrede des annehmenden Staates, der höchste

Grad des CeremonielCharakters beigelegt ist *a*). Dahin gehören die *Botschafter* oder *Grofsbotschafter b*) (Ambassadeurs, Embaxadores, Ambasciatores, Magni legati, Oratores), ordentliche und ausserordentliche; desgleichen diejenigen Gesandten des Papstes, welche den Titel *Legati* (dati s. missi) *a latere* oder *de latere* führen *c*), und die päpstlichen *Nuncien d*), ordentliche und ausserordentliche *e*).

a) Pet. Müller diss. de legatis primi ordinis. Jen. 1692. rec. 1711. 4. Dithmar diss. cit. Gutschmid diss. cit. §. 27. sq. Man s. auch das (§. 179) angef. Reglement des wiener Congresses, Art. 1.

b) E. D. Schröter diss. de ambasciatoribus. Jen. 1665. 4. Casp. Conr. Retheln comm. de ambasciatoribus. Martisb. 1685. 12.

c) Schriften in v. Ompteda's lit. II. 555. u. v. Kamptz neue Lit. S. 240 ff. — Nic. Boerius de potestate legati a latere. Venet. 1584. fol. Pet. Andr. Grammarus de officio atque auctoritate legati a latere. Venet. fol. Peregrini Maseri tr. de legatis et nuntiis apostolicis. Vol. I. et II. Romae 1709. fol. De legatis et nuntiis pontificum eorumque fatis et potestate (auct. Langhaider). (Salisb.) 1785. 8. Armin. Seld über das päpstliche Gesandschaftrecht. Athen. 1787. 4. Moser's teutsches Staatsrecht, III. 156. IV. 2. *Ebendess.* Beyträge, III. 19. Encyclopédie méthodique; Économie polit. et Diplomatique, T. III. p. 107. sqq. Bielfeld a. a. O. II. 171. — Von Legatis *natis*, s. v. Sartori Staatsrecht der Erz-, Hoch- und Ritterstifter, Bd. I, Th. 1, S. 266 ff.

d) v. Ompteda u. v. Kamptz a. a. O. Klüber's neue Lit. des t. Staatsr. S. 556 ff. — Von beständigen Nunciaturen, v. Sartori a. a. O. S. 209 ff. — Zu den Gesandten der *zweiten* Classe rechnet die Nuncien, Bielfeld a. a. O. II. 174. §. 20.

e) Auch der ehemalige venetianische *Bailo* in Constantinopel, gehörte zu der ersten Classe. Lünig's Theatr. cerem. I. 746.

§. 181.

Zweite Classe.

Zu der *zweiten Rangclasse* der Gesandten *a*) gehören, die *Envoyés b*) (Ablegati, Prolegati, Inviati), sowohl die ordinaires als auch die extraordinaires, sodann die eigentlich so genannten *bevollmächtigten Gesandten* oder *Minister c*) (Ministres plénipotentiaires), auch der kaiserlich-östreichische *Internuncius* zu Constantinopel, und die päpstlichen *Internuncien d*). Oft sind aus dieser Classe auch die einstweiligen oder Interims-Gesandten (§. 177); doch können diese zu einer andern Classe gehören. — Das auf dem wiener Congreſs errichtete Reglement *e*) (§. 179) setzt in diese Classe die Envoyés, Ministres, und andern Gesandten, welche (gleich den Botschaftern, Legaten und Nuncien) bei den Souverainen selbst accreditirt werden.

a) Dithmar diss. cit.

b) Discours sur les différens caractères des Envoyés extraordinaires, des Envoyés ordinaires ou Résidens, et des Agens révêtus du caractère de Résident (par C. L. de Hagedorn). à Amsterd. 1736. 4. u. hinter der Vorrede zu J. J. Moser's belgradischen Friedensschluſs, S. 36 ff. Moser's Versuch, III. 46 f. — Die Envoyés ordinaires werden jetzt, wenn sie vorkommen, bloſs Envoyés, ohne Beisatz, genannt. Dagegen werden die Titel Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire, desto häufiger einem Gesandten zugleich ertheilt.

c) Sam. Meuron diss. cit. Moser's Versuch, III. 47 f. — Die Ministres plénipotentiaires behandelten zuerst als Gesandte vom *zweiten* Rang, Frankreich 1738, Oestreich 1740, u. s. w. Moser's Beyträge zu d. europ. VR. III. 28. — An dem

kurcölnischen Hof unterschied man den bevollmächtigten Gesandten von dem Ministre plénipotentiaire, und gab diesem den Rang vor jenem. Polit. Journal 1787, April, S. 447.

d) Moser's Beyträge zu dem Gesandschaftrecht, S. 8. — Zu den Gesandten vom dritten Rang rechnet die Internuncien, Bielfeld a. a. O. II. 175. §. 22.

e) Art. 1.

§. 182.

Dritte Classe.

Gesandte vom *dritten Rang* sind: die eigentlich so genannten *Minister a*), die *Minister Residenten b*) (ministres-résidens), die *Ministres chargés-d'affaires c*), die *Residenten d*) (Résidents, agentes in rebus), die *Geschäftträger* oder Geschäftbetrauten (Chargés-d'affaires), die eigentlich so genannten *diplomatischen Agenten e*) (Agens diplomatiques), auch die *Consuln*, so fern ihnen gesandschaftlicher Charakter beigelegt ist (§. 173). Die Geschäftträger oder Chargés-d'affaires werden entweder unmittelbar von ihrem Souverain oder seinem Minister der auswärtigen Angelegenheiten accreditirt, oder nur interimistisch von seinem, an demselben Hofe residirenden, ordentlichen Gesandten, für die Zeit seiner Abwesenheit *f*). In dem ersten Fall, bringen sie ein eigenes Beglaubigungsschreiben, wenigstens an den Chef des auswärtigen Departements; in dem andern Fall, giebt ihnen bei diesem Chef der Gesandte eine schriftliche oder mündliche Legitimation. — Das auf dem wiener Congreſs errichtete Reglement *g*) (§. 179), setzt in diese dritte Classe

nur die Chargés-d'affaires, die blofs bei dem Chef des Departements der auswärtigen Angelegenheiten accreditirt werden. — Nach dem oben (§. 179) angeführten Beschlufs der im J. 1818 zu Aachen versammelten fünf Mächte, sollen die bei ihnen accreditirten *MinisterResidenten* eine *Mittelclasse* bilden, zwischen den Gesandten vom zweiten Rang und den Geschäftträgern (chargés-d'affaires).

a) Moser's Versuch, III. 50 ff. *Ebendess.* Beyträge, IV. 496. — Die Ministres-résidens und die Ministres chargés-d'affaires setzt in die *zweite* Rangclasse, Bielfeld in s. Institutions politiques, II. 174.

b) Moser's Beyträge, IV. 497. — Die MinisterResidenten geniessen, an etlichen Höfen, einigen CeremonielVorzug vor den blossen Residenten. Man s. auch oben am Schlufs dieses §.

c) Der schwedische Geschäftträger in Constantinopel, erhielt 1784 zuerst diesen Titel. Der bei Moser (Versuch, IV. 188) mit diesem Titel beehrte Hr. Durand, nannte sich selbst nur Chargé-d'affaires.

d) Pet. Müller diss. de residentibus eorumque jure. Jen. 1690. 4. rec. 1742. Siebenkees neues jurist. Magaz. I. 395 ff. Moser's Versuch, III. 50. IV. 579. *Ebendess.* Beyträge, IV. 497.

e) Agrippa Elistranus von Agenten; in den dresdner gelehrten Anzeigen v. 1771, St. 41, 42, 43, 46; u. in Siebenkees neuem jurist. Magazin, Th. I, S. 388 — 426, insbesondere §. 22 ff., S. 404 ff. Wicquefort, T. I, sect. 5, p. 60. Sarraz du Franquesnay, L. I. ch. 13. p. 88. Rousset cérémonial diplomatique, T. I. p. 21. §. 7. Merlin l. c. T. VIII, p. 237. Moser's Beyträge, IV. 530. Vergl. oben, §. 171.

f) Moser's Versuch, III. 55. IV. 580 ff. Merlin l. c. p. 238.— Die Cardinaux, chargés des affaires des Princes auprès du St. Siège, sind Abgesandte vom ersten Rang, obgleich sie blofs den Titel Chargé-d'affaires führen. De la Maillardière

précis du droit des gens, p. 330. MOSER's Beyträge, III. 19. Vergl. oben, §. 172 d.

g) Art. 1.

§. 183.

Wahl, in Absicht auf
1) *die Rangclasse der Gesandten.*

In der Regel kann ein Staat nach eigenem Willen die *Rangclasse* bestimmen, zu welcher seine Gesandten gehören sollen. Doch kann die Freiheit dieser Bestimmung beschränkt seyn, weil die Verschiedenheit der Rangclassen auf die verschiedenen Grade des gesandschaftlichen Ceremoniels sich bezieht, und in dem Rechte des Ceremoniels manche Ungleichheit unter den europäischen Staaten selbst festgesetzt ist, auch jedem Staat in der Regel frei steht, mit welchem CeremonielCharakter er von einem andern Staat einen Gesandten bei sich annehmen will. Gesandte vom *ersten* Rang zu schicken, wird keinem Staat, an dessen Spitze ein anerkanntes gekröntes Haupt, oder ein anderer Regent mit königlichen Ehren (§. 91) steht, und keiner der grössern Republiken verweigert *a*). Einigen andern Fürsten ward dieses Recht nur nicht allgemein eingeräumt, wie dem vormaligen Grofsmeister des malteser Ordens *b*), und verschiedenen ehemaligen halbsouverainen Fürsten mit königlichen Ehren *c*).

a) Auch nicht dem Papst, als weltlichem Souverain. — Die schweizerische Eidgenossenschaft ist unstreitig in dem Besitz dieses Rechts, wiewohl nicht überall mit vollem Ceremoniel.

Auch die Republiken Venedig und der Vereinigten Niederlande waren es. MOSER's Versuch, III. 5.

b) Förmliche Zeugnisse, dafs man ihm das Gesandschaftrecht der ersten Classe einräume, erhielt er 1747 von dem päpstlichen, 1749 von dem römisch-kaiserlichen Hof. Sie stehen in MOSER's Versuch, III. 5 ff. Erklärung der Republik Venedig von 1749, in dem Mercure hist. et polit. 1749, I. 372.

c) Den teutschen Kurfürsten ward es eingeräumt, an dem römisch-teutschen kaiserl. Hof, auf der allgemeinen teutschen Reichsversammlung, auf Kaiserwahl- und Krönungstagen, überhaupt in dem teutschen Reich, und auf mehreren FriedensCongressen. Aber nicht in allen Staaten ausser Teutschland, ward es ihnen zugestanden, von einigen nur nicht vollständig. MASCOV princ. jur. publ. germ. p. 802. edit. 1769. MOSER's auswärt. Staatsr. S. 227 ff. *Ebendess.* teutsches Staatsr. Th. V, S. 541 ff. Wie sich Frankreich benahm, findet man bei ROUSSET, cérémonial diplomatique, T. I, p. 69 et suiv. — Auch mehreren italiänischen souverainen Fürsten, ward dieses Recht von einigen Höfen, insbesondere von Familienhöfen, eingeräumt, von andern versagt. MOSER's Beyträge zu d. europ. VR. III. 7.

§. 184.

Fortsetzung.

Den souverainen Fürsten ohne königliche Ehren, den kleineren Republiken, den jetzigen halbsouverainen Staaten, wird das Recht, Gesandte vom *ersten* Rang zu schicken, von Staaten mit königlichen Ehren allgemein versagt *a*). Doch hindert dieses nicht, dafs jene Staaten einander Gesandte vom ersten Rang schicken können. Bestreitet ein Staat das Recht, Gesandte vom ersten Rang zu schicken, einem andern Staat, so sendet er diesem auch keinen Ge-

sandten erster Classe. Erwiedert ein Staat die Sendung eines Gesandten gegen einen andern Staat, so giebt er gewöhnlich seinem Gesandten denselben Grad des Ranges, von welchem der an ihn gesendete ist. Zuweilen wird ein Gesandter in dem Laufe seiner Gesandschaft zu einer *höheren* Rangstufe erhoben, namentlich zu dem Rang des Botschafters; es sey für beständig, oder nur für einige Zeit, oder für ein bestimmtes Geschäft. Auch geschicht zu Zeiten, dafs ein ordentlicher Gesandter in einen ausserordentlichen verwandelt wird, eine Ceremoniel-Gesandschaft in eine GeschäftGesandschaft, und umgekehrt, ein Botschafter in einen Gesandten vom zweiten Rang *b*).

a) Von dem Gesandschaftrecht der Fürsten und übrigen Stände des ehemaligen teutschen Reichs, s. Mascov l. c. p. 803. Ahnert a. a. O. Th. II, Cap. 4. Rousset l. c. p. 70. Pütter's Lit. des t. Staatsr. III. 219. Klüber's neue Lit. des t. Staatsr., S. 238. 665.

b) Moser's Versuch, III. 76. *Ebendess.* Beyträge, IV. 359. 29. 37. — In diesen Fällen wird gemeiniglich, in derselben Audienz, ein ZurückberufungsSchreiben und ein neues Creditiv überreicht.

§. 185.

2) *die Anzahl der Gesandten;* 3) *subjective Vereinigung mehrerer Gesandschaftposten.*

Von der Willkühr eines jeden Staates hängt in der Regel ab, *wieviel* Gesandte er zu gleicher Zeit bei einem andern Staat accreditiren will; es sey für verschiedene, oder für dieselben Geschäfte, und im letzten Fall ob mit der

Clausel sammt oder sonders, oder ohne dieselbe, so dafs dann die mehreren anders nicht als gemeinschaftlich handeln können. Eben so steht in der Willkühr des absendenden Staates, ob die mehreren Gesandten von gleicher *a*), oder von verschiedener Rangclasse seyn sollen. Daher geschieht zuweilen, dafs ein Staat nicht nur mehrere Gesandte zu gleicher Zeit an denselben Ort sendet *b*), sondern auch dafs er die schon bestehende Gesandschaft vermehrt, durch Hinzufügung eines zweiten oder dritten Gesandten; namentlich dafs einem ordentlichen Gesandten ein ausserordentlicher, einem Gesandten vom zweiten oder dritten Rang ein Gesandter der ersten oder zweiten Classe beigefügt wird *c*). Doch hat man Beispiele, nicht nur dafs gleichzeitige Annahme oder Anerkennung mehrerer Gesandten vom ersten Rang verweigert *d*), sondern auch dafs für gewisse CeremonielGesandschaften Mehrheit der Gesandten begehrt oder bedungen worden ist *e*). — Auch werden, vorzüglich in Teutschland, zuweilen *einem* Gesandten *mehrere Gesandschaftposten*, in verschiedenen Staaten, anvertraut *f*), oder auch an *einen* Souverain *mehrere Gesandte* geschickt, etwa nach seinen verschiedenen Eigenschaften *g*). — Sogar fehlt es nicht an Beispielen, dafs *mehrere Souveraine* einen *gemeinschaftlichen* Gesandten gehabt haben *h*).

a) In diesem Fall geniessen sie alle gleiches Ceremonielrecht. Wicquefort, T. I. p. 372. Von den heftigen Streitigkeiten

deſshalb auf den westphälischen, nimwegischen u. ryswikischen FriedensCongressen, s. Gutschmid, l. c. §. 36. nota r.

b) Wicquefort, liv. I, sect. 26. Bynkershoek de foro legatorum, c. VI. §. 12. Politische Unterhandlungskunst, S. 198 ff. — Vorzüglich auf FriedensCongressen, ist dieses Recht oft ausgeübt worden. — Jeder Kurfürst des teutschen Reichs, sendete zu der Kaiserwahl und Krönung zwei bis vier Botschafter. Auch bei dem kaiserlichen Hofe zu Wien, konnte ein Kurfürst mehrere Botschafter accreditiren. Kaiserliche Wahlcapitulation, III. 20. — Zu dem Glückwunsch wegen der Thronbesteigung, pflegte die Republik Venedig einem Kaiser oder König zwei, dem Papst vier Botschafter zu senden. Moser's Beyträge zu d. europ. Gesandschaftsr., S. 36. — An Frankreich sendete die Schweiz meist mehrere Gesandte zugleich, bisweilen von sämmtlichen Cantonen einen. — Die Vereinigten Niederlande pflegten dem König von England, durch drei Gesandte zu dem Regierungsantritt zu gratuliren. Comte d'Avaux, mémoires, IV. 284.

c) Moser's Versuch, III. 102. 105. 113. Zu Wien unterhielten ehedem manche Kurfürsten und grössere teutsche Reichsfürsten, mehrere Gesandte von verschiedenem Rang. Auch Frankreich hat mehrmal Gesandte von verschiedenem Rang, zugleich an denselben Ort gesendet.

d) Frankreich verweigerte dieses den Kurfürsten, selbst bei der Kaiserwahl 1741; es gab aber, doch nur für dieſsmal, nach. Moser's Versuch, III. 106 ff.

e) Moser's Versuch, III. 71. *Ebendess.* angef. Beyträge, S. 36. Bedungen, in dem Fr. zu Versailles, zwischen Frankreich u. Genua, 1685, Art. 1.

f) Moser's Beyträge, III. 56.

g) Moser's Beyträge, III. 57.

h) Vorzüglich ehehin am teutschen Reichstag. Andere Beispiele, bei Bynkershoek l. c. cap. XIX. §. 3. u. bei Merlin, in dem angef. Répertoire, sect. II, §. 2, n° 3, p. 246.

§. 186.

4) *und die Person der Gesandten.*

In Absicht auf die Wahl der *Person* des

Gesandten, ist ein Staat ohne Verträge rechtlich nicht eingeschränkt *a*); namentlich nicht in Hinsicht auf Vaterland, Religion, Alter, Unterthanschaft, Dienstverhältnisse, Rang, Stand, Geburt, Geschlecht. Vorzugweise werden gewählt, eigene Unterthanen, und Staats- oder Hofdiener, männlichen Geschlechtes. Sehr selten ist die Sendung eines Frauenzimmers, mit öffentlichem gesandschaftlichem Charakter *b*). Manche Staaten haben oder hatten den Grundsatz aufgestellt, keinen ihrer gebohrnen Unterthanen als Gesandten von einer fremden Macht anzunehmen *c*).

a) Bynkershoek qui recte legati mittantur; in s. Quaestion. jur. publ. lib. II. c. 5; in s. Operib. omn. T. I. p. 247. Merlin in d. angef. Répertoire, T. VIII, p. 247 et suiv. — Moser's Versuch, III. 93 ff. *Ebendess.* Beyträge, III. 101 ff. Ein Herkommen legt verschiedenen katholischen Höfen, z. B. Oestreich, Frankreich, Spanien, das Recht bei, die Person zu benennen, welche der Papst als Nuncius bei ihnen accreditiren soll. F. D. Häberlin's röm. Conclave (Halle 1769. 8.), S. 23. Moser's Beyträge, III. 84 ff. — Die Grundverfassung des Staates kann, in Absicht auf Präsentation, Ernennung und Mitwirkung zu Besetzung der Gesandschaft-Stellen, manches Besondere vorschreiben. Moser's Beyträge, III. 86 ff. — Von den rechtlichen Erfordernissen unterscheide man diejenigen, welche die *Staatsklugheit* vorschreibt. In dieser Hinsicht, verhält es sich mit einem Gesandten oft anders als mit einem geheimen Agenten. Wicquefort, T. I. Sect. 7—13. Bielfeld, II. ch. 9. §. 27. sqq. p. 177. sqq. De Callières a. a. O. Die politische Unterhandlungskunst (1811. 8.), S. 14 ff. 35 ff. 44 ff. 187. 264 ff.— Den gegründetesten Anspruch auf eine Gesandschaftstelle, geben, das Vertrauen des Souverains und erworbene Achtung.

b) Wicquefort T. I. Sect. 11. p. 116. Bynkershoek quaest. cit. Bielfeld II. 173. §. 19. Jo. Simon num femina legati munere fungi possit? in dessen Dissertatt. sex (Upsaliae 1626. 8.), Diss. I. II. et III. L'ambassadrice et ses droits (par F. C. de Moser). à la Haye 1752. 8. à Berlin 1754. 8. à Francfort 1757. 4. Auch teutsch unter dem Titel: Die Gesandtin, nach ihren Rechten und Pflichten; in des Verf. kleinen Schriften, Th. III, S. 133—331. Merlin a. a. O. T. VIII, p. 248. — Die Maréchale de Guebriant war 1646 französische Ambassadrice extraordinaire bei K. Wladislaw IV. von Polen. v. Moser a. a. O. Cap. I, §. 4. — In mehreren Beispielen, die man anführt, hatte die gesendete Dame négociatrice keinen gesandschaftlichen Charakter, wenigstens keinen öffentlichen, oder selbst ihre Sendung war ein Geheimnifs, oder es waren einem Frauenzimmer Geschäfte von anderer als diplomatischer Art übertragen. F. C. v. Moser's kleine Schriften, III. 311 ff. — Der berühmte Chevalier d'Éon de Beaumont (gest. 21. Mai 1810, bei London, 79 J. alt), französischer émissaire secret zu Petersburg, dann seit 1763 französischer LegationsSecretär und nachher Ministre plénipotentiaire zu London, ward unrichtig für ein Frauenzimmer gehalten, wie sich nach seinem Tod gezeigt hat. v. Archenholz Minerva, 1810, Jun., S. 567.

c) So die Könige von Frankreich (de Callières a. a. O. ch. 6. p. 72. Bynkershoek de foro legatorum, c. 11. Moser's Versuch, III. 89. 96.), und die kaiserlich-französische Regierung unter Napoleon. So auch Schweden (Cod. Leg. Suecic., tit. de crimin. §. 7.), und ehedem die Vereinigten Niederlande, seit 1727. Die teutsche Bundesversammlung hat festgesetzt, dafs ein Bürger der Stadt Frankfurt als Gesandter eines Bundesstaates bei ihr nicht zugelassen werden solle, ausgenommen als Gesandter der freien Stadt Frankfurt. Klüber's öffentl. Recht des t. Bundes, §. 131. — Blofs naturalisirte Unterthanen, werden leichter angenommen.

§. 187.

Fortsetzung.

Etliche katholische Souveraine haben nie andere als Katholiken zu Gesandten gewählt,

und katholische geistliche Fürsten, wenigstens zu den ersten Gesandschaftstellen, fast immer nur Geistliche *a*). Es fehlt nicht ganz an Beispielen, dass ein bestimmter Stand für gewisse Gesandte erforderlich war *b*). Desto häufiger sind Beispiele, dass Nichtadeliche, besonders MilitärPersonen und Gelehrte, auch Geistliche, die ersten und wichtigsten Gesandschaftposten bekleidet haben *c*). GesandschaftSecretäre werden zuweilen an demselben Ort, wo sie bisher standen, oder an einem andern, zu Gesandten ernannt, doch in der Regel anfangs nur zu Gesandten der dritten Classe. — Die Annehmung eines Gesandten, dessen Person dem Staat, an welchen er soll gesendet werden, unangenehm ist, wird zuweilen von diesem abgelehnt *d*), mit oder ohne Anführung von Gründen der Ablehnung.

a) z. B. der Papst. Auch ehehin die geistlichen Kurfürsten, zu der Kaiserwahl und Krönung. Vergl. Moser's Versuch, III. 95. 98. — Von der Religion der Gesandten, ebendas. III. 96. 98. *Ebendess.* Beyträge, III. 103.

b) Der kaiserliche PrincipalCommissarius bei der teutschen Reichsversammlung, musste Fürst seyn. Moser von den teutschen Reichstagen, Th. I, S. 127. Zu der Belehnung mit Reichsthronlehen, mussten „vornehme Ministri aus dem Herren- oder Ritterstand" als Gesandte geschickt werden. Des Reichshofraths gemeiner Bescheid v. 28. Aug. 1768. Schmauss corp. jur. publ. S. 1098. Pütter's Anleit. zum t. Staatsr., übers. v. C. A. F. Gr. v. Hohenthal, II. 352.

c) Gelehrte, besonders Doctoren der Rechte, nicht bloss in der Vorzeit, wo mehr als jetzt auf Gelehrsamkeit und lateinische Sprachkenntniss gesehen ward. Wicquefort T. I.

Sect. 7. p. 73. sqq. Merlin in d. angef. Répertoire, T. VIII, p. 247 et suiv. Moser's Versuch, III. 97. 98 f. (Joh. Frhr. v. Horix) Die Ehre des Bürgerstandes nach den Reichsrechten (Wien 1791. 8.), §. 22, S. 56 ff. Als die kaiserlichen Minister in Wien, 1676 den kurfürstlichen nichtadelichen Botschaftern die Excellenz und die Oberhand in eigenem Quartier verweigern wollten, erklärte der grosse Kurfürst von Brandenburg, „quod sibi magis dexteritas legatorum quam natales sint respiciendi". Pufendorf rer. brandenburg. lib. 14. c. 57. Der Cardinal d'Ossat, Gesandter Heinrichs IV. zu Rom und an andern Höfen, und der berühmte Maler Rubens, dem der König von Spanien zwei Gesandschaften anvertraute, waren nicht von vornehmer Geburt. Philipp II. von Spanien fragte den Botschafter Heinrichs IV., Präsidenten Pierre Jeannin, in der ersten Audienz: „êtes-vous gentil-homme"? Antw. „oui, si Adam l'était". — „De qui êtes-vous fils"? Antw. „de mes vertus". Betroffen über diese Antworten, beeiferte sich der König ihn gütig zu behandeln. Lettres, mémoires et négociations du chev. d'Éon (à la Haye 1764. 4.), P. I, p. 65.

d) Wicquefort, liv. I, sect. 13. Merlin l. c. p. 249. Deſswegen muſste 1758 der englische Gesandte Goderike, welcher an den schwedischen Hof bestimmt war, umkehren. In den Jahren 1801 u. 1802 weigerte sich der wiener Hof, den Grafen Armfeld als schwedischen Gesandten anzunehmen; er gab aber endlich nach. Ein Beispiel von 1768, in Schmalz Völkerr. S. 88 f. Im J. 1815 verweigerte der König der Niederlande die Annahme eines von dem Groſsherzog von Baden schon zu Brüssel angekommenen Gesandten. Dasselbe that, bei demselben Individuum, bald nachher die schweizerische Eidgenossenschaft. — Um einer solchen Weigerung auszuweichen, wird bisweilen der andere Hof über eine oder die andere Person sondirt, oder wohl gar ihm eine Personenliste zur Auswahl zugesendet. Vergl. Bielfeld II. 178. §. 28. Moser's Versuch, III. 100. Zuweilen bittet er um Ernennung einer bestimmten Person. Moser's Beyträge, III. 89.

§. 188.

Gefolge; insonderheit 1) LegationsSecretäre.

Jeder Gesandter hat ein mehr oder minder

zahl-

zahlreiches *Gefolge a)*; eine Anzahl Personen, welche theils für den Dienst der Gesandschaft angestellt sind, theils blofs bei der Person des Gesandten, als Familienglieder oder in Dienstverbindung, sich befinden. Alle diese Personen, werden als Angehörige der Gesandschaft betrachtet; gleichviel ob ihre Verbindung mit derselben nothwendig, oder nützlich für solche, oder nur zufällig ist *b*). Zu den wichtigsten Personen bei einer Gesandschaft gehören die *Gesandschaft*- oder *LegationsSecretäre* (secrétaires de légation), bei Gesandschaften der ersten Classe BotschaftSecretäre (secrétaires d'ambassade) genannt *c*), zuweilen auch mit dem Titel Legationsrath bekleidet. Sie sind in der Regel Staatsdiener, und werden daher von dem Staat ernannt und besoldet; zuweilen in mehrfacher Zahl. Ihre Bestimmung ist, Unterstützung des Gesandten in Besorgung der gesandschaftlichen Angelegenheiten, nicht nur der schriftlichen, sondern auch der mündlichen, z. B. bei mündlichen Geschäft- und Ceremoniel-Erklärungen, Visiten und Festins, bei Entwerfung der gesandschaftlichen Aufsätze aller Art, bei dem Chiffriren und Dechiffriren, bei Verwahrung und Verwaltung des Archivs, u. d. *d*). In Abwesenheit oder Verhinderung des Gesandten, dienen sie nicht selten als Geschäftträger *e*) (chargés - d'affaires).

a) Bynkershoek de comitibus legatorum, in s. tr. de foro legatorum, c. 15. Moser's Versuch, III. 134 ff. IV. 315 ff. *Ebendess.* Beyträge, III. 146. IV. 529. Bielfeld T. II; ch. 11, p. 197. sqq. v. Römer a. a. O. S. 173 ff. 387 ff.

b) In manchen Staaten muſs jeder Gesandter ein Verzeichniſs der Personen seines Gefolges gleich bei seiner Ankunft dem auswärtigen Departement einreichen, und nachher von Zeit zu Zeit die Veränderungen anzeigen. So in England, vermöge der ParlamentsActe 10 Anna (1711), Cap. 7. Portugies. Verordn. v. 11. Dec. 1748.

c) Moser's Versuch, III. 138 ff. 142, welcher ebendas. S. 94 äussert: „der Gesandte sey mehrmal nur der Zeiger an „der Uhr, das meiste komme dann auf einen ihm zugegebe- „nen tüchtigen LegationsSecretär an". Moser's Beyträge, IV. 227 ff. 450. 528. Wicquefort, T. I, Sect. 5, p. 68. Sarraz du Franquesnay a. a. O. L. I, ch. 11, p. 86. Bielfeld II. 198. §. 2. sqq. — Bei den päpstlichen Nunciaturen, heissen die LegationsSecretäre auditores nunciaturae, oder datarii und subdatarii. Bielfeld II. 199. §. 5. Moser's Beyträge, III. 157. Dictionnaire de jurisprudence, v. Auditeur. Diese Auditoren nehmen zuweilen den Titel Internuncius an, wenn sie in Abwesenheit eines Nuncius dessen Stelle ad interim versehen. — Auch giebt es Gesandschaften der zweiten und dritten Classe, *ohne* LegationsSecretär u. Canzlisten. Bielfeld, II. 200.

d) Ob und wie fern sie am Hofe präsentationsfähig seyen? darüber ist der Hofgebrauch verschieden. Zu Paris waren sie es ohne Ausnahme, in der Zeit der Republik und unter Napoleon. Vergl. Moser's Beyträge, IV. 227 ff. Bielfeld, II. 198.

e) Moser's Versuch, IV. 602. *Ebendess.* Beyträge, IV. 461 ff. Wicquefort, I. 69.

§. 189.

2) *und übriges GesandschaftPersonal.*

Bei manchen Gesandschaften sind, ausser den LegationsSecretären, von dem Staat angestellt: ein GesandschaftCanzler, Gesandschaft-

CanzleiDirector, Gesandschaft- oder Legationsräthe (beiGesandschaften der ersten Classe Botschafträthe, conseillers d'ambassade, benannt), ein Uebersetzer oder secrétaire - interprète, Déchiffreur, GesandschaftCommis (employés), Practikanten, Attachés, Canzlisten *a*) (zuweilen mit dem Titel Secretär), ein Zahlmeister, GesandschaftFourier, Canzleidiener. Dolmetscher (drogmans, dragomans, truchemans) werden jetzt fast nur noch bei Missionen an der osmanischen Pforte und in asiatischen und afrikanischen Staaten, so wie bei den von diesen Staaten an europäische Mächte geschickten Gesandten, gebraucht *b*). — Ausschliessend für die CeremonielPartie, für Ehrendienste, sind bestimmt, der Gesandschaft-Marschall, die GesandschaftCavaliere (gentilshommes d'ambassade), die Edelknaben oder Pagen, wo etwa dergleichen, und zwar Marschall und Pagen nur bei Botschaftern, angestellt sind *c*). GesandschaftGeistliche (aumôniers - d'ambassade) sind da noch üblich, wo die Gesandschaft eine eigene Hauscapelle unterhält *d*). Noch seltener sind eigene Gesandschaftärzte. Militärisches Gefolge ist nicht mehr üblich, etwa einige Schweizer, Heiducken, oder Kammerhusaren bei Botschaftern ausgenommen *e*). — Manche Personen gehören nicht sowohl zu dem Gefolge eines Gesandten, als vielmehr unter dessen *Schutz* (Protection) *f*).

a) Moser's Versuch, III. 141.

b) BIELFELD II. 205. §. 17. MOSER's Versuch, III. 143 f. IV. 608 ff. *Ebendess.* Beyträge, III. 157. IV. 239. In dem Fr. v. Kainardgi 1774, Art. 9, ward den russischen Dolmetschern bei der Pforte, gefällige Behandlung versprochen.

c) BIELFELD II. 200. sq. MOSER's Versuch, III. 136. *Ebendess.* Beyträge, III. 150. — Zuweilen werden die Gesandschaft-Cavaliere gar nicht besoldet, die Pagen aber von dem Gesandten angenommen und besoldet.

d) MOSER's Versuch, III. 140. IV. 158 ff. *Ebendess.* Beyträge, IV. 237. BIELFELD II. 206. §. 19.

e) Militärische Begleitung (Escorte) auf der Reise, Ehren- und Sicherheitswache in dem Ort der Residenz des Gesandten, kann nach Umständen noch vorkommen, sie wird aber von dem Souverain des Landes gegeben. Bei Gesandschaften zu FriedensCongressen mit der Pforte, ist beides üblich. MOSER's Versuch, III. 142. IV. 114 ff. *Ebendess.* Beyträge, IV. 117. 207. 306. 564. — Beispiele von sehr zahlreichem Gefolge. MOSER's Versuch, III. 146. LÜNIG's theatr. cerem. I. 746 ff. WEKHRLIN's Chronologen, Bd. XII. (1781. 8.), S. 75—105. Morgenblatt, 1812, Num. 306. — *Juden* im Gefolge. MOSER's Beyträge, III. 159.

f) MOSER's Versuch, III. 146 f. IV. 320. *Ebendess.* Beyträge, IV. 257 ff. 209. Unten §. 212 a. — Am teutschen Bundestag, darf kein Gesandter Personen, die nicht zu der Gesandschaft gehören, Schutz ertheilen. KLÜBER's öffentl. Recht des t. Bundes, §. 131. Die Pforte hat in verschiedenen Staatsverträgen sich versprechen lassen, daſs fremde Gesandte und Consuln in ihrem Gebiet, an türkische Unterthanen keine ProtectionsPatente ertheilen dürfen, z. B. in dem mit Groſsbritannien vom 5. Jan. 1809, Art. 10, in v. MARTENS recueil, Supplém. V. 162. — Von *Spionen* und *Ausspähern* (espions, furets etc.) s. BIELFELD II. 205. §. 18.

§. 190.

3) *Couriere.*

Für Sendung der Depeschen, von und an Gesandschaften, sind bei diesen zuweilen eigene *Eilboten* oder *Couriere* (Feldjäger) angestellt. Sie und die übrigen *Staats-* oder *CabinetsCouriere a*), sind bisweilen ausgezeichnet durch ei-

gene Amtskleidung, wenigstens durch einen Brustschild (SchildCouriere). Doch werden auch andere Staatsdiener vom Civil- und MilitärStand, desgleichen Hofbeamte, Privatdiener, und ausser Dienst stehende Personen, als Couriere gesendet. In den Gebieten aller europäischen Mächte, welche mit ihrem Staat nicht in Krieg verwickelt sind, geniessen die StaatsCouriere, auf amtlichen Land- und Seereisen, wenn sie sich in jener Eigenschaft angeben und legitimiren, nicht nur vorzüglich geschwinde Beförderung, sondern auch den höchsten Grad der Unverletzbarkeit *b*), meist auch Befreiung von Durchsuchung (Visitation) ihres Gepäckes *c*), hie und da sogar von gewöhnlichen Abgaben der Reisenden, z. B. Weg-, Thor-, Sperr- und Brückengeld. Die Verletzung ihrer Sicherheit, wird als Verletzung des Völkerrechtes geahndet *d*). Selbst unter kriegführenden Mächten, wird die Unverletzlichkeit derjenigen Couriere, welche beide Theile einander, oder zu und von dem FriedensCongreſs senden, geachtet, und bisweilen noch besonders durch Verträge, Pässe, oder Escorte gesichert *e*).

a) F. C. v. Moser, der Courier, nach seinen Rechten und Pflichten; in s. kleinen Schriften, Th. IV, S. 177 — 510. Bielfeld II. 73. §. 25. u. 204. §. 16. Moser's Versuch, IV. 616 ff. *Ebendess.* Beyträge, IV. 542 ff. — Man unterscheidet ordentliche und ausserordentliche, desgleichen Cabinets-, Hof- und Feld- oder Armee-, auch Land- und SeeCouriere. F. C. v. Moser a. a. O. S. 179 f. 478 ff.

b) Eine Reihe von Friedensschlüssen, wo dieses ausdrücklich

bedungen ward, führt an, F. C. v. MOSER a. a. O. Cap. 2, §. 6—18, S. 189 ff. 412 ff.

c) F. C. v. MOSER's kleine Schriften, Bd. VII, S. 17, §. 15.

d) Die merkwürdige Ermordung des als Courier von Constantinopel nach Stockholm reisenden schwedischen Majors SINCLAIR, in Schlesien bei dem Dorf Zaucha am 17. Jun. 1739, ward 1742, in dem Manifest, von Schweden unter den Ursachen der Kriegserklärung gegen Rufsland angeführt. BÜSCHING's Magazin, VIII. 309. SCHLÖZER's Briefwechsel, IV. 243. Europ. Annalen, 1808, IX. 101. F. C. v. MOSER's kleine Schriften, Th. IV, S. 440 ff. MOSER's Versuch, IV. 620. *Ebendess.* Beyträge, IV. 560. Merkwürdige, in dem Archiv der Bastille gefundene InquisitionsActen (Leipz. 1790), S. 205. — Neuere Beispiele von Beraubung und Ermordung der Couriere, in KLÜBER's Kryptographik, S. 35 f.

e) MOSER's Versuch, IV. 623 f. F. C. v. MOSER kleine Schriften, Th. IV, S. 256 ff. 353. 356. Ausserdem hört im Krieg die Sicherheit der feindlichen Couriere auf. Ebendas. S. 244 ff.

§. 191.

4) *Familie, insbesondere die Gemahlin, und die Privatdiener des Gesandten.*

Endlich gehören auch zu dem Gefolge eines Gesandten, die bei ihm befindlichen *Mitglieder seiner Familie*, und seine *Privatdiener*. Zu den letzten gehören, der eigene PrivatArzt des Gesandten, sein PrivatSecretär, sein Hauslehrer, seine HausOfficianten (z. B. Haushofmeister, Bereiter, Kammerdiener, Kellner, Portier) und LivreeDiener, Laufer, Köche, Kutscher, Postillon, Stallknechte, u. d. *a*). Alle stehen, gleich dem übrigen Gefolge, unter dem besondern Schutz des Völkerrechtes, und sind der Hoheit des Staates, bei welchem der Gesandte accreditirt ist, nicht unterworfen *b*). — Die meiste

Auszeichnung geniefst die *Gemahlin* des Gesandten, vorzüglich diejenige eines Botschafters *c*). Doch ist die Etiquette der Höfe hierin sehr verschieden *d*), z. B. in Ansehung der Ehre des Tabourets bei der Kaiserin oder Königin *e*), des Empfangs bei ihrer ersten und letzten Audienz oder Präsentation, ihres Ranges, und des übrigen Ceremoniels *f*). Auf eigenen Hausgottesdienst, hat sie in der Regel keinen Anspruch, selbst dann nicht, wenn ihre Religionsgenossen weder an demselben Ort, noch in der Nähe, das Recht der öffentlichen oder PrivatReligionsübung haben *g*). Sie nimmt Theil an der Unabhängigkeit ihres Gemahls, und sie hat, gleich ihm, ein besonderes Recht auf den Schutz des Staates, an welchen er gesendet ist *h*).

a) Moser's Beyträge, IV. 240. Bielfeld II. 201. §. 10.

b) Wicquefort, T. I, Sect. 28.

c) F. C. v. Moser, die Gesandtin nach ihren Rechten und Pflichten; in s. kleinen Schriften, III. 133 ff. Moser's Versuch, III. 145. IV. 315 ff. *Ebendess.* Beyträge, IV. 175. 329. 427. 450. Bynkershoek de foro legatorum, c. 15.

d) F. C. v. Moser a. a. O. S. 149 ff. 151 ff. 166 ff.

e) De la Maillardière précis du droit des gens, p. 339. F. C. v. Moser a. a. O. S. 174. 195.

f) Ausführlich hievon, F. C. v. Moser a. a. O. Moser's Beyträge, IV. 175—182. 329. 427. 450.

g) F. C. v. Moser a. a. O. S. 305—309.

h) Daher, sagt Bynkershoek de foro legatorum, c. 15. §. 4., kann man ihre Effecten nicht mit Arrest belegen.

§. 192.

GesandschaftQuartier. Wappen. Gepränge.

Für den Gesandten und sein Gefolge, ist eine

angemessene Wohnung nöthig, ein *Gesandschaft-Quartier a)* (hôtel de légation ou d'ambassade). Da jetzt selten ein Staat eigene Gesandschaftgebäude, mit oder ohne Mobilien, in den Haupt- und Residenzstädten anderer Staaten eigenthümlich besitzt *b)*, so sind die meisten Gesandten in dem Fall, Miethwohnungen zu beziehen, und sich darin gehörig einzurichten; wofür ihnen, in der Regel, eine bestimmte Summe als Entschädigung bewilligt wird *c)* (à titre de frais de premier établissement, ou d'indemnité). Nur ausserordentliche Gesandschaften für kurze Zeit, erhalten zuweilen Quartier von dem Staat, an welchen sie gesendet sind *d)*. — Fast allgemein ist die Sitte, dafs Gesandte das *Wappen* ihres Staates an ihrem Quartier aufhängen lassen *e)*; doch wird solches den Gesandten vom dritten Rang nicht überall gestattet *f)*. — Vorzüglich von einem Gesandten der ersten Classe, erwartet man ein gewisses *Gepränge*, namentlich Pracht in seiner Garderobe, in dem Geräthe, z. B. SilberService, in Livreen, Staatswagen, Pferden *g)*, bei seinen Gastmahlen, und in Allem, was sich auf äussern Glanz bezieht.

a) Wicquefort T. I, sect. 28.

b) Moser's Beyträge, III. 288. — Im J. 1814 kauften Oestreich und England zu Paris Häuser, und bestimmten sie zu GesandschaftQuartieren.

c) Moser's Versuch, III. 152. *Ebendess.* Beyträge, III. 288.

IV. 205. 219 ff. Vergl. hierüber die pariser Verhandlungen von 1798, zwischen dem Directoire exécutif und dem Conseil des cinq cents; in dem Rédacteur du 13 Brumaire an VII, n° 1052.

d) Moser's Beyträge, III. 280 f.

e) Moser's Versuch, IV. 264. *Ebendess.* Beyträge, III. 300. IV. 205. F. C. v. Moser von den Rechten der Gesandten in Ansehung der Wappen ihres Souverains; in den wöchentl. frankfurt. Abhandlungen, 1755, St. 7, u. in Schott's jurist. Wochenblatt, III. Jahrgang, S. 606 — 614.

f) F. C. v. Moser a. a. O. §. 4.

g) Drei Züge von sechs Pferden. Moser's Versuch, III. 151. Vergl. auch Bielfeld, II. 202. sqq.

§. 193.

Vollmacht.

Soll ein Gesandter Stellvertreter eines Staates bei einem andern Staat seyn, so mufs er von jenem hiezu die Macht erhalten haben, und diesem, dafs solches geschehen, glaubwürdig bekannt seyn. Zu dem Ende wird ihm von jenem eine *Vollmacht* (mandatum procuratorium, pouvoirs, Creditiv, litterae fidei s. credentiales, lettres de créance) ertheilt, welche er bei diesem oder dessen Stellvertreter vorzuzeigen hat, und woraus (wenigstens im Allgemeinen) erhellet, dafs und wozu er als Gesandter bevollmächtigt sey *a*). Die Vollmacht kann eingeschränkt seyn auf ein bestimmtes Geschäft, oder nur auf Besorgung einzelner Handlungen in demselben, (SpecialVollmacht): sie kann aber auch überhaupt für Verhandlungen

mit dem andern Staat Macht ertheilen (allgemeine oder GeneralVollmacht); in beiden Fällen, entweder beschränkt (mandatum limitatum) oder unbeschränkt *b*) (mandatum illimitatum s. cum libera sive plenipotentia, plein-pouvoir). In der Regel, lautet jede Vollmacht auf Verhandlungen mit einem oder mehreren *benannten* Staaten *c*).

Ohne angenommene hinlängliche Vollmacht, kann der Gesendete auf die Rechte eines Gesandten nicht Anspruch machen; ohne sie, kann mit ihm mit Sicherheit nicht unterhandelt werden *d*). So weit die Vollmacht den Gesandten für den Stellvertreter seines Staates bei dem andern Staat erklärt, sind die derselben gemäfs bei diesem unternommenen Handlungen, namentlich die mit ihm geschlossenen Verträge, verbindlich für seinen Staat; auch dann, wenn sie der geheimen Instruction des Gesandten zuwider wären *e*), der in solchem Fall blofs seinem Staat zu Schadenersatz und Strafe verpflichtet ist *f*).

a) Schriften in v. Ompteda's Lit. II. 562. — Jan. Harm. Lohman diss. de diverso mandatorum genere, quibus legati constituuntur, et obligatione quae ex iis oritur. Lugd. Bat. 1750. 4. Bielfeld a. a. O. II. 164. §. 4. 183. §. 6. 7. 8. v. Römer a. a. O. S. 146.

b) Beispiele von beiden, bei Lohman diss. cit. c. 2. §. 6. 7. — Der Plenipotentiarius hat mandatum cum libera, scil. potestate agendi.

c) Von der seltensten Art, ist das Mandatum s. actus ad omnes populos. Zwei Beispiele in Lamberty mémoires, VIII. 748.

IX. 653. SNEEDORF essai d'un traité du stile des cours, P. spéc., art. 1, §. 20 et suiv.

d) MARSELAER de legato, lib. II. Diss. 6. WICQUEFORT, P. I. Sect. 15. LOHMAN diss. cit. c. 2. §. 3. J. G. ESTOR progr. de jure poscendi auctoritatem publicam, quam litteras vocant credentiales, a legatis (Jen. 1740. u. in s. Comment. et Opusc. Vol. I. P. 2. n. VIII.), §. 36. sq.

e) GROTIUS lib. III. c. 22. §. 4. LOHMAN diss. cit. cap. 4. §. 2. sqq. Anders BYNKERSHOEK quaest. jur. publ. lib. II. c. 7.

f) Der Gesandte ist seinem Souverain verpflichtet, nach Einigen ex mandato. WICQUEFORT T. I. Sect. 16. p. 392. BYNKERSHOEK quaest. juris publ. lib. II. c. 7. Nach Andern ex jussu. PUFENDORF de J. N. et G. lib. V. c. 4. §. 5. BOECLER diss. de relig. mandat., in s. Opusc. T. I. Nach Andern ex jussu, wenn er dessen Unterthan ist, ex mandato, wenn er dieses nicht ist. LOHMAN diss. cit. cap. 3. §. 2. sqq.

§ 194.

Form der Vollmacht.

Die *Form* der Vollmacht, ist in der Regel willkührlich. Sie kann aus einem offenen Brief (in forma patente) bestehen; dann heifst sie *Vollmacht* (mandatum procuratorium, pouvoirs) im engern Sinn. Sie kann aber auch in ein versiegeltes Schreiben (in forma litterarum) eingekleidet seyn *a*); in welchem Fall sie *BeglaubigungsSchreiben* (Creditiv, lettres de créance) im engern Sinn genannt wird *b*). Zuweilen wird beides einem Gesandten mitgegeben *c*). Erhält er nur eines von beiden, so wählt man gemeiniglich die erste Form, wenn er bei einem Congrefs von Gesandten accreditirt ist, z. B. bei einem FriedensCongrefs; die zweite, wenn er bei dem Souverain eines andern Staates accreditirt ist *d*). Bei der letzten

bedient man sich gewöhnlich eines CanzleiSchreibens (lettre de conseil), obwohl ein CabinetSchreiben (lettre de cabinet) eben so gültig, und nur minder feierlich ist. — Der Inhalt des Creditivs mufs vor dessen feierlicher Ueberreichung dem, welchem es überreicht werden soll, glaubwürdig bekannt seyn, damit dieser zu dessen Annahme sich entschliessen, und das dem Gesandten zu bewilligende Ceremoniel bestimmen könne. Zu dem Ende wird das Creditiv, wenn es in offener Form, oder sub sigillo volante ausgefertigt ist, im Original, ausserdem in beglaubigter Abschrift, vor der feierlichen Ueberreichung vorgezeigt *e*). Eine Verschiedenheit der Beziehungen, in welchen ein Gesandter accreditirt ist, kann mehrere Creditive nothwendig machen *f*).

a) Wicquefort, T. I, ch. 15 et 16. Stieve's europ. Hof-Ceremoniel, Th. III, Cap. 3, §. 4, S. 238. Gutschmid diss. cit. §. 27.

b) Von den Förmlichkeiten s. man C. A. Beck's Versuch einer StaatsPraxis, Buch V, Cap. 1, S. 225 ff. Cap. 3, S. 253 ff. Dan. Nettelbladt s. potius resp. F. J. E. Eisenberg, diss. de forma litterarum credentialium legatorum (Hal. 1753. 4.), cap. 2. et 3. Sneedorf a. a. O., P. spéc., ch. 1, art. 1. Formulare bei Estor l. c. §. 39. sqq.

c) Lohman diss. cit. cap. 2. §. 3. 4. 8. — Auch erhielten ehehin die französischen Gesandten eine lettre de cachet (anderswo lettre de chancellerie genannt), und eine lettre de la main. Die erste ward bei der ersten PrivatAudienz, die andere bei der ersten öffentlichen Audienz überreicht. Callières a. a. O. ch. XI.

d) Callières a. a. O. ch. XI. Politische Unterhandlungskunst, Cap. 11, S. 130 ff. Dan. Nettelbladt diss. cit. §. 5.

e) Gewöhnlich dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten. J. F. Jugler diss. de litteris legatorum credentialibus (Lips. 1742), §. 9. Moser's europ. Völkerrecht, Buch III, Cap. 14. *Ebendess.* Versuch, III. 241. Bielfeld T. II. p. 183. §. 7.

f) Z. B. bei Gesandten an die Eidgenossenschaft, in Hinsicht auf die Gesammtheit und die einzelnen Cantone, alle, einen, oder etliche; ehedem in der Republik Polen, nicht nur bei dem König, sondern auch bei den Reichsständen. Beck a. a. O. S. 240, §. 21. — Von NebenCreditiven, eventuellen Creditiven, und Creditiven der LegationsSecretäre, ebendas. §. 22 — 24, S. 241 ff.

§. 195.

Empfehlungs- und AdreſsSchreiben.

Ausser dem Creditiv, bringt ein Gesandter zuweilen noch *EmpfehlungsSchreiben* (lettres de recommandation) seines Souverains oder dessen Stellvertreters, an ausgezeichnete Mitglieder der Familie oder an Staatsdiener desjenigen Souverains, bei welchem er accreditirt wird, an einzelne Mitglieder der Regierung eines republikanischen Staates, an LocalAutoritäten auf einem Congreſs, u. d. *a*). — Ein Abgeordneter ohne gesandschaftlichen Charakter, bringt kein förmliches Creditiv, sondern meist ein so genanntes *AdreſsSchreiben* *b*).

a) z. B. an den Prinzen Regenten, an die Gemahlin des Souverains, an den Thronfolger, an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, in Constantinopel jedesmal an den GroſsVezir; ehedem in den Vereinigten Niederlanden an den Erbstatthalter.

b) Beck a. a. O. S. 243, §. 26.

§. 196.

Instruction.

Jeder Gesandter empfängt von seinem Macht-

geber, über die Art der Betreibung und Vollendung des ihm übertragenen Geschäftes, und über sein Verhalten während seiner Sendung, eine Vorschrift, *Instruction a*). Dieselbe ist entweder allgemein oder speciell, mündlich oder schriftlich. Sie kann ihm bei dem Anfang seiner Sendung (HauptInstruction), und auch nachher von Zeit zu Zeit ertheilt werden; das erste meist in einem eigenen Aufsatz, das andere gewöhnlich in den an ihn abgehenden Depeschen *b*). In der Regel ist die Instruction geheim zu halten, und nur nach erklärtem Willen des Machtgebers darf sie vorgezeigt werden *c*). Für den letzten Fall wird nicht selten doppelte Instruction ertheilt, eine *geheime* (secrète) und eine *vorzeigbare* (ostensible).

a) Wicquefort, T. I, ch. 14. Callières a. a. O. ch. XII. Pecquet a. a. O. p. 53. sqq. Bielfeld, II. 180. Neyron principes du droit des gens, §. 173 — 175. Die politische Unterhandlungskunst, Cap. 8, S. 115 ff. Lohman diss. cit. c. 2. §. 9. 10.

b) Von dem Inhalt und den Förmlichkeiten der Instructionen, s. man Beck a. a. O. Buch V, Cap. 2, S. 245 ff. Pütter's jurist. Praxis, I. 232. Walsingham maximes politiques, p. 503 et suiv. — Interessante Instructionen findet man gedruckt in verschiedenen gesandschaftlichen Mémoires, z. B. von Walsingham, Richelieu, Avaux, Estrades, Walpole, Torcy, Rusdorf, d'Éon. Auch eine von Kaiser Ferdinand II. in Khevenhüller's annal. Ferdinandeis, Th. XII, S. 1392 ff. und in Leyser's meditat. ad Pandect. Sp. 671. med. 16. Eine französische von 1609, von dem Präsidenten Jeannin, bei Wicquefort, T. II, Sect. 9, p. 101. sq. Eine englische von 1570, für Walsingham, ebendas. T. II. Sect. 1. p. 6. Andere findet man in Rousset recueil, V. 301. VII. 18. XI. 355.

u. in F. C. v. MOSER's kleinen Schriften, III. 357. — Eine Sammlung auserlesener geheimer Instructionen, wäre ein Schatz für politische Unterhändler und für die Geschichte.

c) Die politische Unterhandlungskunst, S. 217 ff. LOHMAN diss. cit. c. 2. §. 9. Lord CHESTERFIELD's Briefe an seinen Sohn Stanhope, Th. III, Brief 189.

§. 197.

Gesandschaftliche Handlungen.

1) *Eigene Geschäftordnung des Gesandten.*

Die *gesandschaftlichen Handlungen* eines Gesandten, beziehen sich theils auf seine Geschäftordnung, theils auf den Verkehr mit seiner Staatsregierung und deren Behörden, theils auf seine Verhandlungen mit der Staatsregierung oder Versammlung, an welche er gesendet ist, oder mit andern fremden Gesandten an dem Ort seiner Sendung. Zu der *ersten* gehört die zweckmäsige Bearbeitung und Betreibung der ihm übertragenen Geschäfte, die Concipirung der nöthigen schriftlichen Aufsätze, die Revision der Concepte, die Ausfertigung, Unterzeichnung, Besieglung und Bestellung derselben, die Aufsicht über die Führung des gesandschaftlichen Tagebuchs, über die gehörige Verwaltung der Canzlei und Registratur, die Wahrung der gesandschaftlichen Gerechtsame, die Aufsicht und Ausübung der ihm übertragenen Gerichtbarkeit über das Gefolge *a*), die Ertheilung der Reisepässe, der Lebenszeugnisse, u. d. m. *b*). Unterthanen seines Souverains, die in dem Lande seines gesandschaft-

lichen Aufenthaltes sich befinden, mufs er schirmen und vertheidigen wider völkerrechtwidrige Anfechtung. Er kann und mufs Urkunden über Rechtsgeschäfte legalisiren, wenn solches nöthig ist, um davon bei Behörden seines Landes Gebrauch machen zu können *c*).

a) Man s. unten, §. 212 ff.

b) Besondere Vorschriften über diese Gegenstände, enthält meist die Instruction eines ordentlichen Gesandten, oder ein eigenes Reglement für die Gesandschaften desselben Staates. — Von der *Ordnung* in den Geschäften, s. Wicquefort T. II. Sect. 2. p. 110.

c) Vergl. unten §. 212. Merlin in d. angef. Répertoire, v. *Légalisation.* — Franzosen im Ausland, können adoptiren, sich verheurathen, überhaupt alle auf den CivilStand sich beziehenden Rechtsgeschäfte vornehmen, bei dem daselbst residirenden französischen Gesandten. Merlin a. a. O., v. *Etat civil* et *Mariage*, sect. IV, §. 2, n° 9.

§. 198.

2) *Verhandlungen mit dem eigenen Staat. Berichterstattung.*

Die Verhandlungen eines Gesandten mit seinem *eigenen Staat*, erfolgen theils mündlich, theils, und zwar mehrentheils, schriftlich. Sie haben statt, bald unmittelbar mit dem Souverain, bald mit dem Departement der auswärtigen Angelegenheiten, mit dem Minister StaatsSecretär, mit andern Staatsbehörden, auch wohl mit einzelnen Mitgliedern des Regentenhauses, mit Personen am Hofe, und mit Abgeordneten. Die wichtigste und häufigste Beschäftigung, welche dem Gesandten in dieser Hinsicht obliegt, ist die Erstattung *gesandschaftlicher Berichte a*). Diese wer-

werden regelmäsig zu bestimmter Zeit, und auch ausserdem so oft etwas Erhebliches vorfällt, erstattet, nicht nur über Hauptgegenstände der Unterhandlung, sondern auch über Incident- und Nebensachen, über alle politisch wichtigen Ereignisse, welche auf dem Schauplatz des Gesandten sich zutragen, besonders auch über die innern und äussern Verhältnisse des Staates und des Hofes wo der Gesandte residirt *b*). Nützlich ist die Erstattung eines *Hauptberichtes*, am Schlufs einer jeden Unterhandlung oder Gesandschaft, wie in der Republik Venedig gewöhnlich war.

a) Von den gesandschaftlichen *Depeschen*, Wicquefort T. II, sect. 10, p. 102. Bielfeld II. 182. §. 4. 186. §. 13. — 17. Die politische Unterhandlungskunst, Cap. 17, S. 171. Callières a. a. O. ch. 19.

b) Wicquefort, T. II, sect. 16. p. 192. Schmalz europ. Völkerrecht, S. 96 ff.

§. 199.

Fortsetzung.

Diejenigen Depeschen des Gesandten oder seiner Regierung, deren besondere Geheimhaltung das wesentliche Interesse seines Staates erfordert, müssen nicht nur, wie alle andern, wohl eingepackt und versiegelt, sondern auch in zuverlässige *Geheimschrift* (Chiffre) eingehüllt werden *a*), so oft es an einem völlig sichern Weg der Uebersendung fehlt. Die Uebersendung geschieht mit der ordentlichen Post, mit

einer Landkutsche oder einem ordentlichen Boten, durch Estafette, durch Couriere, durch Reisende, durch Einschlufs an dritte Personen, auch wohl unter fingirter Adresse, bald einfach, bald mehrfach (in Duplicaten, Triplicaten, u. s. w.), auf verschiedenen Wegen, je nachdem Umstände und Gelegenheit solches erfordern oder zulassen *b*). Um das Geheimnifs desto besser zu verhüllen, werden auch wohl unächte, oder mit dem Zeichen des Widersinnes (contre-sens) versehene Depeschen der Post oder einer andern unsichern Gelegenheit übergeben, wenn man deren Eröffnung wünscht oder besorgt *c*).

a) J. L. Klüber's Kryptographik, Lehrbuch der Geheimschreibekunst (Chiffrir- und Dechiffrirkunst) in Staats- und Privatgeschäften. Mit Tabellen und 6 Kupfertafeln. Tübingen 1809. gr. 8. Die politische Unterhandlungskunst, Cap. 18, S. 184. Bielfeld, II. 190. §. 19. sqq. Callières a. a. O. ch. 20.

b) Bielfeld, II. 189. §. 18. u. 204. §. 16.

c) Klüber's Kryptographik, S. 31 u. 64. — Verwahrungsmittel gegen unmerkliche Eröffnung der Depeschen, ebendas. S. 49—56.

§. 200.

3) *Verhandlungen mit demjenigen, an welchen der Gesandte abgeordnet ist.*

Mit demjenigen, an welchen der Gesandte *abgeordnet* ist, haben die gesandschaftlichen Verhandlungen theils unmittelbar statt, theils mittelbar *a*). Mittelbar erfolgen sie, mit Staatsministern, Commissarien, Deputirten, oder auch,

auf Friedens- und andern Congressen, mit Gesandten eines oder mehrerer anderer Staaten, zuweilen auch durch dritte Staaten, oder deren Gesandte, z. B. durch Vermittler. Die mittelbaren und die unmittelbaren Verhandlungen geschehen entweder schriftlich, durch Schreiben, Memoiren, Noten, VerbalNoten (notes verbales), oder mündlich, in Audienzen oder Conferenzen *b*). Kein Staat ist in der Regel vollkommen berechtigt, einen andern zu einer bestimmten Art von Verhandlungen zu nöthigen; indefs giebt es doch Beispiele, dafs Staaten den Grundsatz aufgestellt haben, nur auf erhaltene schriftliche Mittheilung, Erklärung oder Anfrage, zu berathschlagen oder zu antworten *c*). Dagegen kann es in gesandschaftlichen Verhandlungen der Klugheit gemäfs seyn, dasjenige, was man mündlich vorgetragen, oder von dem andern Theil vernommen hat, diesem schriftlich zu wiederholen (note verbale, aperçu de conversation), um die Thatsache der mündlichen Erklärung, so viel möglich, glaubwürdig in Andenken zu erhalten. Auch ist zuweilen räthlich, von dem Inhalt eines schriftlichen Aufsatzes, welchen der Gesandte in einer Audienz dem Souverain überreichen will, vorher den Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Kenntnifs zu setzen.

a) Von dem Verhalten des Gesandten bei diesen Unterhandlungen, s. Wicquefort, T. II, sect. 3—8. Callières, ch.

16. 17. Pecquet, p. 78. sqq. Die politische Unterhandlungskunst, S. 147 ff. 158 ff. — Wicquefort (II. 6.) giebt folgende GeneralRegel für den Gesandten: „que la fonction principale consiste à entretenir la bonne correspondance entre les deux princes: à rendre les lettres, que son maistre escrit au prince, auprès duquel il réside: à en solliciter la réponse: à observer tout ce qui se passe en la cour où il négocie: à protéger les sujets, et à conserver les interests de son maistre“.

b) Die Republik Venedig hatte für Conferenzen mit auswärtigen Gesandten ein Collegium bestimmt, das aus weniger nicht als 26 Mitgliedern bestand.

c) So ehehin die Republik der Vereinigten Niederlande.

§. 201.

Insonderheit Audienzen.

Unmittelbare Verhandlung mit dem Souverain, kann in der Regel von dem Gesandten als Zwangpflicht nicht verlangt werden *a*). Obgleich eine solche selten, und gemeiniglich nur ausnahmweise statt hat, so pflegt sie doch auch nicht leicht ganz verweigert zu werden. An manchen Höfen, wird den Gesandten regelmäsig an bestimmten Tagen Audienz ertheilt, und ausserdem werden einzelnen von ihnen, nach den Umständen, auch ausserordentliche Audienzen bewilligt, bald öffentliche, bald PrivatAudienzen *b*). Das Wenigste, wozu jeder Gesandter vom ersten oder zweiten Rang bei einem Hof mit königlichen Ehren sich Hoffnung machen darf, ist eine Antritt- und eine AbschiedsAudienz bei der Person des Regenten. Beide werden den Botschaftern, in der Regel, öffentlich und mit gros-

sem Gepränge ertheilt *c*); bei Gesandten vom zweiten Rang hingegen, ist es nicht immer eine öffentliche, und bei denen vom dritten Rang, wenn sie bei dem Souverain selbst accreditirt sind, stets eine PrivatAudienz *d*).

a) Wicquefort, T. II, sect. 2. p. 14.

b) Von Audienzen, Wicquefort, T. I, sect. 19. p. 229. Moser's Versuch, III. 245. 248. *Ebendess.* Beyträge, III. 401. 408. Bynkershoek quaest. juris publ. lib. II. c. 7. Vergl. unten §. 223 f.

c) Von eigentlicher Unterhandlung, ist in öffentlichen Audienzen nicht leicht die Rede. Scherzhaft handelt von ihnen, Bynkershoek in quaest. jur. publ. lib. II. c. 6. in s. Operib. omn. II. 248.

d) Von der Etiquette bei diesen Audienzen, unten §. 224.

§. 202.

Repräsentativ- und CeremonielCharakter der Gesandten.

In dem Verhältnifs zu dem Staat, bei welchem der Gesandte accreditirt ist, unterscheidet man in seiner gesandschaftlichen Person, kraft seiner Bestellung und Annehmung, eine zweifache Eigenschaft (Charakter). In Hinsicht auf die ihm übertragenen gesandschaftlichen Geschäfte, wird er als unmittelbarer Stellvertreter seines Souverains betrachtet; er hat also einen *stellvertretenden* oder *RepräsentativCharakter.* Diese Eigenschaft ist wesentlich, und bei allen Gesandten dieselbe *a*), gleichviel von welchem Rang sie sind. — Eine andere Eigenschaft des Gesandten geht hervor aus dem Inbegriff von Ehrenvorzügen, welche ihm, in Hin-

sicht auf seine achtbare Sendung in dem Gebiete des Staates, an welchen er abgeordnet ist, eingeräumt werden; sie heifst der *Ceremoniel-Charakter*. Diese Eigenschaft ist zufällig, und läfst als Nebensache willkührliche Abstufungen zu *b*). — In dem zweiten Artikel des auf dem wiener Congrefs errichteten Reglements über den Rang der diplomatischen Agenten (§. 179), ist festgesetzt, dafs nur allein die Botschafter und die Nuncien RepräsentativCharakter haben sollen; worunter der CeremonielCharakter erster Classe verstanden ward. — Im übrigen sind in den europäischen Staaten jetzt drei verschiedene gesandschaftliche CeremonielGrade angenommen, nach welchen die Gesandten in drei (in etlichen, seit 1818, in vier) Rangclassen eingetheilt werden (§. 179 u. ff.) Die nähere Bestimmung des einer jeden Classe gebührenden Ceremoniels, ist nicht in allen Staaten dieselbe. Das oben erwähnte wiener Reglement (Art. 5) will, dafs in jedem Staat eine gleichförmige Vorschrift für den Empfang der diplomatischen Agenten jeder Classe errichtet werde.

a) Vattel, liv. IV, ch. 6, §. 70. L. G. Schröder elem. juris nat. soc. et gent. §. 1103. Höpfner's Naturrecht, §. 224. Henr. Cocceji diss. de repraesentativa legatorum qualitate. Heidelb. 1680. 4. u. in s. Exerc. T. I. n. 38. — Einige legen nur den Gesandten vom *ersten* Rang Repräsentativ-Charakter bei. C. G. Gutschmid diss. de praerogativa ordinis inter legatos, §. 26. 39. Auch manche Andere verstehen unter dem gesandschaftlichen RepräsentativCharakter ausschliessend den Inbegriff von *Ehrenvorzügen*, welcher den

Gesandten vom *ersten* Rang zusteht, weil sie hierin ihren Constituenten *gleichgestellt* würden. Allein nirgend geniessen Gesandte vom ersten Rang hierin völlige Gleichstellung mit ihren Constituenten, sondern nur den höchsten Grad des gesandschaftlichen Ceremoniels, welcher verschieden bestimmt ist.

b) Die Meinungen der Publicisten sind verschieden. Einige nehmen einen *dreifachen Repräsentativ*Charakter an; wesentlichen, natürlichen, und zufälligen. Der erste beziehe sich auf Vertretung des absendenden Staates durch den Gesandten in allen gesandschaftlichen Angelegenheiten; der andere beziehe sich auf die dem Gesandten, wegen der natürlichen Gleichheit und Freiheit seines Staates, zukommenden natürlichen Rechte; der dritte gehe hervor aus dem Inbegriff von zufälligen Rechten (Rang, Titel, Ehrenbezeugungen), welche dem Gesandten theils durch dessen Annehmung in der ihm von seinem Constituenten beigelegten Eigenschaft, theils durch besondere Verträge zugestanden werden. v. Römer's Grundsätze über die Gesandschaften, S. 108—112. — Andere geben dem Gesandten einen *zweifachen Repräsentativ*Charakter; einen natürlichen oder wesentlichen, und einen beigelegten oder zufälligen. Unter jenem verstehen sie den stellvertretenden, unter diesem den CeremonielCharakter. E. C. Westphal instit. juris nat. §. 1288. Gros Lehrb. der philos. Rechtswissensch. §. 446. — Noch Andere sprechen dem Gesandten allen RepräsentativCharakter ab, wenn nicht Verträge dafür sprechen. C. G. Rössig diss. de jure asyli legatorum, §. 6. p. 8. sq.

§. 203.

Vorrechte der Gesandten.

1) *Unverletzbarkeit.*

Den Gesandten räumt theils das natürliche Völkerrecht, theils das positive der europäischen Staaten, besondere *Vorrechte* ein *a*). Eines der wichtigsten ist die *Unverletzbarkeit*. So bald ein Gesandter von der Regierung des Staates, wohin

er geschickt ist, als unmittelbarer Stellvertreter seines Souverains öffentliche Anerkennung erhalten hat, ist, im Fall einer ihm in seiner gesandschaftlichen Eigenschaft *b*) daselbst widerfahrnen Rechtsverletzung, anzunehmen, dafs sein Staat in der Person des Gesandten sey beleidigt worden. Für jenen Staat unmittelbar, ist Gefahr und Nachtheil aus solchen Rechtsverletzungen zu besorgen. Daher gebietet sein Interesse, dieselben innerhalb der Grenzen seines rechtmäsigen Wirkungskreises nicht nur möglichst zu verhüten, sondern auch als Staatsverbrechen mit besonderer Strenge zu ahnden, und noch viel mehr sich selbst derselben gänzlich zu enthalten. Der hieraus für den Gesandten entspringende Zustand höherer Sicherheit, heifst dessen *Unverletzbarkeit* (inviolabilitas) in dem völkerrechtlichen oder eminenten Sinn *c*), auch *Heiligkeit* (sanctitas) genannt, weil das gemeinschaftliche Interesse der Staaten jenen Sicherheitszustand heilig zu halten gebietet. Diese Unverletzbarkeit, dieser auszeichnende Staatsschutz, gebührt den Gesandten jeder Classe *d*). Sie erstreckt sich auf Alles, was als Bedingung der gesandschaftlichen Wirksamkeit zu betrachten ist, ganz vorzüglich auf Verrichtung der gesandschaftlichen Geschäfte *e*), auf sicheres Geleite während der Her-, Rück- und Durchreise, und auf die ganze Dauer des gesandschaftlichen Aufenthaltes in dem Staatsgebiet *f*), selbst bei

Ausbruch eines Kriegs zwischen beiden Staaten *g*).

a) Schriften in v. OMPTEDA's Lit. II. 566. u. v. KAMPTZ neuer Lit. §. 227. J. G. UHLICH, citirt oben §. 169, Note b.

b) Die Grenzlinie zwischen einer PrivatBeleidigung des Gesandten, und einer Beleidigung in seiner gesandschaftlichen Eigenschaft, ist in dem concreten Fall bisweilen schwer zu ziehen. Vergl. v. RÖMER, S. 301.

c) L. ult. D. de legation. L. 7. D. ad L. Jul. de vi publ. Henr. COCCEJI diss. de legato inviolabili. Heidelb. 1684. u. in s. Exercit. Vol. I. n. 50. *Ejusd.* diss. de legato sancto non impuni. Francof. ad. Viadr. 1699. 4. Jo. Jac. LEHMANN diss. de vero atque certo fundamento jurium ac speciatim sanctitatis legatorum. Jen. 1718. 4. D. H. KEMMERICH von der Unverletzbarkeit der Gesandten. Erlangen 1710. 4. J. HOGEVEEN diss. legationum origo et sanctimonia. Lugd. Bat. 1763. 4. J. G. WALDIN diss. de legati admissi et non admissi inviolabilitate. Marb. 1767. 4. H. F. KAHREL diss. de sanctitate legatorum. Marb. 1769. 4. GROTIUS lib. II c. 18. §. 4. n. 5. WICQUEFORT, T. I, sect. 29. HUBER de jure civitatis, lib. III. sect. 4. c. 2. §. 12. De REAL, science du gouvernement, T. V, Sect. 7. MERLIN, in d. angef. Répertoire, T. VIII, p. 255 et suiv. Noch andere Schriften, bei v. OMPTEDA II. 568. WALDIN jus legationis universale, Sect. V. et XI. v. RÖMER a. a. O. S. 295 ff.

d) BYNKERSHOEK de foro legator. c. 1., in s. Operib. omn. II. 147.

e) Unter andern gehört dahin die Sicherheit seines *Briefwechsels*, nicht nur auf der öffentlichen Post, sondern auch durch Estafetten und Couriere. MOSER's Versuch, IV. 144. — Nach dem natürlichen Völkerrecht, kann dem Gesandten das Recht der *Selbsthülfe* gegen seine Beleidiger nicht versagt werden. v. RÖMER, S. 298. Andere verweisen ihn zuvörderst zur Anklage oder Beschwerde; womit wenigstens die neuere Praxis meist übereinstimmt. v. PACASSI a. a. O. S. 167. — Beispiele von Insultirung der Gesandten; des venetianischen in Madrid, 1597, ROTH's Archiv f. d. Völkerr., Heft I, S. 76; des russischen Gesandten Mantueof in London, 1708, KEMMERICH a. a. O. S. 39 ff. Neuere Beispiele,

in Moser's Beyträgen, IV. 154 ff. 170 ff. und bei Merlin l. c. — Von der Unverletzbarkeit des *Gefolges*, s. Moser's Versuch, IV. 320. — Beispiele von Beschwerden und Genugthuung wegen Beleidigung gesandschaftlicher LivreeDiener. Moser's Beyträge, IV. 249 ff. 252 ff.

f) Die Anfangs- und Endpuncte dieser Unverletzbarkeit, werden dem Gesandten durch eigene *Reisepässe* bestimmt und gesichert. v. Römer a. a. O. S. 141 — 144. Befindet er bei seiner Ernennung sich ohnedem schon im Lande, so ist der Anfang zu rechnen von der Annahme seines Creditivs.

g) So schon die Römer. L. ult. D. de legationib. Vergl. auch Moser's Versuch, IV. 140., IX. 1. 40. Nur die osmanische Pforte pflegt meist in diesem Fall den Gesandten einzuthürmen, als Geissel für die Verträge; wodurch er zugleich gesichert ist gegen die Wuth des Pöbels. Le Bret's Magazin zum Gebrauch der Staaten- und Kirchengeschichte, Th. II. (1772), S. 205 ff. — Achtmonatliche Gefangenschaft des schwedischen Gesandten Coyet zu Copenhagen, während des schwedisch-dänischen Kriegs, 1658. v. Ompteda's Lit. II. 571. n. 1.

§. 204.

2) *Exterritorialität.*

So bald der Staat, an welchen der Gesandte geschickt ist, denselben als einen solchen anerkannt hat, welcher die Person eines andern Staates in der seinigen unmittelbar darstellt, so gebührt dem Gesandten schon als stillschweigende Bedingung seiner Sendung und Annahme, in dem Gebiet jenes Staates dasselbe Recht der Unabhängigkeit, welches dem ihn absendenden Staat zusteht, so weit eine Einschränkung hierin durch Uebereinkunft nicht festgesetzt ist *a*). Er ist daher, als Gesandter, frei von der Oberherrschaft oder TerritorialHoheit jenes Staates,

Diese Befreiung heisst *Exterritorialität* oder Unabhängigkeit des Gesandten *b*). Da solche der Person desselben zusteht, so muss sie auch auf alles dasjenige bezogen werden, was als zu seiner Person gehörig zu betrachten ist; auf sein Gefolge, GesandschaftQuartier, und Fahrniss *c*) (suite, hôtel, équipages, mobilier). Dieselbe Exterritorialität gebührt dem Gesandten auch, wenn ihm, als einem Gesandten *d*), in fremdem Staatsgebiet bloss temporärer Aufenthalt, insbesondere Durchreise, gestattet ist. Immer beruht die Exterritorialität auf einer ausdrücklichen oder stillschweigenden Willenserklärung desjenigen Staates, welcher sie bewilligt. Dafür gilt, nach europäischer Völkersitte, schon die Ertheilung eines Reisepasses, worin die Reise in oder durch das Staatsgebiet, mit Anzeige der gesandschaftlichen Eigenschaft des Reisenden, bewilligt wird *e*). — Während seiner Abwesenheit, hört ein Minister nicht auf seinem Lande anzugehören. Er behält daselbst, im rechtlichen Sinn, seinen Wohnsitz *f*), und er muss daselbst vor dem competenten Richter Recht geben *g*), wie lang auch seine Abwesenheit dauern möge.

a) Z. B. in Ansehung öffentlicher Abgaben, des Hausgottesdienstes, des AsylRechtes, der Polizeivorschriften, u. d.

b) Nach dem allgemeinen Völkerrecht, schränken einige diese Exterritorialität ein, auf die Verrichtung der dem Gesandten übertragenen Geschäfte. Höpfner's Naturrecht, §. 227. v. Martens Einleit. in d. europ. VR. §. 212. Dagegen s.

Achenwall jur. nat. P. II. §. 253. sq. Schröder l. c. §. 1107. sqq. Gros a. a. O. §. 447.

c) Achenwall l. c. §. 253. Namentlich seine Wagen (§. 208 c). Von den Gesandten der t. Bundesstaaten am Bundestage, s. Klüber's öffentl. Recht des t. Bundes, §. 130.

d) Bynkershoek de foro competente legatorum, c. 9. §. 7. Merlin, Répertoire, T. VIII, p. 276 et suiv., n° 14. Zu Cassel ward 1763 ein holländischer Gesandter, Graf von Wartensleben, welcher in Privatgeschäften sich dort aufhielt, in Beziehung auf diese Geschäfte verhaftet. Moser's Versuch, III. 104. IV. 130. 167. *Ebendess.* Beyträge, IV. 161. Mercure historique et polit. 1764, T. I, p. 101 et 104. T. II, p. 375. Waldin jus legationis universale, p. 89.—104. v. Kamptz neue Lit., S. 261, Num. 7, u. S. 262 f. Num. 9, 10 u. 13.

e) Leyser medit. ad Pandect., Spec. 672. Die oben §. 176, Note b u. d angef. Schriften von Achenwall u. Rau. Vergl. oben, §. 176, 79, Note b, u. 223, Note b.

f) Merlin, Répertoire, v. *Domicile.* Seine Abwesenheit darf, weder ihm nützen, noch Andern schaden. L. 180. D. de regulis juris.

g) Barbeyrac, in seinen Noten zu Bynkershoek de foro legatorum, ch. 10, §. 3. Merlin l. c. T. VIII, p. 279, §. 5.

§. 205.

Insbesondere a) *AbgabenFreiheit.*

Zufolge der Exterritorialität, gebührt den Gesandten *Befreiung* von allen *persönlichen Staatsauflagen*, welche Oberherrschaft des einen, und Unterthanschaft des andern Theils voraussetzen, wie die Kopfsteuer. Dieselbe Befreiung kommt ihnen in der Regel zu, in Ansehung *indirecter Steuern*, wie Zoll, Accise und andere ConsumtionsAbgaben, so fern ein Gesandter Gegenstände derselben *a*) unmittelbar von dem Ausland, unter eigenem Namen, zu seinem und der Seinigen Gebrauch, bezieht: nicht so,

wenn die Abgabe bloſs von dem Verkäufer in dem Inland entrichtet, und von demselben bei Bestimmung des Kaufpreises darauf Rücksicht genommen wird *b*). Zollfreiheit in dem Gebiet eines *dritten* Staates, kann von Gesandten ohne Verträge nicht begehrt werden; doch wird sie zuweilen aus Höflichkeit bewilligt *c*).

a) Auch *verbotene* Waaren, zu eigenem Gebrauch, kann ein Gesandter frei einführen, wenn nicht das Gegentheil zur Bedingung seiner Annahme gemacht ist.

b) F. C. v. Moser von der Zoll- und Accisfreiheit der Gesandten; in s. kleinen Schriften, Bd. VII, S. 1—166. J. F. Reitemeier über Zollfreiheit der Gesandten. v. Römer a. a. O. S. 346 ff. Callières a. a. O. ch. 9. Merlin, in dem angef. Répertoire, T. VIII, p. 278 et suiv. v. Pacassi a. a. O. S. 267 ff. v. Ompteda's Lit. §. 257. v. Kamptz neue Lit. §. 232.

c) F. C. v. Moser's kleine Schriften, Th. VII, S. 43.

§. 206.

Fortsetzung.

Befreiung kann ein Gesandter *nicht* begehren von solchen Abgaben, welche bei dem Genuſs individueller Vortheile, zunächst als *unmittelbarer Ersatz* für den von dem Staat, von Gemeinheiten oder Privatpersonen deſshalb gemachten Aufwand zu betrachten sind, wie Weg- und Brückengeld, Postgeld, u. d. m. *a*). Auch nicht von *dinglichen* Abgaben, wie die Grundsteuer, von *Handels*- und andern *GewerbeAbgaben b*), von *Gemeinheits*- und *SocietätsBeiträgen*, so fern der Gesandte als Gemeinde-

oder GesellschaftMitglied zu betrachten ist. Aus Gefälligkeit, oder durch Verträge, wird Gesandten bisweilen grössere Abgabenfreiheit eingeräumt, als das natürliche Völkerrecht fordert. Dagegen ist in andern Staaten die völkerrechtliche Abgabenfreiheit der Gesandten *eingeschränkt*, *umgangen*, oder *aufgehoben*, oder es wird bestimmte *Vergütung* dafür gegeben *c*). Wo bei gewissen Abgaben die Verpflichtung des Gesandten zweifelhaft, oder sie anzuerkennen für ihn bedenklich ist, dient in manchen Fällen die Darbringung freiwilliger, unbestimmter Beiträge, z. B. zu den Armen- und LaternenCassen des Ortes, als Auskunftmittel. Alles dieses gilt auch von durchreisenden Gesandten, wenn ihnen Exterritorialität eingeräumt ist *d*). Durchsuchung seiner Effecten, ist ein Gesandter wenigstens in seiner Wohnung zu leiden nicht verbunden, und auch anderswo nur da, wo ihm nicht gestattet ist, zu eigenem Gebrauch, verbotene Waaren, oder unverbotene, zoll- und accisefrei einzuführen *e*).

a) Moser's Versuch, IV. 145.

b) J. C. W. v. Steck von einem Gesandten, der Handlung treibt; in s. Ausführungen polit. u. rechtl. Materien (1776), S. 197—202. Vattel, liv. IV, ch. 7, §. 105. 113. 114. Bynkershoek de foro legatorum, c. 14.

c) v. Moser a. a. O. §. 4, 9, 14, 19 ff. S. 5, 10, 17, 34. Moser's Beyträge, IV. 197. v. Pacassi a. a. O. S. 267 ff. De Martens recueil, IV. 516. — In einigen Staaten läfst die Regierung jedem Gesandten, nach Verhältnifs seiner Rangclasse, ein für allemal, oder jährlich, eine bestimmte

Summe auszahlen, als Abfindung für seine Zoll- und Accisefreiheit. So ehedem in Madrid und Genua, auch in Wien. Eine königlich-spanische Verordnung vom Oct. 1814, giebt den fremden Gesandten eine Frist von sechs Monaten, zu abgabenfreier Einbringung ihrer Effecten. Eine ähnliche Verfügung enthält für Rufsland, eine an die dortigen fremden Gesandten adressirte Note des Finanzministers vom Febr. 1817, in v. Martens recueil, Supplément, VII. 96. — Von Mifsbräuchen, s. F. C. v. Moser a. a. O. §. 9, S. 10.

d) F. C. v. Moser a. a. O. §. 6, S. 8.

e) F. C. v. Moser a. a. O. §. 12—17, S. 14 ff. Moser's Versuch, IV. 303. — *Militärische Einquartierung* wird in ein GesandschaftQuartier nicht gelegt, aber der Eigenthümer des Hauses mufs da, wo solche als RealLast betrachtet wird, Vergütung dafür leisten, oder die Mannschaft anderswo unterbringen.

§. 207.

b) *QuartierFreiheit.*

Eine zweite Folge der Exterritorialität der Gesandten, ist die *QuartierFreiheit* (l'indépendance, l'immunité ou la franchise de l'hôtel, jus franchisiae s. franchitiarum). So heifst die Unabhängigkeit des GesandschaftQuartiers von der Oberherrschaft des Staates, bei welchem der Gesandte accreditirt ist, etwa nur mit Ausnahme der dinglichen Steuerpflicht und RealGerichtbarkeit *a*). Diese QuartierFreiheit wird jetzt in Europa überall anerkannt. — Nicht so die Ausdehnung derselben auf die übrigen Häuser desselben Bezirks oder Quartiers der Stadt, welche die Gesandten defswegen mit dem Wappen ihres Souverains zu bezeichnen pflegten. Die Quartierfreiheit in diesem ausgedehnten Sinn, das

so genannte jus quarteriorum, auch jus franchisiae s. franchitiarum, franchise des quartiers, hatte ehedem an verschiedenen Orten statt, besonders in Rom, Venedig und Madrid, auch in Frankfurt am Main während der Convente für Kaiserwahl und Krönung *b*). Jetzt wird sie nicht mehr anerkannt.

a) Presbeuta de jure legationum stat. imp. §. 110. Wicquefort, T. I, sect. 28. p. 414. Real, science du gouvernement, T. V, Sect. 7. Christian Thomasius de jure asyli legatorum aedibus competente (Lips. 1689. 4. rec. Lips. 1718. u. Hal. 1714 u. 1730. 4. Auch in dessen Dissert. Lipsiens. p. 1103.), §. 14. sqq. Vattel, liv. IV, ch. 9, §. 117. Moser's Versuch, IV. 310 ff. 313 ff. v. Römer a. a. O. S. 375 ff. Merlin, in dem angef. Répertoire, T. VIII, p. 279 et suiv. — Von Durchsuchung des GesandschaftQuartiers. Moser's Versuch, IV. 303 ff. und der Wagen (ehedem in Venedig der Gondeln) des Gesandten. Vattel a. a. O. §. 119. F. C. v. Moser's kl. Schriften, VII. 147. Moser's Beyträge, IV. 152. — Angebotene Genugthuung wegen Durchsuchung des GesandschaftQuartiers, zu Paris 1749, Mercure hist. et pol. 1749, I. 661; zu St. Petersburg 1752. Moser's Versuch, IV. 307. Génugthuung wegen Wegnehmung eines Stallmeisters des französischen Gesandten aus dessen Quartier in London, 1764. Moser's Versuch, IV. 324 ff. — Tumultuarische Auftritte in GesandschaftQuartieren, zu Madrid, 1597, Roth's Archiv für das Völkerr. Heft I, S. 76; zu Constantinopel 1763 — 1777, Moser's Beytr. IV. 213 ff.; in Rom 1797, Büsch Welthändel, S. 800; 1798 in Wien, Polit. Journal, 1798, April, S. 433. — Zuweilen unterhält ein Gesandter eine eigene *Druckerei* in seinem GesandschaftQuartier. Vergl. unten §. 110, Note g.

b) Geschichte dieser ausgedehnten QuartierFreiheit in Rom, und ihrer Aufhebung, bei Real a. a. O. Sect. 7. Uhlich, les droits des ambassadeurs, p. 138. Büsch Welthändel, S. 227. v. Ompteda's Lit. II. 574. Bulle defshalb von Innocenz XI. v. 1687, bei Schmauss C. J. G. I. 1069. Von Streitigkeiten darüber, zwischen dem päpstlichen Hofe und

dem

dem französischen, s. man Meusel's Geschichte von Frankreich, Th. IV, S. 635 f. — Aufhebung in Spanien 1594, u. durch eine Verordn. v. 1684.

§. 208.

Unterschieden von dem AsylRecht.

Von jener QuartierFreiheit unterscheidet sich das gesandschaftliche *AsylRecht*, Recht der Freiung oder Freistätte (jus asyli, droit d'asile), das Recht, zu dem Gefolge des Gesandten nicht gehörigen Verbrechern oder eines Verbrechens Verdächtigen, welche sich in das GesandschaftQuartier geflüchtet haben, daselbst Schutz zu geben gegen die verfolgende Ortsobrigkeit *a*). Dieses zu Begünstigung der Verbrecher oft mifsbrauchte Recht, ist in den europäischen Staaten fast allgemein aufgehoben, mit der Einschränkung, dafs dem Gesandten das Recht und die Pflicht der Auslieferung, nach vorhergegangener Requisition, zukommt *b*). Die Ortsobrigkeiten sind berechtigt, nicht nur zu schleunigen Sicherheitsmaasregeln von Aussen, dafs der Verbrecher oder Verdächtige aus dem GesandschaftQuartier nicht entkomme, sondern auch, in dem Fall verweigerter Auslieferung, zu gewaltsamer Abholung desselben *c*). So wenig ein Souverain berechtigt wäre, den straffälligen Gesandten eines andern Staates, unter dem Vorwand, dafs er in seinem Staatsgebiet sich befinde, dem Richterstuhl seines Souverains zu entziehen, eben so

wenig ist ein Gesandter befugt, Verbrechern, deren Bestrafung dem Richter des Landes, wo er residirt, zukommt, in seinem Hôtel eine Freistätte gegen den Arm der inländischen Gerechtigkeit zu geben.

a) Schriften von dem AsylRecht, in Pütter's Lit. des t. Staatsr. Th. III, §. 1288, u. in Klüber's neuer Lit. des t. Staatsr. S. 413. — J. Th. B. Helfrecht von den Asylen. Hof 1801. 4. Pfeffinger Vitriar. illustr. III. 1254—1271. Moser's Staatsr. V. 286. *Ebenders.* von Gnadensachen, S. 84. Merlin in d. angef. Répertoire, T. VIII, p. 280 et suiv. Insbesondere Christ. Thomasius diss. ad §. praeced. cit. Jac. Ge. Rutgers van Boezelver diss. quatenus legatorum aedes jure asyli gaudeant. Lugd. Bat. 1754. 4. Ol. Toerne, praes. Jo. Upmarck diss. de franchisia quarteriorum s. jure asyli apud legatos. Upsal. 1706. 8. C. G. Roessig diss. de jure asyli legatorum secundum jus gentium absolutum dubio. Lips. 1787. 4. (Klüger's jurist. Bibl. XV. 299.) — Dafs das gesandschaftliche AsylRecht in dem natürlichen Völkerrecht gegründet sey, behaupten Kulpis tr. de legat. stat. c. 20. §. 11. Real, science du gouvernement, T. V, Sect. 8. Dawider s. man Grotius lib. II. c. 18. §. 8. c. 21. §. 5. Thomasius diss. cit. §. 20. sqq. Bynkershoek de foro legatorum, cap. 21. Roessig diss. cit. §. 3. sqq. Vattel, liv. IV, ch. 9, §. 118. v. Martens Einleit. in das VR. §. 217.

b) Vergl. v. Martens Erzählungen u. s. w., Th. I, Num. 9. — Die meisten nehmen an, dafs die Ortsobrigkeit das Hôtel des Gesandten, wohin der Verbrecher sich geflüchtet, mit Wache umstellen, aber in dasselbe nicht eindringen dürfe, sondern bei dem Gesandten, und im Fall seiner Weigerung bei dessen Souverain, um Auslieferung anhalten müsse. Vergl. v. Pacassi a. a. O. 255. Dafs sie geradezu durch Gerichtsdiener die Auslieferung verlangen, dann im Weigerungsfall sofort nicht nur Haussuchung thun, sondern auch die Verbrecher oder Verdächtigen herausholen dürfe, nöthigen Falls mit Gewalt, doch mit möglichster Schonung des Gesandten und seiner Leute, behauptet Rössig diss. cit. §. 9. sqq. — Verordnungen wider das AsylRecht der Gesandten, por-

tugiesische v. 1748, in MOSER's Beytr. IV. 209. Von Schweden, Dänemark, Venedig, s. Mercure hist. et polit. 1748, I. 53. 205. LAMBERTY T. II. p. 185. Mercure hist. et pol. 1745, I. 519. Vergl. auch PACASSI a. a. O. S. 262. Im Sept. 1815, erklärte der Cardinal StaatsSecretär, auf päpstlichen Befehl, dafs das bis dahin den zu Rom residirenden Gesandten zugestandene AsylRecht sich auf ihr Gesandschaft-Quartier und auf blosse Polizeivergehen (délits correctionnels) beschränken solle.

c) Beispiele von gewaltsamer Abholung: des Duc de Ripperda 1726 zu Madrid, de MONTGON mémoires, T. I, n° XI, XII et XIII. MERLIN l. c. p. 281. v. PACASSI a. a. O. S. 269 f.; aus Venedig 1745 und 1769, MOSER's Versuch, IV. 299 ff., u. von 1770, MOSER's Beytr. IV. 212 f.; aus London, v. HERTLEIN über die wesentl. Rechte der Majestät (Wirzburg 1787. 8.), S. 294. — Wegnehmung aus dem Wagen eines Gesandten zu Rom. VATTEL a. a. O. §. 119. — Auftritte in Rom 1749 und Stockholm 1748, MOSER's Beyträge. IV. 265 ff. und in Copenhagen 1789. Nouvelles extraordinaires, 1789, n° 26 et 27 Suppl.

§. 209.

c) *Befreiung von Gesetzen, Polizei, CivilGerichtbarkeit.*

Die Exterritorialität des Gesandten begründet ferner für ihn, als solchen, die *Befreiung* von den *Gesetzen*, von der *Polizei* und *Gerichtbarkeit* *a*) des Staates, in dessen Gebiet er als Gesandter sich aufhält. Doch wird die Beobachtung gewisser *Polizeivorschriften*, besonders solcher, welche auf Erhaltung der öffentlichen Sicherheit abzwecken, jetzt fast allgemein, wenigstens stillschweigend, zur Bedingung der Annahme eines Gesandten gemacht *b*). Befreiung von der *CivilGerichtbarkeit*, in streitigen und nicht streitigen Sachen, gebührt dem Gesandten

in dem ganzen Gebiete des Staates, bei welchem er accreditirt ist, so weit er, sein Gefolge *c*), und seine Effecten, daselbst blofs in gesandschaftlicher Hinsicht in Betrachtung kommen *d*). In *nichtstreitigen* Sachen, in Sachen der so genannten freiwilligen Gerichtbarkeit (jurisdictio civilis voluntaria) oder Rechtspolizei, kann auch ein Gesandter der Autorität der Gerichte oder Notarien des Landes, zu Beglaubigung solcher Rechtsgeschäfte sich bedienen, zu welchen die Interessenten irgendwo eine gerichtliche Behörde oder einen Notar nach Willkühr wählen können, z. B. zu Beglaubigung einer Abschrift, oder einer Erklärung, zu Hinterlegung eines Testamentes *e*), oder einer andern Sache. So bald aber diese Wahl nicht statt findet, sondern ein obrigkeitlicher oder Gerichtszwang eintritt, ist jede Staatsbehörde des Landes für den Gesandten und sein Gefolge, so fern sie blofs in gesandschaftlicher Eigenschaft in Betrachtung kommen, incompetent, namentlich in Hinsicht auf Versiegelung und Inventur der Effecten, Erbvertheilung und Bevormundung nach einem Todesfall. Nach dem Ableben eines Gesandten, gebührt die Obsignatur dem LegationsSecretär, oder einem andern Gesandten oder Diener desselben Staates; in deren Ermanglung, der Gesandschaft eines freundschaftlichen Hofes, der durch Vertrag oder Ersuchen dazu ermächtigt ist; subsidiarisch einer

Gerichtsbehörde des Landes, doch ohne Einsicht der gesandschaftlichen Papiere *f*).

a) Schriften über diesen streitigen Gegenstand, in v. OMPTEDA's Lit. II. 579 f. u. in v. KAMPTZ neuer Lit., §. 236. — Die wichtigste und umfassendste ist, Corn. van BYNKERSHOEK de foro legatorum, tam in causa civili quam criminali, liber singularis. Lugd. Bat. 1721. 8. Auch in seinen von Franz Carl CONRADI herausgegebenen Opusculis, und in s. Operibus omnib. T. II. (Lugd. Bat. 1767. fol.), p. 143—184. Auch französisch: Traité du juge compétent des Ambassadeurs, traduit du latin de M. BYNKERSHOEK, par Jean BARBEYRAC. à la Haye 1723. 8. édit. 2. 1727. 8. und bei verschiedenen Ausgaben des Ambassadeur, par WICQUEFORT. Eine neue franz. Uebersetzung, à la Haye 1783. 4. Jo. AMBROSIUS de judice competente legatorum eorumque comitum. Viennae 1774. 8. REAL, science du gouvernement, T. V, sect. 9. MERLIN in d. angef. Répertoire, T. VIII, p. 259 et suiv. v. MARTENS Erzählungen u. s. w. Th. I, Num. 3. — Eine Sammlung verschiedener Meinungen über diesen Gegenstand, liefern BYNKERSHOEK l. c. c. 24. und v. RÖMER in s. Grundsätzen über die Gesandschaften, S. 313.

b) Vergl. MOSER's Versuch, IV. 331. — Von Streitigkeiten der Gesandten mit den OrtsPolizeibehörden, s. MOSER's Beyträge, IV. 159 ff. 248 ff.

c) BYNKERSHOEK c. 15.

d) Ad. Ignat. TURINI diss. de illibata exemtione legatorum a jurisdictione loci, ubi resident, in causis civilibus. Erford. 1772. 4. — Eine *Wiederklage* muſs ein Gesandter sich eben so wohl, wie jeder Andere, gefallen lassen. PAULLUS in L. 22. D. de judiciis. MERLIN l. c. p. 271.

e) C. WILDVOGEL diss. de testamento legati. Jen. 1711. 4. J. F. KAYSER diss. de legato testatore. Giess. 1740. 4.

f) Car. Frid. PAULI s. resp. Guil. WILD diss. de obsignatione rerum legati ejusque comitatus. Hal. 1751. 4. MOSER's Versuch, IV. 569 ff. *Ebendess.* Beyträge, IV. 363 ff. v. KAMPTZ neue Lit., S. 268. — Päpstliche Anmassung, zu Rom 1687. v. RÖMER, S. 428. — Eine bestimmte Vorschrift enthielt die kaiserliche Wahlcapitulation, seit 1790, Art. 25, §. 7. — Von den bei der teutschen Bundesversammlung accreditirten Gesandten, s. KLÜBER's öffentliches Recht des t. Bundes, §. 128.

§. 210.

Fortsetzung.

Da Befreiung von der CivilGerichtbarkeit des Landes, dem Gesandten, für ihn, seine Effecten und Gefolge, nur so weit zusteht, als er daselbst blofs in gesandschaftlicher Hinsicht zu betrachten ist (§. 209), so tritt eine solche Befreiung in *streitigen* Rechtsachen (in caussis jurisdictionis contentiosae) *nicht* ein, bei *Immobilien*, welche er oder Jemand von seinem Gefolge, in dem Lande, wo er Gesandter ist, besitzt, und bei allen andern in dieser Hinsicht ihn oder die Seinigen betreffenden Rechtsachen. Dasselbe gilt bei solcher *Fahrnifs* (Mobilien), die er in anderer als gesandschaftlicher Eigenschaft besitzt, z. B. als Fabrikant, als Kaufmann *a*), als Gutsbesitzer, als Verwalter fremder Geschäfte, u. d. Endlich steht ihm auch die genannte Befreiung nicht zu, wenn er zugleich Staatsdiener, oder in anderer Hinsicht Unterthan desjenigen Staates ist, bei welchem er als Gesandter steht *b*), oder wenn er die Gerichtbarkeit eines inländischen, nicht gehörigen Richters erlaubterweise prorogirt hat *c*). In allen diesen Fällen kann von den Landesgerichten nach den Gesetzen wider ihn verfahren, und selbst *Arrest* wider seine Person und Güter gesetzmäsig verfügt werden *d*). Hingegen findet Arrest gegen ihn und seine Sachen nicht statt,

so oft und so weit er bloſs als Gesandter eines auswärtigen Staates in Betrachtung kommt *e*). In manchen Staaten ist, in solchem Fall, jede ArrestVerfügung durch Landesgesetze ausdrücklich verboten *f*). — Das Recht, für den Gebrauch der Gesandschaft, eine eigene *Buchdruckerei* zu haben, folgt aus der Exterritorialität des Gesandten *g*).

a) Bynkershoek, c. 14. v. Steck's Ausführungen (1776), S. 17. Merlin in d. angef. Répertoire, T. VIII, p. 268 et suiv.

b) Bynkershoek, c. 11. F. E. de Pufendorf obss. juris universi, T. IV. obs. 100. v. Martens Erzählungen u. s. w., Th. I, Num. 3. Merlin l. c. T. VIII, p. 266. — Beispiel von einem holländischen LegationsSecretär zu Cassel 1764. Moser's Versuch, IV. 329.

c) Bynkershoek, c. 16. §. 15. c. 22. et 23. v. Römer a. a. O. S. 328 ff. Vergl. auch C. F. Glück's Erläuterung der Pandekten, Bd. II, Th. 1, §. 206. Grolman's Theorie des gerichtl. Verfahrens in bürgerl. Rechtsstreitigkeiten (3. Aufl. 1810), §. 49. 50. Casp. Matth. Müller diss. de foro legati contrahentis. Rost. 1704. 4. — Ohne Einwilligung seines Souverains, kann ein Gesandter auf seine Unabhängigkeit nicht verzichten, und sich der Landesgerichtbarkeit unterwerfen. Bynkershoek, c. 23. §. 7. Vattel, liv. IV, ch. 8, n° 3.

d) Bynkershoek, c. 22. Merlin l. c. T. VIII, p. 266 et suiv. — Ein Beispiel oben §. 204, Note d. — Andere Beispiele von Arrestverfügungen gegen die Person eines Gesandten, oder seine Effecten, s. in Moser's Versuch, IV. 120. 139. 422. u. in *Ebendess.* Beyträgen, IV. 159. 167.

e) Vergl. den folg. §. — Namentlich nicht wegen *Schulden*, gleichviel ob er sie vor oder während seiner Gesandschaft gemacht hat. Grotius lib. II. c. 18. §. 9. Selbst nicht wegen *Wechselschulden*. Schott's jurist. Wochenbl. Th. I, S. 173. Scherer's Handb. des Wechselrechts, Th. III, S. 622. Püttmann's adversaria lib. III. p. 224. Riccius exercitatt. jur. camb., Exerc. II. §. 11. J. Th. Roth's Archiv für das Völ-

kerr., Heft 1, S. 93. MERLIN l. c. T. VIII, p. 261 et suiv. — Angemaſste Verhaftnehmung des russischen Gesandten Mantucof zu London, wegen Schulden, und darauf erfolgte Genugthuung, 1708. KEMMERICH von der Unverletzlichkeit der Gesandten, S. 39 ff. MERLIN l. c. p. 262 et suiv. — Beispiel verweigerter Pässe, wegen noch nicht erfolgter Schuldenzahlung, in MOSER's Versuch, IV. 545 ff.

f) Brittische ParlementsActe, 10 Anna (1711), Cap. 7. Portugies. Verordn. v. 1748. Preuſs. Declaration v. 24. Sept. 1798, in der Preuſs. EdictenSammlung für 1798, Num. 73, S. 1760, wo nur gegen durchreisende Gesandte Arrestverfügung erlaubt wird.

g) In dem siebenjährigen Krieg, unterhielt der preussische Gesandte zu Regensburg, in seinem GesandschaftQuartier, eine eigene Druckerei. — Im Sept. 1815, machte in Rom der Cardinal StaatsSecretär, auf Befehl des Papstes, bekannt, daſs das Vorrecht, eine eigene Druckerei zu halten, wie solches in dem Palast des spanischen Botschafters ausgeübt worden, aufgehoben sey.

§. 211.

Und von der CriminalGerichtbarkeit des fremden Staates.

So fern nur gesandschaftliche Verhältnisse bestehen, zwischen der Person eines Gesandten, nebst Gefolge, und dem Staat, bei welchem er residirt, ist der Gesandte der *CriminalGerichtbarkeit* des letzten nicht unterworfen *a*). In so weit, gebührt also einem *Richter* dieses Staates, wider den Gesandten und dessen Angehörige *b*), wegen Verbrechen, weder Verhaftnehmung noch Untersuchung und Verurtheilung zu Strafe und Privatgenugthuung *c*). Dagegen können Privat-Verbrechen ein Begehren dieses Staates bei dem sendenden Staat, um Zurückrufung *d*) und Bestrafung, ja, im Fall beharrlicher Weigerung,

sogar eigenmächtige Ausschaffung und Anhaltung zu Privatgenugthuung begründen. Handlungen des Gesandten oder seiner Angehörigen gegen die Sicherheit jenes Staates, berechtigen diesen, sich der Person augenblicklich zu versichern, und überhaupt alle Maasregeln zu ergreifen, welche die Noth gebietet. Ist die Gefahr vorüber, so kann die Staatsregierung von dem sendenden Staat Untersuchung und Verurtheilung zu Strafe und Genugthuung fordern. Wird solche verweigert, so kann dieselbe gegen den Beleidiger als einen Feind verfahren, um Entschädigung und Sicherheit zu erlangen *e*). Denn Exterritorialität kann für eingeräumt nur so weit erachtet werden, als sie mit Selbsterhaltung und öffentlicher Sicherheit bestehen kann, auf welche eine Verzichtleistung von einem Staat nie zu vermuthen ist; sie kann also nicht dienen zum Deckmantel feindlicher Handlungen des Gesandten oder seiner Angehörigen *f*).

a) Bynkershoek l. c. cap. 17.—19. Casp. Matth. Müller diss. de foro legati delinquentis. Rost. 1704. 4. Abr. Dan. Clavel a Brenles diss. de exemtione legatorum a foro criminali ejus ad quem missi sunt. Marb. 1741. 4. v. Ompteda's Lit. II. 581. v. Kamptz neue Lit. §. 238.

b) Bynkershoek, c. 20.

c) Anders in England. CriminalProcess gegen den französischen Gesandten zu London, Grafen v. Guerchy, auf des Ritters d'Éon Anklage wegen versuchter Vergiftung, 1765. Moser's Versuch, IV. 119. Beyträge, IV. 155. Roth's Archiv für das Völkerr., Heft I, S. 71. v. Archenholz England u. Italien, Bd. I, Th. 2, S. 290 f. Rössig diss. de jure asyli legator. p. 6. sq.

d) Beispiel am sardinischen Hofe, 1778, in Moser's Beyträgen, IV. 277.

e) Vergl. Grotius lib. II. c. 18. §. 4. n. 5. sq. Callières a. a. O. ch. 9. Leyser Spec. 672. G. S. Treuer's Beweis, daſs es nicht wider das Völkerrecht sey, bei gewissen Umständen einen fremden Gesandten zu arretiren (Zweite Ausg. Frankf. u. Leipz. 1745. 4. Auch französisch: S'il est permis de faire arrêter un Ambassadeur? à Helmstädt 1745. 4.), S. 5 ff. Jäger, ob ein Souverain berechtigt sey, fremde Gesandte arretiren zu lassen, in Schott's jurist. Wochenblatt, Bd. I, S. 157—176. Moser's Versuch, IV. 377. Beyträge, IV. 293. Merlin, Répertoire, T. VIII, p. 271 et suiv. Schriften in v. Ompteda's Lit. §. 253, u. in v. Kamptz neuer Lit. §. 228.— Vorgang zu St. Petersburg mit dem königlich-ungarischen Gesandten, Marquis de Botta d'Andorno, 1743, Moser's Versuch, IV. 382. *Ebendess.* Beyträge IV. 304. Adelung's Staatsgeschichte, Th. III, Abth. 2, S. 289. Th. IV, S. 137. 258. Vorfall mit dem französischen (noch nicht legitimirten Gesandten) Marquis de la Chetardie, 1744, Moser's Versuch, IV. 331. 417. *Ebendess.* Beyträge, IV. 325. 367. Adelung a. a. O. Th. IV, S. 134. Russische Günstlinge (Tüb. 1809. 8.), S. 187 f. Vorgang zu Stockholm mit dem russischen Gesandten, Grafen v. Rasumowsky, 1788, Polit. Journal 1788, S. 795, 817, 830. Andere Beispiele bei Jäger a. a. O. S. 172 ff. — Von Personen aus dem Gefolge, s. den folg. §. — Von Verhaftnehmung eines *durchreisenden* Gesandten, oben §. 176, Note d.

f) Urtheil Heinrichs IV. bei Roth a. a. O. S. 73 f. — Beispiele von Staatsverbrechen, deren Gesandte beschuldigt worden sind, und zum Theil auch Verhaftnehmung der letzten; ältere bei Wicquefort und Bynkershoek; neuere, der schwedischen Gesandten v. Gyllenborg in London, und v. Görtz im Haag 1717, Voltaire histoire de Pierre le Grand, T. II, ch. 8, p. 99. Lamberty mémoires, T. I. v. Ompteda's Lit. II. 571. Num. 2—6; des spanischen Gesandten, Prinzen v. Cellemare, zu Paris 1718, Mémoires de la régence du Duc d'Orléans, II. 153. v. Ompteda II. 572. n. 7; des französischen Gesandten, Marquis de Monti, zu Danzig 1733, Faber's europ. StaatsCanzley, Th. 65, S. 558—616, v. Ompteda II. 572. n. 8—11; des durch die hannöverischen Lande ohne Paſs reisenden französischen Gesandten, des Marschalls

Duc de Belle-isle 1744, v. OMPTEDA II. 573, N. 13. v. KAMPTZ neue Lit., S. 262, Num. 5—8. TREUER a. a. O. S. 33—44. MERLIN l. c. p. 273 et suiv.

§. 212.

d) *Aufsicht und Gerichtbarkeit über das Gefolge.*

Da einem Gesandten im Zweifel volle Exterritorialität gebührt, für ihn und sein *Gefolge* (§. 204), so kann dem Staat, an welchen er gesendet ist, irgend eine Aufsicht und Gerichtbarkeit über Personen des gesandschaftlichen Gefolges, als solche, in der Regel nicht zustehen *a*). In Ansehung der *CivilGerichtbarkeit*, in streitigen und nicht streitigen Sachen, wird dieser Grundsatz in Europa fast allgemein anerkannt. Die Aufnahme und Hinterlegung der *Testamente* von Personen die zu dem Gefolge gehören, und auch von andern Unterthanen des absendenden Staates, steht dem mit Gerichtbarkeit von seinem Hof ausgestatteten Gesandten unstreitig zu. So auch die Errichtung oder Hinterlegung seines eigenen letzten Willens, in der Gesandschaft-Canzlei *b*). Beides jedoch nach der in den Gesetzen seines Landes vorgeschriebenen Form. Ist ein *Zeugniſs* von Personen aus dem Gefolge, bei den Gerichten des Landes nöthig, so pflegt an den Gesandten durch das Departement der auswärtigen Angelegenheiten ein Ersuchungsschreiben zu ergehen, daſs er den Zeugen entweder zur Abhörung stelle, oder ihn bei der Gesandschaft gesetzmäsig abhören lasse, und das Pro-

tocoll über das Zeugenverhör mittheile *c*). *Reisepässe* kann ein Gesandter ertheilen, nicht nur Personen von seinem Gefolge, sondern auch andern Unterthanen seines Staates, ja sogar Unterthanen jedes andern Staates, wenn sie in das Gebiet seines Souverains reisen. Dasselbe gilt von Aufsetzung des *Visa* auf ihm vorgezeigte Pässe.

a) Gewöhnlich wird einem Gesandten von seinem Souverain blofs eine CorrectionalGerichtbarkeit, eine gewisse Zuchtgewalt, übertragen, über alle Personen, die zu seinem Hausstaat gehören. — Ueber diese oft bestrittene Frage, s. man Bynkershoek de foro competente legatorum, c. 15. et 20. §. 24. Gérard de Rayneval institutions du droit de la nature et des gens, p. 366 et suiv. Dictionnaire des arrêts, par Brillon, v. *Ambassadeur.* Merlin in dem angef. Répertoire, T. VIII, p. 283 et 286 et suiv. Sam. Frid. Willenberg diss. de jurisdictione legati in comites suos. Gedani 1705. 4. Jac. Carmon diss. de jurisdictione in legatos eorumque comites. Jen. 1738. 4. Anon. diss. de judice competente legatorum eorumque comitum. Vienn. 1774. 8. (Vergl. Allgem. deutsche Biblioth., Bd. 31, S. 153.) Grotius lib. II. c. 18. §. 8. v. Steck von der Gerichtbarkeit der bei der osmanischen Pforte stehenden Botschafter, Gesandten, Consuln; in s. Versuchen (1783), S. 88 — 95. Beispiel aus London 1764. Moser's Versuch, IV. 324 ff. — Für die blossen *Schutzangehörigen* eines Gesandten, kann diese Befreiung nicht in Anspruch genommen werden. Moser's Beyträge, IV. 290 f. 257 ff. Vergl. oben §. 189.

b) Chr. Wildvogel diss. de testamento legati. Jen. 1711. 4. J. F. Kayser diss. de legato testatore. Giessae 1740. 4.

c) De Steck essais sur divers sujets (1779), p. 36 — 38.

§. 213.

Fortsetzung.

Bei *Civil-* und *PolizeiVergehen* der An-

gehörigen einer Gesandschaft, folgt man meist dem oben erwähnten Grundsatz der Exterritorialität, so dafs sogar der ausserhalb des GesandschaftQuartiers ergriffene Uebertreter von dem Gefolge, dem Gesandten gewöhnlich ohne Schwierigkeit zur Untersuchung und Bestrafung ausgeliefert wird *a*). — Dieselbe Befreiung gilt, so viel die *CriminalGerichtbarkeit* betrifft, von allen innerhalb des GesandschaftQuartiers von oder an Personen des Gefolges begangenen Verbrechen, wenn der Thäter daselbst ist ergriffen worden, in welchem Fall es einer Auslieferung desselben an den Gesandten nicht bedarf *b*). Nicht so, wenn der zu dem Gefolge gehörige CriminalVerbrecher ausserhalb des GesandschaftQuartiers ergriffen ist, gleichviel, ob das Verbrechen innerhalb oder ausserhalb dieses Quartiers begangen ward *c*). Hier finden überhaupt die oben (§. 64 u. f.) vorgetragenen Grundsätze, von Auslieferung der Verbrecher und von Bestrafung auswärts begangener Verbrechen, Anwendung *d*). Doch wird dann die Auslieferung am ehesten bewilligt, wenn der Verbrecher auch ohne seine Dienstverbindung Unterthan desselben Staates ist, welchem die Gesandschaft angehört *e*).

a) Moser's Versuch, IV. 323. — Doch räumen auch die Gesandten nicht selten der OrtsPolizeibehörde, wenigstens stillschweigend, eine gewisse Amtsgewalt ein, bei Polizeifreveln, welche ihre Dienstleute ausser dem GesandschaftQuartier begehen. Moser's Beyträge, IV. 243 ff. — Händel zwischen

dem Gesandten und seinem Gefolge. MOSER's Beyträge, IV. 245. Versuch, IV. 323. — *Faustkampf* zwischen drei französischen Gesandten zu St. Petersburg, 1748. Mercure hist. et polit. 1748, T. I. p. 50.

b) BYNKERSHOEK l. c. cap. 20. VATTEL liv. 4, ch. 9, n° 124. Dictionnaire des arrêts, par BRILLON (nouv. édit.), v. Ambassadeur. MERLIN l. c voc. Ministre public, Sect. 6, §. 5.

c) Beispiele in MOSER's Beyträgen, IV. 257. Merkwürdiges Beispiel zu Constantinopel, 1749, in MOSER's Versuch, IV. 329.

d) Eigene Bestimmung in dem Fr. v. Kaimardgi 1774, Art. 6. De MARTENS recueil, IV. 615. — Als 1791 ein LivreeJäger des preussischen Gesandten, Grafen v. Brühl, in einem Gasthof zu München sich entleibt hatte, lieferte man den Leichnam dem Gesandten nicht aus; man unterschied zwischen dem eigentlichen Gefolge und der übrigen Suite, wohin HausOfficianten und LivreeDiener gehörten, und über welche dem Gesandten keine Gerichtbarkeit gebühre. Der Gesandte verliefs defswegen den Hof, ohne Abschied zu nehmen. Vergl. Polit. Journal 1791, März, S. 322. Als im Dec. 1812 der LivreeJäger des baierischen Gesandten zu Berlin, einen LivreeDiener desselben Gesandten ausserhalb des GesandschaftQuartiers ermordet hatte, und der Gesandte den Mörder in diesem Quartier hatte verhaften lassen, überliefs der preussische Hof die Untersuchung und Bestrafung dem Hof des Gesandten, weil der Verbrecher kein preussischer Unterthan, und dort stets im Dienste des Gesandten gewesen sey; er ward daher unter baierischer MilitärBegleitung nach München abgeführt, aber das berliner Stadtgericht besorgte die Besichtigung des Leichnams und das Verhör der Zeugen des Vorgangs. Gazette de Francfort, 1813, n° 18. — Haben Dienstleute eines fremden Gesandten, vorzüglich solche die seinem Staat als Eingebohrne nicht angehören, ein Vergehen oder Verbrechen ausserhalb des GesandschaftQuartiers begangen, so kann der Gesandte, obgleich strengrechtlich dazu befugt, deren Auslieferung an die Gerichtsbehörden des Orts selten verweigern, ohne wider die Schicklichkeit zu verstossen, und ohne das Gehässige der Straflosigkeit auf sich zu laden, die hiedurch fast immer Personen zu Theil würde, welche mehr oder weniger strafbar sind. Man s. MERLIN a. unten a. O.

e) An sich sollte dieses keinen Unterschied machen. Bynkershoek c. 15. Daher sollte man Befreiung von der Landesgerichtbarkeit denjenigen nicht versagen, die vor ihrem Eintritt in den Dienst des fremden Gesandten, Unterthanen desjenigen Souverains waren, an welchen dieser gesendet ist. Merlin in d. angef. Répertoire, T. VIII, p. 286, Sect. VI. Gérard de Rayneval, institutions du droit de la nature et des gens, p. 368. Indefs behauptet Barbeyrac, in seinen Anmerkungen zu der angef. Stelle Bynkershoek's, dafs die inländischen Dienstleute eines fremden Gesandten, den Gerichten ihres Landes unterworfen bleiben.

§. 214.

Schlufs.

Ob, wie, und wie weit der *Gesandte*, in den gehörigen Fällen, die Gerichtbarkeit über das Gefolge auszuüben, oder streitige Civil- und CriminalSachen an die Gerichte seines Souverains zu verweisen habe? hängt von der Bestimmung seines Constituenten ab *a*). Meist ist ihm eine eingeschränkte Polizeigewalt und CivilGerichtbarkeit, in streitigen und nicht streitigen Sachen, eingeräumt; doch einem Gesandten vom dritten Rang oft weniger als den übrigen. Bei Criminal-Verbrechen, mufs gewöhnlich der Verbrecher in das Gebiet seines Souverains gebracht werden, zu vollständiger Untersuchung und Bestrafung *b*).

a) Bynkershoek c. 15. et 20. Moser's Versuch, IV. 322 ff. v. Martens Erzählungen u. s. w., Th. I, Num. 1; Th. II, Num. 7, 14 u. 15. v. Ompteda's Lit. §. 255. v. Kamptz neue Lit. §. 230. — Grosse Gewalt der türkischen Gesandten. Moser's Beyträge, IV. 256. — Manche Publicisten scheinen, ausser der allgemeinen Genehmigung der gesandschaftlichen Exterritorialität, noch eine besondere Einwilligung des Staates, wo der Gesandte residirt, zu Ausübung der ihm von seinem Souverain übertragenen Gerichtbarkeit

für nöthig zu halten. Adr. Kluit historiae federum Belgii federati primae lineae. T. II. c. 10.

b) Code de la compétence des autorités constituées de l'Empire français, par Y. C. Jourdain (à Paris 1811. 8.), T. II, p. 405. — Vollstreckung eines Todesurtheils in einem GesandschaftQuartier, ist unerhört, etwa ein türkisches ausgenommen. Moser's Beyträge, IV. 256.

§. 215.

e) *PrivatReligionsübung.*

Aus dem Begriff der Exterritorialität, fliefst das Recht eines Gesandten, in seinem GesandschaftQuartier für sich und sein Gefolge eigene *Haus-* oder *PrivatReligionsübung* (sacra privata s. devotio domestica qualificata) zu unterhalten, eine GesandschaftCapelle, zwar mit Zuziehung eines eigenen Geistlichen (aumônier) und anderer Kirchendiener, doch ohne Form und Recht einer, über die zu der Gesandschaft gehörigen Personen und das GesandschaftQuartier hinaus sich erstreckenden Kirchengemeinde *a*). Seit der Kirchentrennung in dem XVI. Jahrhundert, räumen die europäischen Mächte den Gesandten dieses Recht wenigstens dann ein *b*), wenn an dem Ort ihrer Residenz weder öffentliche noch PrivatUebung ihrer Religion statt hat *c*), oder nicht schon ein anderer Gesandter desselben Hofes daselbst eine HausCapelle für dieselbe Religion unterhält.

a) Just. Henning. Böhmer diss. de privatis legatorum sacris (Hal. 1713. 4. rec. ib. 1721 u. 1729. 4.), cap. 2. §. 13. sqq. v. Römer's Grundsätze über die Gesandschaften, S. 363 ff. — Ausser-

Ausserdem vergl. man v. Ompteda's Lit. II. 575 f. v. Kamptz neue Lit. §. 231. Uhlich, les droits des ambassadeurs, ch. 5. p. 61. sqq. Moser's Versuch, IV. 155 ff. *Ebendess.* Beyträge, IV. 183 ff. C. Thomasius diss. de jure asyli legatorum aedibus competente, §. 19.

b) Theils durch Gesetze, wie in Dänemark (1676) und Schweden (1719 u. 1720), theils durch Verträge, ausdrückliche oder stillschweigende. Das letzte war besonders schon oft der Fall in Ansehung der Gesandten, namentlich auch der Consuln, in dem Gebiet der Pforte und der afrikanischen Staaten. Moser's Versuch, IV. 156. — Unruhen wegen der in Cöln von dem preussischen Residenten v. Diest gehaltenen reformirten PrivatGottesverehrung, 1708. Glafey's Völkerr. S. 488 ff. Rink's Leben K. Josephs II., Th. II, S. 461. Boehmer diss. cit. c. 2. §. 18. sqq. Uhlich a. a. O., p. 73.

c) Als Joseph II. den augsburgischen ConfessionsVerwandten zu Wien Privatübung ihrer Religion gestattet hatte, erklärte er, daſs nun den Gesandten dieser Religion eigene Haus-Religionsübung nicht mehr gestattet werde. — In Constantinopel hat die russische Gesandschaft nicht nur eine eigene GesandschaftCapelle, sondern auch eine selbst erbaute öffentliche Kirche griechischer Religion unter ihrem Schutz. Fr. v. Kainardgi 1774, Art. 7. 14. De Martens recueil, IV. 615. 621.

§. 216.

Fortsetzung.

Alle ParochialHandlungen desselben Cultus, sind dem GesandschaftGeistlichen in der gesandschaftlichen Capelle für die gehörigen Personen erlaubt *a*). In neuern Zeiten wird nicht selten durch Verträge oder Connivenz gestattet, daſs auch andere als zu dem Gefolge der Gesandschaft gehörige Personen, selbst Unterthanen des einheimischen Staates, die HausCapelle eines Gesandten besuchen *b*), daſs auch während der temporären Abwesenheit eines Gesandten, ja selbst

während einer Vacanz in dem Gesandschaftposten, und nach dem Tode des Constituenten bis zu der Ueberreichung eines neuen Creditivs, die Gottesverehrung in der GesandschaftCapelle ihren Fortgang habe *c*).

a) Moser's Versuch, IV. 183 ff. 226 ff. *Ebendess.* Beyträge, IV. 185. 188. — Von der Capelle. Moser's Versuch, IV. 178. 217. — Von der Sprache, in welcher die Gottesverehrung zu halten ist. Moser's Versuch, IV. 181. 221. Vertragmäsige Abwechslung in der Sprache, in der schwedischen GesandschaftCapelle zu Paris. Schlözer's Briefwechsel, Th. III, S. 76. Moser a. a. O. 222. Dafs die Sprache des Landes, wo der Gesandte residirt, nicht gebraucht werden dürfe, behauptet Pacassi a. a. O. S. 257 ff. Dawider s. v. Römer S. 365 f.

b) Moser's Versuch, IV. 181 ff. 183 ff. 222 ff. *Ebendess.* Beyträge, IV. 185. 188. Böhmer l. c. cap. 2. §. 25.

c) Moser's Versuch, IV. 190. F. C. v. Moser's kleine Schriften, Bd. II, S. 306. — Ob auch die *Gemahlin* des Gesandten, wenn sie anderer Religion ist, als dieser, zu eigener PrivatReligionsübung berechtigt sey? oben §. 191.

§. 217.

3) *CeremonielRechte.*

Seit Einführung beständiger Gesandschaften, und seit den grossen FriedensCongressen, dem westphälischen und denjenigen von Nimwegen und Ryswik, welche von so vielen, an Würde und Macht verschiedenen Staaten beschickt wurden, hat sich das gesandschaftliche *Ceremoniel-Recht* nach und nach ausgebildet. So grofs auch die Verschiedenheit ist, welche darin herrscht, theils nach dem Rang der Staaten und den Rangclassen der Gesandten, theils nach Verträgen,

nach dem Gebrauch und der Willkühr einzelner Regenten, bei welchen die Gesandten accreditirt sind *a*), so ist es doch in mehrern Puncten nicht nur zu festen Grundsätzen, sondern auch zu einer gewissen Gleichförmigkeit, wenigstens in mehreren Staaten, gekommen. Das auf dem wiener Congreſs errichtete Reglement (§. 179) fordert ausdrücklich, daſs in jedem Staat eine gleichförmige Vorschrift, für den Empfang der diplomatischen Agenten jeder Classe, errichtet werde (§. 202).

a) Encyclopédie methodique; Diplomatique, T. I. p. 156. sqq. Lünig's theatr. cerem. I. 772 — 786. Vergl. die Schriften oben §. 245, u. in v. Ompteda's Lit. §. 245, u. v. Kamptz neuer Lit. §. 217.

§. 218.

Insbesondere a) *Excellenz Titel.*

Das EhrenPrädicat *Excellenz a*), womit ehehin selbst Kaiser, Könige und andere regierende Fürsten beehrt wurden, gebührt den Gesandten vom ersten Rang, als solchen, in dem schriftlichen und mündlichen Verkehr, zwar nicht von dem Souverain, bei welchem sie accreditirt sind, aber doch von allen seinen Staatsdienern und andern Unterthanen, auch von allen andern Gesandten jeden Ranges *b*). Ein höheres Prädicat wird ihnen, selbst wenn sie von fürstlicher Geburt wären, nicht gegeben, so oft sie als Gesandte auftreten *c*). Diese gesandschaftliche oder diplomatische Excellenz unterscheidet sich von

der Staats-, Hof- und militärischen Excellenz, auch von der ehemaligen akademischen und Schul-Excellenz *d*). In der neuern Zeit erhalten oft auch Gesandte vom zweiten Rang, zwar nicht von denjenigen vom ersten Rang, doch aber selbst von StaatsMinistern des Hofes wo sie residiren, und von andern Gesandten vom zweiten Rang, wenigstens aus Höflichkeit oder Politik, die Excellenz *e*). Zuweilen gebührt einem Gesandten, der auf die diplomatische Excellenz keinen Anspruch machen kann, dieses Prädicat aus einem andern Grund, z. B. vermöge eines andern Staatsamtes welches er zugleich bekleidet, oder kraft eines Privilegiums.

a) F. C. v. Moser's actenmäsige Geschichte der Excellenz-Titulatur und der hierüber entstandenen Streitigkeiten; in s. kleinen Schriften, Th. II, S. 100—558, Th. III, S. 1—132. Abhandl. über den ExcellenzTitel; in König's Select. jur. publ. T. V. p. 353. Repertorium des Staats- u. Lehnrechts, voc. Excellenz. v. Ompteda's Lit. §. 244. v. Kamptz neue Lit. S. 254.

b) v. Moser a. a. O. II. 152 ff. 168 ff. Moser's Versuch, III. 45. IV. 53. *Ebendess.* Beyträge, IV. 116. Gutschmid diss. cit. §. 33.

c) Moser's Versuch, IV. 504 ff.

d) v. Moser a. a. O. Th II, S. 117—151.

e) J. J. Moser von der Excellenz der Gesandten vom zweiten Range. (Ohne Druckort) 1783. 8. *Ebendess.* Versuch, III. 45. Nachtrag zu der Moserschen Abh. von der Excellenz der Gesandten vom zweiten Range. 1784. 4. — Im J. 1807, gab der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Fürst von Benevent (Talleyrand), auch Gesandten vom zweiten Rang solcher rheinischen Bundesfürsten, welche Mitglieder des fürstlichen Collegii sind, die *Excellenz.* Rhein. Bund, IX. 447. Von seinem Nachfolger hingegen, s. ebendas. XIII. 135.

§. 219.

b) *Rang der Gesandten.*

α) *Unter sich: am dritten Ort.*

Der *Rang* der Gesandten *unter sich*, in demjenigen Lande wo sie accreditirt sind, erhält seine Bestimmung, I) unter Gesandten *eines* Staates, durch die Vorschrift ihres Souverains *a*). II) Unter Gesandten *verschiedener* Staaten *b*), wird der Rang bestimmt, zuvörderst 1) durch die *Rangclasse* zu welcher sie gehören, so daſs in der Regel alle Gesandten der ersten Classe denen der zweiten, alle Gesandten der zweiten Classe denen der dritten vorgehen, ohne Rücksicht auf den gegenseitigen Rang ihrer Souveraine *c*); sodann 2) *in jeder Rangclasse* der Gesandten, theils durch den Rang welcher ihren Constituenten gegenseitig, nach Anerkennung des die Gesandten annehmenden Staates zukommt, theils durch die Rangvorschrift dieses Staates für die verschiedenen Arten der bei ihm residirenden Gesandten derselben Classe *d*). In dem vierten Artikel des auf dem wiener Congreſs errichteten Reglements (§. 179), ist festgesetzt, daſs die diplomatischen Agenten unter sich, in jeder Rangclasse den Rang nehmen sollen nach dem Datum der amtlichen Bekanntmachung ihrer Ankunft; doch solle diese Vorschrift in Absicht auf die Repräsentanten des Papstes keine Neuerung veranlassen. Nach dem oben (§. 179) angeführten Beschluſs der im J.

1818 zu Aachen versammelten fünf Mächte, sollen die bei ihnen accreditirten MinisterResidenten, den Rang haben zwischen den Gesandten der zweiten Classe und den Geschäftträgern.

a) Dafür gilt im Zweifel schon die Ordnung, in welcher die mehreren Gesandten in der Vollmacht oder in dem Creditiv benannt sind. Aus dem in dem §. angegebenen Grund, geht ein päpstlicher Legat einem Nuncius, ein ausserordentlicher Nuncius einem ordentlichen vor. Eben so ein ausserordentlicher Botschafter dem ordentlichen Botschafter desselben Hofes (Lünig's Theatr. cerem. I. 368.), obgleich alle diese Gesandten zu Einer Classe gehören. Sendet ein Hof mehrere Gesandte von *gleichem Rang* und *Titel* an Einen Ort, so bestimmt er selbst ihre Rangordnung. Gutschmid diss. cit. §. 36. 39.

b) Vergl. Gutschmid diss. cit. §. 20. 22. 26. 30. — Der *Titel*, welchen ein Gesandter *ohne* Beziehung auf seine Sendung von seinem Souverain erhalten hat, z. B. der Titel Staatsminister, bestimmt seinen gesandschaftlichen Rang nicht, obgleich ihm *deſswegen* das Prädicat Excellenz zukommen kann, auch dann wenn es ihm als Gesandten nicht gebührt. Vergl. Gutschmid l. c., §. 24. — Auch der *Geburtsstand* eines Gesandten, ist ohne Einfluſs auf seinen gesandschaftlichen Rang. Moser's Versuch, III. 504.

c) Gutschmid l. c. §. 37. — Doch wird auch hierüber zuweilen gestritten, z. B. zwischen Gesandten verschiedenen Grades, wenn derjenige des geringern Grades von einem Souverain geschickt ist welcher königliche Ehre genieſst, der andere von einem solchen welcher diese Ehre nicht genieſst. Die westphälischen, nimwegischen und ryswikischen Friedenshandlungen liefern Beispiele. Man s. auch Sam. Pufendorf de rebus gestis Friderici Wilh. elect. brandenb., lib. XVI. §. 53. sq.

d) Seit 1653 war in der Wahlcapitulation des römisch-teutschen Kaisers (in der neuesten, Art. III, §. 19) festgesetzt, daſs an dem römisch-kaiserlichen Hof die kurfürstlichen Gesandten erster Classe, den Rang unmittelbar nach den Botschaftern der recht titulirten und gekrönten regierenden ausländischen

Könige, vor allen Gesandten auswärtiger Republiken, haben sollten. Bis dahin hatte vorzüglich die Republik Venedig den Vorzug für ihre Gesandten behauptet. VITTORIO SIRI Mercurio, T. V. P. 2. (Casale 1655.), p. 311. sqq. MOSER's teutsches Staatsr. Th. 34, S. 167—183. — Den päpstlichen Nuncien, räumten zeither die Botschafter katholischer Souveraine den Vorrang ein: nicht so die Botschafter protestantischer Souveraine. Wahl- und KrönungsDiarium K. Carl's VII, S. 77. — Bestreitet ein Staat das Recht eines andern Staates, Gesandte vom ersten Rang zu schicken, und nimmt von diesem ein dritter Staat dergleichen Gesandte an, so muſs dieser ihnen, auch im Verhältniſs zu den Gesandten des widersprechenden Staates, den Rang der ersten GesandschaftsClasse einräumen.

§. 220.

Fortsetzung.

Die Vorschriften der verschiedenen Souveraine entscheiden, z. B. ob und wie fern der ausserordentliche Gesandte eines Hofes von niederem Rang, dem ordentlichen Gesandten desselben Grades, welchen ein Hof von höherem Rang sendet, vorgehe? ob und wie fern überhaupt Gesandte der zweiten Classe denen der dritten vorgehen? ob ein Envoyé extraordinaire einem Ministre plénipotentiaire, und dieser einem blossen Envoyé vorgehe? ob und wie fern ein Resident einem Geschäftträger, und dieser einem mit gesandschaftlichem Charakter bekleideten Consul vorgehe? Das oben (§. 179) erwähnte Reglement des wiener Congresses, setzt in dieser Hinsicht fest, daſs in ausserordentlicher Sendung sich befindende diplomatische Agenten, darum keinen höheren Rang haben sollen (Art. 3), und

dafs eben so wenig verwandschaftliche Verhältnisse oder FamilienVerbindungen der Souveraine, ihren diplomatischen Angestellten einen höheren Rang geben sollen. Fehlt es an dergleichen, von seinem Staat anerkannten Rangbestimmungen, so mufs der Gesandte trachten, die Rechte seines Staates, so weit solche auf die natürliche Gleichheit, auf Verträge oder Besitzstand sich gründen, aufrecht zu erhalten, und zwar, wo möglich, auf solche Art, dafs der Fortgang der Unterhandlungen und das gute Vernehmen der Höfe nicht gestört werde, und dafs der Humanität und Sittenfeinheit ihr Recht widerfahre *a*).

a) Kluge Vorschriften enthält die Instruction für die spanischen Gesandten zu Münster 1643, in Gärtner's westphäl. Friedens-Canzley, Th. II, Num. 116, S. 299. Vergl. auch de Callières a. a. O. ch. 10. Wicquefort T. I. sect. 24. 25. Rousset Mémoires sur la préséance, ch. 7 et 28.

§. 221.

Und im eigenen Hause.

Vorstehendes gilt von dem Zusammentreffen der Gesandten an einem *dritten* Ort (in loco tertio). In dem *eigenen* Hause räumt, bei CeremonielBesuchen, jeder Gesandter einem andern Gesandten *derselben* Classe den Vorrang ein, mithin auch die rechte Hand, ohne Rücksicht auf das Rangverhältnifs, welches unter ihren Souverainen statt findet *a*). Auch Gesandte der *zweiten* Classe pflegen dieses gegen Gesandte der dritten Classe um so eher zu beobachten, da unter

ihnen nur minder feierliche Besuche üblich sind. Hingegen Gesandte der *ersten* Classe, räumen selbst in dem eigenen Hause, einem Gesandten der zweiten und dritten Classe, bei feierlichen Besuchen, die rechte Hand oder irgend einen andern Rangvorzug nicht ein *b*).

a) Obgleich der römisch-teutsche Kaiser an seinem eigenen Hofe den Kurfürsten in Person den Vorrang nicht einräumte, so thaten es doch seine Botschafter in eigenem Hause gegen die kurfürstlichen Botschafter. Gutschmid l. c. §. 31. not. h.

b) Vergl. Vittorio Siri a. a. O. p. 377. Moser's Zusätze zu seinem teutschen Staatsr., I. 344. Wahl- und Krönungs-Diarium K. Carl's VII., I. 205.

§. 222.

β) *Gegen dritte Personen.*

Das Rangverhältniſs der Gesandten zu *dritten* Personen, wird bestimmt entweder durch Staatsverträge, oder durch Rangvorschriften des Souverains an welchen sie gesendet sind. In dem letzten Fall, oder wenn es überhaupt an einer positiven Vorschrift ermangelt, hat es selten an Rangstreitigkeiten gefehlt. Gesandte der ersten Classe, fordern den Rang unmittelbar nach den Prinzen von kaiserlichem oder königlichem Geblüt *a*). Sie fordern den Rang vor allen denjenigen Fürsten in Person, welche nicht von höherem oder gleichem Stande sind mit ihrem Souverain *b*), und vor den Cardinälen, als solchen *c*). Gesandte der zweiten, und oft auch die von der dritten Classe, beziehen sich bei

ihren Rangforderungen nicht bloſs auf ihren gesandschaftlichen Charakter, sondern auch auf das Rangverhältniſs ihres Souverains überhaupt, und zu demjenigen Souverain an welchen sie gesendet sind. Auf das letzte berufen sich, bei ihren höheren Rangforderungen, vorzüglich kaiserliche und königliche Gesandte der zweiten Classe bei Groſsherzogen, Herzogen, und Fürsten, auch bei Republiken. Wegen solcher Rangstreitigkeiten, ist nicht selten nöthig, zu einem der oben (§. 104 u. ff.) angezeigten Auskunftmittel Zuflucht zu nehmen.

a) Sogar vor Kurfürsten und Fürsten, an welche sie gesendet waren, haben manche kaiserliche und königliche Botschafter den Rang verlangt. F. C. v. Moser's kleine Schriften, Th. VII, S. 190 ff.

b) Von dieser Frage s. man Wicquefort, T. I, sect. 20, p. 275. Moser's teutsches Staatsrecht, Th. 33, S. 455. Th. 44, S. 458 ff. *Ebendess.* Zusätze hiezu, Th. I, S. 283 ff. Bynkershoek quaest. juris publ. lib. II. c. 9. in s. Operib. omn. T. II. p. 254.

c) Ein päpstliches Breve von 1750 behauptet für die Cardinäle den Vorrang. Mercure hist. et polit. 1751, I. 382. Beispiele in Moser's Versuch, IV. 52. *Ebendess.* Beyträge zu dem Gesandschaftsr., S. 100.

§. 223.

c) *Etiquette, insbesondere in Absicht auf Audienzen.*

In der diplomatischen *Etiquette* herrscht grosse Verschiedenheit, theils nach dem Rang der Gesandten, theils nach Verträgen, Vorschriften, und Gebräuchen *a*). Den Gesandten vom *ersten* Rang, besonders den CeremonielGesand-

ten, werden bei ihrer Ankunft auszeichnende Ehrenbezeugungen bewilligt, oft schon auf der Reise, noch mehr aber bei ihrem Eintritt in die Residenz oder den Congressort, wo sie zuweilen einen feierlichen Einzug halten *b*). Nach gehöriger Notification seiner Ankunft bei dem Vorsteher des auswärtigen Departements oder einem Oberhofbeamten, und nach erhaltenem Gegen-Compliment, erhält ein solcher Gesandter von dem Souverain eine feierliche oder Ceremoniel-Audienz *c*), zuweilen eine öffentliche, zu Ueberreichung seines Creditivs; bei Gesandschaften an oder von der Pforte, werden hier zugleich Geschenke übergeben *d*). In Republiken, ist das Ceremoniel zum Theil anders. Zuweilen wird auch zu dem Antritt nur eine minder feierliche oder PrivatAudienz bewilligt, oder begehrt *e*), wie sie nachher und in dem Laufe der Sendung von Zeit zu Zeit statt hat. Nach einer feierlichen Audienz, begiebt sich der Botschafter meist auch zu einer Audienz bei der Gemahlin des Souverains, bei dem Kronprinzen, auch wohl bei andern Prinzen und Prinzessinnen vom Hause *f*). — Ein Gesandter vom *zweiten* Rang erhält nicht leicht öffentliche, sondern PrivatAudienz; hier wird er von dem Souverain in seinem Zimmer, stehend, meist in Beiseyn eines Staatsministers oder Oberhofbeamten, empfangen. Gesandte der *dritten* Classe, erhalten bei ihrer Ankunft und Rückkehr entweder nur

PrivatAudienz, oder sie überreichen ihre Beglaubigungs- und ZurückberufungsSchreiben blofs dem Vorsteher des auswärtigen Departements, je nachdem es der Staat, an welchen sie gesendet sind, allgemein oder gegen einzelne Staaten festgesetzt hat *g*).

a) Die oben §. 90 angef. Schriften. Joh. Finet's (Ceremonienmeisters in England, unter der Regierung Jacobs I. u. Carls I.) auserlesene Anmerkungen, betreffend die Reception, Präcedenz, Tractirung, Audienzen, wie auch vorgefallene Kleinigkeiten und Streitigkeiten zwischen auswärtigen Gesandten in Engelland, mit e. Vorr. des Hrn. Prof. Treuer, und aus d. Engl. ins Teutsche übers. durch C. H. Neubauer. Braunschw. 1728. 8. Das Original führt den Titel: Philoxenis: Som choice observations of Sir John Finet — — toching the reception and precedence, the treatment and audience, the puntillios and contests of forren Ambassadors in England. Lond. 1656. 8. Moser's Versuch, III. 235. IV. 46. *Ebendess.* Beyträge, III. 228. Von dem wiener Hofe; Moser's Staatsrecht, Th. III, S. 128.

b) Moser's Versuch, III. 237. 251. 260. *Ebendess.* Beyträge, III. 304. 309. Finet a. a. O. S. 43. 79. — Seit dem sonderbaren Vorfall zu London 1661, werden die ankommenden oder abreisenden Gesandten selten mehr von den bei demselben Hof oder an demselben CongrefsOrt residirenden Gesandten feierlich eingeholt oder begleitet. Real, science du gouvernement, V. 309. Ein Beispiel von 1785 zu Madrid, bei dem Einzug des portugiesischen Gesandten. Nouvelles extraord. 1785, n° 31. — Hinreise und Ehrenbezeugungen auf derselben. Moser's Versuch, III. 153. *Ebendess.* Beyträge, III. 159.

c) Vergl. oben §. 209. Moser's Versuch, III. 245. 253. IV. 56. *Ebendess.* Beyträge, III. 294. 401. 412. Bielfeld, II. 211. et suiv. Encyclopédie méthodique; Diplomatique, T. I, u. Dictionnaire de Jurisprudence, v. *Audience.* Beschreibung der öffentlichen Audienz, welche der König von Frankreich dem Herzog von Wellington, ausserordentlichem Botschafter Grofsbritanniens, zu Paris am 24. Aug. 1814 ertheilte; in

dem Moniteur universel von 1814, n° 237, und in dem Journal de Francfort von 1814, n° 242.

d) Moser's Beyträge, III. 143 ff.

e) Moser's Versuch, IV. 59. — Von PrivatAudienzen, ebendas. III. 248.

f) Moser's Beyträge, IV. 408. *Ebendess.* Beyträge zum Gesandschaftsrecht, S. 145. Wiener HofCeremoniel von 1752; Mercure hist. et polit. 1744, II. 443; 1753, II. 629; 1754, I. 428. II. 455.

g) v. Martens Einleit. in das VR. §. 204.

§. 224.

Fortsetzung.

CeremonielMerkwürdigkeiten der feierlichen Antritt- oder AbschiedAudienz eines Botschafters *a*), sind: der feierliche Hin- und Rückzug des Botschafters, die militärischen und HofEhrenbezeugungen, welche ihm zu Theil werden, die Staats- und Hofpracht, womit der Souverain sich umgiebt, die Anrede des Botschafters an diesen, in der eigenen Staatssprache, oder in der französischen (§. 113 u. f.), und die darauf erfolgende Antwort, die Ueberreichung des Creditivs während seiner Rede, die Bedeckung des Hauptes, welche dem Botschafter vor dem mit bedecktem Haupt anwesenden Souverain zukommt *b*), u. d. m. Zu den in solchem Fall üblichen Ehrenbezeugungen gehört: Abholung und Rückfahrt in einem sechsspännigen HofStaatswagen, nebst Hofbegleitung, in feierlichem Zug mit mehreren eigenen sechsspännigen Wagen, militärische Begrüssung von der Haupt- und Schlofswache, Ein-

fahren in das Schlofs oder den innern Schlofshof (l'entrée du Louvre), oder vor das HauptPortal des Schlosses, feierlicher Empfang von Hofbeamten *c*), Eingang über die grosse Schlofstreppe (escalier des ambassadeurs), in den HauptAudienzsaal, bei Eröffnung beider Flügelthüren (des deux battans), zu dem unter einem Baldachin stehenden oder sitzenden Souverain in glänzender Umgebung, dem er, begleitet von etlichen Personen seines Gefolges, mit drei Verbeugungen sich nähert, und der ihn mit Abnehmung des Hutes begrüfst, und durch ein Zeichen zu eigener Bedeckung des Hauptes einladet, u. d. m. Begleitung hiebei von andern fremden Gesandten, kommt selten mehr vor.

a) Finet a. a. O. S. 43 ff. 47. 63. 67. 69. 73. 250.

b) Moser's Versuch, IV. 53. Roth's Archiv f. d. Völkerrecht, Heft I, S. 91 ff. — Das Bedecken des Hauptes unterbleibt bei dem Papst. Bei einer Kaiserin oder Königin, macht der Gesandte blofs eine Bewegung mit dem Hut, als wolle er sich bedecken, ohne es jedoch wirklich zu thun. Roth a. a. O. S. 92. Siebenkee's neues jurist. Magazin, Bd. I, S. 392. Man s. jedoch Finet a. a. O. S. 231.

c) Von dem Introducteur des ambassadeurs, dessen Stelle zuweilen der OberCeremonienmeister, der Oberkammerherr u. s. w. vertritt. Encyclopédie méthod.; Diplomatique, T. III. p. 67. — In Constantinopel, wird der Botschafter und der Gesandte vom zweiten Rang vor der Audienz mit dem *Caftan* (CeremonienKleid) bekleidet. Lünig's theatr. cerem. I. 1745. Bielfeld, II. 212.

§. 225.

Staatsfeierlichkeiten, militärische Ehrenbezeugungen, u. a. Auszeichnung.

Bei *Staatsfeierlichkeiten*, z. B. in dem Fall

einer Huldigung oder Krönung, eines Einzugs oder Begräbnisses, auch bei öffentlichen Versammlungen der Reichs- oder Landstände, und in der Hofkirche, u. d., wird dem diplomatischen Corps ein Ehrenplatz (place distinguée) angewiesen. Auch geniessen die Gesandten am *Hofe*, nicht nur in den gewöhnlichen Hofversammlungen, sondern auch an GalaTagen und Hoffesten, Zutritt *a*); und zum Theil Auszeichnung. Die Ehrenvorzüge, welche ihnen bei *Conferenzen* mit Staatsdienern des Landes wo sie residiren, und auf *Congressen* zu Theil werden, richten sich nach dem wechselseitigen Staats- und gesandschaftlichen Standesverhältniſs. Dasselbe gilt von *militärischen Ehrenbezeugungen*, welche gewöhnlich durch eigene Vorschriften bestimmt sind, z. B. in Ansehung des Anziehens oder Präsentirens des Gewehrs von den Schildwachen, des Herausrufens der Hauptwache, der Rührung der Trommel oder des Spiels, der Aufstellung einer Ehrenwache *b*). Als *Auszeichnung* gebührt den Botschaftern das Recht, mit sechs Pferden *c*), die mit Staatsquasten oder Fiocchi *d*) geziert sind, zu fahren, und in ihrem Hauptsaal einen Baldachin oder Thronhimmel (dais) zu haben *e*). Gewöhnlich erhalten die Gesandten bei ihrem Abschied, manche auch bei ihrer Ankunft, *Geschenke f*).

a) Zu Wien wurden, im J. 1776, die Residenten für appartementfähig erklärt. Moser's Beyträge, IV. 498. In Madrid

wurden, seit 1783, auch Chargés-d'affaires dem König vorgestellt. An dem Hofe Napoleon's zu Paris, erschienen nicht nur die Gesandten aller Classen, sondern auch die Legations-Secretäre. — Streit über einen Gegenstand dieser Art, zwischen Preussen und Rufsland, 1750. ADELUNG's Staatsgeschichte, Th. VII, S. 156.

b) F. C. v. MOSER von den militärischen Ehrenbezeugungen der Gesandten; in s. kleinen Schriften, VI. 347.

c) J. J. MOSER von dem Recht und der Gewohnheit mit sechs Pferden zu fahren; in s. Abhandlungen verschiedener Rechtsmaterien, St. I, S. 126—158. Verordn. in Lissabon von 1752, in MOSER's Beyträgen, IV. 117.

d) MOSER's Versuch, IV. 54. F. C. v. MOSER's Hofrecht, Th. II, S. 328. Beylagen, S. 28.

e) MOSER's Beyträge, IV. 116.

f) Mémoires et négociations du chev. d'Éon, p. 96. MOSER's Versuch, IV. 531. Beyträge, IV. 131. 432—450. — Auch die Gemahlin und der LegationsSecretär erhalten zuweilen Geschenke. MOSER's Beyträge, IV. 180. 227. 450. 451. — Manche Staaten gestatten die Annehmung solcher Geschenke nicht, ohne ihre besondere Erlaubnifs. MOSER's Beyträge, IV. 482. KLUIT primae lineae hist. federum Belgii federati, II. 570.

§. 226.

d) *CeremonielBesuche.*

Ausser den PrivatBesuchen *a*), hat ein Gesandter manche *Staats-* oder *CeremonielBesuche b*) zu machen und zu empfangen. In der Ordnung dieser Besuche und Gegenbesuche, herrscht grosse Verschiedenheit, in Beziehung nicht nur auf die Rangclassen der Gesandten, sondern auch auf das gegenseitige Rangverhältnifs ihrer Constituenten, und selbst auf LocalEtiquette. Daher auch manche Streitigkeiten. Erst nachdem die Ehrenbesuche und Gegenbesuche zu beiderseitiger Zufriedenheit ab-

abgelegt sind, oder man wegen eines Auskunftmittels übereingekommen ist c), erkennen Gesandte verschiedener Staaten, welche an demselben Ort residiren, einander in dieser Eigenschaft an. Jene Besuche haben eher nicht statt, als nach gehörig geschehener Legitimation des neuangekommenen Gesandten.

a) Moser's Versuch, III. 240.

b) Moser's Versuch, III. 256 ff.

c) Auf dem ryswiker FriedensCongrefs ward einmüthig festgesetzt, dafs alle Notificationen der Ankunft der Gesandten, und alle CeremonielBesuche und Gegenbesuche unterbleiben sollten. Actes de la paix de Ryswik, T. I, p. 19.

§. 227.

Fortsetzung.

Botschafter erwarten, nach gegebener Notification ihrer Ankunft durch einen Gesandschaft-Cavalier oder LegationsSecretär, von allen früher legitimirten Botschaftern, die erste Ceremoniel-Visite a), und erwiedern solche hierauf b). Von den Gesandten der zweiten und dritten Classe, begehren sie gleichfalls die erste Visite, sie pflegen diesen aber die Notification nicht immer auf dieselbe Art wie ihres Gleichen zu geben. Auch erwarten sie von denselben, dafs diese sich die Bestimmung der Stunde der ersten Visite von ihnen erbitten; und den Gegenbesuch machen sie bei ihnen blofs durch ein VisitenBillet (par carte). — Anlangend die Ge-

sandten der *zweiten* und *dritten* Classe, so giebt der zuletzt legitimirte dieser Classen, allen früher legitimirten Gesandten jeder Classe die erste Visite, den Botschaftern in Person, zu der von diesen bestimmten Stunde, den Gesandten der andern Classen zu beliebiger Zeit durch Vorfahren und Visitenkarten; worauf er von allen den Gegenbesuch durch Vorfahren und par carte empfängt. — Der Rang und die Etiquette der Gesandten bei *CeremonielGastmahlen* und *Versammlungen*, sowohl in dem eigenen Hause, als auch bei andern Gesandten, bei Staats- und Privatpersonen, ist ebenfalls nach den oben vorgetragenen Grundsätzen und Gebräuchen zu beurtheilen.

a) Finet a. a. O. S. 260 f. Wicquefort T. I, sect. 21. Callières, ch. 10. Gutschmid diss. cit. §. 34. — Die königlichen Botschafter, besonders die französischen, haben den später angekommenen republikanischen, die erste Staats-Visite mehrmal verweigert, namentlich den schweizerischen. Wicquefort, T. I, p. 286. 292. Callières a. a. O. — Die kurfürstlichen Gesandten auf Kaiserwahl- und Krönungstagen, betrachteten sich als daselbst einheimisch, und verlangten daher, ohne Rücksicht auf frühere oder spätere Ankunft, von allen fremden Botschaftern den ersten CeremonielBesuch. Kurfürstl. Conclusum v. 7. Sept. 1745, §. 10. — Einige Höfe verlangen, dafs auch Botschafter ihrem Minister der auswärtigen Angelegenheiten die erste Visite machen sollen. Moser's Versuch, III. 257. — Von dem Fall, wenn ein Gesandter bei der Ankunft des Botschafters abwesend ist, und späterhin zurückkommt, s. Mémoires du comte d'Estrades, T. I, p. 110 et 162 der brüsseler Ausgabe.

b) Die Ordnung, in welcher die Erwiederung bei den einzelnen Botschaftern erfolgt, hat zuweilen Streit veranlafst.

Gemeiniglich folgt man bei den GegenVisiten derselben Ordnung, in welcher man die Visiten erhalten hat.

§. 228.

Ende der Gesandschaft.

Der Auftrag eines Gesandten *hört auf:* 1) durch Ablauf der festgesetzten Zeit, z. B. bei InterimsGesandten nach Ankunft oder Rückkehr des ordentlichen Gesandten *a*); 2) durch Beendigung des übertragenen Geschäftes, z. B. bei Ceremoniel-, Wahl- und Krönungs-, Friedensgesandschaften, u. d.; 3) durch Zurückberufung des Gesandten (rappel); 4) durch den Tod desselben; 5) durch den Tod, physischen oder moralischen *b*), sowohl des Machtgebers, als auch 6) desjenigen Souverains, bei welchem der Gesandte accreditirt war *c*); 7) durch Aufkündigung (Resignation) von Seite des Gesandten; 8) durch Erklärung des Gesandten, ausdrückliche oder stillschweigende, dafs seine Gesandschaft als beendigt anzusehen sey, z. B. wegen grober Verletzung des Völkerrechtes, wegen erheblicher Hindernisse in der Unterhandlung, u. d.; 9) durch Zurückschickung (Ausweisung oder Ausschaffung) des Gesandten *d*). — Gewisse Ereignisse können die gesandschaftliche Thätigkeit (fonctions) eines Gesandten *suspendiren e*). Während dieser Suspension, dauert die Unverletzbarkeit und Exterritorialität des Gesandten fort. So auch, in der Regel, nach dem

Ende der Gesandschaft, wenigstens auf so lange Zeit als der Gesandte bedarf, um sich anständig aus dem Staatsgebiet hinwegzubegeben *f*). — Auch kann mit einem Gesandten eine *Veränderung* sich ereignen, in Absicht auf die Rangclasse, zu welcher er gehört (§. 184).

a) Dann bedarf es keines RappelSchreibens für den Interims-Gesandten. Streit darüber in London, zwischen dem Chevalier d'Eon und dem ordentlichen französischen Gesandten. Man s. des ersten Lettres, mémoires et négociations, p. 85. — Venedig pflegte seine Gesandten nie über drei Jahre an einem Hofe zu lassen. Moser's Beyträge, IV. 367.

b) Auflösung oder Verlust der Selbstständigkeit des absendenden oder annehmenden Staates; Abdankung (Resignation), freiwillige oder gezwungene, des absendenden oder annehmenden Regenten.

c) So ist es nach europäischem Völkergebrauch, welcher eine neue Bevollmächtigung des Gesandten, von oder bei dem Regierungsnachfolger, fordert. Pecquet a. a. O. p. 115. Lamberty mémoires, I. 241. Lünig's litterae procerum Europae, T. III. p. 770. 784. Vergl. Pacassi S. 304. v. Römer S. 419 f. Nach dem allgemeinen Völkerrecht dauert die rechtliche Wirkung der Bevollmächtigung, als einer Staatshandlung, auch unter dem Nachfolger des absendenden oder annehmenden Souverains fort. — Ist der absendende oder annehmende Souverain eine moralische Person, so hört die Gesandschaft nicht auf mit dem Tode der physischen Einzelnen, aus welchen jene Person besteht, selbst nicht des Vorstehers oder Dirigenten.

d) Z. B. wegen Unzufriedenheit über das Benehmen des Gesandten, oder seines Staates, oder als Retorsion, als Repressalien, wegen bevorstehenden oder ausgebrochenen Kriegs (§. 228), wichtiger Staatsveränderung, u. d. F. C. v. Moser von Ausschaffung der Gesandten, und was derselben anhängig; in s. kleinen Schriften, VIII. 81 — 516. IX. 1 — 128. C. H. Breuning diss. de jure expellendi legatum alterius

gentis liberae. Lips. 1767. 4. u. in s. Opusc. juris nat., vol. II. BIELFELD, II. 179. §. 29. SIEBENKEES neues jurist. Magazin, I. 400 f. MOSER's Versuch, IV. 414. IX. 1. 40. 164. Polit. Journal, 1788, S. 795. 817. 830. BÜSCH Welthändel, S. 583 (4. Ausg.) Fall mit dem russischen Gesandten in Stockholm, 1808. De MARTENS recueil, Supplém. V. 10.

e) BIELFELD, II. 179. §. 30.

f) F. C. v. MOSER a. a. O. IX. 187 ff. BIELFELD, II. 180. §. 31. „Quod in itu cautum, et de reditu censeatur", sagt GROTIUS.

§. 229.

Insbesondere Zurückberufung.

Wird ein Gesandter *zurückberufen*, so überreicht er gewöhnlich in einer eigenen, mehr oder minder feierlichen Audienz, ein ZurückberufungsSchreiben (lettres de rappel), verabschiedet sich, und empfängt ein Recreditiv (lettres de récréance), ein Geschenk, und Reisepässe für sich und sein Gefolge *a*). Er stattet die gewöhnlichen Abschiedbesuche ab, empfängt Gegenbesuche, und reiset sodann ab *b*), zuweilen unter militärischer Begleitung *c*). In der AbschiedAudienz pflegt er zugleich seinen Nachfolger, oder den für die Zwischenzeit (par intérim) ernannten Gesandten oder Geschäftträger vorzustellen, wenn ein solcher schon anwesend ist. Empfängt er, nach erhaltenem Rappel und Recreditiv, Befehl, sich noch länger an demselben Ort in gesandschaftlicher Eigenschaft aufzuhalten, so wird hiezu, in der Regel, ein

neues Creditiv erfordert *d*). Zuweilen ist er genöthigt, während seiner Abwesenheit das ZurückberufungsSchreiben dem Souverain, bei welchem er accreditirt war, zu übersenden. In diesem Fall nimmt er zugleich schriftlich Abschied von demselben *e*). In dem Fall eines Mifsverhältnisses zwischen beiden Staaten, erhält er bisweilen Befehl, ohne Abschied und Recreditiv zurückzureisen *f*).

a) Moser's Versuch, IV. 453—542. *Ebendess.* Beyträge, IV. 394. 396. 429. 451 ff. 475.

b) Moser's Versuch, IV. 542.

c) Moser's Beyträge, IV. 467 ff.

d) C. A. Beck's StaatsPraxis, S. 244.

e) Moser's Versuch, IV. 523 ff. Beyträge, IV. 392 ff.

f) Moser's Versuch, IV. 433 ff. *Ebendess.* Beyträge, IV. 382 ff. 391. 393. 414. — Von Gesandschaften *in Kriegszeiten*, Moser's Versuch, Th. IX, Bd. 1, S. 163 ff.

§ 230.

Und Tod des Gesandten.

Stirbt ein Gesandter in dem Staatsgebiet, worin er residirt, so ist zuvörderst für gehörige Versiegelung seiner Amtspapiere, und auch, wenn es nöthig, seiner Effecten, Sorge zu tragen (§. 209). Es gebührt ihm ein seinem Verhältnifs angemessenes Leichenbegängnifs und Begräbnifs; es sey nun an dem Ort seiner gewöhnlichen Residenz, oder seines Todes, oder an einem dritten Ort, etwa weil an jenen beiden seine Religionsverwandten keine

öffentliche Religionsübung haben *a*). Zuweilen wird der Leichnam abgeführt in das Gebiet seines Souverains, gemeiniglich mit Befreiung von den sonst bei der Durchfuhr üblichen Stolgebühren *b*). — Der *Witwe c*), den andern *FamilienAngehörigen* und dem übrigen *Gefolge* des Gesandten, gebühren die vorhin genossenen gesandschaftlichen Vorrechte bis zu ihrer nahen, bequemen Abreise und Verlassung des Staatsgebietes. Hiezu kann, wenn es nöthig, eine Frist gesetzt werden, nach deren Ablauf sie die inländische Staatshoheit über sich anerkennen müssen. — Die *Inventur* geschieht, wenn sie nöthig ist, von einer gesandschaftlichen, oder von einer andern durch den absendenden Staat dazu bestimmten Behörde. Die *Erbfolge* in den, in dem Gebiet des annehmenden Staates befindlichen MobiliarNachlaſs des Gesandten, richtet sich in der Regel nach den Gesetzen des sendenden Staates *d*), und dieser Nachlaſs ist frei von jeder Art von Erbschaftsteuer, so wie von dem Heimfallsrecht *e*) (droit d'aubaine).

a) Moser's Versuch, IV. 569 ff. *Ebendess.* Beyträge, IV. 361 ff. Siebenkees neues jurist. Magazin, I. 403.

b) Moser's Versuch, IV. 571. *Ebendess.* Beyträge, IV. 366.

c) Moser, wie lang eines Gesandten Witwe sich ihres verstorbenen Gemahls Gerechtsame zu erfreuen habe, in s. Abhandlung verschiedener Rechtsmaterien, St. VI, S. 438—444. *Ebendess.* Versuch, IV. 571. Leyser medit. ad Pandect., Spec. 671. med. 5. J. Guil. Engelbrecht de foro viduae legati; in s. Obss. select. forens., Spec. IV. obs. 131.

d) v. MARTENS Erzählungen u. s. w., Bd. II, Num. 17. — Von dem *Testament* eines Gesandten, s. oben §. 209.

e) BACQUET du droit d'aubaine, ch. 12, n° 2. — Anders verhält es sich mit den Immobilien und Grundrenten, welche ein Gesandter in dem Lande seiner Residenz hinterläſst. MERLIN, répertoire, T. VIII, p. 255.

EUROPÄISCHES

VÖLKERRECHT.

VON

JOHANN LUDWIG KLÜBER.

ZWEITER BAND.

MIT EINEM ANHANG,

ENTHALTEND

EINE BIBLIOTHEK FÜR DAS VÖLKERRECHT.

STUTTGART,

IN DER J. G. COTTA'SCHEN BUCHHANDLUNG.

1821.

ZWEITER ABSCHNITT.

RECHTE DER STAATEN, IN ABSICHT AUF FEINDLICHE VERHÄLTNISSE.

ERSTES CAPITEL.

RECHT DES KRIEGS.

§. 231.

Verletzung der Rechte eines Staates.

Feindliche Verhältnisse unter Staaten, entstehen durch *Rechtsverletzungen*, wirkliche oder drohende *a*). Die Rechte der Staaten werden verletzt auf dieselbe Art, wie die Rechte einzelner Menschen. Verletzt werden sie entweder unmittelbar, oder mittelbar; jenes, wenn die Beleidigung der Gesammtheit des Staates, dieses, wenn sie einzelnen Mitgliedern desselben zugefügt wird, von der Gesammtheit des andern Staates, oder von einzelnen Mitgliedern desselben, so fern hieran der gegenseitige Staat auf irgend eine Art Theil nimmt *b*). In Absicht auf feindliche Verhältnisse, ist die Aufgabe: zu bestimmen das Recht der Staaten, *zu* dem Krieg, *in* dem Krieg, *nach* dem Krieg *c*).

a) Von *Ansprüchen* (Prätensionen) s. v. Ompteda's Lit. II. 605. Neyron principes du droit des gens, §. 298. sqq., und oben §. 25, Note b.

b) Z. B. durch Ermächtigung oder Anreizung zu der Rechtsverletzung, durch widerrechtliche Verzögerung oder Verweigerung der geforderten Genugthuung, insbesondere wenn seine Mitglieder Räubereien getrieben, wenn seine Caper oder FreiCorps Excesse gegen ein nicht feindliches Volk begangen haben, wenn sein Regent als Privatperson den andern Staat beleidigt hat. Schrodt syst. juris gent. p. 49. sqq. Jo. Pet. de Ludewig diss. de juris gentium laesione. Hal. 1741. 4. Obss. select. Halens. T. VII. obs. 6. 7.

c) Kant's metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre, S. 216.

§. 232.

Befugnifs dagegen.

Wie jeder einzelne Mensch in dem Naturstand, so ist auch jeder Staat im Nothfall *befugt* zu verhältnifsmäsiger Gewaltthätigkeit, gegen drohende oder wirkliche Rechtsverletzungen, nicht nur zu Erhaltung und Vertheidigung seiner Rechte, sondern auch zu Genugthuung wegen widerrechtlich erlittenen Schadens (§. 43). Die Gewaltthätigkeit findet statt, gegen die Gesammtheit des beleidigenden Staates unmittelbar, aber auch wider einzelne, wenn gleich an der Rechtsverletzung persönlich unschuldige, Mitglieder desselben, weil sie Theile der Gesammtheit sind, und ihr Vermögen in dem Verhältnifs zu andern Staaten als Bestandtheil des Vermögens ihres Staates zu betrachten ist *a*). Da über Staaten kein Richter gebietet, so ist jeder von ihnen befugt, selbst Gewalt zu gebrauchen gegen Beleidigungen, also zu *Selbsthülfe b*).

a) Grotius, lib. III. c. 2. – Man s. jedoch unten, §. 246, 251 f., u. 256.

b) Moser's Versuch, VIII. 480 ff. — Zu Selbsthülfe gegen auswärtige Staaten oder deren Mitglieder, sind einzelne Mitglieder des Staates für sich nicht befugt. Ihr Recht zu Privatgewalt jeder Art, haben sie ihrem Staat übertragen; dieser ist daher befugt und verpflichtet, sie auch gegen auswärtige Feinde zu vertreten.

§. 233.

Bedingungen der Selbsthülfe.

Immer setzt der rechtmäsige Gebrauch der Selbsthülfe voraus, nicht nur das Daseyn einer wahren Rechtsverletzung, gleichviel ob Verletzung eines erworbenen oder eines natürlichen Rechtes *a*), sondern auch den Mangel eines gelindern Mittels zur Genugthuung *b*), z. B. nach fruchtlos versuchter Beweisführung, gütlicher Vorstellung, und Drohung. — Maas und Grenze der Selbsthülfe, werden jedesmal bestimmt durch ihren Zweck. Nach erlangter Genugthuung, muſs sie aufhören. Zum Vortheil und auf Anrufen eines dritten Staates, kann, in dem oben angezeigten Fall, völkerrechtliche Selbsthülfe *c*) nur dann statt finden, wenn man sich vollständig überzeugt hat, daſs die Rechte dieses Staates verletzt seyen *d*): aber eine vollkommene Verbindlichkeit, diese Hülfe zu leisten, tritt nur ein, wenn ein Vertrag dazu verpflichtet (§. 279).

a) Z. B. Nichterfüllung eines Vertrags, Wegnehmung der Schiffe ohne vorhergegangene Läsion oder Kriegserklärung. Vergl. Nouvelles extraordinaires, 1778, n° 27.

b) Lud. Mart. Kahle diss. de justis repressaliarum limitibus (Goett. 1746. 4.), §. 17.

c) Unterschieden von der privatrechtlichen Rechtshülfe, dem so genannten Arrestum juris, auf Vermögen eines auswärtigen Schuldners, nach dem Gesuch eines Gläubigers.

d) Man vergl. oben §. 42, u. unten §. 268 ff. Jo. G. Marckart diss. de jure atque obligatione succurrendi injuria oppressis. Harderov. 1748. 4. Joach. Ge. Daries de justo bello pro aliis suscipiendo; in s. Observatt. juris nat., socialis et gent. Vol. II. p. 338. *Ejusd.* diss. de causis belli pro aliis suscipiendi. Francof. ad Viadr. 1769. 4. Dawider s. Schott's unparth. Critik, Bd. I, S. 822. und Vattel, liv. II, ch. 18, §. 348. — Alle Cantone der Eidgenossenschaft haben sich gegenseitig verpflichtet, Repressalien zum Vortheil eines jeden ihrer MitCantone gegen fremde Staaten auszuüben.

§. 234.

Arten der Selbsthülfe.

Bewirkt wird die Selbsthülfe: 1) durch *Arrestschlag* auf Forderungen des andern Staates oder seiner Unterthanen, und durch Beschlagnahme jenem oder diesen gehöriger Sachen *a*), z. B. Embargo auf Schiffe; 2) durch eigenmächtige *Zurücknehmung* des widerrechtlich entzogenen Eigenthums oder Rechtes; 3) durch eigenmächtige Nehmung angemessener Genugthuung, mittelst gewaltsamer Zueignung eines *Aequivalentes*, oder Ausübung einer gewaltthätigen Handlung derselben Art *b*) (Erwiederung der Läsion, retorsio facti); 4) durch *Repressalien* im engern Sinn, d. h. gewaltthätige Handlungen, wodurch ein beleidigter Staat dem Beleidiger an- oder zugehörige Personen (androlepsia), Rechte, oder Sachen (Repressalien im engsten Sinn) zurückhält, um diesen Staat zu Anerkennung seines

Rechtes und zu Genugthuung zu nöthigen *c*); 5) im äussersten Fall, durch *Krieg*. — *Retorsion* eines Rechtes (retorsio juris vel legis), dient nicht als Selbsthülfe gegen Rechtsverletzung, obwohl sie gegründet ist in der völkerrechtlichen Gleichheit und Selbstständigkeit unabhängiger Staaten *d*). *Wiedervergeltung* (Talion) liegt ausser dem Gebiet des Völkerrechtes *e*); und *Zweikampf*, zwischen Völkern oder ihren Regenten, ist nicht mehr üblich *f*).

a) Mercure hist. et polit. 1753, T. I, p. 217. J. J. Moser's Versuch des neuesten europ. Völkerr., Th. VI, S. 441 ff. v. Martens Erzählungen, Th. I, S. 240 ff. J. G. Büsch u. C. D. Ebeling's HandlungsBibliothek, Bd. IV (1801), S. 442 ff. v. Kamptz neue Lit., S. 286 f., Num. 17—24.

b) Z. B. Nichthaltung einer KriegsCapitulation, weil der Feind eine solche nicht gehalten hat. Vattel, liv. III, ch. 10, §. 176. Lamberty mémoires, V. 163. 164. VI. 238—240. — Einige nennen diese Art der Selbsthülfe *jus talionis*. Andere benennen so die eigenmächtige Zueignung eines Aequivalentes. Noch Andere verstehen beides darunter.

c) Schriften in v. Ompteda's Lit. II. 609—613. u. in v. Kamptz neuer Lit., §. 270. Bynkershoek quaest. jur. publ. lib. I. c. 24. in s. Operib. omn. II. 235. Moser's Versuch, VIII. 491. 498. v. Martens Erzählungen, Th. I, Num. 16. v. Kamptz Beiträge zum Staats- u. Völkerrecht, Bd. I, S. 204—206. — *Repressalien* im *weitern* Sinn, heisst jede Gewaltthätigkeit zur Genugthuung wegen erlittenen Unrechtes, den förmlichen Krieg ausgenommen. — Die Repressalien sind *negativ*, wenn die Erfüllung einer Zwangpflicht verweigert wird, z. B. die Bezahlung einer schuldigen Geldsumme, die Entrichtung schuldiger Renten, die Herausgabe jenseitigen Eigenthums; sie sind *positiv*, wenn sie bestehen in Bemächtigung und Zurückhaltung dem andern Staat an- oder zugehöriger Personen, Sachen oder Rechte, z. B. Pfändung, Beschlagnehmung seines TransitoGuts, Matrosenpressen auf seinen Schif-

fen. — Je weiter die Repressalien getrieben werden, desto mehr nähern sie sich dem eigentlichen Krieg. Vattel, liv. II, ch. 18, §. 345. Burlamaqui principes du droit politique, P. IV, ch. 5, §. 31—43, p. 336 et suiv.

d) *Retorsion* ist erwiedernde Entziehung *unvollkommener* Rechte; also ohne Voraussetzung einer von der andern Seite erfolgten Verletzung eines Zwangrechtes, einer Beleidigung. Sie wird begründet durch eine *unbillige* oder *beschwerliche Ungleichheit* des positiven Rechtes, nach welchem ein anderer Staat die Auswärtigen im Verhältniſs zu den Einheimischen behandelt. Miſsbraucht würde sie, bei *bloſser Verschiedenheit* der Privatgesetze des einheimischen und eines auswärtigen Staates. Jo. Godofr. Bauer diss. de vero fundamento quo inter civitates nititur retorsio juris. Lips. 1740. 4. u. in s. Opusc. T. I. n. 9. Vinc. Oldenburger diss. de retorsione jurium. Goett. 1780. 4. Klüber's Vorrede zu der Abh. über Erbschaftsteuer. Erl. 1790. 8. Schröder elem. juris nat. et gent. §. 1117. Moser's Versuch, VIII. 485. v. Ompteda's Lit., §. 287. v. Kamptz neue Lit., §. 269.

e) Denn *moralische* Vergeltung ist physisch unmöglich, und gehört in das Gebiet der Sittlichkeit: eine so genannte *rechtliche* Wiedervergeltung hingegen, ist entweder anders nichts als eine moralische, oder ein Ideal, ohne practische Brauchbarkeit. Vergl. Henr. Cocceji diss. de sacrosancto talionis jure. Francof. 1705. 4. u. in s. Exercit. curios. Vol. II. n. 37. Jo. Ad. de Ickstadt pr. de arctis juris talionis limitibus in statu hominum gentiumque naturali. Wirceb. 1733. 4. et in Ejus Opusc. T. I. n. 2. p. 152. Joach. Ge. Daries diss. de eo q. j. e. circa legem talionis, tam in foro externo quam in foro poli. Jen. 1737. 4. Jo. Pet. Bucher diss. I. de jure talionis. Harderov. 1763. Diss. II. Steinf. 1764. 4. E. C. Wieland über die natürliche Gleichheit der Menschen, sammt Anhang vom Wiedervergeltungsrecht. Leipz. 1782. 8. Montesquieu esprit des lois, T. I, liv. 6, ch. 19, p. 104.

f) Grotius lib. II, c. 23. §. 10. Dissertationen „de duellis principum", von Jo. Joach. Zentgrav, Viteb. 1668; Jo. Jac. Müller, Jen. 1702; J. G. Scherz, Argent. 1707; J. C. Dittmar, Francof. ad Viadr. 1719, u. in s. Dissert. et Exerc. p. 239. sqq. Jäger's Gedanken vom Zweikampf der Völker

u. ihrer Souveraine; in Schott's jurist. Wochenblatt, 1772, Num. 30.

§. 235.

Krieg. Arten desselben.

Wird der Gewalt, von einem Staat irgend eine Gewalt entgegengesetzt, so befinden sich beide Theile in einem Zustand gegenseitiger Gewaltthätigkeit, in *Krieg* im *weitern* Sinn. Wird, in diesem Zustand, der Gebrauch keiner Art von Gewaltthätigkeit ausgeschlosssen, so ist *Krieg* im *engern* Sinn *a*), und zwar *Völkerkrieg* (bellum inter gentes), wenn beide kriegführende Theile Staaten sind. — Auf Seite desjenigen kriegführenden Theils, dessen Zweck die Vertheidigung eigener Rechte ist, um Sicherheit oder Genugthuung zu erlangen, heifst der Krieg *Vertheidigungskrieg* (bellum defensivum, guerre défensive): auf Seite desjenigen hingegen, dessen Zweck die Verletzung fremder Rechte ist, heifst er *Angriff-* oder *Anfallkrieg* (bellum offensivum, guerre offensive). In beiden Fällen, ist es in Absicht auf die Benennung gleichviel, von welchem Theil der Anfang mit Gewaltthätigkeiten gemacht worden ist. Denn so fern eine Ausübung des PräventionsRechtes zum Grunde liegt, ist der Krieg auch auf Seite des zuerst angreifenden Theils ein Vertheidigungskrieg, weil die Prävention zu dem Vertheidigungsrecht gehört *b*), und es kann auch von der andern Seite eine stillschweigende Kriegserklärung vorausgegangen

seyn. — Wird der Krieg blofs auf dem festen Lande geführt, so heifst er *Land*krieg: *See*krieg, wenn er nur auf dem Meer geführt wird; *Land*- und *See*krieg, wenn auf beiden *c*).

a) Bynkershoek definitio belli ejusque explicatio; in s. Quaest. juris publ. lib. I. c. 1. — Schriften von dem Krieg, in v. Ompteda's Lit. II. 615 ff. C. O. Graebe orat. de jure belli et pacis, praesertim imperii. Rintelii 1795. 8. J. G. Fichte über den Begriff des wahren Kriegs. 1813. 8. J. N. Tetens considérations sur les droits réciproques des puissances belligérantes et des puissances neutres sur mer, avec les principes de guerre en général. à Copenhague 1805. 8. — Krieg im engern Sinn kann vorkommen, unter einzelnen Menschen (PrivatKrieg; in Staatsgebieten unerlaubt), und unter Staaten (öffentlicher oder Völkerkrieg, bellum inter gentes); aber auch zwischen einem Staat und einzelnen Menschen (vermischter Krieg). Vom Privatkrieg der Souveraine, oben §. 50 b. — Der inländische Krieg (bellum intestinum), ist Privatkrieg, wenn er unter Parteien oder Factionen der Mitbürger eines Staates geführt wird, und während desselben die Staatsverbindung suspendirt ist (Bürgerkrieg, bellum civile); vermischter Krieg hingegen, wenn er zwischen der Regierung des Staates und einem Theil seiner Bürger geführt wird, es sey nun dafs diese Empörer oder Rebellen sind, und also das Recht auf Seite der Regierung sich befindet (ExecutionsKrieg), oder umgekehrt. — Schriften vom Krieg überhaupt, in v. Ompteda's Lit. §. 290 f. u. in v. Kamptz neuer Lit, §. 271 f.

b) In diesem Sinn, wird der Eintheilungsgrund hergenommen von der Rechtmäsigkeit oder Unrechtmäsigkeit des Kriegs. — Andere gebrauchen *beide* Ausdrücke von dem gerechten Krieg. *Defensiv*Krieg sey der, wodurch ein Staat gegen Beleidigungen eines andern Widerstand leiste: *Offensiv*Krieg der, wodurch ein Staat sich zu demjenigen zu verhelfen trachte, was er von dem ungerechten Inhaber nicht erlangen könne, oder wodurch er sich Sicherheit wider drohende Gefahr zu verschaffen suche. C. L. Scheid diss. de ratione belli, §. 19. Burlamaqui principes du droit politique, P. IV, ch. 3, §. 1 et suiv., p. 322. — Dagegen schreibt man, in dem gemei-

nen Leben, meist den *Anfall*krieg blofs demjenigen zu, der den Krieg zuerst erklärt, oder den ersten Angriff mit Waffen unternommen hat, *Vertheidigungs*krieg demjenigen, wider welchen dieser Angriff gerichtet war. Burlamaqui, a. a. O., §. 5. — Gemeiniglich will keiner der kriegführenden Theile für den angreifenden im rechtlichen Sinn (Aggressor) gelten. Moser's Beyträge zu dem neuesten europ. Völkerrecht in Kriegszeiten, Th. I, S. 3 ff. — Vergl. übrigens Joach. Ge. Daries de bello ejusque generibus, §. 19. sqq. in s. Observationibus juris nat., socialis et gentium, Vol. II. p. 303. *Idem* de bello defensivo, ib. p. 305. Vattel, liv. III, ch. 1, §. 5. Von dem Untersehied der Offensiv- und DefensivKriege. 1756. 4., und in der Teutschen KriegsCanzley, Bd. I, S. 773 ff. v. Ompteda's Lit. II. 631. v. Kamptz neue Lit., §. 278.

c) Joh. Jul. Surland's Grundsätze des europ. Seerechts. Hannov. 1750. 8. J. G. F. Koch's europ. Land- und Seekriegsrecht. Frankf. 1778. 8.

§. 236.

Recht Krieg zu führen, ein Majestätsrecht.

Das Recht eines Staates, mit Auswärtigen Krieg zu führen, ist ein *Hoheits-* oder *Majestätsrecht*, und zwar ein äusseres *a*). Es kann daher nur von dem Stellvertreter des Staates gegen Auswärtige, in Uebereinstimmung mit den Vorschriften der Staatsgrundgesetze, ausgeübt werden. Unterthanen sind dazu weder ganz noch zum Theil befugt (§. 232, Note b). Doch kann nicht nur Statthaltern des Regenten, zumal in entlegenen Provinzen oder Colonien, das Recht Krieg zu führen unter gewissen Umständen übertragen *b*), sondern auch einzelnen Unterthanen das Recht zu Ausübung bestimmter Gewaltthätigkeiten, während eines Völkerkriegs, besonders verliehen werden *c*).

a) Schriften in v. Kamptz neuer Lit., §. 273 f.

b) So zuweilen den Gouverneuren der octroirten ostindischen Handelsgesellschaften. C. F. Pauli diss. de jure belli societatum mercatoriarum majorum. Hal. 1751. 4.

c) So den mit Markbriefen (litteris marcae, lettres de marque) versehenen Capern.

§. 237.

Rechtmäsigkeit des Kriegs.

Um rechtmäsig zu seyn, mufs jeder Krieg seinen Entstehungsgrund haben in Befolgung eines Grundsatzes, welcher abgeleitet ist aus der Nothwendigkeit der Erhaltung äusserer Rechte, für den Fall einer Rechtsverletzung. *Gerecht* ist daher der Krieg auf Seite desjenigen Staates, welcher ihn zu führen genöthigt ist zu dem Schutz seiner Rechte *a*). Dieser Schutz kann sich beziehen, nicht nur auf schon bestehende Rechtsverletzung, sondern auch, vermöge des PräventionsRechtes, auf bevorstehende *b*). Der *Zweck* eines gerechten Kriegs mufs demnach bestehen, entweder in Genugthuung, oder in Vertheidigung, oder in Sicherheit, so fern diese auf andere Art nicht zu erlangen sind *c*). *Ungerecht* ist der Krieg auf Seite desjenigen Staates, welchem Rechtsverletzungen der angezeigten Art zur Last fallen, oder welcher ihn nur aus Eigennutz, aus blofs anrathenden Beweggründen (caussis suasoriis, simples motifs) unternimmt *d*). Zu diesen falschen Beweggründen gehören: Eroberungslust, Raubgier, Verhinderung des ge-

rechten Anwachsens der Macht eines andern Staates (§. 41), Austreten aus dem so genannten politischen Gleichgewicht (§. 6 u. 42), sittliche oder religiöse Rohheit des andern Volkes e), wahre oder vermeinte Unsittlichkeit desselben.

a) In concreto ist oft schwer, ein richtiges Urtheil zu fällen über die Rechtmäsigkeit eines Kriegs. „Justum est bellum quibus necessarium, et pia arma quibus nulla nisi in armis relinquitur spes". Livius. — In verschiedener Beziehung, kann derselbe sogar auf *beiden* Seiten gerecht seyn. Auch behauptet in der Regel jeder Theil, das Recht auf seiner Seite zu haben, und selbst der ungerechte Feind kann in bona fide seyn. Die Rechtsvermuthung streitet, wie überhaupt für das Rechtverhalten, also auch für die Rechtmäsigkeit des Kriegs. Vergl. Grotius, lib. II. c. 23. §. 13. Alber. Gentilis de jure belli, lib. I. c. 6. Vattel, liv. III, ch. 12, §. 188—192. Burlamaqui principes du droit politique, P. IV, ch. 2, p. 296 et suiv. Im Zweifel mufs daher, so lang der Krieg dauert, die Rechtmäsigkeit desselben als *zweifelhaft* angesehen, mithin angenommen werden, dafs keine der kriegführenden Mächte ein entschiedenes Recht für sich habe. — Vattel (liv. III, ch. 13, §. 195) behauptet, dafs nach den Bestimmungen des so genannten freiwilligen Völkerrechtes (oben §. 1, Note c), *jeder förmliche* (d. h. ausdrücklich angekündigte) Krieg, so viel dessen Wirkungen betrifft, als von *beiden* Seiten gerecht zu betrachten, und dafs Niemand berechtigt sey, eine Nation wegen des Uebermaases ihrer Ansprüche, oder wegen desjenigen zu richten, was sie zu ihrer Sicherheit für nöthig erachtet. Inzwischen giebt derselbe Schriftsteller zu, dafs es Kriege geben könne, die nicht nur ungerecht seyen, sondern denen es sogar an Vorwand fehle.

b) Guil. Schooten diss. de jure hostem imminentem praeveniendi; in s. Speciminibus jurid. (Lugd. Bat.), num. I.

c) Vattel, liv. 3, ch. 3. Schriften in v. Ompteda's Lit. II. 626, u. in v. Kamptz neuer Lit., §. 274.

d) Immer müssen die Rechtfertigungsgründe des Kriegs unterschieden werden von den blossen Beweggründen (causae

justificae a suasoriis), insonderheit von Beweggründen des Interesse und der Convenienz, so wie von blossem *Vorwand*. De Felice leçons du droit des gens, P. II. T. II. p. 140. sqq.

e) Also kein Krieg, bloss wegen Atheismus, Abgötterei, Heidenthums, Aenderung der bisherigen Religion, oder der Staats-Grundverfassung, Unsittlichkeit, Barbarei, u. d., kein *Moral-* oder *Religionskrieg* (Schriften in v. Ompteda's Lit., §. 298, u. in v. Kamptz neuer Lit., §. 280), kein so genannter *Strafkrieg* (bellum punitivum), da unter unabhängigen Staaten ein Strafrecht nicht statt hat. A. F. Reinhard von dem Strafkrieg, in s. Samml. jurist., philos. u. krit. Aufsätze, Bd. I, S. 281 — 289. Bignon du congrès de Troppau (Paris 1821), ch. IV et V. v. Ompteda's Lit. II. 632 f. u. v. Kamptz n. Lit., §. 299. Vergl. Günther's Völkerrecht, II. 9 f. — Geheime Ursache des Kriegs, welchen Frankreich 1688 anfieng. Büsch Welthändel, S. 233. Es giebt Fälle, wo Krieg geführt ward, weil man eine moralische Invasion, eine intellectuelle Seuche, eine politische Epidemie fürchtete, oder zu fürchten vorgab, und weil man ein gewisses Land für einen pestilenzialischen Feuerheerd hielt, dessen Glut zu löschen sey. Eine StaatsRevolution, selbst Aufruhr, wenn sie bloss national, wenn sie nicht begleitet sind von Anzeigen einer directen Gefahr für andere Staaten, würden eine Einmischung dieser Staaten nicht rechtfertigen. — Von *Einmischungskriegen*, betr. die innern Angelegenheiten eines fremden Staates (§. 51 u. f.), oder dessen Verhältnisse zu einem dritten Staat, s. man die CircularNote des brittischen Cabinets v. 19. Jan. 1821, und die englischen ParlamentsDebatten vom 19. u. 21. Febr., vom 2. u. 20. März 1821, bei Gelegenheit der neapolitanischen ConstitutionsSache, in dem londner Tagblatt the Courier vom 2., 20. u. 22. Febr., vom 3. u. 21. März, und in dem pariser Moniteur universel v. 6. Febr. 1821. Auch Bignon a. a. O.

§. 238.

Kriegsankündigung.

Zu der Rechtmäsigkeit eines Kriegs, bedarf es nicht einer *Ankündigung* desselben (indictio s. denunciatio belli, déclaration de guerre), das

heifst, einer Erklärung, durch welche der sich für beleidigt haltende Staat dem andern kund thut, dafs er sein Recht gegen ihn mit Waffengewalt verfolgen wolle *a*); es sey augenblicklich (pure), oder für einen bestimmten Fall (eventualiter). Eine Ausnahme ist nur dann vorhanden, wenn solche durch Vertrag bedungen, oder von ihr noch gütliche Beilegung des Streites mit Wahrscheinlichkeit zu hoffen wäre, da Krieg nur im äussersten Fall zulässig ist. Auch ist die in ältern Zeiten von europäischen Staaten für nothwendig gehaltene *b*), und daher meist üblich gewesene Kriegsankündigung, seit der Mitte des siebenzehnten Jahrhunderts fast ganz ausser Gebrauch *c*).

a) Bynkershoek quaest. jur. publ. lib. I. c. 2. G. S. Treuer diss. de decoro gentium circa belli initia (Helmst. 1727. 4.), §. 23. sqq. Glafey's Völkerr. S. 506. P. E. a Feilitzsch tr. de indictione belli et clarigatione (Jen. 1754. 8.), c. 1. §. 14. sqq. p. 21. Moser's Beyträge, I. 369 ff. — Anders Grotius lib. III. c. 3. §. 6. et 11. Barbeyrac in not. ad Pufendorf de J. N. et G. lib. 8. c. 6. §. 9. et 15. Vattel, liv. III, ch. 4, §. 51. Der letzte nennt guerre *en forme* denjenigen Krieg, welcher dem Feind durch eine ausdrückliche Erklärung angekündigt war. — Schriften in v. Ompteda's Lit. II. 629 f. u. in v. Kamptz neuer Lit., §. 275. — Eine Kriegserklärung kann ganz einfach und kurz geschehen; sie kann aber auch verbunden seyn mit einer rechtfertigenden Ausführung der Thatsachen, welche dieselbe veranlassen. Die letzte heifst Clarigatio. Die verschiedenen Bedeutungen dieses Wortes, s. bei Feilitzsch l. c. cap. 1. §. 6. p. 13. — Ein Krieg ohne vorhergegangene Ankündigung, ist darum noch kein Raubkrieg.

b) Cicero de offic. lib. II. c. 2. J. Gottl. Gonne, warum die Kriegsankündigung unter freien Völkern für nothwendig ge-

halten worden (in den Erlang. gel. Anzeigen v. 1743, Num. 4, u. in Siebenkees jurist. Magazin, Bd. I, S. 21 ff.), §. 2 ff. — Die feierliche Kriegsankündigung geschah in dem Mittelalter, und noch 1635 zu Brüssel, durch *Waffenherolde*. Klüber's Anmerkungen zu Sainte-Palaye von dem Ritterwesen, I. 283.

c) Wie, unter vielen andern, die von Feilitzsch l. c. cap. 2. §. 29. sqq. p. 67. sqq. angeführten Beispiele beweisen.

§. 239.

Kriegsverkündigung.

Desto wichtiger, wiewohl ebenfalls nicht nothwendig, ist die *Verkündigung* des Kriegs (publicatio belli); eine an die eigenen Unterthanen, auch wohl an andere Staaten, mittelst eines *Manifestes*, gerichtete Bekanntmachung, daſs und warum die Staatsregierung genöthigt sey, mit einem andern Staat sich in Krieg einzulassen. Wichtig ist dieses für die eigenen Unterthanen, weil durch den Krieg der ganze Staat, mithin auch alle ihm angehörigen Personen und Sachen, in feindliches Verhältniſs zu dem andern kriegführenden Staat und die demselben angehörigen Personen und Sachen treten. Wichtig kann es auch seyn in Ansehung dritter Staaten, theils um bei ihnen eine günstige Meinung für sich zu erregen, theils wegen des Verkehrs, worin sie und ihre Angehörigen mit den kriegführenden Mächten sich befinden können. Obgleich auch sie nicht immer entscheidet, über den wahren Anfangspunct der Feindseligkeiten, so hat sie doch manche rechtliche Wir-

Wirkung in Absicht auf den Privatverkehr *a*). Aus diesen Gründen, ist jene Verkündigung jetzt in Europa Völkersitte, und nur selten unterbleibt sie. Auf das Manifest des einen Theils, folgt zuweilen von dem andern ein *GegenManifest* *b*).

a) G. H. Ayrer oratio de jure solemni circa declarandum bellum inter gentes moratiores accepto, et nuper etiam — — usurpato. Goett. 1757. 4. Emérigon traité des assurances, I. 559. Moser's Beyträge, I. 273 ff. 389 ff. Kluit hist. feder. II. 474.

b) Moser's Beyträge, I. 405 ff.

§. 240.

Dehortatorien, Inhibitorien, Avocatorien.

Kriegführende Mächte pflegen, durch eigene *Edicte* oder Decrete, das Verhalten ihrer Unterthanen und Vassallen gegen den Feind, dessen Land und Angehörige, zu bestimmen *a*). Sie warnen ihre Unterthanen allgemein, und mit Androhung bestimmter Strafen, dafs dieselben mit dem Feind sich in keinen, ihm in Absicht auf den Krieg irgend nützlichen Verkehr einlassen (Dehortatorien). Sie verbieten ihnen zuweilen sogar allen Verkehr mit dem feindlichen Land und dessen Unterthanen, namentlich Briefwechsel, Assecuranz für feindliche Rechnung *b*), WaarenAusfuhr in des Feindes Land, oder Einfuhr daher *c*), es sey denn mit besonderer Erlaubnifs oder Licenz (Inhibitorien). Sie rufen diejenigen ihrer Unterthanen zurück, welche in Kriegs- oder anderem Staatsdienst des Feindes,

auch wohl dritter Mächte, sich befinden, oder aus andern Ursachen in dem Ausland sich aufhalten, um ihre Dienste dem Vaterlande zu widmen, mit Androhung der VermögensConfiscation und anderer Strafen *d*) (Avocatorien, Excitatorien, Auxiliatorien). Das StaatsInteresse veranlafst jedoch nicht selten, durch Connivenz, Verordnungen, oder besondere Concession, wohl gar durch eigene Verträge, einen eingeschränkten Verkehr mit dem feindlichen Lande zu gestatten, z. B. unschädlichen Briefwechsel, die Ein- oder Ausfuhr bestimmter Waaren in benannten Orten oder Häfen, unter Beobachtung vorgeschriebener Förmlichkeiten *e*). Zuweilen enthalten die Staatsgesetze eigene Bestimmungen dieser Art für jeden Krieg.

a) Jo. Frid. Boekelmann de jure revocandi domum. Heidelb. 4. J. C. W. v. Steck von Abrufung der in auswärtigen Kriegsdiensten stehenden Reichsglieder und Vassallen; in s. Abhandlungen (Halle 1757. 8.), S. 31—54. Dessen Vertheidigung dieser Grundsätze, ebendas. im Anhang, S. 1—55. Franz Theréser's Versuch von Avocatorien und Inhibitorien. Wien 1793. 8. Moser's Versuch, IX. 1. 42 ff. 60 ff. *Ebenders.* von teutschen Reichstagsgeschäften, S. 760—791. *Ebendess.* Beyträge, I. 352. 463 ff. — Eine Reihe von Avocatorien, von 1548 bis 1703, findet man in dem kursächsischen Codex Augusteus, I. 2310—2367.

b) J. C. W. v. Steck von Versicherung feindlicher Schiffe und Güter; in s. Ausführungen (Berlin 1776. 8.), S. 176—179. *Ebendess.* Ausführungen (Halle 1784. 8.), S. 16 ff. 23 ff. Moser's Versuch, IX. 1. 75 ff. — *Postenlauf* und *Fischerei* in offener See, werden zuweilen suspendirt.

c) Büsch Welthändel, S. 585. (4. Ausg.)

d) Schriften in v. Kamptz neuer Lit., S. 324, §. 277.

e) MOSER's Versuch, IX. 1. 46 ff. 60 ff. 72 ff. *Ebendess.* Beyträge, I. 482. 485. H. HANKER's Rechte und Freiheiten des Handels (Hamb. 1782. 8.), S. 70 ff. BOUCHAUD théorie des traités de commerce, p. 250. sqq.

§. 241.

Rechte des gerechten Feindes; in Absicht auf 1) ihren Umfang überhaupt.

Wie unter einzelnen Menschen im Naturstand, so ist auch unter Staaten in dem Krieg, das *Recht* des gerechten Feindes gegen den ungerechten, im Allgemeinen (in thesi), von *unbegrenztem Umfang* (jus infinitum). Nur aus den Umständen des concreten Falles (in hypothesi) können, nach dem Zweck des Kriegs, nähere Bestimmungen desselben statt finden. Der gerechte Feind ist daher befugt zu jeder Art von Gewaltthätigkeit, welche nach seinem gewissenhaften Ermessen nöthig ist zu dem Schutz seiner Rechte, für die Gegenwart und Zukunft, und zu Erlangung vollständiger Genugthuung für das Vergangene *a*), so weit dadurch das Recht eines Dritten nicht verletzt wird. Vermöge der natürlichen Freiheit, worin unabhängige Staaten sich wechselseitig befinden, und welche, ohne übereinstimmende Einwilligung beider Theile, jeden Richterspruch eines Dritten ausschliefst, bleibt die Wahl der Mittel zum Zweck, insbesondere der anzuwendenden Gewaltthaten, nach Qualität und Quantität, seiner Selbstbestimmung überlassen. Da auch für das Recht-

verhalten eines Staates, ganz vorzüglich für dasjenige eines gerechten Feindes, die Vermuthung streitet, so muſs jede von dem gerechten Feind angewandte Gewaltthätigkeit, als Mittel zum Zweck, im Zweifel für rechtmäsig gehalten werden.

a) Vattel, liv. 3, ch. 11 et 9. v. Kamptz neue Lit., §. 331. — Selbst ein Vertilgungskrieg (bellum internecinum, guerre d'extermination ou à mort) kann, nach den Umständen, nicht ungerecht seyn. So ist das Sprichwort, *Mars exlex*, zu verstehen. C. G. Heyne progr. de bellis internecinis eorumque caussis et eventis. Goett. 1794. Fol. — Das Recht des gerechten Feindes ist zu beurtheilen, nicht bloſs nach dem *Anfang* des Kriegs, sondern auch nach den *Folgen* desselben. „Jus nostrum non ex solo belli principio spectandum, sed et ex caussis subnascentibus". Grotius, lib. III. c. 1. §. 3. Zu beiden gehört, ausser dem Ersatz des vor und nach dem Ausbruch des Kriegs zugefügten Schadens, auch der Kriegskosten, vollständige Sicherung gegen jede künftige Beleidigung von Seite des ungerechten Feindes. Sicherheit dieser Art kann, nach den ganz allein der vernunftmäsigen Beurtheilung des gerechten Feindes unterliegenden Umständen, in einem gegebenen Fall anders nicht statt finden, als dadurch, daſs der ungerechte Feind (für die Zukunft unschädlich, das heiſst, unfähig zu ungerechter Gewaltthätigkeit gegen ihn gemacht werde.

§. 242.

2) *Zeit und Raum.*

Die Befugniſs des gerechten Feindes zu dem Krieg, nach dem ganzen Umfang seines Rechtes, *dauert fort*, bis sein rechtmäsiger Zweck erreicht ist. Er kann also den Krieg fortsetzen, bis sein Feind angemessene Friedensbedingungen anbietet, oder annimmt; in Ermangelung dessen, bis solche demselben durch Sieg gewaltsam sind ab-

genöthigt worden. Diese Befugnifs zu Gewaltthätigkeiten, schränkt sich nicht ein auf das *Land*- und *Seegebiet* des Feindes. Auch *ausserhalb desselben*, namentlich auf offener See, können die demselben zugehörigen Rechte, Sachen und Personen verfolgt werden, so fern nur die Rechte eines jeden Dritten dabei unverletzt bleiben.

§. 243.

3) *Mittel, dem Feind zu schaden.*

a) *Nach Kriegsmanier und KriegsRaison überhaupt.*

Die *Mittel, dem Feind zu schaden,* sind von sehr verschiedener Art, in Hinsicht auf feindliche Personen, Rechte, und Sachen. Es giebt Arten feindlicher Gewaltthätigkeit, welche zwar auf Seite des gerechten Feindes an sich nicht widerrechtlich, aber doch in hohem Grad unmoralisch sind *a*). In Hinsicht auf manche derselben, werden unter den civilisirten Staaten von Europa, bei Ausübung des Kriegsrechtes, selbst ohne ausdrückliche Abrede oder Uebereinkunft, gewisse Einschränkungen beobachtet, welche auf Verhütung allzugrosser, wohl gar zweckloser *b*), Grausamkeit abzwecken. Der Inbegriff dieser Einschränkungen heifst *Kriegsmanier*, oder *Kriegsgebrauch* *c*) (loi de guerre). Ausnahmen von dieser Kriegsmanier, werden nach dem Zweck des Kriegs für zulässig gehalten, nur in dem Weg der Erwiederung, oder unter andern ausserordentlichen Umständen.

Man begreift diese subsidiarischen Ausnahmen unter dem Namen der *KriegsRaison d)* (ratio belli, raison de guerre). Das natürliche Völkerrecht billigt dieselben, so weit sie dem Zweck des Kriegs angemessen sind, nur von dem gerechten Feind gebraucht werden, und nicht mit Verletzung der Rechte eines Dritten verbunden sind *e*).

a) Schon nach dem allgemeinen Völkerrecht halten für unerlaubt: die Vergiftung der Quellen, Wolf jur. gent. §. 879; die Vergiftung der Waffen und den Meuchelmord, Vattel, liv. III, ch. 8, §. 156 (dawider s. Titius ad Pufendorf. de officio hominis et civis, obs. 701. p. 469); die Anreizung der Unterthanen des Feindes zum Aufruhr, G. H. Ayrer diss. an hosti liceat cives ad rebellionem vel seditionem sollicitare? Goett. 1748. 4. Scheid l. infra c. p. 30. J. C. G. de Steck observ. subsec. obs. 14. v. Kamptz neue Lit., §. 104, und unten §. 244 (dawider s. Pufendorf de J. N. et G. lib. VIII. c. 6. §. 18.).

b) Zwecklos, wenn die Kraft des Feindes dadurch nicht geschwächt, und sein Widerstand nicht entkräftet wird. Solche zwecklose Gewaltthätigkeit wäre übertriebene *Grausamkeit* (crudelitas bellica). Sie würde das wechselseitige Zutrauen im künftigen Frieden unmöglich machen. Kant zum ewigen Frieden, Abschn. I, §. 6.

c) Grotius lib. III. c. 1. §. 19. c. 18. §. 4. Pufendorf de J. N. et G. lib. II. c. 3. §. 23. Bynkershoek quaest. juris publ. lib. I. c. 3. — 7. Moser's Versuch, IX. 1. 111 — 129. *Ebendess.* Beyträge, II. 1 — 264. Fred. Henr. Strube dissertation sur la raison de guerre et le droit de bienséance; als Anhang bei dessen Recherche nouvelle de l'origine et des fondemens du droit de la nature. à St. Petersb. 1740. 8. Gründl. Nachricht vom KriegsCeremoniel und der Kriegsmanier. 1745. 4. v. Ompteda's Lit. II. 634—636. v. Kamptz neue Lit., §. 282 f.

d) Von Grotius auch jus s. titulus necessitatis benannt. Bynkershoek quaest. juris publ. lib. I. c. 3. C. L. Scheid diss. de ratione belli (Hafniae 1744. 4. rec. ib. 1747. 4.), §. 20.

21. 43. sq. Ulr. Obrecht diss. de ratione belli et sponsoribus pacis. Argent. 1697. 4. und in s. Dissertatt. acad. n. 8. F. H. Strube a. a. O. F. G. Pestel diss. de eo quod inter jus et rationem belli interest. Lemgoviae 1758. 4. Reflexionen über die Verschiedenheit des Begriffs der Raison de guerre bei deutschen Reichskriegen. Regensb. 1796. 8. v. Ompteda II. 634—637. — Ein Decret des französischen NationalConventes versagte 1794 allen spanischen Soldaten Pardon, weil Spanien die Capitulation von Collioure nicht als gültig anerkannt hatte. Polit. Journal. 1794, Dec., S. 1320.

e) Scheid l. c. §. 38. 40. 45.

§. 244.

Fortsetzung.

Namentlich verwirft die *Kriegsmanier a)*: den Gebrauch vergifteter Waffen, die Vergiftung der Brunnen, der für den feindlichen Souverain, seine Befehlhaber und übrigen Kriegsleute bestimmten Efs- und Trinkwaaren, die Sendung mit Pest oder andern ansteckenden Krankheiten behafteter Personen, Thiere, oder Sachen, den Gebrauch der Kettenkugeln (boulets à chaine), der Stangenkugeln (boulets à bras), das Schiessen mit Stücken von Eisen, Glas, Nägeln u. d. (tirer à la mitraille, im engern Sinn). Der Gebrauch der Kartätschen, und selbst, im Nothfall, nicht ganz abgerundeter Bleistücke, begriffen unter mitraille im weitern Sinn, wird für unerlaubt nicht gehalten. Auch sind gegen die Kriegsmanier: das Laden der Musquete mit zwei Kugeln, oder mit zwei halben, oder mit zackigen Kugeln, mit Kugeln die mit Glas oder Kalk vermischt sind, Mifshandlung der Verwun-

deten, Kranken, Invaliden, und anderer Wehrlosen, Meuchelmord, Versagung des Pardons, Ermordung oder Mifshandlung ruhiger Gefangenen, muthwillige Entweihung der Gottesverehrung gewidmeter Gebäude oder Oerter, Eröffnung der Gräber, Nothzucht, u. d. So auch: Bestechung der Kriegsbefehlhaber und Räthe des feindlichen Staates *b*), Verleitung feindlicher Unterthanen zu Verrätherei *c*) und Aufruhr *d*), und die Setzung eines Preises auf den Kopf eines feindlichen Regenten oder Befehlhabers *e*).

a) Vergl. MOSER's Versuch, IX. 2. 472 ff. — Auch an ausdrücklichen *Verträgen* fehlt es nicht ganz. Vertrag von 1675, wegen Nichtgebrauchs vergifteter Waffen; J. E. v. BEUST Kriegsanmerkungen, Th. V, S. 236. In verschiedenen Seekriegen ward durch Verträge ausgeschlossen, der Gebrauch der Pechkränze (cercles poissés), der Stangen- und Kettenkugeln, der (bei der Belagerung von Danzig 1574 erfundenen) glühenden Kugeln, u. d. m. — Schriften über die verschiedenen Waffenarten, in v. OMPTEDA's Lit., §. 301, u. in v. KAMPTZ neuer Lit., §. 289.

b) SCHEID diss. cit. p. 30. §. 33. Schol. 1.

c) VATTEL, liv. III, ch. 10, §. 180. sqq. MOSER's Versuch, IX. 2. 467 ff.

d) MOSER's Versuch, IX. 1. 317 ff. Vergl. oben §. 52 u. 243, Note a. — Ausnahmen, wo Wiederherstellung der rechtmäsigen Verfassung, Besiegung der Empörer oder Usurpatoren, u. s. w., Zweck des Kriegs ist.

e) MOSER's Versuch, IX. 2. 257 f. — Nachricht von einem feindlichen Complot gegen Friedrich II, 1741, ebendas. IX. 1. 131 ff. — Von der Machine infernale, einem Brandschiff (brûlot), erfunden von dem Ingenieur JÉNIBELLI um das J. 1585, s. Dictionnaire de TREVOUX, T. III, p. 1630.

§. 245.

Insonderheit b) *in Beziehung auf feindliche Personen; namentlich den Regenten, dessen Familie und Gesandte.*

Das allgemeine Völkerrecht befreit die *Person* des *feindlichen Regenten*, und die *Mitglieder seiner Familie*, nicht von den Gewaltthätigkeiten des Kriegs, am wenigsten dann, wenn sie selbst die Waffen tragen. Milder ist die europäische Völkersitte *a*). Die Souveraine der gegenseitig in Krieg begriffenen Staaten, betrachten einander und die Mitglieder ihrer Familie, wenigstens im Aeussern, nicht als persönliche Feinde. Sie hören daher selbst während des Kriegs selten auf, einander Beweise äusserer Achtung und Freundschaft zu geben, z. B. bei angenehmen und widrigen persönlichen oder FamilienEreignissen, Thronbesteigung, Einschliessung in einer Festung oder an einem andern Ort. Gewaltthätigkeit gegen ihre Person wissentlich auszuüben, namentlich das grobe oder kleine Geschütz absichtlich auf sie zu richten, ist gegen die Kriegsmanier. Gerathen sie in Gefangenschaft, so werden sie entweder sofort frei gelassen, oder mit auszeichnender Achtung behandelt *b*). Auch die bei Ausbruch des Kriegs anwesenden *Gesandten* des feindlichen Staates, erhalten, nebst ihrem Gefolge, freien und sichern Abzug (§. 228 f.).

a) Moser's Versuch, IX. 1. 129 ff. *Ebendess.* Beyträge, II. 265 ff. Vattel, liv. III, ch. 8, §. 159.

b) Moser's Versuch, IX. 1. 141. 146. v. Ompteda's Lit. II. 646. — Kriegsgefangenschaft des Königs von Sachsen, nach der Schlacht von Leipzig 1813. Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. VII, S. 245 ff. — Von den, während seiner Gefangenschaft, von einem Souverain mit dem Feind geschlossenen Verträgen, oben, §. 142.

§. 246.

Und Andere, die nicht zu dem Wehrstand gehören.

Wenn gleich, nach dem allgemeinen Völkerrecht, Gewaltthätigkeiten gegen alle einzelnen Mitglieder des feindlichen Staates und deren Vermögen nicht unerlaubt sind (§. 232), so mildert doch der europäische Kriegsgebrauch dieses in Ansehung derjenigen Mitglieder des feindlichen Staates, welche für ihre Person weder als willkührliche Beleidiger, noch als unmittelbare Theilnehmer an den Feindseligkeiten anzusehen sind. Man beschränkt sich daher, in der Regel, bei ihnen auf solche Gewaltthätigkeiten, welche zu zweckmäsiger Führung des Kriegs unvermeidlich sind, theils um ihre unmittelbare Theilnahme an den Feindseligkeiten zu verhüten, theils um mit Beihülfe aus ihrem Vermögen die eigenen Streitkräfte zu mehren, die feindlichen zu mindern *a*).

a) Moser's Versuch, IX. 1. 201—424. *Ebendess.* Beyträge, III. 1—471. Jo. Mar. Lampredi de licentia in hostem, contra Coccejum. Florent. 1761. 8. Schriften in v. Kamptz neuer Lit., §. 283.

§. 247.

Fortsetzung.

Dem zufolge wird den bei Ausbruch des

Kriegs im eigenen Gebiet befindlichen Unterthanen des feindlichen Staates, freie und sichere Rückkehr binnen gesetzter Frist gestattet; nicht selten wird ihnen sogar ruhige Fortsetzung ihres Aufenthaltes erlaubt, es sey nun vermöge eines Staatsvertrags (§. 152) oder aus Gnade *a*). Den im eroberten Gebiete des Feindes befindlichen Unterthanen desselben, wird, bei ruhigem Verhalten und williger Leistung der ihnen auferlegten Dienste und Lieferungen, nicht nur sicheres Bleiben in ihren Wohnsitzen, sondern auch Fortsetzung ihres Verkehrs im Innern und mit Neutralen gestattet *b*). Zur Sicherheit ihres ruhigen Verhaltens und der ihnen auferlegten Leistungen, werden zuweilen Geissel genommen (§. 156). Sogar die bei dem feindlichen Kriegsheer befindlichen, zum Wehrstand nicht gehörigen Personen, die *Nichtstreitenden* (Unwehren, non-combattans), werden wider ihren Willen der Kriegsgefangenschaft nicht unterworfen *c*). Dagegen können auf Nachsicht solcher Art alle diejenigen keinen Anspruch machen, welche feindliche Handlungen begangen haben, oder dazu bewaffnet gefunden werden.

a) Moser's Versuch, IX. 1. 45 ff. *Ebendess.* Beyträge, I. 471. Französisch-englischer Handelsvertrag v. 1786, Art. 2. De Martens recueil, II. 681. Man vergl. die dänische Verordnung vom 7. Sept. 1813, welche im Anfang des Kriegs mit Schweden erlassen ward, in der Gazette de Francfort, 1813, n° 275.

b) Vattel, liv. III, ch. 8, §. 145—147. — Den meisten An-

spruch auf Schonung haben die *Wehrlosen*, z. B. Alte, Kranke, Kinder, Weiber. Vattel, §. 145. — Versetzung in andere Länder (Transplantation) wird den feindlichen Unterthanen in der Regel nicht zugemuthet. Moser's Versuch, IX. 1. 299.

c) Parömie: wer sich nicht wehrt, den man nicht ehrt. — Feldgeistliche, CivilBeamte, Aerzte, Wundärzte, Lieferanten, Marketender (vivandiers), Dienstleute, u. d. Nach Kriegsgebrauch, werden auch die Quartiermeister dahin gerechnet; desgleichen Schiffe, Tamboure, Pfeiffer, Trompeter, so fern Schonung derselben möglich ist, und sie dem Feinde das gewöhnliche Zeichen geben, daſs sie sich ihm als Sendboten oder Parlementäre nähern.

§. 248.

Oder solche, die zu dem Wehrstand gehören.

Ein unmittelbarer Gegenstand feindlicher Gewaltthätigkeit sind diejenigen Personen, welche zu dem Wehrstande des Feindes gehören, diejenigen Kriegsleute aller Art, deren Amtspflicht sie zu Ausübung der Feindseligkeiten bestimmt *a*). Bei eigenem Verhalten nach Kriegsgebrauch *b*), haben sie Anspruch auf Behandlung nach Kriegsmanier. Von Seite der Kriegstruppen des Feindes, haben wider sie statt: Angriff und Verfolgung, in dem Fall eines Widerstandes oder der Flucht sogar Verwundung und Tödtung, ausserdem *c*) Gefangennehmung und Ausplünderung, worauf entweder Loslassung, meist gegen das Versprechen in diesem Krieg oder auf bestimmte Zeit nicht wieder als Krieger zu dienen, oder Abführung in die Gefangenschaft folgt.

a) Vattel, liv. 3, ch. 15. — Blosse PolizeiSoldaten gehören dahin nicht. Auch nicht Invaliden und Veteranen. Wohl

aber die, welche zur *Landwehr* und zum *Landsturm* gehören, und im Seekrieg die *Caper*. Vergl. §. 267.

b) Dieses ist unter anderem nicht der Fall, wenn gemeine Soldaten ohne Befehl oder Erlaubnifs ihrer Obern, oder ausser dem Fall der Selbstvertheidigung, Feindseligkeiten ausüben. Auch nicht bei Ueberläufern, welche in dem feindlichen Kriegsheer Dienste genommen haben. VATTEL, liv. III, ch. 8, §. 144.

c) Die Kriegsmanier fordert, dem Feind, der durch Verwundung wehrlos geworden ist, oder unbewaffnet um Pardon bittet, Quartier zu geben. MOSER's Versuch, IX. 2. 251 f.

§. 249.

Namentlich Kriegsgefangene.

Ausser dem Fall einer groben Frevelthat, z. B. Empörung, Entfliehung (SelbstRanzionirung) u. d., oder einer von dem Feind abgenöthigten Erwiederung, ist es gegen den Kriegsgebrauch, *Kriegsgefangene a*) zu misshandeln, zu verwunden, zu tödten, zu eigenen Kriegsdiensten zu nöthigen, oder in Sclaverei zu führen *b*). Wohl aber ist erlaubt, sie zweckmäsig zu verwahren, oder in entlegene Provinzen abzuführen. Bei Ermangelung eigener Mittel, mufs ihnen nothdürftiger Unterhalt, wenigstens vorschufsweise, gegeben werden *c*). Dagegen sind sie zu angemessenen Dienstleistungen verpflichtet. Ihre Kriegsgefangenschaft hört auf, so bald sie freiwillig in Kriegs- oder CivilDienste des sie gefangen haltenden Staates treten, oder sich auf andere Art seiner Oberherrschaft unterwerfen *d*), oder von demselben freiwillig losgelassen werden, mit oder ohne die Bedingung, gegen ihn

innerhalb gesetzter Frist, oder in diesem Krieg nicht wieder zu dienen, oder auf Verlangen an einem bestimmten Ort sich wieder zu stellen *e*), oder wenn sie durch Lösegeld *f*), Auswechslung *g*), gewaltsame Wegnahme, Entfliehung, oder durch den Friedensschluſs frei werden. Officiere werden bisweilen auf ihr Ehrenwort losgelassen *h*). Ist dem Gefangenen die Flucht gelungen, und er wird nachher als rechtmäsiger Krieger abermal gefangen, so pflegt seine Flucht bei dem Gemeinen nicht, bei dem Officier mit Gefängniſs bestraft zu werden.

a) Schriften von Kriegsgefangenen, deren Auswechslung und Auslösung, in v. Ompteda's Lit. II. 644 f. u. in v. Kamptz neuer Lit., §. 305. — Man sehe auch Vattel, liv. III, ch. 8, §. 148—154. ch. 14. §. 217—221. Moser's Versuch, IX. 2. 250 ff. Jo. Ad. Thanner diss. de captivis in bello. Argent. 1685. rec. ib. 1714. et Francof. et Lips. 1742. 4. Theod. Schmalz Annalen der Politik (Berlin 1809), Heft I, Num. 6.

b) Moser's Versuch, IX. 276. 311. 312. 314. 318. Rousseau contrat social, liv. I. ch. 4. Bynkershoek quaest. juris publ. lib. I. c. 3. in s. Operib. omn. II. 195. Vorzüglich der preussisch - nordamerikanische Vertrag v. 1785, Art. 24. Hertzberg recueil de déductions, I. 483. — Die Tödtung ist selbst dann gegen den Kriegsgebrauch, wenn man die Gefangenen nicht ernähren, oder bewachen kann. Vattel, a. a. O. §. 180. Der französische NationalConvent decretirte 1794, die den Engländern, Hannoveranern und Spaniern abgenommenen Gefangenen sofort zu tödten. De Martens recueil, VI. 750. 751. Dagegen befahl der Herzog von York, die gefangenen Franzosen menschlich zu behandeln, da man nicht glauben könne, daſs jenes unmenschliche Decret werde befolgt werden; wie auch geschah. Polit. Journal 1794, Junius, S. 655. Auch wurden jene Decrete vom Convent zurückgenommen, am 30. Dec. 1794. De Martens recueil, VI. 751. — Abführung in die Sclaverei, ist noch Sitte

der afrikanischen Staaten, gegen welche sie erwiedert wird. Bynkershoek l. c. p. 196. — Von Kriegsgefangenen bei wilden Nationen; in J. Th. Roth's Archiv für d. Völkerrecht, Heft I, S. 33 ff. Fischer's Geschichte des teutschen Handels, Th. I, S. 38.

c) Moser's Versuch, IX. 2. 272.

d) Moser a. a. O. S. 311.

e) F. C. v. Moser's kleine Schriften, X. 67. Moser's Versuch, IX. 2. 382. — Besonderer Fall v. 1756, ebendas. S. 321 ff.

f) Jo. Nic. Hertius diss. de lytro. Giess. 1686. 4. u. in s. Opusc. T. I. diss. 4. A. A. Hochstetter diss. de pretio redemtionis. Tub. 1704. 4. Barth. Tilesius de redemtione militum captivorum. Regiom. 1706. 4. Thanner l. c. cap. 4. C. G. Biener pr. de statu et postliminio captivorum in bello, §. 7.

g) Jo. Friedem. Schneider diss. de permutatione captivorum. Hal. 1713. 4. Moser's Versuch, IX. 2. 388 ff. Vattel, a. a. O. §. 153. Thanner l. c. cap. 3. §. 5.

h) Moser's Versuch, IX. 2. 369. R. F. Stockmeyer von der Loslassung eines Gefangenen auf sein Ehrenwort. Tübingen 1761. 8.— Von ihrer Auslösung u. Auswechslung s. unten §. 274.

§. 250.

c) *In Ansehung feindlicher Rechte und Sachen. Vertragrechte.*

Zu den rechtmäsigen Mitteln, dem ungerechten Feind zu schaden, gehört auch die Befugnifs, der feindlichen *Rechte* und *Sachen*, namentlich des feindlichen Gebietes, so weit der Kriegszweck es fordert, sich zu bemächtigen, dieselben zu vernichten, zu verderben, zu geniessen, in seiner Gewalt zu behalten *a*) (occupatio bellica). Von früheren *Verträgen* mit dem Feind, verlieren diejenigen, über deren Fortdauer während eines Kriegs beide Theile im Voraus übereingekommen sind, ihre Gültigkeit

durch den Krieg nicht (§. 152 u. 165). Wohl aber diejenigen, bei welchen die Fortdauer friedlicher Verhältnisse ausdrücklich oder stillschweigend vorausgesetzt ward. Verträge, die zu keiner dieser beiden Classen gehören, ist der gerechte Feind befugt, seinem Kriegszweck gemäſs aufzukündigen, oder deren Erfüllung einstweilen zu verweigern, auch das, was er ihnen zufolge schon geleistet hat, zurückzunehmen, so weit dieses möglich ist *b*).

a) Vattel, liv. III, ch. 9. C. H. K. A. v. Kamptz Beiträge zum Staats- u. Völkerrecht, Bd. I (Berlin 1813. 8.), S. 181.

b) Von diesem streitigen Gegenstand, vergl. man oben §. 165, Note a.

§. 251.

Fouragirung, Kriegsfuhren, Requisitionen, Lieferungen, Contribution, Brandschatzung.

Die oben (§. 250) angezeigte Befugniſs gilt namentlich von *Fouragirung a*), *Kriegsfuhren*, *Requisitionen b*) und *Lieferungen* oder Beiträgen zu Unterhaltung des Kriegsheers, und andern Kriegskosten, von *KriegsContributionen* (tributa bellica), insbesondere zu Abwendung angedrohter oder zu besorgender Plünderung und Brandstiftung, des so genannten Sengens und Brennens *c*) (*Brandschatzung*); überhaupt, der Strenge nach, von *Bemächtigung* alles *beweglichen* und *unbeweglichen Eigenthums*, welches dem feindlichen Staat oder dessen Angehörigen zusteht (§. 232 u. 256).

a) Mich.

a) Mich. Grassus diss. de eo quod justum est circa pabulatorias militum excursiones. Tubing. 1698. 4. Moser's Versuch, IX. 1. 383. *Ebendess.* Beyträge, III. 339.

b) *Requisitionen* in diesem Sinn, sind bittweise gemachte Forderung namentlich genannter Kriegsbedürfnisse, die in dem Nothfall mit Gewalt durchgesetzt wird. Washington, in dem nordamerikanischen Krieg, war Erfinder des Wortes und der Sache. Hierauf machten vorzüglich die französischen Kriegsheere häufig Gebrauch davon. ConversationsLexicon, v. Requisitionen, Schmalz europ. Völkerrecht, S. 240 f. v. Kamptz neue Lit., §. 294.

c) Conr. Vogel diss. de lytro incendiario. Kilon. 1703. 4. F. E. Vogt diss. de eod. arg. Lips. 1719. 4. Vattel, liv. III, ch. 9, §. 165. Moser's Versuch, IX. 1. 383. *Ebendess.* Beyträge, III. 256. v. Ompteda's Lit. §. 305. v. Kamptz neue Lit., §. 294. Verträge zwischen Frankreich und Preussen, über Bezahlung einer KriegsContribution von 140 Millionen Franken, vom 8. Nov. 1808, in v. Martens recueil, Supplém. V. 102. Vertrag Frankreichs mit Oestreich, Grofsbritannien, Preussen und Rufsland, geschlossen zu Paris am 20. Nov. 1815, worin (Art. 4) Frankreich eine Contribution von 700 Millionen Franken zu bezahlen versprach; ebendas. VI. 692.

§. 252.

Mildere Grundsätze, namentlich in Ansehung des Embargo auf Schiffe und Waaren, der Handelsgüter, Geld Capitale, Renten- und Zinsenzahlungen.

Doch mildert der europäische Kriegsgebrauch auch diese Strenge, in verschiedener Hinsicht. So wird für *Schiffe* und *Waaren*, welche feindliche Unterthanen, im Vertrauen auf den Schutz des Völkerrechtes, bei dem Ausbruch des Kriegs in dem Land- und Seegebiet des Feindes ihres Staates hatten, oder nachher, des Kriegs ohne ihre Schuld unwissend, dahin gebracht hatten, nach Vorschrift vieler Handelsverträge

(§. 152) und Gesetze *a*), entweder geradezu freier Abzug oder Verkauf binnen einer bestimmten Frist gestattet, oder sie werden nur vorläufig in *Beschlag* genommen *b*) (mit *Embargo* belegt), bis man gewiss ist, dass der Feind es mit diesseitigen Schiffen und Waaren auf gleiche Art halte. In dem entgegengesetzten Fall, wird Confiscation und Veräusserung verfügt. *Handelsgüter* der Unterthanen des feindlichen Staates, welche auf Frachtwagen, oder in Schiffen auf Flüssen und Landseen, transportirt werden, passiren meist frei von Kriegsgewalt. Nicht so, wenn sie auf dem Meer, zumal in feindlichen Schiffen, ergriffen werden (§. 253 u. 260). Auch die Confiscation der *Geldcapitale*, welche der Staat und dessen Unterthanen dem Feind oder seinen Unterthanen schuldig sind, und sogar die Hemmung der den feindlichen Unterthanen gebührenden *Renten-* und *Zinsenzahlungen*, wird von dem Feind nicht immer verfügt *c*).

a) v. Martens Einleit. in das Völkerrecht, §. 263, Note a u. b.

b) Moser's Versuch, IX. 1. 51 ff. Vattel, liv. III, ch. 5, §. 73. 74. ch. 9. §. 163. Encyclopédie méthodique; Diplomatique, T. II. p. 258. sqq. voc. Embargo. De Martens recueil, Supplément, II. 373. II. 452.

c) Bynkershoek quaest. juris publ. lib. I. c. 7. Emérigon traité des assurances, T. I. p. 567. sqq. Moser's Versuch, IX. 1. 300 ff. 351. Schmalz a. a. O., S. 241 f. Vergl. unten §. 258, Note a.

§. 253.

Beute.

Den feindlichen Kriegsheeren, Kriegsschiffen

und Capern, auch den einzelnen Kriegsleuten, kann von den Kriegstruppen, Kriegsschiffen und Capern, durch öffentliche und heimliche Gewalt, alle ihnen und zu ihnen gehörige *fahrende Habe* (Mobilien und Moventien) als *Beute* (praeda, butin) abgenommen werden *a*). Diese gehört, nach dem allgemeinen Völkerrecht, dem kriegführenden Staat; aber heut zu Tage wird sie gemeiniglich, ganz oder zum Theil, den erobernden Truppen überlassen *b*). Oeffentliche Denkmäler, wissenschaftliche und Kunstschätze des Staates, und das in Schlössern, Gebäuden und Gärten des feindlichen Souverains oder seiner Familie befindliche Geräthe, und zur Gottesverehrung dienende Sachen, werden heut zu Tage in der Regel weder zerstört noch hinweggenommen *c*).

a) Bynkershoek quaest. juris publ. lib. I. c. 4. Jo. Tob. Richter diss. de mobilibus privatorum inter arma captis aut alienatis. Lips. 1746. 4. v. Ompteda's Lit. II. 642. v. Kamptz neue Lit., §. 308.

b) Vattel, liv. III, ch. 9, §. 164. Jo. Jac. Bose diss. de jure hostium in bello capiendi (Lugd. Batav. 1766. 4.) c. 4. §. 14. sqq. Einen Unterschied macht Grotius lib. III. c. 6. §. 8. sqq.

c) Im J. 1815, wurden die von französischen Kriegsheeren weggenommenen Gegenstände dieser Art, ihren Eigenthümern zurückgegeben. L. Völkel über die Wegnahme der Kunstwerke aus den eroberten Ländern. Leipz. 1798. 4. — Schriften von den zur Gottesverehrung dienenden Sachen, s. in v. Kamptz neuer Lit., §. 309.

§. 254.

Fortsetzung.

Nach dem europäischen Völkergebrauch,

erwirbt der Feind in Landkriegen das Eigenthum der Beute (der eroberten *beweglichen* Sachen) durch einen Besitz von vier und zwanzig Stunden *a*), so dafs nach Ablauf dieses Zeitraums jeder Dritter dieselben gültig, ohne Besorgnifs einer rechtlichen Zurückforderung oder einer Ausübung des juris postliminii durch ihren vorigen Eigenthümer, von ihm erwerben kann *b*). Dasselbe wird jetzt, von den meisten Staaten, auch bei der in Seekriegen von Kriegsschiffen oder Capern gemachten Beute (*Prise*) anerkannt *c*); doch sprechen einige hier noch das Eigenthum der Beute dem vorigen Eigenthümer erst dann ab, wenn der Eroberer sie in Sicherheit (in eigenes oder neutrales Land, in einen Hafen, oder unter eine Kriegsflotte) gebracht hat *d*). Von einem unrechtmäsigen Feind, z. B. von einem Maraudeur oder Seeräuber, gemachte Beute, geniefst diese Vorzüge nicht. Das MobiliarEigenthum derjenigen Privatpersonen, welchen eigene Ausübung der Feindseligkeiten fremd ist, schliefst der Kriegsgebrauch von der Erbeutung aus; nur mit Ausnahme der feindlichen Handelsschiffe und ihrer Ladung, deren Erbeutung den Kriegsschiffen und Capern gestattet wird *e*). Nach diesen Grundsätzen, ist das jus postliminii des vorigen Eigenthümers erbeuteter beweglicher Sachen zu beurtheilen *f*).

a) Strube's rechtl. Bedenken, Bd. II, Num. 20. J. Bilmark, s. resp. Guil. Ackermann, diss. de dominio rerum in bello captarum. Aboae 1795. 4.

b) Das jus postliminii findet dann nicht statt. Grotius lib. III. c. 6. §. 3. Vattel, liv. III, ch. 13, §. 196. ch. 14, §. 209. Vergl. Bose diss. cit. §. 22. G. C. Krauss diss. de postliminio, praesertim rerum mobilium. Viteb. 1763. 4. — Dasselbe gilt von Gütern der *Neutralen*, welche ein kriegführender Theil confiscirt hatte, wenn der andere kriegführende Theil sie demselben wieder abgenommen hat. Schmidlin diss. de jurib. et obligationibus gentium mediarum in bello, §. 46.

c) De Steck essais sur divers sujets relatifs à la navigation et au commerce pendant la guerre, p. 73. De Martens essai concernant les armateurs, ch. 3, sect. 2.

d) So schon das römische Recht (§. 17. Inst. de rer. divis. L. 5. §. 1. D. de capt. et postlim.) und das Consolato del mare, c. 287. Vergl. de Martens essai concernant les armateurs, ch. 3. Vattel, liv. III, ch. 14, §. 208. Von den Prisen der *Caper*, unten §. 261.

e) Eine rühmliche Ausnahme in dem preussisch-nordamerikanischen Tractat von 1785, Art. 23. De Martens recueil, II. 566.

f) Bynkershoek quaest. juris publ. lib. I. c. 5. Krauss diss. cit. v. Martens Einleit. in das Völkerrecht, §. 278.

§. 255.

Eroberung.

Auch die *unbeweglichen* Güter des Feindes, und die *Souverainetät* über die ihm unterworfenen Provinzen, können feindlich in Besitz genommen werden; welches *Eroberung a*) (occupatio bellica, conquête) genannt wird. In den eroberten Provinzen, tritt der Eroberer an die Stelle der bisherigen Staatsregierung, so viel die Ausübung der StaatshoheitsRechte und den Genufs des Eigenthums seines Feindes betrifft *b*). Doch giebt nicht schon die blosse *Thatsache* der Eroberung ihm ein Recht, das *Eigenthum* der

eroberten Sachen oder die Souverainetät über das Land sich zuzueignen *c*). Ein solches Recht gebührt, nach dem *natürlichen* Völkerrecht, nur dem gerechten Feind, und weiter nicht als der Zweck des Kriegs es fordert. Nur ein Mittel ist hier die Eroberung, durch welches das Recht des Gerechten wider den Ungerechten in Wirksamkeit kommt. Was ein Richterspruch jenem zusprechen würde, wenn ein Richter zwischen beiden stünde, das tritt durch die Eroberung in Kraft, für den der wider das Unrecht kämpfte; nur ein solcher hat ein *Recht* zur Eroberung. Dieser mag sich seines Rechtes bedienen, und keine Protestation, sie komme von dem feindlichen Souverain, oder von einem Mitglied seiner Familie, oder von seinen Gönnern, Bundesgenossen oder Unterthanen, könnte zu irgend einer Zeit einen schwächenden oder entkräftenden Einfluſs von Rechtswegen darauf haben. Weigert sich der ungerechte Feind beharrlich, durch einen Friedensschluſs die von dem rechtmäsigen Eroberer verlangte Abtretung der eroberten Gegenstände anzuerkennen, so ist, seines Widerspruchs ungeachtet, das Recht des Eroberers, sich solche zuzueignen, vollkommen begründet; denn von seiner, des Ungerechten, Willenserklärung kann des Gerechten Befugniſs, sich Genugthuung für das Vergangene und Sicherheit für die Zukunft in vollem Maas zu verschaffen, auf keine Weise abhängen. Die un-

zweifelhafte Rechtmäsigkeit des Zwanges, ersetz den Mangel der ausdrücklichen Einwilligung des Gegners, der solche rechtlos verweigert. — Die Thatsache der Eroberung, selbst verbunden mit dem Rechte dazu, findet ihre natürliche Grenze in der wirklich erfolgten feindlichen Besitzergreifung. Für erobert ist daher nicht zu halten, bewegliches und unbewegliches Staatseigenthum des Feindes, welches in neutralem, oder in nicht erobertem feindlichem Staatsgebiet sich befindet; desgleichen, daselbst ausstehende ActivSchulden des vertriebenen Souverains, wovon dieser die Schuldbriefe in Besitz hat *d*).

a) Bynkershoek quaest. jur. publ. lib. I. c. 6. Vattel, liv. III, ch. 13, §. 197. sqq. Moser's Versuch, IX. 1. 296. J. F. Meermann von dem Rechte der Eroberung. Erfurt 1774. 8. Rechtliche Bemerkungen über das Recht der Eroberung und Erwerbung im Kriege. 1814. 8. v. Ompteda's Lit. II. 641 f. v. Kamptz neue Lit., §. 306 f.

b) Vattel, l. c. §. 197. 198. 199. 201. 202. Grotius lib. III. c. 8. §. 3. Schmalz europ. Völkerrecht, S. 239. — Die Staatsverbindung, und mit ihr die Staatsregierung, darf in keinem Augenblick als aufhörend oder unterbrochen gedacht werden. Im Nothfall wird sie mit dem Eroberer fortgesetzt, in dessen Macht es ruht, dieselbe aufrecht zu erhalten; eine Macht, an welcher es für den Augenblick dem vertriebenen Regenten gebricht. Vergl. §. 258.

c) Wesentlich verschieden sind daher, die Eroberung als blosse *Thatsache* betrachtet, und das *Recht* zur Eroberung; ein Unterschied, der bei Anwendung der Grundsätze des Eroberungsrechtes nicht immer gehörig beachtet wird. — Jo. Zach. Hartmann orat. de occupatione bellica, adquirendi dominium non modo. Kilon. 1730. 4. C. G. Strecker s. resp. C. C. Thilo diss. de modis adquirendi per occupationem bellicam; deque eo quod circa eam justum est. Erf. 1762. 4.

Auch in C. F. J. Schorch's opusc. varii arg. (Erf. 1791), num. II. — Einige behaupten, schon durch die Besitznahme erlange der Eroberer das Eigenthumsrecht. v. Kamptz Beiträge zum Staats- und Völkerrecht, Bd. I, S. 181 f., u. Vattel, liv. III, ch. 13, §. 195. Der letzte nimmt an, dafs nach dem freiwilligen Völkerrecht (man s. §. 1, Note c), jeder förmliche (§. 237, Note a) Krieg seiner Wirkung nach als auf beiden Seiten gerecht zu betrachten, dafs folglich jede in einem solchen Krieg gemachte Eroberung rechtsgültig sey, dafs eine solche Eroberung stets als ein Rechtstitel betrachtet, und dafs dieser nur dann bestritten worden sey, wenn er aus einem Krieg herrühre, der nicht blofs ungerecht gewesen, sondern wozu es selbst an Vorwand gefehlt habe.

d) Man vergl. §. 258, Note a, und 259, Num. 4.

§. 256.

Fortsetzung.

Nach den *heut zu Tage in Europa angenommenen Grundsätzen*, kann der durch das Schicksal der Waffen entstandene Verlust des Besitzes, die Eigenthumsrechte nicht vernichten. Daher kann der Eroberer, obgleich er die StaatshoheitsRechte seines Feindes ausübt und den Genufs der feindlichen Besitzungen hat, weder dieselben sich eigenthümlich zueignen, noch darüber zum Vortheil eines Dritten verfügen; so fern er nicht durch einen Friedensschlufs hiezu ermächtigt worden ist. Der Friede entscheidet demnach, wenn bis dahin Provinzen oder Immobilien des Feindes in der Gewalt des Eroberers geblieben sind, ob und unter welchen Bedingungen ihm solche zugehören sollen *a*). Auch erwartet man darin Bestimmungen, über den

Rechtsbestand der bis dahin von dem Eroberer geschehenen Veräusserungen eroberter Gegenstände *b*). — Ohne Einfluſs ist die Eroberung, nach heutigem Kriegsgebrauch, auf die Rechts- und Besitzverhältnisse des Grundeigenthums derjenigen *Unterthanen*, welche den Kriegsgesetzen nicht zuwider gehandelt haben *c*).

a) Pufendorf de J. N. et G. lib. VIII. c. 6. §. 17. Vattel, liv. III, ch. 13, §. 197. sq. et 212. Bynkershoek l. c. Burlamaqui principes du droit politique, P. IV, ch. 7, §. 20. p. 389. (edit. 1784. 8.) Jo. Jac. Bose diss. cit. c. 5. §. 20. sqq. D. E. de Soria diss. de bonorum finito bello restitutione. Viennae 1747. 4. v. Ompteda's Lit. II. 641 f.

b) Moser's Versuch, IX. 2. 25. Vattel, liv. III, ch. 13, §. 198. Vergl. oben, §. 232, 246, 251 u. 252, u. unten §. 258 f.

c) Vattel, l. c. §. 200. Grotius lib. III. c. 6. §. 1.

§. 257.

Wiedereroberung. Jus postliminii.

Das Recht des Eroberers an den eroberten *unbeweglichen* Sachen aller Art, hört auf, nicht nur durch Verlassung oder durch Herausgabe derselben im Frieden, sondern auch durch *Wiedereroberung* (jus recuperationis, droit de recousse) von Seite des Feindes oder seines Bundesgenossen *a*). In diesen Fällen kommen, in der Regel, alle wiedereroberten Besitzungen, auf Verlangen der Interessenten, in den vorigen Rechts- und Besitzstand *b*) (jus postliminii), da der durch Feindesgewalt erfolgte Verlust des blossen Besitzes, das Eigenthumsrecht nicht vernichten konnte. Eine Ausnahme hievon begründet, we-

der die Zeit der Wiedereroberung, auch nicht eine zweite Wiedereroberung, noch die Rechtmäsigkeit oder Unrechtmäsigkeit des Kriegs auf Seite des Wiedereroberers, noch die blosse Kriegsgefangenschaft des Privateigenthümers *c*). Wohl aber kann wahre Treulosigkeit des Eigenthümers gegen den Staat, eine Ausnahme rechtfertigen *d*), und das Postliminium auch suspendirt werden durch die Ungewifsheit, ob dasselbe in einem bestimmten Fall eintrete *e*). In Absicht auf *Staatshoheit*, und *Staatsverfassung*, so auch in Ansehung der *Privilegien*, treten die vorigen Rechtsverhältnisse wieder ein.

a) Bynkershoek quaest. jur. publ., lib. I. c. 4. De Steck essais sur plusieurs matières (1790), n° 7. Jo. Nelander diss. de jure recuperationis. Lugd. Goth. 1742. 4. v. Kamptz neue Lit., §. 312.

b) Von dem jure postliminii, oben §. 254, u. unten §. 270 u. 328. Bynkershoek quaest. jur. publ. lib. I. c. 16. Vattel, liv. III, ch. 14. Leyser medit. ad Pandect., Spec. 659. v. Ompteda's Lit. II. 671 f. v. Kamptz neue Lit., §. 313. — Von dem Sachbegriff, s. Paulus in L. 9. D. de captivis et jure postliminii. Majansius disp. de postliminio, §. 14. sqq. Menagius amoenit. juris civ. c. 39. — Der in dem römischen Recht angenommenen *Fiction*, als ob die aus des Feindes Gewalt befreiten Sachen oder Personen nie darin gewesen seyen, bedarf es nach dem Völkerrecht nicht (§. 3). — Von der Frage, ob man (wieder eingenommene) Länder, die von ihrem rechtmäsigen Souverain nicht waren abgetreten worden, als wider Napoleon erobert betrachten könne? s. man Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. V, S. 10, 24, 29 u. 30.

c) C. G. Biener pr. de statu et postliminio captivorum in bello solemni imperii cum gente extranea. Lips. 1795. 4. Vattel, §. 210. 211. 217 ff.

d) Vattel, §. 210.

e) Biener, l. c. §. 5.

§. 258.

Gültigkeit der Regierungshandlungen des Zwischenherrschers in einem eroberten Land, wenn in diesem die Oberherrschaft seines vorigen Regenten wieder eingetreten ist.

War nach feindlicher Eroberung des Landes, bis zu der Rückkehr des rechtmäsigen Regenten, eine von diesem völkerrechtlich nicht anerkannte, noch (weil die blosse Thatsache der Eroberung einen Rechtstitel zu geben nicht vermag) anzuerkennende *Zwischenregierung* des Erobereres oder seines Nachfolgers eingetreten; so sind die *StaatsregierungsHandlungen* des Zwischenherrschers von dem zurückgekehrten rechtmäsigen Regenten, oder von seinem Nachfolger, nur *so* weit anzuerkennen, als ihre Gültigkeit auf Rechtsgründen beruht, deren Verpflichtungskraft, ihrer Natur nach, sich bei jedem Nachfolger in der Staatsregierung findet *a*). *So* weit aber darum, weil während der feindlichen Inhabung des Landes, in solchem weder der Staatsverein und die Staatsregierung, noch die Herrschaft des Privatrechtes aufgehört hatte. Bei der unvermeidlichen Trennung von ihrem rechtmäsigen Regenten, war die Gesammtheit der Staatsbürger in die Nothwendigkeit gesetzt, den Staatsverein mit dem Eroberer oder seinem Nachfolger fortzusetzen *b*), unbeschadet der gegen *beide* fortdauernden Ansprüche jenes Regenten auf den

Rücktritt in die Ausübung seiner Staatsbefugnisse. Wegen dieser (sede plena impedita) nothwendigen und wirklichen Fortdauer des Staatsvereins, ist der an der Staatsregierung verhindert gewesene Regent, in Hinsicht auf Regierungshandlungen der Zwischenzeit, als Nachfolger der in dieser Zeit bestandenen Zwischenherrschaft oder ausserordentlichen Staatsregierung zu betrachten *c*).

a) Diese schwierige Rechtsfrage ist, nach ihrem ganzen Umfang betrachtet, vermischter Natur. Es kommen völkerrechtliche, staatsrechtliche, und privatrechtliche Verhältnisse in Erwägung (§. 2 u. 141 c). — In Betracht kommende *Fälle* sind: Veräusserung des Staatsgebietes, ganz oder zum Theil; Veräusserung des Staatsvermögens oder Staatsgutes im eigentlichen Sinn (§. 124), namentlich der Domänen, des Staatsschatzes, der Staatskleinode, desgleichen der StaatsActivschulden (wovon Quinctiliani instit. orat. lib. V c. 6. Pufendorf de J. N. et G. lib. VIII. c. 6. §. 25. Westphälischer Friede, J. P. O. art. IV. §. 47. C. G. K. A. v. Kamptz Beiträge zum Staats- und Völkerrecht, Bd. I, Num. 9, §. 4—8, und oben §. 252), auch der Staatsberechtigungen und Ansprüche; Einziehung der StaatsActivschulden von — theils inländischen, theils ausländischen (§. 255), wohl gar souverainen — Schuldnern, vor oder nach der Verfallzeit, auch dann, wenn die Schuldbriefe fortwährend in den Händen des vertriebenen rechtmäsigen Regenten waren (H. L. C. Euler über die Zulässigkeit der AusträgalInstanz, in Absicht auf Forderungen des Kurf. von Hessen an mehrere grofsherzogliche u. s. w. Häuser aus Anleihen. Frankf. 1818. 4.); CautionsCapitale, die während der Zwischenregierung von Staatsdienern wegen des ihnen übertragenen Amtes bei der Staatscasse angelegt worden; Verpachtung der StaatsDomainen und FinanzRegalien; Erzwingung unterthanschaftlichen Gehorsams zu Uebernehmung öffentlicher Lasten, z. B. zu Leistung ordentlicher oder ausserordentlicher Staatsdienste und Abgaben, zu Theilnahme an Zwanganleihen mit oder ohne Verwendung zum

Besten des Staates (versio in rem); Abschaffung der Leibeigenschaft und des Feudalwesens; Anstellung im Staatsdienst, und Belohnung der Staatsdiener, mit oder ohne Rücksicht auf Grundverfassung und Verwaltungsordnung des Staates.

b) Ist die Regierungsgewalt des legitimen Regenten aus dem Staatsgebiet verdrängt, so bleibt nach Vernunft und Religion, nach Klugheit und Sittenlehre, den Staatsbürgern anders nichts übrig, als, zu Verhütung einer Anarchie und zu Erhaltung der innern Ruhe, wie des eigenen Rechts- und Besitzstandes, wohl auch unwiderstehlicher Gewalt nachgebend, activ und passiv die Regierungsgewalt desjenigen anzuerkennen, der thatsächlich (de facto) im Besitz derselben sich befindet, während die Regierungsgewalt des rechtmäsigen Regenten ruht. Man vergl. §. 175, Note a, am Ende, u. §. 255, Note b.

c) Sehr *verschieden* sind die Meinungen der Gelehrten über diesen Gegenstand. Man vergleiche: Cicero de officiis, lib. II. c. 23. Sam. de Cocceji diss. de regimine usurpatoris, rege ejecto. Francof. ad Viadr. 1702. 4. Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. IV, S. 149 ff., 156 ff., 167 ff., 187 ff. Ansichten, ob die Regierungen der dem Königreich Westphalen ohne Abtretung einverleibt gewesenen Länder, die zwischen der westphälischen Regierung und einzelnen Privatpersonen entstandenen Rechtsverhältnisse anzuerkennen verpflichtet sind? Braunschw. 1815. 8. C. S. Zachariä über die Verpflichtung zur Aufrechthaltung der Handlungen der Regierung des Königreichs Westphalen, u. s. w. Heidelb. 1816. 8. H. T. Reichard commentatio, principes germanici collapso Westphaliae regno terris suis redditi, quatenus domania durante occupatione hostili alienata revocare possint. Gerae 1817. 8. Aufruf der westphälischen Domainenkäufer in Kurhessen, an die verbündeten Mächte u. die Fürsten des teutschen Bundes. Germanien 1817. Erörterung der Fragen: hat der Kurf. von Hessen — — — Anspruch an eine völlige Wiedereinsetzung in den vorigen Stand? welches würden die Folgen seyn, wenn ihm selbige eingeräumt würde? Altona 1817. 4. H. W. Schulz über die Nothwendigkeit der Aufrechthaltung der westphäl. Domainenkäufe in Kurhessen. Frankf. 1818. 8. *Ebenders.* über die Unrechtmäsigkeit der von Kurhessen gemachten Ansprüche auf völlige Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. (sine loco) 1818. 8.

B. W. Pfeiffer, in wie fern sind Regierungshandlungen eines Zwischenherrschers für den rechtmäsigen Regenten nach seiner Rückkehr verbindlich? 1818. 8. Ueber die Aufrechthaltung der Verfügungen des Jérôme Bonaparte in Kurhessen, oder Versuch einer wissenschaftlichen Prüfung der Gründe des von dem kurhess. O.Appell.Gericht am 27. Jun. 1818 ergangenen Ausspruchs. 1819. 8. Berichtigung des Versuchs einer wissenschaftl. Prüfung u. s. w. 1818. 8. Noch Etwas über die Aufrechthaltung u. s. w. 1820. 8. L. Schaumann, die rechtl. Verhältnisse des legitimen Fürsten, des Usurpators, u. des unterjochten Volks. Cassel 1820. 8. W. J. Behr's Erörterung, in wie fern ist der Regent eines Staats an die Handlungen seines Regierungsvorfahrers gebunden, u. s. w. (Bamb. 1818. 8.), S. 52—144. Allgemeiner Anzeiger der Teutschen, 1816, Num. 285 et 333; 1817, Num. 81 et 86. Westphalus Eremita, in der zu Hamburg erschienenen Zeitschrift: Teutscher Beobachter, vom 22. Sept. 1818. (v. Gagern) Ueber Teutschlands Zustand, u. s. w. (Stuttg. 1818. 8.), S. 83—91. v. Kamptz a. a. O. Schmalz europ. Völkerrecht, S. 267.

§. 259.

Fortsetzung.

Rechtsgültig, auch für den zurückgekehrten rechtmäsigen Regenten oder seinen Nachfolger, ist daher eine Regierungshandlung des Zwischenherrschers,

1) wenn jener die Zwischenregierung, durch einen vorausgegangenen, oder späteren Friedensschlufs, *anerkannt* hat, oder einer bestimmten Handlung desselben *beigetreten* ist, es sey durch blosse, ausdrückliche oder stillschweigende, Willenserklärung, oder durch einen mit dem Zwischenherrscher oder einer dritten Macht geschlossenen Vertrag;

2) wenn die Regierungshandlung den Grund-

sätzen der gleichzeitig bestandenen *Staatsverfassung* und *Staatsverwaltung* gemäfs, oder

3) ohne durch diese Grundsätze bestimmt zu seyn, und ohne die Grenzen der Staatsgewalt zu überschreiten, *nothwendig*, oder in hohem Grad *nützlich* war;

4) wenn der Zwischenherrscher der in dieser Eigenschaft ihm zustehenden *Gewalt* sich bedient hat, um ein Individuum, gleichviel ob Unterthan desselben Staates oder nicht, zu Bezahlung einer dem Staat gehörigen Schuldforderung, oder zu irgend einer andern Leistung, namentlich zu Uebernehmung einer Vertragpflicht, zu nöthigen *a*). In solchem Fall ist anzunehmen, dafs die Leistung dem Staat zum Vortheil gereicht habe. In solcher Hinsicht eingegangene Stipulationen, ist der zurückgekehrte rechtmäsige Souverain nur nach erfolgter Entschädigung des Contrahenten oder dessen Rechtsnachfolgers aufzuheben befugt, indem er z. B. den Gegenstand bei demselben vollständig und gänzlich einlöset, wefshalb ihm jedoch der Regrefs wider den Usurpator vorbehalten bleibt. Auch

5) wenn der dem Zwischenherrscher gegebene Werth oder Tauschgegenstand *zum Vortheil des Staates verwendet* worden ist (versio in rem) *b*).

Hat der Erwerber auf wahre *Verbesserung* der von ihm zurückzugebenden Sachen Ko-

sten gewendet, so kann er dafür Vergütung fordern.

a) Ohne Zwang der angezeigten Art erfolgte Leistungen oder eingegangene Rechtsgeschäfte, sind unter dem hier aufgestellten Grundsatz nicht begriffen.

b) In der neuesten Zeit wurden diese Fragen vielfältig erörtert, bei Gelegenheit der Staatsveränderungen, welche Napoleon's Eroberungen und sein Fall zur Folge hatten; in den Königreichen Frankreich, Spanien, Sardinien, und Neapel, in dem Kirchenstaat, in den hannöverischen und kurhessischen Staaten, in den Herzogthümern Braunschweig und Oldenburg, u. a. — Man sehe, insbesondere über die von dem gewesenen König von *Westphalen* veräusserten Domainen und die von ihm contrahirten Schulden, Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. IV, S. 148, 156, 167, Bd. V, S. 10 f., 24, 29 u. 30, und die Protocolle der teutschen Bundesversammlung, vom 6. Febr., 13. u. 17. März, 14. (§. 347 f.) u. 17. Jul. 1817, 30. Jul., 13. Aug., 10. Sept. u. 12. Oct. 1818, 12. Aug. 1819, 12. Apr. 1821. Kurhessische Verordn. v. 14. Jan. 1814, u. authentische Interpretation dieser Verordn., in Hinsicht auf die Staatscapitale, v. 31. Jul. 1818. B. W. Pfeiffer in der angef. Abhandlung. — Herzoglich-braunschweigische Erklärung, betr. die Domainenkäufe und Pächte, in dem Protocoll der t. Bundesversamml. v. 30. Jul. 1818. Zwei Urtheile des AppellationsGerichtes zu Wolfenbüttel von 1817, in v. Bülow's Abhandlungen über einzelne Materien des bürgerl. Rechtes, Bd. I, S. 1 ff. — Königl. hannöverische Bestimmung wegen der Domainenkäufe, v. J. 1819. Urtheil der hannöver. JustizCanzlei zu Hildesheim v. 15. Dec. 1819, abgefafst von der JuristenFacultät zu Giessen; als Anhang zu dem (hamburger) Polit. Journal, Jun. 1820. — Erklärungen des k. preussischen Justizministeriums vom . . Oct. u. 27. Dec. 1817, und Schriften in v. Kamptz neuer Lit. des VR., S. 346 ff. — Ueber den Verkauf der Domainen des Fürstenthums *Fulda* und der Grafschaft *Hanau*, enthält die wiener CongrefsActe, Art. 41 u. 103, eine Bestimmung. Klüber's angef. Acten, Bd. VI, S. 49 u. 86. — Ein königl. *spanisches* Handschreiben vom Jun. 1817, erklärt diejenigen Zahlungen, welche für unter K. Carl IV. verkaufte geist-

geistliche Güter an die usurpatorische Regierung des Königs Joseph geleistet worden, für nichtig, wofern die Käufer nicht beweisen, daſs sie mit Gewalt zu der Zahlung seyen gezwungen worden. — Der *Papst* verordnete, daſs die unter französischer Herrschaft veräusserten, so genannten NationalGüter ihren Besitzern bleiben sollten. Man s. dessen Edict vom 5. Jul. 1815, das Motu proprio vom 16. Jul. 1816, und die Bekanntmachung des CardinalStaatsSecretärs v. 15. Nov. 1817. — Dasselbe verordnete der König von Sardinien in *Piemont* und *Savoyen*, so fern eine Veräusserung nicht mit einem Mangel behaftet sey, der vermöge der gleichzeitigen Gesetze ihre Nichtigkeit nach sich ziehe.

§. 260.

Caper, Kreuzer, und Seeräuber.

Zu den rechtmäsigen Mitteln dem Feind zu schaden, gehört auch die *Caperei a)*. *Caper* (praedatores maritimi, armateurs) sind Privatpersonen, welche von einem kriegführenden Staat durch Patente oder Markbriefe *b)* (litterae marcae, lettres de marque), mit gewissen Einschränkungen und Privilegien, ermächtigt sind, für eigene Rechnung bewaffnete Schiffe (ebenfalls Caper, naves praedatoriae, genannt) auszurüsten, um feindliches Staats- und PrivatEigenthum zu nehmen. Sie gehören zu der bewaffneten Macht, wider den Feind. Sie unterscheiden sich nicht nur von *Kreuzern* oder Kreuzfahrern (croiseurs), welche ein kriegführender Staat unmittelbar ausrüstet, hauptsächlich um durch sie feindliche Häfen und Schiffe beobachten zu lassen, sondern auch von *Seeräubern* oder Corsaren (piratae, praedones maritimi, corsaires), welche ohne Autorisation einer kriegführenden

Macht fremdes Eigenthum auf der See zu nehmen trachten, folglich Räuber und strafbar sind *c*).

a) Bynkershoek quaest. jur. publ. lib. I. c. 4. 5. 17.—20. Vattel, liv. III. ch. 15. §. 229. Surland's europ. Seerecht, S. 82 f. Moser's Versuch, IX. 2. 51—63. *Ebendess.* Beyträge, I. 486 ff. Kluit hist. federum Belgii fed. II. 437. Bose diss. cit. §. 17. sq. S. F. Willenberg tr. de eo q. j. e. circa excursiones maritimas, vom Recht der Caperey. Gedani 1711. 4. und sehr vermehrt ib. 1726. 8. auch 1736. 8. G. F. de Martens essai concernant les armateurs, les prises, et surtout les reprises. à Goett. 1795. 8. Auch teutsch unter dem Titel: Versuch über Caper, feindliche Nehmungen u. Wiedernehmungen, nach d. Gesetzen, Verträgen u. Gebräuchen der europ. Seemächte. Gött. 1795. 8. *Ebendess.* Grundr. d. Handelsrechts (2. Aufl. 1805. 3. Aufl. 1820. 8.), §. 223—237. Azuni, droit maritime, T. II. ch. 2, art. 4.

b) Formular eines französischen *Markbriefes* von 1793, in de Martens recueil, VI. 754; eines preussischen von 1756, in Behmer's nov. jus controvers. T. I. p. 16. Formular einer *Instruction* für einen preufs. Caper, ebendas. S. 17. Instruction für einen englischen, in de Martens recueil, V. 264. 269. 272. — Führt ein Caper Markbriefe von beiden kriegführenden Theilen, und bedient er sich ihrer gegen beide und ihre Unterthanen, so ist er als Seeräuber zu betrachten.

c) Bynkershoek l. c. c. 17. Moser's Versuch, IX. 2. 73 ff. Corn. Moll diss. de jure piratarum. Traj. ad Rhen. 1737. 4. F. Herrmann über die Seeräuber im Mittelmeer und ihre Vertilgung. Lübeck 1814. 8. Dänische Verordn. die Corsaren betr., v. 27. Aug. 1813. Mémoire de Sir Sidney Smith contre les pirateries des états Barbaresques, présenté au congrès de Vienne, in Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. V, S. 528 ff. Vergl. auch Klüber's Uebersicht der diplomat. Verhandlungen des wiener Congr., S. 56 f. C. Kreyssing über den zu Hamburg errichteten antipiratischen Verein. Hamb. 1819. 8. F. W. Wittich über die Seeraubereien der Barbaresken. Düsseld. 1819. 8. Protocoll der 1. Bundesversamml. v. 16. Jun. u. 3. Jul. 1817, u. 6. Jul. 1820, §. 58 u. f. v. Kamptz neue Lit. des VR., §. 288. — Das Wort Corsaire wird zu-

weilen als gleichbedeutend mit Armateur oder Caper gebraucht, z. B. in dem kaiserl. französischen Decret aus Mailand v. 17. Dec. 1807, gegen den englischen Handel, Art. 3.

§. 261.
Fortsetzung.

Die Caper stehen unter den Befehlen der Admirale ihres Souverains; sie dürfen daher keine Schiffe nehmen, welche von diesen mit Freipässen versehen sind. Sie müssen sich dem Kriegsgebrauch und den erhaltenen Instructionen gemäfs betragen. Sie sind rechtmäsige Feinde in demselben Sinn, wie in dem Landkrieg der Soldat, wenn er zu Nehmung feindlichen Eigenthums autorisirt ist. Sie dürfen in dem Seegebiet neutraler Mächte keine Feindseligkeiten ausüben. Die von ihnen dem Feind abgenommenen Schiffe und Güter, sind erst dann für erbeutet anzusehen, wenn der Caper sie in einen Hafen des eigenen, eines alliirten, oder eines neutralen Staates gebracht hat, und solche, nach gehöriger Untersuchung, durch rechtskräftiges Urtheil eines Admiralität-, See- oder Prisen-Gerichtes seines Staates für gute Prise erklärt worden sind *a*). Eigene CaperVerordnungen bestimmen, ob und wieviel in solchem Fall dem Caper als Prämie von seinem Staat zu bezahlen ist, ob und welcher Antheil dem Staat von der Beute gehört, wie diese zwischen dem Caper und dem Capitain zu vertheilen sey, wie ein Caper Caution wegen möglicher Mifsbräuche zu

leisten habe, u. d. m. Eigenmächtige Freilassung der genommenen Schiffe und Waaren, wird, selbst gegen Empfang eines Lösegeldes, dem Caper entweder gar nicht, oder nur in seltenen Fällen erlaubt *b*). Eine Prise kann dem Feind durch Kriegs- oder PrivatSchiffe wieder genommen werden (reprise). Vergebens ist von verschiedenen Mächten der Vorschlag geschehen, die Caperei aufzuheben *c*), und den Handelsgütern feindlicher Unterthanen auf der See dieselbe Freiheit von Kriegsgewalt einzuräumen, welche sie meist auf dem festen Lande geniessen.

a) Traité sur les prises maritimes, et sur les moyens qui doivent concourir pour rendre ces prises légitimes; par M. le chev. d'Abreu. à Paris 1758. 8. (Ist eine Uebersetzung aus dem Spanischen; wovon Hübner in der Vorrede zu s. Buch de la saisie des bâtimens neutres. à la Haye 1759. 8.) Moser's Versuch, IX. 2. 59. Réglement du roi de Danemarck concernant l'armement en course, et la manière de traiter les prises, du 28 mars 1810; in v. Martens recueil, Supplém. V. 429. Ein Supplement zu diesem Reglement, ebendas. S. 505. — Wem die von einem, auf Caperei nicht ausgesendeten Schiff gemachte Beute gehöre? Bynkershoek l. c. lib. I. c. 20. Bose l. c. §. 18.

b) De Martens essai etc., ch. 2, §. 23. De Steck essais sur divers sujets relatifs à la navigation et au commerce pendant la guerre, p. 50.

c) Preussen und die Vereinigten Staaten von NordAmerika haben, durch Vertrag v. 1785, sich gegenseitig verpflichtet, im Fall eines Kriegs unter ihnen, keine Caperei statt finden zu lassen.

§. 262.

Verheerung.

Obgleich Verheerung des feindlichen Gebie-

tes, und Plünderung der feindlichen Einwohner desselben, nach dem allgemeinen Völkerrecht dem gerechten Feind, so weit der Kriegszweck es erfordert, nicht versagt sind, so ist doch beides, in der Regel, gegen den europäischen Kriegsgebrauch. Nur ausnahmweise wird *Verheerung* für zulässig gehalten, bei solchen Bezirken, Gebäuden und Anstalten, deren Zerstörung der Zweck der KriegsOperationen dringend fordert. Dieses kann der Fall seyn, bei Festungen, Befestigungen, und ihrer Umgebung, bei Brücken, Magazinen, Gewehr- und PulverFabriken, Stückgiessereien *a*); auch in Absicht auf Städte, Dörfer und andere Wohnplätze, auf Gärten, Weinberge, Felder, Wiesen und Wälder, bei einer gefahrvollen Verfolgung von Seite des Feindes, oder bei nöthiger Verdrängung oder Hervorlockung desselben aus einem bestimmten Ort, bei Aufschlagung eines Feldlagers, bei Anlegung von Befestigungen und Verschanzungen, bei unmittelbarer Theilnehmung der Einwohner an den Feindseligkeiten, oder von ihnen bezeigtem bösen Willen, namentlich in Entrichtung der auferlegten KriegsContribution *b*), und aus dem Grund einer Erwiederung (retorsio facti).

a) Vattel, liv. III, ch. 9, §. 166—173. — Von Sengen und Brennen, ebendas. §. 167. — Von Schleifung der Festungen, ebendas. §. 170.

b) Man vergl. die von Grofsbritannien, in seinem ersten Krieg mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika, für Kriegs

gesetze erklärten Puncte, in de MARTENS précis du droit des gens (edit. 2.), §. 280, note f.

§. 263.

Plünderung.

Plünderung friedlicher Einwohner, so auch des feindlichen Souverains in Ansehung seines beweglichen Privatvermögens und seiner Schlösser *a*), wird für erlaubt angesehen, nur im Nothfall, als Erwiederung, wenn der Feind die Kriegsgesetze verletzt hat, bei widerspenstigem oder feindseligem Betragen der Einwohner, bei Einnahme einer Festung mit Sturm *b*). Wenn Maraudeure *c*) und Schnapphähne (partis-bleus, chenepans), sich Plünderungen erlauben, findet nicht nur Strafe, sondern auch verhältnifsmäsiger Widerstand der Einwohner statt. So auch bei Excessen oder disciplinwidrigem Benehmen regulirter Truppen *d*), der Parteigänger *e*) und FreiCorps.

a) MOSER's Versuch, IX. 1. 159 ff. *Ebendess.* Beyträge, II. 319 ff.

b) MOSER's Versuch, IX. 2. 143. *Ebendess.* Beyträge, II. 70 ff. 83 ff.

c) MOSER's Versuch, IX. 2. 63 — 73.

d) MOSER's Beyträge, II. 82 — 118.

e) MOSER's Versuch, IX. 2. 49 ff. *Ebendess.* Grundsätze des europ. Völkerrechts in Kriegszeiten (Tüb. 1752. 8.), Anhang, von Parteigängern, S. 344 ff. — Es wird practisch nicht unwichtig seyn, hier anzumerken, dafs von wirklichen Excessen, unerwiesene Beschuldigung derselben zu unterscheiden sey.

§. 264.

d) *KriegsOperationen.*

Der Zweck des Kriegs fordert ganz vorzüglich eigentlich so genannte *KriegsOperationen.* Dahin gehören, 1) alle Arten von *Gefechten,* z. B. Plänkeleien, Scharmützel, Treffen, Land- und Seeschlachten, mit wahrem oder zweifelhaftem Sieg und Niederlage *a*). Darf der Ueberwinder, nach Kriegsgebrauch, den Ueberwundenen ausser Stand setzen, ihm Schaden zuzufügen, so ist er dagegen verpflichtet, wenn solches geschehen ist, und dieser sich in sein Schicksal ruhig ergeben hat, demselben ausser der nöthigen Verwahrung weiter kein Leid zuzufügen, für seinen nöthigen Unterhalt, und, im Fall einer Krankheit oder Verwundung, für seine Heilung Sorge zu tragen. Zuweilen wird sogar ein kurzer particulärer Waffenstillstand geschlossen, um beiderseits die Blessirten zu verbinden und wegzubringen; und die Todten zu begraben. 2) Eben so verhält es sich mit dem so genannten *kleinen Krieg b*) (petite guerre), der durch kleine Abtheilungen regulirter Truppen, durch Parteigänger (§. 263), FreiCompagnien und FreiCorps, auf der See durch einzelne zum Kreuzen bestimmte Kriegsschiffe und Fregatten, und durch Caper geführt wird. Eine Partie muss mit einer schriftlichen Ordre des gehörigen Befehlhabers versehen seyn, aus der gehörigen

Anzahl Mannschaft bestehen, wenn hierüber eine gültige Bestimmung vorhanden ist, und sich dem Kriegsgebrauch gemäfs betragen. Im entgegengesetzten Fall, werden Parteigänger wie Maraudeure und unrechtmäsige Feinde, von beiden Theilen behandelt *c*).

a) v. Ompteda's Lit. II. 641. v. Kamptz neue Lit., §. 297. Moser's Versuch, IX. 2. 78 ff.

b) Traité de la petite guerre; par M. la Croix. 1752. 8. Joh. Ewald's Abhandl. über den kleinen Krieg. Cassel 1785. 8.

c) Moser's Versuch, IX. 2. 49 ff.

§. 265.

Fortsetzung.

Zu den militärischen Unternehmungen im Krieg, gehören, 3) *Landung* an den feindlichen Küsten, *Besetzung* des feindlichen Gebietes, offener Orte, Inseln und Bezirke, *Ueberrumpelung* (coup de main) und *Bestürmung* besetzter oder befestigter Plätze, *Berennung*, *Bloquade* (blocus), und *Belagerung* (siège) fester Plätze *a*), zu Wasser und zu Lande, *Einnahme* derselben, durch Capitulation, Ergebung auf Discretion, oder Sturm, *Besetzung* und *Schleifung* (Rasirung) derselben *b*). Während der Belagerung einer Festung können, nach den Umständen, vorkommen: Abbrennung der Vorstädte, durch die Belagerer oder Belagerten, Entwaffnung oder Ausschaffung der Einwohner, Beschiessung der Festung aus dem groben Geschütz (Bombardement), welcher wenigstens einmalige Aufforde-

rung zur Uebergabe vorausgehen muſs *c*), und nach deren Anfang in der Festung gewöhnlich alle Glocken und Uhren still stehen, Waffenstillstand zu Begrabung der Todten und Wegschaffung der Verwundeten, auch zu Unterhandlung wegen einer Capitulation, Aufforderung zur Uebergabe, doch nicht unter Bedrohung des Commandanten mit der Todesstrafe *d*), Entsatz, Durchschlagung der Garnison, u. d. m. Bei einer Eroberung mit Sturm, wird nicht selten Plünderung nachgesehen, oder auf bestimmte Zeit ausdrücklich erlaubt; nicht so Feueranlegen, und Miſshandlung oder Tödtung der friedlichen Einwohner *e*).

a) Moser's Versuch, IX. 2. 85 ff. v. Kamptz neue Lit., §. 296.

b) Vattel, liv. III, ch. 9, §. 170. Moser a. a. O. S. 87.

c) Moser's Versuch, IX. 2. 136 ff. Es wird für billig gehalten, öffentliche und PrivatGebäude möglichst zu schonen, und in der Regel nur gegen die Festungswerke und Magazine das Geschütz zu richten. Vattel, liv. III, ch. 9, §. 169.

d) Vattel, liv. III, ch. 8, §. 143.

e) Moser's Versuch, IX. 2. 143 ff.

§. 266.

Kriegslist. Spione. Ueberläufer. Deserteure.

Zu dem Zweck der KriegsOperationen dienen, ausser den materiellen Hülfmitteln, unter andern, Kriegslist und Spione, vorzüglich aber bewaffnete Mannschaft oder Kriegstruppen. Täuschung des ungerechten Feindes durch *Kriegs-*

list a) (stratagema, heurema bellicum) ist erlaubt, so fern man ihm nicht Wahrhaftigkeit besonders zugesagt hat, oder die Kriegsmanier solche fordert *b*). Durch heimliche Kundschafter oder *Spione* (exploratores, espions) von den Verhältnissen und Absichten des Feindes Nachricht einzuziehen, ist so wenig gegen das allgemeine Völkerrecht, als wider den Kriegsgebrauch *c*), aber sie werden, wenn sie dem Feind in die Hände fallen, mit grosser Strenge behandelt. Auch *Ueberläufer* und *Ausreisser* (transfuges et déserteurs) aus dem feindlichen Kriegsheer, darf man in den Kriegsdienst aufnehmen, aber sie geniessen darum, wenn sie nachher dem Feind in die Hände fallen, nicht die Rechte der Kriegsgefangenen *d*).

a) TREUER ad PUFENDORF. de officio hominis et civis, lib. II. c. 16. §. 5. VATTEL, liv. III, ch. 10, §. 178. MOSER's Versuch, IX. 2. 464 ff. KLUIT hist. federum, II. 480. Jac. Aug. FRANKENSTEIN diss. de dolo in bellis licito. Lips. 1721. 4. JOLY de MEZEROY tr. des stratagèmes permis à la guerre. Metz 1765. 8. v. OMPTEDA's Lit., §. 303. v. KAMPTZ neue Lit., §. 291.

b) Z. B. dass ein Kriegsschiff seine wahre Flagge aufstecke, ehe es ein Gefecht beginnt.

c) W. H. BRUCKNER diss. de explorationibus et exploratoribus. Jen. 1700. rec. 1744. 4. Laur. LUND, Hafniensis, diss. de speculatore. Jo. Henr. MOLLER diss. de speculatoribus (Traj. ad Rhen. 1771. 4.), cap. 2. §. 3. Hannöv. gel. Anzeigen, 1751, S. 383 ff. VATTEL, liv. III, ch. 10, §. 179. De FELICE leçons du droit des gens, P. II, T. II, p. 199. MOSER's Versuch, IX. 2. 466 f. VI. 45. Encyclopédie méthodique; Diplomatique, T. III. p. 333 — 335. STRUBE's rechtl. Bedenken, Th. III, Num. 33. v. MARTENS Erzählungen, Th. I, Num. 15. v. KAMPTZ Beyträge zum Staats- u. Völkerrecht, Bd. I (Berlin

1815), S. 63—94. SCHMALZ europ. Völkerrecht, S. 135 ff. — Zuweilen giebt es Spione, die *beiden* Theilen dienen (espions doubles).

d) VATTEL, liv. III, ch. 8, §. 144. MOSER's Versuch, IX. 2. 441 — 452.

§. 267.

Rechtmäsige Krieger.

Als *Streitende* (combattans) dürfen an den KriegsOperationen Theil nehmen, und werden bei gehörigem Verhalten nach Kriegsmanier behandelt *a*): nicht nur alle regulirten Truppen, eigene und Hülftruppen, und Kriegsschiffe, sondern auch alle autorisirten FreiCorps und Caper, die zu der Landwehr oder NationalMiliz gehörigen Krieger *b*), alle vermöge eines allgemeinen Aufgebotes oder Landsturms *c*) zur Landesvertheidigung bewaffneten Krieger *d*), die zur Heerfolge aufgebotenen Vassallen und Jäger *e*), die Freiwilligen *f*) (volontaires), diejenigen Unterthanen, welche, aus wirklichem oder vermuthetem Auftrag ihrer Staatsregierung, blofs die Vertheidigung eines Ortes übernehmen *g*), z. B. die Einwohner einer Stadt oder Festung, ohne aus den Schranken dieser Vertheidigung zu schreiten, endlich, wer nur im Nothfall zu seiner persönlichen Vertheidigung die Waffen ergreift. Wer anders gegen den Feind zu den Waffen gegriffen hat, kann von diesem, wenn er ergriffen wird, als unrechtmäsiger Feind, mithin anders als nach Kriegsmanier, behandelt werden.

a) Vergl. Vattel, liv. III, ch. 15. Pufendorf de J. N. et G. lib. VIII. c. 6. §. 21. C. L. Scheid diss. de ratione belli, §. 46. Vergl. oben §. 245 — 249.

b) Moser's Beyträge, III. 6. ff. *Ebendess.* Versuch, IX. 1. 267. — J. J. Moser von Partheygängern; in s. Nachträgen zu den Grundsätzen des Völkerrechts in Kriegszeiten. 1750. 8.

c) In dem Mittelalter Landschreye, Landhude, Landwehre, cri d'armes benannt. Klüber's Anmerkungen zu Sainte-Palaye vom Ritterwesen des Mittelalters, Th. II, S. 150 ff. — Ueber stehende Heere und Landesbewaffnungen; in v. Archenholz Minerva, 1807, Sept., S. 385 ff.

d) Beispiele von Volksbewaffnung. Moser's Versuch, IX. 1. 206 ff. *Ebendess.* Beyträge, III. 6. 9 ff. De Martens recueil, VI. 749. — Beispiele in Teutschland, von 1794, 1795, 1797, 1799, 1800 u. 1809, in Rufsland 1812.

e) Moser's Beyträge, III. 9.

f) Moser's Versuch, IX. 2. 434 — 441.

g) Vattel, liv. III, ch. 15, §. 228.

§. 268.

e) *Kriegshülfe von dritten Staaten.*

Zu den Mitteln dem Feind zu schaden, gehört auch die *Kriegshülfe*, welche dritte Staaten einer kriegführenden Macht leisten *a*). Dazu ist nach dem allgemeinen Völkerrecht jeder dritte Staat befugt, so weit er ohne richterliche Untersuchung, die ihm hier nicht zustehen kann, das Unrecht erkennt, welches jener Macht widerfährt *b*). Daher ist die Bedingung, dafs der Krieg gerecht sey, in jedem Vertrag, worin Kriegshülfe versprochen wird (§. 149), wenigstens als stillschweigende Clausel enthalten, gleichviel ob der Vertrag vor oder während dem Krieg geschlossen war.

a) MOSER's Versuch, X. 1. 1 ff. v. OMPTEDA's Lit. II. 585 ff. v. KAMPTZ neue Lit., §. 287.

b) Vergl. oben §. 233, und VATTEL, liv. III, ch. 6, §. 83. sqq.

§. 269.

Fortsetzung.

Die Verbindlichkeit, die vertragmäsige Kriegshülfe zu leisten, hängt in dem concreten Fall ab von der Vorfrage, ob der *Bundesfall* (casus foederis, le cas d'alliance) vorhanden sey *a*). Nie ist er es bei einem ungerechten Krieg. Aber oft fehlen hinlängliche Data, über die Rechtmäsigkeit des Kriegs mit voller Sachkunde zu urtheilen. In solchem Fall gilt die Vermuthung des Rechtverhaltens, auch unter unabhängigen Staaten (§. 237). Es ist also der Bundesstaat zu der vertragmäsigen Hülfe dann befugt und verpflichtet, und er befindet sich bei deren Leistung in gutem Glauben, wenn er, nach den ihm bekannten Merkmalen, den Krieg, auf Seite der mit ihm verbündeten kriegführenden Macht, nicht für ungerecht erkennt. — Durch Kriegshülfe nimmt diejenige Macht, welche solche leistet, wesentlichen Theil an den Feindseligkeiten der einen kriegführenden Macht. Sie wird also hiedurch *Feind* der andern *b*). Aber der europäische Völkergebrauch erkennt sie dafür, im vollen Sinn, nur bei allgemeiner Kriegshülfe; bei particulärer hingegen nur dann, wenn diese erst während des Kriegs war versprochen worden *c*).

a) Dabei kommt es an, nicht blofs auf das was in dem Bundesvertrag ausdrücklich festgesetzt ist, sondern auch was dabei stillschweigend vorausgesetzt werden mufste, z. B. mit Vorbehalt älterer Vertragrechte eines Dritten, des eigenen Bedürfnisses, u. d. Kein Wunder, wenn bei so verwickelten Verhältnissen oft Beschwerde geführt wird, über verweigerte, verzögerte, oder unvollständig geleistete Kriegshülfe. Vergl. Moser's Versuch, X. 1. 43—55. Kluit hist. federum Belgii fed. II. 402. 489. I. 270. 305. 310. 185. 214. 217.

b) Galliani's Recht der Neutralität, S. 144 ff. — Andere unterscheiden, ob die Kriegshülfe vor, oder während dem Krieg war versprochen worden. Schröder clem. juris nat., socialis et gent. §. 1131. Höpfner's Naturrecht, §. 234, Note 5.

c) Moser's Versuch, X. 1. 144. G. F. de Beulwitz diss. de auxiliis hosti praestitis more gentium hodierno hostem non efficientibus. Hal. 1747. 4. Gutachten des kursächsischen GeheimenrathsCollegii v. 1747, in Moser's Versuch, VIII. 181. Des Gr. v. Hertzberg recueil, I. 8. v. Martens Erzählungen, Th. I, Num. 17. — Wie aber, wenn die Kriegshülfe zwar *vor* dem Krieg versprochen war, das Gebiet der sie leistenden Macht aber nachher der Schauplatz des Kriegs wird? Kann dann nicht, von dem Feind ihres Alliirten, die Zurückziehung oder Suspension der Hülfe verlangt werden? — Beispiel Preussens in dem französisch-russischen Krieg, 1812 u. im Anfang des J. 1813. — Die Geschichte lehrt, dafs in den meisten Fällen die Politik entscheidet, ob und wie weit eine kriegführende Macht einer gegen sie Hülfe leistenden Macht Neutralität bewilligen, oder sie als kriegführenden Hauptheil behandeln will, wozu dann auch aus dem PräventionsRecht ein Rechtfertigungsgrund genommen zu werden pflegt. Neuere Beispiele, in Moser's Versuch, X. 1. 144 ff. De Martens recueil, III. 151. IV. 529.

§. 270.

Allgemeine Kriegshülfe, durch gleichmäsige Kriegführung. SeparatFriede.

Kriegshülfe kann geleistet werden, *allgemein*, durch gleichmäsige Führung eines Kriegs gegen

den Feind des Bundesgenossen, oder nur *particulär*, durch Sendung einer bestimmten Anzahl von Hülfstruppen oder Kriegsschiffen, oder von Subsidien an Geld und andern Kriegsbedürfnissen. Das *erste* kann geschehen *a*), mittelst abgesonderter oder gemeinschaftlicher Führung des Kriegs, die letzte etwa unter einem gemeinschaftlichen Oberbefehlhaber (Generalissimus); desgleichen mit oder ohne Festsetzung eines gemeinschaftlichen OperationsPlans. Bei gemeinschaftlichen KriegsOperationen sind Eroberungen und Beute, in der Regel, nach Verhältnifs gemeinschaftlich *b*). Bei Wiedererroberungen, welche einer von beiden Bundesgenossen macht, gebührt dem andern und seinen Unterthanen das jus postliminii *c*). Kein Theil ist, den Fall der dringendsten Noth ausgenommen, ohne Einwilligung des andern, befugt zu Schliessung eines allgemeinen Waffenstillstandes oder *SeparatFriedens d*), so lang noch möglich ist, den Zweck des Kriegsbündnisses zu erreichen *e*).

a) Moser's Versuch, X. 1. 70. 77.

b) Bei einem SocietätsKrieg auf gleichen oder verhältnifsmäsigen Gewinn und Verlust, können Bundesgenossen angemessene Vertheilung der Eroberungen und des Verlustes gegenseitig fordern. Vergl. den französisch-spanischen FamilienVertrag v. 1761, Art. 18, in de Martens recueil, I. 7. *Ebendess.* essai concernant les armateurs, §. 50.

c) Vattel, liv. III, ch. 14, §. 207. De Steck sur le droit de postliminie ou de recousse; in s. Essais sur plusieurs matières intéressantes (Halle 1790. 8.), n° 8. Vergl. oben, §. 254 u. 257.

d) Wächter diss. de modis tollendi pacta inter gentes (Stuttg. 1779. 4.), §. 81. sqq. Eine Reihe von Schriften, über den preussischen SeparatFrieden zu Basel 1795. Ein, wiewohl unvollständiges, Verzeichniss derselben, in der Neuen allgemeinen deutschen Bibliothek, Bd. XXV, St. 2, Heft 6, S. 344—347. Vergl. auch den AllianzVertrag zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, v. 1778. De Martens recueil, I. 701.

e) Schmalz europ. Völkerrecht, S. 277 f. — Es fehlt nicht an Beispielen, dass ein Bundesgenoss, mitten im Krieg, nicht bloss zu einer vollständigen Neutralität, sondern sogar zu einem Kriegsbündniss, auch zu wirklichem Krieg, gegen seinen bisherigen Bundesgenossen eigenmächtig übergegangen ist; noch in der neuesten Zeit. De Martens recueil, III. 151 sqq. IV. 529 sqq. VI. 620; und Supplément, V. 564, 588 note *, 610, 643, 649, 660.

§. 271.

Particuläre Kriegshülfe, durch Hülfstruppen, Kriegsschiffe, SubsidienGelder, u. s. w.

Oft wird nur *particuläre* Kriegshülfe tractatmäsig *a*) geleistet, eingeschränkt auf bestimmte Quantität und Qualität. Wird eine bestimmte Anzahl *Hülfstruppen* (copiae auxiliares, troupes auxiliaires) oder *Kriegsschiffe*, von bestimmter Art, gesendet, so kann, je nachdem das Kriegsbündniss oder der SubsidienTractat es vorschreibt *b*), solches bloss für eigene Rechnung der hülfeleistenden Macht (puissance auxiliaire) geschehen, oder es ist der nöthige Unterhalt und Sold, oder eine bestimmte Summe SubsidienGelder, von dem kriegführenden Bundesgenossen zu liefern. In dem letzten Fall heissen die Hülftruppen, SubsidienTruppen *c*) (milites stipendiarii cessi). Die Hülftruppen können

unter

unter dem Befehl der kriegführenden Macht, ausserdem unter eigenem, oder unter gemeinschaftlichem Commando stehen, müssen aber in jedem Fall dem Kriegszweck gemäfs handeln, sind in completem Zustand zu erhalten, dürfen nur auf bestimmte Art gebraucht werden, z. B. nur auf dem festen Land, nur in einem gewissen Bezirk, nur zu Vertheidigung des Gebietes des Bundesgenossen, sie erhalten verhältnifsmäsigen Antheil an der Beute, u. d. m.

a) Diese Art der Kriegshülfe wird versprochen in eigenen SubsidienTractaten, in Offensiv- und DefensivAllianzen, in GarantieVerträgen, auch zuweilen in Friedensschlüssen, FamilienTractaten, Handelsverträgen, u. d. Viele solcher Subsidien- und AllianzTractate, besonders teutscher Fürsten und schweizer Cantone, stehen in den Sammlungen von Du Mont, Schmauss. Wench, v. Martens, u. a. Auch in Moser's Versuch, X. 106 ff. - Vergl. Posselt's europ. Annalen 1800. IX. 231. Eisenhart's kleine Schriften, II. 1—88. Reuss teutsche Staatskanzley, XI. 460. Klüber über das europäische StaatsMilitärSystem; in den Europ. Annalen, 1805, V. 170 ff.

b) Sehr bestimmte Vorschriften enthält der östreichisch-russische AllianzTractat von 1746, in Moser's Versuch, VIII. 164. Vergl. ebendas. X. 137 ff. 144 ff.

c) J. F. Schmidlin diss. de juribus et obligationibus gentium mediarum in bello, §. 15. et 16.

§. 272.

Fortsetzung.

Zuweilen besteht die Kriegshülfe in Einräumung einer *Festung*, eines *Hafens*, des *Durchmarsches* (§. 88 u. 136), der *Werbung a*), in Sendung einer bestimmten Summe *Subsidien-Gelder b*) (§. 149), oder in Lieferung anderer

Kriegsbedürfnisse c). Jene werden wohl gar in Friedenszeiten gezahlt, gegen das Versprechen, eine bestimmte Anzahl SubsidienTruppen für den Fall eines Kriegs in Bereitschaft zu halten. Eine Macht, welche nur particuläre Kriegshülfe leistet, wird der Regel nach nicht als kriegführender Theil betrachtet. Sie hat daher keinen Anspruch auf einen Theil der Eroberungen, und wird in dem Friedensschluſs wenigstens nicht als HauptContrahent aufgeführt *d*), sondern höchstens in denselben miteingeschlossen (§. 161 u. f.). Als Kriegshülfe kann nicht angesehen werden, wenn eine Macht gestattet, daſs Einzelne von ihren Unterthanen, als Freiwillige ohne Dienst und Sold, oder auch mit solchem, den Feldzügen fremder Heere als Krieger beiwohnen; desgleichen, daſs ein anderer Staat in ihrem Gebiet, etwa vermöge einer in Friedenszeit geschlossenen Uebereinkunft, einer *MilitärConvention*, Freiwillige für seinen Kriegsdienst *anwerbe* e), so fern sie, in Kriegszeiten, bereit ist dieselbe Werbung auch der andern kriegführenden Macht zu gestatten.

a) Schmidlin diss. cit. §. 17. 21. — 24.

b) Schmidlin diss. cit. §. 19. — Zuweilen ist die Kriegshülfe alternativ bestimmt, auf Mannschaft oder verhältniſsmäsige Leistung durch Geld, z. B. in der preussisch-holländischen DefensivAllianz v. 1788, Art. 3 u. 4. De Martens recueil, III. 134. J. J. Moser von der üblichen Proportion zwischen der Hülfe an Mannschaft, Schiffen oder Geld; in dessen Vermischten Abhandlungen (1750. 8.), Th. I, S. 84.

c) Schmidlin diss. cit. §. 25. — 27.

d) Vergl. den angef. östreichisch - russischen AllianzTractat v. 1746, Art. 12, und den englisch - russischen AllianzTractat v. 1798, Art. 5 u. 6, in de Martens recueil, VII. 321.

e) Bynkershoek quaest. jur. publ. lib. I. p. 158. v. Kamptz neue Lit. des VR., §. 112. — Von dem Gerichtstande der Werber, s. v. Steck's Ausführungen polit. u. rechtl. Materien, S. 164 ff. Rechtsgutachten des SpruchCollegii zu Heidelberg, Bd. I (1808. 8.), Num. 4.

§. 273.

4) *Kriegsverträge.*

In dem Lauf des Kriegs werden nicht selten *Kriegsverträge a)* (pacta bellica, arrangemens militaires) geschlossen, wodurch die kriegführenden Mächte, ohne noch den Krieg zu endigen, über einzelne Gegenstände desselben, Rechte vertragmäsig festsetzen. Auch der offenbar gerechte Feind ist sie zu halten verpflichtet, da er durch Schliessung derselben, für den Gegenstand des Vertrags, nicht nur auf sein Recht stillschweigend verzichtet, sondern auch selbst, seinem Gegner ein AcceptationsRecht einräumt, zu dessen Ausübung sogar ein ungerechter Feind nicht unfähig ist. Wie die Mittel dem Feind zu schaden, dienen auch die Kriegsverträge zu dem Zweck eines gerechten Kriegs, und derselbe Grundsatz, aus welchem ihre Unverbindlichkeit für den gerechten Feind herzuleiten wäre, würde in Ansehung seiner auch für die Unverbindlichkeit eines künftigen Friedensschlusses streiten, folglich dem Zweck

des gerechten Kriegs widerstreiten *b*). Zur Sicherheit des gegebenen Wortes, auch wohl schon der Unterhandlung, werden zuweilen Geissel (§. 156) gegeben, auch manche andere Maasregeln getroffen. Eine Verletzung des Vertrags, würde zu Erwiederung *c*) und anderer Gegengewalt berechtigen. Die Kriegsverträge endigen, unter anderem, mit dem Ablauf der bestimmten Zeit, auf jeden Fall mit dem Frieden.

a) E. C. Wieland diss. de pactis bellicis inter gentes. Francof. ad Viadr. 1776. 4. u. in s. Opusc. acad. Fasc. III. (Lips. 1790. 8.), n. I. F. L. Waldner de Freundstein diss. de firmamentis conventionum publicarum, cap. 1. §. 10. — 12. Vattel, liv. III, ch. 16. Dresch über die Dauer der Völkerverträge, §. 92 ff. v. Ompteda's Lit., §. 302 u. 314. v. Kamptz neue Lit., §. 290 u. 298. — Bei den Römern hiessen sie belli commercia. Tacitus annal. XIV. Virgilius, aen. X. 532.

b) Vattel, liv. III, ch. 10, §. 74. sqq. Abhandl. von der Unverletzlichkeit der Waffen- und Kriegsverträge. Frankf. und Leipz. 1760. 4. Corn. Pet. Chastelein diss. de fide inter hostes. Lugd. Bat. 1769. 4. v. Ompteda's Lit. II. 637. — Streit über die Verbindlichkeit der Convention von Kloster Zeven v. 1757. (Moser's Versuch, X. 1. 185 ff. Staatsschriften des Grafen R. F. zu Lynar, Th. II, Hamb. 1797, 8., S. 71 — 810), und der liliensteiner Capitulation v. 1756, ebendas. IX. 2. 162 ff. 321.

c) Vattel, liv. III, ch. 10, §. 176.

§. 274.

Insbesondere Salvegarden, Verträge über Neutralität, über Auslösung und Auswechslung der Gefangenen.

Die Kriegsverträge sind von mancherlei Art. Durch den *Schutz-* oder *Salvegarden Vertrag* (sauvegarde, salva guardia) wird feindlichen

Personen oder Sachen Befreiung von feindseliger Behandlung zugesagt *a*). Ihm zufolge wird bald eine Schutzwache, bald ein Schirm- oder Schutzbrief, wohin auch die Pässe *b*) (litterae liberi commeatus s. salvi passus aut conductus, passeport, sauf-conduit) gehören, bald ein Symbol z. B. das Staatswappen, zur Legitimation ertheilt. Hienach unterscheidet man lebendige und todte, und bei der letzten schriftliche und symbolische Sauvegarde. — Durch particuläre *NeutralitätsVerträge*, wird ein Theil des feindlichen Gebietes oder Gewerbes für neutral erklärt *c*). — Nicht selten sind, Verträge oder Cartele über *Auslösung* (Ranzionirung, pactum de redimendis captivis cum pacto de lytro) und *Auswechslung* (pactum de permutandis captivis) der Kriegsgefangenen *d*).

a) Ge. Engelbrecht diss. de salva guardia. Jen. 1743. 4. J. Mader's reichsritterschaftl. Magazin, Th. VIII, S. 666. v. Ompteda's Lit., §. 317. Vattel, liv. III, ch. 9, §. 171. Moser's Versuch, IX. 2. 452 ff.

b) Grotius lib. III. c. 21. §. 14. sqq. v. Ompteda's Lit. II. 649. v. Kamptz neue Lit., §. 118.

c) Moser's Versuch, X. 1. 154 ff. NeutralitätsErklärung für die französischen und englischen unbewaffneten Fischerboote. De Martens recueil, VII. 295. sq.

d) Vattel, liv. III, ch. 17, §. 278. sqq. Moser's Versuch, IX. 2. 388—434. De Martens recueil, IV. 276. VII. 288.

§. 275.

ContributionsVerträge und Cartele.

Durch *ContributionsVerträge* (pacta de tri-

buto bellico et lytro incendiario) suchen einzelne Ortschaften oder Bezirke sich von angedrohter oder zu besorgender Plünderung und Brandstiftung, dem so genannten Sengen und Brennen, mittelst gewisser Leistungen, KriegsContribution oder Brandschatzung, loszukaufen (§. 251). — Die kriegführenden Mächte kommen zuweilen überein, in Absicht auf eine bestimmte Verfahrungsweise während des Kriegs, durch *Cartele*, z. B. über die Art gegenseitiger schriftlicher oder mündlicher Mittheilung, namentlich durch PacketBoote, Couriere, Trompeter *a*), Tamboure, Parlementäre *b*), über Ertheilung der Pässe und des sichern Geleites *c*), der Signale *d*), über das Benehmen gegen Gefangene, gegen den Handel und die Gewerbe, über KriegsContributionen, über erlaubte und nicht erlaubte Waffen *e*), über gewisse Arten von Feindseligkeiten, über Postangelegenheiten, über Behandlung der Sauvegarden und der Maraudeure, und über verschiedene andere Gegenstände und Mittel des Kriegs.

a) Moser's Versuch, IX. 1. 95. Chr. Wildvogel diss. de buccinatoribus eorumque jure (Jen. 1711. 4. rec. Hal. 1753. et in Ejus Collect. Disp. n. 3.), §. 41. Abhandl. von den Trompetern u. ihren besondern Rechten; in der prüfenden Gesellschaft fortgesetzten zur Gelehrsamkeit gehörigen Bemühungen (Halle 1741. 8.), Th. IV, Num. 2. Auch in den Schriften dieser Gesellschaft, Th. I, S. 409 ff. De Bielfeld institutions politiques, II. 177, §. 25. — Von PacketBooten s. Moser's Versuch, IX. 1. 48.

b) Hiezu bediente man sich in dem Mittelalter der Waffen-

Herolde (hérauts-d'armes). De Bielfeld a. a. O. II. 176. §. 24. Vergl. oben §. 238, Note b.

c) Vattel, liv. III, ch. 17, §. 265. sqq. v. Ompteda's Lit. II. 649 f.

d) Moser's Versuch, IX. 1. 95. 145. — Bei Kriegsschiffen ist das Abnehmen der KriegsFlagge, und das Aufstecken einer weissen Flagge, ein Zeichen dafs man sich ergeben wolle.

e) Eine Convention von 1692, in Du Mont's corps diplomatique, VII. 310.

§. 276.

Capitulationen.

Zu den wichtigsten Kriegsverträgen gehören die *Capitulationen* (pacta deditionis), wodurch ein kriegführender Theil verspricht, dem andern gewisse Personen zur Verwahrung, oder gewisse Sachen, insonderheit befestigte Plätze, zum Besitz zu übergeben *a*). Meist werden sie abgefafst in der Form von Artikeln, welche der eine Theil vorschlägt, und von Genehmigung, Einschränkung, Abänderung oder Verweigerung, welche der andere Theil daneben oder darunter setzt *b*). Sie sind verbindlich, auch ohne besondere Einwilligung oder nachfolgende Genehmigung der beiderseitigen Souveraine, wenn die Befehlhaber, welche sie schlossen, in gutem Glauben und ohne Ueberschreitung ihrer Amtsgewalt oder Vollmacht handelten.

a) Vattel, liv. III, ch. 16, §. 261. sqq. Moser's Versuch, IX. 2. 155 ff. Jac. Frid. Ludovici diss. de capitulationibus. Hal. 1707. 8. Cornel. Vollenhoven (praes. H. C. Cras) diss. de vi et natura pactionis, quae dicitur Capitulatio. Amstelod. 1797. 4. v. Ompteda's Lit., §. 315. v. Kamptz neue Lit., §. 300.

b) Beispiele: die liliensteiner Capitulation von 1756, wodurch die eingeschlossene sächsische Armee dem König Friedrich II. sich ergab, in Moser's Versuch, IX. 2. 162 ff. Capitulation der französischen Armee in Egypten 1801, in de Martens recueil, Supplément, II. 509. Capitulationen ganzer Länder, Landesbezirke oder Inseln, in Moser's Versuch, IX. 1. 157. IX. 2. 176 — 226. De Martens recueil, VI. 450. VII. 299. 335. 380. 466., Supplément, II. 468. 470. 502. 509. Capitulationen einzelner Festungen oder Städte, ebendas. VII. 416., Supplément, II. 500. Capitulation v. Paris, v. 31. März 1814, ebendas. Supplém. V. 693.

§. 277.

Waffenstillstand Verträge.

Durch *Waffenstillstand Verträge* (pacta induciarum, traités d'armistice) werden Feindseligkeiten auf bestimmte Zeit suspendirt *a*). Sie sind entweder *allgemeine* oder *partiale b*). *Jene* werden zwischen den kriegführenden Staaten überhaupt, und in Hinsicht auf alle Arten von Feindseligkeiten geschlossen (trêves im engern Sinn). *Diese* werden errichtet in Absicht auf einen Theil der Feindseligkeiten (armistices im engern Sinn), zuweilen nur für einen bestimmten Bezirk; es sey nun zwischen den beiderseitigen Souverainen, oder ihren Heerführern in Ansehung des ihnen untergebenen Theils der Kriegsmacht, und mit Einschränkung auf die Grenzen ihrer Amtsgewalt oder Vollmacht *c*). Die Zeitbestimmung ist, so viel den Anfang betrifft, jedesmal genau; nicht so in Hinsicht auf das Ende, welches zuweilen auf einseitige Aufkündigung und den Ablauf eines hierauf folgenden Zeitraums gesetzt ist.

a) Jo. Strauch dissertationes V de induciis bellicis cum aliis. Viteb. 1688. 4. u. in s. Dissert. acad., n. 5: Vattel, liv. III, ch. 16, §. 233. sqq. Moser's Versuch, X. 2. 1 ff. v. Ompteda's Lit. II. 648 f. v. Kamptz neue Lit., §. 301.

b) Beispiele von beiden Arten, in Moser's Versuch, X. 2. 9 ff. 21 ff. 475, u. in de Martens recueil, IV. 571. VII. 141. 172. 174. 177. 390. 396 401. 410. 414. 425. 528. 532. 536. u. in dem Supplém. V. 582 sq. 703. 716. — Von stillschweigend geschlossenen WaffenstillstandVerträgen, s. de Steck obss. subsec. n. 39.

c) Ob und wie fern Ratification des Souverains, oder des Oberbefehlhabers, nöthig ist? Moser's Versuch, X. 2. 5 f. Vattel a. a. O. §. 237. De Martens recueil, IV. 571.

§. 278.

Fortsetzung.

Nach einer Schlacht und bei Belagerungen, wird zuweilen nur auf wenige Stunden Waffenstillstand gemacht *a*) (suspension ou cessation d'armes). Wird der Waffenstillstand auf eine Reihe von Jahren geschlossen *b*), so unterscheidet sich die dadurch bewirkte Waffenruhe von dem eigentlichen Friedensstand nur darin, dafs nach dessen Ablauf jeder Theil, aus der vorigen Kriegsursache, die Feindseligkeiten sofort erneuern kann. Während der vertragmäsigen Waffenruhe, müssen nicht nur die bestimmten Feindseligkeiten unterbleiben, sondern es darf auch diese nicht zu Unternehmungen benutzt werden, welche dem Zweck des Waffenstillstandes zuwiderlaufen *c*). Ausserdem ist der andere Theil berechtigt zu augenblicklicher Erneuerung der Feindseligkeiten. In einem allgemeinen Waffen-

stillstand, sind auch die Alliirten der kriegführenden Mächte begriffen *d*).

a) Moser's Versuch, X. 2. 3 ff. IX. 2. 82. 140. De Martens recueil, VII. 396.

b) Der spanisch-niederländische von 1609 auf zwölf, der östreichisch-französisch-spanische von 1684 auf zwanzig Jahre. — Die osmanische Pforte glaubte ehehin, nach Grundsätzen des Islamismus, mit christlichen Mächten nur Waffenstillstand schliessen zu dürfen. So der belgrader mit Oestreich, von 1739, auf sieben und zwanzig Jahre. Aber in der neuern Zeit schliefst sie Frieden auch für beständig, wie die Friedensschlüsse zu Belgrad mit Rufsland 1739, von Kainardschi 1774, Szistowe 1791, Jassy 1792, Bucharest 1812. Moser's Versuch, X. 2. 39 ff. v. Steck von den Friedensschlüssen der osmanischen Pforte; in dessen Versuchen (von 1772), Num. 9.

c) Vattel a. a. O. §. 245. sqq.

d) De Steck essais sur divers sujets de politique et de Jurisprudence, n° 3.

II. CAPITEL.
RECHT DER NEUTRALITÄT.

§. 279.

Neutralität. Ihr Begriff und Umfang.

Neutral (medius in bello, neutre) heifst, wer keinem der kriegführenden Theile in dem Krieg Beistand leistet. Der, in dem Verhältnifs zu diesen, hieraus für ihn entspringende Zustand, wird *Neutralität* genannt *a*). Vermöge seiner natürlichen Freiheit, kann jeder Staat, bei Kriegen anderer Staaten, selbst dann wenn

er von einer der kriegführenden Mächte eine Rechtsverletzung erlitten hätte *b*), das Recht der Neutralität behaupten *c*), so fern er nicht durch Vertrag zu Theilnahme an dem Krieg verpflichtet ist, wie in dem Fall eines Kriegsbündnisses, oder als Mitglied eines StaatenSystems *d*), oder eines zusammengesetzten Staates *e*). Aber auch hier ist die Verpflichtung zur Theilnahme zu verstehen nur von gerechten Kriegen, oder von solchen, welche man im Zweifel dafür halten muſs (§. 237 u. 268 f.).

a) Abhandl. von der Neutralität u. Hülfeleistung in Kriegszeiten. 1758. 4 Jo. Bartoldi diss. de jure et officiis eorum qui neutras partes in bello tenent. Traj. ad Rhen. 1764. 4. Henr. Hoeufft diss. de jure et officio quiescendi in bello. Lugd. Bat. 1768. 4., auch in Gerh. Oelrichs collect. diss. juris nat. et gent. n. 3. p. 167. sqq. J. Cph. Muhrbeck diss. de jure neutralium in bello Gryhisw. 1771. 4. Jo. Frid. Schmidlin diss. de juribus e obligationibus gentium mediarum in bello. Stuttg. 1779. 4. (Galiani) De' doveri de' principi neutrali verso i principi guerregianti, e di questi verso i neutrali. Libri due. Napoli 1782. 4. Teutsch unter dem Titel: Das Recht der Neutralität; aus dem Italiänischen, mit Anmerk. v. C. A. Cäsar. Leipz. 1790. Th. I. II. 8. A. Hennings Abh. über die Neutralität und ihre Rechte, insonderheit bei einem Seekriege. Altona 1784. 8., und in dessen Sammlung der Staatsschriften, die während des Seekriegs 1776 — 1783 bekannt gemacht worden, Bd. I (Altona 1784. 8.). J. A. Stalpf über einige Rechte und Verbindlichkeiten neutraler Nationen in Zeiten des Kriegs. Wirzb. 1791. 8. Bynkershoek quaest. jur. publ. lib. I. c. 8. — 15. Moser's Versuch, X. 1. 147 ff. Encyclopédie méthodique; Diplomatique, II. 423. v. Ompteda's Lit. II. 651 ff. v. Kamptz neue Lit., §. 315.

b) Hoeufft diss. cit. §. 7. et 13.

c) Hoeufft diss. cit. §. 5. sqq. 13. et 67. sqq. Stalpf a. a. O. §. 3 ff. Schmalz europ. Völkerrecht, S. 278 ff.

e) (Fabricius) Ueber die Neutralität der teutschen Reichsstände in Reichskriegen. 1793. 8. Hoeufft diss. cit. §. 15. sqq.

§. 280.

Natürliche und vertragmäsige, freiwillige und obligatorische Neutralität.

Das *Recht* eines Staates zu Neutralität, ist zwar, vermöge seiner politischen Selbstständigkeit, schon in seinen *natürlichen* Verhältnissen zu andern Staaten gegründet (natürliche Neutralität, neutralité naturelle ou simple). Es kann aber auch noch ausserdem durch *Verträge* (§. 149), einseitig oder gegenseitig, vor und in dem Krieg, bedungen seyn *a*), entweder zwischen dritten nichtkriegführenden Mächten, oder zwischen einer oder mehreren kriegführenden, und einer oder mehreren nichtkriegführenden Mächten (vertragmäsige Neutralität, neutralité conventionnelle). Es kann eine Macht bei einem Krieg unter andern Mächten *freiwillig* neutral bleiben (freiwillige Neutralität, neutralité volontaire); es kann aber auch dieselbe, nach eigener Willkühr *b*), gegen einen oder beide kriegführende Theile, oder auch gegen eine dritte Macht, sich vertragmäsig *verpflichtet* haben zu Beobachtung der Neutralität (obligatorische Neutralität, neutralité obligatoire). In allen diesen Fällen, ergehen oft nicht nur eigene Erklärungen an andere Mächte, sondern auch Verordnungen an die Unterthanen, über die neutrale Schiffahrt und Handlung während des Kriegs *c*).

a) Beispiele von eigenen NeutralitätsConventionen, in Moser's Versuch, X, 1. 157—209. De Martens recueil, Supplément, I. 216. Schmidlin l. c. §. 62. — Die Stadt *Cracau* ward für frei, unabhängig, und streng *neutral* erklärt, in dem von Oestreich, Rufsland und Preussen zu Wien am 3. Mai (21. Apr.) 1815 geschlossenen AdditionalVertrag; in Klüber's Acten des wiener Congresses, Bd. V, S. 138 ff., Bd. VI, S. 22. - Eben so ward auf dem wiener Congreſs eine *immerwährende* Neutralität der *Schweiz* festgesetzt und garantirt. Klüber's angef. Acten, Bd. V, S. 318, u. Bd. VI, S. 181. Vergl. den Acte final du congrès de Vienne, art. 84 et 92; ebendas. Bd. VI, S. 76 u. 78; und die Acte, wodurch diese Neutralität der Schweiz von den verbündeten Mächten anerkannt ward, datirt Paris den 20. Nov. 1815, in v. Martens recueil, Supplém. VI. 740. VIII. 186. 189.

b) Galiani a. a. O., B. I, Cap. 4, §. 4. Moser a. a. O. S. 154 f. Hoeufft diss. cit., §. 71.

c) Beispiele von NeutralitätsVerordnungen in de Martens recueil, IV. 204. 216. 240. V. 234. 278. VII. 140. Schmidlin l. c. §. 63—65. Oestreichische von 1803, in d. Politischen Journal, 1803, S. 879.

§. 281.

Vollständige und unvollständige, allgemeine und partiale.

Die Neutralität, sowohl die freiwillige als auch die obligatorische, kann *vollständig a)* seyn, oder *unvollständig* (plena vel minus plena). Bei der ersten beobachtet der neutrale Staat gegen die kriegführenden Theile, in Hinsicht auf die Kriegsverhältnisse, ein durchgängig gleiches Benehmen. In solchem Fall ist er berechtigt, von jedem derselben gleiche, volle Achtung und Anerkennung seiner Neutralität zu fordern; eine beschränkte nur, bei unvollständiger Neutralität. Das letzte ist der Fall, wenn

er durch frühere Verträge (§. 268 f.) einer der beiden kriegführenden Mächte zu Leistung bestimmter partialer Kriegshülfe verpflichtet ist, z. B. zu Sendung eines HülfCorps, zu Stellung einer Anzahl SubsidienTruppen oder Schiffe, zu Bezahlung von SubsidienGeldern, zu Einräumung eines festen Platzes, oder eines Hafens, des Durchmarsches, der Werbung, Lieferung von Kriegsbedürfnissen, u. d. *b*). — *Allgemein* ist die Neutralität, wenn sie auf alle Theile des Staatsgebietes, auch auf die ganze offene See, sich erstreckt; *partial*, wenn sie nur auf einen Theil des Staatsgebietes, oder des Weltmeeres, oder blofs auf die offene See und nicht auf das Land- und Seegebiet, oder umgekehrt, sich einschränkt.

a) Man s. z. B. die NeutralitätsManifeste der schweizerischen Eidgenossenschaft, vom 18. u. 20. Nov. 1813; in der Gazette de Francfort, 1813, n° 332.

b) Schmidlin diss. cit. §. 9. 10. 11. sqq.

c) NeutralitätsConvention v. 1733, wegen der östreichischen Niederlande. Büsch Welthändel, S. 308 (4. Ausg.). De Martens recueil, Supplément, I. 216. NeutralitätsConvention von 1756, wegen der Festung Königstein, in Moser's Versuch, X. 1. 181. Eine solche von 1763, wegen Neutralität der östreichischen Niederlande und der preussischen Staaten in Westphalen, ebendas. S. 199. Noch andere Beispiele, in dem ReichsDeputationsHauptschlufs zu Regensburg v. 1803, §. 25 u. 27. Convention sur l'octroi de navigation du Rhin, du 15 août 1804, art. 131. Klüber's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 481. Partial ist auch die Neutralität, welche bisweilen den Fischerbooten der kriegführenden Staaten eingeräumt wird. De Martens recueil, VII. 295. — Vergl. auch Schmidlin l. c. §. 61. Stalpf §. 5.

§. 282.

Bewaffnete und unbewaffnete, zu Land und zur See.

Jeder Staat ist befugt, nach eigener Willkühr eine *bewaffnete* oder *unbewaffnete* Neutralität zu wählen, und in Beziehung auf die erste sogar eigene Bündnisse mit andern Staaten, Allianzen der bewaffneten Neutralität, zu schliessen. Bewaffnet ist die Neutralität, wenn der neutrale Staat eine bewaffnete Macht mit dem erklärten Vorsatz aufstellt, daſs er sich derselben, wenn es nöthig, zu Vertheidigung seiner NeutralitätsRechte bedienen wolle. Practisch wichtig ist auch, vorzüglich in der neuern Zeit, die Eintheilung in Neutralität zu *Land* und zur *See a*).

a) Von andern Eintheilungen vergl. Moser's Versuch, X. 1. 150 ff. 157. Jo. Pet. Bannniza diss. de neutralitate (Wirceb. 1752. 4.), §. 3. — 6.

§. 283.

Pflicht der kriegführenden Mächte gegen die neutralen.

Kriegführende Mächte sind *verpflichtet*, einen neutralen Staat in dem Genuſs seiner Neutralität auf keine Weise zu stören. Sie müssen daher sich aller Feindseligkeiten nicht nur gegen denselben, sondern auch in dessen Gebiet (in territorio pacato, h. e. gentis mediae) gegen einander, gänzlich enthalten. Eine Ausnahme hievon, begründet weder die persönliche Freundschaft oder Verwandschaft des neutralen Sou-

verains mit einem der kriegführenden Souveraine *a*), noch der Zufall, dafs der neutrale selbstständige Staat mit einem der kriegführenden Staaten dieselbe physische Person zum Regenten hat, mithin in einer Art von persönlicher Verbindung (unio civitatum personalis) mit demselben steht *b*).

a) Stalpf a. a. O. §. 6.

b) Moser's Versuch, X. 1. 154 f. Büsch Welthändel, S. 308. E. F. Hagemeister de l'intérêt qu'a la Pomeranie suédoise d'etre une partie de l'Empire d'Allemagne lorsqu'il survient une guerre entre la Suède et une puissance étrangère. (à Leipsig 1790. 8.), ch. 1. Klüber's kl. jurist Bibliothek, St. XVII, S. 41. — Von der realen Verbindung zweier Staaten, s. Galiani a. a. O. B. I. Cap. 4.

§. 284.

Pflicht der neutralen Staaten gegen die kriegführenden.

Ein *neutraler* Staat, ist weder Richter noch Partei. *Verpflichtet* ist er, nicht nur sich und seinen Unterthanen keine Handlung zu erlauben, deren Zweck Begünstigung oder Unterstützung einer der kriegführenden Mächte in ihren Kriegsunternehmungen wäre *a*), sondern auch von keiner der kriegführenden Mächte eine Verletzung der Neutralität zu leiden. Verletzung der vollständigen (§. 281) Neutralität, von seiner Seite, wäre demnach nicht nur jede Art von Kriegshülfe *b*) (§. 268—272), oder Gestattung derselben für seine Unterthanen, namentlich dafs diese einer kriegführenden Macht als

Caper

Caper dienen *c*), sondern auch jede willkührliche *d*) Zulassung, daſs einer *e*) der kriegführenden Theile zu dem Zweck der Feindseligkeiten unmittelbaren Gebrauch von seinem Land- und Seegebiet mache *f*). In dem Fall einer solchen Verletzung der Neutralität, wäre der andere kriegführende Theil berechtigt, sowohl zu Selbsthülfe gegen den neutralen Staat, als auch zu Verfolgung des in dem neutralen Gebiet Schutz und Unterstützung findenden Feindes. Bei unvollständiger Neutralität (§. 281), darf der neutrale Staat die vor dem Krieg einer der kriegführenden Mächte versprochene Kriegshülfe nicht über die vertragmäsigen Grenzen erstrecken. Ausserdem macht er sich des Rechtes der beschränkten Anerkennung seiner Neutralität verlustig *g*).

a) Schmidlin diss. cit. §. 7. 8. 29. 30. Moser's Versuch, X. 1. 213 ff. — Worte der Weisheit, in der dänischen Antwort an Groſsbritannien, v. 1793, in de Martens recueil, V. 246 f.

b) Schmidlin diss. cit. §. 15. — 27.

c) Welches in den NeutralitätsGesetzen meist ausdrücklich verboten wird. Vergl. §. 280, Note *b*.

d) Dieses ist nicht der Fall, bei einer *unvollständigen* Neutralität, welche auf frühere Verträge mit einem der kriegführenden Staaten sich gründet (§. 281). Auch nicht, wenn einer der kriegführenden Theile, durch Ausübung des Nothrechtes, Gebrauch gemacht hätte von dem neutralen Gebiet.

e) Anders, wenn der neutrale Staat *beiden* kriegführenden Theilen gleichen Gebrauch von seinem Gebiet gestattet, z. B. den Durchmarsch. Galiani a. a. O. B. I. Cap. 8. §. 4 — 6.

f) Z. B. zu TruppenSammlung, Werbung, Rüstung, Durchmarsch, Zuflucht. J. L. E. Püttmann diss. de jure recipiendi hostes alienos. Lips. 1778. 4. u. in s. Sylloge varior. opusculor. Lips. 1786. 8. Schmidlin l. c. §. 28. 60. Stalpf §. 13.

g) Schmidlin diss. cit. §. 11.

§. 285.

Rechte neutraler Staaten gegen die kriegführenden:

1) *in neutralem Gebiet.*

Bei vollständiger Neutralität, ist ein *neutraler* Staat berechtigt, von den kriegführenden Mächten, im nöthigen Fall sogar mit Gewalt, zu fordern, dafs jede derselben sich von allem Gebrauch des *neutralen Gebietes* zu dem Kriegszweck enthalte; dafs sie Waffen, Munition, Lebensmittel, und andere unmittelbare Kriegsbedürfnisse, für ihre Kriegsmacht aus demselben nicht beziehe; dafs sie darin keine Art von Kriegsrüstung, durch Werbung, TruppenSammlung, bewaffneten oder unbewaffneten Durchmarsch *a*) u. d. vornehme; dafs sie darin keine Art von Gewaltthätigkeit gegen die Person oder Güter der Unterthanen des feindlichen Staates ausübe *b*); dafs sie dasselbe weder ganz noch zum Theil mit Truppen besetze *c*), oder zum Schauplatz des Kriegs mache; dafs sie in dem Fall eines eigenmächtigen Nothgebrauchs desselben, vollständige Genugthuung leiste *d*). Der Verkauf rechtmäsiger Beute in neutralem Gebiet, wird für unerlaubt nicht gehalten *e*); es ist aber solcher durch NeutralitätsVerträge oder

Verordnungen zuweilen untersagt, oder eingeschränkt *f*). — Hat der neutrale Staat, bei unvollständiger Neutralität (§. 281), einer kriegführenden Macht ein HülfCorps gesendet, so kann dieses auch in das neutrale Gebiet seines Souverains von den Truppen der andern kriegführenden Macht verfolgt werden *g*).

a) Moser's Versuch, X. 1. 218. 238—311. Stalpf §. 10 f. Preussische Note vom 14. Oct. 1805, in Beziehung auf den Durchmarsch des französischen bernadottischen Corps durch das Fürstenthum Ansbach. Politisches Journal, Oct. 1805, S. 1058.

b) Oft ausdrücklich festgesetzt, nicht nur in eigenen NeutralitätsVerordnungen der neutralen Staaten, sondern auch in Verträgen. Bynkershoek l. c. lib. I. c. 8. D'Abreu traité sur les prises maritimes P. I. ch. 5. §. 10.—14. Hubner de la saisie des bâtimens neutres, II. 160. Bouchaud des traités de commerce, p. 283. et suiv. Schmidlin diss. cit. §. 55.—58. — In jenen Verordnungen und Verträgen, selbst mit den Barbaresquen, ist oft festgesetzt, dafs ein Kriegsfahrzeug, welches in neutralem Seegebiet vor Anker liegt, z. B. vor dem Hafendamm oder auf der Rhede (au môle ou dans la rade), und ein Signal wegen Ankunft eines Schiffes machen sieht, die Anker nicht lichten dürfe, um demselben entgegen zu fahren, dafs wenn daselbst Kriegsfahrzeuge oder Handelsschiffe zweier kriegführenden Mächte vor Anker liegen, und ein Schiff der einen unter Segel gegangen ist, ein Schiff der andern eher nicht, als nach einem bestimmten Zeitraum, meist 24 Stunden, absegeln dürfe. Beispiele von Verordnungen, in Moser's Versuch, X. 1. 159 f. 311. De Martens recueil, IV. 204. 216. 233. 240. 244. 254. V. 234. 278. Verträge in Wenck's cod. jur. gent. II. 573. 583.

c) Moser's Beyträge zu dem europ. Völkerrecht in Kriegszeiten, II. 48—58. Stalpf §. 12.

d) Schmidlin diss. cit. §. 47.—52. Vattel, liv. III, ch. 7, §. 22. — Beurtheilung des brittischen Angriffs auf Copenhagen, vom 7. Sept. 1807, in dem Polit. Journal 1809, März, S. 245 ff.

e) Bynkershoek l. c. lib. I. c. 15.

f) De Martens recueil, IV. 295. VII. 140. Moniteur universel, 1793. n. 265.

g) Moser's Grundsätze des europ. Völkerr. in Kriegszeiten, Buch III, Cap. 3, §. 8—12. Schmidlin diss. cit. §. 11. n. 3.

§. 286.

2) *in feindlichem Gebiet.*

In *feindlichem Gebiet*, darf ein kriegführender Staat die *Unterthanen* des neutralen Staates, in Absicht auf ihre Personen und beweglichen Güter, nicht feindlich behandeln *a*), so fern sie nicht zugleich daselbst als beständige Unterthanen des feindlichen Staates zu betrachten sind, oder an dessen Feindseligkeiten Theil nehmen. Namentlich gilt dieses von ihren daselbst befindlichen Schiffen. Auf diese darf dort, ohne dringende Noth, weder der Feind noch der einheimische Staat *b*) Beschlag (Embargo) legen, noch sie, wäre es auch gegen Vergütung, zu eigenem Gebrauch verwenden. In dem Fall eines eigenmächtigen Nothgebrauchs der Person oder beweglichen Güter der Unterthanen neutraler Staaten, von Seite einer kriegführenden Macht, muſs vollständige Genugthuung geleistet werden *c*). *Unbewegliche* Besitzungen der Unterthanen des neutralen Staates in dem Gebiet eines kriegführenden Staates, sind als Bestandtheile desselben der Kriegslast unterworfen *d*). Diese Grundsätze gelten auch von beweglichen und unbeweglichen unmittelbaren Besitzungen

des neutralen Staates, in dem Gebiet einer kriegführenden Macht.

a) Vattel, liv. III, ch. 5, §. 75. Schmidlin diss. cit. §. 29. sqq Stalpf §. 14.

b) In Absicht auf diesen, ist in vielen neuern Handelsverträgen der angeführte Grundsatz ausdrücklich enthalten. Verträge der Vereinigten Niederlande mit Spanien, von 1714, §. 21, u. mit dem Königr. beider Sicilien v. 1753, §. 18; desgl. Preussens Vertr. mit den Verein. Staaten v. NordAmerika v. 1785, §. 16. Schmidlin diss. cit. §. 53. De Martens recueil, III. 14. Ausserdem ist sehr gewöhnlich, bei Ausbruch eines Kriegs neutrale Handelsschiffe in Beschlag, und gegen Bezahlung in eigenen Dienst zu nehmen. De Steck essais sur divers sujets (1794), n. 1—3. Galiani, Bd. I, Cap. 10. De Real, science du gouvernement, V. 536. Hubner l. c. II. 142.

c) Schmidlin l. c. §. 53.

d) Vattel l. c. §. 76. Schmidlin l. c. §. 31.

§. 287.

3) *in Ansehung des Handels.*

Nach natürlichem Völkerrecht.

Ein höchst wichtiger Gegenstand ist der *Handel neutraler Staaten* während eines Kriegs überhaupt, mit kriegführenden Staaten insbesondere *a*). Eine kriegführende Macht ist berechtigt, ihren Unterthanen und den Einwohnern des in ihrer Gewalt befindlichen feindlichen Gebietes den Handel zu untersagen, nicht nur mit dem feindlichen Staat, sondern auch mit neutralen Staaten. Aber nicht befugt ist sie, in der Regel, von einem neutralen Staat mit Zwang zu fordern, dafs derselbe sich des Handels mit ihrem

Feind enthalte; denn durch das gegenseitige feindliche Verhältniſs zweier Staaten, werden Rechte eines Dritten, also auch das dem neutralen Staat zustehende Recht des freien Handelsverkehrs, nicht vernichtet. Das natürliche Völkerrecht begreift unter dieser Regel auch die Zufuhr unmittelbarer Kriegsbedürfnisse für den Feind, so fern dabei nicht die Absicht ist, dessen Feindseligkeiten wider seinen Gegner zu unterstützen und zu begünstigen.

a) Jo. Jul. Surland diss. de jure commerciorum in bello. Goett. 1748. 4. Ploos van Amstel diss. de jure commercii, quod gentibus in bello mediis competit. Lugd. Bat. 1759. 4. H. Hanker's Rechte und Freyheiten des Handels der Völker unter einander (Hamb. 1782. 8.), §. 22 — 29, S. 67 — 95. Jo. Mar. Lampredi del commercio dei popoli neutrali in tempo di guerra. Firenze 1788. T. I. II. 8. Teutsch: J. M. Lampredi über den Handel neutraler Völker in Kriegszeiten. Leipz. Th. I. 1790. 8. Französisch: Du commerce des neutres du tems de guerre, par M. Lampredi, traduit de l'Italien par Peuchet. à Paris 1802. 8. Essais sur divers sujets relatifs à la navigation et au commerce pendant la guerre; par M. de Steck. à Berlin 1794. 8. Canut Henr. L. B. de Bonde (Sueci) specimen de libero commercio nationum belli haud sociarum. Lips. 1802. v. Ompteda's Lit. II. 598. — Von Handelsverträgen oben, §. 152.

§. 288.

Nach dem europäischen Völkerrecht. KriegsContrebande.

Der europäische Völkergebrauch, gestattet den Handel neutraler Staaten mit kriegführenden. Nur in Ansehung unmittelbarer Kriegsbedürfnisse und bloquirter Orte, setzt er demselben gewisse Schranken *a*). Er untersagt nicht

den Verkauf unmittelbarer Kriegsbedürfnisse an eine feindliche Macht oder deren Unterthanen, wenn *diese* in *neutralem* Gebiet den *Einkauf* und die *Ausfuhr* vornehmen *b*). Hingegen betrachtet derselbe die *Zufuhr* jener Bedürfnisse, von Seite eines neutralen Staates oder dessen Unterthanen, an eine kriegführende Macht, als eine Verletzung der Neutralität. Er belegt daher die unmittelbaren Kriegsbedürfnisse, so fern sie von neutralen Mächten oder deren Unterthanen einer kriegführenden Macht zugeführt werden, mit dem Namen *KriegsContrebande* (contrebande de guerre). Hierunter versteht man, im Allgemeinen, Waffen, Harnische, und KriegsMunition (les armes, les harnais, et les munitions de guerre), doch mit Ausschlufs der SchiffMunition oder SchiffbauMaterialien *c*) (munitions navales). Die nähere Bestimmung der einzelnen dahin gehörigen Waaren, ist in zweifelhaften Fällen aus den hierüber vorhandenen Verträgen *d*) zu nehmen. In deren Ermangelung, streitet die Rechtsvermuthung für die Anwendbarkeit des natürlichen Völkerrechtes, für die natürliche Freiheit des Handels, also dafür, dafs die Waare als KriegsContrebande nicht zu betrachten sey *e*).

a) Schmidlin diss. cit. §. 43. sqq. Stalpf §. 15 ff.

b) Lampredi I. 53. Anders Galiani Cap. 9. §. 4. — Schon das römische und canonische Recht, päpstliche Verordnungen (bei Strafe des Kirchenbannes), das Consolato del mare, die

Seegesetze von Oleron und Wisby (§. 292), und der Hansestädte, verboten die Zufuhr der Waffen an feindliche Mächte. v. MARTENS Einl. in d. europ. Völkerrecht, §. 313, Note b.

c) Auch diese will Grofsbritannien im Zweifel zu der KriegsContrebande gerechnet wissen. Es begreift darunter Alles, was zu Erbauung und Ausrüstung der Schiffe dient. Mémoire sur les principes et les lois de la neutralité maritime (Paris 1812. 8.), p. 7. In dem Handelsvertrag zwischen England u. Nordamerika v. 19. Nov. 1794, Art. 18, wurden die SchiffbauMaterialien ausdrücklich zu der KriegsContrebande gerechnet. Dasselbe geschieht in dem englisch-dänischen Vertrag v. 4. Jul. 1780. De MARTENS recueil, II. 102.

d) Verzeichnisse der als *KriegsContrebande* zu betrachtenden Waaren, in dem französisch-nordamerikanischen Handelsvertrag v. 1778, Art. 24, in dem französisch-englischen Handelsvertrag v. 1786, Art. 22 f., in dem russisch-türkischen Handelsvertrag v. 1783, Art. 40, in dem russisch-englischen von 1766, in dem russisch-portugiesischen von 1798, in dem russisch-dänischen Vertrag von 1800 über die bewaffnete Neutralität, in dem preussisch-dänischen Handelsvertrag v. 1818, Art. 21, und in andern Verträgen, in de MARTENS recueil, I. 141. VI. 369. sq., VII. 267, Supplément, II. 392. 401. 408. 477. in v. STECK's angef. Essais, p. 127. sqq. MOSER's Versuch, VII. 588. KLUIT hist. federum Belgii federati, I. 47. 243. 247. 257. 259. 260. 304. 306. 312. 315. II. 372. 423. 426—429. FLASSAN hist. de la diplomatie franç. III. 423. SCHMAUSS corp. juris gent. II. 1618. 2307. In dieser letzten Stelle, werden auch „pecunia et commeatus" zu der KriegsContrebande gerechnet. Schweden wollte 1788 auch gemünztes Geld dahin rechnen, stand aber davon ab. De MARTENS recueil, VI. 235. sq. Preussens Beschwerden von 1788, gegen russische Schiffe, in d. Niederelb. Magazin, Th. IV. S. 1307. LAMPREDI, I. 96. — Von Handelsverträgen überhaupt, oben §. 150 ff.

e) *Einseitige* Willenserklärungen kriegführender Mächte, wohl gar verbunden mit Androhung der Confiscation, oder der Wegnahme bestimmter Waaren gegen Vergütung, wären keine gültige Handlungsvorschrift für neutrale Mächte, son-

dern Eingriffe in die Rechte der Neutralität. Ausserdem müfste für KriegsContrebande Alles gelten, was zu nehmen der Mühe lohnt. Man s. aber die grofsbritannische Verordnung vom 8. Jun. 1793, dafs keine Zufuhr von MundProvisionen in französische Häfen statt haben solle, in de Martens recueil, V. 264, verglichen mit V. 238, 251. 254. 259. VI. 371. Von diesem AushungerungsSystem, s. auch Büsch Welthändel (4. Aufl.), S. 582 f. — Es fehlt nicht an Beispielen, dafs kriegführende Mächte, besonders Seemächte, die Neutralen von *allem* Handel mit ihrem Feind auszuschliessen versucht haben, wie die Vereinigten Niederlande zu Anfang des 17. Jahrhunderts, England und Holland 1689, Grofsbritannien und Rufsland 1793. De Martens recueil, V. 238—262. *Ebendess.* Einleit. in d. europ. Völkerrecht, §. 316, Note a. Nau's VölkerSeerecht, §. 158 f. Jacobsen's practisches Seerecht der Engländer und Franzosen, Bd. II, S. 1 ff. Auch Frankreich stellte einst ähnliche Grundsätze auf. Jacobsen, II. 80 ff. In der neuern Zeit haben hauptsächlich die nordischen Mächte sich solchen Behauptungen widersetzt. Mehr aus der neuern Zeit, kommt unten vor, bei dem Seehandel.

§. 289.

Rechte der einen kriegführenden Macht, in Absicht auf die der andern von Neutralen zugeführten Waaren.

Die Verfahrungsweise, wozu in Europa eine kriegführende Macht in Ansehung der von Neutralen ihrem Feind zugeführten Waaren berechtigt ist, oder sich für berechtigt hält, richtet sich, in der Regel, nach folgenden Grundsätzen. 1) Zu vermuthen ist jederzeit, dafs von Neutralen den kriegführenden Mächten keine KriegsContrebande zugeführt werde. Defswegen, und wegen der politischen Unabhängigkeit neutraler Staaten, ist eine kriegführende Macht ohne Verträge nicht berechtigt, Durch-

suchung (Visitation) neutraler TransportWagen oder Fahrzeuge zu begehren. Sie muſs sich begnügen mit dem Beweis, daſs der Transport von Neutralen geschehe *a*). 2) Für KriegsContrebande nicht geachtete Waaren, welche von Neutralen der einen kriegführenden Macht, nach nicht bloquirten, berennten, oder belagerten Orten, zu Wasser oder zu Lande zugeführt werden, muſs die andere ungehindert passiren lassen *b*). Nur bei eigener dringender Noth, kann sie dieselben, gegen vollständige Bezahlung, sich zueignen *c*). 3) Kommt KriegsContrebande, welche ein neutraler Staat oder dessen Unterthanen der einen kriegführenden Macht zuführen wollen, in die Gewalt der andern, so ist diese im Zweifel bloſs berechtigt, solche entweder gegen Bezahlung sich zuzueignen *d*), oder zurückzuweisen, gegen Sicherheitleistung, daſs weder sie noch andere KriegsContrebande dem Feind solle zugeführt werden. Unstatthaft ist daher, in der Regel, die Confiscation der KriegsContrebande, noch mehr aber die Confiscation der dabei befindlichen erlaubten Waaren, und der TransportMittel *e*), z. B. der Pferde und Wagen, des Fahrzeugs, u. d.

a) Anerkannt ist dieser Grundsatz in dem preussisch - nordamerikanischen HandelsTractat v. 1785, Art. 14 u. 15, in de Martens recueil, II. 572. 573.

b) De Martens recueil, Supplément, II. 477. art. 3. n. 2. Schmidlin diss. cit. §. 33. — 43.

c) Grotius lib. III. c. 17. §. 1. sq. Schmidlin diss. cit. §. 47. sq.

d) Gleichfalls anerkannt in dem angef. preussisch-nordamerikanischen Handelsvertrag, Art. 13.

e) J. G. Heineccius diss. de navibus ob vecturam vetitarum mercium commissis (Hal. 1721. 4. u. in s. Sylloge opusculor. n. 8.), cap. 2. §. 3. sqq.

§. 290.

Fortsetzung.

4) Doch ist jetzt in den meisten Handelsverträgen bedungen a), dass die KriegsContrebande confiscirt werden dürfe, nicht aber die übrige Ladung b), auch nicht Wagen und Zugvieh, oder Fahrzeug. Nur in manchen Verträgen ist festgesetzt, dass in gewissen Fällen auch die übrige Ladung c), wohl gar nebst dem TransportMittel, confiscirt werden dürfe. 5) Ausser dem Fall solcher Verträge, fehlt es noch an einem gleichförmigen Gebrauch der europäischen Mächte. Politik und Uebermacht walten häufig vor. KriegsContrebande wird oft confiscirt, andere Waare aber gegen Bezahlung weggenommen.

a) Vergl. überhaupt davon, Bouchaud théorie des traités de commerce, ch. 12, die angef. Essais von Steck, und An Essay on Contraband, by Robert Ward Esq. Lond. 1801. 8. Englisch-nordamerikanischer Handelsvertrag v. 1794, Art. 17.

b) Verschiedene Verordnungen französischer Könige, z. B. von 1543, 1569, 1584, unterwarfen der Confiscation auch die übrige Ladung, nach dem Sprichwort: la robe de l'ennemi confisque celle de l'ami (das italiänische Wort *Roba* bedeutet Waare, Eigenthum, u. d.). Du Mont corps diplomatique, T. VI, P. 2, p. 103. Lamberty mémoires, T. III. p. 676. Schmauss C. J. G. p. 1619. Heineccius diss. cit. c. 2. §. 7. — Manche haben behauptet, die übrige Ladung sey dann

zu confisciren, wenn der *grössere* Theil der Ladung Kriegs-Contrebande sey. Man s. aber Bouchaud, p. 352.

c) Zu Gefangenen können gemacht werden, die in wirklichem Kriegsdienst befindlichen Kriegsleute der feindlichen Macht, nach dem preussisch-nordamerikanischen Handelsvertrag v. 1785, Art. 12; auch Recruten, nach dem französisch-holländischen Vertrag v. 1646, und dem französisch-englischen v. 1655. Lampredi, I. 104. not. l.

§. 291.

Seehandel der Neutralen.

In Hinsicht auf den *Seehandel* der *Neutralen* mit kriegführenden Mächten, stellen sich nach den Verträgen, Gebräuchen, und Behauptungen der europäischen Staaten, verschiedene Eigenheiten dar. Schon oft haben diese Anlafs gegeben zu diplomatischen und gelehrten Erörterungen *a*). Die Seemächte selbst sind in ihren Grundsätzen sich nicht immer gleich geblieben, namentlich in Absicht auf den Handel der Neutralen mit ihren Colonien in Kriegszeiten *b*).

a) Schriften von dem Recht des Seehandels der Neutralen, ausser den oben §. 279 und 287 angeführten, von Surland, Galiani, Lampredi, Bouchaud, v. Steck, Bonde, Hennings, und dem §. 261 angeführten Abreu: Sam. Colliander de jure principum belligerantium merces et navigia neutralium vel pacatarum gentium intercipiendi. Upsal. Sect. I. 1787. Sect. II. 1791. 4. Mart. Hubner de la saisie des bâtimens neutres. à la Haye 1759. T. I et II. 8. Teutsch 1789. C. G. Schmidt (vielmehr J. G. Sammet) diss. de neutralium obligatione et captura navium neutralium. Lips. 1764. 4. und in Sammet's Opusc. p. 269; auch teutsch, in der Sammlung jurist. Abhandlungen, das teutsche Staatsr. betr., Num. I. Frid. Behmer observations du droit de la nature et des gens

touchant la capture et la détention des vaisseaux et effets neutres en tems de guerre. Hamb. 1771. 8. und lateinisch in dessen Nov. jus controversum, T. I. obs. 1. p. 1. — 130. Indication des ouvrages et pièces de législation, relativement à la saisie des bâtimens neutres, par Mr. Groult. à Paris 1780. 8. La liberté de la navigation et du commerce des nations neutres pendant la guerre, considérée selon le droit des gens universel, celui de l'Europe, et des traités. à Londres et Amsterd. (à Giessen) 1780. 8. Auch teutsch: Die Freiheit der Schiffahrt und Handlung neutraler Völker im Kriege. Leipz. 1780. 8. Frid. Franc. Lud. Pestel diss. selecta capita juris gentium maritimi. Lugd. Bat. 1786. 4. rec. ibid. 1789. 8. Le droit des gens maritime, par J. G. Büsch. à Hambourg et à Paris 1796. 8. Auch teutsch: J. G. Büsch VölkerSeerecht. Hamb. und Altona 1801. 8. Arnould système maritime et politique des Européens pendant le 18me siècle, fondé sur leurs traités de paix, de commerce, et de navigation. Paris, an V (1797). 8. Uebersetzt in das Teutsche, von Dominicus, zu Erfurt 1798. 8., und in das Spanische, 1798. Cornel. Vollenhoven diss. de juribus atque officiis gentium in bello mediarum circa navigationem et mercaturam. Amstelod. 1798. 4. Berryere's Darstellung der Rechte der Neutralität, in besonderer Beziehung auf die dänische Schiffahrt; eine Vertheidigung gegen die Eingriffe und Behauptungen der französischen Caper. Aus dem Französischen. Altona 1798. 8. J. Mumsen diss. de navibus populorum belli tempore mediorum non capiendis. Lips. 1799. 4. J. G. Büsch über das Bestreben der Völker neuerer Zeit, einander in ihrem Seehandel recht wehe zu thun. Hamb. 1800. 8. (Ist eine umgearbeitete Auflage seines Buchs: Ueber die Zerrüttung des Seehandels. Hamb. 1793. 8.) A Treatise on the relative rights and duties of belligerant and neutral powers in maritime affairs, in which the principles of armed neutralities and the opinions of Hübner and Schlegel are fully discuted. By Robert Ward Esq. Lond. 1801. 8. J. N. Tetens considérations sur les droits réciproques des puissances belligérantes et des puissances neutres sur mer, avec les principes du droit de guerre en général. à Copenhague 1805. 8. Erschien früher teutsch unter dem Titel: Betrachtungen über die gegenseitigen Befugnisse der kriegführenden Mächte und der Neutralen auf der See. Kiel

1802. 8. C. F. v. Schmidt's Versuch einer Darstellung des dänischen NeutralitätsSystems während des letzten Seekriegs, mit authentischen Belegen und Actenstücken. Kopenhagen 1802—1804. Heft I—IV. 8. B. S. Nau's Grundsätze des VölkerSeerechts. Hamb. 1802. 8. Lud. Holst Versuch einer kritischen Uebersicht der VölkerSeerechte. Hamb. 1802. Bd. I u. II. 8. (Der zweite Band ist noch nicht erschienen.) F. J. Jacobsen's Handbuch über das practische Seerecht der Engländer und Franzosen, in Hinsicht auf das von ihnen in Kriegszeiten angehaltene neutrale Eigenthum. Hamb. Bd. I. 1803. Bd. II. 1805. 8. D. A. Azuni Sistema universale dei Principii del diritto maritimo dell' Europa. Firenze T. I. II. 1795. 8. Edit. 2. Trieste, T. I. 1796. T. II. 1797. 8. u. französisch von J. M. Digeon. Paris im J. VI. 2 Bände in 8. Auch ins Französische übersetzt u. grossentheils umgearbeitet von dem Verfasser, unter dem Titel: Droit maritime de l'Europe. Paris 1798. T. I. II. 8.) Auch in das Spanische übersetzt von Don Rafael del Rodas. Madrid 1808. 2 Bände in 8. Le droit des gens maritime universel, par Mr. Jouffroy. à Berlin 1806. 8. De la liberté des mers, par Mr. Gérard de Rayneval. à Paris 1811. 8. Auch in das Englische übersetzt 1812, in England und in NordAmerika. Ueber ContinentalSystem, VölkerSeerecht, Neutralität zur See, Blokade zur See, Contrebande etc. Leipz. u. Altenb. 1812. 8. Mémoire sur les principes et les lois de la neutralité maritime, accompagné de pièces officielles justificatives. à Paris 1812. 8. (Aus der kaiserl. Druckerei zu Paris. Das Mémoire füllt die ersten 29 Seiten, und ist wahrscheinlich officiel. Die Beilagen stehen S. 30—160. Ein Auszug daraus in d. Journal: der rheinische Bund, Heft LIX, S. 165 ff.) F. J. Jacobsen's Seerecht des Friedens und des Kriegs in Bezug auf die KauffahrteiSchiffahrt. Altona 1815. 8. Ueber Frankreichs und Englands Betragen gegen die Neutralen; in v. Archenholz Minerva von 1810 und 1811. Kluit hist. federum Belgii federati, II. 430. sqq. F. Saalfeld's Grundriss eines Systems des europ. Völkerrechts, §. 185—281. v. Ompteda's Lit. II. 599. v. Kamptz neue Lit. S. 284 ff. 307.

Sammlungen von officiellen Erklärungen, Staatsschriften und Rechtsprüchen der Seegerichte: A. Hennings Sammlung von Staatsschriften, die während des Seekriegs von 1776 bis 1783, sowohl von den kriegführenden, als auch von den

neutralen Mächten öffentlich bekannt gemacht worden sind, in so weit solche die Freiheit des Handels und der Schifffahrt betreffen. Hamb. 1784. 1785. Bd. I. II. 8. Merkwürdige Entscheidungen der londner und pariser PrisenGerichte über neutrale, in den letzten Jahren dieses Kriegs aufgebrachte Schiffe. Altona 1802. 8. Actes et mémoires concernant les négociations qui ont eu lieu entre la France et les Etats-Unis de l'Amérique depuis 1793 jusqu'à la conclusion de la convention du 30 sept. 1800 (par A. G. Gerhardt). à Londres 1807. T. I—III. 8. Auch unter dem Titel: State-Papers relating to the diplomatick transactions etc. Lond. 1816. Das oben angef. ContinentalSystem etc. enthält auf 125 S. die diplomatischen Artikel und Urkunden, seit 1806, nebst Bemerkungen. Das oben angeführte pariser Mémoire sur les principes etc. von 1812, S. 30—160, enthält ActenStücke von 1654 bis 1807. De Martens recueil, an verschiedenen Orten, z. B. V. 238 ff., und in dem Supplément, III. 528—557. V. 433—549. *Ebendess.* Erzählungen merkwürdiger Fälle des neuern europ. Völkerrechts. Bd. I u. II. Gött. 1800 u. 1802. 8. Officielle ActenStücke, die CommercialVerhältnisse Frankreichs mit England und den Vereinigten Staaten Amerika's betr.; in v. Fahnenberg's Magazin für die Handlung, Bd. I, Heft 3 (1810. 8.), S. 261-275, nebst Fortsetzung in den folgenden Bänden.

b) Hievon oben, §. 70, Note *b*.

§. 292.

Entscheidungsquellen.

Die mehrfachen Streitigkeiten welche über diesen höchstwichtigen Gegenstand noch vorwalten, und die vielen widrigen Folgen welche sie nach sich ziehen, erregen den lebhaftesten Wunsch, dafs ein allgemeines SeeGesetzbuch, errichtet durch allseitige Uebereinkunft, Europa beglücken möge *a*). Weder die Seegesetze der Rhodier, noch die von Oleron und Wisby, noch

das berühmte Consolato del mare *b*), wurden je allgemein befolgt. Doch galt das letzte an den Küsten des mittelländischen Meeres, in Spanien, Italien, und selbst auf den Inseln des Archipels, bis Carl V., Philipp II., Ludwig XIV. und andere europäische Mächte besondere Gesetze gaben. Besonders seit der Mitte des XVII. Jahrhunderts, haben einzelne Mächte Gesetze und Verordnungen über diesen Gegenstand errichtet *c*). Nur in wenigen Verträgen der neuern Zeit, ist völlig freie Handelsschiffahrt der Neutralen nach feindlichen Häfen, die bloquirten ausgenommen, festgesetzt *d*).

a) Einen Entwurf dazu, enthält der Essai sur un Code maritime général européen, pour la conservation de la liberté de la navigation et du commerce des nations neutres en tems de guerre. à Leipsic 1782. 8. u. teutsch: Versuch über ein allgemeines europäisches Seerecht, zu Erhaltung des Seehandels neutraler Völker in Kriegszeiten. Leipz. 1782. 8. (Ist zu betrachten als Fortsetzung und gleichsam als zweiter Theil des bei vorigem §. angef. Werks. La liberté de la navigation etc.)

b) Diese Seegesetze findet man beisammen, in der Biblioteca di Gius nautico. Firenze, T. I. II. 1785. 4., und in teutscher Uebersetzung, in J. A. Engelbrecht's Corpus juris nautici. Lübeck 1790. 4. — Von dem Consolato del mare, fast in alle europäische Sprachen übersetzt, ist am meisten verbreitet die italiänische Uebersetzung unter dem Titel: Il Consolato del mare, colla spiegazione di G. M. Casaregj. Venezia 1734. 4. Neue Ausg. ebendas. 1802. 4. Auch zu Florenz, Lucca u. Livorno . . . . erschienen Abdrücke von dieser. Französische Uebersetzungen haben geliefert, Clairac zu Bourdeaux 1661, und P. B. Boucher 1808 zu Paris, 2 Bände in 8. Zum erstenmal gedruckt, in catalanischer Sprache, erschien es 1494. — Von der Geschichte dieser Seerechte handeln: The history of the Law of Shipping and Navigation, by J. Reewes. Lond. 1792. 8.

Origine

Origine et progrès du droit et de législation maritime, par Mr. Azuni. à Paris 1810. 8. — Schriften darüber, u. über die Seegesetze der europäischen Mächte, in v. Kamptz neuer Lit., §. 155 ff.

c) G. F. v. Martens Gesetze u. Verordnungen der einzelnen europ. Mächte, über Handel, Schiffahrt u. Assecuranzen. Gött. Th. I. 1802. Th. II. 1804. 8. Auch unter d. Titel: Loix et ordonnances etc.

d) Visitationsfreie Schiffahrt dieser Art, ward bedungen in dem französisch-dänischen Handelsvertrag v. 1742, Art. 20. Wenck cod. jur. gent. I. 612.

§. 293.

Visitation neutraler Handelsschiffe.

Begegnet ein neutrales Handelsschiff dem Kriegsschiff oder Caper einer kriegführenden Macht, in ihrem oder ihres Alliirten Seegebiet, oder auf offener See, so muſs, nach europäischem Völkergebrauch, das Handelsschiff, auf ein erhaltenes Signal (semonce oder coup d'assurance), sich einer Beglaubigung unterwerfen, daſs das Schiff nebst Schiffer und Equipage zu einem neutralen Staat gehöre, und daſs es der andern kriegführenden Macht keine KriegsContrebande zuführe *a*). Diese Beglaubigung besteht, wenn das Schiff *unter Convoi* (unter dem Schutz eines oder mehrerer Kriegsfahrzeuge seines Staates) fährt, in der durch sein Ehrenwort bestätigten *Versicherung* des die Convoi commandirenden Offiziers, daſs das Schiff nebst Schiffer und Equipage seinem Staat angehöre, und daſs keine, der Confiscation unterworfene Waare auf dem Schiff vorhanden sey *b*).

a) Ueber die Rechtmäsigkeit dieser Visitation, ohne Verträge, wird sehr gestritten. Sur la visite des vaisseaux neutres sous convoi, ou examen impartial du jugement prononcé par le tribunal de l'amirauté anglaise, le 11 juin 1790, dans l'affaire du convoi suédois; par Mr. J. F. W. Schlegel. Traduit du danois, par M. de Juge. à Copenhague 1800. 8. Auch teutsch: Ueber die Visitation der neutralen Schiffe, von J. F. W. Schlegel. Copenh. 1800. 8. Remarks on Mr. Schlegel's work upon de Visitation of neutral vessels under convoy, by Alex. Croke. 1801. 8. A treatise of the relative rights and duties of belligerant and neutral powers in maritime affairs, in which the opinions of Hubner and Schlegel are fully discussed. Lond. 1801. 8. A. W. B. v. Uechtritz von Durchsuchung der Schiffe neutraler Völkerschaften. Rothenburg a. d. Fulda 1801. 8., auch in Siebenkees jurist. Magazin, Bd. II, Num. 2, S. 32—50. M. H. Bornemann über die gebräuchliche Visitation der neutralen Schiffe, und über die Convoi. Aus dem Dänischen, von C. E. Primon. Copenhagen 1801. 8. (Der Titel des zu Copenhagen 1801 erschienenen Originals ist: Over den brugelige Visitation af neutrale Skibe og Convojen. Af M. H. Bornemann.) Originale Actenstücke über die letzte Irrung zwischen Dänemark und England, und die neueste nordische Convention. Mit Einleitung herausgegeben von C. U. D. v. Eggers. Copenhagen 1801. 8. v. Martens Erzählungen merkwürdiger Fälle des neueren europäischen Völkerrechts, Bd. I, S. 299, Bd. II, S. 8—58. Moser's Versuch, X. 1. 360. Schmidlin diss. cit. §. 66. sqq.

b) Ob das Kriegsschiff oder der Caper bei dieser Versicherung des SchiffCapitains sich beruhigen müsse? darüber ist in der neuern Zeit sehr gestritten worden. Man s. die so eben angeführten Schriften, und de Martens précis du droit des gens (edit. 2), §. 326, note n. Streit zwischen England und Schweden 1799, in *Ebendess.* Erzählungen merkw. Fälle, I. 299. Englisch-dänischer Streit v. 1800, wegen der dänischen Fregatte Freya. Polit. Journal v. Aug. 1800, S. 781. 860. 863. — In manchen Verträgen seit 1780, ist die Frage bejahend entschieden. Preussisch-nordamerikanischer Handelsvertrag v. 1785, Art. 14; in de Martens recueil, II. 572. Preussisch-dänischer Handelsvertrag von 1818, Art. 19. Verträge Rufslands mit Schweden, Dänemark und Preussen, von

1800 und 1801, wegen der zweiten bewaffneten Neutralität. De MARTENS recueil, Supplément, II. 393. 402. 409. *Ebendess.* essai concernant les armateurs, ch. 2, §. 20. Vergl. auch MOSER'S Versuch, X. 1. 358. — Aber Manche fordern ausser der Versicherung des Capitains, wenigstens noch Vorzeigung eines urkundlichen Beweises, dass das Schiff zu einem neutralen Staat gehöre. Auch die Vereinigten Niederlande liessen 1762 sich diese gefallen. In der russisch-englischen SeeConvention vom 17. Jun. 1801, Art. 4, welcher auch Dänemark und Schweden beitraten, ward eine modificirte Visitation auch der unter Convoi segelnden Handelsschiffe, doch nur den Kriegsschiffen, eingeräumt. De MARTENS recueil, Supplément, II. 478. — Auch kann streitig seyn, ob ein Schiff unter KriegsFlagge, wirklich ein Kriegsschiff sey? Dänemark und Spanien stritten hierüber 1782, in Beziehung auf die Corvette St. Jean.

§. 294.

Fortsetzung.

Fährt das Schiff *ohne Convoi*, so erfolgt die Beglaubigung durch Vorzeigung und Prüfung der *Seebriefe* oder Schiffspapiere *a*) (papiers de mer et livres ou pièces de bord). Eigenthum und Bestimmung der Ladung werden beglaubigt durch die CertePartie, die Conossemente, und das obrigkeitliche Certificat über die geleistete eidliche Verklarung; das neutrale Eigenthum des Schiffes wird erwiesen, entweder durch Byl- oder Bielbriefe, oder durch gerichtliche Urkunden, woraus der Rechtstitel des Eigenthümers zu ersehen ist; die Neutralität des Schiffers und der Equipage, wird dargethan durch Pässe und Muster- oder EquipageRolle, auch durch Urkunden über das Staats- oder OrtsBürgerrecht

derselben. Zeigt sich ein gegründeter Verdacht gegen die Aechtheit der Seebriefe, so kann eine *Durchsuchung* des Schiffs auf gehörige Art *b*) erfolgen.

a) Lampredi I. 161. 187. Schmidlin §. 67. sq. Jacobsen II. 250 — 453. — Nach manchen Verträgen und Verordnungen wird erfordert, daſs das Schiff nicht von dem Feind erbaut, oder während des Kriegs in dessen Besitz gewesen sey, ausgenommen wenn es ihm durch Eroberung abgenommen, und dem Verkäufer als gute Prise zuerkannt worden ist; ferner, daſs alle Angestellten auf demselben, und von den Matrosen wenigstens ⅔ oder ¾ Unterthanen des neutralen Staates seyen. Schmidlin diss. cit. §. 59. n. 1. et 2. Der preussisch-dänische Handelsvertrag von 1818, Art. 17, fordert, daſs der Capitain und die Hälfte des Schiffvolks aus dem Lande, wohin das Schiff gehört, gebürtig seyn müssen.

b) Hievon de Martens in dem angef. essai, ch. 2, §. 18. sqq. Nau's VölkerSeerecht, §. 164 ff. Azuni a. a. O. II. 260 ff. Schmidlin diss. cit. §. 69. Vertr. v. 1663, in Flassan's hist. de la dipl. franç. III. 5. — Mehrere Verträge setzen fest, daſs das Kriegsschiff welches ein Kauffartheischiff visitiren will, sich ausser CanonenSchuſsweite halten muſs, eine einzige Chaloupe, und nur zwei oder drei Mann an Bord senden darf, um daselbst die Seebriefe sich vorzeigen zu lassen. Englisch-französischer Fr. zu Utrecht 1713, Art. 24. Englisch-niederländischer Fr. zu Utrecht 1713, Art. 24. Handelsvertrag zwischen Frankreich u. den Vereinigten Staaten von Nordamerika v. 1778, Art. 27. Französisch-englischer Handelsvertrag v. 1786, Art. 26. Russisch-östreichischer Handelsvertrag v. 1784, in den beiderseitigen Edicten v. 1785, Art. 13 u. 15 (de Martens recueil, II. 625. 637). Preussisch-nordamerikanischer Handelsvertrag 1785, Art. 15. Schwedisch-nordamerikanischer Handelsvertrag v. 1783, Art. 25. Preussisch-dänischer Handelsvertrag v. 1818, Art. 19.

§. 295.

Gerichtliche Erörterung und Entscheidung der PrisenFälle.

Ergiebt sich bei der Legitimation oder Vi-

sitation, dafs das Schiff der Nehmung *ganz* unterworfen seyn möchte, so kann das Kriegs- oder Caperschiff dasselbe aufbringen. Es mufs sich aber aller eigenmächtigen Zueignung und Thätlichkeit enthalten *a*), das Schiff, wo möglich, nach einem Hafen seines Souverains abführen, oder durch einen seiner Offiziere (conducteur de la prise) abführen lassen, und über die Rechtmäsigkeit oder Unrechtmäsigkeit der Prise von dem gehörigen See- oder *PrisenGericht* (Prizecourt) entscheiden lassen. Meist hat hier ein förmlicher *ReclameProcefs*, oft in mehreren Instanzen, statt *b*). Wird nur auf einen *Theil* der Ladung Anspruch gemacht, und wird dieser willig abgetreten, so darf das Schiff an Fortsetzung seiner Reise nicht gehindert werden *c*); es geschieht dieses aber dennoch nicht selten, welches meist Beschwerde veranlafst. Wird der in Anspruch genommene Theil der Ladung gutwillig nicht ausgeliefert, so kann das Schiff aufgebracht werden, und der Streit ist von dem gehörigen Seegericht zu entscheiden. Bei einem Rechtsstreit dieser Art, wird der Beweis nicht dem Nehmer, als dem Kläger, aufgelegt, sondern dem Beklagten *d*). Entscheidungsquelle sind die Staatsverträge, in deren Ermangelung das natürliche Völkerrecht *e*); nicht das Landrecht, den KostenPunct ausgenommen. Das *PrisenGericht* ist als eine SpecialCommission der Staatsregierung zu betrachten *f*).

a) Auch die Ranzionirung ist den Kriegsschiffen und Capern meist untersagt.

b) De Martens essai concernant les armateurs, ch. 2, §. 25. sqq. *Ebendess.* Grundsätze des Handelsrechts, §. 229 ff. — Schriften über das Recht der Prisen: Laws, Ordinances et Institutiones of the Admirality of Great-Britain, Civil and Military. Lond. 1746. 2 vol. 8. Traité des prises, etc. T. I et II. Rochelle et Paris 1763. Code des prises, ou recueil des édits, déclarations, décisions etc., depuis 1400 jusqu'à présent. P. I et II. Paris 1784. 4. The Spirit of Marine Law. By John Irwing Maxwell. Lond. 1800. 8. Reports of Cases argued et determined in the high Court of Admiralty, commencing with the Judgements of the right Honorable Sir William Scott. By Chr. Robinson. Lond. 1800 et suiv. Vol. I—IV. 8. Decisions in the high Court of Admiralty during the time of Sir George Hay and of Sir James Marriot, late Judges of that Court. Lond. 1801. 8. Collectanea Maritima being a Collection of publick instruments tending to illustrate the history and practice of Prizelaws. By Robinson. Lond. 1801. 8. A Treatise on the civil Laws and on the Laws of the Admiralty. By Arthur Brown. Lond. 1802. Vol. I. II. 8. Formulare instrumentorum, or a Formulary of authentic Instruments, writs and standing orders used in the high Court of Admiralty of Great-Britain. Perused and approved as correct by Sir James Marriot. Lond. 1802. Lebeau nouveau code des prises, ou recueil des édits etc. depuis 1400 jusqu'à 1789. Paris an IX. T. I—IV. 8. ibid. 1803. 3 vol. 4. Code des prises et du commerce de terre et de mer; par F. N. Dufriche-Foulaines. Paris an XIII — 1804 et 1805. T. I. II. 4. KaperGrausamkeit gegen die Neutralen. Aus dem Engl. 1801. 8. Merkwürdige Entscheidungen der londoner und pariser PrisenGerichte über neutrale, in den letzten Jahren dieses Kriegs aufgebrachte Schiffe. Altona 1802. 8. Traité sur les prises maritimes. à Paris 1802. 2 vol. in 12. Abreu, citirt oben §. 261. Schmidlin l. c. §. 72. sq.

c) Grofsbritannisch-nordamerikanischer Handels- und Schiffahrtvertrag v. 1795, Art. 17. De Martens recueil, VI. 369. Preussisch-dänischer Handelsvertrag v. 1818, Art. 20.

d) De Steck in dem angef. essai, p. 68.

e) Grofsbritannische Erklärung vom 28. Febr. 1780, in de Mar-

TENS recueil, IV. 345. Französisch-englischer Handelsvertrag v. 1786, Art. 28 ff.

f) Es ist nicht Bestandtheil der Gerichtsverfassung; es ist eine politisch-gerichtliche Anstalt, eine abgesonderte Behörde, eine Ausnahme in dem Gerichtwesen. Seine Bestimmung ist, zwischen Einheimischen und Fremden, auf administrative Art, über Gültigkeit oder Ungültigkeit der Prisen zu entscheiden. Daher ist es nicht gebunden an die Förmlichkeiten der ordentlichen Gerichte. AZUNI, droit maritime de l'Europe, T. II, ch. 2, art. 4. — In England entscheidet über PrisenFälle, der high Court of Admirality, in seiner Eigenschaft eines Prizecourt. JACOBSEN, I. 19 ff. In Frankreich ward ein Conseil des prises errichtet, durch ein Decret der Consuln vom 6. Germinal Jahr VIII. LEBEAU, T. IV. p. 460. JACOBSEN, I. 23 ff. Code de la compétence des autorités constituées de l'Empire français, par Y. C. JOURDAIN (à Paris 1811. 8.), T. III, p. 356—360.

§. 296.

Richterliche Competenz in PrisenSachen.

Da die offene See frei ist von aller Oberherrschaft (§. 132), so sind die Handelsschiffe eines neutralen Staates daselbst der Oberherrschaft einer kriegführenden Macht nicht unterworfen. Sie verhalten sich also auf offener See zu den Schiffen dieser Macht, wie der neutrale Staat zu der kriegführenden Macht. Beide erkennen aber, vermöge ihrer politischen Unabhängigkeit, keinen gemeinschaftlichen Richter, am wenigsten erkennt der eine die andere für den seinigen. Daher ist in PrisenStreitigkeiten, nach natürlichem Völkerrecht, kein Gerichtshof eines der beiden Staaten competent *a*). Durch Verträge ward jedoch die Erörterung und Ent-

scheidung ehehin oft dem Seegericht des neutralen Staates übertragen *b*). In der neuern Zeit wird meist die Gerichtbarkeit des andern Staates für gegründet gehalten *c*), entweder weil der Eigenthümer der Prise, als eigentlicher Kläger, dem Nehmer, als Beklagten, dahin folgen müsse, oder weil daselbst der Gerichtstand durch den Arrest begründet sey (forum arresti). Indeſs paſst weder der eine noch der andere Grund auf den Fall, wenn die Prise in den Hafen einer dritten Macht von dem Nehmer geführt worden ist, wie im Nothfall zu geschehen pflegt. Daher findet auch hier jener Gerichtstand mehr Widerspruch, selbst von Seite der dritten Macht *d*).

a) Hubner de la saisie des bâtimens neutres, T. II. P. 1. ch. 2. Doch streiten auch hier Manche für den Gerichtstand des einen, oder des andern Staates. Vergl. Galiani B. I. Cap. 9. §. 8. Lampredi T. I. §. 14. Nau's VölkerSeerecht, §. 216.

b) Nau a. a. O. §. 214. Von PrisenGerichten s. §. 295.

c) De Steck essais etc., p. 82 sqq.

d) De Martens essai concernant les armateurs, ch. 2, §. 36 et 37.

§. 297.

Handelsverkehr mit bloquirten Orten.

Bloquirt heiſst ein Ort, er sey Hafen, oder Festung, Stadt, Lager, Küste u. d., wenn und so weit er von einer feindlichen bewaffneten Macht dergestalt umgeben ist, daſs, ohne deren Einwilligung, Verkehr mit demselben von Aussen entweder gar nicht, oder nicht ohne augen-

scheinliche Gefahr statt haben kann *a*). Ein solcher Ort ist, so weit er bloquirt ist, z. B. ein Hafen von der Seeseite, in Ansehung dritter Staaten so anzusehen, als ob er in der Gewalt der bloquirenden kriegführenden Macht sich befinde. Es ist also dieselbe in so weit befugt, dritte Mächte und deren Unterthanen von *jedem Verkehr*, mithin auch von jeder *Schiffahrt* und *Handlung* mit dem bloquirten Ort nach Willkühr auszuschliessen. Der Zeitpunct des wirklichen Anfangs der Bloquade folgt, im Allgemeinen, aus obigem Sachbegriff. Aber für einzelne Schiffe und Andere, welche mit dem bloquirten Ort verkehren wollen, ist eine wirkliche Bloquade für angefangen erst dann zu achten, wenn ihnen solche hinlänglich bekannt geworden ist *b*). Gewifs ist, dafs eine wahre Bloquade durch blofs wörtliche Erklärung einer kriegführenden Macht (blocus sur papier), mit völkerrechtlicher Wirkung nicht verfügt werden kann *c*).

a) Vergl. Schmidlin l. c. cap. 44. Die russisch-grofsbritannische SeeConvention v. 17. Jun. 1801, Art. 3, Num. 4, fordert, dafs durch stationirte, oder hinreichend nahe Schiffe einer kriegführenden Macht, offenbare Gefahr bei dem Einlaufen in den Hafen drohe. De Martens recueil, Supplément, II. 478. Vergl. auch die Conventionen Rufslands, wegen bewaffneter Neutralität, mit Schweden und Dänemark v. 16. Dec. 1800, und mit Preussen v. 18. Dec. 1800, ebendas. II. 393. 402. 409; und die russische Erklärung von 1780, an die Höfe von London, Versailles u. Madrid, in de Martens recueil, II. 75. — Der französisch-dänische Handels-

vertrag von 1742, Art. 20, fordert, daſs der Eingang des Hafens wenigstens durch zwei Schiffe, oder durch eine mit Canonen besetzte Batterie gesperrt sey. Wenck cod. jur. gent. I. 613. Eine Sperrung auf der Seeseite, durch wenigstens *sechs* Kriegsschiffe, in einer Entfernung von etwas mehr als CanonenschuſsWeite von dem Hafen oder der Stadt, oder auf der Landseite durch solche Batterien und andere Werke, daſs man anders nicht als unter den Canonen der Belagerer dahin gelangen kann, verlangt der holländisch-sicilianische Handelsvertrag v. 1753, Art. 22. Moser's Versuch, VII. 588. Eine Sperrung von *zwanzig* Schiffen, fordert der preussisch-dänische Handelsvertrag von 1818, Art. 18.

b) Eine, besonders in facto, sehr bestrittene Materie. Vergl. F. F. L. Pestel diss. selecta capita juris gentium maritimi, §. 11. Die (Note a) angeführten Verträge Ruſslands mit Schweden, Dänemark und Preussen, fordern ausdrücklich, daſs ein nach einem bloquirten Hafen fahrendes neutrales Schiff, von dem Commandanten der Bloquade benachrichtigt seyn müsse von dem BloquadeZustand des Hafens, und daſs es erst dann als Uebertreter des Vertrags anzusehen sey, wenn es hierauf durch Gewalt oder List in den Hafen einzulaufen trachte.

c) Vorzüglich seit 1792, haben etliche kriegführende Mächte ein sehr ausgedehntes BloquadeSystem aufgestellt, nach welchem ganze Länder und Küsten in BloquadeStand erklärt werden. Schon seit 1775, als Frankreich Theil genommen hatte an dem nordamerikanischen Krieg gegen Groſsbritannien, stellte der brittische AdmiralitätsHof den Grundsatz auf: que les ports de France étaient, par leur position, tenus naturellement en état de blocus par les ports d'Angleterre. Dawider s. man das oben §. 291 angef. pariser Mémoire von 1812, p. 11. sq. — Dem englischen BloquadeSystem (Jacobsen a. a. O. I. 556—665.), ward seit 1806 das französische ContinentalSystem von Napoleon entgegengesetzt (§. 311 ff.).

§. 298.

Nachtheilige Wirkung desselben.

Der bloquirenden Macht ist Selbsthülfe erlaubt, gegen diejenigen Neutralen, welche, ih-

rem erklärten Willen zuwider, die Bloquade dadurch brechen, daſs sie vorsätzlich Handel mit diesem Ort treiben, oder zu treiben versuchen. Gewöhnlich wird Confiscation des Schiffs und der Ladung verfügt, aber auch zuweilen persönliches Uebel gegen die, welche die Bloquade brechen. Doch wird die Ladung dann meist frei gegeben, wenn erwiesen wird, daſs der Eigenthümer, oder dessen neutraler Commissionär, die Ordre zu dem Verschiffen der Waaren gegeben habe, ehe die Bloquade bekannt war, und daſs er dieselbe vor Ablauf der zu dem Verschiffen festgesetzten Zeit nicht habe widerrufen können *a*).

a) Jacobsen a. a. O. I. 560 f. Nau a. a. O. §. 208.

§. 299.

Feindliche Güter auf neutralen, neutrale Güter auf feindlichen Schiffen.

In offener See, ist jedes Schiff exterritorial, in Beziehung auf jeden andern Staat als den seinigen (§. 132 u. 296). Ein Handelsschiff ist anzusehen wie eine schwimmende Colonie seines Staates. Daher sollte, auf offener See, weder Visitation eines neutralen Schiffes, noch Wegnehmung feindlicher Güter aus demselben, am wenigsten aber Confiscation des Schiffes wegen darin befindlicher feindlicher Güter, einer kriegführenden Macht erlaubt seyn, nach dem Rechtssprichwort „*freies Schiff*, *freies Gut*“,

oder „*die neutrale Flagge deckt die Waare*“ *a*) (le pavillon neutre couvre la cargaison), das heifst, dafs die Ladung neutraler Schiffe ebenmäsig als neutral anzusehen sey. Auch sollte eine kriegführende Macht Güter der Neutralen, wenn sie auf feindlichen Schiffen sich befinden, eben so wenig confisciren dürfen, als wenn solche von ihr in dem Landgebiet des Feindes angetroffen werden (§. 286), nach dem Sprichwort „verfallenes Schiff, nicht verfallenes Gut“ *b*).

a) Hübner de la saisie des bâtimens neutres, I. 198. sqq. 211. J. F. W. Schlegel über die Visitation der neutralen Schiffe, S. 53. — Die Gründe für und wider wurden entwickelt, bei dem Streit zwischen England und Preussen 1752, in Behmer's jus nov. controv. T. I. obs. 1., und in v. Martens Erzählungen merkw. Fälle des europ. VR. f. 236—284. — Für unverletzbar erklärt das Eigenthum eines in Krieg begriffenen Volkes am Bord neutraler Schiffe, den einzigen Fall ausgenommen, wenn neutrale Schiffe in dem einen Hafen des kriegführenden Volkes Waaren, gleichviel von welcher Beschaffenheit, geladen hätten, um sie nach einem andern Hafen dieses Volkes, es sey des Mutterlandes oder der Colonien, oder nach dem Hafen eines seiner Alliirten zu bringen, welcher in demselben Krieg gemeinschaftliche Sache mit ihm gemacht hat, Jouffroy in d. angef. droit des gens maritime universel, und teutsch in den Europ. Annalen, 1807, St. X, S. 60 ff. 69 ff. Vergl. auch Abhandl., macht ein neutrales Schiff die Ladung allemal frei? von M. P..., in der berliner Monatschrift v. 1802, Nov., S. 338—353. — Dafs nach natürlichem Völkerrecht unbedingt erlaubt sey, feindliche Güter aus neutralen Schiffen wegzunehmen, behaupten, Grotius lib. III. c. 6. §. 6. et 26. n. 2. Loccenius de jure maritimo, lib. II. c. 4. §. 12. Voetius de jure militari, c. 3. §. 21. Heineccius diss. cit. c. 2. §. 9. Bynkershoek quaest. jur. publ. lib. I. c. 14. Azuni, T. II. p. 179. Lampredi, T. I. §. 10. sq. Charles Jenkinson in s. Discourse

on the conduct of the government of Great-Britain in respect to neutral nations, in dem Supplement to the collection of treaties (Lond. 1781. 8.) p. 101. sq., auch vor der neuen Ausgabe der Collection of treaties, welche 1785 in drei OctavBänden zu London erschien.

b) Grotius lib. III. c. 6. §. 5. Heineccius l. c. Bynkershoek l. c. lib. I. c. 13. Man s. oben, §. 286.

§. 300.

Positive Bestimmungen darüber.

Nicht immer sind vorstehende Grundsätze des natürlichen Völkerrechtes, in Europa befolgt worden. Das *Consolato del mare* (cap. 273.) stellte, um die Mitte des XIII. Jahrhunderts (§. 292 b), den Grundsatz von der unbedingten Freiheit des neutralen Eigenthums auf, das heisst, dass feindliches Eigenthum in neutralen Schiffen verfallen, neutrales in feindlichen Schiffen frei sey, nach der Parömie: frei Schiff, unfrei Gut; unfrei Schiff, frei Gut. Bis in die erste Hälfte des XVII. Jahrhunderts, herrschte dieser Grundsatz fast in allen Verträgen und Seegerichten *a*).

a) Lampredi I. 122. Jenkinson, p. 110. Nau, §. 175. 190. Azuni, II. 198. sq. Vertr. Frankreichs mit den Hansestädten v. 1655, in Du Mont, VI. Flassan l. c. III. 194. Das Gegentheil findet sich in dem französisch-engl. Vertr. von dems. Jahr; ebendas. III. 200. Vergl. ebendas. S. 141, 273, 424. 451. IV. 415. VII. 183.

§. 301.

Fortsetzung.

Dagegen wurden von jenem Zeitpunct an, bis zu Entstehung des Systems der bewaffneten Neutralität in dem Jahr 1780, in einer grossen Mehrzahl von Verträgen *a*), folgende zwei ent-

gegengesetzte Grundsätze angenommen *b*): frei Schiff, frei Gut; unfrei Schiff, unfrei Gut (verfallenes Schiff, verfallenes Gut), oder mit andern Worten: das Schiff oder die Flagge deckt die Ladung oder Waare, und das Schiff macht die Ladung confiscabel (le pavillon ou le navire couvre la cargaison, ou la marchandise, oder auch, pavillon ami sauve marchandise ennemie, und, le navire confisque la cargaison), das heifst, ein neutrales Schiff kann feindliches Eigenthum (KriegsContrebande ausgenommen) frei transportiren, hingegen neutrales Eigenthum auf einem feindlichen Schiff, wird mit diesem confiscirt.

a) Eine Aufzählung und Vergleichung der die beiden entgegengesetzten Grundsätze enthaltenden Verträge, haben geliefert, Büsch über die durch den jetzigen Krieg veranlafste Zerrüttung des Seehandels. Hamb. 1793. 8. *Ebenders.* in d. Bestreben der Völker, sich im Seehandel recht wehe zu thun (Hamb. 1800. 8.), Cap. 2; Kluit hist. federum Belgii federati, II. 430—434. u. im Register, v. *merx.* Flassan l. c. III. 200. und Schlegel über die Visitation der neutralen Schiffe, S. 55 ff. — Von 1642 bis 1780 sprechen 36 Verträge für den Grundsatz: frei Schiff, frei Gut, und 15 dawider. — Vergl. auch Hubner a. a. O. T. II. P. 2. ch. 4. Lampredi, I. 125. La liberté de la navigation, §. 97. 100. sqq. Galiani, B. I. Cap. 10. Schmidlin diss. cit. §. 59.

b) Zuerst in einem Vertrag Englands mit den spanischen Handelsstädten von 1351. Du Mont corps dipl. T. I. P. 2. p. 265. Dann von Frankreich, in einer Capitulation mit der osmanischen Pforte v. 1604, wiederholt 1740, Art. 4—6. Wenck cod. juris gent. I. 595. Nachher abermal von Grofsbritannien in Verträgen mit Portugal 1654, Art. 23 (bei Du Mont T. VI. P. 2. p. 84.); mit Frankreich 1655, Art. 15 (bei Léonard, T. V. p. 53) 1667, Art. 8, zu Utrecht 1713, Art. 17 ff.

u. 27 (bei SCHMAUSS II. 1344. FLASSAN IV. 347. 354.), 1763, Art. 2, 1783, Art. 2, und 1786, Art. 20 u. 29; mit Rufsland 1766, Art. 10; mit Spanien 1667, Art. 21 f.; mit den Verein. Niederlanden 1668, Art. 10, 1674, Art. 8. Ferner, in d. französisch - nordamerikan. Handelsvertrag v. 1778, Art. 23. Auch in dem schwedisch - nordamerikan. Handelsvertrag v. 1783, Art. 7, von Preussen, in dem Handelsvertrag mit den vereinigten Staaten von Nordamerika v. 1785, Art. 12 f. und in der französisch - holländischen DefensivAllianz v. 1785, Art. 8, wo jedoch, so wie in dem angef. utrechter Frieden, die wichtige Frage unbestimmt gelassen ist, ob neutrales Eigenthum auf einem feindlichen Schiff, mit diesem zu confisciren sey? Eben so in dem preussisch - dänischen Handelsvertrag v. 1818, Art. 17. De MARTENS recueil, II. 571. Schreiben des nordamerikan. StaatsSecretärs JEFFERSON v. 16. Aug. 1793, in (v. LIECHTENSTERN's) Allgem. Anzeiger des kosmograph. Büreau, (Wien 1814. 8.), S. 168—170. — Man vergl. die pariser Noten zu der grofsbritannischen Erklärung vom 21. April 1812; in dem Moniteur du 8 mai 1812, und in der Gazette de Francfort 1812, n° 134, note 11.

§. 302.

S c h l u f s.

Doch behielten auch manche Verträge die ältern Grundsätze bei, nur so, dafs zugleich die Zufuhr der KriegsContrebande, und die Schiffahrt und Handlung nach bloquirten Orten untersagt ward *a*). In wenigen andern ward der kriegführenden Macht, auf neutralen Schiffen, die Confiscation sowohl des feindlichen Eigenthums, als auch der für den Feind bestimmten KriegsContrebande, gestattet *b*). Etliche Verträge enthalten keine feste, vollständige Bestimmung über diesen Gegenstand *c*); und zwischen mehreren Staaten fehlt es ganz an einer vertrag-

mäsigen Bestimmung über solchen *d*). Frankreich hatte 1681 *e*) gesetzlich verordnet, daſs feindliche Waare am Bord neutraler Schiffe, sogar Schiff und Ladung confiscabel mache. Aber in der neuesten Zeit hat sich dieser Staat öffentlich zu dem Grundsatz bekannt, que le pavillon couvre la marchandise *f*): Groſsbritannien für das Gegentheil (§. 310 f.).

a) Verträge Groſsbritanniens mit Schweden 1661, Art. 11 u. 12, mit Dänemark 1670, Art. 16 u. 20. Schmauss corp. jur. gent. I. 757. II. 2307. I. 957. Englisch-schwedische Convention v. 25. Jul. 1803, zu Erläuterung des Art. 11 des HandlungsTractats v. 21. Oct. 1661. Polit. Journal, 1803, Sept. S. 924 f. Englisch-dänische Convention v. 1780 zu Erläuterung des Vertrags von 1670. De Martens recueil, II. 102.

b) Vertrag zwischen Frankreich und den Hansestädten v. 1716, Art. 13. Schmauss C. J. G. II. 1617 f. (Anders in einem früheren Vertrag von 1655.) Handelsvertrag zwischen Groſsbritannien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika v. 1795, Art. 17. De Martens recueil, VI. 369. In einem Handelsvertrag Frankreichs mit den Hansestädten v. 1. April 1769, Art. 13, ward festgesetzt, daſs Frankreich als kriegführende Macht nicht nur alle auf hanseatischen Schiffen befindliche feindliche Waaren, sondern auch die hanseatischen Handelsgüter auf feindlichen Schiffen confisciren dürfe. Moser's Versuch, VII. 492 f.

c) So die russisch-groſsbritannischen Handelsverträge v. 1734. 1766, 1793 u. 1797, in de Martens recueil, I. 141. V. 108. VI. 722.

d) v. Martens Erzählungen merkw. Fälle des neuern europ. Völkerr., I. 236 ff.

e) Ordonnance de la marine v. 1681, liv. III. tit. 9. art. 7. Vergl. oben §. 290, Note b. Auch hat Frankreich diesen Grundsatz oft in Anwendung gebracht, und noch ein Gesetz vom 18. Jan. 1798 enthielt ihn (de Martens recueil, VI. 774.), nach welchem eine ziemliche Anzahl neutraler Schiffe con-

confiscirt ward. Aber dieses Gesetz ward abgeschafft, durch ein arrêté des Consuls v. 29. Frimaire an 8 (20. Dec. 1798), welches das Reglement v. 26. Jul. 1778 wieder herstellt. De Martens, IV. 198. VII. 376.

f) Ordonnance v. 1778, betr. die Schiffahrt der Neutralen, bei Flassan l. c. VII. 183. Vollständige Entwickelung des franz. Systems, in e. Bericht des auswärt. Ministers, vorgelesen in der Sitzung des Senats v. 10. März 1812. Moniteur du 16 mars 1812. Gazette de Francfort 1812, n. 81. *Ebendess.* Schreiben an den nordamerikan. Gesandten zu Paris, v. 22. Aug. 1809, in der Gazette de Mannheim 1809, n. 213, und in einem Schreiben an denselben v. Febr. 1810, ebendas. n. 62. 63. Auch in d. oben §. 291 angef. pariser Mémoire v. 1812.

§. 303.

Schutz der neutralen Flagge, durch bewaffnete Neutralität.

1) *Seit dem J.* 1780.

Selbst die vertragmäsigen Rechte der neutralen Flagge, wurden von kriegführenden Mächten nicht immer gehörig geachtet; besonders seitdem Frankreich und Spanien (1778, 1779) an dem englisch - nordamerikanischen Krieg Theil genommen hatten *a*). Auch ward von jenen Mächten der Begriff der KriegsContrebande und eines bloquirten Hafens, über Gebühr erweitert. *Russland* nahm von diesen, für den Handel der Neutralen höchstnachtheiligen Bedrückungen Anlass, in dem Jahr 1780, für die *Schiffahrt* und *Handlung* der *Neutralen* ein *System von Grundsätzen* aufzustellen, zu dessen Anerkennung die kriegführenden Mächte, durch eine bewaffnete Seemacht neutraler Staaten, in dem nöthigen Fall sollten gezwungen werden. Der Inbegriff

dieser Grundsätze, erhielt davon den Namen *System bewaffneter Neutralität* b).

a) Büsch in d. angef. Bestreben u. s. w., Cap. 5, S. 209—252.

b) v. Ompteda Lit. §. 321. v. Kamptz neue Lit. S. 303. Büsch Welthändel (4. Ausg.), S. 441 ff. The history of England from the accession of King George the third to the conclusion of peace in the year 1783 (Lond. 1802. 8.), vol. III, p. 350—354. Koch abrégé de l'histoire des traités, T. II, p. 201—207. Politisches Journal v. 1801, April, S. 329 ff. (Des Grafen Eustach von Görtz) The secret history of the armed neutrality together with memoirs, official letters and state-papers, illustrative of that celebrated confederacy: never before published. Written originally in French, by a German Nobleman. Translated by A***** H**** (Horne). London (Regensburg) 1792. 8. Das Original erschien später, unter diesem Titel: Mémoire ou précis historique sur la neutralité armée et son origine, suivi de pièces justificatives. (à Ratisbonne) 1795. 8. Auch à Basle 1801. 8. und zwar auf dem Titel mit diesem Zusatz: par Mr. le comte de Görtz, ministre d'état de S. M. Prussienne, et son ministre à la diète de l'Empire (in dem J. 1780 preussischer Gesandter zu St. Petersburg). G. F. C. Jungwirth diss. de jure sociorum neutralitatis armatae contra Anglos. Viteb. 1797. 4. Nouveau mémoire ou précis historique sur l'association des puissances neutres, connue sous le nom de Neutralité armée, avec des pièces justificatives; in dem Recueil des mémoires et autres pièces authentiques, relatives aux affaires de l'Europe, et particulièrement celles du Nord, pendant la dernière partie du 18me siècle; par le baron Albedyhl, T. I. (à Stockholm 1798. 8) num. I. A Treatise etc. by Robert Ward. Lond. 1801. 8. (Man s. oben, §. 291, Note a). Letters of Sulpicius (lord Grenville), on the northern confederacy. With an appendix, containing the treaty of armed neutrality, together with other documents relative to the subject. Lond. 1801. 8. Mart. Adph Kopetz kurze Darstellung des durch Rufsland im J. 1780 gegründeten Systems der bewaffneten Neutralität. Prag 1801. 8. *Ebendess.* Vergleichung des Systems der bewaffneten Neutralität mit der nordischen Convention vom J. 1800 und der

petersburger Convention vom J. 1801. Prag 1804. 8. — Geheime Geschichte der Entstehung der bewaffneten Neutralität, in der Vie de Cathérine II. (par J. Castéra), T. II (à Paris 1797. 8.), liv. 9, p. 231—240. J. C. Petri's neuestes Gemälde von Lief- und Esthland, Bd. II (Leipz. 1809. 8.).

Urkunden und *Staatsschriften:* A Collection of public acts and papers relating to the principles of armed Neutrality. Lond. 1801. C. W. Dohm's Materialien für die Statistik und neuere Staatengeschichte, IV. Lieferung, S. 175—296 (liefert ActenStücke bis zu dem Dec. 1781). Aug. Hennings Sammlung von Staatsschriften, die während des Seekriegs von 1776 bis 1783 bekannt gemacht worden sind, Bd. II (1785. 8.). De Martens recueil, II. 74. sqq. IV. 345. sqq. Auch die Beilagen zu den angef. Mémoires des Gr. v. Görtz und des Baron Albedyhl, und bei den angef. Letters of Sulpicius.

§. 304.

Grundsätze der bewaffneten Neutralität.

Dieses System der bewaffneten Neutralität begreift folgende *Grundsätze a)*, betreffend das Verhältnifs der Neutralen zu kriegführenden Mächten, in Hinsicht auf Schiffahrt und Handlung der ersten nach den Häfen und Küsten der letzten. 1) Neutralen Schiffen gebührt freie Schiffahrt von Hafen zu Hafen, und an den Küsten der Länder kriegführender Mächte. 2) Frei ist, am Bord neutraler Schiffe, das Eigenthum der Unterthanen kriegführender Mächte, nur mit Ausnahme der KriegsContrebande. 3) Für Kriegs-Contrebande sind nur diejenigen Waaren zu achten, welche in Verträgen, wo dergleichen vorhanden, dafür erklärt werden *b)*. 4) Für

bloquirt ist ein Hafen nur dann zu achten, wenn das Einlaufen in denselben mit offenbarer Gefahr verbunden ist, nach der Verfügung derjenigen Macht, welche ihn mit stationirten und hinlänglich nahen Schiffen umgiebt. 5) Diese Grundsätze sollen als Vorschrift dienen, bei dem Verfahren und Richterspruch über die Rechtmäsigkeit der Prisen.

a) So die russische Erklärung an die kriegführenden Mächte, vom 28. Febr. 1780, in de MARTENS recueil, II. 75. Diese Grundsätze wurden wörtlich angenommen, nicht nur in den bald nachher erfolgten Beitrittsurkunden anderer neutralen Mächte (man s. den folg. §.), sondern auch zwanzig Jahre später, nur mit etlichen Zusätzen, wiederholt in den Verträgen Rufslands mit Schweden, Dänemark, und Preussen, über die zweite bewaffnete Neutralität. De MARTENS recueil, Supplément, II. 393. 403. 409.

b) *Rufsland* hielt sich defshalb an den 10. und 11. Artikel seines Handelsvertrags mit Grofsbritannien von 1766, und erstreckte diese Verpflichtung auf alle damaligen kriegführenden Mächte, also auch auf Frankreich und Spanien. Der Vertrag von 1766, steht in den Loisirs du chevalier d'EON, T. V. p. 341. sqq. De MARTENS recueil, I. 145. — *Dänemark* berufte sich auf seinen Handelsvertrag mit Grofsbritannien von 1670, nebst dem Nachtrag von 1780, und auf den Vertrag mit Frankreich von 1662, welchen es auch auf Spanien erstreckte. — *Schweden* bezog sich auf seinen Handelsvertrag mit Grofsbritannien (zu welchem nachher eine Convention v. 25. Jul. 1803 hinzukam), und auf den Vertrag mit Frankreich von 1741, den es auch auf Spanien angewandt wissen wollte. — Die *Vereinigten Niederlande* hielten sich an ihre Verträge mit Frankreich von 1739, und mit Spanien von 1674. — *Oestreich*, *Preussen*, *Portugal*, *Sicilien*, welche über diesen Gegenstand keine Verträge mit den kriegführenden Mächten hatten, erklärten, dafs sie sich an die Bestimmungen des russisch-englischen Vertrags von 1766, Art. 10 u. 11, halten würden.

§. 305.

Schicksal dieser bewaffneten Neutralität.

Den kriegführenden Mächten ward dieses System von *Rufsland* förmlich *angekündigt a*), und die neutralen wurden zu dem Beitritt eingeladen. Dieser erfolgte förmlich von *Dänemark*, *Schweden*, den *Vereinigten Niederlanden*, *Preussen*, *Oestreich*, *Portugal*, *Neapel b*). Die meisten dieser Mächte, notificirten solches nicht nur den kriegführenden Mächten *c*), sondern ertheilten auch einander von ihrem Beitritt förmliche Nachricht, welches zum Theil durch Uebersendung feierlicher AcceptationsUrkunden erwiedert ward *d*); so dafs unter dem Namen der *bewaffneten Neutralität*, zwischen diesen Mächten eine gegenseitige vertragmäsige Verpflichtung, ein wahres Schutzbündnifs, entstand, um die Rechte der Neutralen auf der See zu sichern. Selbst von zwei kriegführenden Mächten, von *Frankreich* und *Spanien*, ward die Ankündigung dieses Systems mit Beifall aufgenommen *e*). Aber die dritte, *England*, erklärte, dafs sie sich an das Völkerrecht halte, und an die Bestimmungen ihrer Handelsverträge *f*). Indefs war England durch sein eigenes Interesse genöthigt, sich weiterer Bedrückung der neutralen Schiffahrt und Handlung wenigstens gröfstentheils zu enthalten *g*), um so mehr, da diese nicht nur oft durch Convois, sondern

auch durch Kriegsflotten und einzelne Kriegsschiffe und Fregatten von den neutralen Mächten unterstützt wurden, und diese Mächte den erklärten Vorsatz hatten, so oft es nöthig, mit vereinigter Kraft Genugthuung zu nehmen.

a) *Russische* Erklärung an die (kriegführenden) Höfe von London, Versailles und Madrid, vom 28. Febr. 1780; in de Martens recueil, II. 74. Brittische Gegenerklärung, ebendas. IV. 345.

b) Diese Mächte schlossen deſshalb eigene *Conventionen* mit *Ruſsland*. Dänemark 9. Jul. 1780. De Martens recueil, II. 103. Schweden 1. Aug. 1780, ebendas. 110. Die Vereinigten Niederlande 5. Jan. 1781, ebendas. 117. Preussen 8. Mai 1780, ebendas. 130. Oestreich 9. Oct. 1781, ebendas. 171. IV. 404. Portugal 13. Jul. 1782, ebendas. II. 208. Sicilien 10. Febr. 1783, ebend. III. 274. Kluit index chronologicus etc. p. 294. sqq. — Die nordischen Mächte stellten überdieſs den Grundsatz auf, daſs auf dem *baltischen Meer*, als einem geschlossenen, keine Art von Feindseligkeiten statt haben dürfe. De Martens II. 84. 135 f. V. 276. Dawider erklärte sich England, in s. Declaration gegen Ruſsland, v. 18. Dec. 1807. Polit. Journal v. Jan. 1808, S. 88.

c) De Martens recueil, IV. 360. 365. 372. 381.

d) De Martens recueil, IV. 369. 371. 379.

e) Von Frankreich, s. de Martens recueil, IV. 346. 363. 366. 373. Von Spanien, ebendas. 348.

f) De Martens recueil, IV. 345. 368. VI. 203.

g) Daher, daſs die Neutralen manche Nachsicht genossen, und daſs den englischen Kreuzern und Capern ein schonenderes Betragen gegen sie eingeschärft ward. Hennings angef. Sammlung, II. 65. Sogar ward ihnen Einführung von Waaren aus der Levante und dem mittelländischen Meer, und Handel mit den englischen Antillen gestattet. Büsch Bestreben u. s. w., *S.* 274 f.

§. 306.

Fortsetzung.

Da auch diesem System zugleich die Bestimmung war gegeben worden, daſs es zu Bildung der Grundlage eines allgemeinen SeeCodex dienen solle *a*), so wurden dessen Grundsätze bald in mehrere Handelsverträge vollständig aufgenommen *b*). Wenn *Ruſsland* und *Preussen*, während ihres Kriegs gegen das revolutionäre Frankreich (1793), sich genöthigt glaubten, von den Grundsätzen dieses Systems abzuweichen *c*), so war solches vorübergehend, und *Schweden* und *Dänemark* nahmen davon Anlaſs, sich von neuem an dasselbe anzuschliessen *d*).

a) „Servant à former la base d'un code maritime universel". Art. sép. 3. zu der angef. russisch-preuſs. Convention v. 8. Mai 1781. De Martens, II. 136. So auch das russische Mémoire an die neutralen Mächte, vom April 1790, in Dohm's Materialien, IV. Lieferung, S. 180. — Fast gleichzeitig waren dieselben Grundsätze für einen allgemeinen SeeCodex in Vorschlag gebracht worden, von dem Verf. des 1780 erschienenen (oben §. 291, Note a, angeführten) Werkes, La liberté de la navigation et du commerce.

b) Russisch-französischer Handelsvertrag v. 11. Jan. 1787, Art. 27. Russisch-sicilianischer Handelsvertrag v. 17. Jan. 1787, Art. 18. De Martens recueil, III. 15. 44. — Von den Folgen der bewaffneten Neutralität, für die Handlung jener Zeit, s. Büsch Welthändel (4. Ausg.), S. 448 ff.

c) Russisch-englische Convention v. 25. März 1793, Art. 4. Preussisch-englische Convention v. 14. Jul. 1793, Art. 4. De Martens recueil, V. 117. 169. Russische Erklärung an Dänemark, v. 10. Aug. 1793, ebendas. V. 259.

d) Schwedisch-dänische Convention v. 27. März 1794. De Martens recueil, V. 274.

§. 307.

2) *Seit dem J. 1800.*

Die anhaltenden Kriegsverhältnisse zwischen Grofsbritannien und Frankreich und dessen Bundesgenossen, liessen die nordischen Mächte von neuem das Bedürfnifs fühlen, die Rechte der neutralen Flagge durch Schutzbündnisse zu sichern *a*). So entstand, in dem Jahr 1800, die *zweite bewaffnete Neutralität*. Rufsland schlofs defswegen verschiedene Verträge; am 16. Dec. 1800 mit Schweden und Dänemark *b*), etliche Tage nachher (18. Dec. 1800) auch mit Preussen *c*). Darin wurden die Grundsätze der ersten bewaffneten Neutralität wiederholt, und verschiedene Zusätze und nähere Bestimmungen hinzugefügt. Diese betreffen, unter anderem, den Begriff der KriegsContrebande (§. 288); die Frage, in welchem Fall ein Schiff, das in einen bloquirten Hafen einzulaufen trachtet, als vertragwidrig handelnd zu betrachten sey (§. 297, Note b); dafs die Versicherung des die Convoi commandirenden Offiziers jede Visitation ausschliesse (§. 293); die Verfahrungsweise gegen neutrale Schiffe, in streitigen Prisen-Sachen.

a) Polit. Journal, 1801, April, S. 332 ff. Büsch Welthändel, S. 885 ff. Die §. 303, Note b, angeführten Letters of Sulpicius.

b) De Martens recueil, Supplément, II. 389. 399. Polit. Journal, a. a. O. S. 333 ff.

c) De Martens a. a. O. II. 406.

§. 308.

Verdrängt durch neuere Verträge.

Dieser zweiten bewaffneten Neutralität, traten nicht so viel Mächte bei, als der ersten, und sie war von noch kürzerer Dauer als diese. Sechs Monate später (17. Jun. 1801) gelang es *England*, durch eine *SeefahrtConvention a)* *Rufsland* mit sich zu verbinden; eine Convention, welcher auch *Dänemark* (im Oct. 1801) und *Schweden* (30. März 1802) beizutreten sich genöthigt sahen *b)*. Darin ward zwar den Neutralen freie Fahrt nach den Häfen und Küsten kriegführender Mächte gestattet, nur mit Ausnahme des Transports von KriegsContrebande und feindlichem Eigenthum: dagegen ward den Kriegsschiffen (nicht auch den Capern) kriegführender Mächte das Recht eingeräumt, bei entstandenem Verdacht, auch die unter Convoi segelnden Kauffahrteischiffe der Neutralen zu visitiren.

a) De Martens recueil, Supplément, II. 476. Büsch Welthändel, S. 891.

b) De Martens recueil, Supplément, III. 193. 196. Büsch, S. 889.

§. 309.

Von Rufsland wieder angenommen, und abermal aufgegeben, so wie auch von Schweden.

Inzwischen erklärte *Rufsland* gegen *England*, am 16. Oct. (7. Nov.) 1807, die *See-*

fahrtConvention von 1801 auf immer für *aufgehoben;* es bestätigte zugleich die Basis der *bewaffneten Neutralität*, und verpflichtete sich, „nie von diesem System abzuweichen *a*)“. Um dieselbe Zeit erklärte auch *Dänemark*, und 1809 (13. März) *Schweden*, seinen Bruch mit England. Nachher ward zwischen *Rufsland* und *England*, in dem Frieden von Oerebro (18. Jul. 1812), weder die SchiffahrtConvention von 1801 wieder hergestellt, noch das System der bewaffneten Neutralität angenommen. Man kam blofs überein, dafs die Handelsverhältnisse zwischen beiden Mächten wieder hergestellt seyn sollten, nach Grundlagen, wie sie unter Nationen üblich seyen, die einander die gröfsten Vortheile zugestehen wollten, worüber noch nähere Bestimmungen gemacht werden sollten *b*). *Schweden* hingegen setzte in dem Frieden, den es an demselben Ort und Tag mit England schlofs, seine Handelsverhältnisse mit diesem Staat auf den Fufs vom 1. Jan. 1791, nach den an diesem Tage gültig gewesenen Verträgen, welche wiederholt und bestätigt wurden *c*).

a) Polit. Journal v. Dec. 1807, S. 1175. Journal politique de Mannheim, 1807, n. 338. Englische GegenDeclaration v. 18. Dec. 1807, in dem Polit. Journal v. Jan. 1808, S. 83. 90. Schoell pièces officielles, T. IX. p. 84. 88.

b) De Martens recueil, Supplém. T. VII. p. 227 et suiv.

c) De Martens l. c. T. V. p. 432.

§. 310.

Neue Beschränkungen der Schiffahrt und des Seehandels:

a) durch Englands Betragen gegen die Neutralen.

In dem eben so hartnäckigen als langwierigen Kampf zwischen Frankreich und England, welcher sich vierzehn Monate nach dem Frieden von Amiens erneuerte (Mai 1803), ward nicht blofs der Seehandel der Neutralen, sondern jeder Seehandel, ja jeder Verkehr zur See, und hiemit zugleich der Landhandel in ganz Europa, in eine Lage gebracht, wie die Welt sie noch nie gesehen hatte. Die Nothwendigkeit eines allgemeinen SeeCodex ward dadurch nur fühlbarer. *Grofsbritannien* trachtete *a*), hauptsächlich seit 1806, in dem Gefühl seiner See-Uebermacht, den von ihm schon früher in etlichen Verträgen (§. 302, Note b, und §. 307), namentlich mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika und den Hansestädten, aufgestellten Grundsatz, dafs die Flagge die Waare *nicht* decke, gegen die Neutralen *allgemein* geltend zu machen. Es verband damit den Anspruch, dafs selbst die unter Convoi segelnden Schiffe sich der Visitation seiner Kriegsschiffe und Caper unterwerfen müfsten. Es nahm an, dafs ganze Küsten und Länder, in der weitesten Ausdehnung, in BloquadeStand gesetzt werden könnten, und dieses sogar durch blofs wörtliche Erklärung

(blocus fictif ou sur papier); daſs hiezu jede beliebige öffentliche Bekanntmachung (blocus per notificationem), oder auch ein Kreuzen mit Kriegsschiffen (blocus de facto) hinlänglich sey; und daſs jedes nach solchen Küsten oder Häfen bestimmte neutrale Schiff so anzusehen sey, als habe es die Bloquade gebrochen, so bald nur wahrscheinlich sey, daſs ihm die Erklärung der Bloquade vor oder während seiner Fahrt schon bekannt gewesen sey *b*).

a) Vergl. JACOBSEN's pract. Seerecht, I. 556—665. Das oben §. 291 angef. pariser Mémoire von 1812, p. 16 sqq. Neueste Epoche des Welthandels zu Anfange des 19. Jahrhunderts; in v. FAHNENBERG's Magazin für die Handlung, 1812, Heft 2, S. 137 ff. — Solche Erweiterung des BloquadeBegriffs, ist England nicht allein eigen. BÜSCH in dem angef. Bestreben, S. 316. — *Für* England sind: Lord LIVERPOOL's discourse on the conduct of the Government of Great-Britain in respect to neutral nations. (Erschien nach dem siebenjährigen Krieg, und revidirt zu London 1801. 8.) STEPHENS war in disguise. (Erschien in dem siebenjährigen Krieg.) JENKINSON's discourse (angeführt oben §. 299). — *Wider* England sind: MORRIS answer to war in disguise. Eines Ungenannten Examination of the British doctrine, etc. Mémoire sur la conduite de la France et de l'Angleterre, à l'égard des neutres. à Paris 1810. 8. Das oben zu §. 291 angeführte Mémoire sur les principes etc., welches 1812 aus der kaiserlichen Druckerei zu Paris erschien. Die oben, §. 292, angeführten Schriften. Auch GALIANI u. v. STECK a. a. O. — Ueber die Streitigkeiten zwischen England und Nordamerika, erschien zu Boston ein Werk, wovon Auszüge in dem Moniteur von 1810 oder 1811 stehen.

b) Wo das Gegentheil wahrscheinlich ist, pflegt der erste englische Kreuzer, welchem ein solches Schiff begegnet, die BloquadeErklärung auf dessen Seepapiere zu notiren, um fernerhin mit Unwissenheit sich nicht entschuldigen zu können.

§. 311.

b) Durch das französische Continental- und brittische BloquadeSystem.

Diesen Behauptungen Englands, setzte *Napoleon*, in den Jahren 1806 und 1807, durch Decrete von Berlin und Mailand datirt, sein *ContinentalSystem* als Repressalien entgegen; ein Verbot nicht nur alles Handels, sondern auch jedes andern Verkehrs mit England, namentlich des Handels mit englischen Fabrikaten und ColonialWaaren, für die Staaten Frankreichs und der mit ihm verbündeten europäischen ContinentalMächte, so fern nicht besondere Erlaubnifs dazu (Licenz) von ihm ertheilt sey. — Diesem System begegnete *Groſsbritannien*, seit 1807, durch ein noch ausgedehnteres *Bloquade-System*, als sein voriges war (§. 310), festgesetzt durch eigene GeheimerathsOrdres *a*), nach welchen alle Häfen, Plätze und Küsten Frankreichs und seiner Bundesgenossen, und alle andern, von welchen die brittische Flagge ausgeschlossen ist, in Absicht auf Handlung und Schiffahrt, als bloquirt anzusehen sind, und jeder Handel mit Producten und Fabrikaten der Länder und Colonien jener Staaten verboten ist. — *Preussen*, *Dänemark*, und *Ruſsland* tralen 1807, *Oestreich* 1809, *Schweden* 1810, dem französischen ContinentalSystem bei *b*). — Die *Vereinigten Staaten* von *Nordamerika* er-

liessen, durch die Non-intercourse-Acte vom 1. Mai 1810, an ihre Unterthanen ein Verbot alles Handels nach den Staaten der kriegführenden Mächte England und Frankreich *c*). — *Rufsland* und *Schweden* verliessen das französische ContinentalSystem wieder im J. 1812 (§. 309), *Preussen* im J. 1813. Napoleon's Fall, im J. 1814, machte diesem System auch auf Seite *Frankreichs* ein Ende. — Beide Systeme sind hier, nach ihren Grundsätzen und Quellen, bestimmter zu entwickeln *d*).

a) Orders of council. In teutschen Staats- und andern Schriften oft unrichtig übersetzt, durch Cabinetsbefehle oder CabinetsOrdres. Sie werden aus dem Geheimenrath des (unverantwortlichen) Königs von Grofsbritannien, nach der Stimmenmehrheit der (verantwortlichen) Geheimenräthe, erlassen. Vergl. ConversationsLexicon (5. Ausg. Leipz. 1818 ff. 8.), voc. GeheimerathsBefehl, Th. III, S. 352 ff.

b) Büsch Welthändel, S. 1000, 1013 ff. u. 1080. Das angef. pariser Mémoire v. 1812, S. 24 — 29. Bericht an Napoleon von seinem Minister der auswärt. Angelegenheiten, v. 10. März 1812, in v. Martens recueil, Suppl. V. 530. Französisch-preussischer Fr. zu Tilsit v. 9. Jul. 1807, Art. 27. Preussische Erklärungen wider England, v. 1. Dec. 1807 u. 20. März 1812. Dänisches Patent v. 30. Oct. 1807, in dem Journal de Francfort, 1807, n° 332. Russische Erklärung v. 16. Oct. (7. Nov.) 1807, in dem Polit. Journal v. 1807, S. 1169, u. in Schoell's pièces officielles, T. IX. p. 84. Russischer Ukas, in dem Journal de Francfort, 1807, n° 332. Oestreichisch-französischer Fr. zu Wien v. 14. Oct. 1809, Art. 16. Russisch-schwedischer Fr. zu Friedrichshamm v. 17. Sept. 1809, in v. Martens recueil, Suppl. V. 22. 30. Französisch-schwedischer Fr. zu Paris v. 6. Jan. 1810, ebendas. V. 233. Vertrag zwischen Holland u. Frankreich, vom 16. März 1810, ebendas. V. 327.

c) Dieses Verbot ward in Hinsicht auf Frankreich wieder auf-

gehoben, schon in dem J. 1810, in Hinsicht auf England hingegen bestätigt, in dem J. 1811, welches Anlaſs gab zu Krieg mit diesem. Vergl. unten §. 316, Note d.

d) Man s. auch: Manuel diplomatique sur le dernier état de la controverse concernant les droits des neutres sur mer. Leipsic 1814. 8. Auch unter folgendem Titel: Le Traité d'Utrecht réclamé par la France, ou coup d'œil sur le système maritime de Napoléon.

§. 312.

Französisches ContinentalSystem.

Nach Decreten, aus Berlin 1806.

Napoleon's *ContinentalSystem*, für alle seine eigenen und conföderirten („directen und indirecten") oder unter seinem Einfluſs stehenden Staaten, ward festgesetzt durch ein Decret aus seinem Heerlager zu *Berlin* vom 21. Nov. 1806 *a*). Die Hauptbestimmungen sind folgende. Die brittischen Inseln sind in Bloquade-Stand erklärt. Jeder Handel, jeder Briefwechsel mit ihnen, ist verboten. Briefe und Packete, nach England, oder an einen Engländer adressirt, oder in englischer Sprache geschrieben, sollen auf den Posten nicht befördert, sondern weggenommen werden. Jeder englische Unterthan, welchen französische oder alliirte Truppen finden, soll Kriegsgefangener seyn. Jedes englische Magazin, Waare, oder Eigenthum, soll confiscirt werden. Der Handel mit englischen Waaren, ist verboten. Jede Waare, die England gehört, oder aus seinen Fabriken und Colonien

kommt, ist zu confisciren *b*). In keinem Hafen darf ein Schiff aufgenommen werden, welches direct aus England oder seinen Colonien kommt, oder seit diesem Decret daselbst gewesen ist. Jedes Schiff, welches durch falsche Declaration dieser Verfügung zuwider handelt, wird, gleich englischem Eigenthum, sammt seiner Ladung confiscirt.

a) Moniteur 1806, n. 339. Auch in dem angef. pariser Mémoire sur les principes et les lois de la neutralité armée (1812. 8.), p. 145, in dem Journal de Francfort 1810, n° 374, in dem angeführten ContinentalSystem (Leipz. 1812. 8.), in dem Polit. Journal vom Nov. 1806, S. 1179, u. in dem Recueil de pièces officielles etc. par Fred. Schoell, T. IX. p. 344. — Die merkwürdige Botschaft vom 21. Nov. 1806, womit dieses Decret dem Senat zu Paris zugefertigt ward, steht in dem Polit. Journal, Dec. 1806, S. 1227.

b) Eine ähnliche Verordnung findet sich schon in den Réglemens de la France pour les armateurs de 1704, art. 3 et 4, bei Lamberty T. XIII, p. 435, et de 1744, art. 3 et 4, bei Real, science du gouvernement, T. V, ch. 2, sect. 6. — Beurtheilung solcher Vorschriften, bei Schmidlin diss. cit. §. 45.

§. 313.

Und aus Mailand 1807.

Weiter noch gieng Napoleon's Decret aus *Mailand* vom 17. Dec. 1807 *a*). Durch dieses wird jedes Schiff, von welcher Nation es sey, so bald es eine Visitation von einem englischen Schiff geduldet, oder sich einer Reise nach England unterworfen, oder der brittischen Regierung irgend eine Abgabe entrichtet hat, für entnationalisirt (dénationalisé) erklärt *b*); es soll als

als englisches Eigenthum angesehen, und, wenn es ergriffen wird, für gute Prise erklärt werden. Jedes Schiff, von welcher Nation es sey, und woraus immer seine Ladung bestehe, wenn es aus einem Hafen Englands, oder aus englischen, oder von England occupirten Colonien kommt, oder wenn es nach England, oder in englische Colonien, oder in Länder bestimmt ist, die von englischen Truppen besetzt sind, soll genommen, und dem Nehmer als gute Prise zuerkannt werden. Diese Verfügungen, eine blosse Erwiederung des von England angenommenen Systems, verlieren ihre Kraft, so bald England zu den Grundsätzen des Völkerrechtes zurückgekehrt seyn wird.

a) Moniteur v. 26. Dec. 1807. Auch in dem angef. pariser Mémoire, p. 158. Journal de Francfort, 1807, n° 365, u. 1810, n. 274. Polit. Journal v. J. 1808, S. 99. u. in dem angef. Recueil von Schoell, T. IX. p. 360. — Wiederholt wurden diese Grundsätze, in einer französischen Note an den nordamerikanischen Gesandten zu Paris, im Febr. 1810, in den mannheimer Nouvelles littéraires et politiques, 1810, n. 62. 63. — Ausserdem erliess Napoleon am 11. Jan. 1808 zu Paris ein SupplementDecret, wegen Entdeckung oder Verheimlichung einer Uebertretung der berliner und mailänder Decrete. Polit. Journal v. Jan. 1808, S. 101. — Späterhin ward theils die Verbrennung aller vorgefundenen englischen Fabrikwaaren, theils, unter gewissen Bedingungen und Abgaben, die Einfuhr englischer ColonialWaaren auf französische Erlaubnissscheine oder Freibriefe (*Licenzen*), so wie nichtenglischer Colonial- u. Fabrikwaaren gegen *Ursprungscheine* (certificats d'origine), verfügt. — Auch belegte Napoleon alle, erlaubterweise eingeführten ColonialWaaren mit starkem Impost, durch ein Decret aus *Trianon* v. 5. Aug. 1810, (Journal de Francfort,

1810, n° 225 et 274, u. in v. Martens recueil, Suppl. V. 513.) und durch ein zweites, vom 12. Sept. 1810.

b) Das heifst, der Rechte der neutralen Flagge verlustig werden.

§. 314.

Englisches geschärftes BloquadeSystem.

Die durch Frankreich, im März 1806, veranlafste Sperre des englischen Handels in den Häfen des nördlichen Teutschlandes, bewog *Grofsbritannien* zu einer GegenMaasregel. Durch eine *GeheimerathsOrdre* (order of council, ordre de conseil) vom 16. Mai 1806 *a*) wurden alle Küsten, Flüsse, und Häfen, von der Elbe bis zu dem Hafen von Brest, diesen miteingeschlossen, in *BloquadeStand* erklärt; doch so, dafs neutrale Schiffe, mit Waaren beladen, die weder feindliches Eigenthum noch KriegsContrebande wären, frei an den gedachten Küsten landen, oder in die genannten Flüsse und Häfen einlaufen, oder von dort absegeln dürften, nur mit Ausnahme der Küsten, Flüsse und Häfen von Ostende bis zur Seine, und dafs jene Schiffe ihre Ladung nicht in einem den Feinden Grofsbritanniens gehörigem, oder in deren Besitz befindlichem Hafen eingenommen hätten, oder, wenn sie aus einem der oben gedachten Flüsse oder Häfen kämen, nicht für einen der letztgedachten Häfen bestimmt seyen, und dafs sie früher nicht die Bloquade gebrochen hätten. — Eine *zweite* brittische *GeheimerathsOrdre* vom

7. Jan. 1807 *b*), welche dem berliner Decret Napoleon's entgegengesetzt ward, verordnet: „dafs keinem Schiff erlaubt sey, von einem Hafen zu dem andern Handlung zu treiben, wenn diese beiden Häfen Frankreich oder dessen Alliirten gehörten, oder in deren Besitz seyen, oder so sehr unter deren Controle stünden, dafs brittische Schiffe nicht frei dahin handeln könnten. Jedes neutrale Schiff, welches auf erhaltene Warnung oder Nachricht von dieser Ordre, derselben zuwider handelt, solle genommen, aufgebracht, und nebst der Ladung als gesetzmäsige Prise (lawful prize) verurtheilt werden".

a) London Gazette v. 20. Mai 1806. Polit. Journal v. Jun. 1806, S. 632. Recueil de pièces officielles, publié par F. Schoell, T. IX, p. 350. De Martens recueil, Suppl. V. 436. Das angef. pariser Mémoire von 1812, S. 144.

b) London Gazette v. 11. Jan. 1807. Polit. Journal v. Jan. 1807, S. 81. Schoell's angef. recueil, T. IX. p. 350. Martens l. c. V. 444. Das angef. pariser Mémoire, p. 149.

§. 315.

Fortsetzung.

Da auch Napoleon, durch das berliner Decret, die brittischen Inseln in BloquadeStand erklärt hatte, so verfügte eine *dritte* brittische *GeheimerathsOrdre*, vom 11. Nov. 1807 *a*): „dafs alle Häfen Frankreichs und seiner Alliirten, oder irgend eines andern Landes, das mit Grofsbritannien in Krieg sey, oder solcher Länder, von welchen die brittische Flotte ausgeschlossen sey,

wenn gleich sie mit Grofsbritannien nicht in Krieg wären, und alle andern Häfen und Plätze in den Colonien, die den Feinden Grofsbritanniens gehörten, in Absicht auf Handel und Schiffahrt denselben Einschränkungen *b*) unterworfen seyn sollten, als wenn sie durch brittische Seemacht aufs strengste bloquirt wären; dafs aller Handel mit Waaren, welche Producte oder Manufacturen der genannten Länder sind, als ungesetzmäsig (unlawful) solle betrachtet werden; dafs jedes Schiff, welches von oder nach gedachten Ländern oder Colonien handle, mit allen Gütern an Bord solle genommen, und als Prise dem Nehmer zuerkannt werden; dafs jedes Schiff, welches über seine Ladung einen Ursprungschein (certificat d'origine) bei sich führe, worin bescheinigt sey, dafs die Artikel der Ladung keine Producte oder Manufacturen brittischer Besitzungen seyen, als rechtmäsige Prise dem Nehmer zugleich mit denjenigen darin verladenen Gütern zuerkannt werden solle, welche der Person oder denen Personen gehörten, durch die oder zu deren Behuf ein solches Document an Bord gekommen sey *c*)".

a) Supplement zu der London Gazette v. 14. Nov. 1807. Polit. Journal v. Dec. 1807, S. 1229. Das angef. pariser Mémoire, p. 151. Journal de Francfort, 1807, nº 347 sq. Schöll's angef. Recueil, T. IX. p. 353. Martens l. c. Suppl. V. 446.

b) Hievon wurden in derselben GeheimerathsOrdre verschiedene *Ausnahmen* gemacht, und noch andere in 3 GeheimerathsOrdres, vom 25. Nov. u. 18. Dec. 1807, und v. 30. März

1808. Sie zweckten zum Theil darauf ab, dass diejenigen neutralen Schiffe, welche in andere als englische Häfen einlaufen wollten, vorher in England vor Anker gehen, daselbst Licenzen nehmen, und gewisse Abgaben entrichten sollten. — Auch ertheilte England, so wie Frankreich, CommerzialLicenzen an viele Schiffe; einst in einem Jahr bis auf 16000, in dem J. 1811 ungefähr 8000. Erinnerungen dagegen, in der ParlamentsSitzung vom 28. Febr. 1812. Gazette de Francfort, 1812, n° 79. — Dieses *Licenzen-System* ward vorzüglich von England und Frankreich, besonders seit 1808, in Ausübung gebracht. Sehr nachtheilig wirkte dasselbe auf die Moralität in der Handelswelt. Ausführlich wird davon gehandelt in dem ConversationsLexicon (2. Ausg. Leipz. 1812 ff. 8.), v. Licenzen, Th. III, S. 128—142, u. Anhang, S. CIII—CX. Georgius Versuch einer Darstellung der LicenzenGeschichte. Nürnb. 1814. 8. v. Fahnenberg's Magazin für Handlung, Heft 1, S. 73.

c) Noch *zwei andere GeheimerathsOrdres*, gleichfalls vom 11. Nov. 1807, enthalten besondere Bestimmungen, die eine über einzelne Schiffahrtfälle, die andere über den Verkauf von Schiffen von Kriegführenden an Neutrale, welcher für ungesetzmäsig, und in Ansehung des übertragenen Besitzes für ungültig erklärt wird. Journal de Francfort 1807, n° 336. Polit. Journal v. Dec. 1807, S. 1234. — Vergl. übrigens von diesem BloquadeSystem: Effets du blocus continental sur le commerce, les finances, le crédit, et la prospérité des îles britanniques; par François d'Ivernois. Londres 1810. 8.

§. 316.

Widerruf der brittischen GeheimerathsOrdres. Ende des ContinentalSystems.

Die GeheimerathsOrdre vom 11. Nov. 1807, ward in einer folgenden vom 26. April 1809 *a*) dergestalt widerrufen und annullirt, dass sie ausnahmweise nur noch gelten sollte von allen holländischen Häfen bis zu und mit Einschluss der Ems, von allen französischen Häfen, von

den Häfen derjenigen Colonien, Etablissements und Besitzungen, welche von Frankreich und Holland abhiengen, und von den Häfen des nördlichen Theils von Italien, von Pesaro bis und mit Orbitello. Dieser Widerruf bezog sich also auf das nördliche Europa und das mittägliche Italien *b*). — Da in der Folge durch ein französisches Decret vom 28. April 1811 *c*), die berliner und mailänder Decrete in Ansehung der nordamerikanischen Schiffe waren aufgehoben worden, so erfolgte durch eine brittische GeheimerathsOrdre vom 23. Jun. 1812 *d*) ein Widerruf der GeheimerathsOrdres vom 7. Jan. 1807 und 26. April 1809, so viel die nordamerikanischen Schiffe und Ladungen betrifft, so weit solche amerikanisches Eigenthum seyen. — Mit Napoleon (1814), fiel sein ganzes Continental-System.

a) Journal de Francfort 1809, n° 141. Schöll's angef. Recueil, T. IX. p. 363. v. Martens recueil, Suppl. V. 483. v. Fahnenberg's Magazin für die Handlung, 1811, Heft I, S. 50.

b) So ward er ausdrücklich erklärt von einem englischen ParlamentsRedner, in der Sitzung vom 28. Febr. 1812. Gazette de Francfort, 1812, n° 79.

c) Auf dieses Decret wird sich bezogen in der brittischen GeheimerathsOrdre vom 23. Jun. 1812, und in der französischen Note 5 zu der brittischen Erklärung v. 21. April 1812. Gazette de Francfort 1812, n° 134. v. Martens a. a. O., Suppl. V. 542.

d) Gazette de Francfort 1812, n° 212. Schöll's angef. Recueil, T. IX. p. 370. — Officielle Erklärungen *Frankreichs*, in der Sitzung des Senats v. 10. März 1812. Moniteur v. 16. März 1812. Gazette de Francfort, 1812, n° 81. Schöll's

angef. Recueil, T. IX. p. 370. v. Fahnenberg's angef. Magazin, 1812, Heft II, S. 111 ff. — *Brittische* Gegenerklärung v. 21. April 1812, ebendas. n° 133. 134. 135. in Schöll's angef. Recueil, T. IX. p. 379. und in v. Fahnenberg's Magazin, 1812, Heft V, S. 373 ff. — Man vergl. ebendas., Heft VI, S. 469 ff. 548 ff., Jahrg. 1813, Heft I, S. 1 ff. Botschaft des Präsidenten der *Vereinigten Staaten* von *Amerika*, datirt Washington den 12. Jul. 1813, in dem Moniteur universel von 1813, n° 287, u. in der Gazette de Francfort, 1813, n° 297 — 300. — *Nordamerikanische* und *brittische* Erklärungen, bei Martens l. c. Suppl. V. 455. 459. 475. 487. 508. 538. 540. u. in der Gazette de Francfort, 1811, n° 118. 119. 121. 122. 124. und von 1812, n° 63. 66. 79. 80. 88. Botschaft des Präsidenten der *Vereinigten Staaten* von Nordamerika an den Congrefs, v. 4. Nov. 1812, ebendas. Jahrgang 1813, Num. 26 ff. *Brittische* Gegenerklärung v. 9. Jan. 1813, ebendas. 1813, Num. 27, 28, 35 — 37. — Ueber die Zurücknahme der englischen CabinetsOrdres; in der Minerva vom Sept. 1812, S. 448 — 471.

III. CAPITEL.

RECHT DES FRIEDENS.

§. 317.

Beendigung streitiger Verhältnisse. Beweisführung. Weg der Gewalt.

Die Beendigung streitiger Verhältnisse unter Staaten *a*), hat auf verschiedene Art statt *b*). Bei einem Streit über zweifelhafte Thatsachen, sind, zu Vermeidung der Selbsthülfe, zuvörderst beide Theile gegenseitig verpflichtet zu dem Versuch einer *Beweisführung c*). So fern nachher, oder bei dem Streit über einen Rechtspunct, jeder das Recht auf seiner Seite zu haben glaubt,

steht es einzig in dem Willen beider Theile, auf welchem Weg sie ihren Streit beendigen wollen. Wählen sie den Weg der *Gewalt*, so treten die verschiedenen Arten der Selbsthülfe ein, welche oben (§. 234) angezeigt sind.

a) B. C. Struv jurisprud. heroica, T. I. c. 1. p. 6. — 95. A. G. S. Haldimand diss. de modo componendi controversias inter aequales, et potissimum arbitris compromissariis. Lugd. Bat. 1738. 4. J. G. Daries de modis in statu naturali componendi controversias, in specie de bello judiciali; in Ejus obss. jur. nat., soc. et gent., Vol. II. (Jen 1754. 4.) obs. 68. p. 344. sqq. Moser's Versuch, VIII. 391 ff. 449 ff. v. Ompteda's Lit. II. 604.

b) Schriften von *Ansprüchen* (Prätensionen) oben §. 25, Note b, und in v. Ompteda's Lit. II. 605 ff.

c) Daries l. c. §. 6. sqq.

§. 318.

Weg des Rechtes.

Beide Theile sind, vermöge ihrer politischen Unabhängigkeit, nicht schuldig, einen Richter anzuerkennen. Eben so wenig ist einer von beiden, ohne Einwilligung des andern, berechtigt, das Richteramt in eigener Sache zu verwalten. *Rechtliche Entscheidung* ist daher nur zulässig, wenn beide Theile einwilligen. Diese Einwilligung erfolgt vertragmäsig durch *Compromiss*; es sey nun, welches nicht leicht der Fall seyn wird, auf einen der streitenden Theile selbst, oder auf einen oder mehrere Dritte, als *Schiedsrichter a*) (arbiter). Nicht nur Mitglieder des einen, oder beider streitenden Staaten, sondern auch dritte Staaten oder

deren Mitglieder, können zu dem Amt des Schiedsrichters erwählt werden. Nimmt der Erwählte den Antrag an, so ist er berechtigt und verpflichtet, nach hinlänglicher Erörterung und Prüfung der Streitsache, den Grundsätzen des Völkerrechtes gemäfs, das streitige Recht durch einen *Rechtspruch* (laudum) richterlich festzusetzen. Ob und wie weit suspensive oder devolutive *Rechtsmittel*, etwa durch Berufung auf einen erwählten höheren Schiedsrichter oder *Obmann* (superarbiter) statt finde, und diesem oder dem ersten Schiedsrichter ein Recht zu *Vollziehung* des Richterspruchs zustehe? hängt ab von dem Inhalt des Compromisses.

a) Vergl. oben, §. 163. Haldimand diss. cit. De Bielfeld institutions politiques, II. 152. Bynkershoek de foro legatorum, c. 23. Kluit hist. federum Belgii federati, II. 500. sq. Beispiele von 1674 u. 1678, in Du Mont corps dipl. T. VII, P. 1, p. 253, §. 8 et 9, T. VII, P. 1, p. 365; von 1263, 1491, u. 1697, in Flassan's hist. de la dipl. franç. I. 124. 257. IV. 159. — Dieses Mittel ist seit etlichen Jahrhunderten sehr vernachlässigt worden. Nach den Manifesten zu urtheilen, war nie ein Souverain, der nicht ungern Krieg führte, und der nicht mit Freude Alles gethan hätte, ihn zu vermeiden. Warum wird denn kein Streit unter Staaten mehr, wie ehehin, durch *Schiedsrichter* geschlichtet? Höchstens nimmt man Vermittlung an, aber meist ohne Erfolg. So ist denn Krieg jetzt fast das einzige Mittel, Rechte gegen Verletzung aufrecht zu erhalten. — Es giebt Beispiele, dafs Mächte die Entscheidung ihrer Streitigkeiten durch einen Schiedsrichter-Spruch, einem *Gerichtshof* oder *rechtsgelehrten* Commissarien überlassen haben. Du Mont corps dipl. T. VI, P. 3, p. 41 (1665); Westphal's teutsches Staatsrecht, S. 444; Ryswiker Fr. zw. Oestreich u. Frankr., 1697, Art. 8 u. Separat-Artikel, das laudum v. 1701 u. der obmannschaftliche Spruch

des Papstes v. 1702, bei Du Mont, T. VIII, P. 1, p. 6 et 98 (oben §. 50 b); Acte final du congrès de Vienne, art. 69, u. Klüber's Acten des wiener Congresses, VI. 470. Teutsche BundesActe v. 1815, Art. 11. Man s. auch Flassan l. c. I. 256. 261. III. 200. Wenn jedoch grosse Mächte auf Schiedsrichter compromittirten, so geschah es fast immer nur bei Gegenständen von minderer Bedeutung.

§. 319.

Weg der Güte. Friede.

Beilegung des Streites in dem *Weg der Güte*, findet nur statt nach Uebereinkunft beider Theile. Widerrechtlich ist es nicht, hiezu das *Loos* (sors) zu wählen *a*); wiewohl in der neuern Zeit man sich dessen höchst selten bedient hat, und noch weniger des in der Vorzeit zuweilen vorgekommenen *Zweikampfes* durch beiderseitige Stellvertreter *b*). Weit gewöhnlicher ist *Vergleich* oder gütliche Uebereinkunft *c*) (Sühnevertrag, amica litis compositio). Er kann zu Stande kommen, durch unentgeltliches Nachgeben von Seite des einen Theils (remissio gratuita), aber auch durch Vergleich in dem engern Sinn, Ausgleichung mittelst Vergeltung, welche erfolgt durch Gebung, Versprechen, oder Zurückbehaltung einer Sache oder eines Rechtes (transactio). Beide Rechtsgeschäfte heissen, wenn dadurch ein Krieg beendigt wird, *Friede d*) (pax, la paix).

a) Grotius lib. II. c. 23. §. 9. F. C. v. Moser von dem Gebrauch des Looses in Staatssachen; in den wöchentl. frankf. Abhandlungen 1755, St. 8 u. 11, und in Schott's jurist. Wochenblatt, III. Jahrgang, S. 615 – 652. Gonne, in Siebenkees jurist. Magazin, I. 26 ff. 34. J. F. Ludovici diss. de judicio fortunae. Hal. 1702. Chr. Wildvogel pr. de

eod. arg. Jen. 1708. 4. F. A. Junius de sorte remedio subsidiario causas dubias dirimendi. Lips. 1746. 4.

b) Vergl. oben §. 234.

c) Moser's Versuch, VIII. 406.

d) Schriften in v. Ompteda's Lit. II. 662—666. u. in v. Kamptz neuer Lit., §. 321. — Vattel liv. IV. Ueber Friedensverträge, von Gerard von Rayneval; in der Zeitschrift *Minerva*, Dec. 1814, S. 353 374. — In der neuern Zeit endigt ein Krieg nicht leicht ohne förmlichen Friedensvertrag; wie der Krieg zwischen Frankreich und Spanien, im J. 1720. Flassan l. c. IV. 484.

§. 320.

Vorbereitungen des Friedens. Unterhandlungen, gute Dienste und Vermittlung.

Dem Friedensschlufs gehen meist gewisse *Vorbereitungen* voraus. Kriegsglück oder Unglück, und Politik, veranlassen *Friedensvorschläge*. Diese erfolgen, entweder von einem der kriegführenden Theile, bald unmittelbar, bald mittelbar, oder von dritten Mächten, welche aus eigener Bewegung, oder auf Ersuchen, ihre *guten Dienste* (bona officia, bons offices) anwenden *a*) (§. 160). Werden die Vorschläge angenommen, welches zuweilen nur bedingungsweise geschieht, z. B. gegen Abschliessung einer PräliminärConvention *b*), so kommt es, mit oder ohne Waffenstillstand, zu *Unterhandlungen* (FriedensTractaten, négociations de paix). Diese haben statt, ohne, oder unter *Vermittlung* (médiation) dritter Mächte *c*).

a) Moser's Versuch, X. a. 203—223.

b) Wie am 8. Oct. 1711 u. 19. Aug. 1712, vor dem Congrefs zu Utrecht. Büsch Welthändel, S. 266. 269.

c) Hievon oben §. 160.

§. 321.

Art und Ort der Unterhandlungen.

Die Unterhandlungen wegen des Friedens, können auf zweifache Art statt haben; in Conferenzen, wo die Unterhändler sich in förmlichen Sitzungen versammeln, und in schriftlichen Verhandlungen. Nicht leicht geschehen sie unmittelbar zwischen den beiderseitigen Souverainen. Auch eine blosse ministerielle Correspondenz *a*), von Hof zu Hof, führt selten zum Ziel. Es werden daher jetzt in der Regel Bevollmächtigte gesendet *b*), welche die Vorrechte der Gesandten, wie in Friedenszeiten, geniessen (Friedensgesandte). Diese unterhandeln mit einander, entweder unmittelbar, oder mittelbar, durch Vermittler. Wenn in dem ersten Fall Conferenzen statt haben, so sind darin zuweilen Gesandte vermittelnder Mächte (§. 160) gegenwärtig, welchen dann die ersten Plätze und andere Ehrenvorzüge eingeräumt werden. Wird schriftlich unterhandelt, durch einen oder mehrere Vermittler, wie auf dem Congreſs zu Teschen, so sendet jeder von beiden Theilen seine Anträge und Entwürfe, mittelst diplomatischer Noten, an den Bevollmächtigten der vermittelnden Macht; dieser theilt solche dem Gegner mit, und empfängt und übersendet hierauf, in derselben Art, die Antwort und Gegenentwürfe. — Die Wahl des Congreſs*Ortes c*), die

Fragen, ob Gesandte von dritten Mächten, und von welchen, daselbst zuzulassen seyen *d*), mit welchem Ceremoniel, und in welchem Locale die Conferenzen gehalten, und wie die Geschäfte darin behandelt werden sollen *e*), die Neutralität des CongreſsOrtes, wenn während des Congresses kein allgemeiner Waffenstillstand statt hat, die persönliche Sicherheit der anwesenden, und der ab- und zureisenden gesandschaftlichen Personen und Couriere, u. d., sind bisweilen Gegenstand einer eigenen Präliminär-Convention.

a) Damit fiengen 1761 die Unterhandlungen zwischen Frankreich und Groſsbritannien an, aber man überzeugte sich bald von der Nothwendigkeit Gesandte zu schicken. Moser's Versuch, X. 2. 195 ff.

b) Bald an den Hof des feindlichen Souverains, bald an einen dritten Ort. Moser's Versuch, X. 2. 198. 202. Friedensunterhandlungen zu Versailles 1783, zu London 1801, zu Paris 1810 (mit Schweden), und in den Jahren 1814 und 1815; andere, zu CampoFormio 1797, zu Presburg 1805, zu Tilsit 1807.

c) De Real, science du gouvernement, T. V, p. 626 et suiv. Moser's Grundsätze des europ. VR. in Friedenszeiten, S. 527—571. A. E. Rossmann von den Ausflüchten im Völkerrecht, §. 14; in Siebenkees jurist. Magazin, Bd. I, S. 50. — Von FriedensCongressen s. Bielfeld institutions politiques, II. 150. sq. Moser's Versuch, X. 2. 233—309. Ueber politische Congresse; in der Minerva, Jun. 1813, S. 395—411. Von dem wiener Congreſs, s. man Klüber's Uebersicht der diplomat. Verhandlungen des wiener Congresses. Frankf. 1816. 8. — Schriften von Congressen, in v. Kamptz neuer Lit., §. 145, 299 u. 323.

d) Schwierigkeiten deſshalb wurden mehrmal gemacht, z. B. auf dem westphälischen FriedensCongreſs, auf dem zu Breda

1747, auf dem rastatter 1797, wegen Zulassung russischer und schwedischer Gesandten. Auf den Congressen zu Lüneville 1801, und zu Amiens 1801 und 1802, wurden Gesandte dritter Mächte nicht zugelassen.

e) J. Bernard sur les diverses cérémonies qu'ont employées les différentes nations dans les traités de paix et d'alliance; in s. Recueil des traités de paix etc., auch in Du Mont's corps diplomatique. Christ. Weber diss. de paciscendi modo. Lips. 1649. 4.

§. 322.

Friedensschlufs.

Sind die Versuche den Frieden herzustellen fruchtlos, und will oder erwartet man keinen günstigen Erfolg von weitern Friedenshandlungen, so werden diese abgebrochen, und die Feindseligkeiten erneuert *a*). Glücken aber die Versuche, so kommt ein *Friedensschlufs* zu Stande, ein Vertrag, wodurch der Krieg beendigt wird. Von einem Waffenstillstand unterscheidet er sich wesentlich dadurch, dafs er für immer errichtet wird, und in diesem Sinn heifst er ein ewiger Vertrag *b*) (pactum aeternum). In der Regel, wird irgend eine Hauptbestimmung zur *Grundlage* (Basis), wie der Unterhandlungen also auch des Friedensschlusses, genommen. Man wählt hiezu, bald den Besitzstand, wie er war bei dem Ausbruch des Kriegs (Status quo strict, Status quo ante bellum), oder zu der Zeit des Friedensschlusses (das Uti possidetis), oder in einem andern Zeitpunct (dies, mensis, vel annus decretorius,

normalis, criticus); bald geht man aus von gewissen Compensationen, von einseitigen oder wechselseitigen Abtretungen, ohne Rücksicht auf Rechts- und Besitzstand.

a) Vergl. Moser's Versuch, X. 2. 223—232. Dav. Stavinsky diss. de pacis rejectione. Regiom. 1727. 4.

b) „Ut pax pia aeterna sit", war die altrömische Formel. Brissonius de formulis populi rom., lib. IV. c. 49.

§. 323.

Präliminär- und DefinitivFriede. SeparatFriede.

In der Regel, wird ein *Definitiv*Friede geschlossen *a*). So fern aber vorläufig blofs gewisse Hauptpuncte vertragmäsig festgesetzt, und die Festsetzung anderer Puncte noch ausgesetzt bleibt, um mit jenen in der Folge in ein Haupt-Instrument zusammengefafst zu werden, heifst der Vertrag, welcher jene enthält, *Präliminär*-Friede oder FriedensPräliminarien *b*). Die Form des letzten *c*), ist zuweilen minder feierlich als bei einem DefinitivFrieden: aber er ist darum nicht minder verbindend, wenn nicht seine verbindende Kraft von Abschliessung des Definitiv-Friedens abhängig gemacht worden ist. In der Regel wird der Friede zu gleicher Zeit von allen, in denselben Krieg verwickelt gewesenen Mächten geschlossen. Ohne Einwilligung ihres Alliirten, ist, im Zweifel, keine derselben berechtigt, wegen des Friedens zu unterhandeln, oder einen *SeparatFrieden* zu schliessen (§. 270).

a) Davon s. Vattel, liv. IV, ch. 2. Moser's Versuch, X. 2. 360 ff.

b) Moser's Versuch, X. 2. 356 ff. Kluit hist. federum Belgi federati, II. 501. Schriften in v. Ompteda's Lit., §. 324. u. v. Kamptz neuer Lit., §. 324. — Beispiele aus dem 18. u. 19. Jahrhundert, sind die FriedensPräliminarien zu Wien 1735, Breslau 1742, Åbo 1743, Füssen 1745, Aachen 1748, Fontainebleau 1762, Paris 1783, Jassy, 1791, Leoben 1797, Paris 1800 (nicht ratificirt), London 1801.

c) Von Unterzeichnung desselben, s. Moser's Versuch, X. 2. 377 ff.

§. 324.

Amnestie.

Wesentlich bei jedem Friedensschluſs, und daher im Zweifel stillschweigend darin begriffen, ist die *Amnestie* a) (lex oblivionis), eine vertragmäsige Erklärung beider Theile, daſs das bisherige feindselige Verhältniſs als gänzlich beseitigt anzusehen sey, mithin nicht wieder als Ursache eines Kriegs dienen dürfe. Was nicht Ursache oder Gegenstand des Kriegs war, ist unter der Amnestie nicht begriffen b).

a) Vattel, liv. IV, ch. 2, §. 20. sqq. De Steck obss. subseciv. n. 13. Westphal's teutsches Staatsrecht, S. 25 ff. Moser's Versuch, X. 2. 522. Waldner de Freundstein diss. de firmamentis conventionum publicarum, c. 1. §. 14. v. Ompteda's Lit. II. 669. v. Kamptz neue Lit., §. 329. — Daſs die Amnestie ausdrücklich müsse bedungen werden, behauptet Henr. Cocceji diss. de postliminio in pace et amnestia (Francof. ad Viadr. 1691, u. in s. Exercit. curios. Vol. I. n. 78.), §. 8. Man s. aber Westphal a. a. O. S. 25 ff. u. Schröder elem. juris nat., soc. et gent. §. 1148.

b) Vattel a. a. O. §. 22. Schröder l. c. §. 1149. Westphal a. a. O. S. 27 ff. — Hierauf bezieht sich die Regel: was nicht Ursache zum Krieg gewesen, müsse auch nicht Ur-

sache

sache des Friedens seyn. A. E. ROSSMANN von den Ausflüchten im Völkerrecht, §. 11, in SIEBENKEES jurist. Magazin, Bd. I, S. 48. 61.

§. 325.

Verbindlichkeit des Friedensschlusses.

Wäre zu der Rechtsgültigkeit eines Friedensschlusses nothwendig, dafs die darin enthaltenen Bestimmungen, in Ansehung der Kriegsursache und der beiderseitigen Kriegshandlungen, den Forderungen der Gerechtigkeit durchaus gemäfs seyen, so würden die Unterhandlungen unter kriegführenden Mächten, welche keinen Richter anerkennen, nie, oder doch höchst selten, zu einem Frieden führen. Zu Erlangung des Friedens ist daher in der Regel kein anderes Mittel übrig, als die Rechtmäsigkeit oder Unrechtmäsigkeit jener Ursachen und Handlungen auf sich beruhen zu lassen, und die Streitpuncte durch Uebereinkunft so zu bestimmen, dafs nur diese die Stelle des Rechtes unter den Parteien vertrete. Da nun jedem Theil frei steht, seinem Recht zu entsagen, und diese Entsagung, wenn sie von dem andern angenommen ist, die Kraft eines Vertrags hat, Verträge aber auch unter Staaten heilig gehalten werden müssen (§. 145), so ist ein Friedensschlufs selbst für denjenigen Theil verbindend, welcher darin wohlgegründete Rechte dem Frieden zum Opfer bringt. Verpflichtend ist er sogar für den, wel-

chem die schuldige Genugthuung durch Zwang abgenöthigt worden ist *a*); denn auch ein durch rechtmäsigen Zwang abgenöthigter Vertrag ist gültig (§. 143).

a) Vergl. die Schriften in v. Ompteda's Lit., §. 307, u. in v. Kamptz neuer Lit., §. 303.

§. 226.

FriedensInstrument.

Ohne förmlichen Vertrag in einem *schriftlichen Aufsatz* (FriedensInstrument), wird in der neuern Zeit nicht leicht Friede geschlossen *a*), wie kurz und einfach auch der Friedensvertrag seyn mag *b*). Die einzelnen Stipulationen werden in *Artikel* eingekleidet; in allgemeine und vorläufige oder PräliminärArtikel, und in besondere, sowohl HauptArtikel als auch Neben-, Zusatz- (Additional-) und SeparatArtikel, bisweilen auch in offene und geheime. Sonach theilt sich das Ganze oft in zwei Haupttheile, in den Hauptvertrag und den Neben- oder Zusatzvertrag *c*) (convention additionnelle). Gewöhnlich wird am Schlufs die Clausel der *Ratification* hinzugefügt; ein Vorbehalt, dafs die Genehmigung der contrahirenden Souveraine innerhalb einer bestimmten Frist beigebracht, und an einem bestimmten Ort ausgewechselt werden solle *d*). Die *Ausfertigung* geschieht in feierlicher Form, in der gehörigen Anzahl von Exem-

plaren. Die *Unterzeichnung* und *Besieglung* erfolgt, wie die Auswechslung der Ratificationen, mit mehr oder weniger Feierlichkeit *e*).

a) Der Friede von 1729, zwischen Schweden und Polen, ward durch blosse wechselseitige Erklärung in zwei *Schreiben* der beiderseitigen Souveraine geschlossen. Aber den Feindseligkeiten war schon zehn Jahre früher (1719) Einhalt geschehen, durch Waffenstillstand und FriedensPräliminarien, und der Friedensschlufs war blosse Förmlichkeit. De Steck essais sur divers sujets (1779. 8.), n. 2, p. 13. sqq.

b) Z. B. der Friede v. 1800, zwischen der Republik Frankreich und dem Grafen von Erbach. De Martens recueil, VII. 513.

c) Hievon oben §. 147. Moser's Versuch, X. 2. 362 ff.

d) Moser's Versuch, X. 2. 381 f.

e) Moser's Versuch, X. 2. 374 ff. Für diese feierlichen Handlungen, erhalten zuweilen die bevollmächtigten Minister von ihren Souverainen den Charakter eines Botschafters. — Von Auskunftmitteln, bei streitigem Rang und Ceremoniel, oben §. 104 f.

§. 327.

Theilnahme, Beitritt, Einschliessung, Garantie, Protestation, Publication.

Haben mehr als zwei Mächte gegen einander Krieg geführt, und schliessen alle, als HauptContrahenten, zu gleicher Zeit Frieden, so kann für Alle ein *gemeinschaftliches Instrument*, oder je für Einzelne ein *besonderes* ausgefertigt werden, doch in beiden Fällen die gehörige Anzahl gleichlautender Exemplare. Selbst eine kriegführende Macht, kann dem von andern geschlossenen Frieden als HauptContrahent

bloss *beitreten*. Ein *Beitritt* erfolgt zuweilen auch, als von NebenContrahenten, von solchen Mächten, welche einer kriegführenden Macht particuläre Kriegshülfe (§. 268 ff.) geleistet, oder irgend ein anderes Interesse bei dem Friedensschluss haben (§. 162). Nicht selten werden aber auch solche und andere Mächte, ohne ihren ausdrücklichen Beitritt, in den Frieden *miteingeschlossen* (§. 162). *Verstärkung* des Friedensvertrags, kann auf verschiedene Art erfolgen, insbesondere durch *Garantie* von Seite dritter Mächte (§. 157—159). Zuweilen wird derselbe, durch *Widerspruch* oder Protestation, von dritten Mächten angefochten (§. 162). *Publication* des geschlossenen Friedens veranstaltet jeder Theil, nach Belieben, in seinem Gebiet und bei seinem Kriegsheer *a*).

a) Moser's Versuch, X. 2. 382 ff. Vattel, liv. IV, ch. 3, §. 25.

§. 328.

Vollziehung und Auslegung des Friedens. Jus postliminii. Friedensbruch.

Auf die Genehmigung des Friedensschlusses, muss dessen *Vollziehung*, so weit eine solche nöthig, der Uebereinkunft gemäss folgen *a*). Dieselbe giebt bisweilen Anlass zu eigenen Congressen und ExecutionsRecessen *b*), zu Zweifeln und Streitigkeiten über den Sinn der Stipulationen, zu *Auslegungen* (§. 163), und zu *Er-*

läuterungen derselben, etwa in eigenen *Erläuterungs-* oder *NachRecessen c)* (conventions supplétives ou explicatives). — Nach eingetretenem Friedensstand, tritt das *Jus postliminii* in Wirksamkeit, so weit es gegründet ist (§. 254, 257 u. 270). — Ein *Friedensbruch*, durch Verletzung aller oder einzelner Stipulationen, entbindet den andern Contrahenten der Pflicht, denselben von seiner Seite zu erfüllen, oder berechtigt ihn, wegen der Verletzung Entschädigung und Genugthuung, so wie Sicherheit wegen gehöriger Erfüllung, zu fordern *d*).

a) Vattel, liv. IV, ch. 3. Moser's Versuch, X. 2. 451—521.

b) Moser's Versuch, X. 2. 456. Berühmt sind die Executions-Handlungen, welche auf den westphälischen Frieden folgten, besonders der nürnberger ExecutionsCongreſs mit den beiden ExecutionsRecessen von 1649 u. 1650. Joh. Gottfr. v. Meiern's Acta pacis executionis publica. Hannover 1736 1737. Th. I. II. Fol.

c) Vattel, liv. IV, ch. 3, §. 32. Moser's Versuch, X. 2. 521.

d) Vattel, liv. IV, ch. 4. Moser's Versuch, X. 2. 534 ff. Burlamaqui principes du droit politique, P. IV, ch. 14, §. 8, p. 466.

§. 329.

Ewiger Friede. VölkerTribunal.

Ewiger Friede, den die Vernunft gebietet, scheint hienieden unerreichbar. Aber viel wäre ohne Zweifel gewonnen, wenn, wo nicht alle, doch die meisten, und unter ihnen die mächtigsten, Staaten von Europa, mit Verzichtleistung

auf alle Selbsthülfe, in einen *Staatenbund* so vereinigt wären, daſs innerhalb desselben ein wohleingerichtetes *Völker Tribunal* bestünde, auf dessen Richtersprüche in ihren wechselseitigen Streitigkeiten alle Genossen des Bundes compromittirt hätten, und welchem gegen das Unrecht jedes einzelnen Staates, die bewaffnete Macht aller übrigen zu Gebot stünde *a*). Nicht bloſs für den innern Frieden des Bundes und seiner Glieder, auch für ihre äussere Sicherheit, müſste diese Einrichtung wohlthätig wirken. Sie würde der Schluſsstein seyn für das Gewölbe der *heiligen Allianz* (§. 2, Note e, u. 146), in welcher die Verbündeten einander geloben, daſs „sie bei ihrer Handlungsweise nur allein die Vorschriften des Christenthums, der Gerechtigkeit, der Liebe, und des Friedens, zur Richtschnur nehmen wollen, sowohl in der Verwaltung ihrer Staaten, als auch in ihren politischen Verhältnissen mit jedem andern Staat"; eine Verpflichtung, welche feierlich erneuert und bestätigt ward, in derjenigen Erklärung welche die im Jahr 1818 zu Aachen versammelten bevollmächtigten Minister von Oestreich, Frankreich, Groſsbritannien, Preussen, und Ruſsland, öffentlich bekannt machten, und zur Kenntniſs aller europäischen Höfe brachten *b*).

a) J. Th. Roth's Archiv für das Völkerrecht, Heft I (1794. 8.), S. 38 — 43. 108. v. Kamptz neue Lit. des VR., S. 103 ff. — De Bielfeld institutions politiques, II. 95. Günther's Völ-

kerrecht) I. 187—195. Sendschreiben des alten Weltbürgers Syrach an Frankreichs NationalConvent (v. C. G. G. Glave, auch v. Kobielski genannt, 1795. 8.), S. 114 ff. Kant's metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre (1797. 8.), S. 217. 227. 233. Fichte's Grundlage des Naturrechts, II. 261. Schelling's System des transcendentalen Idealismus, S. 411 ff. J. H. Bergk's Untersuchungen aus dem Natur-, Staats- u. Völkerrecht (Leipz. 1796. 8.), Num. 22. Abrégé du projet de paix perpétuelle, par M. l'abbé de Saint-Pierre; in dem ersten Band seiner Oeuvres de politique. à Rotterdam 1729—1737. T. I. II. 8. Extrait du projet d'une paix perpétuelle de l'abbé de St. Pierre, par J. J. Rousseau. à Amsterd. 1761. 8. Projet d'un nouveau système de l'Europe. 1745. Die allgemeine christliche Republik in Europa, nach den Entwürfen Heinrich's IV., des Abts von St. Pierre u. anderer (v. E. Toze). Gött. 1752. 8. (Nach Vittorio Siri, memorie recondite, vol. I, u. Flassan, hist. de la diplomatie franç. II. 291, hat man den Plan, Europa in eine gewisse Anzahl von Staaten zu theilen, Heinrich IV. mit Unrecht zugeschrieben.) (v. Lilienfels) Neues Staatsgebäude. Leipz. 1767. 4. Nouvel essai du projet sur la paix perpétuelle. à Lausanne 1789. 8. Imman. Kant zum ewigen Frieden. Königsberg 1795. 8. verm. ebend. 1796. 8. Auch französisch, 1796. 8. Just. Sincerus Veridicus von der europäischen Republik. Plan zu einem ewigen Frieden. Altona 1796. 8. Du droit public et du droit des gens, ou Principes etc., suivis d'un projet de paix générale et perpétuelle; par J. J. B. Gondon d'Assoni. Paris 1808. T. I—III. 8. Friedr. Gutehr, was ist das Wichtigste für die Menschheit? Kosmopolis 1796. 8. De jure generis humani vel divisi in gentes etc. Stuttgard. 1811. 8. Perfectionnement du projet de l'abbé de Saint-Pierre; dans le retour du siècle d'or, par N. J. Sarrazin (à Metz 1816. 8.) Sect. III, p. 1—10. Projet d'une organisation politique pour l'Europe, ayant pour objet de procurer aux souverains et aux peuples une paix générale et perpétuelle, et un bonheur inaltérable; par le comte de Paoli-Chagni. Paris 1818. 8. G. Euchel til evig Fred. Kiöbenhavn 1815. 8. H. G. Demme von einem allgemeinen Friedensbund u. Friedensgericht der christlichen Fürsten u. Völker; in dem Allgemeinen Anzeiger der Deutschen, 1817,

Num. 26. — Dawider s. Oeuvres posthumes de Frédéric II, T. VI, p. 197. (Embser's) Abgötterey unsers philosophischen Jahrhunderts. Erster Abgott: ewiger Friede. Mannheim 1779. 8.

b) Protocoll und Declaration, beide unterzeichnet von den genannten Ministern, zu Aachen am 15. Nov. 1818; in v. Martens recueil, Supplém. VIII. 554. 560.

ANHANG.

BIBLIOTHEK

FÜR DAS

VÖLKERRECHT.

Nosse bonos libros, magna pars est eruditionis.

Plinius Sec.

INHALT.

Cap. I. *Geschichte des Völkerrechtes. Literatur und Biographie. Verwandte und subsidiarische Wissenschaften.*

Abschn. 1. Geschichte des Völkerrechtes. §. 1.

Abschn. 2. Literatur. §. 2.

Abschn. 3. Biographie. §. 3.

Abschn. 4. Verwandte und subsidiarische Wissenschaften. §. 4.

Cap. II. *Quellen, d. h. Staatsverträge und andere StaatsActen.*

Abschn. 1. Staatsverträge.

Tit. 1. Anzeige und Beurtheilung der Sammlungen. §. 5.

Tit. 2. *Allgemeine* Sammlungen.

a) Sammlungen. §. 6.

b) Auszüge aus Staatsverträgen. §. 7.

c) Alphabetische und chronologische Register, über die oben angeführten allgemeinen Sammlungen. §. 8.

Tit. 3. *Besondere* Sammlungen.

1) Teutschland. §. 9.

2) Dänemark. §. 10.

3) Spanien. §. 11.

4) Frankreich. §. 12.

5) Grofsbritannien. §. 13.

6) Italien. §. 14.

7) Niederlande. §. 15.

8) Polen. §. 16.

9) Ottomanische Pforte. §. 17.

10) Portugal. §. 18.

11) Preussen. §. 19.

12) Rufsland. §. 20.

13) Schweden. §. 21.

14) Schweiz. §. 22.

15) Vereinigte Staaten von Nordamerika. §. 23.

Abschn. 2. StaatsActen.

Tit. 1. Sammlungen für einen bestimmten Zeitraum. §. 24.

Tit. 2. Sammlungen für Verhandlungen eines einzelnen Friedens- oder andern Congresses. §. 25.

Cap. III. *Systematische Werke über das Völkerrecht.*

Abschn. 1. Lehrbücher. §. 26.

Abschn. 2. Handbücher, oder ausführliche systematische Werke. §. 27.

Abschn. 3. Werke über das Völkerrecht der teutschen Staaten. §. 28.

Cap. IV. *Werke über einzelne Haupttheile des Völkerrechtes.* §. 29.

Cap. V. *Sammlungen von Aufsätzen über verschiedene Materien.* §. 30.

Cap. VI. *Monographien, oder Dissertationen und Tractate.* §. 31.

Cap. VII. *Deductionen, Gutachten, und Rechtsfälle.*

Abschn. 1. Deductionen. §. 32.

Abschn. 2. Gutachten und Rechtsfälle. §. 33.

Cap. VIII. *Lexicographische Werke.* §. 34.

Cap. IX. *Werke für Geschichte und Erläuterung der Staatsverträge.* §. 35[a].

Cap. X. *Historische Mémoires, insonderheit über Staatsverhandlungen.* §. 35[b].

Abschn. 1. Historische Mémoires, in eigenen hiezu bestimmten Sammlungen. §. 36.

Abschn. 2. Historische Mémoires, die einzeln erschienen sind. §. 37.

Cap. XI. *Werke für die Geschichte der neuern Welthändel, und politische Zeitschriften.*

Abschn. 1. Politische Geschichte der neuern Zeit. §. 38.

Abschn. 2. Politische Zeitschriften. §. 39.

BIBLIOTHEK

FÜR DAS

VÖLKERRECHT.

I. CAPITEL.

GESCHICHTE DES VÖLKERRECHTES, LITERATUR UND BIOGRAPHIE. VERWANDTE UND SUBSIDIARISCHE WISSENSCHAFTEN.

I. ABSCHNITT.

GESCHICHTE DES VÖLKERRECHTES. (§. 1.)

1) Joh. Barbeyrac's Vorrede zu seiner französischen Uebersetzung von Pufendorf's jus naturae et gentium, welche 1706 zu Amsterdam, und seitdem mehrmal, erschien. Man s. unten §. 27, Num. 2.

2) A. F. Glafey's vollständige Geschichte des Rechts der Vernunft. Leipz. 1739. 4. Zweite Auflage, Frankf. 1746. 2 Theile. 4.

3) Essai sur l'histoire du droit naturel (par Mart. Hübner). à Londres T. I. 1757. T. II. 1758. 8.

4) (G. St. Wiesand's) Kurzer Entwurf einer Historie des Natur- und Völkerrechts. Leipz. 1759. 8.

5) G. C. Gebaueri nova juris naturalis historia. Edidit E. C. Klevesahl. Wezlar. 1774. 8.

6) Robert Ward's enquiry into the foundation and history of the law of nations in Europe, from the time of the Greeks and Romans to the age of Grotius. Lond. 1795. T. I et II. 8.

7) Historia del derecho natural y de gentes; por Marin. Madrid 180.. 1 vol. in-8°.

8) C. H. L. Pölitz comment. de mutationibus, quas systema juris naturae ac gentium a Grotii temporibus hucusque expertum fuerit. Vitemb. 1805. 4.

II. ABSCHNITT.

(§. 2.) LITERATUR.

1) D. H. L. Frhrn. v. Ompteda's Literatur des gesammten, sowohl natürlichen als positiven Völkerrechts. Th. I u. II. Regensb. 1785. 8.

2) C. A. v. Kamptz neue Literatur des Völkerrechts seit dem Jahre 1784, als Ergänzung u. Fortsetzung des Werks des Gesandten v. Ompteda. Berlin 1817. 8.

3) C. F. G. Meisteri bibliotheca juris naturae et gentium. Goett. P. I. 1749. P. II. 1756. P. III. 1757. 8.

* * *

4) Mart. Lipenii bibliotheca realis juridica. Editio quarta. Lips. 1757. 2 vol. in-fol.

Drei SupplementBände hiezu haben geliefert, einen A. F. Schott 1775, einen andern R. C. Frhr. v. Senkenberg 1789, einen dritten L. G. Madihn 1817—1819, Fol.

5) J. St. Pütter's Literatur des teutschen Staatsrechts. Goettingen 1776—1783. Th. I—III. 8.

6) J. L. Klüber's neue Literatur des teutschen Staatsrechts (als Fortsetzung und Ergänzung der Pütterischen). Erlangen 1791. 8.

7) J. T. Roth's Literatur der Staatsverhältnisse zwischen Teutschland und Frankreich. I. Band. Weissenburg 1798. 8.

8) J. W. Placidus (Petersen) Literatur der Staatslehre. Strasb. (Stuttgard) I. Abth. 1798. 8.

9) C. D. Voss Einleitung in die Geschichte u. Literatur der allgemeinen Staatswissenschaft. Leipz. Th. I. 1800. Th. II. 1802. 8. Auch unter folgendem Titel: Handbuch der allgemeinen Staatswissenschaft, von C. D. Voss, Th. V. u. VI.

10) J. S. Ersch Literatur der Jurisprudenz und Politik, seit der Mitte des 18. Jahrhunderts. Amsterd. u. Leipz. 1812. 8. Auch unter folgendem Titel: Handbuch der teutschen Literatur, seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, Bd. I, Abth. 3.

11) Examen des principaux ouvrages composés sur des matières de gouvernement, par Gasp. de Real; in dem 8. Band der

Science du gouvernement des Verfassers, Paris 1754. 2. Aufl. 1764. 4. Auch teutsch; s. unten §. 27.

* * *

12) J. G. Meuselii bibliotheca historica. T. I—XI. Lips. 1782 —1804. 8. Jeder Band enthält zwei Theile; der 22. Theil enthält das Register. Das Werk ist unvollendet, ohne Schuld des Verfassers.

13) G. W. Zapf's Literatur der alten und neuen Geschichte. Lemgo 1781. 8.

14) C. G. Weber's Literatur der (teutschen) Staatengeschichte. Th. I. Leipz. 1800. 8.

15) K. H. L. Pölitz encyclopädisch-scientifische Literatur. Zweites Heft, die encyclopädisch-historische Literatur enthaltend. Leipz. u. Züllichau 1813. 8.

16) L. Wachler's Geschichte der historischen Forschung und Kunst, seit der Wiederherstellung der literärischen Cultur. Göttingen Bd. I, Abth. 1. 1812. Abth. 2. 1813. 8.

17) J. S. Ersch Literatur der Geschichte und deren Hülfswissenschaften, seit der Mitte des 18. Jahrhunderts. Amsterd. u. Leipz. 1813. 8. Auch unter folgendem Titel: Handbuch der teutschen Literatur, seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, Bd. II, Abth. 2.

* * *

18) Nouveau dictionnaire portatif de bibliographie; 2e édit.; par Fr. Ign. Fournier. à Paris 1809. gr. 8.

19) Répertoire bibliographique universel, contenant la notice raisonnée des Bibliographies spéciales, publiées jusqu'à ce jour; par Gabriel Peignot. Paris 1812. gr. 8.

20) Dictionnaire de bibliographie française (par Guil. Fleischer). T. I et II (A—Be) Paris 1812. 8.

21) Manuel du libraire et de l'amateur de livres, contenant 1° un nouveau dictionnaire bibliographique, 2° une table en forme de catalogue raisonnée; par Jaques-Charles Brunet. T. I—IV. Paris 1814. gr. 8. Troisième édit. augm. ibid. 1820.

22) F. A. Ebert's allgemeines bibliographisches Lexicon. Leipz. I.—III. Lieferung (A—Fabr.) 1819 u. 1820. gr. 4.

III. ABSCHNITT.

(§. 3.) BIOGRAPHIE.

1) Juristisch-biographische Werke, von Jenichen, Jugler, Weidlich, u. A., angeführt in Pütter's Literatur des teutschen Staatsrechts, Th. I, S. 20 f.; und in J. G. Hellbach's auserlesener Bibliothek für Rechtsgelehrte, Th. I, S. 13 ff. — Notizen, in H. J. C. König's Lehrbuch der allgem. jurist. Literatur, Th. I, S. 59 — 195.

2) Allgemeine biographische Werke, von Niceron, Schröckh, und Andern.

3) Lexicographische Werke dieser Art, z. B. von Jöcher, Adelung, Rotermund, Hennicke, Hirsching, Baur, Ladvocat.

4) Biographie universelle ancienne et moderne (rédigée par Auger). à Paris T. I — XXVIII. 1811 — 1820 (A — N). gr. 8. Wird fortgesetzt. Das Ganze soll aus 36 Bänden bestehen.

5) Ethnographische Werke, z. B. Tablettes biographiques des écrivains français. 2ème édit. Paris 1810. 8.

6) Chronologische Werke.

Fast alle diese Werke (Num. 1 — 6) sind angezeigt, in J. G. Meusel's Leitfaden der Geschichte der Gelehrsamkeit (Leipz. 1799. 8.), S. 52 ff., und in J. G. Eichhorn's LitterärGeschichte; zweite Hälfte. Göttingen 1814. 8.

7) Auch gehören hieher, einzeln erschienene Lebensbeschreibungen von ausgezeichneten Souverainen, Diplomaten, Generalen, Admiralen, u. a. Staatsmännern, z. B. von Gustav Adolph von Harte, Mauvillon und Nic. Vogt; von Carl Gustav, König von Schweden, von Sam. Frhrn. v. Pufendorf; von Friedrich Wilhelm, Kurfürsten von Brandenburg, von Ebendemselben; von Ludwig XIV. von de la Martinière, Reboulet, und Duclos; von Peter I.; von Voltaire, Gordon, Gollikow, Halem; von Carl XII. von Nordberg und Voltaire, u. d. m. Man s. auch Gallerie politischer Charaktere, in v. Archenholz Minerva von 1811, December. S. 428 — 463.

8) Für Bibliographie und Biographie, dient auch J. G. Meusel's Lexicon der von 1750 bis 1800 verstorbenen teutschen Schriftsteller. Bd. I — XV (A — Z). Leipz. 1802 — 1816. 8.

9) Zeitgenossen. Biographien und Charakteristiken. Leipz. Bd. I — V. 1816 — 1820. gr. 8. Wird fortgesetzt.

10) Bio-

10) Biographie des hommes vivants. T. I — V (A — Z). Paris 1816 — 1819. gr. 8.

11) Biographie nouvelle des contemporains, ou Dictionnaire historique et raisonné de tous les hommes qui, depuis la révolution française, ont acquis de la célébrité, soit en France, soit dans les pays étrangers. Par MM. A. V. Arnault, A. Jay, E. Jouy, J. Norvins, etc. Ornée de 240 portraits au burin. Paris T. I et II (A — Bez) 1820 et 1821. gr. in-8°.

IV. ABSCHNITT.

VERWANDTE UND SUBSIDIARISCHE WISSENSCHAFTEN. (§. 4.)

1) Hieher gehörige Werke findet man angeführt, in diesem Buch §. 7 u. 8; desgleichen in Pütter's Literatur des teutschen Staatsrechts, Th. II, S. 370, 376 et 382 ff., und in meiner Neuen Literatur des teutschen Staatsrechts, §. 660 — 669 u. 673 ff. Man s. auch folgende Werke.

2) J. G. Fessmaier's Grundriſs der historischen Hülfswissenschaften. Landshut 1802. 8.

3) J. E. Fabri's Encyclopädie der historischen Hauptwissenschaften und ihrer Hülfs-Doctrinen. Erlangen 1808. 8.

4) F. Rühs Propädeutik des historischen Studiums. Berlin 1811. 8.

5) Werke von Pölitz, Wachler, und Ersch, angeführt oben §. 2 dieses Anhanges.

II. CAPITEL.

QUELLEN,

d. h. Staatsverträge und andere StaatsActen.

I. ABSCHNITT.

STAATSVERTRÄGE.

1. TITEL.

Anzeige und Beurtheilung der Sammlungen. (§. 5.)

1) Eine Anzeige und Beurtheilung der verschiedenen Sammlungen von Staatsverträgen, findet man in Chalmer's collection of maritime treaties (s. unten, §. 13), p. IV — XI der Vorrede,

und in dem Supplément au Recueil des principaux traités de Mr. de MARTENS, T. I[er], Discours préliminaire, p. I — LXXIII.

2) Man vergleiche auch v. OMPTEDA's Literatur des Völkerrechts, Th. I, S. 313 ff. u. 429 ff., und v. KAMPTZ neue Literatur des Völkerrechts, S. 68 ff. u. 281 ff. — Fontes rerum nosse, multis in casibus dimidiam operis partem absolvit. Adr. KLUIT hist. federum Belgii federati, P. I. praef. p. IX.

2. TITEL.

ALLGEMEINE SAMMLUNGEN.

(D. h. bestimmt für alle europäischen Staaten.)

(§. 6.) a) *Sammlungen.*

1) Collectio praecipuorum tractatuum pacis ab a. 1647. ad ann. 1666. (auct. Cph. PELLER von und zu SCHEPPERSHOFF) 1667. 4. edit. 2. 1684. 8.

2) G. W. LEIBNITZ codex juris gentium diplomaticus. Hannov. 1693. fol. rec. ibid. 1724. et Guelpherb. 1747. fol.

3) *Ejusdem* mantissa codicis juris gent. diplomatici. Hannov. 1700. fol. rec. ibid. 1724. et Guelpherb. 1727. fol.

4) (Jacques BERNARD) Recueil des traités de paix, de trève, de neutralité, de suspension d'armes, de confédération, d'alliance, de commerce, de garantie, etc. (depuis 536 jusqu'à 1700). à Amsterd. et à la Haye 1700. T. I—IV. fol. — Auch wird diese Sammlung von einem der Verleger, von MOETJENS, benannt.

MOETJENS lieferte einen *Auszug* aus dieser Sammlung, den Jean DU MONT gefertigt hatte, unter folgendem Titel: Recueil des divers traités etc. à la Haye 1707. 2 vol. in 8.

5) Jean DU MONT corps universel diplomatique du droit des gens, contenant un recueil des traités d'alliance, de paix, de trève, de neutralité, de commerce, d'échange, de protection et de garantie, etc., faits en Europe depuis Charlemagne jusqu'à présent (depuis 800 jusqu'en 1731). à Amsterd. et à la Haye 1726 — 1731. T. I — VIII. fol. Jeder Theil enthält 2 oder 3 Parties. — Ueber den Herausgeber s. man den oben (§. 5) angeführten Discours des Hrn. v. MARTENS, p. LXXIV — XCIV.

DU MONT hatte schon im J. 1710, zu Amsterdam, in zwei OctavBänden herausgegeben, ein Nouveau recueil de traités d'alliance, etc.

Supplément au Corps universel diplomatique etc. de Du Mont. à Amsterd. et à la Haye 1739. T. I—V. fol. Der erste Theil enthält die Geschichte der alten Verträge, von 1496 vor C. G. bis 813 nach C. G., von Jean Barbeyrac; im zweiten und dritten stehen Supplemente zu Du Mont's recueil, von 813 bis 1738, von Jean Rousset; der vierte und fünfte liefern das Cérémonial diplomatique des cours de l'Europe, von Jean Rousset, dem Herausgeber aller dieser Supplemente. — In einer andern Sammlung, die unten §. 24, Num. 6, angezeigt ist, geht Rousset bis zu dem Aachener Frieden von 1748.

Ein anderes *Supplément* au Corps universel dipl. de Du Mont, führt folgenden Titel: Histoire des traités de paix et autres négociations du XVII[e] siècle (1597—1679); par Jean-Yves de St. Priest. à Amsterd. 1735. T. I et II. fol.

6) Jo. Jac. Schmauss corpus juris gentium academicum (1096 — 1731). Lips. 1730. T. I et II. gr. 8.

7) F. A. Wenck codex juris gentium recentissimi (1735—1772). Lips. T. I. 1781. II. 1786. III. 1795. gr. 8.

8) G. F. de Martens recueil des principaux traités d'alliance, de paix, de trève, de neutralité, de commerce, de limites, d'échange, etc. (1761 — 1801). à Gottingue T. I[er] (contenant les traités conclus depuis 1761—1778) 1791. T. II (1779—1786) 1791. T. III (1787 — 1790) 1791. T. IV (Supplémens depuis 1761 — 1790) 1795. T. V (1791 — 1794) 1795. T. VI (Supplémens et continuation jusqu'aux préliminaires de Léoben) 1800. T. VII et dernier (Suppl. et contin. jusqu'à la paix de Lunéville) 1801. gr. 8. Nouv. édition, revue et augmentée, des 4 premiers tomes; ibid. T. I et II 1817, T. III et IV 1818. gr. 8.

9) *Ebendesselben* Supplément au Recueil des principaux traités etc., précédé des traités du 18[e] siècle antérieurs à cette époque et qui ne se trouvent pas dans le Corps universel diplomatique de MM. Du Mont et Rousset, et autres recueils généraux de traités. T. I—IV (1701 jusqu'à la fin de 1807). à Gottingue 1802—1808. T. V. (1808 — 1814 avril inclusiv.) ibid. 1817. T. VI. (1814 — 1815 incl.) 1818. T. VII. (1816 — 1818 incl. et Supplémens depuis 1808) 1818. T. VIII. (Supplémens depuis 1808, et la continuation jusque vers la fin de 1819.) 1820. gr. 8.

Die Bände V, VI, VII und VIII dieses Supplément, führen

auch den Titel: *Nouveau Recueil* de traités d'alliance, etc. Von 1808 bis jetzt, T. I, II, III und IV.

10) Jahrbücher für Diplomatik und teutsches Staatsrecht. I. Bandes erstes Heft. Gotha 1820. gr. 8. — Die neuesten Staatsverträge sollen hierin gesammelt werden, wenn das Unternehmen Unterstützung findet.

(§. 7.) b) *Auszüge aus Staatsverträgen.*

1) A general Collection of treatys, declarations of war, manifestes and other public papers relating to peace and war among the Potentates of Europa (1648—1731). Lond. 1710—1732. T. I—IV. 8.

2) Traktaty miedzi mocartswami Europeyskiemi etc. (1648—1731). Warschau 1774. T. I—III. 8.

Die Auszüge, und etliche Verträge vollständig, sind in polnischer Sprache.

3) Abrégé des principaux traités, conclus depuis le commencement du 14ème siècle jusqu'à présent, entre les différentes puissances de l'Europe, disposés par ordre chronologique, par le vicomte (Charles-François) de Maillardiere. à Paris 1778. T. Ier et II. 12. Seconde édit. ibid. 1783, und in dem zweiten Band der Bibliothèque politique des Verfassers.

4) Auszüge aus Staatsverträgen, von 1315 bis 1788, stehen in der Encyclopédie méthodique; Économie politique et Diplomatique (Paris 1788. 4.), p. 367—549.

(§. 8.) c) *Alphabetische und chronologische Register, über die oben angeführten allgemeinen Sammlungen.*

1) Chronologie des allgemeinen Staatsarchivs, worin die Friedensschlüsse — — sowohl in Europa als andern Theilen der Welt, von 1536 bis 1703, angezeigt werden. Hamburg 1704. 8.

2) Jo. Pet. Georgisch regesta chronologico-diplomatica (inde ab a. 314 usque ad a. 1730). Hal. 1740—1744. T. I—IV. fol.

3) C. F. Hempel's allgemeines Staatsrechts-Lexicon, oder Repertorium aller, sonderlich in den 5 letzten Saeculis, bis auf den heutigen Tag zwischen den hohen Mächten in ganz Europa geschlossenen Friedens-, Allianz-, Freundschafts-, Commercien- u. a. Haupt-Tractaten; auch der eigenen Fundamental-Gesetze

eines Staats, so unter ihre gehörige Titel, und in alphab. Ordnung gebracht worden. Frankf. u. Leipz. 1751 — 1755. Th. I — IX. 4. (Die Vorrede enthält ein Verzeichniſs von 1878 Verträgen, von welchen in dem Werk Gebrauch gemacht ist. Das Werk hört auf mit dem Artikel *Constantin-Orden;* es fehlt also noch viel bis zur Vollendung.)

4) Chronologische und alphabetische Register über die Verträge von 1731 bis 1801, stehen in dem 5. und 6. Band des Recueil des Hrn. v. Martens.

5) Eine Table chronologique et alphabétique des traités et autres actes publics renfermés dans le Recueil de Mr. de Martens (T. I — VII, et Supplément T. I — IV), dans la Collection de Mr. Wenck (T. I — III), et dans la Table des traités entre la France etc. par Mr. C. G. Koch (T. I et II à Bâle 1801 et 1802. 8.), steht am Schluſs des 4. Bandes des oben (§. 6) angeführten Supplément au Recueil de Mr. de Martens.

6) Die so eben angeführte Table, continuée jusqu'au mois de mai 1818, et enrichie des traités qui se trouvent dans les tomes V, VI et VII du Supplément de Mr. de Martens, dans l'Histoire des traités, et dans le Recueil de pièces officielles, publiés par Mr. Schoell, et dans les sept premiers volumes des Actes du congrès de Vienne publiés par Klüber, steht am Schluſs des T. VII des angeführten Supplément au Recueil de Mr. de Martens.

7) G. F. de Martens guide diplomatique ou répertoire 1) des principales *lois* des puissances de l'Europe et des États-Unis de l'Amérique, relatives au commerce et aux droits des étrangers, en tems de paix et de guerre; et 2) des *traités* et autres *actes publics* qui ont eu lieu dans les relations particulières de ces puissances etc., depuis le commencement de ces relations diplomatiques jusqu'à la fin du 18ᵉ siècle. T. I et II. à Berlin 1801. 8. (Dieses Werk, nebst dem *Tableau diplomatique* etc. desselben Verfassers — s. unten §. 38 —, hat auch folgenden Titel: *Cours diplomatique*, ou tableau des relations extérieures des puissances de l'Europe, wovon es den 1. und 2., das Tableau hingegen den 3. Band ausmacht.)

3. TITEL.

Besondere Sammlungen.

(D. h. bestimmt für Staatsverträge eines einzelnen Staates mit andern Staaten.)

(§. 9.) 1) *TEUTSCHLAND* *).

1) Jo. Christian Lünig's teutsches Reichs-Archiv. Leipz. 1710 — 1722. Bd. I — XXIV. fol.

2) *Ebendesselben* codex Germaniae diplomaticus. Lips. T. I. 1732. T. II. 1733. fol.

3) Jo. Jac. Schmauss corpus juris publici academicum. Lips. 1722. edit. nov. ibid. 1722, 1727, 1735, 1745, 1759, 1774, et, auct. a Rud. Hommel, 1794. gr. 8.

4) Ant. Faber's (Cph. Leonh. Leucht's) europäische Staats-Canzley. Bd. I — CXV. Nürnb. 1697 — 1760, u. Haupt-Register Bd. I — IX, 1761 — 1772. 8.

5) Ant. Faber's neue europ. Staats-Canzley. Bd. I — XXX, und 2 Bände Haupt-Register. Ulm 1761 — 1772. 8.

6) Ant. Faber's fortgesetzte neue europ. Staats-Canzley. Bd. I — XXV. Ulm 1772 — 1782. 8. Mit einem Register für die zehn ersten Bände. (Auch unter dem Titel: *Neue europ.* Staats-Canzley, Bd. XXXI — LV.)

7) J. A. Reuss teutsche Staats-Canzley. Th. I — XXXIX. Ulm 1793 — 1800. 8. Unter demselben Titel sind folgende Fortsetzungen erschienen: Jahrgang 1799, Bd. I — VIII, ibid. 1800 — 1801; Jahrgang 1800, Bd. I — V, ibid. 1802 — 1803; Jahrgang 1801, Bd. I — III, ibid. 1802 — 1803. 8.

8) Der rheinische Bund, herausgegeben von P. A. Winkopp. Frankf. 1806—1812. Bd. I—XX, oder Heft 1 — 60; nebst einem Heft Register. gr. 8. Die ersten Bände sind auch französisch

*) In der französischen Ausgabe ist die hier gewählte Ordnung der Staaten diejenige des Alphabetes (Allemagne, Danemarck, France, etc.). Obgleich die teutschen Benennungen der Staaten, derselben Ordnung nicht durchgehends folgen, so ist die letzte hier dennoch beibehalten worden, um eine Verschiedenheit der ParagraphenZahlen und Allegationen in beiden Ausgaben dieses Buchs zu verhüten. Für den Rang der Staaten ist dieses unverfänglich.

zu Paris erschienen, unter folgendem Titel: Collection des actes, réglemens, ordonnances, et autres pièces officielles relatives à la confédération du Rhin. à Paris 1808. T. I—III. 8. — Eine Fortsetzung dieser Sammlung erschien, unter dem Titel: Allgemeine Correspondenz; von P. A. Winkopp. Offenbach 1812 u. 1813. Bd. I u. II (oder sechs Hefte), gr. 8.

9) Verschiedene amtliche Sammlungen, und die Staats- und Regierungsblätter, Gesetz- und EdictenSammlungen, einzelner teutscher Staaten.

2) *D Ä N E M A R K.* (§. 10.)

1) Recueil de tous les traités, conventions, mémoires et notes, conclus et publiés par la couronne de Danemarck, depuis l'année 1766 jusqu'en 1794 inclusivement. à Berlin 1796. gr. 8.

Hr. H. F. C. Clausen, Herausgeber dieser Sammlung, benutzte dabei das Archiv der auswärtigen Angelegenheiten zu Copenhagen. Man s. die Vorrede.

2) Die seit 1700 jährlich erscheinende Sammlung der königlichen Verordnungen, unter dem Titel: *Kong. — — allernaadigste Forordninger*, liefert auch Staatsverträge, vorzüglich die Handelsverträge.

3) Als Register über die dänischen Staatsverträge dient: Ivar. Quistgaardi index chronologicus, sistens foedera pacis, defensionis, navigationis, commerciorum, subsidiorum et alia a regibus Daniae et Norvegiae ac comitibus Holsatiae inita cum gentibus intra et extra Europam; nec non capitulationes, litteras et mercaturae privilegia ab a. 1200. usque 1789. Goetting. 1792. 8.

3) *S P A N I E N.* (§. 11.)

1) Recueil des traités de paix, de trève et de neutralité entre les couronnes d'Espagne et de France, depuis 1526 jusqu'à 1611. Anvers 1645. 12. Ward seitdem mehrmal aufgelegt, mit Fortsetzungen.

2) Colleccion de los Tratados de Paz, Alianza, Neutralidad, Garantia, etc. (1598—1700), por D. Jos. Ant. de Abreu y Bertodano. En Madrid 1740—1752. T. I—XII. fol. (Die

wichtigsten Verträge hieraus, etliche abgekürzt, liefert die nächstfolgende Sammlung.)

3) Prontuario de los Tratados de Paz, etc. (seit Philipp III. bis und mit Carl II.). En Madrid 1749 und ff. T. I – VIII. 8.

4) Colleccion de los Tratados de Paz, Alianza, Comercio, etc. (1701 – 1800). Madrid T. I. 1796. T. II. 1800. T. III. 1801. fol.

5) Tratados de Paces y Alianzas entre varios Reyes de Aragon y diferentes principes infieles de Asia y Africa desde el Siglo XIII hasta XV. 1 vol. in 4.

6) Von einer Sammlung des Marquis de SANTA CRUZ, die durch dessen Expedition nach Oran unterbrochen ward, sehe man die Histoire des états barbaresques, II. 236.

(§. 12.) 4) *F R A N K R E I C H.*

1) Traités de paix et d'alliance entre Louis XII et autres princes, 1498 – 1508. Paris 1622. 4.

2) Recueil etc. Anvers 1645. Man s. *Spanien*, oben §. 11.

3) Recueil des traités de paix, de trève, de neutralité et confédération, d'alliance et de commerce, etc., faits par les rois de France depuis près de trois siècles; par Fréd. LEONARD. à Paris 1693. T. I – VI. 4.

Diese Sammlung enthält ungefähr 900 Verträge, von 1435 bis 1687; sie ist aber entbehrlich geworden durch DU MONT's Sammlung.

4) Capitulations ou Traités anciens et nouveaux entre la cour de France et la Porte ottomane, renouvellés et augmentés l'an de J. C. 1740, et de l'Egire 1153; traduits à Constantinople par le sieur DEVAL, secrétaire-interprète du Roi, etc. à Paris 1770. 4. (Auch in WENCK's codex juris gent. I. 538.) Zu Paris in der Bibliothèque de l'Arsenal wird eine handschriftliche Sammlung von Verträgen Frankreichs mit der Pforte, in einem FolioBand, aufbewahrt, unter dem Titel: *Traités faits avec le Turc.*

5) Diplomata, chartae, epistolae et alia documenta ad res francicas spectantia, etc., ediderunt L. G. O. F. de BREQUIGNY et F. J. G. la PORTE du THEIL (depuis l'an 142 jusqu'en 1179). à Paris 1791. T. I – III. fol. (Die Fortsetzung ist zeither

unterblieben. Indeſs enthält diese Sammlung nur sehr wenig politische Actenstücke.)

6) Recueil des traités de paix, d'amitié, d'alliance, de neutralité et autres, conclus entre la République française et les différentes Puissances de l'Europe, depuis 1792 jusqu'à la paix générale (sept 1792 jusqu'en 1802; par A. G. Gebhardt). T. I et II à Göttingue 1796 et 1797. T. III et IV à Hambourg 1803. 8. (Auch für die zwei ersten Bände ward ein Titelblatt nachgeliefert, worauf steht: à Hambourg 1803. Zugleich ward ein teutsches Titelblatt beigefügt, folgenden Inhaltes: Sammlung von Staatsverträgen — — — zwischen der französischen Regierung und den übrigen kriegführenden Mächten. Hamb. 1803. Bd. I—IV. 8.)

7) Recueil général des traités de paix, d'alliance, etc. conclus par la République française avec les différentes Puissances continentales pendant la guerre de la révolution, depuis le traité conclu avec le Grand-duc de Toscane jusqu'au traité d'alliance et de commerce avec la république cisalpine (1798). à Paris 1798. 12.

8) Recueil des traités de paix, etc., relatifs à la pacification générale de l'Allemagne, conclus par la République française, depuis 1795 jusqu'à présent. à Berlin 1801. 8.

9) Recueil des traités de paix, etc., relatifs à la pacification générale de l'Allemagne, conclus par la République française avec les différentes puissances belligérantes etc. à Munic 1802. 8. (Diese Sammlung erschien teutsch und französisch.)

10) Collection des traités de paix, etc., conclus par la République française pendant la guerre de la révolution (depuis le 9 févr. 1795 jusqu'au 5 nov. 1796); dans l'Abrégé de l'histoire des traités de paix etc., par Mr. C. Guil. Koch, T. IV (à Basle 1797. 8.), p. 155—244.

11) Code diplomatique, contenant les traités de paix conclus avec la République française, depuis l'époque de sa fondation (1789) jusqu'à la pacification générale terminée par le traité d'Amiens; par Portiez (de l'Oise), tribun. à Paris, vol. I. 1801, vol. II. 1802. Supplément, vol. I et II. 1803. gr. 8.

12) Recueil des traités de paix, de commerce, et d'alliance........ 1 vol. in 4.

13) *Table* des traités de paix, d'alliance, de commerce, de limites, de garantie, etc., entre la France et les puissances étrangères, depuis la paix de Westphalie jusqu'à nos jours; suivie d'un *Recueil* de traités et d'actes diplomatiques qui n'ont pas encore vu le jour (depuis 1648 jusqu'à 1787); par Mr. C. Guil. Koch. à Bâle et à Paris, vol. I 1801, vol. II 1802. 8.

14) *Tables chronologiques* de tous les traités conclus par la France, depuis la fondation de la monarchie jusqu'à la fin du règne de Louis XVI; in Flassan's histoire de la diplomatie française, am Schluss eines jeden Bandes.

(§. 13.) 5) *GROSSBRITANNIEN.*

1) Thomae Rymeri foedera, conventiones, litterae, et cujuscunque generis acta publica, inter Reges Angliae et alios quosvis Imperatores, Reges, etc., habita aut tractata (von 1101 bis 1654). Londini 1704 — 1717. T. I — XX. fol. Diese erste Ausgabe ist sehr selten. Den Druck der ersten 14 Bände besorgte Rymer; die drei folgenden hinterliess er zum Druck fertig, welchen Rob. Janderson besorgte, der überdiess die drei letzten hinzufügte. — Eine *zweite* Ausgabe der 17 ersten Bände, besorgt von George Holmes, erschien zu London 1727 — 1735. fol. — Eine *dritte* Ausgabe, etwas vermehrt, im Haag 1739 bis 1745. T. I — X. fol. Diese zehn Bände enthalten die 20 Bände der ersten Ausgabe, und überdiess, in dem zehnten Band, ein vollständiges Register nebst dem Abrégé historique des actes publics de l'Angleterre recueillis par Th. Rymer, theils von le Clerc, theils von Rapin Thoyras verfasst. Dieses Abrégé etc. mit dem Zusatz: par M. de Rapin Thoyras, avec les notes de M. Etienne Whatley, findet man auch bei Tindal's Remarques sur l'histoire d'Angleterre de Rapin. à la Haye 1733. 4. Diese dritte Ausgabe ist vorzüglicher als die beiden ersten; ihr sind auch französische Uebersetzungen der in englischer Sprache abgefassten Urkunden, und am Rand die Seitenzahlen der ersten Ausgabe beigefügt. — Ein zeither noch ungedruckter, neun und funfzig FolioBände starker Nachtrag zu der Rymerischen Sammlung, wird in dem brittischen Museum zu London aufbewahrt. De Brequigny, in den pariser Mémoires de l'académie des Inscriptions et des Belles-Lettres, T. XXXVII, p. 532. (Nach der Einleitung in der so eben anzuführenden neuesten Ausgabe von Rymer, Vol. I. P. I. p. VII, Note *,

besteht diese Sammlung nur aus 57 Bänden, und die Abschriften sind sehr fehlerhaft.) — Eine neue, sehr vermehrte und verbesserte, bis auf die neueste Zeit fortgesetzte Ausgabe der Rymerischen Sammlung, erscheint jetzt unter folgendem Titel: Foedera, conventiones, litterae, et cujuscunque generis acta publica, inter Reges Angliae et alios quosvis Imperatores, Reges, Pontifices, Principes, vel Communitates, ab ingressu Guilielmi I. in Angliam, A. D. 1066., ad nostra usque tempora habita aut tractata. Ex autographis, infra secretiores archivorum regiorum thesaurarias, asservatis, aliisque summae vetustatis instrumentis, ad historiam anglicanam spectantibus, fideliter exscripta. Primum in lucem missa, de mandato Sereniss. Principis Annae Reginae, cura et studio Thomae Rymer, historiographi, et Roberti Sanderson, armig. Denuo aucta et multis locis emendata, jussu Sereniss. Regis Georgii tertii, Accurantibus Adamo Clarke, LL. D. S. A. S., et Fred. Holbrooke, e Soc. int. Templ. S. A. S. Vol. I. Pars 1. ab a. 1666 ad ann. 1272. Londini 1816. Pars 2. ab a. 1272 ad a. 1307. ibid. 1816. Vol. II. Pars 1. ab a. 1307 ad a. 1327. ibid. 1818. gr. fol. Auf eine Adresse des Hauses der Gemeinen vom 2. Jul. 1800, erliefs Georg III. am 17. Jul. 1800 einen Befehl, dafs die englischen „Public Records" (Staatsacten und Urkunden) auf Kosten des Staats gedruckt sollten herausgegeben werden. 1800 ward die erste, 1806 die zweite Commission hiezu ernannt. Die letzte beschlofs, am 25. März 1813, dafs, ausser den übrigen StaatsActen, wovon schon eine Reihe von Bänden erschienen ist, auch die oben angezeigte neue vermehrte und fortgesetzte Ausgabe von Rymer's Foedera, als eine für sich bestehende Sammlung gedruckt werden solle, von dem ersten Jahr Wilhelm des Eroberers an, bis auf die Thronbesteigung Georg's III. Von manchen OriginalUrkunden, z. B. Vol. I. P. 1. p. 131. von der Magna Charta von 1215, sind in Kupfer gestochene Fac-simile beigefügt. Dieses Prachtwerk kommt nicht in den Buchhandel, und wird in das Ausland nur als Geschenk an Souveraine, öffentliche Bibliotheken u. d. gegeben.

2) A general Collection of treatys, declarations of war, manifestes and other publick papers, etc. (1648—1731). Lond. 1710—1732. T. I—IV. 8.

3) Collection of all the treaties of peace, alliance and commerce,

between Great-Britain and other Powers, from 1648 till 1771. Lond. 1772. T. I and II. 8.

Ein Nachtrag hiezu, worin etliche ältere Verträge, erschien unter folgendem Titel: Supplement to the Collection of treaties. Lond. 1781. 8.

Eine neue, vermehrte Ausgabe dieser Sammlung, nebst dem Nachtrag, führt folgenden Titel:

Collection of all the treaties (*ut supra*) — — — from the treaty signed at Munster en 1648 to the treaties signed at Paris in 1783; to which is prefixed a discourse on the conduct of the gouvernement of Great-Britain in respect to neutral nations, by the right hon. Charles Jenkinson, in three volumes. Lond. 1785. 8. Vol. I, from 1648 to 1713. Vol. II, from 1713 to 1748. Vol. III, from 1750 to 1784.

Der Herausgeber ward in den Stand eines Lords erhoben, anfangs unter dem Namen Hawkesbury, nachher mit dem Titel Graf Liverpoole.

4) A complet Collection of maritime treaties of Great-Britain. Lond. 1779. 8.

5) A collection of maritime treaties of Great-Britain and other Powers, by George Chalmers. Lond. 1790. T. I and II. 8.

Eine treffliche Sammlung. Die in fremden Sprachen abgefaßten Verträge, werden jedoch darin nur in englischer Uebersetzung geliefert. Gute Register sind beigefügt.

6) Extracts from the several treaties subsisting between Great-Britain and other Kingdoms and States. Lond. 1741. 4. Zweite, veränderte Ausgabe, ebendas. 1758. 4.

(§. 14.) 6) *I T A L I E N.*

1) J. C. Lünigii codex Italiae diplomaticus. Francof. et Lips. 1725 — 1735. T. I. — IV. fol.

2) Johannis de Johanne codex diplomaticus Siciliae. T. I. Panormi 1743. fol.

3) Codice diplomatico del sacro militare Ordine Gerosolimitano — —, da Seb. Paolo. In Lucca. Vol. I. 1733. Vol. II. 1734. fol.

7) N I E D E R L A N D E. (§. 15.)

(Jetzt Königreich der Niederlande; früher, Vereinigte Niederlande; nachher batavische Republik, dann Königreich Holland, späterhin souveraines Fürstenthum der vereinigten Niederlande.)

1) Het Groot Placaet-Boek etc. van Cau en Scheltus. (Von 1576 bis 1794). In s'Gravenhage 1658—1796. T. I—IX. fol.

2) Recueil van de Tractaaten tusschen de H. M. Heeren Staaten Generael ende verscheyden Koningen etc. Vol. I et II, in 4°.

Die Fortsetzung führt folgenden Titel:

Vervolgh van het Recueil van de Tractaaten etc. Vol. I — IV, in 4.

Unter diesen beiden Titeln vereinigte der Buchhändler Jacob Scheltus die einzeln, bald nach ihrer Abschliessung erschienenen amtlichen Abdrücke der Staatsverträge, von 1576 bis 1795.

3) Als Register, nach der Zeitfolge, mit Anzeige der Sammlungen wo die Verträge abgedruckt sind, dient: Adr. Kluit index chronologicus sistens federa pacis, defensionis, navigationis, commerciorum, subsidiorum, limitum, etc., ab Ordinibus reipublicae Belgicae federatae inita cum gentibus intra et extra Europam (1276 — 1789); simul et capitulationes, pacta deditícia, mercaturae privilegia, leges et edicta principum. Lugd. Bat. 1789. 8. (Führt auch den Titel *Pars tertia* des nächstfolgenden Werks, mit der Jahrzahl 1790.)

4) Auszüge aus Staatsverträgen, findet man in Adr. Kluit historiae federum Belgii federati primae lineae. Lugd. Bat. P. I. 1790. P. II. 1791. 8. P. III. sive Index chronologicus etc. (Man s. oben Num. 3.)

8) P O L E N. (§. 16.)

1) Constitutiones Poloniae seu Prawa Konstytucye, etc. (1347—1780). Warsov. 1732—1790. T. I—VIII. fol.

2) (Matth. Dogiel) Codex diplomaticus regni Poloniae et magni ducatus Lithuaniae. Vilnae. T. I. 1758. T. IV. 1764. T. V. 1759. fol.

Die Bände 2, 3, 6, 7 und 8 sind nicht erschienen. Der

Pater Dogiel, Piarist zu Wilna, hat zwei vollständige, eigenhändig von ihm geschriebene Exemplare dieser Bände hinterlassen, wovon das eine nach St. Petersburg gebracht ward, das andere zu Wilna in dem PiaristenKloster aufbewahrt wird. Man sehe Schedius Zeitschrift von und für Ungern, 1804, S. 301.

3) Traktaty miedzy mocarstowami Europeyskiemi etc. Warsov. 1774. T. I—III. 8.

Es sind Auszüge aus Verträgen, von 1648 bis 1763.

4) J. W. Jezjersky Traktaty Polskie etc. Warsov. 1789. 8.

Es sind Auszüge aus Verträgen, von 1618 bis 1775.

5) Traktaty, Konwencye, Handlowe y Graniczke, Wszelkie publiczne, Umowy, Miedzig Rzecza pospolita Polska y obcemi Panstwami ad Roka 1764 dotad to restdo R. 1791 za Panowaria Stanislawa Augusta Zawarle swych Oryginal nich iezykach zebrane i ella wygody powszechny podane do drucka. Warsov. 1791. T. I et II. 8.

Diese Sammlung, welche den Zeitraum von 1764 bis 1791 umfaſst, ward bekannt gemacht von Dan. Gralath, Professor zu Königsberg.

(§. 17.) 9) *OTTOMANISCHE PFORTE.*

Capitulations ou Traités anciens et nouveaux entre la cour de France et la Porte etc. à Paris 1770. 4. (Man s. oben, §. 12, Num. 4, *Frankreich.*)

(§. 18.) 10) *PORTUGAL.*

1) Etliche Verträge finden sich in der sechs Bände starken UrkundenSammlung, die von 1739 bis 1748 zu Lissabon erschien, und die als Codex diplomaticus gehört zu der Historia genealogica da Casa Real Portugueza; por Ant. Cajetano de Sousa. Lisb. 1735 — 1747. T. I — XII. gr. 4.

2) Portugals neueste Staatsverträge, erscheinen von Zeit zu Zeit in dem Journal: Correio Braziliense ou Armazem literario; wovon seit 1807 zu London monatlich ein Heft in gr. 8. herauskommt. Das Decemberheft von 1810 führt die Numer CL.

11) *PREUSSEN.* (§. 19.)

Recueil des déductions, manifestes, déclarations, traités et autres actes et écrits publics, qui ont été rédigés et publiés pour la cour de Prusse (depuis 1756 jusqu'à 1790) par le ministre d'état comte de Hertzberg. à Berlin T. I. 1788. T. II. 1789. T. III. (à Hambourg) 1795. gr. 8.

12) *RUSSLAND.* (§. 20.)

1) Istoritscheskoe Opisanie Rossiiskoi Kommertzii etc. (c. a. d. Déscription historique du commerce de la Russie); par Michajlo Tschulkow. St. Pétersbourg et Moskwa 1781—1787. 11 Theile in 7 Bänden, in gr. 8.

In diesem Werk, vorzüglich in den Bänden 1, 4 und 8, stehen viele Staatsverträge und Staatsacten abgedruckt. Man vergl. H. Storch's historisch-statistisches Gemählde des russischen Reichs, Th. IV, Vorrede, S. XVII—XXIII.

(Catharina II. hatte den Herren G. F. Müller u. Joh. Gotthilf Struv die Herausgabe einer Sammlung russischer Staatsverträge aufgetragen; — man sehe v. Dohm's Materialien zur Statistik, V. Lieferung, S. 328—, es ist aber bis jetzt nichts davon erschienen.)

2) Sobranie gosoudarstvennikh gramot i dogoworof chranjaschtschüchsia w' gosoudarstvennoï kolegii inostrannich del. Moskwa. T. I. 1813. T. II. 1818. fol. Das heifst: Sammlung von Staatsacten und Staatsverträgen, die sich in dem Archiv des Collegii der auswärtigen Angelegenheiten befinden.

Diese amtliche Sammlung ward gedruckt, auf Kosten des Reichskanzlers, Grafen von Rumanzof.

13) *SCHWEDEN.* (§. 21.)

1) (G. R. Modée) Utdrag af de emellan Hans Konglige Majestaet och Cronan Suerige an ena och utrikes Magter a andre sidan sedan 1718 slutna Alliance, Tractater och Afhandlinger (1718—1753). Stockholm 1761. 4.

2) Manche Staatsverträge sind abgedruckt, in des genannten Hrn. Modée Utdrag utar alle ifrän den 6. Dec. 1718 utkomme pu-

blique Handlingar etc. (1718—1779). Stockh. 1742—1783. T. I—XI. 4.

3) J. C. Dähnert's Sammlung pommerscher und rügischer Landesurkunden. Stralsund 1765—1769. Th. I—III. Supplemente, Th. I, 1782. Th. II, 1786. fol.

Eine Sammlung für die ältere Zeit, in 24 Bänden, von Peringskiöld, in Rymer's Manier, ist noch ungedruckt. Man vergl. Magni a Celse apparatus ad historiam Sueo Gothicam, Sect. I. (Holmiae 1782. 4.) p. 3.

4) Auch sehe man: a) C. F. Georgii progr. historia foederum Sueciam inter et Russiam. . . . . — b) *Ejusd* progr. I—VII. historia foederum, praecipue recentiorum, Sueciam inter et Daniam. . . . 1758—1762. 4. — c) E. M. Fant diss. de primis Sueciae foederibus extra septentrionem, Upsalae 1782. 4.

Von Staatsverträgen für *Norwegen*, s. man oben, §. 10, *Dänemark*.

(§. 22.) 14) *SCHWEIZ.*

1) (Jo. Rud. Holzer's) Sammlung der vornehmsten Bündnussen, Verträgen, Vereinigungen etc., welche die Cron Frankreich mit löblicher Eydgenossenschaft und dero Zugewandten insgesamt und insbesondere aufgerichtet. Bern 1732. 8.

2) (Von Ebendemselben) Die Bündnusse und Verträge der helvetischen Nation, welche theils die unterschiedene Städte und Republiquen mit einander, theils alle insgesamt mit auswärtigen Potentaten haben. Bern 1732. 4.

3) Manche Verträge stehen auch in H. J. Lau's allgemeinem helvetisch-eidgenössischem Lexicon. Zürich 1747—1765. Th. I—XX. 4. Fortgesetzt von H. J. Holzhalb, ibid. 1786—1791 (R—S). Th. I—V. 4.

4) Die von dem Canton *Bern* mit fremden Mächten geschlossenen *MilitärCapitulationen*, sind gedruckt, zu Bern 1764, in gr. 8. Von diesen und den Capitulationen anderer Cantone, s. man die Histoire militaire des Suisses par le baron de Zurlauben. à Paris 1751—1753. 8 vol. in gr. 12., mit einem Code militaire des Suisses, ibid. 1758—1764. 4 vol. in gr. 12. Histoire militaire des Suisses dans les différens services de l'Europe, jusqu'à 1771; par M. May de Romainmotier. à Berne 1772. 2 vol. in 8.

5) Pundt-

5) Pündtnerische Tractate etc., durch Andr. Pfeffer. Chur 1728. 8.

6) Officielle Sammlung der das schweizerische Staatsrecht betreffenden Actenstücke, der in Kraft bestehenden eidgenössischen Beschlüsse, Verordnungen und Concordate, und der zwischen der Eidgenossenschaft und den benachbarten Staaten abgeschlossenen besondern Verträge. Zürich 1820. gr. 4. (In jedem Jahr soll eine Fortsetzung erscheinen. Das Werk wird aber nicht in den Buchhandel gegeben.)

7) Auch gehören folgende Werke hieher: a) Traité historique et politique des alliances entre les XIII cantons, depuis Charles VII jusqu'à présent; par Mr. V. (Vogel), G. J. D. G. S. (c. à. d. Grand-juge des gardes Suisses). à Paris 1733. 8. — b) Privilèges des Suisses, accordés aux villes impériales et anséatiques et aux habitans de Genève résidans en France, par Mr. V(ogel) G. J. D. G. S. à Yverdon 1770. 4. — c) C. E. Rosselet's Versuch einer Abhandlung von den schweizerischen Schutz- und Schirm-Bündnissen. 1757. 4. — d) J. H. Gleser Specimen observationum circa Helvetiorum foedera. Basil. 1760. 4. — e) Manuel du droit public de la Suisse. T. I et II. 1816. 8. Und teutsch unter folg. Titel: Handbuch des schweizerischen Staatsrechtes. Zweite, berichtigte u. vervollständigte Ausgabe. (Von Usteri.) Aarau 1821. 8. Ungefähr die Hälfte dieses Werks enthält Staatsverträge.

15) *Vereinigte Staaten von Nordamerika.* (§. 23.)

Von ihnen geschlossene Staatsverträge, findet man in folgenden Sammlungen.

1) The Laws of the united States of America (1789—1799). Philadelphia 1799. T. I—IV. 8.

2) Actes et Mémoires, herausgegeben von A. G. Gebhardt; man s. unten, §. 24.

II. Abschnitt.

Staatsacten.

1. Titel.

Sammlungen für einen bestimmten Zeitraum. (§. 24.)

1) Vittorio Siri Memorie recondite (1601—1640). Diese Samm-

lung erschien anfangs zu Ronco, dann zu Paris, zuletzt zu Lyon, 1677 bis 1679, in 8 Bänden in 4. (Siri war einer der sachkundigsten politischen Schriftsteller seiner Zeit.)

2) *Ebendesselben* Mercurio (1635—1655), zu Casale, Genf, Lyon, Paris, Florenz, 1644—1682. T. I—XV, in 17 Bänden in 4.

3) Jo. Christ. Lünigii literae procerum Europae etc., ab a. 1552. usque ad ann. 1712. lingua latina exaratae. Lips. 1712. T. I—III. 8.

4) *Ebendesselben* Sylloge publicorum negotiorum — — intra vicennium latina lingua tractatorum. Francof. 1694. 4. Supplementum et Continuatio Sylloges etc., ab a. 1674—1702. ibid. 1702. 4.

5) De Lamberty Mémoires pour servir à l'histoire du XVIIIme siècle, contenant les négociations, traités, etc. (1700—1718). à la Haye 1724—1734. T. I—XIV. 4. Seconde édit. 1731—1740. 4.

6) Jean Rousset recueil historique d'actes, négociations, mémoires et traités (1714—1748). à la Haye, quelques tomes aussi à Amsterdam et à Leipzig, 1728—1755. T. I—XXI (oder XXII?). 8.

7) C. G. Buder's Sammlung verschiedener, meist ungedruckter Schriften, Berichte, Urkunden etc., welche zu Erläuterung des Natur- und Völkerrechts etc. dienen. Frankf. 1735. 8.

8) Sammlung einiger Staatsschriften nach Carls VI. Ableben (1741—1743). Th. I—IV. 8.; desgleichen, unter Carl VII. (1744—1747). Th. I—III. 8., u. unter Franz I. (1749—1754). Th. I—VIII. 8.

9) Sammlung der neuesten Staatsschriften, zum Behuf der Historie des jetzigen Kriegs, auf das Jahr 1756. Frankf. u. Leipz. 1757. 4. Diese Sammlung ward fortgesetzt, unter folgendem Titel:

10) Teutsche Kriegs-Canzley, auf die Jahre 1757 bis 1763. Ibid. 1757—1763. Th. I—XVIII. 4.

11) Mémoires et négociations entre la France et l'Angleterre, de 1761. 8.

12) Der Briefwechsel zwischen Oestreich und Preussen, im J. 1778, in den Oeuvres posthumes de Frédéric II, T. V (à Berlin 1789. 8.), p. 209—288.

13) Actes relatifs au traité de paix entre la Russie et la Porte ottomane; in dem Recueil des principaux traités etc. de M. de MARTENS, T. V, p. 53—66.

14) Die oben, §. 9, angeführten Sammlungen, von Ant. FABER, REUSS und WINKOPP.

15) A. HENNINGS Sammlung von Staatsschriften, die während des Seekriegs von 1776 bis 1783, sowohl von den kriegführenden als auch von den neutralen Mächten öffentlich bekannt gemacht worden sind, in so weit solche die Freiheit der Schifffahrt und des Handels betreffen. Hamb. Bd. I. 1784. Bd. II. 1785. 8.

16) Recueil des déductions etc. du comte de HERTZBERG. Man s. oben, §. 19.

17) Ueber die Revolution in *Holland*, im J. 1788, erschien eine Sammlung von Staatsschriften und Aufsätzen, in 50 Bänden, in 8.

18) A Collection of State-Papers relating to the war against France now carrying on by Great-Britain and the several other European Powers. Lond. 1794—1796. T. I—IV, in fünf OctavBänden.

19) Correspondance complète de lord MALMESBURY (ou Recueil de toutes les pièces officielles relatives à la négociation de Lille, en 1797). à Paris 1797. 8.

20) Recueil des actes diplomatiques concernant la négociation de lord MALMESBURY avec le gouvernement de la rép. françoise, à Paris du 22 oct. au 20 déc. 1796; par l'auteur de la Politique raisonnée etc. à Hambourg, à la Haye, à Londres, à Paris. gr. 8. (Ohne Jahrzahl. Die Vorrede ist datirt: U....t le 16 févr. 1797.)

21) Négociation de lord MALMESBURY, à Lille en 1797. (Uebersetzung von „List of papers, presented by His Majesty's „Command", gedruckt für den Gebrauch des Parlaments, zu London 1777. fol.)

22) Recueil des principaux actes publics sur les relations politiques de la France avec les états de l'Italie, depuis l'année 1787 jusqu'au mois de mai 1796; on y a annexé une table des actes concernant les rapports entre l'Espagne et la France (par M. Joach. de SCHWARZKOPF). à Francfort sur le Mein 1796. 8.

23) Recueil de mémoires et autres pièces authentiques relatives

aux affaires de l'Europe et particulièrement celles du Nord, pendant la dernière partie du 18ème siècle; par le baron Albedyhl. à Stockholm T. I. 1798. 8.

24) Originale Actenstücke über die letzte Irrung zwischen Dänemark und England, und die neueste nordische Convention. Mit Einleitung herausgegeben von C. U. D. v. Eggers. Copenhagen 1801. 8.

25) Papiers relatifs à la rupture avec l'Espagne, présentés au parlement le 24 janvier, 2, 4 et 6 févr. 1805. Traduits de l'anglais etc. Londres (1805). 8.

26) Recueil de pièces officielles, ainsi que des pièces fugitives les plus intéressantes publiées par les gouvernemens respectifs, ou avec leur assentiment à dater des dernières négociations en 1806, entre la France, l'Angleterre et la Prusse. Amsterd. 1807. N° I et II. 8.

27) Paul Oesterreicher's Kriegs-Archiv des rheinischen Bundes. Bamberg 1806 — 1808. 4.

28) Actes et Mémoires concernant les négociations qui ont eu lieu entre la France et les Etats-Unis de l'Amérique depuis 1793 jusqu'à la conclusion de la convention du 30 sept. 1800 (par A. G. Gebhardt). à Londres 1807. T. I — III. 8. Diese Sammlung erhielt ein neues Titelblatt, worauf folgender Titel:

State-Papers relating to the diplomatick transactions between the American and French Governments, from the year 1793 to the Conclusion of the Convention on the 30th of September 1800. Collected by A. G. Gebhardt, formerly Secretary to the Saxon Legation in London. Vol. I — III. Lond. 1816. 8.

29) Mémoires et actes authentiques relatifs aux négociations qui ont précédées le partage de la Pologne. Tirés du portefeuille d'un ancien ministre du 18e siècle. 1810. 8.

30) C. A. Fischer's neues französisch-diplomatisches Lesebuch; oder Sammlung französischer Original-Aufsätze über diplomatisch-politische Gegenstände der neuesten Zeit (1796 — 1807). Leipz. 1808. Th. II (1808 — 1812). 1813. gr. 8. Diese Sammlung führt auch folgenden Titel: Collection générale et complète de lettres, proclamations, discours, messages etc. de Napoléon le Grand.

31) Von *Ebendemselben:* Collection générale des pièces officielles qui servent à l'histoire diplomatique de la France, depuis 1792 jusqu'à 1812. à Tubingue 1815. 8.

32) Allgemeines diplomatisches Archiv für die neueste Zeitgeschichte; enthaltend eine vollständige Sammlung aller — — Actenstücke seit Entstehung des gegenwärtigen europäischen Staatenbundes wider Frankreichs Uebermacht. Herausgegeben von C. G. Dümge. I. Band (1812 u. 1813). Heidelb. 1814. 4.

33) Recueil de pièces officielles destinées à détromper les Français sur les évènemens qui se sont passés depuis quelques années; par Frédéric Schoell. à Paris 1814 — 1816. T. I - IX. 8.

34) Archives politiques et diplomatiques, ou recueil de pièces officielles, mémoires et autres morceaux historiques, inédits ou peu connus, relatifs à l'histoire des 18e et 19e siècles. Par F. Schoell. à Paris T. Ier 1818. T. II et III. 1819. 8°.

2. TITEL.

Sammlungen für Verhandlungen eines einzelnen Friedens- oder andern Congresses. (§. 25.)

Hieher gehören die Sammlungen für die Verhandlungen auf Friedens- und andern Congressen: auf dem Westphälischen, auf dem Pyrenäischen, auf denjenigen von Oliva, von Nimwegen, von Ryswik, von Utrecht, von Rastatt und Baden (1714), von Cambrai (1721 — 1725), von Soissons (1728 u. 1729), von Belgrad, von Aachen (1668 und 1748), von Wien (1735 — 1738), von Paris (1763), von Teschen, von Paris (1783), von Basel, von Campo-Formio, von Rastatt, von Lünéville, von Amiens, von Presburg, von Wien (1809), von Paris (1814 u. 1815), von Wien (1814 u. 1815), von Aachen (1818), von Carlsbad (1819), von Wien (1819 u. 1820), von Troppau (1820) und Laybach (1821).

Sammlungen dieser Art sind angeführt, in v. Ompteda's Literatur des Völkerrechts, Th. II, S. 474 — 481, und in v. Kamptz neuer Literatur des Völkerrechts, S. 79 — 93.

Joh. Ludw. Klüber's Acten des wiener Congresses in den Jahren 1814 und 1815. Erlangen 1815 — 1819. Heft 1 — 31, oder Bd. I — VIII. gr. 8. (Neue unveränderte Auflage der zwölf ersten Hefte, 1816 — 1821.)

III. CAPITEL.

SYSTEMATISCHE WERKE ÜBER DAS VÖLKERRECHT.

1. ABSCHNITT.

(§. 26.) LEHRBÜCHER.

1) Joh. Jac. Moser's Anfangsgründe der Wissenschaft von der heutigen Staatsverfassung von Europa, und dem unter den europäischen Potenzen üblichen Völker- und allgemeinen Staatsrecht. Tübingen 1732. 8.

2) *Ebendesselben* Entwurf einer Einleitung zu dem allerneuesten Völkerrecht in Kriegs- und Friedenszeiten; in seinen Vermischten Schriften, Th. II. 1736. 8.

3) *Ebendesselben* Grundsatze des jetzt üblichen europäischen Völkerrechts in Friedenszeiten. Hanau 1750. Neue Aufl. Frankf. 1763 u. Nürnb. 1777. 8.

4) *Ebendesselben* Grundsatze des jetzt üblichen europäischen Völkerrechts in Kriegszeiten. 1752. 8.

5) *Ebendesselben* erste Grundlehren des jetzigen europäischen Völkerrechts. Nürnb. 1778. 8.

6) Henr. Köhleri juris socialis et gentium ad jus naturae revocati Specimina VII. Jen. 1736. 4.

7) Jo. Ad. Ickstatt elementa juris gentium. Wirceburgi 1740. 4.

8) Chr. L. B. de Wolff institutiones juris naturae et gentium. Hal. 1750. 8. Auch 1754, doch nur mit umgedrucktem Titelblatt. Uebersetzungen, eine teutsche und eine französische, erschienen unter folgenden Titeln:

Chr. Frhrn. v. Wolff's Grundsätze des Natur- und Völkerrechts. Halle 1754. 8. Neue Aufl. 1769. 8.

Institutions du droit de la nature et des gens. Traduit du latin de Mr. Wolff, avec des notes par Elie Luzac. à Leide 1772. T. I et II. 4. Neue Auflage, mit beigefügtem lateinischem Original, ibid. eod. T. I – VI. 8.

9) J. J. Burlamaqui principes du droit politique. Ouvrage posthume. à Genève 1751. 4. Neue Auflage, mit folgendem Zusatz auf dem Titel: „publié complet pour la première fois", à Lausanne 1784. 8.

10) *Ebendesselben* Principes du droit de la nature et des gens. à Yverdon 1766. 8.

11) *Ebendesselben* Principes du droit naturel et politique. à Genève 1764. T. I et II. 8.

12) Institutes of natural laws, being the substance of a course of lectures on GROTIUS de jure belli et pacis; by T. RUTHERFORTH. London 1754. 8.

13) (J. F. L. SCHRODT) Systema juris gentium, quod sub directoratu F. W. S. de CRONENFELS — — publicae disputationi submittit Adalb. S. R. J. comes CZERNIN de Chudenitz. Pragae 1768. 4. Neue, verbesserte und vermehrte Ausgabe, bloſs unter SCHRODT's Namen, der auf dem Titel der ersten Ausgabe nicht stand. Bambergae 1780. 8.

14) Précis du droit des gens, de la guerre, de la paix, et des ambassades; par Mr. le vicomte de MAILLARDIÈRE. à Paris 1775. 12. Auch in dem ersten Bande der Bibliothèque politique des Verfassers.

15) Lud. Conr. SCHROEDER elementa juris naturae, socialis et gentium. Groningae 1775. gr. 8.

16) Godofr. ACHENWALL juris gentium europaearum practici primae lineae. Fragmentum libelli ob b. auctoris mortem nunc tandem in lucem editum. Goetting. 1775. 8.

17) Lauriz NÖRREGAARD Folke Retts förste Grunde. Kiöbenhavn 1776. 8.

18) (C. G. GÜNTHER's) Grundriſs eines europäischen Völkerrechts, nach Vernunft, Verträgen, Herkommen und Analogie. Regensburg 1777. 8.

19) Principes du droit des gens européen conventionnel et coutumier; par P. J. NEYRON. à Bronswic 1783. 8. Die Fortsetzung, welche das Völkerrecht in Kriegszeiten enthalten sollte, ist nicht erschienen.

20) Élémens du droit politique; par COURVOISIER. Paris 1792. 8.

21) G. F. MARTENS primae lineae juris gentium europaearum practici. Goett. 1786. 8.

22) Précis du droit des gens moderne de l'Europe fondé sur les traités et l'usage; par Mr. MARTENS. à Gottingue 1789. T. I et II. 8. Die zweite Ausgabe hat auf dem Titel: „pour servir d'introduction à un cours politique et diplomatique; par G. F.

de Martens. Seconde édition entièrement refondue. à Gottingue 1801".

Eine englische Uebersetzung der ersten Ausgabe, erschien unter folg. Titel: Summary of the Law of Nations etc., translated from the French by William Cobbet. Philadelphia 1795. 8.

23) G. F. v. Martens Einleitung in das positive europäische Völkerrecht, auf Verträge und Herkommen gegründet. Goettingen 1796. gr. 8.

24) Erklärung der Lehrsätze des allgemeinen Staats- und Völkerrechtes, nach Martens. Wien 1791. 8.

25) P. T. Köhler's Einleitung in das practische europäische Völkerrecht. Mainz 1790. gr. 8.

26) An essay of the Laws of Nations as a Test of Manners. London 1790. 8.

27) Elementos de Derecho publico de la Paz y de la Guerra, illustr. con noticias historicas, leyes y doctrinas del derecho espanol. Madrid 1793. T. I et II. 8.

28) C. U. D. de Eggers institutiones juris civitatis publici et gentium universalis. Hafniae 1796. 8.

29) Institutions du droit de la nature et des gens; par Gérard de Rayneval. à Paris, an XI (1803). gr. 8.

30) Table des matières contenues dans la science du droit des gens moderne de l'Europe; par Chrét. de Schlözer. à Dorpat 1804. 8.

31) Friedr. Saalfeld's Grundriſs eines Systems des europäischen Völkerrechts. Goett. 1809. 8.

32) De jure generis humani, vel divisi in gentes, vel in unam civitatem scilicet hunc orbem conjuncti, seu de jure gentium et cosmopolitico. Stuttgard. 1811. 8.

33) Theod. Schmalz europäisches Völkerrecht. Berlin 1817. 8.

34) Jul. Schmelzing's systematischer Grundriſs des europäischen Völkerrechtes. Rudolstadt Th. I—III. 1818—1820. 8.

35) Droit des gens moderne de l'Europe; par J. L. Klüber. T. et II. Avec un Supplément contenant une Bibliothèque choisie du droit des gens. à Stuttgart 1819. gr. 8.

36) Jul. Schmelzing's Lehrbuch des europ. Völkerrechts. Altenb. 1821. 8.

2. *ABSCHNITT.*

HANDBÜCHER, ODER AUSFÜHRLICHE SYSTEMATISCHE WERKE. (§. 27.)

1) Hugo Grotius de jure belli et pacis. Paris. 1625. 4. Editio emendata ab auctore, Amstelod. 1632, 8. Repetita ibid. 1642. 8.

Fünf und vierzig, und doch nicht alle, *Ausgaben* bis auf das J. 1758, werden angeführt in v. Ompteda's Literatur des Völkerrechts, Th. II, S. 392 ff. Die besten sind: Cum notis J. F. Gronovii, Amstelod. 1700. 1701. 1702. et 1712. gr. 8. Cum notis J. F. Gronovii et Jo. Barbeyracii. Amstelod. 1719. et 1720. verbessert ibid. 1735. u. Lips. 1753. T. I. et II. 8. Diese Ausgabe ward neu aufgelegt, mit etlichen Veränderungen und Zusätzen von Meynard Tydemann, zu Utrecht 1772. gr. 8. Cum commentar. Guil. van der Muelen et c. notis J. F. Gronovii. Ultraj. 1696 — 1700. u. Amstelod. 1704. 3 vol. in fol. Cum commentar. Henr. Cocceji. Lausannae 1751. Vol. I — V. 4.

Auch *Uebersetzungen* erschienen, eine teutsche, englische, holländische, schwedische, dänische, und verschiedene französische. Die beste französische, ist diejenige von Joh. Barbeyrac, 1724 und 1729, Basel 1746 u. 1750, vierte Aufl. Amsterd. 1754 in 4., 5. Ausg. ebendas. 1759 in 4., 6. Ausg. zu Basel 1768 in zwei Bänden in 8. Eine neue französische Uebersetzung, von A. Jeudi Dugour, erschien zu Paris 1792 in zwei OctavBänden. Man s. v. Ompteda's Literatur des Völkerrechts, Th. II, S. 404 ff.

2) Sam. Pufendorf de jure naturae et gentium libri VIII. Londini Scanor. 1672. 4. und, von dem Verfasser um den vierten Theil vermehrt, Francof. 1684. 4.

Diese letzte Ausgabe ward sechsmal aufgelegt. Dann erschien sie cum adnotationibus Jo. Nic. Hertii, Francof. 1706, Amstelod. 1715, et Francof. 1716. Die beste Ausgabe ist diejenige, welche Folgendes auf dem Titel führt: „cum integris commentariis J. N. Hertii atque Jo. Barbeyracii, recensuit et animadversionibus illustravit Gottfr. Mascovius". Francof. et Lips. 1744. T. I et II. 4. rec. ibid. 1758. 4.

Man hat verschiedene *Uebersetzungen* dieses Werkes, teutsche, englische, italiänische und französische; die letzte von

Jean Barbeyrac, avec des remarques, à Amsterd. 1706, T. I et II. 4., verbessert ibid. 1712 in-4°, wieder aufgelegt ebendaselbst, oder vielmehr zu Paris 1713, 1715, und noch mehrmal, auch zu Basel 1732 in 4.; endlich von dem Uebersetzer abermal durchgesehen und mit zwei Reden vermehrt, zu Amsterd. 1734, T. I et II. 4., und zu Basel 1750 und 1771. 4. Man sehe J. G. Meusel's historisch-literärisch-biographisches Magazin, St. II, S. 39 ff.

3) Ad. Frid. Glafey's Vernunft- und Völkerrecht. Frankf. u. Leipz. 1723. 4. Nouv. édit. ibid. 1732 et 1746. 4. In der dritten Auflage blieb das Völkerrecht hinweg. Es erschien besonders, unter folgendem Titel:

4) A. F. Glafey's Völkerrecht. Nürnb., Frankf. und Leipz. 1752. 4.

5) Christian. L. B. de Wolff jus gentium methodo scientifica pertractatum. Hal. 1749. 4.

Ein französischer Auszug daraus, erschien unter folgendem Titel: Principes du droit de la nature et des gens; extrait du grand ouvrage latin de Mr. de Wolff, par Mr. Formey. à Amsterd. 1758. 4.

6) La science du gouvernement; par M. de Real; Tome Vme contenant le droit des gens. à Paris 1754. 8. Seconde édit. ibid. 1764. 4.

Das ganze Werk besteht aus acht Bänden. Es erschien zu Paris 1754. Eine teutsche Uebersetzung, von J. P. Schulin, erschien zu Frankf. u. Leipzig 1762—1767. gr. 8.

7) Le droit des gens, ou principes de la loi naturelle appliqués à la conduite et aux affaires des nations et des souverains; par Emer. de Vattel. à Londres (Neuchatel) 1758, et à Leide 1758. T. I et II. 4.

Seconde édit. ibid. 1758. T. I—III, in 12. Nouv. édit. augmentée, revue et corrigée, à Neuchatel 1760 u. 1773. T. I et II, in 4. à Lyon 1802. T. I—III, gr. 8. Nouv. édit. à Paris 1820. T. I—III, in 8. Avec quelques remarques de l'éditeur, à Amsterd. 1775. T. I et II, in 4. Mit etlichen Bemerkungen, zum Theil aus den Handschriften des Verfassers, zu Basel 1777. T. I—III. 12. Neue Aufl. zu Paris 1820, T. I — III. 8. Ohne diese Zusätze, aber mit der Biographie des Verfassers, zu Neuchatel 1777. T. I—III. 8., und zu Nimes 1793. T. I—III. in 8. Uebersetzt ins Teutsche, von J. P. Schulin, zu Frankf. u. Leipz. 1760. T. I—III. 8. — Von

dem Werth der verschiedenen Ausgaben, sehe man A. F. Schott's unpartheyische Critik, Bd. VI, S. 539, Bd. VII, S. 411, Bd. IX, S. 284.

Wider verschiedene Stellen dieses Werkes ist gerichtet: Essai sur le droit des gens (par M. de Chambrier). (Sine loco) 1795. 4.

8) Principes du droit de la nature et des gens; par J. J. Burlamaqui; avec la suite du droit de la nature, augmenté par M. de Felice. à Yverdon 1766 — 1768. T. I — VIII. 8. Die drei letzten Bände enthalten das Droit politique et des gens. Eine neue Auflage der fünf letzten Bände, erschien unter folgendem Titel: Droit de la nature et des gens, par J. J. Burlamaqui. Nouv. édit. revue etc. par M. Dupin. Paris 1820 et 1821. vol. I — V. 8. — Ein Auszug ist: Leçons de droit de la nature et des gens, par M. de Felice. Yverdon 1769. 4 kleine Bände in 8.

9) Joh. Jac. Moser's Versuch des neuesten europäischen Völkerrechts in Friedens- u. Kriegszeiten, vornehml. aus Staatshandlungen seit 1740. Frankf. 1777 — 1780. Th. I — X, in 12 Bänden, gr. 8.

10) *Ebendesselben* Beyträge etc. (Man s. unten, §. 30.)

11) K. G. Günther's europäisches Völkerrecht in Friedenszeiten, nach Vernunft, Verträgen und Herkommen. Altenburg Th. I. 1787. Th. II. 1792. gr. 8. Die Fortsetzung dieses sehr schätzbaren Werkes, ist unterblieben.

12) Du droit public et du droit des gens, ou Principes d'association civile et politique, suivis d'un projet de paix générale et perpétuelle; par J. J. B. Gondon d'Assoni. à Paris 1808. T. I — III. 8.

13) C. U. D. v. Eggers natürliches Staats- und Völkerrecht. Wien Th. I. 1809. Th. II. 1810. 8.

3. *ABSCHNITT.*

WERKE ÜBER DAS VÖLKERRECHT DER TEUTSCHEN STAATEN. (§. 28.)

1) J. J. Moser's teutsches auswärtiges Staatsrecht. Frankf. u. Leipz. 1772. in 4.

Zusätze zu diesem Werk, von dem Verfasser, stehen in dessen Abhandlungen verschiedener Rechtsmaterien, St. XIV, S. 323 ff.

2) *Ebendesselben* teutsches nachbarliches Staatsrecht. Frankf. u. Leipz. 1773. 4.

3) C. H. v. Römer's Völkerrecht der Teutschen. Halle 1790. 8.

4) J. L. Klüber's öffentl. Recht des t. Bundes u. der Bundesstaaten (Frankf. 1817. gr. 8.), §. 9. 66. 71. 105 ff., 460 ff., 464 ff., 468 ff.

IV. CAPITEL.

(§. 29.) WERKE ÜBER EINZELNE HAUPTTHEILE DES VÖLKERRECHTES.

Die Werke dieser Art, z. B. über das Gesandschaftrecht, über das Rang-, SeeHandels-, Neutralitäts- und Kriegsrecht, sind in gegenwärtigem Buch da angezeigt, wo die genannten Gegenstände abgehandelt werden.

V. CAPITEL.

(§. 30.) SAMMLUNGEN VON AUFSÄTZEN ÜBER VERSCHIEDENE MATERIEN.

1) Observationes selectae (Halenses). Hal. 1700—1705. T. I—X. 8.

2) Henr. de Cocceji exercitationes curiosae. Lemgoviae 1722. 4.

3) Corn. van Bynkershoek quaestionum juris publici libri duo. Lugd. Bat. 1737. 4. Edit. 2. ibid. 1752, u. in s. Operibus omn., T. II (Lugd. Bat. 1767. fol.), p. 185—290. Diese Opera erschienen auch, mit e. Vorr. v. Phil. Vicat, zu Lausanne (Coloniae Allobr.) 1762, 2 Bände in Fol.

4) Joh. Jac. Moser's vermischte Abhandlungen aus dem europäischen Völkerrecht, Hanau (Nürnberg) 1750. St. I—III. 8.

5) *Ebendesselben* Beyträge zu dem neuesten europäischen Völkerrecht in Friedenszeiten. Stuttgart 1778—1780. Th. I—V. 8.

6) *Ebendesselben* Beyträge zu dem neuesten europäischen Völkerrecht in Kriegszeiten. Tübingen 1779—1781. Th. I—III. 8.

7) *Ebendesselben* Beyträge zu dem neuesten europäischen Gesandtschaftsrecht. Frankf. 1781. 8.

Diese drei Sammlungen, Num. 5—7, gehören zu Joh. Jac. Moser's oben, §. 27, Num. 9, angeführtem *Versuch* u. s. w.

8) Friedr. Christian v. Moser's kleine Schriften zur Erläuterung des Staats- und Völkerrechts. Frankf. 1751—1765. Bd. I—XII. 8.

9) *Ebendesselben* Beyträge zu dem Staats- und Völkerrecht und der Geschichte. Frankf. 1764—1765. Bd. I—IV. 8.

10) A. F. Schott's juristisches Wochenblatt. Leipz. 1772—1775. I—IV. Jahrgang. 8.

11) Joh. Cph. Wilh. v. Steck's Versuche über einige erhebliche Gegenstände etc. Frankf. u. Leipz. 1772. 8.

12) (*Ebendesselben*) Ausführungen politischer und rechtlicher Materien. Berlin 1776. 8.

13) *Ebendesselben* Observationum subsecivarum Specimen. Hal. 1779. 8.

14) (*Ebendesselben*) Essais sur divers sujets de politique et de jurisprudence. 1779. 8.

15) *Ebendesselben* Versuche über Handlungs- und Schifffahrts-Verträge. Halle 1782. 8.

16) *Ebendesselben* Versuche über verschiedene Materien politischer und rechtlicher Kenntnisse. Berlin u. Stralsund 1783. 8.

17) *Ebendesselben* Ausführungen einiger gemeinnützlichen Materien. Halle 1784. 8.

18) (*Ebendesselben*) Essais sur quelques sujets intéressans pour l'homme d'état et de lettres (Halle) 1784. 8.

19) (*Ebendesselben*) Eclaircissemens sur quelques sujets intéressans pour l'homme d'état et de lettres. à Ingolstadt (Berlin) 1785. 8. Teutsch unter folgendem Titel: Erläuterungen verschiedener Gegenstände etc.; aus dem Französischen des Hrn. Geh. Raths v. St. zu B., ins Deutsche übers. von F. A. J (John). Schmalkalden 1786. 4.

20) *Ebendesselben* Abmüssigungen. Halle 1787. 8.

21) (*Ebendesselben*) Echantillon d'essais sur divers sujets intéressans pour l'homme d'état et de lettres. Halle 1789. 8.

22) *Ebendesselben* Essais sur plusieurs matières intéressantes pour l'homme d'état et de lettres. Halle 1790. 8.

23) *Ebendesselben* Essais sur divers sujets relatifs à la navigation et au commerce pendant la guerre. Berlin 1794. 8.

24) Dan. Nettelbladt's Erörterungen einiger einzelnen Lehren des teutschen Staatsrechts. Halle 1773. 8.

25) J. C. Siebenkees juristisches Magazin. Jena 1782. Bd. I. 8.

26) *Ebendesselben* Beyträge zum teutschen Recht. Nürnb. u. Altorf 1786—1790. Th. I—VI. 8.

27) E. F. HAGEMEISTER's Beyträge zu dem europäischen Völkerrecht, besonders bey Gelegenheit des gegenwärtigen nordischen Kriegs. Stralsund 1790. St. I. 8.

28) C. D. ERHARDT's Amalthea. Leipz. Bd. I. 1788. Bd. II. 1790. 8.

29) Bibliothèque de l'homme public, ou analyse raisonnée des principaux ouvrages françois et étrangers, sur la politique en général — — — — — et sur le droit naturel et public; par M. le marquis de CONDORCET, M de PEYSONEL, M. le CHAPELIER. à Paris 1790, T. I - XII. 1791, T. I—XII. 1792, T. I—IV. gr. 8.

30) Oeuvres complètes de l'abbé de MABLY. Lyon 1792. T. I—XII. in 8. u. in 12. Vergl. unten §. 35 *, Num. 5.

31) Oeuvres posthumes de M. l'abbé de MABLY. Paris 1790 – 1791. T. I—VI. 8.

32) Collection complète des œuvres de l'abbé de MABLY. à Paris, an III de la rép. (1794 à 1795). T. I—XV. gr. 8.

33) J. C. L. ZECHIN's Abhandlungen über das europäische Völker-, Kriegs- und Friedensrecht. Halle 1793. 8.

34) J. Theod. ROTH's Archiv für das natürliche und positive Völkerrecht. Nürnb. u. Altorf 1794. I. Heft. 8.

35) Joh. Richard v. ROTH's Abhandlungen aus dem teutschen Staats- und Völkerrecht. Bamberg 1804. 8.

36) C. H. K. A. v. KAMPTZ Beiträge zum Staats- und Völkerrecht. Berlin Bd. I. 1815. 8.

VI. CAPITEL.

(§. 31.) MONOGRAPHIEN, ODER DISSERTATIONEN UND TRACTATE.

Die Abhandlungen dieser Art sind angezeigt, in den oben §. 2 angeführten Hauptwerken, und grossentheils in gegenwärtigem Buch, unter den gehörigen §§.

VII. CAPITEL.

DEDUCTIONEN, GUTACHTEN, UND RECHTSFÄLLE.

1. *ABSCHNITT.*

(§. 32.) DEDUCTIONEN.

1) *Verzeichnisse* von gedruckten Deductionen, hat man unter folgenden Titeln:

a) Joh. Chr. Lünig's bibliotheca deductionum; vermehrt von G. A. Jenichen. 1745. 8.

b) Deductions-Bibliothek von Deutschland (von C. S. v. Holzschuher). Nürnb. Th. I 1778. Th. II 1779. Th. III 1781. Th. IV 1783. gr. 8. Die beiden letzten Bände wurden, nach von Holzschuher's Tode, herausgegeben von Joh. Chr. Siebenkees.

c) Hoffnung zu einer *Literatur* der Staatsschriften der europäischen Mächte, machte Günther in seinem oben (§. 27) angeführten europäischen Völkerrecht, am Schluſs der Vorrede.

2) Jo. Chr. Lünig's Grundfeste europäischer Potentaten Gerechtsame, worinnen durch auserlesene Deductionen dargethan wird, wie es um aller Potentaten hohe Jura, Ansprüche und Präcedenz-Streitigkeiten beschaffen sey. Leipz. 1716. fol.

3) *Ebendesselben* Selecta scripta illustria. Leipz. 1723. fol.

4) Collectio nova actorum publ. I. R. G., oder Sammlung der in den J. 1750—1753 in Deutschland zum Vorschein gekommenen Deductionen. Th. I—VIII. Nürnb. 1751—1753. 8.

5) Joh. Jac. Moser's Sammlung der neuesten u. wichtigsten Deductionen in deutschen Staats- und Rechtssachen. Th. I—IX. Frankf. u. Leipz. 1752—1764. 4.

6) Neueste Sammlung auserlesener Deductionen. Th. I—III. Giessen 1778. fol.

7) J. A. Reuss Deductions- u. Urkunden-Sammlung. Bd. I—XV. Ulm 1785—1799. 8.

8) Das Recueil des Grafen von Hertzberg, oben §. 19.

Auch gehören hieher verschiedene der oben, §. 24, angeführten Werke.

2. *ABSCHNITT.*

GUTACHTEN UND RECHTSFÄLLE.

(§. 33.)

1) Joh. Chr. Lünig's europäische Staats-Consilia, — — seit dem Anfang des 16. Saeculi bis 1715. Leipz. 1715. Th. I u. II. fol.

2) G. F. v. Martens Erzählungen merkwürdiger Fälle des neuern europäischen Völkerrechts, nebst einem Anhang von Gesetzen und Verordnungen, welche in einzelnen europäischen Staaten über die Vorrechte auswärtiger Gesandten ergangen sind. Göttingen Bd. I. 1800. Bd. II. 1802. 4.

VIII. CAPITEL.

§. 34.) LEXICOGRAPHISCHE WERKE.

1) C. F. Hempel's allgemeines Staatsrechts-Lexicon (man s. oben, §. 8.)

2) F. L. Ant. Hörschelmann's europäisches Staats-, Kriegs- und Friedens-Lexicon (seit dem 15. Jahrhundert). Frankf. u. Leipz. Th. I. 1765. Th. II. 1766. gr. 8.

3) Encyclopédie méthodique; die Section d'Économie politique et Diplomatique (sic), à Paris 1784—1788. T. I—IV. gr. 4.

4) Robinet dictionnaire universel des sciences morale, économique, politique et diplomatique, ou bibliothèque de l'homme d'état et du citoyen. à Paris 1777—1787. T. I—XXXI. 4.

5) Repertorium reale pragmaticum juris publici et feudalis; mit C. G. Buder's Vorrede. Jena 1751. 4. Gänzlich umgearbeitet, erschien dieses Werk unter folgendem Titel:

6) Repertorium des teutschen Staats- und Lehnrechtes, von H. G. Scheidemantel. Leipzig, Th. I (A—E) 1782. Th. II (F—K) 1783; von C. F. Häberlin, Th. III (L—O) 1793. Th. IV (P—R) 1795. gr. 4. Unvollendet.

7) Zu dieser Classe gehören auch die *allgemeinen historischen Wörterbücher*, z. B. das Grand Dictionnaire historique, par Louis Moreri, nach den neuesten Ausgaben, z. B. denjenigen von Paris 1742, acht Bände in Fol., oder sechzehn Bände in Quart, mit zwei SupplementBänden von C. P. Goujet, Paris 1749. Die 22. Ausgabe, von Drouet, erschien zu Paris 1759, zehn Bände in Fol. Auch Uebersetzungen, englische, italiänische, und spanische, sind von diesem Werk erschienen. — *Supplemente* zu den historischen Wörterbüchern, enthält folgendes Werk: Examen critique et complément des dictionnaires historiques les plus répandus, depuis le dictionnaire de Moreri jusqu'à la Biographie universelle (s. oben §. 3) inclusivement; par M. Barbier. Paris T. I (A—J) 1820.

8) Joh. Franz Buddeus allgemeines historisches Lexicon. Leipz. 1709—1714. Th. I—III. fol.; zweite Ausgabe, 1722 fol.; dritte, 1730—1732, nebst zwei Bänden Fortsetzung, 1740. fol.; baseler Ausgabe von J. C. Iselin, 1729 (der vierte Theil mit der Jahrzahl 1727) Th. I—IV. fol.

9) Universal-Lexicon, von Zedler (Name des Buchhändlers). Leipzig 1732—1754. Th. I—LXVIII. fol.

10) Diction-

10) Dictionnaire historique, par P. Bayle, T I–IV. fol. Nouv. édit., augmentée de notes extraites de Chauffepié, Joly, Lamonnoie, L. J. Leclerc, Leduchat, Prosper Marchand, etc. Paris 1820 et suiv. T. I—XVI. 8.

11) Chauffepié nouveau dictionnaire historique, und andere, vorzüglich die verschiedenen *Encyclopädien* oder encyclopädischen Wörterbücher, die in Teutschland, England und Frankreich erschienen sind. Die neueste ist die, welche jetzt zu Leipzig herauskommt, unter folgendem Titel: Encyclopädie der Wissenschaften und Künste, in alphabetischer Folge. Herausgegeben von J. S. Ersch und J. G. Gruber. Th. I. 1818. Th. II. 1819. Th. III. 1820. gr. 4. mit Kupferstichen und Landcharten. Auch gehört hieher: Allgemeine teutsche Real-Encyclopädie, oder Conversations-Lexicon. Fünfte Auflage. Bd. I–X. Leipzig 1818 u. 1819. 8. Bd. XI u. XII (Zusätze), ebendas. 1822.

IX. CAPITEL.

WERKE FÜR GESCHICHTE UND ERLÄUTERUNG DER STAATSVERTRÄGE. (§. 35*.)

1) Préliminaires des traités faits entre les rois de France et tous les princes de l'Europe, depuis le règne de Charles VII; par Mr. Amelot de la Houssaye. à Paris 1692. 8. Steht auch vor dem oben, §. 12, angeführten Recueil des traités, par Leonard.

2) (Jean-Yves de Saint-Priest) Histoire des traités de paix et autres négociations du XVIIIe siècle, depuis la paix de Vervins jusqu'à la paix de Nimègue (1597 — 1679). à Amsterd. 1735. T. I et II. fol.

Dieses Werk befindet sich auch, als 14. Band, bei Du Mont's Corps diplomatique universel (§. 6). Eine frühere Ausgabe erschien unter demselben Titel, doch vielleicht weniger ausführlich, zu Amsterdam 1725, in zwei Bänden in Fol. Der Verfasser war Secretär des Staatsministers von Torcy; daher hielten manche diesen für den eigentlichen Verfasser. St. Priest schrieb dasselbe für den Unterricht der Zöglinge der *Académie politique*, welche Torcy errichtet hatte.

3) Histoire des anciens traités (depuis 1496 avant J. C. jusqu'en 813 de l'ère chrétienne); par Mr. Barbeyrac. à Amsterd. 1739. fol.

Dieses Werk befindet sich auch, als erster Band, in Rousset's Supplément au Corps universel diplomatique de Du Mont.

4) Joh. Jac. Schmauss Einleitung zu der Staatswissenschaft und Erläuterung des von ihm herausgegebenen Corporis juris gentium academici und aller andern seit mehr als zwei Seculis geschlossenen Bündnisse, Friedens- und Commercien-Tractate. Leipz. Th. I. 1741. Th. II. 1747. Zweite Ausg. 1760. gr. 8.

Umfaſst den Zeitraum von 1435 — 1740, und für die nordischen Reiche besonders, im ganzen 2. Theil, von 1700—1743.

5) Droit public de l'Europe fondé sur les traités; par l'abbé Gabr. Bonnot de Mably. à Paris 1747 (oder vielmehr im Anfang des Jahres 1748, wo diese Ausgabe in wenigen Monaten vergriffen war) 2 vol. in-12.

Nouvelle édition, avec des remarques historiques, politiques et critiques, par Mr. Rousset. à Amsterd. 1748. T. I et II. in-8°. — Deuxième édition, augmentée d'un troisième volume. 1748. T. I — III. 8. Nouvelle édition, augmentée des principes de négociations, pour servir d'introduction à cet ouvrage (par M. de Mably). à Amsterd. et à Leipsig 1761. T. I et II. 8. — Troisième édition, continuée par l'auteur jusqu'à 1763. à Genève (Paris) 1764. T. I—III. 8. — Quatrième édit. ibid. 1768. in-8°. Die Zusätze und Verbesserungen erschienen auch als dritter Theil der amsterdamer Ausgabe von 1761. — Cinquième édition, continuée jusqu'en 1773, avec la plupart des remarques de Rousset, et avec les principes de négociations de Mably, à Amsterd. et Leipsig 1773, T. I—III, 8.; neue Aufl. ibid. 1777. 8.; desgleichen à Genève 1776, T. I — III, 8 u. 1792, 8. — Auch in den Oeuvres complètes de Mably, édit. de Lyon 1792, T. I et II, 8.; desgleichen in der unter dem Druckort London, aber zu Paris, erschienenen Ausgabe von 1789, in 13 OctavBänden, und in der pariser Ausgabe von Arnoux, 1794 u. 1795 (in 15 OctavBänden), T. VI - VIII; und in der neuesten édition, augmentée de 3 volumes d'œuvres posthumes, à Paris 1821, XV volumes, 8.

Teutsch übersetzt, unter diesem Titel: Das Staatsrecht von Europa. Frankf. 1749. 8.

6) Résultats des guerres, des négociations et des traités qui ont précédé et suivi la coalition contre la France, pour servir de supplément au droit public de l'Europe de Mably; par Arnould. à Paris T. I. 1803. 8.

Verbreitet sich über den Zeitraum von 1763 bis 1795, aber in der Manier sehr verschieden von Mably.

7) C. F. Hempel's allgemeines Staatsrechts-Lexicon; man s. oben, §. 8 u. 34.

8) Kurze Untersuchung der vornehmsten im 17. Jahrhundert geschlossenen Allianzen, Bündnisse und Verträge. Berlin 1758. 4.

Verbreitet sich über 105 Staatsverträge, ältere und neuere.

9) Abrégé de l'histoire des traités de paix entre les puissances de l'Europe, depuis la paix de Westphalie; par Mr. (Christophe-Guillaume) Koch. à Bâle, T. I et II. 1796; T. III et IV. 1797. gr. 8.

Der am 25. Oct. 1813 verstorbene Verfasser, hatte einen fünften Band versprochen. Eine neue Ausgabe, worin das Werk bis in das J. 1815 fortgesetzt wird, erschien unter folgendem Titel:

10) Histoire abrégée des traités de paix entre les puissances de l'Europe, depuis la paix de Westphalie, par feu M. de Koch; ouvrage entièrement refondu, augmenté et continué jusqu'au congrès de Vienne et aux traités de Paris de 1815, par Fréd. Schoell. à Paris 1817 et 1818. T. I—XV. gr. 8.

11) C. D. Voss Geist der merkwürdigsten Bündnisse und Friedensschlüsse des 18. Jahrhunderts. Gera 1801—1802. Th. I—V. gr. 8.

Eine Fortsetzung dieses Werkes, für das 19. Jahrhundert, erschien unter folgendem Titel:

12) C. D. Voss Geist der merkw. Bündnisse etc. des 19. Jahrhunderts. Th. I u. II. Gera 1803 u. 1804. gr. 8. Diese beiden Bände bilden zugleich, mittelst eines besondern Titelblattes, den 6. und 7. Band des Werkes Num. 11.

X. CAPITEL.

HISTORISCHE MEMOIRES, (§. 35 b.)

insonderheit über Staatsverhandlungen.

Unter vorstehender Benennung versteht man nicht nur Geschichten diplomatischer Unterhandlungen, sondern auch Sammlungen von amtlichen Aufsätzen diplomatischer Agenten, von Noten, Memoiren, Berichten, Briefen, u. s. w. Ausser den

oben (§. 25) angemeldeten Sammlungen für Verhandlungen eines einzelnen Friedens- oder andern Congresses, sind hier folgende Schriften zu bemerken.

I. ABSCHNITT.

(§. 36.) HISTORISCHE MEMOIRES, IN EIGENEN HIEZU BESTIMMTEN SAMMLUNGEN.

1) Collection universelle des Mémoires particuliers relatifs à l'Histoire de France. à Londres, et se trouve à Paris, 1785—1791, T. I—LXV. gr. 8. Ward fortgesetzt in Teutschland, aber unter dem Druckort Paris, im J. 1806, bis zu dem Anfang des 17. Jahrhunderts, T. LXVI—LXVIII. Ein grofser Theil dieser Sammlung steht, teutsch übersetzt, in nachstehender Schillerischen Sammlung.

2) Friedr. Schiller's allgemeine Sammlung historischer Memoiren, vom 12. Jahrhundert bis auf die neuesten Zeiten, durch mehrere Verfasser übersetzt und jedesmal mit einer universalhistorischen Uebersicht versehen. Jena 1790—1803. I. Abtheilung, Bd. I—IV. II. Abtheilung, Bd. I - XXVI. 8. Diese Sammlung erstreckt sich bis in die Zeit des Herzogs Regenten von Orleans.

3) Collection complète des Mémoires relatifs à l'Histoire de France, depuis le règne de Philippe-Auguste jusqu'au commencement du 17e siècle; avec des Notices sur chaque auteur et des Observations sur chaque ouvrage, par M. Petitot. à Paris, depuis 1820, in-8°. (Diese Sammlung, die man als Ergänzung und Fortsetzung der oben unter Num. 1 angeführten betrachten kann, soll ungefähr 42 Bände stark werden. Bis in den Febr. 1821, waren 26 Bände erschienen.)

4) Collection des Mémoires relatifs à l'Histoire de France, depuis l'avénement de Henri IV, jusqu'à la paix de Paris, conclue en 1763; avec des Notices sur chaque auteur, et des Observations sur chaque ouvrage, par M. Petitot. à Paris, depuis 1821, in-8°. (Diese Sammlung, die man ebenfalls als Fortsetzung der unter Num. 1 angeführten, und als zweite Folge (Seconde Série) der nächstvorhergehenden betrachten kann, soll ungefähr 40 Bände stark werden. Bis in den Febr. 1821, waren acht Bände erschienen. Unter andern, wird sie enthalten die in dem folgenden §. angeführten Werke von Bassompierre

(mémoires), Brienne, Jeannin, Richelieu (mémoires), Sully, und Torcy.)

II. ABSCHNITT.

HISTORISCHE MEMOIRES, DIE EINZELN ERSCHIENEN SIND. (§. 37.)

Ausser vielen andern historischen Memoiren, meist ungenannter Verfasser, deren in der Staatengeschichte erwähnt wird, sind hier folgende, alphabetisch nach den Namen der Verfasser oder Herausgeber geordnet, zu bemerken.

1) Amelot, man s. unten Ossat.

2) Angoulême (Charles de Valois, duc d'-, comte de Béthune et de Préaux-Châteauneuf), ambassade extraordinaire en 1620; avec les observations politiques de M. de Béthune, employé à cette ambassade; le tout publié par Henri de Béthune. Paris 1667. fol.

3) Arlington (comte d') lettres. à Utrecht 1701. 8. (Flassan hist. de la diplomatie franç., III. 589.)

4) Arnauld (Henry) négociations à la cour de Rome. 1748. T. I – V. 8.

5) Avaux (N. de Mesmes, comte d') Mémoires touchant les négociations du traité de paix fait à Munster en 1648. à Cologne 1648. 12. (Flassan hist. de la diplomatie franç., III. 65. 73. 110 et suiv. 117. 155 — 158. 188.)

6) Lettres de Messieurs d'Avaux (N. de Mesmes, comte d') et Servien, ambassadeurs en Allemagne. 1650. 8.

7) Avaux (Jean-Antoine de Mesmes, comte d'-, neveu du précédent) négociations en Hollande, depuis 1679 – 1688. à Paris T. I — III. 1752. T. IV — VI. 1753. 8. (Flassan l. c. III. 429. IV. 166. 171.)

8) Bassompierre (maréchal de) ambassades (en Espagne l'an 1621, en Suisse l'an 1625, en Angleterre l'an 1626). à Cologne 1668. vol. I — IV. in kl. 12.

Aus der Elzevirischen Buchdruckerei. Die Geschichte jeder Ambassade ist auch unter einem besondern Titel erschienen; diejenige in der Schweiz in zwei DuodezBänden, und eine neue Ausgabe zu Cöln 1744, zwei Bände in 12. (Flassan l. c. II. 344. 382. 409. 432.)

9) Mémoires du maréchal de BASSOMPIERRE. à Cologne 1665, 3 vol. 12. Amsterd. 1692. Cologne (Rouen) 1703. 2 vol. 12.

10) Nouveaux mémoires du maréchal de BASSOMPIERRE, recueillis par le président HÉNAULT. à Paris 1802. 8.

11) BELLIÈVRE et SILLERY (MM. de) mémoires sur la paix de Vervins. à Paris 1660. Ibid. 1677. T. I et II. 8. à la Haye 1696. T. I et II. 8. à Paris 1700. à la Haye 1725. 2 vol. 12. (FLASSAN l. c. II. 115. 178.)

12) BÉTHUNE, man s. ANGOULÊME et SULLY.

13) BIGNON du congrès de Troppau. Paris 1821. 8. Uebersetzt in das Teutsche und Spanische, in demselben Jahr.

14) BODERIE (de la) ambassades en Angleterre, sous le règne de Henry IV et de la minorité de Louis XIII, depuis 1606 jusqu'en 1611 (publiées par Paul-Denis BURTIN). à Paris 1750. T. I—V. 8. (FLASSAN l. c. II. 302.)

15) BRIENNE (Henri-Auguste de Loménie, comte de) mémoires (depuis 1613—1661). à Amsterd. 1719. T. I—III. 12. (FLASSAN, l. c. III. 88. 189. 293).

16) BUONAPARTE, Louis (de St. Leu), ex-roi de Hollande, documens historiques et réflexions sur le gouvernement de la Hollande. Vol. I—III. à Londres 1820. gr. 8. Auch teutsch: Denkwürdigkeiten Ludwig BONAPARTE's, u. s. w. Dresd. 1820. gr. 8.

17) BUONAPARTE, Napoléon, Correspondance inédite, officielle et confidentielle de Buonaparte avec les cabinets des cours étrangères, le directoire exécutif, les généraux employés sous ses ordres, les princes, et les ministres français et étrangers, etc. en Italie, en Allemagne, et en Egypte. Paris T. Ier 1819. 8.

Ebendess. Oeuvres complètes. Stuttgart, T. I. 1821. 8.

Auch folgende Schriften werden, wenigstens ihrem wesentlichen Inhalt nach, dem ExKaiser Napoleon zugeschrieben.

a) Manuscrit venu de Sainte-Hélène. à Londres 1817. 8.

b) Maximes et pensées du prisonnier de Ste-Hélène; manuscrit trouvé dans les papiers de LAS-CASES; traduit de l'anglais. 1820. 8.

c) Mémoires de Nap. Buonaparte; manuscrit venu de Ste-Hélène. Paris 1821. 18.

18) CARLETON's (Sir Dudley) Letters during his embassy in Holland (1616—1620). London 1757. 4. Eine französische Uebersetzung, unter folgendem Titel: CARLETON (chev. de, ambas-

sadeur de Jaques I[er], roi d'Angleterre) lettres, mémoires et négociations. à Leyde 1759. T. I—III. 12.

19) Chanut (ambassadeur du roi de Suède en France) mémoires. à Cologne 1667. T. I—III. 12.

20) Chateauneuf, man s. Angoulême.

21) Chouppes (marquis de) mémoires (1625—1663). à Paris 1753. T. I et II. 12.

22) Cole, Memoirs of affairs of state, containing letters written by Ministers employed in foreign negociations (1697—1708), published by Chr. Cole. Lond. 1733. fol.

23) Dohm's (Christian Wilh. v.) Denkwürdigkeiten meiner Zeit, oder Beyträge zur Geschichte vom letzten Viertel des 18. und vom Anfange des 19. Jahrhunderts, 1778—1806. Lemgo u. Hannover Bd. I. 1814. II. 1815. III. 1818. 8. IV u. V. 1819.

Dossat, s. Ossat.

24) Éon de Beaumont (chevalier de) lettres, mémoires et négociations. à la Haye 1764. 4., auch in 8. (Flassan l. c. VI. 110. 552. 599.)

Dawider sehe man Examen des mémoires du chev. d'Éon de Beaumont. Ibid. eod. Vergl. Moser's Beyträge zu dem europ. Völkerrecht, Th. IV, S. 282 ff.

25) Estrades (comte d') ambassades et négociations en Italie, Angleterre et Hollande, depuis 1637 jusqu'en 1662. à Amsterd. 1718. 8.

26) *Ebendesselben* lettres, mémoires et négociations (1663—1668). à Bruxelles 1709. T. I—V. 8. Amsterd. 1718. 12. Nouv. édit., dans laquelle on a rétabli tout ce qui avoit été supprimé dans les précédentes. Londres 1743. T. I—IX. 12. (Flassan l. c. III. 43. 343. 428.

27) Feuquières (marquis de) lettres et négociations. Amsterd. 1753. T. I—III. 8.

28) Franklin's (Benjamin, Ministre plenipotentiary from the United States of America, at the Court of France, and for the treaty of peace and independance with Great-Britain) Memoirs of the life and writings etc.; written to himself to a late period, and continued tho the time of his death, by his Grandison, William Temple Franklin. Comprising the private Correspondence and public Negociations of D[r] Franklin,

and a selection from his political, philosophical, and miscellaneons works. London. Vol. I. 1818. II. 1817. III. 1818. gr. 4.

29) Görtz (comte Eustache de) mémoire historique de la négociation en 1778, pour la succession de la Bavière. à Francf. 1812. 12.

30) Gourville, mémoires (de 1643 — 1698). Paris 1724. 2 vol. in 12. Amsterd. (Paris) 1782. 2 vol. in 12. (Flassan l. c. III. 363.)

31) Grammont (maréchal de) mémoires. Amsterd. 1717. 2 vol. 12.

32) Harrach (comte de) mémoires, par Mr. de la Torre. à la Haye 1720. T. I et II. 12. ibid. 1735.

33) Jeannin (président, Pierre) négociations. à Paris 1651. fol. Ibid. 1653. fol. Ibid. 1656. fol. à Amsterd. 1695. T. I—IV. 8. (Flassan l. c. II. 206. 156. 352.)

34) The Memoirs of John Ker of Kersland, containing his secret Negociations in Scotland, England, the Courts of Vienna, Hannover etc., published by himself. Lond. 1726. 3 vol. in 8. Eine französische Uebersetzung, zu Rotterdam 1726 — 1728. 3 vol. 8., und eine teutsche, zu Hamburg . . . . . 4.

35) Klüber's (J. L.) Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des wiener Congresses. Abth. I, II u. III. Frankf. 1816. 8.

36) Mazarin (cardinal) lettres, où l'on voit le secret de la négociation de la paix des Pyrénées. Amsterd. 1690. 12. Nouv. édit., augmentée de plus de 50 lettres. ibid. 1745. T. I et II. 8. (Flassan l. c. II. 432. III. 87. 231. 241. 244. 252.)

37) Montgon (abbé de) mémoires (1725 — 1731), Nouv. édit., augmentée, à Lausanne 1750 et suiv. T. I — VIII. 12.

38) Noailles (Antoine, François et Gilles de) ambassades en Angleterre (sous les règnes de Henri II, de François II, de Charles IX, et de Henri III), rédigées par l'abbé de Vertot (et publiées par Dom Antoine-Joseph Pernety). Paris 1763. vol. I — V. 12. (Flassan l. c. II. 34. 83. 167.)

39) Ossat (ou Dossat, Arnauld, cardinal d') lettres (1594—1604). Paris 1627. fol. Ibid. 1641. fol., et avec des notes de Mr. Amelot de la Houssaye. Paris 1697. T. I et II. 4. Amsterd. 1708. T. I — V. 12. Ibid. 1732. T. I — V. 8. (Flassan l. c. II. 119. 152. 194. 230.)

40) Perron (cardinal Jaques Davy du) ambassades et négocia-

tions depuis 1590 jusqu'en 1618; recueillies par César de LIGNY. Paris 1623. fol. Ibid. 1629, 1633, 1645 et 1715. fol. (FLASSAN l. c. II. 150.)

41) PRADT, Dominique de, ancien archevêque de Malines:

a) Histoire de l'ambassade dans le grand-duché de Varsovie. à Paris 1814. 8.

b) Du congrès de Vienne. T. Ier et II. Paris 1815. gr. 8.

c) Le congrès de Carlsbad (en 1819). Première et seconde partie. à Paris 1819. 8. Nouv. édit., avec un appendice etc. ibid. 1820. 8.

d) L'Europe après le congrès d'Aix-la-Chapelle, faisant suite au congrès de Vienne. Paris 1819. 8.

e) L'Europe et l'Amérique, depuis le congrès d'Aix-la-Chapelle. à Paris 1821. 2 vol. 8.

f) De la Belgique, depuis 1787 jusqu'en 1794. à Paris 1820. 8.

g) Mémoires historiques sur la révolution d'Espagne. à Paris 1816. 8.

h) De la révolution actuelle de l'Espagne et de ses suites. Paris 1820. 8. Teutsch übersetzt, Leipz. 1820. 8.

i) Les trois âges des Colonies. à Paris 1800. 8.

k) Des colonies et de la révolution actuelle de l'Amérique. à Paris . . . . 8.

l) Les quatre Concordats, etc. T. I—III. à Paris 1815. 8. (Man s. oben, §. 31, Note c.)

m) L'antidote au congrès de Rastadt. à Paris 1798. 8. (Anonym.)

n) La Prusse et sa neutralité. à Paris 1799. 8.

42) RICHELIEU (Armand du Plessis, cardinal, duc de) lettres; où l'on a joint des mémoires et instructions secrètes de ce ministre pour les ambassadeurs de France en diverses cours. à Paris 1696. 2 vol. 12. (FLASSAN l. c. II. 318. 367. 424. III. 79. 244. 254.) Histoire du ministère du cardinal de Richelieu; par A. JAY. Paris 1815. 2 vol. 8.

43) RICHELIEU (maréchal, duc de) mémoires. à Londres, Marseille et Paris 1790. T. I—IV. gr. 8. (FLASSAN. V. 20.)

44) RUSDORF (Jo. a) consilia et negotia politica. Francof. 1725. fol.

45) RUSDORF (de) mémoires et négociations secrètes, rédigées par

E. G. Cuhn. à Leipsig 1789. T. I et II. 8. Und teutsch, ebendas. 1789, 2 Bände in gr. 8.

46) Sillery, man s. Bellièvre.

47) Sully (Maxim. de Béthune, duc de) œconomies royales, ou mémoires d'estat, domestiques, politiques et militaires de Henry le Grand (1570–1611). T. I et II. Amsterd. (avant 1649) T. III et IV. Paris 1662. fol. Amsterd. (Trevoux) 1725. T. I et II. 12. Londres (Paris) avec des remarques par de l'Ecluse. 1745 und 1747. T. I–III. 4. avec fig., auch in 8 Bänden in 12. (Diese letzte Ausgabe hat der Abbé de l'Ecluse des Loges modernisirt und in andere Ordnung gebracht.) Londres 1778. T. I–X. gr. 12. Liège 1688. vol. I–X. 8. Diese Mémoires sind von verschiedenen Personen zusammengetragen; es ist also Sully nicht unmittelbarer Urheber der Sammlung. Vergl. oben, §. 36, n. 4.

Teutsch übersetzt, Zürich 1783–1785. Th. I–VII. in 8. — Der Abbé Baudeau wollte den OriginalText mit politischen u. kritischen Anmerkungen herausgeben; es erschien aber nur der erste Theil in zwei Bänden, zu Paris 1775.

48) Temple (chevalier de) lettres. à la Haye 1700. 12. (Flassan l. c. III. 353. 429. 432.)

49) Torcy (de) mémoires pour servir à l'histoire des négociations depuis le traité de paix de Ryswik jusqu'à la paix d'Utrecht. à Londres 1757. T. I–III. 8. à la Haye (Paris) 1758. T. I–III. 12. Londres T. I–IV. 12. (Diese Memoires waren zuerst ohne Namen des Verfassers erschienen, in Frankreich. Flassan l. c. IV. 138. 174. 412 et suiv.)

50) Torre (de la) mémoires et négociations secrètes de diverses cours de l'Europe. à la Haye 1721. T. I–V. 8.

51) Valori (marquis de) mémoires des négociations; accompagnés d'un Recueil de lettres de Frédéric-le-Grand, des Princes ses frères, etc., et précédés d'une Notice historique sur la vie de l'auteur, par le comte H. de Valori. T. I et II. Paris 1820. 8. (Der Verf. war französischer Gesandter am berliner Hofe, von 1739–1757.)

52) Walpole's (Robert) Memoirs, by William Coxe. Lond. 1798. T. I–III. 4.

53) Walpole's (Horatio Lord) Memoirs, selected from this correspondence and papers, and connected with the history of the times, from 1678 to 1757. By William Coxe. London

1802. 4. Second édition, corrected and enlarged. Vol. I and II, ibid. 1808. gr. 8. Third edition, ibid. 1820. gr. 8.

54) Walsingham (François) mémoires et instructions pour les ambassadeurs ou lettres et négociations. Traduits de l'anglais par Louis Boulesteis de la Contie. Amsterd. 1700. 4. Seconde édit. ibid. 1717. T. I—IV. 12. (Flassan l. c. II. 81.)

55) Witt (Jean de) lettres et négociations. Amsterd. 1725. T. I—V. 8. (Flassan l. c. III. 374.)

XI. CAPITEL.

WERKE

für die Geschichte der neuern Welthändel,

und

POLITISCHE ZEITSCHRIFTEN.

I. ABSCHNITT.

POLITISCHE GESCHICHTE DER NEUERN ZEIT. (§. 38.)

1) L. T. Spittler's Entwurf der Geschichte der europäischen Staaten. Goettingen 1793. 8. Zweiter unveränderter Abdruck; mit einer Fortsetzung bis auf die neuesten Zeiten, von Ge. Sartorius. Berlin 1802. Th. I u. II. gr. 8.

2) J. G. Meusel's Anleitung zur Kenntnifs der europäischen Staatengeschichte. Leipz. 1775. gr. 8. Neue Auflagen, verbessert, fortgesetzt, u. vermehrt, 1782, 1788, 1800 u. 1816. gr. 8.

3) Mémoires pour servir à l'histoire de l'Europe depuis 1740 jusqu'à la paix d'Aix-la-Chapelle (par Mr. le baron de Spon?). Amsterd. 1749. T. I et II. 8. Ibid. 1752. T. I—III. 8.

4) (Maubert) Histoire politique du siècle, — — depuis la paix de Westphalie jusqu'à la dernière paix d'Aix-la-Chapelle inclusivement, avec le précis de tous les traités négociés entre les cours depuis cent ans. Londres T. I. 1754. T. II. 1755. 8. Der erste Theil, welcher bis 1699 reicht, erschien vermehrt zu London 1757. 4., zu Leipzig 1758. gr. 8., und, teutsch übersetzt, ebendas. 1758. gr. 8.

5) Gottfr. Achenwall's Entwurf der allgemeinen europäischen Staatshändel des 17. u. 18. Jahrhunderts. Goettingen 1756. 8.

Neue Auflagen erschienen in den Jahren 1761, 1767 u. 1779. gr. 8.

6) Joh. Christoph Adelung's pragmatische Staatsgeschichte Europens von dem Ableben Kaiser Carls VI. an. Gotha 1762 — 1769. Bd. I—IX. 4.

7) Adr. Kluit primae lineae Collegii diplomatico-historico-politici, quae sistunt jus pristinum Belgarum sub Principibus historice enarratum. Lugd. Bat. 1780. 8.

8) Joh. Ge. Büsch Grundriſs der merkwürdigsten Welthändel neuerer Zeit (seit 1440). Hamburg 1781.

Neue Auflagen, fortgesetzt bis auf ihre Zeit, erschienen 1783 u. 1796; die vierte, fortgesetzt von 1796 bis 1810, von G. G. Bredow, ebendas. 1810. gr. 8. Bredow's Fortsetzung wird auch besonders verkauft, unter folgendem Titel:

G. G. Bredow's Grundriſs einer Geschichte der merkwürdigsten Welthändel von 1796 bis 1810. Hamburg 1810. gr. 8.

9) Jul. Aug. Remer's Handbuch der neuen Geschichte, von der Kirchenverbesserung bis auf das Jahr 1799. Braunschw. 3. Auflage, 1799. 8.

10) M. C. Sprengel's Uebersicht der Geschichte des 18. Jahrhunderts. Th. I (1700—1713) Halle 1797. 8.

11) Jo. Gottfr. Eichhorn's Geschichte der drei letzten Jahrhunderte. Göttingen 1803 u. 1804. Bd. I—VI. 8. Dritte, verbesserte, und bis Ende 1816 fortgesetzte Auflage. Hannover 1817. 8.

12) *Ebendesselben* Neunzehntes Jahrhundert. Zur Ergänzung der beiden ersten Ausgaben seiner Geschichte der 3 letzten Jahrh. Hannov. 1817. 8.

13) G. G. Bredow's Chronik des 19. Jahrhunderts. Bd. I (1801 — 1803). Altona 180.. Zweite Auflage, 1808. Bd. II, (1804 u. 1805) ebendas. 1807. Bd. III, ausgearbeitet von C. Venturini, herausgegeben von G. G. Bredow (1806—1808), ebendas. 1809 u. 1810. gr. 8.

14) C. Venturini's Geschichte unserer Zeit. Leipz. Bd. I (Jahr 1809) 1811. Bd. II (Jahr 1810) 1812. Bd. XI (Jahr 1814) Altona 1817. gr. 8.

15) Fréd. Ancillon tableau des révolutions du systéme politique de l'Europe, depuis la fin du 15ème siècle. à Berlin 1803—1805.

T. I–IV. 8. Auch zu Paris 1806, in 7 Bänden in 8. Teutsch übersetzt von Friedr. MANN. Bd. I–III. Berlin 1804–1806. 8.

16) Tableau des révolutions de l'Europe, depuis le bouleversement de l'empire romain en Occident jusqu'à nos jours etc; par Mr. Ch. Guil. de KOCH. Paris 1807. T. I–III. 8. Nouv. édit., corrigée et augmentée; ibid. 1814. T. I–IV. 8. Manche Exemplare führen die Jahrzahl 1813. Der vierte Band ist auch besonders gedruckt, für die Besitzer der ersten Ausgabe. Eine teutsche Uebersetzung der ersten Ausgabe, von J. D. SANDER, erschien unter folgendem Titel:

Ch. W. KOCH's Gemälde der Revolutionen in Europa. Berlin 1807. Th. I–III. gr. 8.

17) A. H. L. HEEREN's Handbuch der Geschichte des europäischen Staaten-Systems und seiner Colonien. Goettingen 1809. 2. Auflage 1811. gr. 8. Auch französisch unter diesem Titel: Manuel historique du système politique des états de l'Europe et de leurs colonies, depuis la découverte des deux Indes; par M. HEEREN; traduit de l'allemand. Paris 1821. 8.

18) G. F. MARTENS Grundriſs einer diplomatischen Geschichte der europäischen Staatshändel und Friedensschlüsse, seit dem Ende des 15. Jahrhunderts bis zu dem Frieden von Amiens (1477–1802). Berlin 1807. 8.

19) Gottl. WAHRMUTH's neueste Zeitgeschichte seit dem Frieden von Lunéville (Febr. 1801–Dec. 1804). Straubing Bd. I. 1807. Bd. II. 1808. 8.

20) A. C. WEDEKIND's chronologisches Handbuch der neuern Geschichte, von 1740 bis 1807. Lüneb. 1808. 8. Zweiter Theil (1805–1815) 1817. 8.

21) Pragmatische Geschichte der europäischen Staaten, seit dem Anfang der französischen Revolution bis auf unsere Zeit (1789–1810). Herausgegeben von zwey weimarischen Gelehrten. Gotha 1810–1812. Bd. I–IV. 8. mit Bildnissen.

22) Leonh. v. DRESCH Uebersicht der allgemeinen politischen Geschichte, insbesondere Europens. Weimar Th. I u. II (ältere u. mittlere) 1816. Th. III (neuere Geschichte) 1815. 8.

23) G. G. UEBELEN Geist der neuern und neuesten Geschichte. Stuttgart 1815. 8.

24) Friedr. SAALFELD's allgemeine Geschichte der neuesten Zeit,

seit dem Anfang der französischen Revolution. Göttingen 1815 — 1821. Vier Bände. gr. 8.

25) *Ebendesselben* Geschichte Napoleon Buonaparte's, oder Grundrifs der Geschichte des neuesten europ. Staaten-Systems, von 1796—1815. In zwei Bänden. Zweite gänzlich umgearb. Aufl. Leipz. u. Altenb. 1817. 8.

26) Ueber die neuere Geschichte; Vorlesungen, gehalten zu Wien im J. 1810, von Friedr. Schlegel. Wien 1811. 8.

27) C. D. Voss das Jahrhundert Napoleon's I., seinen Haupt-Momenten nach. Leipz. 1811. 8.

28) K. H. L. Pölitz das Zeitalter Napoleon's. Leipz. 1813. gr. 8.

29) Fr. Buchholz Geschichte der europäischen Staaten seit dem Frieden von Wien (1809—1816). Berlin 181..—1817. 12. Auch unter dem Titel: Historisches Taschenbuch.

* * *

30) G. F. de Martens tableau diplomatique des relations des principales puissances de l'Europe, surtout par rapport aux possessions, au commerce, à la neutralité et aux alliances. Berlin 1801. 8.

Dieses Tableau ist zugleich der dritte Band von des Verfassers *Cours diplomatique*, ou tableau des relations extérieures des puissances de l'Europe, tant entre elles qu'avec d'autres dans les diverses parties du globe. à Berlin 1801. T. I—III. 8.

Die beiden ersten Bände dieses letzten Werkes, haben ebenfalls einen besondern Titel, nämlich: *Guide diplomatique* etc. T. I et II; §. 8.

G. F. de Martens ébauche d'un cours politique et diplomatique. Goettingue 1796. 8.

31) L. P. Anquetil motifs des guerres et des traités de paix de la France pendant le règne de Louis XIV, Louis XV et Louis XVI. Paris 1798. 8.

32) Motifs des guerres et des traités de paix de la France. Paris, an VI. 8.

33) Politique de tous les cabinets de l'Europe, pendant les règnes de Louis XV et de Louis XVI. (Par M. Favier.) Paris 1793. T. I et II. 8. Seconde édition, considérablement augmentée etc., par L. P. Segur l'ainé, ex-ambassadeur. à Paris 1801. T. I —III. 8. Troisième édition, avec beaucoup de notes et d'ob-

servation de l'éditeur. ibid. 1802. T. I—III. 8. (Flassan hist. de la diplomatie franç., I. 16 et suiv. VI. 53.)

34) Tableau analytique de la Diplomatie française, depuis la minorité de Louis XIII jusqu'à la paix d'Amiens; par Ferd. A. Bayard. Paris T. I. 1804. T. II. 1805. 8.

35) Histoire générale et raisonnée de la Diplomatie française, ou de la Politique de la France, depuis la fondation de la monarchie française jusqu'à la fin du règne de Louis XVI (10 août 1792); avec des tables chronologiques de tous les traités conclus par la France; par M. de Flassan. Paris et Strasb. 1809. T. I—VI. 8. Nouv. édition, corrigée et augmentée (de la valeur d'un volume); ibid. 1811. T. I—VII. gr. 8.

Ermächtigt und aufgemuntert von Napoleon, hat der Verfasser aus amtlichen Quellen geschöpft. Dennoch ward er genöthigt, zu den sechs Bänden der ersten Auflage, *zwei und dreissig* Cartons drucken zu lassen, um folgende Seiten neu auszufüllen: Th. I, S. 1—12, 17—22, u. 33—36, den ganzen vierten Bogen, die Seiten 87, 88, 107, 108, 217 u. 218; Th. II, S. 281 u. 282; Th. III, S. 95 u. 96; Th. IV, S. 201, 202, 297, 298, 343—346; Th. V, S. 307 u. 308; Th. VI, S. 89, 90, 145, 146, 263 u. 264. (In seinem Discours préliminaire, I. 41, kündigt der Verfasser ein besonderes, schon ausgearbeitetes, Werk an, welches mit dem 10. Aug. 1792 anfängt, und bis an das Ende der Regierung Napoleon's reicht.)

Zu obigem Werk gehört desselben Verfassers: Apologie de la Diplomatie française etc., par l'auteur de la Dipl. fr. Paris 1812. 8.

Das Hauptwerk erschien in einem Auszug, teutsch, unter folgendem Titel: Flassan's Frankreichs Friedensgeschichte unter den drey ersten Dynastien, nach dem Französischen (der 2. Ausgabe) bearbeitet von Ernst Gr. v. Benzel-Sternau. Frankf. Bd. I. 1813. Bd. II u. III. 1815. gr. 8.

36) Histoire de la politique des puissances de l'Europe, depuis le commencement de la révolution française jusqu'au congrès de Vienne; par Mr. le comte de Paoli-Chagny. Paris 1817. T. I—IV. gr. 8.

37) Hr. Leckie, ein Irländer, liefs in englischer Sprache, zu London 1812, eine historische Uebersicht der auswärtigen Verhältnisse Grofsbritanniens drucken.

38) Zu dieser Classe gehören auch die Werke von Schmauss, Mably, Arnould, Hempel, Koch, Schoell, und Voss, welche oben, §. 35, angezeigt sind, so wie die Historia federum Belgii federati von Kluit, oben §. 15, Num. 4.

II. ABSCHNITT.

§. 39.) POLITISCHE ZEITSCHRIFTEN.

1) Theatrum europaeum, oder Beschreibung aller denkwürdigen Geschichten (1617—1718). Frankf. 1635—1738. Th. I—XXI. fol.

2) Diarium europaeum, oder kurze Beschreibung denkwürdigster Sachen (1657—1681). Frankf. 1659—1683. Th. I—XLV. 4.

3) Monatlicher Staatsspiegel. Augsburg 1698—1709. Bd. I—XXI. 8.

4) Neu eröffneter Staatsspiegel. Haag (Leipz.) 1710—1716. Th. I—VIII. 8.

5) Allgemeine Schaubühne der Welt (1601—1688). Frankf. 1699—1731. fol.

6) Die europäische Fama. Leipz. 1702—1734. Th. I-CCCLX, oder XXX Bände. 8.

7) Die neue europäische Fama. Leipz. 1735—1756. Th. I—CXCII, oder XII Bände. 8.

8) Europäischer Staats-Secretarius. Leipz. 1734—1748. Th. I—CXLIV, oder XII Bände. 8.

9) Neuer europäischer Staats-Secretarius. Leipz. 1749—1755. Th. I—LX, oder V Bände. 8.

10) Der genealogische Archivarius (von Mich. Ranft). Leipz. 1732—1738. Th. I—L, oder VIII Bände. 8.

11) Vorstehendes Werk ward fortgesetzt, unter folgenden Titeln:
   a) Genealogisch-historische Nachrichten. Leipz. 1739—1750. Th. I—CXLV, oder XII Bände. 8.
   b) Neue genealogische Nachrichten. Leipz. 1750—1762. Th. I—CLX, oder XIII Bände. 8.
   c) Fortgesetzte neue genealogische Nachrichten. Leipz. 1762—1777. Th. I—CLXVIII, oder XIV Bände. 8.

12) A. L. Schlözer's Briefwechsel. Göttingen, 1772 u. ff. Bd. I—X. gr. 8. Vierte Aufl. 1780 ff.

13) *Eben-*

13) *Ebendesselben* Staatsanzeigen. Göttingen 1781—1794. Bd. I—XVIII. gr. 8.

14) Die neuesten Staatsbegebenheiten (von H. M. G. Köster). Frankf. 1776—1782. Th. I—VII. 8.

15) Politisches Journal (von G. B. von Schirach, und nach dessen Tode, seit 1804 oder 1805, von seinem Sohn). Dieses Journal erscheint, seit 1781, fortwährend zu Hamburg monatlich in einem Heft. Sechs Hefte machen einen Band.

16) Niederelbisches Magazin (von A. Wittenberg). Hamburg 1787—1795, monatlich ein Heft, deren sechs einen Band machen, in 8. Seit 1789 führt dieses Journal folgenden Titel: „Historisches Magazin".

17) Politische Nummern. Frankf. 1785—.... 8.

18) E. L. Posselt's europäische Annalen. Tübingen, seit 1795, ein Heft monatlich, gr. 8. Ward auch nach Posselt's im J. 1804 erfolgtem Tod fortgesetzt, von verschiedenen Herausgebern, bis zu dem J. 1821, wo Murhard's politische Annalen an dessen Stelle traten. Man s. unten, Num. 31.

19) C. F. Häberlin's Staatsarchiv. Helmst. 1796—1808. Heft I—LXII. gr. 8.

20) J. W. v. Archenholz Minerva. Erscheint, seit 1792, in monatlichen Heften, anfangs zu Berlin, dann zu Hamburg, hierauf zu Altona, in 8. Wird nach dem im J. 1812 erfolgten Tode des v. Archenholz, fortgesetzt von F. A. Bran.

21) Magazin der europäischen Staatsverhältnisse. 1797—.... 8.

22) Nic. Vogt's StaatsRelationen. Frankf. 1803 ff. 8.

23) C. D. Voss, die Zeiten, oder Archiv für die neueste Staatengeschichte und Politik. Leipz. 1805 ff. 8. Ward fortgesetzt, monatlich in einem Heft, bis zu des Verf. Tod, im April 1821.

24) Kronos, eine Zeitschrift, polit., histor. u. literär. Inhalts. Jena 1812, monatlich ein Heft in 8.

25) H. Luden's Nemesis, Zeitschrift für Politik u. Geschichte. Weimar 1814—1818. 12 Bände. 8.

26) F. Buchholz Journal für Teutschland, historisch-polit. Inhalts. Berlin 1815 ff. 8.

27) Ad. MÜLLER's deutsche Staatsanzeigen. Leipz. Bd. I. 1816. Bd. II. 1817. 8.

28) Der teutsche Bund; herausg. v. K. E. SCHMID. Hildburgh. 1816. Bd. I. 8.

29) Allgemeines Staatsverfassungs-Archiv. Weimar 1816 ff. 8.

30) J. L. KLÜBER's Staatsarchiv des teutschen Bundes. Erlang. 1816 u. 1817. Heft I—VI. 8.

31) Friedr. MURHARD's allgemeine politische Annalen. Diese Zeitschrift trat an die Stelle von POSSELT's europ. Annalen (oben Num. 18). Sie erscheint zu Stuttgart seit 1821, jährlich in zwölf bis sechzehn Heften, in gr. 8.

* * *

32) Le Mercure françois (1605 — 1644). Paris 1611 — 1648. Vol. I — XXV. 8.

33) L'espion dans les cours des princes chrétiens (1637 — 1682). Cologne 1696 — 1699. Vol. I — VI. 8. Edit. 6. à la Haye 1742. gr. 12.

34) Mercure historique et politique (novembre 1686 — 1782). Parme, puis à la Haye, 1686 et suiv. in 12. Bis 1787 sind mehr als 200 Bände erschienen.

35) Lettres historiques contenant ce qui s'est passé de plus important en Europe (depuis 1692—1745). à la Haye 1692—1745. in 12.

36) La clef du cabinet des princes de l'Europe. Luxembourg, dann zu Verdun, nachher zu Paris 1704. 8. (Noch im J. 1782, ward diese Zeitschrift fortgesetzt.)

37) Supplément de la clef du cabinet etc. Verdun 1713. Vol. I et II. 8.

38) Nouvelles, ou mémoires historiques, politiques et littéraires. à la Haye et à Amsterd. 1728 — 1731. Vol. I — XII. 12.

39) Etat politique de l'Europe. à la Haye 1738 — 1749. Vol. I—XIII. 8. Teutsch übersetzt, Dresden u. Leipzig 1740—1751. 13 vol. 8.

40) Le journal universel. à la Haye 1743 et suiv. Vol. I—XVIII. 12.

41) Minerve française. Diese politisch-literärische Zeitschrift trat im J. 1818 an die Stelle des *Mercure de France*, eines literärisch-belletristischen Journals, das zu Paris von 1672 bis zum J. 1813 in 1657 Theilen in 12., und in 110 Theilen in 8. erschien. Man s. Dictionnaire portatif de Bibliographie, par FOURNIER (Paris 1809. gr. 8.), p. 348 et suiv. Im J. 1814 ward dieser Mercure durch die damaligen Zeitereignisse auf kurze Zeit unterbrochen, dann aber, unter verschiedenen Herausgebern, fortgesetzt bis zu dem J. 1818, wo das Ministerium das Privilegium einzog. Nun trat an dessen Stelle die Minerve française, welche heftweise zu Paris erscheint, im J. 1820 in nahe an 15000 Exemplaren. Die acht Eigenthümer und Herausgeber sind: AIGNAN, Benj. CONSTANT, Ev. DUMOULIN, ÉTIENNE, A. JAY, E. JOUY, LACRETELLE, TISSOT. Den jährlichen reinen Ertrag für jeden, schätzte man 1820 auf 30,000 Franken.

42) Annuaire historique universel, pour 1818; avec un Appendice contenant les actes publics, traités, notes diplomatiques, papiers d'état, et tableaux statistiques etc., par C. L. LESUR. Paris 1819. in 8. — La continuation de cet ouvrage, pour 1819, ibid. 1820.

* * *

43) The moderate Intelligencer. Lond. 1645—1749. 4.

44) Historical Register. Lond. 1714—1738. 8.

45) The Annual Register, or a View of the History, Politic and Literature. London seit 1758, jährlich, 8.

* * *

46) Storia dell' anno. Amsterdam, puis à Venise, depuis 1731, in jedem Jahr ein Band in 8.

* * *

47) Hollandsche Mercurius. Harlem 1650—1690. T. I—VIII. 4.

48) Europische Mercurius. Amsterd. 1690—1756. T. I—LXVII. 4.

49) Nederlandsche Jaarboeken. Amsterd. 1747—1766. 8.

50) Nieuwe nederlandsche Jaarboeken. Amsterd. seit 1767. 8.

51) Jaarboeken der bataafschen Republiek. Amsterd. seit 1795. 8.

* * *

52) Die *politischen Zeitungen*, welche in den verschiedenen Staaten von Europa erscheinen. Ueber sie sehe man:

a) Joach. v. Schwarzkopf über Zeitungen. Frankf. 1795. 8.

b) *Ebenderselbe*, Ueber politische Zeitungen in mehrerern Staaten; in dem Literatur-Journal: Allgemeiner literärischer Anzeiger, 1800—1801.

ALPHABETISHES VERZEICHNISS

DERJENIGEN

SCHRIFTSTELLER,

DEREN WERKE IN DIESEM BUCH ANGEZEIGT ODER ANGEFÜHRT SIND.

1) Die Ziffern bezeichnen die *Paragraphen;* die Buchstaben a, b, c, u. s. w. beziehen sich auf *Noten* des Paragraphen. — 2) Steht ein S vor Ziffern, so deuten diese auf Paragraphen des *Anhangs* oder Supplements. — 3) Stehen dieselben Ziffern mehrmal hinter einander, so wird damit angezeigt, dafs in dem angegebenen Paragraphen *mehrere* Werke desselben Verfassers angeführt sind.

A.

Abegg 64.
Abreu 261. — S. 11.
Achenwall 7 c. 16. 26. 30 e. 38. 48. 176.
Ackermann, Guil., 254.
Adelung, J. Cph., 16. 43. 112 a. 211. — S. 3. 38.
Ahnert 90. 112 a. 169.
Albedyhl, bar., 303. — S. 24.
Alberti 14 e.
Amelot de la Houssaye, S. 35. 37.
Amsink 77.
Amstel, van, 287.
Ancillon, F., 16. 21 c. — S. 38.
Angoulême, duc d', S. 37.
Anquetil S. 38.
Archenholz, v., 42. 211 b. 291. — S. 3. 39.
Arlington S. 37.
Arnauld S. 37.
Arnault S. 3.
Arnould S. 35. 291.
Arnoux S. 35 *.
Arumaeus 211. (Zusätze).
Assoni, Gondon de, 16. 329. — S. 27.
Aster 7 f.
Auger S. 3.
Avaux, Jean-Antoine, comte d', S. 37. n° 7.

Avaux, N. comte d', S. 37 (n° 5 et 6).
Ayrer, G. H., 82 f. 239. 243.
Azuni 291. 292.

B.

Bachov ab Echt 70 d.
Back, de, 92. Zusätze.
Bacquet 82.
Banniza, J. P., 282.
Barbeyrac, J., 13. 14 h et i. 169. — S. 1. 27. 27. 35.
Barbier S. 34.
Barrère 173.
Bartoldi 279.
Bassompierre, de, S. 37 (n° 8 — 10).
Batheney 8.
Baudeau S. 37, unter Sully.
Bauer, J. Godofr., 54. 234 d.
Baur S. 3.
Bayard S. 38.
Bayle S. 34.
Beaumont, voyez Éon.
Beck, C. A., 31 e. 112 a.
Beck, Jo. Jod., 74 d.
Becmann, Nic., 14 e.
Behmer, Frid., 82 e. 260 a. 291.
Behr 7 c. 258 b.
Bellegarde 168 a.
Bellièvre, de, S. 37.
Bensen 112 a.
Benzel-Sternau, Gr. v., S. 38.
Berg, v., 28.
Bergk 329.
Berkhovt 169. Zusätze.
Bernard, J., 14 h. 321. — S. 6,
Berreyere 291.
Bertodano S. 11.
Béthune S. 37. 37.
Beulwitz, G. F. de, 269.
Beust, J. E. v., 244.
Biedermann 8.
Bielfeld, de, 21 c. 90. 169.
Biener, C. G., 249 f. 257.
Bignon S. 37.
Bischof 112 a.
Boderie, de la, S. 37.
Boeckelen, C. O. van, 143.
Boecler 164 a.
Boehmer, G. L., 61. 69 d. 135 b.
Boehmer, J. H., 215.
Boehmer, J. S. F., 77 d.
Boekelmann 240.
Boetselaer, Rutger van, 208.
Boërius 180.
Bonaparte S. 37.
Bonde, L. B. de, 287.
Bonhöfer 75.
Borel 173.
Bornemann, M. H., 293. 293.
Bose, Jo. Jac., 253.
Bouchaud 132 a. 150.
Bougeant 162.
Boulesteis, de la Contie, S. 37.
Bran S. 39.
Bredow, G. G., 12. 16 f. 42. — S. 38. 38.
Brenles, Clavel a, 211 a.
Brequigny S. 12.
Bret, le, 203.
Breuning 126 c. 156. 164 a. 228 d.
Brienne, comte de, S. 37.
Brillon 175 e.
Brissonius 322.
Brown, Arthur, 295.
Bruckner, W. H. 266.

Brunet, J. Ch., fils S. 2.
Bucher, J. P. 234 e.
Buchholz, Friedr., 42. — S. 3. 38.
Buddeus, Joh. Franz, S. 34.
Buder, C. G., 24. 39. 49. 131 c. 137.
Bülow, H. de, 7 f.
Bülow, de, 259 e.
Bülow, de, et Hagemann 76 e.
Buonaparte, Louis, S. 37.
Buonaparte, Napoléon, S. 37.
Büsch, J. G., 12. 16 f. 70 d. 73 b. 77 b. 291. 291. 301.— S. 38.
Büsch u. Ebeling 69 d. 70 d.
Büsching 8. 33 e.
Burlamaqui, J. J., 3. 16 b et c. — S. 26 (n° 9—11). 27.
Burtin S. 37.
Bynkershoek, van, 120. 130. 209. 235 a. — S. 30.

C.

Cäsar, C. A., 279.
Caesarinus Fürstenerius 22.
Callières, de, 7 h. 168 b.
Camerer 77 d.
Canard 7 e.
Cancrin, F. C. v., 129. 131 b.
Canz 41.
Carl, Erzherzog von Oestreich, 7 f.
Carleton S. 37.
Carmon 212.
Casaregj 292.
Castéra 303.
Cau S. 15.
Chagni, Paoli, 329.
Chalmer S. 5. 13.
Chambrier S. 27.
Chanut S. 37.
Chapelier S. 30.
Chastelein 273.
Chateauneuf S. 37.
Chauffepié S. 34.
Chouppes, de, S. 37.
Cicero 258 b.
Clairac 292.
Claproth 60.
Clarke S. 13.
Claudius, G. C., 112 a.
Clausen S. 10.
Clavel a Brenles 211 a.
Clerc, le, S. 13.
Cleynmann 73 b.
Cobbet S. 26.
Cocceji, Henr. de, 157 e. 165 a. 202 a. 203 c. 234 e. 324. — S. 30.
Cocceji, Sam. de, 258 b.
Cölln 7 e.
Cole S. 37.
Colling 131 b.
Colom du Clos 112 a.
Condorcet S. 30.
Conradi, F. C., 8 f. 209.
Conring 132 a. 162.
Constant, Benj. de, 12. 30 a. 42 e. — S. 39.
Contie, s. Boulesteis.
Courvoisier S. 26.
Craig, J., 7 c.
Cramer, J. Ulr., 68.
Cras, Const., 142 h. 276.
Croix, de la, 30.
Croix, la, 264.
Croke 293.
Crome 7 d.
Crome et Jaux 2. 59 b.

Cronenfels S. 26.
Crusius, J. A., 92.
Cuhn S. 37.
Cunníga, Vera de, 7 h. 168 b.
Curne, de la Sainte-Palaye, 155 f.
Curtius, M. C., 30 b. 108 a. 110 f.
Czernin, comes de, S. 26.

D.

Dähnert S. 21.
Danckelmann, C. L. de, 142 h.
Danz 58.
Daries 41. 233. 234 e. 235 b. 317.
Delaulnaye 31.
Demme 329.
Deval S. 12.
Digeon 291.
Digges 7 h. 168 b.
Dithmar, J. C., 179. 234 f.
Dogiel S. 16.
Dohm, von, 30 b. — S. 20. 37.
Dominicus 291.
Dorn 177.
Dresch, L. de, 16. 30 a. 164 a. — S. 38.
Dresler 136 b.
Drouet S. 34.
Duck, Arth., 114 a.
Duclos S. 3.
Dürr 14 e.
Dümgé S. 24.
Dugour S. 27.
Du Mont 14 h. 90. — S. 6. 35.
Dumoulin S. 39.
Dupin 132 a. — S. 27.
Dupuis 31.
Duriche-Foulaines 295.
Dutens 7 e.

E.

Ebeling 234.
Eberhard 114 b. 165 a.
Ebert S. 12.
Eckhard 8 f.
Ecluse, de l', S. 37, unter Sully.
Egger 63 (Zusätze).
Eggers, C. U. D. v., 16 b et l. 83 b. 239. — S. 24. 26. 27.
Eichhorn, Joh. Gottfr., 16. — S. 3. 38.
Eisenberg 194.
Eisenhart, C. S., 142 h.
Elistranus 182.
Embser 329.
Emérigon 77. 131 b. 252.
Engelbrecht, C. J. C., 137.
Engelbrecht, Ge., 274.
Engelbrecht, J. A., 173 c. 292.
Engelbrecht, J. Guil., 230.
Éon de Beaumont, chev., 62 a. 82. 186 b. — S. 37.
Erhard, C. D., 157 a. — S. 30.
Ersch, J. S., S. 2. 34.
Esmenard 30 a.
Espeisses, d', 82.
Estrades, comte d', S. 37. 37.
Estor 193.
Étienne S. 39.
Euchel 329.
Euler 258 a.
Eyben, Huld. ab, 3 b.
Ewald, Joh., 264.

F.

Faber, Ant., S. 9.
Fabri, J. E., 8. — S. 4.
Fabricius 279.
Fagel, Henr., 145.
Fahnenberg, v., 291.
Fant S. 21.
Favier 168b (Zusätze). S. 38.
Feilitzsch, P. E. a, 238.
Felice, de, 16. — S. 27.
Feltz, J. H., 140.
Ferber 179.
Feſsmaier S. 4.
Feuerbach, A. v., 42e. 59b. 60a. 112.
Feuquières, de, 7f. — S. 37.
Fichte 165c. 235a. 329.
Finet 223.
Fischer, C. A., S. 24. 24.
Fischer, F. Cph. Jonath., 77. 249a.
Flassan, de, 12. 16. — S. 38. 12.
Fleischer, Guil., S. 2.
Formey S. 27.
Fournier S. 2.
Frank, P. A. de, 27.
Franckenstein, J. A., 110f. 266.
Franklin S. 37.
Franquesnay, Sarraz de, 7h. 168b.
Frédéric II. 111e.
Fredersdorf, L. F., 6.
Freitas 132a.
Fries 20.
Fürstenerius, Caesarinus, 49b.

G.

Gärtner, B. W., 104.
Gagern, de, 258b.
Galardi 169b.
Galiani 279.
Ganilh 7e.
Garve 145.
Gary 42.
Gaspari 8. 42.
Gatterer, J. C., 8b, d et e.
Gebauer S. 1.
Gebhardi 8. 94.
Gebhardt, A. G., 291. — S. 12. 23. 24.
Geisler 55.
Genz 42a.
Gentilis, Alber., 13. 169b. 237a.
Georgisch, P., 14h. — S. 8.
Georgius 42. 315.
Georgius, C. F., S. 21.
Gérard, s. Rayneval.
Gerhard, Jo., 142c.
Geren, de St., 82c.
Glafey, A. D., 57c.
Glafey, A. F., 14g. 16e. 25. — S. 1. 27. 27.
Glave, C. G. G., 329.
Gleser S. 22.
Glück 210.
Gönner, N. T., 137.
Görtz, comte de, 303. — S. 37.
Gollikow S. 3.
Gondon d'Assoni, 16. 27. 329.
Gonne 238. 319.
Gordon S. 3.
Goujet S. 34.
Gourville S. 37.
Gralath S. 16.
Grammarus 180.
Grammont S. 37.
Grassus, Mich., 251.

Graswinckel 132 a.
Graver, Theod., 126 c.
Grégoire 30 a. 31.
Greilich 77.
Grellmann 73.
Grenville 303.
Gribner 88.
Grolman 145. 210. 63 (Zusätze).
Gronov, J. F., S. 27.
Gros 165 b. 202 b.
Grotius, Hugo, 14. — S. 27.
Groult 291.
Gruber, J. G., 8. — S. 34.
Gründler, C. G., 70 d.
Gudenus, de, 155 e.
Günther, C. G., 16 b et c. — S. 26. 27. 32.
Gundling, N. H., 143. 156.
Gutehr 329.
Gutjahr 66.
Gutschmid 179.
Guyot 82.

H.

Haas, Jos. Aloys., 59.
Hasse, M., 142 c.
Häberlin, C. F., 142 d. — S. 34. 39.
Häberlin, F. D., 173. 186 a.
Hagedorn 177. 181.
Hagemann 76 e. 137 c.
Hagemeister, E. F., 283. — S. 30.
Haldimand 317.
Halem S. 3.
Hanker 69 d. 240 e.
Hanson, Levett, 85.
Harl 7 e.
Harrach, comte de, S. 37.
Harte S. 3.
Hartleben 49 e.
Hartmann, Jo. Zach., 142 e. 255.
Hassel, G., 7 d. 8 e.
Haus, E. A., 163.
Hawkesbury S. 13.
Hay, Ge., 295.
Heeren 12. 16 f. 42. 69 d. — S. 38.
Hegewisch, D. H., 8 c.
Heineccius 47. 289.
Heinichen 160 d.
Helfrecht 208.
Hellbach, C., 92.
Hellbach, J. Cph., 92.
Hempel, C. F., 16 f et g. — S. 8. 34.
Hénault S. 37.
Hendrich, F. J. v., 42.
Hennicke S. 3.
Henniges, Henr., 169.
Hennings, A., 279. 291. — S. 24.
Herrich 87 b. (Zusätze).
Herrmann, J., 260 c.
Hertius, J. N., 24. 135 a. 176. 249 f. — S. 27.
Hertlein 208 c.
Hertzberg, comte de, 42. 112 d. — S. 19.
Herzmann 179.
Heyne 28. 114 a. 241.
Heynitz, v., 7 e.
Hiller 324.
Hirsching S. 3.
Hobbes 14. 41. 145.
Hochstetter 249 f.
Hönn 74 d.
Hörschelmann S. 34.
Hoeufft 149. 279.
Hofacker, Car. Cph., 55 a et b.

Hoffmann, J. W., 3 b.
Hoffmann, Leonh., 155 b.
Hoffmann, Chr. Gottfr., 93.
Hogeveen 203.
Hoheisel 140.
Hohenthal, P. F. G. L. B. de, 133. 149.
Holbrooke S. 13.
Holmes S. 13.
Holst, Lud., 291.
Holzer S. 22. 22.
Holzhalb S. 22.
Holzschuher, v., S. 32.
Hombergk zu Vach, J. F., 14 g.
Hommel, C. F., 63 (Zusätze).
Hommel, J. Cph., 142 g.
Hommel, Rud., S. 9.
Honorius, P., 168 a.
Horix, Joh. Frhr. v., 187 c.
H.... (Horne) 303.
Houssaye, Amelot de la, S. 35. 37.
Huber, Ulr., 126 c.
Huch, F. A., 8 b.
Hübner, Mart., 8. 13. 261. 285. 291. — S. 1.
Hufeland 7 e.
Hugo 20.
Hurd 31.
Hutcheson 89.

I.

Ickstadt, J. A., 14 g. 234 e. — S. 26.
Iselin S. 34.
Ivernois, d', 315.

J.

Jacob, L. H., 7 e.
Jacobi 89.
Jacobsen, 77 d. 288 e. 291. 291.
Jäger, T. U. L., 142 d. 211. 234 f.
Jargow 77.
Jaux 2.
Jay 30 a. — S. 3. 39. 57 unter Richelieu.
Jeannin S. 37.
Jefferson 301.
Jenichen S. 3.
Jenkinson 299. — S. 13.
Jeudi Dugour S. 27.
Jezjersky S. 16.
Jöcher S. 3.
John, F. A., S. 30.
Johanne, Johannis de, S. 14.
Jollivet 133 e.
Joly de Mezeroy 266.
Jouffroy 291. 299.
Jourdain 173. 179.
Jouy S. 3. 39.
Juge, de, 293.
Jugler S. 3
Jungwirth 303.
Junius, F. A., 319.
Justi, v., 171 a.

K.

Kahl, L. M., 42 d.
Kahle 233.
Kahrel, H. F., 16 b. 203.
Kamptz, C. A. H. v., 12. 16. 59 b. 250. — S. 2. 30.
Kant 15. 145. 329. 329.
Karsten 71.
Kayser, J. F., 209. 212.
Kemmerich 203.
Ker of Kersland S. 57.
Kierulf 111.
Kipping, J. W., 165 a.

Knigge, de, 87.
Khevenhüller, 196.
Klein, E. F., 162.
Kleinschrod 63 (Zusätze).
Klevesahl S. 1.
Klotzsch 73.
Klüber, J. L., 4. 7 g et k. 30 f. 41. 44. 105 f. 110 f. 133 e. 155 f. 161 b. 199 a. 234 d. 271 a. 272 b. — S. 2. 25. 26. 28. 27. 39.
Kluit S. 15. 15. 38.
Kobjelsky, v., 329.
Koch, C. Guil., S. 12. 12. 38.
Koch, C. W., 8 e. 16 f.
Koch, J. G. F., 235 c.
Köhler, Henr., 14 g. 116 f. — S. 26.
Köhler, P. T., 16. — S. 26.
König 218.
König, H. J. C., S. 3.
Köster, M. G., S. 39.
Kopetz 303.
Kraus, C. J., 7 e.
Krauss, G. C., 254.
Kreyssing 260 c.
Krug, Leop., 7 e.
Krug, W. T., 146.
Küstner, C. W., 109.
Kugler, J. R., 6.
Kulpis 47.

L.

Lacretelle S. 39.
Lacroix 30.
Ladvocat S. 3.
Lamberty S. 24.
Lampredi 246. 287.
Lancelot, L., 168 h.
Lang, Frid., 162.
Langhaider 180.
Lanjuinais 30 a.
Lau S. 22.
Lauderdale 7 e.
Lebeau 295.
Leckie 42. — S. 38.
Lehmann, J. J., 42 d. 79 d. 203.
Leibnitz 11. 14 e et h. 22 a. 49 b. —. S. 6.
Leipziger, A. W. v., 7 e.
Leonard S. 12.
Leopold, P. C. A., 165 a.
Lesur S. 39.
Letellier 30 a.
Leti 90.
Leyser 63 (Zusätze).
Liechtenstern, J. M. Frhr. v., 7 a und d. 301. Zusätze, zu §. 7, Note a.
Ligny, de, S. 37.
Lilienfels, v., 329.
Lipenius S. 2.
Liverpole S. 13.
Liverpool 310.
Loccenius 299.
Loezen, v. Seutter.
Lohman, J. H., 193. 142 c.
Lotz 7 e.
Luden 7 c. — S. 39.
Ludewig, J. P. de, 11. 14 e. 109 a et b. 231.
Ludovici, Jac. Frid., 276. 319.
Lueder, A. F., 7 d et e.
Lünig, J. Chr., 14 h. 90. — S. 9. 14. 24. 32. 32. 32. 33.
Lund 266.
Luther 13.
Luzac, Écie, S. 26.
Lynar, Graf v., 142 d. 275.

M.

Maafs 165 c.
Mabillon 8.
Mably, de, 7 h. 16. 30. 30. 35. 168 b.
Macchiavelli 7 c.
Macpherson 71.
Mader, J., 274.
Madihn, L. G., S. 2.
Magen, L. G., 23.
Maillardière, vicomte de la, 16 b. — S. 7. 26.
Majans 257.
Malmesbury S. 24. 24. 24.
Malte-Brun 8.
Mann S. 38.
Mannert 7 d.
Marckart 233.
Marien, de, 76 d.
Marin S. 1.
Marquard 55.
Marriot 295. 295.
Martens, G. F. v., 1. 16. ibid. b, d, e, f et g. 30 a. 70 d. 76 f. 153 d. 260 b. 292. — S. 6. 8. 26 (n. 21 — 23). 33. 33. 38.
Martinière, de la, S. 3.
Martini 27.
Mascov, Gottfr., S. 27.
Mascov, J. J., 108 a. 150.
Maseri 180.
Maubert S. 38.
Mauvillon S. 3.
Maxwell 295.
May de Romainmotier S. 22.
Mazarini 7 c. 168 a. — S. 37.
Meermann, J. F., 255.
Meermann, M. J., 28.
Meiern, J. Gottfr. v., 22 a. 82 f. 328.
Meiners 31.
Meissler 173.
Meister, Ch. F. G., 63. (u. die Zusätze.)
Meister, J. C. F., 125.
Menagius 257.
Menzer 14 e.
Mereau 8. 77 d.
Merian 114 b.
Merlin 169 b.
Meuron 177.
Meusel 7 d. 14 d. 16 f. — S. 2. 3. 3. 38.
Mevius 68.
Mezeroy 266.
Michaëlis, J. D., 10.
Modée S. 21.
Moetjens 14 h. — S. 6.
Mohl 66.
Moine, le, 8.
Moll, Cornel., 260 c.
Mollenbeck, J. H., 14 g.
Moller, Jo. Henr., 266.
Mont, v. Du Mont.
Montgon, l'abbé de, 71. — S. 37.
Moreri S. 34.
Morris 310.
Mortimer 173.
Moser, C. F. v., 40. 85. 90 c. 109 e. 110 d et f. 112 a et b. 115 a et g. 117 a. 170 b. 186 b. 190 a. 218. 222. 225 a. 228 d. 319. — S. 30. 30.
Moser, J. Jac., 15. 51 b. 68. 74 e. 77. 90 c. 108 f. 109. 110 f. 112 a. 117 a. 132 b. 133 g. 140. 169. 179 b. 177 c. 187 b. 218 e. 222. 225 c. 272. — S. 26 (n° 1 — 5). 27. 27. 28. 28. 30 (n° 4 — 7). 32.

Moshamm, X. v., 169.
Müller, Ad., S. 39.
Müller, A. H., 7 c et e.
Müller, C. M., 210. 211 a.
Müller, G. F., S. 20.
Müller, Joh., 7 c. 42.
Müller, J. Jac., 14 g. 234 f.
Müller, Pet., 180. 182.
Muhrbeck 47. 279.
Mumsen 291.
Muratori, L., 7 c.
Murhard S. 39.
Mynsinger 68.

N.

Napoléon, s. Bonaparte.
Nau, B. S., 291.
Nelander, Jo., 257.
Nettelbladt, Dan., 26. 48. 138. 194. — S. 30.
Neubauer 223.
Neureuter 42 d. 49 e.
Neyron 16 b. 157 a. 164 c. — S. 26.
Niceron S. 3.
Niemann 7 e.
Nieper 75.
Noailles, de, S. 37.
Nörregaard, L., 16. — S. 26.
Nordberg S. 3.
Normann 8.
Norvins S. 3.

O.

Obrecht, Ulr., 159 g. 243 d.
Ockhart 7 d.
Oelrichs, Gerh., 279.
Oesterreicher, P., S. 24.
Oldenburg, Vinc., 54.
Oldenburger 234 d.
Oldendorp 13.
Olenschlager, v., 27.
Ompteda, D. H. L. v., 16. — S. 2.
Ossat, d', S. 37.
Otto, s. Georgius.

P.

Paalzow 173.
Pacassi, v., 169.
Pachner v. Eggenstorff 137 d.
Paoli-Chagni 16. 329. — S. 38.
Paolo S. 14.
Paradisi 92.
Pauli, C. F., 109. 236 b.
Paulus, H. E. G., 146 a.
Paulus 257.
Pecquet 7 h. 168 b.
Peignot S. 2.
Peller S. 6.
Peringskiöld S. 21.
Pernety S. 37.
Perron, du, S. 37.
Pestel, F. Guil., 69 f. 137 c. 243 d. 291.
Petersen, J. W., 7 c.
Petitot S. 36.
Petri, J. C., 303.
Peuchet 174. (Zusätze).
Peysonel S. 30.
Pfeffel, Chr. Hub., 133 e.
Pfeffer S. 22.
Pfeffinger 77.
Pfeiffer, B. W., 258 b.
Philoxenis 223.
Pierre (Saint-) 329.
Pissot 90.
Placidus, J. W., 7 c. — S. 2.

Platner 142 h.
Playfair 7 e.
Ploos van Amstel 287.
Pölitz S. 1. 2. 38.
Pompeji 14 e.
Porte, la, du Theil S. 12.
Portiez S. 12.
Posselt 105. 108 c. — S. 39.
Postlewaith 173.
Pradt, de, 31. — S. 37.
Praschius 28.
Praun, v., 73 b.
Presbeuta 169.
Priest, St., 14 i. — S. 6. 35.
Primon 293.
Proudhon 55. 61. 82 e.
Pudor 114 a.
Pütter 8 e. 16 a. 21. 26. 31 e. 60 f. 112 a. 137. — S. 2.
Püttmann 114 a. 210. 176. 284.
Pufendorf, Sam. de, 14. 28. 219 c. — S. 3. 27.

Q.

Quarles 169. (Zusätze).
Quinctilianus 258 a.
Quistgaard S. 10.
Quistorp 30.

R.

Rachel 14 e.
Rafael del Rodas 291.
Randel 7 d.
Ranft S. 39.
Rapin S. 13.
Rau, Chr., 176.
Rayneval, Gérard de, 16. 132 a. 291. 319. — S. 26.
Real, G. de, 16. 169. — S. 2. 27.
Reboulet S. 3.
Reewes 292.
Reichard, Henr. Theoph., 258 b.
Reimarus, J. A. H., 69 d.
Reinhard, L., 14 g.
Reinhardt, A. F., 3. 237 e.
Reinharth, Tob. Jac., 57 b et c.
Reitemeier 7 c. 83 b.
Remer S. 38.
Retheln 180.
Reuſs, J. A., 42. 66 d. — S. 9. 32.
Riccius 210.
Richelieu, cardinal, S. 37.
Richelieu, maréchal, S. 37.
Richter, Jo. Tob., 253.
Riedesel, J. G. L. B. ab, 142 g.
Rivarol 114 b.
Robelot 114 b.
Robertson 12. 82.
Robinet S. 34.
Robinson, Chr., 295. 295.
Rodas, del, 291.
Rogniat 7 f.
Romainmotier S. 22.
Römer, v., 27. 137 c. 169. — S. 28.
Rössig 7 c. 208.
Rohr, v., 90.
Rondonneau 33 e.
Rosselet S. 22.
Roſsmann, A. E., 49. 143. 321.
Rotermund S. 3.
Roth, J. Theod., 42. — S. 2. 30.
Roth, J. R. v., 137. 138. — S. 30.

Rothe, T., 11.
Rousseau 20. 249. 329.
Rousset 14 h. 25. 90. — S. 6. 24. 35. 35.
Rudhard 145.
Rudolph, J. A., 61.
Rühs S. 4.
Rumanzof, comte de, S. 20.
Runde 82 e.
Rusdorf, de, S. 37. 37.
Rutger von Boetselaer 208.
Rutherforth S. 26.
Rymer S. 13.

S.

Saalfeld 60. 70 b. — S. 38. 38.
Saint-Pierre 329.
Sainte-Croix 28.
Sainte-Palaye, v. Curne.
St.-Priest 14 i. — S. 6. 35.
Salles, de, 42.
Samhaber 47.
Sammet 8 f. 291.
Sander S. 38.
Sanderson S. 13.
Santa-Cruz S. 11.
Sarraz du Franquesnay 7 h. 168 h.
Sarrazin 329.
Sartori 180.
Sartorius 7 e. — S. 38.
Sauter, J. L., 169.
Savary 173.
Say 7 e.
Schaumann 258.
Schauroth, v., 87 b (Zusätze).
Schedius S. 15.
Scheid 235 b. 243.
Scheidemantel 13. 22 e. 31 e. 48. 157 *. — S. 34.
Schelling 329.
Scheltus S. 15.
Scheppersdorf S. 6.
Scherer 210.
Scherz, J. G., 234 f.
Schirach, v., S. 39.
Schlegel, Friedr., S. 38.
Schlegel, J. F. W., 293.
Schlettwein 42. 126 c.
Schlözer, A. L. v., 30 b. 74 *. 216. — S. 39. 39.
Schlözer, Chr. v., 7 e. 83 f. — S. 26.
Schmalz 7 e. 16. 31 e. 249 b. — S. 26.
Schmaufs 13 b. 14 h. 16 f. 50 b. — S. 6. 9. 35.
Schmelzing S. 26.
Schmid, K. E., 79 d. — S. 39.
Schmidlin, J. F., 279.
Schmidt, Erdm., 28.
Schmidt, C. F. v., 291.
Schmidt, C. G., 291.
Schmidt, gen. Phiseldeck, 8.
Schnaubert 138.
Schneider, J. F., 14 g. 249 g.
Schoell 8 c. 16 f. — S. 24. 35.
Schoene 203 (Zusätze).
Schoenemann 8.
Schooten 237 b.
Schorch, C. F. J., 255.
Schott, Cph. Fried., 41.
Schott, A. F., 210. 211. 233. 234 f. — S. 2. 30.
Schrodt 166. 27. — S. 26.
Schröckh 14 a. — S. 3.
Schroeder, Jo. Conr., S. 26.
Schröter, E. E., 180.
Schuback 77.
Schulin, J. P., S. 27. 27.
Schulz, H. W., 258 b.

Schunck

Schunck 1 b (Zusätze)
Schwab 114 b.
Schwarzkopf, J. de, S. 24. 39.
Schweder, C. H., 25.
Scott, Will., 295.
Seckendorf, G. v., 7 c.
Seger, J. Theoph., 55.
Segur S. 38.
Selchow, de, 55. 109.
Seld 180.
Selden 132 a.
Semler 70 d (Zusätze).
Senkenberg, R. C. de, S. 2.
Servien S. 37 (Avaux).
Seulter 131 c.
Sibrand 117.
Sidney, Algernon, 21.
Sidney Smith 260 c.
Siebenkees 8 d. 92. 137. 182 d et e. 228. — S. 30. 30. 32.
Sillery, de, S. 37.
Simon, Jo., 186 b.
Simons 69 d (Zusätze).
Siri 219 d. — S. 24.
Sismondi, Sismonde de, 7 e.
Smith, Ad., 7 e.
Sneedorf 112 a.
Sorbonne, la, 41.
Soria, de, 256.
Sousa, de, S. 18.
Spener, J. C., 105.
Spener, P. F., 8 d.
Spittler, 16. — S. 38.
Spon, baron de, S. 38.
Sprengel 7 d. 16. — S. 38.
Städlin 31.
Stalpf 279.
Stapf, J. S., 14 g.
Stavinsky 322.
Steck, v., 23. 55 c. 137. 138. 150. 152. 157 b. 173 c. 205. 212. 240 a et b. 243. 278 a et d. 287. — S. 30. (n° 11 — 23).
Stein 8.
Stephens 310.
Stieve 90. 92.
Stockmeyer, R. F., 249 h.
Storch 7 e. — S. 20.
Stosch, v. B., S. 92.
Strauch 47. 132. 277.
Strecker, C. G., 255.
Strimesius 14 e.
Stritter, J. Gotth., S. 20.
Strube, D. G., 49 b. 63 (Zusätze).
Strube, F. H., 243 c.
Struensee, v., 73.
Struv, B. G., 88. 108 a. 317.
Stübel 63.
Stypmann 117.
Suarez 13.
Suchtelen, van, 203 (Zusätze).
Sully, Duc de Béthune, S. 37.
Sulpitius (Grenville) 303.
Surland 71. 130. 255 c. 287.
Swinderen 169 (Zusätze).
Sylvius 117.

T.

Tafinger, W. G., 44.
Teding 169 (Zusätze).
Temple, de, S. 37.
Tetens 235 a. 291.
Textor, J. W., 14 g.
Thanner 249 b.
Theil, du, la Porte, S. 12.
Theobald, Jos., 7 f.
Thérémin 30 a.
Thereser 240.
Thilo 255.

Thomasius, Chr., 14 f. g. 126 c. 207.
Tilesius 249 f.
Tissot S. 39.
Titius 126 c. 243.
Titel, G. A., 41.
Tittmann 28. 63 (Zusätze).
Toerne 208.
Torcy, de, S. 35. 37.
Torre, de la, 37.
Toze 7 d. 49. 71. 108 f. 329.
Treuer 145. 160 d. 211. 223. 238.
Trevoux 244.
Tröltsch, C. W. v., 164 a.
Tröltsch, J. F. v., 137.
Tschulkow S. 20.
Turini 209.
Tydemann S. 27.

U.

Uebelen S. 28.
Uechtriz, v., 293.
Uffelmann 14 e.
Uhlich, J. G., 169.
Upmarck 208.
Usteri S. 22.

V.

Varrentrapp, geneal. Handbuch 8 e.
Vasquez 13.
Vattel, de, 16. — S. 27.
Venturini 7 f. — S. 38. 38.
Vera, de, 7 h. 168 b.
Veridicus 329.
Visser 203 (Zusätze).
Vitriarius 176.
Vittorio Siri 219 d.
Völkel 253.
Voetus 299.
Vogel S. 22. 22.
Vogel, Conr., 251.
Vogt, F. E., 251.
Vogt, Nic., 12. 34. 42. 108. — S. 3. 39.
Voigtel 8.
Vollenhoven 276. 291.
Voſs, C. D., 16. — S. 2. 35. 35. 38. 39.
Voltaire 178. 210. — S. 3.

W.

Wachler S. 2.
Wächter, C. E., 6. 143. 164 a. 270.
Wahrmuth S. 38.
Walch, C. F., 114 a.
Waldin 169. 176. 203.
Waldner de Freundstein 155 a
Waldpole, Horatio, S. 37.
Waldpole, Robert, S. 37.
Walsingham 168 a. 196 b. — S. 37.
Ward, Rob., 12. 290 a. 291. — S. 1.
Warden 173.
Weber, Adolph Diet., 165 b.
Weber, C. G., S. 2.
Weber, F. B., 7 e.
Wedekind S. 16. 38.
Weidlich 15 b. — S. 3.
Wekhrlin 189 e.
Wenck, F. A., 16. — S. 6.
Werlhof 14 e.
Weselen-Scholten, van, 142 h.
Westphal 202 b.
Westphalus Eremita 258 b.
Whatley S. 13.

Wicquefort, Abr. de, 169 b.
Wieland, E. C, 234 e.
Wieland, F. C., 273.
Wieland, J. C., 28.
Wieland, K. F., 108 d.
Wiesand S. 1.
Wild 209.
Wildvogel 85. 209. 212. 275. 319.
Will 8.
Willemar, de, 146.
Willenberg 212. 260 b. — S. 260 b.
Winckler 13.
Winkopp 21 c. — S. 9.
Witt, de, S. 37.
Wittenberg S. 39.
Wittich 8 f.
Wittich, F. G., 260 c.
Wodarch 77.
Wolf, Chr. de, 15. — S. 26. 27.
Woller 155 a.
Woltmann 42.

X.

Xylander 7 f. u. die Zusätze.

Z.

Zachariä, C. S., 8 f. 50 b. 59 b. 258 b.
Zapf S. 2.
Zechin S. 30.
Zedler S. 34.
Zeiller, v., 63 (Zusätze).
Zentgrav, Jo. Joach., 14 e. 234 f.
Zouchaeus 14.
Zurlauben S. 22.
Zwanzig 92.
Zweyburg 92.
Zwingli 13.

ANONYME SCHRIFTEN.

A.

A Collection of all the marin treaties etc. 151.
A general Collection of treatys S. 7. 13.
A general Treatise of the dominion of the Sea, etc. 132 a.
Abhandlung von der Neutralität und Hülfeleistung in Kriegszeiten 279.
Abhandlung von der Unverletzlichkeit der Kriegsverträge 273 b.
Abgötterei unsers philosoph. Jahrhunderts 329.
Actes et mémoires concernant les négociations entre la France et les États-Unis d'Amérique 291.
Allgemeine Geschichte der ost- u. westindischen Handlungsgesellschaften 70 d (Zusätze).

Allgemeine Schaubühne der Welt S. 39.
AnnualRegister S. 39.
Ansichten, ob die Regierungen der dem Königreich Westphalen einverleibt gewesenen Länder, u. s. w. 258.
Anti-Leviathan 20.
Aufruf der westphäl. Domainenkäufer u. s. w. 258.

B.

Bern, s. Capitulationen.
Betrachtungen über das heilige Bündnifs 146.
Biblioteca di Gius nautico 291.
Biographie universelle S. 3.
Biographie des hommes vivants S. 3.

C.

Capitulationen, die von dem Canton Bern geschlossene — S. 22.
Capitulations ou traités etc. S. 12.
Chronologie des allgem. Staatsarchivs S. 8.
Clef (la) du cabinet S. 39. Supplément ibid.
Code des prises 295.
Code maritime général européen 292.
Codex diplomaticus regni Poloniae S. 16.
Colleccion de los Tratados S. 11.
Collectio nova actorum publicorum S. 32.
Collection of all the marin treaties etc. 151.
Collection of all the treaties S. 13.
Collection of publick acts and papers relating of the principles of armed neutrality 303.
Collections of treatises 299.
Collection (a general) of treatys S. 7. 13.
Collection universelle des mémoires particuliers S. 36.
Connaissance des pavillons 118 a.
Consolato del mare 292.
Constitutionen der europ. Staaten 30 a.
Constitutiones Poloniae S. 16.
ConversationsLexicon S. 34.
Correio Braziliense S. 18.
Correspondance entre l'Autriche et la Prusse S. 24.

D.

Deductionen, s. Neueste Sammlung.
De jure generis humani vel divisi in gentes 3 f. 329. — S. 26.
De jure gentium et cosmopolitico 16 b.
Der prüfenden Gesellsch. fortgesetzte Bemühungen 275.
Diarium europaeum S. 39.
Dictionnaire de jurisprudence 173 c.
Dictionnaire du citoyen 173 c.
Dictionnaire géogr. et polit. de l'Alsace 82 c.

Die Freiheit der Schifffahrt u. Handlung neutraler Völker 291.

E.

Ehre (die) des Bürgerstandes nach den Reichsrechten 187 c.
Elementos de Derecho publico de la Paz y de la Guerra S. 26.
Encyclopädie, allgem. teutsche, S. 34.
Encyclopédie méthodique 141 b. — S. 7. 34.
Entscheidungen, merkwürdige, der londoner u. pariser PrisenGerichte 295.
Erklärung der Grundsätze des allgem. Staats- und Völkerrechts S. 26.
Erörterung der Fragen, etc. 258 b.
Espion (l') dans les cours S. 39.
Essai sur un code maritime général européen 292.
Essai of the Laws of Nations S. 26.
Etat politique de l'Europe S. 39.
Europäische Fama S. 39. neue — ibid.
Europäischer Mercurius S. 39.
Europäischer StaatsSecretarius S. 39. neuer — ibid.
Examination of the British doctrine etc. 310.
Extracts from the several treaties S. 13.

G.

Genealogisch - histor. Nachrichten S. 39. neue — ibid. fortgesetzte -- ibid.
Genealogischer Archivarius S. 39.
Groot Placaet-Boek S. 15.
Gründliche Nachricht vom KriegsCeremoniel 243 c.
Grundlinien des europ. Gesandschaftsrechts 169.

H.

Handbuch des schweizer. Staatsr. S. 22.
Historisches Magazin S. 39.
History of England etc. 303.

I.

Intelligencer, the moderate, S. 39.

J.

Jaarboeken der bataвschen Republik S. 39.
Jahrbücher für Diplomatik S. 6.
Journal universel S. 39.

K.

KaperGrausamkeit gegen die Neutralen 295.
Kong. — — allernaadigste Forordninger S. 10.

L.

La Liberté de la navigation et du commerce des nations neutres 291.

Laws of the united States of America S. 23.
Laws, Ordinances et Institutiones of the Admirality etc. 295.
Lettres historiques S. 39.
Libérte (la) de la navigation et du commerce 130. 306 a.

M.

Magazin der europ. Staatenverhältnisse S. 39.
Manuel du droit public de la Suisse 30 g. — S. 22.
Mémoire de S. M. T. C. 140.
Mémoire sur la conduite de la France et de l'Angleterre, à l'égard des neutres 310.
Mémoire sur les principes et les lois de la neutralité maritime 288 c. 291. 70 c.
Mémoires de la régence du duc d'Orléans 211 f.
Mémoires et négociations etc. S. 24.
Mémoires relatifs à l'histoire S. 36.
Mercure de France S. 39, unter dem Artikel Minerve fr.
Mercure françois S. 39.
Mercure historique et politique S. 39.
Merkwürdige Entscheidungen der londner und pariser PrisenGerichte 291.
Merkwürdige in d. Archiv der Bastille gefund. Acten 190 d.
Minerva 141 b. 143. — S. 39.
Minerve française S. 39.
Monatlicher Staatsspiegel S. 39.
Motifs des guerres et des traités de paix de la France S. 38.

N.

Nederlandsche Jaarboeken S. 39. — nieuwe ibid.
Neu eröffneter Staatsspiegel S. 39.
Neues Staatsgebäude 329.
Neueste Sammlung auserlesener Deductionen S. 32.
Niederländisches Magazin S. 39.
Nouvelles, ou mémoires histor. S. 39.

O.

Observationes selectae Halenses 231. — S. 30.
Officielle Sammlung der das schweizerische Staatsr. betreffenden Actenstücke S. 22.
Ordonnance de la marine française 302 e.

P.

Papiers relatifs à la rupture avec l'Espagne S. 24.
Politique de tous les cabinets S. 38.
Politische Nummern S. 39.
PolitischeUnterhandlungskunst 168 b.
Politisches Journal S. 39.
Postgeheimnisse, die, 74 e.

Pragmatische Geschichte der europ. Staaten S. 37.
Principe fondamental du droit des Souverains 20.
Principes ou élémens du droit politique 88.
Projet d'un nouveau système de l'Europe 329.
Prontuario de los Tratados S. 11.
Protocoll des kurfürstl. Wahl-Convents zu Frankfurt 102.
— des kurfürstl. Wahltages von 1790. 107 c.

R.

RealEncyclopädie, allgemeine teutsche, S. 34.
Rechtliche Bemerkungen über das Recht der Eroberung und Erwerbung im Kriege 258.
Rechtsgutachten des Spruch-Collegii zu Heidelberg 272 e.
Recueil des pièces officielles etc. S. 24.
Recueil de tous les traités etc. S. 10.
Recueil des traités de paix S. 12. 12. 12. 12. 12. — S. 11.
Recueil van de Tractaaten S. 15.
Reflexionen über die Verschiedenheit des Begriffs der Raison de guerre 243 d.
Russische Günstlinge 171 a.

S.

Sammlung der neuesten Staatsschriften S. 24.
Sammlung einiger Staatsschriften S. 24.
Sammlung, officielle u. s. w., s. Officielle Sammlung.
Secrétaire (le) de la cour imp. de France 112 a.
Sendschreiben des alten Weltbürgers Syrach 329.
Staatsbegebenheiten, die neuesten, S. 39.
StaatsverfassungsArchiv, allgemeines, S. 39.
State-Papers etc. 291.
Storia dell' anno S. 39.

T.

Tablettes bibliographiques S. 3.
Teutsche KriegsCanzlei S. 24.
Theatrum Europaeum S. 39.
TitulaturBuch 112 a.
Traité de commerce de la Grande-Bretagne etc. 290.
Traité des prises 295.
Traité (le) d'Utrecht réclamé par la France 311 d.
Traité sur les prises maritimes 295.
Traités de paix etc. S. 12.
Traktaty, Konwencye etc. S. 16.
Traktaty miedzi mocarts-wamy Europeyskiemi S. 7. 16.
Tratados de Paces S. 11.

U.

Ueber ContinentalSystem, VölkerSeerecht, Neutralität zur See, etc. 291.
Ueber das Geheimnifs der Posten 74 e.

Ueber Erbschaftsteuer 234 d.
Untersuchung der vornehmsten — — Allianzen S. 35.
Utdrag af de — — slultna Alliance etc. S. 21.

V.

Versuch über ein allgemeines europ. Seerecht 292.
Von dem Unterschied der Offensiv - und DefensivKriege 235 b.
Vervolgh van het Recueil van Tractaten S. 15.

W.

Wahl - und KrönungsDiarium K. Carl's VII. 219.
Wahl - und KrönungsDiarium K. Leopold's II. 102.

ALPHABETISCHES VERZEICHNISS

DES

INHALTES.

1) Die Ziffern bezeichnen die *Paragraphen;* die Buchstaben a, b, c, u. s. w. beziehen sich auf *Noten* des angezeigten Paragraphen. — 2) Steht ein S vor Ziffern, so deuten diese auf Paragraphen des *Anhangs.* — 3) Das Wort *Zusätze*, verweiset auf die hinter diesem Register stehenden Zusätze.

A.

Aachen, Staatsversammlung daselbst im J. 1818, 329. deren Bestimmung über den Rang der Ministres-résidens 179.
Abdankung 49 c. 50 c. 52.
Abdication 49 c. 50 c.
Abgaben, s. SteuerRegal.
Ablegati 181.
Abmahnungschreiben 240.
Abolition 64.
Absetzung eines Souverains 52.
Abschofs 83.
Absolution, an Souveraine vom Papst ertheilt, in Hinsicht auf Eidesleistungen 155 b.
Abwechslung, ein Auskunftmittel bei streitigem Rang 96 e. 104. 106.
Abzugsgeld 83.
Acceptation eines Antrags 141. 143.
Accession dritter Mächte zu Verträgen 161.
AccessionsRecht 134.
Acte final du congrès de Vienne 3 d. s. auch *Congrefs.*
ActivSchulden eines Staates, ihre Veräusserung in einem eroberten Lande 258 a. 259 n. 4. in neutralem Gebiet 255. in Feindesland 252.
Actus ad omnes populos 193 c.
Adelstand, ob ein Gesandter dessen bedarf 187 c.
Adespota 124. 128. 135.
Adhäsion einer dritten Macht, zu einem Vertrag 327.
AdrefsSchreiben 172 e.
Aerzte 247 c.
Afrikanischer Sclavenhandel, s. *Sclavenhandel.*

Agenten, diplomatische, ohne gesandschaftlichen Charakter 175. 182. Reglement für ihren Rang 94 c. Man s. auch *Gesandte*.
Agenten für PrivatAngelegenheiten eines Staates oder Souverains 171. — für Handelsgeschäfte 173 u. f.
Akademien, politische 7 a (Zusätze).
Albinagii jus 82.
Algarbien, die beiden, s. Portugal.
Alienation, s. Veräusserung.
Allerhöchst, Prädicat, 112 b.
Allianz 148. Kriegs-, defensive u. offensive 149. generelle u. partielle 270. Fall der Allianz 269.
Allianz, heilige 2 d u. e. 3 d. 146. 329.
AllianzVerträge 148. ob sie den Regierungsnachfolger verpflichten 145 c. — für Krieg und Frieden 149. Beispiele von neueren Allianzen 149 a. casus foederis 269.
Allianzen, Familien-, 12.
Alliirte, ob sie in einem allgemeinen Waffenstillstand begriffen sind 278. ihre Theilnahme am Frieden 323.
Alliirter, Titel, 110.
Alphabet, ein Auskunftmittel bei streitigem Rang, 106.
Alternat, in Verträgen, 96 e. 104. 106.
Alternative im Rang, s. Abwechslung.
Altesse royale 109. 110. impériale 110. sérénissime 110. éminentissime 110.
Altona, dortige Handelsgesellschaft, 71 a.
Ambassadeurs, s. Botschafter.
Ambassadrices, s. Gesandtin u. Botschafterin.
Amerika (Nord), Vereinigte Staaten von —, sie bekennen sich zu dem positiven europ. Völkerrecht 1 d. 35. ihr Staatenbund 30 h. ihr Verbot des Sclavenhandels 72 d. ihr Gesandschaftrecht 175 a. Sammlungen ihrer Staatsverträge S. 23.
Amnestie 324.
Analogie 4.
Androlepsie 234.
Anerkennung der Unabhängigkeit eines Staates 45. eines Souverains 23. 45. 48. 52.
AnhaltBernburg, — Cöthen, u. — Dessau, Herzogthümer, 29.
Anleihen, gezwungene in erobertem Lande 285 a.
Annahme, s. *Acceptation*.
Annus decretorius 322.
Anschwemmung 134.
Appartementfähig 225 a.
Appropriation 47.
Appulsio 134. ebendas. a.
Aristoteles, seine Beschäftigung mit dem VR. 13.
Armfeld, schwed. Gesandter 187 a.
Arrangemens militaires 142. ebendas. d. 237. gütliche — 319.
Arrest 233 c.

Arrest auf Capitale u. a. Rechte und Sachen eines fremden Staates 234. wider einen fremden Gesandten, dessen Person, bewegliches und unbewegliches Vermögen 210. 211. 208 c. wider einen Gesandten bei dessen Durchreise 176 d.
Arrestation, s. Verhaftnehmung u. Arrest.
Arrestum juris 233 c.
ArrondirungsSystem 6 c.
Artikel der Staatsverträge, Separat-, Additional-, geheime u. offene 147. 326.
AsylRecht 79 d. in einem GesandschaftQuartier 208. beschränkt durch den Papst 208 b.
AssientoVerträge 150 a. 164 d.
Assistant 172 b (Zusätze).
Aubaine, droit d'-, 82. 135. 230.
Audienzen für fremde Gesandte 223 u. f. 201. 202.
Auditeure 189. 188 c.
Auditores nunciaturae 188 c.
Aufenthalt in fremdem Staatsgebiet, ob man ihn begehren kann, 135 u. f.
Aufgebot, allgemeines 267.
Auflagen, s. SteuerRegal.
Aufruhr 52. 235 a. 243 a. 244.
Aufsicht, höchste, s. Oberaufsicht.
Aufstand, s. Aufruhr.
Augsburg, Verpflichtung zu dessen Befestigung 137 c.
Aumôniers d'ambassade 189.
Aushebung, s. Werbung.
Auslegung der Verträge 163. 328.
Auslegungskunst 8.
Auslieferung der Verbrecher 66. der Deserteure, Vaganten u. d. ebendas.
Auslösung der Gefangenen 274.
Ausschaffung der Gesandten 228.
Auswechslung der Gefangenen 274.
Ausspäher 189 f.
Auswanderung 39.
Auswärtige, s. Fremde.
Autocrator, Titel, 108 c.
Avocatorien 80.

B.

Baden, Grofsherzogthum, 29. Anerkennung seines Besitzstandes u. seines Successionsrechtes 48 d.
Baiern, Königreich, 29. sein Rang 97. seine Flüsse 76 b. sein Concordat 31 c.
Bailo 180 e.
Balance du pouvoir, s. Gleichgewicht.
Baldachin der Botschafter 225.
Barat 174 (Zusätze).
Barbaresken, Geschenke die sie fordern 116. Verträge mit ihnen 285 b. ihre Bettelgesandschaften 178 a. Man s. auch Seeräuber.
BarrièrePlätze in den Niederlanden 137 c.
BarrièreTractate 149. 137 c.
Bayen 130.
Befreiungen der Gesandten 205. 206. 209.

Beglaubigungsschreiben, s. Creditiv.
Beispiele, wichtig im VR. 9 c.
Beitritt dritter Mächte zu Verträgen 161.
Belagerung 265.
Beleidigung eines Staates durch Schriften, Gemälde, Münzen, 43. 62.
Belle-isle, Herzog von, franz. Gesandter, wird verhaftet, 211 f.
Benevent 33.
Belli commercia 273 a.
Belt 131 a.
Bellum intestinum et civile 235 a. punitivum 237 c. internecinum 241 a. s. auch Krieg.
Bergelohn 77.
Bergung, Recht der —, 77.
BergwerkRegal 75.
Berichte 112. — gesandschaftliche 198.
Besatzungsrecht in Festungen 137 c.
Beschlag 233 c. auf Schiffe 234. während des Kriegs 252. auf Schiffe eines neutralen Landes 286.
Beschwerden gegen völkerrechtwidrige Handlungen 12.
Besitz 6. seine Wirkung 139 a. Besitztitel 111. körperlicher, ob er zur Fortdauer des Eigenthums nöthig ist 126 c. Besitzergreifung von einem Lande oder von einer Insel 137 c.
Bestechung der feindl. Generale u. übrigen Beamten 244.
Bestürmung eines festen Platzes 265.
Besuche, unter Souverainen 115. Rangordnung dabei 99. 101 — 103. 105. 104 a. CeremonielBesuche unter Gesandten 226 u. f. Rangordnung dabei 99. 101 — 103. 104 a. 105.
Bettsprung 116 f.
Beute 253 u. f.
Beweisführung, Mittel Streitigkeiten unter Staaten beizulegen 317.
Bibliographie des VR. 18.
Bibliothek des VR. 19. auserlesene, s. den *Anhang*.
Bidassoa, s. Caritte.
Bielbrief 294.
Biographie der Schriftsteller 18. — S. 3.
Blessirte Militärpersonen 248 c. 264. 265.
Bloquade 265. eines Hafens, eines festen Platzes, einer Stadt, Küste, u. s. w. 297. fingirte oder auf dem Papier ebendas. u. 310. per notificationem 310. de facto ebendas. englisches BloquadeSystem 314 u. f.
Bloquirte Plätze 297.
Bodensee 113 c.
Bombardement 265.
Bona officia 160. 167 a. 320.
Bonne cause, im Krieg, 241.
Bosporus 130. — Thraciae 131 a,
Botschafter 177. 180. Audienzen, die ihnen ertheilt werden 201. ob ihnen Gleich-

heit mit ihren Souverainen eingeräumt wird 202 a. s. auch Gesandte.
Botschafterin 186. Gemahlin eines Gesandten 191.
Botta, Marquis, seine Verhaftnehmung 211 e.
Bourbonen, ihre Familienverträge 145 b.
Brandschatzung 251.
Brandschiff 244 e.
Brasilien, bekennt sich zu dem positiven europ. VR. 1 d. seine Vereinigung mit Portugal 27 d.
Braunschweig, Herzogthum 29.
Bremen 29. sein Tonnenrecht 76 e. 137 c.
Briefe, s. Schreiben.
Briefgeheimnifs 74 d. dessen Verletzung 74 e. Mittel dawider 74 e.
Briefwechsel eines Gesandten, dessen Sicherheit 203 e.
Bromberger Canal 137 c.
Brudertitel 110.
Brücke, zugleich Staatsgrenze 133. u. ebendas. d.
Brühl, Graf, preufs. Gesandter, Selbstmord seines Jägers 213 d.
Buchdruckerei in einem GesandschaftQuartier 207 a u. g. 210.
Bund, rheinischer 21 h u. a.
Bund, teutscher, sein Völkerrecht 1 d. 30. Rang seiner Mitglieder 98. seine königlichen Ehren 91 b. seine Festungen 137 c. Gesandte der Bundesstaaten am Bundestag 204 b. 209 f. Gesandschaftrecht der Bundesstaaten 175 a. s. auch Bundesversammlung.
BundesActe, des teutschen Bundes 30 f. — der schweizerischen Eidgenossenschaft 30 g.
Bundesfall 269.
Bundesfestungen, teutsche, 137 c.
Bundesgenofs, Titel, 110.
Bundesgenossen, s. Alliirte.
Bundestag, s. Bundesversammlung.
Bundesversammlung, teutsche, sie nimmt frankfurter Bürger als Gesandte eines Bundesstaates nicht an 186 c. ob die Gesandten am Bundestag Protection ertheilen können 189 f.
BücherPrivilegien 54 d.
Bündnifs, s. Allianz.
Bündnisse 148. casus foederis 269.
Bylbrief 294.

C.

Caesar, Titel, 108.
Cafftan 224 c.
Canal 130. — von Bristol, St. Georges, u. von Constantinopel 131 a. von Bromberg 137 c.
Canonisches Recht 6 c. 13.
Canzleidiener bei e. Gesandschaft 189.
CanzleiStyl 112.
Caper 260 u. f. 248 a. 267.

Capitale (Geld-), in Feindesland, confiscirte oder in Beschlag genommene während des Kriegs 252. in neutralem Gebiet 255. ihre Veräusserung in einem eroberten Lande 258 a. 259 n. 4.
Capitulation 276. nicht erfüllte 234 b. Kriegs- 165 a. von Seven 237 b. von Lilienstein 273 b. 276 b. von Paris 276 b. andere Beispiele ebendas. MilitärCapitulationen oder SubsidienVerträge 149. 272. — der Pforte 278 b.
CardinalProtectoren 172 d. 182 f.
CardinalKönig 22 h (Zus.)
Cardinäle, ihr Rang im Verhältnifs zu Botschaftern 222 c.
Caritte, ConferenzInsel, 105 b. 167 b.
Carl V, seine Politik 12.
Carrara 29. 33 d.
Carta partita 294.
Cartels 275. 66 e.
Casus foederis 269.
Casuistik 16.
Cellamare, Prinz, spanischer Gesandter, seine Verhaftnehmung, 211 f.
Celsitudo, Titel, 110 d.
Ceremoniel, Schriften darüber 90. Gleichheit desselben ebendas. Einförmigkeit und verschiedene Arten ebendas. — des wiener Hofes 223 f. — für Person und Familien der Souveraine 115 u. f. — SeeCeremoniel 117 — 122. verschiedene Arten desselben 118 u. f. auf offener See 121 u. f. — diplomatisches oder gesandschaftliches 90. 217 — 227. dessen verschiedene Grade 202. Man s. auch Rang.
CeremonielGastmahl 227.
CeremonielGesandter 178.
CeremonielVersammlungen u. Gastmahle 227.
CertePartie 294.
Charakter, öffentlicher eines Gesandten, sowohl Repräsentativ- als Ceremoniel-Charakter 202.
Chargé-d'affaires 182. s. auch Gesandter.
Chaumont, Allianz von —, 149 a. 153 a.
Chétardie, Marquis de la, dessen Entfernung von St. Petersburg 172 a. seine Verhaftnehmung 211 e.
Chiffrir- und DechiffrirKunst 7. Methode 199 a.
Chirurgen 247 c.
Christenthum, sein Einflufs auf das VR. 10. 11. 13. s. Religion.
Chronologie, diplomatische 8.
Clarigatio 238 a.
Clausula rebus sic stantibus 165.
Coalitio 134. ebendas. a.
Code maritime 289 et suiv.
Colonien, Handel mit ihnen 70. in Friedens- u. Kriegszeiten 70 c. 71.
Commacchio 137 c.
Commissäre 171. Commissaires de la marine 173 c.
Combattans 267. 249. Noncombattans 247.

Compagnien (Handels-), s. Handelsgesellschaften.
Communio primaeva 47.
Communion, ursprüngliche 47.
Concessionen (Industrie-) 78.
Concordate mit dem Papst 31.
Condolenz, üblich unter Souverainen 115. während des Kriegs 245.
Conferenzen 200. 225. 321.
ConferenzInsel, s. Insel.
Confiscation des Vermögens 83.
Conföderation, s. Staatenbündnifs u. Bund.
Congrefs 321. S. 25. — Friedens- 321. Sammlungen von darauf sich beziehenden Memoiren u. Acten S. 25. Vollmachten der daselbst beglaubigten Gesandten 194. Unterhandlungen daselbst 200. — Congresse zu Cambrai u. Soissons 105 d. westphälischer 12. 185 a. 217. 219 c. zu Münster 96 a. 104 a. zu Nimwegen 185 a. 217. 219 c. zu Ryswik 105 c. 177 a. 185 a. 217. 219 c. 226 c. pyrenäischer 105 c. 177 a. zu Carlowitz u. Nimirow 105 g. zu Utrecht 104 b u. d. 105 d. zu Aachen, im J. 1748, 104 b u. d, im J. 1818, 329. zu Rastatt, im J. 1797—1799, 113 c. zu Wien im J. 1814 u. 1815, 12. 72. 94 c. 104. 106. 107 c. 179. 181. 182. 202. seine SchlufsActe 3 d.
Conjectur 3. 141. s. Vermuthung.
Connossement 294.
Conscensio thori solemnis 116 f.
Consensus fictus 141.
Conservatoren, bei einem Vertrag, 155. s. Jus conservadores.
Consolato del mare 288 b. 292. 300.
Constitution, s. Staatsverfassung.
Constitutionen der europäischen Staaten 30 a.
Consuln, ViceConsuln, GeneralConsuln 173 u. f. ihr Rang und diplomatischer Charakter 173. 182. ihre Befugnifs die Gesetze ihres Staates in fremdem Lande anzuwenden 55 c. Verträge, Reglements und Verordnungen, die Consuln betr. 174 a. s. auch Gesandte.
Consultationen S. 33.
Contrebande (Kriegs-) 288. 290.
Contribution, s. KriegsContribution.
Controversen 9.
Convenienz der Staaten 6. ConvenienzRecht 44.
ConvenienzRecht 6. 2.
ConventionalStrafe, ein Mittel Verträge zu verstärken 155.
Conventionen, s. Verträge.
Convoi der Schiffe 293.
Copenhagen, Angriff der Engländer auf dasselbe 283 d.
Copist bei einer Gesandschaft 189.
Correspondenz, s. Briefwechsel.
Corsaren 260 u. f.
Costnitzer See 131 c.

Coup d'assurance 293.
Coup de main 265.
Couriere 190. 203 e.
Coyet, schwedischer Minister, verhaftet 203 g.
Cracau, freie u. neutrale Stadt 22 d u. f. 29. ihre Neutralität 280 a.
Creditiv 193 u. f. der Chargés-d'affaires 182.
Cri-d'armes 267 c.
CriminalGewalt, blofs im eigenen Staatsgebiet 60. u. in der Regel nur für innerhalb Landes begangene Verbrechen 61. Erörterung verschiedener, darauf sich beziehender Fragen 61 — 66. Abolition, Pardon, u. Bestrafung in fremdem Staatsgebiet 64. CriminalVerfahren 65. richterliche Urtheile, die in andern Staaten gesprochen werden 65. Auslieferung der Verbrecher 66.
CriminalVerfahren 65.
Cryptographie 7. 199 a.
Cultus, s. Gottesverehrung.
Curisch Haff 130 b.
Curland und Semigallen, Herzogthümer, kommen unter russische Oberherrschaft 33. Gesandschaftrecht ihrer ehemal. Herzoge 175 b.

D.

Dänemark, Königreich 29. sein Rang 96. 104 a. im Verhältniss zu Schweden 96 f. Aenderungen in dem Titel und Wappen des Königs 107 a. seine Grundsätze über den Handel der Neutralen 304 b. 309. sein Beitritt zu dem System der bewaffneten Neutralität 305. Sammlungen seiner Staatsverträge S. 10. s. auch Copenhagen.
Damen, als Gesandtinen 186.
Danzig, Stadt 22 d u. f.
Dardanellen 131 a.
Datarii 188 c.
Dazwischenkunft in Angelegenheiten fremder Mächte 51. 52. 237 e. (u. die Zusätze zu diesen §§.).
Dechiffreur 189.
Dechiffriren, Methoden dazu 199 a.
Decorationen 84. 85. 116 a. verliehen an Fremde 85.
Decorum gentium 2.
Decretisten 13.
Deditionis pacta 276.
Deductionen 112. — S. 32.
Dehortatorien 240.
Dei gratia, Titel, 111.
DemarcationsLinie, vom Papst auf der Landcharte gezogen 126 a.
Democratien 30.
Depeschen, diplomatische der Gesandten 190. 198 a. 199. zweifache 198 a. (Zusätze) erdichtete 199. Mittel, sich wider deren Eröffnung zu schützen 199 c.
Deputirte 171.
Dereliction 140.
Deserteure 266. ihre Auslieferung 66.

De-

Dethronisation, s. Abdankung u. Entthronung.
Detractus, jus 83.
Devotio domestica qualificata legatorum 215 u. f.
Dienst, Eintritt in den — eines fremden Staates, 39.
Diest, preufs. Resident, Streit über seinen Hausgottesdienst zu Cöln 215.
Dies decretorius 322.
Dilectio, Titel 110.
Diplomatie, Definition derselben 7.
Diplomatik 8.
Dissertationen S. 31.
Dissidium inter sacerdotium et imperium 13.
Doctoren der Rechte, Gesandte 187 c.
Dolmetscher 113 b. 189.
Domainen (Staats-) 124. 127 u. f. ihre Veräusserung in einem eroberten Lande 258 a.
Dominium eminens 124 a. 88.
Dominium mundi 13.
Dominus, Titel 110 g.
Dominus territorii 128.
Dragoman 113 b. 189.
Drogman 113 b. 189.
Duell, s. Zweikampf.
Duelle zwischen Völkern oder ihren Souverainen 234. oder zwischen erwählten Stellvertretern derselben 319.
Dünkirchen 137 c.
Duplicate 199.
Durand, schwed. Chargé-d'affaires 182 c.
Durchlaucht, Titel, 110.
Durchreise der Gesandten 176. s. auch Gesandte.
Durchzug, durch fremdes Staatsgebiet, ob man ihn fordern kann 135. 136. zu eingeschlossenen Bezirken (Enclaven) ebendas.
Durchzug fremder Truppen 88. u. Schiffe etc. 136.

E.

Edict, ein Vertrag 141 c (Zusätze).
Ehren, königliche, gewisser nicht königlicher Staaten 31. 91. diese Staaten können Gesandte vom ersten Rang schicken 183. u. dergleichen empfangen 184.
Ehrenbezeugungen, militärische, für Gesandte 225.
Ehrengesandter 178.
Ehrenplatz 101.
Eid, Mittel zur Verstärkung der Verträge, 155. päpstliche Lossprechung davon ebendas. c.
Eigenthum, s. Staats- u. Privateigenthum.
Einmischung in innere Angelegenheiten eines andern Staates 51. 237 e.
Einmischung eines Staates in Angelegenheiten eines andern Staates 51 u. 52 und in den Zusätzen zu §. 52.
Einmischungskrieg 237 e u. in den Zusätzen.
Einwilligung, fingirte 141. 143

(Zusätze). s. Fiction. vermuthete, s. Vermuthung.
Einzug, öffentlicher eines Botschafters 223.
Elsterwerdaer Flofsgraben, schwarze u. weisse Elster 76 b.
Embargo, s. Beschlag.
Emden, Handelsgesellschaft daselbst, 71 a.
Emigration 39.
Eminens jus 88.
Eminenz, Titel, 110.
Emissäre, geheime, 172.
Empfehlungs- u. AdrefsSchreiben 195.
Emporii jus 69.
Enclaven 128 a. ob sie Durchzug durch die sie umgebenden Staaten begehren können 135 a.
Entdeckung eines Landes oder einer Insel, ob sie hinreicht zu deren Erwerbung 126.
England, s. Grofsbritannien.
Entrée du Louvre 224.
Entscheidungsjahr 322.
Entschuldigung wegen Injurien 43.
Entthronung eines Souverains 52 b. 49. 175 a. 176 d u. e. 255 b. 258 u. f.
Entvölkerung eines Staates 39.
Entwaffnung der Einwohner 265.
Envoyés 181. - confidentiels 172. s. auch Gesandte.
Éon, chevalier d'-, 172 a. 186 b. 211 c. 228 a. Beschwerden gegen ihn 62 a. 82 b.
Épave, droit d'-, 87 c.
EquipageRolle 294.
Erbfolge der Fremden 54 a.
Erbprinz, sein Titel, 111.
Erdbeschreibung 8.
Erfahrung 8. 9.
Erfüllung der Verträge 164 u. f. der Friedensschlüsse 328.
Erkenntnisse, richterliche, s. Urtheile.
Eroberung 255 u. f. Wiedereroberung 257. jus postliminii 254. 270. 328. Gültigkeit der Regierungshandlungen eines Zwischenherrschers in einem eroberten Lande 258 u. f.
ErziehungsRegal 86.
EtappenVerträge 88 c.
Etiquette der Gesandten, vorzüglich in Hinsicht auf Audienzen 223 u. f.
Etrurien, Königin von -, 109 g.
Excellenz, Titel, 218. dessen Verweigerung 187 c.
Excommunication, s. Kirchenbann.
Execution, s. Vollziehung.
ExecutivGewalt, höchste, ihre Wirksamkeit gegen Fremde 56.
Exemtionen der Gesandten 205. 206. 209.
Exequien 155.
ExKönige 109. ihre Gesandten 175 d.
Exposés 112.
Exterritorialität, fremden Souverainen bewilligt 49. 54 b. 136. desgl. den Botschaftern 54 b. und andern frem-

den Gesandten 20. — bedingte für fremdes Eigenthum 124 b. 128 a.

F.

FamilienAllianzen 112.
Familientitel 111.
Familienverträge der bourbonischen Höfe 145 b.
FasanenInsel, s. Insel.
Favor necessitatis 44.
Feierlichkeiten, Staats-, öffentliche, 225.
Feindseligkeiten, Verträge über ihre verschiedenen Arten 278.
Ferrara 137 c.
Feste, zu Ehren eines fremden Souverains 115.
Feste Plätze, s. Fortificationen.
Festung, eingeräumt als Kriegshülfe 272. s. auch Capitulation u. Fortificationen.
Festungen, Schleifung ihrer Werke 137 c. 265.
Feudi imperiali, ihre Vereinigung mit Sardinien 27 c.
Fiction 3. 140. 141. 257 b. — eines allgemeinen Weltstaates 15. 35 c.
Finanzgewalt 68. Recht der Auflagen 68. Strafsen-, Geleite u. CommerzRegal 69. in Hinsicht auf die verschiedenen Zweige des Handels, insbesondere auf den Handel mit den Colonien 70. natürliche Handelsfreiheit, vorzüglich in Absicht auf andere Welttheile 71. Abschaffung des Sclavenhandels 72. MünzRegal 73. PostRegal 74. Bergwerk-, Forst- u. JagdRegal 75. WasserRegal 76. Strandrecht u. Recht der Bergung 77. IndustrieConcessionsRegal 78. LandesschutzRegal 79 u. f. LandesdienstRegal 81. FiscalGerechtigkeit, z. B. Heimfallsrecht 82. Rechte der Nachsteuer, des Abzugsgeldes u. der Confiscation 83.
Finland, seine Vereinigung mit Rufsland 27 f.
Fiocchi 225.
Fischer, ihre Neutralität, 274 c. 281 c.
Fiscus, seine Rechte 82.
Flagge 118. Kriegs — 275 d. neutrale —, ob sie die Ladung deckt 299—302.
Flaggenstreichen 117 a. 118.
Flofsgraben 76 b.
Flofsrecht 137 c.
Flüsse, Grenz-, 133 c. — die zu einem Staatsgebiet gehören 129. s. Schiffahrt.
Flufsgebiet 129.
Flufsschiffahrt, s. Schiffahrt.
Foedera 148. — limitum custodiendorum 149.
Forenses 79 b.
ForstRegal 75.
Fortificationen, ihre Einnahme u. Schleifung 137 c. 265. Verheerung derselben 262. BarrièrePlätze 137 c.
Fouragirung im Krieg 251.

Fourier, Gesandschaft, 189.
Franchisiae s. Franchitiarum jus 207.
Frankfurt, Grofsherzogthum, 30. — freie Stadt 29.
Frankreich, Königreich 29. sein Rang 96. ebendas. d u. e. 97. 100 a. 104 b u. c. 105. Titel seines Königs 111. Kaisertitel 108. seine Erklärung wegen seiner Titel 107 a. sein Reglement über die verschiedenen Grade seiner Gesandten 179 d. und über die Distinctionen in dem Dienst seines Ministerii der auswärtigen Angelegenheiten 179 d. seine Concordate 31 c. Sammlungen seiner Staatsverträge S. 12. s. auch Aachen.
Fraternitates 148 a.
Freies Schiff, freies Gut 299 — 302.
FreiCorps 267.
Freihafen 131 b.
Freistätte, s. AsylRecht.
Freiwillige 267.
Freizügigkeit 83.
Fremde, Recht wegen Verbrechen sie zu strafen 61 — 66. Polizei über sie 67. ihre Abgaben 68. ihr Handel 69. Schutz für sie 79. ihr Recht von einem fremden Staatsgebiet Gebrauch zu machen 135. ob sie Grundeigenthum besitzen u. erwerben können 136.
Fremdlingsrecht 82.
Freudenbezeugungen, öffentliche 115.
Freund, Titel, 110.
Friede, Recht des Friedens 317 u. ff. Definition des Friedens 319. Mittel dazu: Weg der Güte 319. Loos ebendas. Zweikampf ebendas. Unterhandlungen, gute Dienste u. Vermittlung 320. — Art und Ort der Unterhandlungen 321. Congrefs 321. Friedensbedingungen 322. Grundlage derselben ebendas. Friedensschlufs 322. Präliminär- u. DefinitivFriede 323. SeparatFriede ebendas. u. 270. Amnestie 324. Verbindlichkeit des Friedensschlusses 325. Friedensinstrument 326 u. f. Artikel, Genehmigung, Auswechslung, Unterzeichnung u. Besiegelung desselben 326. dritter Mächte Theilnahme, Beitritt, Einschliessung u. Garantie 327. Publication des Friedens 327. Protestation von dritten Mächten 327. Vollziehung, Erläuterung u. Auslegung des Friedens 328. Jus postliminii ebendas. Friedensbruch 328. ewiger Friede 329. VölkerTribunal 329.
Friedensbruch 328.
FriedensCongrefs, s. Congrefs.
FriedensPräliminarien 323.
Frische Haff 130 b.
Fürbitte im Kirchengebet 115.

Fürst, regierender, 128.
Fürsten, geistliche, 30. — untergeordnete, s. Halbsouveraine.
Fürstenthümer, unabhängige, in Europa 29.
Fulda, veräusserte Domainen das., 259 b
Fundation eines Staates 22.
Furets 189 f.

G.

Gabella emigrationis 83.
Gala, grosse, am Hofe 225.
Galanterie, Staats-, 90 b.
Garantie der Verträge 157 — 159. allgemeine 157 b. 158 b. 159. besondere 159. beschränkte 158 b. temporäre oder vorübergehende 159. — der Provinzen u. Staatsgebiete 157 d. der Souverainetät 22. 23. der Staatsverfassung, der Thronfolge, eines Anlehns 157 d. 51. — eines Friedensschlusses 327. — der Verträge über Religionsrechte 157 c. — einseitige und wechselseitige 158. die letzte eine gleiche oder ungleiche ebendas. Verpflichtungen aus der Garantie 159. 153 c. Cautelen in Absicht auf die Art der Hülfeleistung der Garants 159 g.
Garants, ihre Verpflichtung 159. 153 c. ob sie auch auf bestätigende Verträge sich erstreckt 153 c.
Garfagnana 33 d.
Garnisonrecht, als StaatsServitut 137 c.
Gastfreiheit für Gesandte 170 b.
Gastgerichte 58 e.
Gastmahl, Ceremoniel-, 327.
Gastos secretos 170 b.
Gebiet, s. Staatsgebiet.
Gebrauch der Völker, s. Gewohnheiten.
GeburtStand eines Gesandten 219 b.
Gefangene, s. Kriegsgefangene.
Gefangenschaft eines Monarchen 175 e. 142. 245.
Gefechte (Kriegs-) 264.
Gefolge eines Gesandten 188 u. f. Gesetze, Polizei u. Gerichtbarkeit, denen dasselbe unterworfen ist 212 u. f. seine Unverletzbarkeit 203 e. 207 a. seine Rechte nach dem Ableben des Gesandten 230.
GeheimerathsBefehle, grossbritannische, 311 a. 314 — 316.
Geisel 156. 247.
Geistliche Güter, in fremdem Gebiet 87.
Gelehrte, bekleiden Gesandschaftposten 187 c.
Geleitebrief 275.
Geleiterecht 69.
Gemahlin eines Gesandten 191. ob sie zu eigenem Hausgottesdienst berechtigt ist 216 c. Geschenke die sie erhält 225 f. Witwe 230.
Gemeinschaft, ursprüngliche 47.

Genealogie 8.
Genehmigung, s. Ratification.
GeneralGouverneure ihrRecht Gesandte zu schicken und zu empfangen 175 e. 176 a. ihr Recht Krieg zu führen 236.
Genua, vormalige Republik, ihr Rang 99 b. ihre königl. Ehren 91 b. stipulirt eine Mehrheit ihrer Gesandten 185 e. ihre Entschuldigungs-Gesandschaft 178 a. ihreVereinigung mit den Staaten des Königs von Sardinien 27 e. ihre Protestation dawider 162 c. ihr Freihafen 131 b.
Geographie 8.
Gerechte Sache, im Krieg, 241.
Gerichtbarkeit in fremdem Gebiet 55. 57—59.
Gerichtbarkeit der Consuln 174.
Gerichtbarkeit des Landes, ob u. in welchen Fällen ein fremder Gesandter derselben unterworfen ist 209—214.
Gerichtbarkeit, bürgerliche u. peinliche, eines Gesandten über sein Gefolge 212—214.
Gerichtbarkeit über Fremde, contentiose 58. in nicht streitigen Sachen, u. ihre Wirksamkeit im Ausland 57.
Gerisau, vereinigt mit dem Canton Schwitz 29 f.
Gerüchte, die einen Staat beleidigen 43.
Gesandschaft, Entschuldigungs-, Bettel-, Obedienz-, 178 a.
Gesandschaften, beständige 177 b. 180 c. u. d.
GesandschaftCanzleidirector 189.
GesandschaftCanzler 189.
GesandschaftCavaliere 189.
GesandschaftMarschall 189.
GesandschaftPrediger 189.
GesandschaftQuartier 192. dessen Unverletzlichkeit 204. QuartierFreiheit 207. Gesetze, Polizei u. Gerichtbarkeit für dieses Quartier 209 u. f. sein AsylRecht 208. Buchdruckerei darin 207 a u. g. 210.
Gesandschafträthe 189.
Gesandschaftrecht 169. Schriften darüber 169 b.
Gesandte 169. ihre zweifache Eigenschaft 170. ihr Gehalt ebendas. ehemalige freie Bewirthung derselben ebendas. ihre Durchreise durch fremdes Staatsgebiet 79 d. 176. 204. 223 b. —, vermittelnder Mächte, ihr Rang 99. — gekrönter Häupter, Reglement über ihren Rang 94 c. — Auskunftmittel für Rangstreitigkeiten unter Gesandten 105. Gesandte die ihrer vorzeigbaren Vollmacht gemäfs handeln 142. aber in Widerspruch mit ihrer geheimen Instruction 142 c. — Recht u. Pflicht Gesandte zu schicken 175. Gesandte ohne diesen Cha-

rakter 172. 175 d. Substitutions- oder Subdelegations-Recht der Gesandten 175 e. Recht u. Pflicht Gesandte anzunehmen 176. 186. 187. ihre Durchreise 176. 204. 223 b. 79 d. Weigerung Jemand als Gesandten anzunehmen 176. ebendas. b. 187. Auswechslung der Gesandten 176 b.

Verschiedenheit der Gesandten in Hinsicht auf ihre Macht, und die Dauer ihrer gesandschaftlichen Sendung oder Eigenschaft 177. nach ihren Geschäften 178. nach ihrem Rang 179 u. f. Botschafter 177. 180. Plenipotentiäre 177. 181. ordentliche u. ausserordentliche Gesandte 177. 180. 181 b. InterimsGesandte 177. 181. 228 a. 229. beständige Gesandschaften 177 b. 180 c u. d. GeschäftGesandte 178. Ceremoniel- oder Ehrengesandte 178. Gesandte für Entschuldigung 178 a. BettelGesandschaften 178 a. — verschiedene Classen der Gesandten nach ihrem Rang 179. Reglement deſshalb vom wiener Congreſs 179. u. von Aachen aus dem J. 1818 ebendas. Botschafter, päpstliche Legate u. Nuncien 180. Bailo 180 e. Envoyés 181. Ministres plénipotentiaires 181. Ministres - résidens, Ministres chargés - d'affaires, diplomatische Agenten u. Consuln 182. Gesandte, welche Consuln ernennen können 173 b. Gesandte des Papstes 180. 181.

Recht zu wählen 1) die Rangclasse der Gesandten 183. 184; 2) die Anzahl der Gesandten 185; 3) subjective Vereinigung mehrerer Gesandschaftposten 185; 4) die Person der Gesandten 186. — Erhebung eines Gesandten zu einer höheren Rangstufe 184. Eigenschaften der Gesandten 186. Damen als Gesandtinen gesendet 186.

Gefolge der Gesandten 188 u. f. 212 u. f. 203 e. 207 a. Canzlei 188. 189. GesandschaftGeistliche, Hauscapelle u. PrivatReligionsübung 189. 191. 215 u. f. militärisches Gefolge 189. Personen unter dem Schutz des Gesandten 197. 189. 212 a. Couriere 190. Familie u. Privatdiener des Gesandten 191. seine Gemahlin ebendas. u. 215 c. seine Privatdiener 191. 209. GesandschaftQuartier 192. Wappen des Souverains an solchem ebendas. Gepränge u. Pracht ebendas. Juden in seinem Gefolge 189 e.

Vollmacht und Creditiv 193 u. f. ihre Form 194. Verantwortlichkeit des Ge-

sandten 193 f. seine Empfehlungs- u. AdrefsSchreiben 195. gesandschaftliche Handlungen, in Absicht auf die eigene Geschäftordnung des Gesandten 197. Gerichtbarkeit über sein Gefolge 197. 212. Schutzertheilung an Unterthanen seines Souverains 187. 189. 212 a. Verhandlungen mit dem eigenen Staat 198. Berichterstattung 198 u. f. Depeschen ebendas. Geheimschrift (Chiffres) 199. Negociationen 200. Audienzen 201.

Repräsentativ- u. CeremonielCharakter des Gesandten 202. Vorrechte der Gesandten: 1) Unverletzbarkeit oder Heiligkeit 203. in Absicht auf das Gefolge 203 e. 207 a. Wagen 208. Correspondenz 203 e. Reisepässe 203 f. Abstufungen in dem CeremonielCharakter 202. Insultirung der Gesandten 203 e. 2) Exterritorialität 204. insonderheit AbgabenFreiheit 205 u. f. QuartierFreiheit 207. unterschieden von dem Asyl-Recht 208. Buchdruckerei in dem Hotel 207 a. 210. Befreiung von Gesetzen, Polizei u. Gerichtbarkeit des Landes 209—214. Wohnsitz u. Richter des Gesandten 204. Maasregeln im Fall seines Ablebens, u. sein Testament 209. Verhaftnehmung eines Gesandten 210 u. f. 208 c. 204 d. Schulden u. Wechselbriefe desselben 210 e. Vergehen desselben 211. kaufmännisches Gewerbe desselben 206. 210. Durchsuchung des GesandschaftQuartiers und der Wagen des Gesandten 207 a. und seiner Effecten 206. Aufsicht u. Gerichtbarkeit des Gesandten über sein Gefolge 212—214. 197 a. von ihm ausgestellte Pässe, u. sein Visa auf andere Pässe 212. Schutzangehörige des Gesandten 212 a. 3) CeremonielRechte 217—227. GeburtStand eines Gesandten 219 b. Excellenz 218. Rang der Gesandten, unter sich, am dritten Ort 219 u. ff. und im eigenen Hause 221. gegen dritte Personen 222. Etiquette, insbesondere in Absicht auf Audienzen 223. öffentl. Einzug 223. Staatsfeierlichkeiten, u. a. Auszeichnung 225. Ceremoniel-Besuche 226 u. f. Recht der Botschafter mit sechs Pferden zu fahren 224 u. f. und einen Thronhimmel zu haben 225.

Reise des Gesandten an den Ort seiner Bestimmung 223 b. Ende der Gesandschaft 228. insbesondere Zurücksendung 228. und

Zurückberufung des Gesandten 228. 229. und dessen Ableben 230. sein Nachlafs ebendas. Suspension seiner Verrichtungen 228. Aenderung in seinem diplomatischen Rang 184. 228. Gehalt, Büreau- u. Einrichtungskosten 170 b. ausserordentliche u. geheime gesandschaftliche Ausgaben 170 b. — Unterschied der Gesandten von Commissarien, Depütirten und Agenten 171. desgl. von heimlichen Emissären und geheimen Unterhändlern 172. Freiheit der Rückkehr eines Gesandten, bei dem Ausbruch eines zwischen den beiderseitigen Staaten ausgebrochenen Kriegs 245.

GesandtenTreppe 224.

Gesandter, bevollmächtigter 181 c.

GeschäftGesandter 178.

Geschäftträger 182. s. Gesandter.

Geschenke, womit die Staatsregierungen und Souveraine einander beehren 116. — die den Gesandten gegeben werden 225. ibren Gemahlinen ebendas. f. und den LegationsSecretären ebendas. gewöhnliche Geschenke, die der Pforte von den fremden Gesandten zugestellt werden 223. s. Pforte.

Gesellschaft, freiwillige, der Völker 15. 35 c.

Gesetze des Landes, ob u. in welchem Fall ein fremder Gesandter ihnen unterworfen ist 209.

Gesetze, ihre Verbindlichkeit für fremde Unterthanen 54. ihre Wirksamkeit im Ausland 55.

Geschichte der Staaten 7. — der politischen Begebenheiten 16 f. — neuere politische S. 38.

Geschichte der Wissenschaft des Völkerrechtes 10—17. — S. 1.

Gevatter, Titel, 110.

Gevatterschaften 115 g.

Gewalt, Weg der —, angewendet in Streitigkeiten unter Staaten 317.

Gewohnheiten der Völker oder Nationen 2. 3. ebendas. f. 34. 35. 49. 84. 90. 139 a. 113—122. 136.

Gleichgewicht, politisches, 6. 42. in Europa 237. — rechtliches 42.

Gleichheit der Nationen 89. insonderheit in dem Ceremoniel 90. Verzicht auf die Gleichheit 90 u. f.

Glückwunsch unter Souverainen 115. üb. Thronbesteigung 49. während des Kriegs 245.

Gnaden, Titel 110 g.

Goderike, grofsbritann. Gesandter, 187 d.

Görtz, les Dieux de-, 73 e. - seine Verhaftnehmung 211 f.

Gottesverehrung, öffentliche und private 87. Hausgot-

tesdienst der Gesandten 189. 191. 215 u. f. und ihrer Gemahlinen 216 c. Privat- u. Hausgottesdienst der Consuln 173 d. 174 c. Gegenstände zur Gottesverehrung gehörig, ihre Schonung im Krieg. s. auch Concordate u. Religion.
Gräber, deren Beraubung 244.
Grausamkeit, im Krieg 243 b.
Grenzcharten 133.
Grenzen der Staatsgebiete, natürliche u. künstliche 133. öffentliche und private, politische, geistliche, militärische u. s. w. 133. System der natürlichen u. militärischen Grenzen 6 c. Grenz- u. BarriereVerträge 133. 137 c. Verbrechen auf der Staatsgrenze 62. 63. s. auch Thalweg.
Grenzflüsse 133 c. s. Thalweg.
Griechen, die alten, ihre Kenntnifs des Völkerrechtes, 10. 13.
Grofsbotschafter 180.
Grofsbritannien, Königreich 29. sein Grundsatz wegen des Ranges 96 a. 99 a. 104 b. sein Rang 96. sein Kaisertitel 108 f. Titel seines Königs 111. seine EntschuldigungsGesandschaft 178 a. seine Ansprüche in Absicht auf den Seegrufs 122. seine Grundsätze und sein Benehmen in Hinsicht auf den Handel der Neutralen 302. 308. 310. 314—316. (Man s. auch ContinentalSystem u. GeheimeRathsOrdres.) Sammlungen für seine Staatsverträge S. 13. s. auch Aachen.
Grofsherzog, Titel 109. seine königl. Ehren 91. sein Titel Königl. Hoheit 109. sein Brudertitel 110. Rang der Grofsherzoge, im Verhältnifs zu dem Kurfürsten von Hessen 98. Bewilligungen des grofsherzogl. Titels 107 c.
Grofsherzogthümer in Europa 29. ihre königl. Ehren 91. Oldenburgs grofsherz. Titel 29 c.
Grotius, seine Verdienste um das VR. 14.
Groundage 76.
Gründung eines Staates 22.
Grundruhr 77.
Guarandi 155.
Guebriant, maréchale de, 186 b.
Guerchy, Graf, CriminalVerfahren wider ihn, 211 c.
Gütliche Uebereinkunft 319.
Gutachten, völkerrechtliche, S. 33.
Gyllenborg, schwedischer Minister, dessen Verhaftnehmung 211 f.

H.

Hafen, bloquirter 297. s. Seehafen.
Halbsouverainer Staat 24. 25. 30. 33. 98. 138 a. s. auch Staat.

Hamburg 29.
Hanau, veräusserte Domainen das. 259 b.
Hand, s. Oberhand.
Handbücher über das VR. 14. 16. — S. 27.
HandelsAgenten 173 u. f.
Handelsgesellschaften 70 d. 71 a. 132 c. — octroirte, ihr Kriegsrecht 236 b. — ob sie Consuln bestellen können 173 d.
Handelsrecht 69. in Hinsicht auf die verschiedenen Handelszweige, insonderheit den ColonialHandel 70. natürliche Handelsfreiheit, vorzüglich in Beziehung auf andere Welttheile 71. mit den Indiern ebendas. Handelsgesellschaften 70 d. 71 a. ob sie Consuln bestellen können 173 b. Abschaffung des Sclavenhandels 72. Nützlichkeit der Handelsfreiheit 69 a. ob ein Staat Handel in fremdem Lande begehren könne 135 u. f. Handel eines fremden Gesandten 206. 210. Handel während des Kriegs 247. 252. Handel der Neutralen 287 u. f. 291. mit bloquirten Orten 297. Maasregeln dawider 297. Handelsverträge 149 — 151. geschlossen für die Friedenszeit 151. und für die Kriegszeit 152.
Handels- und Seestädte, ob sie Consuln bestellen können 173 b.
Handelswaaren, verbotene, ob ein fremder Gesandter sie einführen darf 205 a. 206. transportirte während des Kriegs 252. von Neutralen dem Feind zugeführte 289 u. f.
Hannover, Königreich, 29. sein Rang 97. Titel seines Souverains 107 c.
Hansestädte 29. ihre Seegesetze 288 b. s. auch Städte, freie.
Hauscapelle eines Botschafters 189. 191.
Hautesse, Titel, 109.
Heilige Allianz, s. Allianz.
Heiligkeit, Titel, 110.
Heiligkeit eines Gesandten 203.
Heimfallsrecht 82. 135. 230.
Heinrich IV., seine Politik 12. Plan, Europa in eine gewisse Anzahl von Staaten zu theilen 329 a.
Herrenloses Gut 124. s. Adespota.
Herzogthümer, in Europa, 29.
Hessen, Grofsherzogthum, 29. Kurfürstenthum 29.
HessenHomburg, Fürstenthum, 29. sein Titel 107 c.
Hessen, Kurfürst, sein Benehmen gegen die Erwerber von Staatsdomainen während der fremden Zwischenherrschaft 258 u. f. s. Kurhessen.
Hessen, Kurfürstenthum 29.
Hetrurien, Königin von —, 109 g.
Heurathen, s. Vermählungen.

Hochmögende, Titel, 110 e.
Hobbes, erklärt sich wider die Darstellung des Völkerrechtes 14.
Hoheit, Titel, 109. Königliche — ebendas.
Hoheit, kaiserliche, königliche, u. s. w. 109. 110.
HohenzollernHechingen und — Sigmaringen, Fürstenthümer 29.
Holland, sein Rang, 97. 99 b. 100 a. seine königl. Ehren während seiner republikanischen Staatsform 91 b. Titel seiner vormaligen GeneralStaaten 110 e. Sammlung von Abhandlungen über seine Revolution von 1788, S. 24. s. auch Niederlande.
Holstein, Herzogthum, 29.
HolsteinOldenburg, Herzogth., 29. Grofsherz. Titel ebend. c.
Honneurs militaires für Gesandte 225.
Honneurs royaux, s. Ehren.
Honores regii, s. Ehren.
HospitalInsel, s. Insel.
Hospodare, der Wallachei u. der Moldau, ihr Recht charges-d'affaires zu haben 175 b.
Hülfe, dem Feind von fremden Mächten geleistet 269. 270. partiale 271 u. f.
Hülftruppen 271. s. Subsidien.
Hünningen, Schleifung seiner Festungswerke 137 c.
Hypothek auf Staatsvermögen 140.

I.

Idiomatis jus 113 a.
Idiome, s. Sprachen.
Illyrien, Königreich, 29 a.
Immunität der Gesandten von öffentl. Abgaben 205.
Imperium christianitatis 13.
Inauguration eines Souverains 48.
Incognito 49 a. 105. 115. 136 b.
Incorporation eines Staates 27.
Indien, s. Ostindien.
Indigenat 79. 136.
IndustrieConcessionen 78.
Inhibitorien 240.
Injurien, einem Staat zugefügt 43. 62.
Insel, Caritte oder Conferenz-Insel, FasanenInsel, Hospital-Insel 105 b. 167 b.
Insel, verlassene, 140.
Inseln, schwimmende 134 a. jonische, s. Jonische Inseln.
Instruction 112. — eines Gesandten 196. — geheime, für Unterhandlung eines Staatsvertrags 142 f.
Instruction, geheime, eines Gesandten, 142 c.
Insurrection 52. 235 a. 243 a. 244.
Intercession fremder Mächte 87 b. Zusätze.
Interessen, s. Zinsen.
InterimsGesandter 177. 228 a. 229.
Internuncius 181. 189 c.
Intervention, s. Dazwischenkunft.
IntestatErbfolge der Fremden 54 a.

Introducteur des ambassadeurs 224 c.
Invaliden 248 a.
Inventar über den Nachlafs eines Gesandten 230.
Inviati 181.
Irland, s. Grofsbritannien.
Italien, dortige souveraine Fürsten, ihr Recht Gesandte vom ersten Rang zu schicken 138 c. Sammlungen der Staatsverträge italiänischer Staaten S. 14.

J.

Jagdgerechtigkeit 75.
Jäger, zur Heerfolge aufgebotene 267.
Jeannin, Peter, Gesandter 187 c.
Jenibelli, Erfinder der Höllenmaschine 244 e.
Jever, Herrschaft, ihre Vereinigung mit Oldenburg 27 f.
JohanniterOrden, s. Malteser-Orden.
Jonische Inseln, vereinigte Staaten der —, 27 d. 29 f. 33 f.
Joseph, Pater Capuciner, 172 b. (Zusätze).
Journale, politische, 8. 16. — S. 39.
Juden, die alten, ob sie das VR. kannten 10.
Juden, im Gefolge eines Gesandten 189 e.
Jus conservadores 173 c.
Justizgewalt, ihre Unabhängigkeit von jedem fremden Staat 57 u. f.

K.

Kaiser, Titel, 108. ebendas. f.
Kaiser, römisch - teutscher, sein Rang 95. 96 d.
Kant, seine Verdienste um das VR. 15.
Kaper 260 u. f. 248 a. 267.
Kartätschen 244.
Kirche, SouverainetätsRechte über sie 87.
Kirchenbann, zu Verstärkung der Verträge 155.
Kirchengebet 115.
Kirchenhoheit 87.
Kirchenväter, ihr Einflufs auf das VR. 13.
Kniphausen, Herrschaft 29 d.
König, Titel, 109.
Könige, ihre Ehrenvorzüge 91. gewesene — oder Ex-Könige 109. ihre Gesandten 175 d. TitularKönige 109.
Königreiche, in Europa, 29.
Königstein, Festung, NeutralitätsVertrag defshalb 281 c.
Krankheit eines Monarchen 175 e.
Kreuzer oder Kreuzfahrer 260 u. f.
Krieg, Rechte der Staaten im Kriegszustande 231 u. f. Bedingungen an welche die Ausübung des Kriegsrechtes gebunden ist 233. Distinctionen 234. Arrest u.

Beschlag auf Schiffe, retorsio facti et juris vel legis, Repressalien, Androlepsie, Talion, Zweikampf zwischen Völkern und ihren Souverainen 234. verschiedene Bedeutungen des Wortes Krieg 235. Offensiv- u. Defensiv-, Land- u. Seekrieg 235. Privat-, öffentlicher u. vermischter Krieg ebendas. a. innerer, Civil- u. ExecutionsKrieg ebendas. a. das Recht Krieg zu führen ein Majestätsrecht 236. wird zuweilen einem Gouverneur übertragen 236. Privatkrieg der Souveraine 50 b. der Krieg muſs gerecht seyn 237. sein Zweck ebendas. ungerechter Krieg ebendas. Beispiele ebendas. e. Krieg zum Vortheil u. auf Verlangen eines dritten Staates 233. förmlicher Krieg 237 a. Ursachen u. Beweggründe des Kriegs ebendas. d. 41. 42. Religionskrieg 237 e. Strafkrieg ebendas. Einmischungskrieg ebendas. Kriegserklärung 238. clarigatio ebendas. Waffenherolde ebendas. b. Bekanntmachung des Kriegs und Manifest 239. Mémoires justificatifs u. Exposés de conduite 239. Dehortatorien, Inhibitorien u. Avocatorien 240.

1) Rechte des gerechten Feindes, sind von unbegrenztem Umfang 241. Vertilgungskrieg ebendas. a.

2) Dauer und Schauplatz des Kriegs 242.

3) Mittel dem Feind zu schaden: a) nach Kriegsmanier u. KriegsRaison überhaupt 243. Kriegsmanier u. KriegsRaison ebendas. u. f. Grausamkeit 243 b. vergiftete Waffen 244 e. Machine infernale ebendas. e. — b) in Hinsicht auf feindliche Personen, insonderheit den Regenten, dessen Familie und Gesandte 245 u. f. und Andere, die nicht zu dem Wehrstand gehören 246 u. f. oder solche, die zu dem Wehrstand gehören 248. namentlich Kriegsgefangene 249. — c) in Ansehung feindlicher Rechte u. Sachen; Vertragrechte 250. occupatio bellica 250. Fouragirung, Kriegsfuhren, Requisitionen, Lieferungen, Contribution, Brandschatzung 251. mildere Grundsätze, namentlich in Ansehung des Embargo auf Schiffe u. Waaren, der Handelsgüter, GeldCapitale, Renten und Zinsenzahlungen 252. Beute 253 u. f. Prisen im Seekrieg 254. Eroberung 255 u. f. Wiedereroberung 257. jus postliminii ebendas. 254. 270. 328. Gültigkeit der Regierungshandlungen des

Zwischenherrschers in einem eroberten Land, wenn in diesem die Oberherrschaft seines vorigen Regenten wieder eingetreten ist 258 u. f. Caper, Kreuzer u. Seeräuber 260 u. f. Verheerung 262. Plünderung 262. 263. — d) KriegsOperationen 264 u. f. Gefechte u. kleiner Krieg 264. Landung an feindl. Küsten, Besetzung des feindlichen Gebietes, Ueberrumpelung, Bestürmung, Berennung, Bloquade, Belagerung, Einnahme, Besetzung u. Schleifung fester Plätze 265. Kriegslist, Spione, Ueberläufer, Deserteure 266. rechtmäsige Krieger, Frei-Corps, Landsturm, aufgebotene Vassallen u. Jäger 267. — e) Kriegshülfe von dritten Staaten 268 u. f. allgemeine Kriegshülfe, durch gleichmäsige Kriegsführung. SeparatFriede 270. particuläre Kriegshülfe, durch Hülftruppen, Kriegsschiffe, SubsidienGelder u. s. w. 271 u. f. Einräumung einer Festung, eines Hafens, des Durchmarsches, der Werbung, Sendung von SubsidienGeldern, Lieferung anderer Kriegsbedürfnisse 272.

4) Kriegsverträge 273. Salvegarden, Verträge über Neutralität, über Auslösung u. Auswechslung der Gefangenen 274. ContributionsVerträge, Cartele, Parlementäre u. unerlaubte Waffen 275. Capitulationen 276. WaffenstillstandVerträge 277 u. f. Feindseligkeiten, Verträge deſshalb 278. politische Missionen während des Kriegs 229 f. s. auch Glückwunsch.

KriegsContrebande 288. 290.

KriegsContribution 251 u. ebendas. c. 275. Verträge deſshalb 165 a.

Kriegsfuhren 251.

Kriegsgefangene 249. 248. ebendas. c. 244. 266 u. f. ihre Auslösung u. Auswechslung 274. Conventionen deſshalb ebendas. gefangene Souveraine 142. 245.

Kriegsgerichte, in fremdem Gebiet 55 c.

Kriegskunst 7.

Kriegslist 266.

Kriegsmanier 243.

Kriegsraison 243.

Kriegsschiffe s. Schiffe.

Kriegsverträge 273. 142. ebendas. d.

Kronprinz, sein Titel, 111.

Krönung eines Souverains 48.

Kryptographie 7. 199 a.

Kugeln, Stangen- und Ketten —, 244. ebendas. a. glühende 244 a.

Kunstgegenstände, werden im Kriege geschont 253.

Kurfürst, Titel, 109. 107 c.

Kurfürsten des vormaligen teutschen Reichs, ihr Rang 98 e. 103 a. 105 b. 109 g. ihre königlichen Ehren 91. ihr Recht Gesandte vom ersten Rang zu schicken 183 c. 185 b, c u. d. 187 a. Ceremoniel ihrer Botschafter 227 a.

Kurfürstenthum Hessen 29. s. Kurhessen.

Kurfürstenthümer, ihre königlichen Ehren 91.

Kurhessen 29. sein Rang im Verhältnifs zu den Grofsherzogen 98. seine Titel 107 c. 109. 110. s. auch Hessen.

Kutsche eines Gesandten 204. 208 c. sechsspännige eines Botschafters 224. 225.

L.

Lagunen 131.

LandesdienstRegal 81.

Landesgesetze, s. Gesetze.

Landesherr 128.

Landeshoheit, untergeordnete u. vertragmäsige 26.

Landfriedensbruch 135.

Landhude 267 c.

Landmiliz 267.

Landsassiatus plenus 79 b.

Landschreye 267 c.

Landseen 131.

Landstände, teutsche, ihre Agenten u. Abgeordneten 175 d u. e. s. Reichsstände.

Landstreicher, ihre Auslieferung 66.

Landwehr 248 a. 267 c.

LateralOrdnung 103.

Laudum 318.

Lautia publica 170 b.

Legati 181. magni 180. — papales 1) dati, sivo a latere sive de latere, 180. 2) nati 180 c.

Legatio obedientiae 49 a.

LegationsCopist 189.

Legationsräthe 189.

LegationsSecretär 188. 210 b. wird zuweilen zum Gesandten ernannt 187. sein Creditiv 194 f. er erhält bisweilen Geschenke 225 f.

Legisten 13.

Legitimität s. die Zusätze, zu §. 48, Note b.

Lehn, kein europ. Staat ist es jetzt 31. Beispiele von zu Lehn gegebenen Staaten 33.

Lehen, die von einem fremden Staat releviren 22.

Lehen, Souverainetätsrechte über sie 88.

Lehnhoheit 88.

Lehrbücher über das VR. 14. 16. — S. 26.

LeichenTransport in fremdem Gebiet 87 c.

Lettres de marque 236 c. 260.

Levante, Consuln daselbst, 173. 174 c.

Lex oblivionis. 324.

Licenzen 313 a. 315 b.

Lichtenstein, Fürstenthum, 29.

Liebden, Titel, 110.

Lieferanten 247 c.

Lie-

Lieferungen im Krieg 247. 251. bewilligt als Kriegshülfe 272.
Lilienstein, Capitulation von —, 273 b. 276 b.
Lindau, Verpflichtung es zu befestigen, 137 c.
LinealOrdnung 102.
Linke Hand, s. Oberhand.
Lippe-Detmold, Fürstenthum, 29.
Literatur, Gegenstände derselben, werden im Krieg geschont 253.
Litispendenz, ihre Wirkung im Ausland 59.
Literatur des Völkerrechtes 16. 18. — S. 2.
Litterae marcae 260.
Littoris jus 77.
Livres de bord 294.
Loi de guerre 244. 249 a.
Lombardisch - venetianisches Königreich 29 a.
Lösegeld 274.
Loos, Mittel zu Beilegung der Streitigkeiten unter Staaten 319. Auskunftmittel bei Rangstreitigkeiten 104 a. 106.
Losung 118.
Lotterien, fremde, 78.
Lucca, Herzogthum, 29. 33 d. — Fürstenthum 33. seine Erhebung in ein Herzogthum 107 c.
Lübeck 29.
Luther, Einfluſs seiner Reformation auf das VR. 13.
Luxemburg, Groſsherzogthum, seine Vereinigung mit dem Königreich der Niederlande 27 c. Titel seines Regenten 107 c.
Lytrum 274. — incendiarium 275.

M.

Machine infernale 244 e.
Macht, durch Neid, s. Puissance d'envie. — der Meinung 35.
Macht, ihr Anwachsen, 41. 42. 46.
Mächte, Continental- und See —, 32. ihre Classification 32 b. s. Staaten.
Madrid, Tractat von —, zwischen Carl V. u. Franz I. 124 h.
Mailand, Herzogthum, sein Concordat 31 c.
Majestät, die höchste Würde 21. Titel 109.
MajestätsTitel 109.
Malta, Insel, 30.
MalteserOrden 30. Titel des Groſsmeisters 110. dessen Recht Gesandte vom ersten Rang zu schicken 183. seine königlichen Ehren 91 b.
Mandatum cum libera 193. ibid. c. — ad omnes populos 193 c.
Manifest 112. 239. Gegen-Manifest ebendas. NeutralitätsManifest 281 a.
Mantueof, russ. Gesandter, wird insultirt 203 e. seine Verhaftnehmung 210 e.
Mar del Zur 132.
Maraudeure 263. 264. 275.
Mare liberum 132.

Mare proximum 130.
Markbriefe 236 c. 260.
Mars exlex 241 a.
Massa, Herzogthum 29. 33 d.
MecklenburgSchwerin und — Strelitz, ihre Titel 107 c.
MecklenburgSchwerin, Grofsherzogthum 29.
MecklenburgStrelitz, Grofsherzogthum 29.
Mediation, s. Vermittlung.
Mediateur, s. Vermittler.
MediatGüter eines Staates 124 a.
Meinung, öffentliche, 35.
Meliorationen, s. Verbesserungen.
Methode in Bearbeitung des VR. 9 c.
Meer, britannisches, Nord-, baltisches, mittelländisches, adriatisches, ligurisches, schwarzes, rothes 132 b. Süd- 132. — de Marmora 131 a. baltisches ebendas. — eingeschlossenes in die Grenzen desselben Staates 128. geschlossenes 130 u. f. schwarzes 131 a. offene See oder Ocean 130. 132. dessen Freiheit ebendas. nächstangrenzendes Meer 130.
Meerbusen 130.
Meerengen 130 u. f.
Memoiren, historische S. 36. 37.
Mémoires raisonnés 112.
Memoriale 112.
Mesires modue 162 f (Zusätze).
Messine, Meerenge von —, 131 a.
MilitärStrassen 137 c.
Minderjährigkeit eines Monarchen 175 e.
Mifsheurath der Souveraine 116.
Missionen, politische, s. Gesandte.
Mittelbares Staatsvermögen 124 a.
Mittelländisches Meer 132 b.
Modena, Herzogthum, 29.
Moldau, Fürstenthum, 33. s. Hospodar.
Monaco, Fürstenthum, 22 d (Zusätze). 29 (Zusätze).
Monarchie, Universal-, 42.
Monarchien in Europa 29. 30. Erb-, Wahl-, Erbwahl- 30.
Monti, Marquis v., franz. Minister, seine Verhaftnehmung 211 f.
Moral oder inneres Recht der Nationen 2. ihr Verhältnifs zu der Politik 2 d.
Moser, J. J., seine Verdienste um das VR. 15.
Münzen, Noth-, 73 c. symbolische 73 e.
MünzConvention 149.
MünzRegal 73.
Musterrolle 294.
Mutmassung 3. 141. s. Vermuthung.
Mutter, Titel 110 g.
Myntlecken 73 e.

N.

Nachbar, Titel 110.
Nachlafs eines Gesandten 230.
Nachfolger s. Thronfolger.

Nachsteuer 83.
Napoleon Buonaparte, sein Eroberungsgeist 12 a. sein ContinentalSystem 311—313. 316. Titel desselben, seiner Gemahlin u. seiner Familie 109 g. Erklärung der Mächte in Beziehung auf seine Entweichung von Elba 165 c.
Nassau, Herzogthum, 29.
Nation, Bedeutungen dieses Wortes 1 a. 20.
Nationen, freie, ihre Definition 1. ihre Gebräuche, s. Gewohnheit.
NationalGarden 267.
NationalOekonomie 7.
Naturalisation 84 a. s. Indigenat.
NavigationsActe Grofsbritanniens und der Vereinigten Staaten von NordAmerika 69 d.
Neapel, Königreich 29. ein Lehn des heil. Stuhls 22 c. seine Vereinigung mit Sicilien 27 d. sein Concordat mit dem Papst 31 c. s. auch Sicilien.
Necessitatis jus 44.
Negerhandel, dessen Abschaffung 72.
Negociationen, s. Unterhandlung.
Neufchatel, Fürstenthum, 30. 33.
Neutrale, Confiscation und Verkauf ihrer Effecten durch eine der kriegführenden Mächte 254 b. s. auch Neutralität.
Neutralität, ihre Definition u. Umfang 279. — natürliche u. vertragmäsige, freiwillige u. obligatorische 280. immerwährende 280 a. 22 d. vollständige u. unvollständige, allgemeine u. partiale 281. bewaffnete u. unbewaffnete, zu Land u. zur See 282. NeutralitätsVerordnungen 280 c. Neutralität von Cracau und der Schweiz 280 a. 22 d. NeutralitätsVerträge 274. 149. Pflicht der kriegführenden Mächte gegen die neutralen 283.
Rechte neutraler Staaten, im Verhältnifs zu den kriegführenden: 1) in dem neutralen Gebiet 285. — 2) in feindlichem Gebiet 286. Beschlag auf Schiffe ebendas. dortige Immobilien einer neutralen Macht, oder ihrer Unterthanen ebendas. — 3) in Hinsicht auf Handel, nach natürlichem VR. 287. nach europäischem 288. KriegsContrebande 288 — 290. Rechte der einen kriegführenden Macht, in Absicht auf die der andern von Neutralen zugeführten Waaren 289 u. f. Seehandel der Neutralen 291—294. Visitation neutraler Handelsschiffe 293 u. f. gerichtliche Erörterung u. Entscheidung der PrisenFälle 295. richterliche Competenz

in PrisenSachen 296. Handelsverkehr mit bloquirten Orten 297. nachtheiligeWirkung desselben 298. feindliche Güter auf neutralen, neutrale Güter auf feindlichen Schiffen 299. positive Bestimmungen darüber 300 u. ff. ob das Schiff oder die Flagge, die Ladung (die Waare) deckt 299 — 302.

Bewaffnete Neutralität, zum Schutz der neutralen Flagge: 1) seit 1780, Geschichte u. Grundsätze der bewaffneten Neutralität 303 u. f. Schicksal dieser Neutralität 305 u. f. — 2) seit 1800, 307. wird verdrängt durch neuere Verträge 308. von Rufsland verdrängt, u. abermal aufgegeben, so wie auch von Schweden 309. — Neue Beschränkungen der Schiffahrt und des Seehandels: a) durch Englands Betragen gegen die Neutralen 310. Bloquade auf dem Papier, per notificationem, und de facto, ebendas. b) durch das französische Continental- und brittische BloquadeSystem 311.

Französisches Continental-System, nach Decreten, aus Berlin 1806, 312. und aus Mailand 1807, 313. Ende desselben 316. — Englisches geschärftes Bloquade-System 314 u. f. englische GeheimerathsOrdres 311 a. 314 — 316. Man s. auch Schiffe.

Netze, Flufs, 137 c.

Nichtstreitende 247.

Niederlande, Königreich der —, seine Vereinigung mit dem Grofsherzogthum Luxemburg 27 c. und mit den belgischen Provinzen 27 f. Titel seines Souverains 107 c.

Niederlande, vormalige Vereinigte, ihr Recht Gesandte vom ersten Rang zu schicken 183 a. 185 b. ihre Grundsätze über den Handel der Neutralen 304 b. 305 u. f. Sammlungen für ihre Staatsverträge S. 15. s. auch Holland.

Niederrhein, dessen grofsherzoglicher Titel 107 c.

Niemand gehörige Sachen, s. Res nullius.

Non-combattans, in einer Armee 247.

NormalJahr 322.

Norwegen, seine Vereinigung mit Schweden 27 d. seine Verträge S. 21.

Nos, Titel, 111.

Noten, verschiedene Arten derselben 112. Verbal — 200.

Nothmünzen 73 c.

Nothrecht 44.

Nothzucht 244.

Nous, Titel, 111.

Nürnberg, seinUnterwerfungsvertrag von 1796, 142 d.

Nuncien, päpstliche 180. 186 a.

ihre GesandschaftSecretäre 188 c. ihr Rang 219. ebendas. d.
NutkaSund, Handel damit, 71 a.

O.

Obedientiae legatio 49 a. 178 a.
ObedienzGesandschaften, s. Obedientiae legatio.
Oberaufsicht 53.
Oberhand 101. linke Hand 101 a.
Oberstelle 101.
Obmann 50 b. 318.
Obsides, s. Geisel.
Obstagium 115.
Occupatio bellica 255 u. f. 250. 265.
Occupation 47. originäre u. derivative 125. — des feindlichen Landes 265. und Schleifung der festen Plätze ebendas.
Ocean 130. seine Freiheit von aller Souverainetät 132. Rechte der souverainen Staaten auf ihn 47. 132.
Octroi der Rheinschiffahrt 137 e.
Oeffentlich, Bedeutung dieses Wortes 2.
Oeffentliche Meinung 35.
Oeffentliches Recht, verschiedene Bedeutungen dieses Wortes 2.
Oeresund 131 a.
Oestreich 29. Vereinigung seiner Staaten 27 d. dessen Staaten 29 a. Flüsse 76 b. sein Rang 96. im Verhältniſs zu Frankreich 96 e. sein Titel Empire 96 e. welchen Rang es den Republiken einräumte 99 a. sein Internuncius 181. seine Grundsätze in Beziehung auf den Handel der Neutralen 304 b. 305 u. f. sein Verbot des gesandschaftlichen Hausgottesdienstes in Wien 215 c. Man s. auch Aachen.
Officia, s. Bona officia.
Offiziere, kriegsgefangene 249. auf Werbung 172 e.
Oldenburg, Herzogthum, 29. Groſsherzogthum 29 c. groſsherzoglicher Titel 29 c. 107 c. s. auch Jever.
Oleron, seine Seegesetze 288 b. 292.
Operationen, Kriegs-, 264 u. f.
Opinion publique 35.
Oratores 180.
Orden, s. MalteserOrden u. Teutscher Orden.
Orden, Ritter-, 116 a.
Orders of council, groſsbritannische, 311 a. 314—316.
Ordnung, Lineal-, 102. Lateral-, 103.
Ossat, Cardinal, Gesandter 187 c.
Ostende, HandelsCompagnie daselbst 71 a. 132 c.
Ostindien, dessen Handel, 71. s. auch GeneralGouverneur.

P.

Pacta bellica 273.

Pacta securitatis 155.
Pactum aeternum 322. 329.
Pactum tertii 162.
Padischah, Titel 108.
Pässe 212. 136 b. — fremden Gesandten ertheilt oder verweigert 176 c, — von Gesandten ertheilte 212.
Pagen der Gesandten 189.
Pamphlets, beleidigende 43.
Papiergeld 73.
Papiers de mer 294.
Papst, als kathol. Kirchenoberhaupt ist er in einzelnen Staaten den weltl. Regenten untergeordnet 87. seine Concordate mit diesen 31. seine Protestationen wider ihre Staatsverträge 162 c. 165 c. Einfluſs seiner Anmassungen auf das VR. 12, 13. seine Staaten 29. 30. seine politischen Verhältnisse 34. seine puissance d'envie 35 b. sein Titel 110. sein Rang 95. seine Rangordnung für die Souveraine 94. seine Erwählung 48 e. wird zum Obmann erwählt 50 b. ertheilte ehehin Königstitel 109. u. religiöse Titel 111. erkennt die Unabhängigkeit von San Marino 29 f. weigert sich die preussische Königswürde anzuerkennen 107 c. zieht auf der Landcharte eine DemarcationsLinie, um ein ausschliessendes Privilegium zu Entdeckungen u. Besitzergreifungen zu verleihen 126 a. spricht Souveraine von ihren Eidschwüren los 155 c. verbietet die Zufuhr der Waffen an feindliche Mächte 288 b. bedient sich der latein. Sprache 114 a. Gegenstände, die er zu Geschenken wählt 116 a. beschränkt das AsylRecht der Gesandten 208 b. nimmt ihnen das Vorrecht, in ihren Quartieren Buchdruckereien zu haben 210 g. seine Bulle, betr. die Quartierfreiheit der Gesandten 207 b. Audienzen, die er den Gesandten ertheilt 224 b. denen, die unter franz. Herrschaft NationalGüter erworben hatten, läſst er diese 259 b. — seine Gesandten 180 u. f. sein Recht Gesandte vom ersten Rang zu schicken 183 a. Rang seiner Nuncien 219 ebendas. d. Secretäre derselben 188 c. er schickt nur Katholiken als Gesandte 187 a. ObedienzGesandschaften, die er ehedem von den Souverainen begehrte 178 a. CardinalProtectoren, die bei ihm accreditirt werden 172 d. 182 f. etliche Mächte sind berechtigt, die Person zu benennen, die er ihnen als Nuncius senden soll 186 a.
Pardon 64. den Kriegsgefangenen verweigert 244.
Parga, Stadt und Festung 33 f.

Parlementäre 172 e. 247 c. 275.
— Boote 275.
Parma, Herzogthum, 29. Succession daselbst 48 d.
Parteigänger 263. 267.
Partis-bleus 263.
Patronatrecht, in fremdem Staatsgebiet 87 c.
Pechkränze, 244 a.
Pépinières diplomatiques 7 a (Zusätze).
Persönlichkeit, freie u. moralische 36. politische 45.
Pest, dem Feind gesendet, 264.
Pfand, Mittel Verträge zu verstärken 156.
Pfeifer 247 f.
Pferde, sechs, Recht der Botschafter damit zu fahren 225.
Pflanzschulen, diplomatische 7 a. (Zusätze).
Pforte, ottomanische, 29. ihr Titel 110. Titel ihres Sultans 108 u. f. Titel die sie anerkennt 108 b, c u. f. ihre Grundsätze über den Rang 97. 101 b. ob sie ein positives europ. VR. einräumt 1 d. 35. ihre Staatsform 30. Sprache deren sie sich in Unterhandlungen u. Verhandlungen bedient 113 b u. d. 114. Geschenke die sie erwartet 116. Geschenke die sie von fremden Gesandten empfängt 223. ihre Handelsverträge 150 a. Sammlungen für ihre Staatsverträge S. 17. mit christlichen Mächten schloſs sie ehehin nur Waffenstillstand 278 b. ihre Gesandte 170 b. ihre Auswechslung der Gesandten 176 b. Dolmetscher der bei ihr accreditirten Gesandten 189. Bailo der bei ihr residirte 180 e. Consuln in ihren Staaten 174 c. 175 b. den Botschaftern giebt sie den Cafftan 224. Gerichtbarkeit der bei ihr residirenden Gesandten 213 e u. d. und ihr Hausgottesdienst 215 c. Empfehlungsbriefe die bei ihr accreditirte Gesandte mitbringen 195 a. die Gesandten der mit ihr in Krieg befangenen Souveraine läſst sie gefangen setzen 203 g.
Philosophie, scholastische 13.
Piacenza, Herzogthum, s. Parma.
Piacenza, Festung, östreich. Besatzungsr. darin 137 c.
Piombino 33.
Plato, seine Beschäftigung mit dem VR. 13.
Plenipotenz 193.
Plünderung 262. 263.
Po, Fluſs, 76 b.
Podgorze, Stadt 26 c.
Polen, vormalige Republik, Rang ihres Königs 104 a. ihre Unabhängigkeit von Ruſsland 138 a. 141 d. Sammlungen ihrer Staatsverträge S. 16.
Polen, jetziges Königreich, seine Vereinigung mit Ruſs-

land 27 d. Titel seines Souverains 107 c. seine Flüsse u. Canäle 76 b u. c.
Politik, ächte u. falsche 2 e. Schriften darüber 7 c.
Polizei, über Fremde 67. ob u. in welchen Fällen ein fremder Gesandter ihr unterworfen ist 209. — eines Gesandten über sein Gefolge 214.
PolizeiSoldaten 248 a.
Pontecorvo, Fürstenthum, 33.
Portugal, Königreich, 29. seine Vereinigung mit Brasilien u. den beiden Algarbien 27 d. 29 b. sein Titel 111. Rang 96. 104 e. sein vom Papst erlangtes ausschliessendes Privilegium zu Länderentdeckungen u. Erwerbungen 126 a. seine Grundsätze über den Handel der Neutralen 304 b. 305. seine Verordnung über das Recht der Botschafter mit sechs Pferden zu fahren 225 c. Sammlung seiner Staatsverträge S. 18.
Posen, sein grofsherzogl. Titel 107 c.
Postillone 172 e.
Postliminii jus 254. 257. 270. 328.
Potentat 22 a.
Präliminarien, Friedens-, 323.
Präponderanz 42.
Präscription 6. 125.
Präsumtion, s. Vermuthung.
Prätendent, Kron-, 48. 49 c. 52. — auf die französische Krone 109 g. Gesandte der Prätendenten 175 d.
PräventionsRecht 237. 149 b.
Preis, auf den Kopf eines Souverains oder eines Ober-Generals gesetzt 244.
Prefsfreiheit, ihr Mifsbrauch 62 a.
Preussen, Königreich, 29. seine Titel 107 c. sein AlternativVerhältnifs zu Frankreich 104 b (Zusätze). sein KronTractat 107 b. Anerkennung seiner Königswürde 107 c. seine Consuln 173 a. 174 a. seine Grundsätze über DomainenVeräusserungen in eroberten Ländern 259 b. seine Grundsätze über den Handel der Neutralen 304 b. 305—309. Sammlungen für seine Staatsverträge S. 19. s. auch Aachen.
Priester 247 c.
Primas, Fürst, 30. seine Staaten ebendas.
PrincipalCommissarius des Kaisers auf dem ehemaligen t. Reichstag 187 b.
Prinzen vom Geblüte, von ihnen ernannte Gesandte 175 d.
Prisen in einem Seekrieg 254. 261. Verfahren defshalb 295. competenter Richter 296. Prisengericht 295. 296. 261. Reprisen 261.
Privateigenthum 140.
Privatrecht 2. Fälle, wo Staatsverhältnisse nach solchem zu beurtheilen sind 2. 141 c. 259

Privilegien, der Provinzen u. Städte 26. — müssen auch Fremde achten 54. Bücher-Privilegien 54 d. — wiederhergestellte Privilegien in einem eroberten Lande 257.
Prizecourt 295.
Proëdria 92.
Prolegati 181.
ProMemoria 112.
Propolii jus 69.
Protectoren, Cardinal-, 172 d. 182 f.
Protection, s. Schutz.
Protestationen 112. — wider Staatsverträge 162. — von Seite des Papstes 162 c. 165 c. — einer dritten Macht wider einen Friedensschluſs 327.
Provinzen, privilegirte 26.
Provinzen, Vereinigte, der Niederlande, s. Holland.
Publicum, Bedeutung dieses Wortes 2. Jus publicum, Droit public, ebendas.
Pufendorf, Sam. v., seine Verdienste um das VR. u. seine Paradoxen 14.
Puissance d'envie 35 b. — d'opinion 35.

Q.

QuadrupelAllianz 96 a. 104 b.
Quarantaine 136 b. 106. 115.
QuartierFreiheit der Gesandten 207.
Quartiermeister 247 c.
Quasi-regna 24.

R.

Ragusa, Republik 22 d (Zusätze).
Rang 92. Streit darüber 93. heutiger Rang unter den europ. Mächten 94. Commission deſshalb auf dem wiener Congreſs 94 c. Rang des Papstes u. des ehemaligen römisch-teutschen Kaisers 95. der gekrönten Souveraine 96. 97. der nicht gekrönten 98. der halbsouverainen Staaten 98. der Republiken 99. der Gesandten vermittelnder Mächte 99. Rang bei Besuchen 99. 101 — 103.
Rang, Ordnung der Rangplätze, 1) in Schriften 100. 2) bei persönl. Zusammenkünften 101 — 103. Auskunftmittel im Fall der Gleichheit oder eines Rangstreites 104. 105. Alternat 96 e. 104. 106. Alternative 106. 96 e. Alphabet 106. RangReglement, auf dem wiener Congreſs errichtet 94 c. 106. 179. Widerspruch, Vorbehalt, Protestation in Beziehung auf den Rang 104. Loos, als Entscheidungsmittel über den Rang 104 a. 106. RangReglement des Papstes 94. s. auch Ceremoniel.
Rang der Gesandten, a) unter sich, am dritten Ort 219 u. f. und im eigenen

Hotel 221. Auskunftmittel 105. b) gegen dritte Personen 222. namentlich regierende Fürsten ebendas. Rang der Cardinäle, im Verhältnifs zu Botschaftern 222 c. — Rang der Gesandten vermittelnder Mächte 99. — Rang der Consuln unter sich 173 e. — Recht, Rang zu verleihen 85 u. f. s. auch Ceremoniel.

RangReglement für die Gesandten, errichtet auf dem wiener Congrefs 219 u. f. ein anderes, von dem Papst für Souveraine errichtet 74.

Rappel eines Gesandten 229. 228.

Rasumowsky, Graf von, seine Verhaftnehmung 211 e.

Ratification der Verträge 142. — der Friedensschlüsse 326. Auswechslung derselben ebendas.

Ratio status 88.

Rebellion 52. 235 a. 244.

Rechtsgutachten S. 33.

Rechtshängigkeit, ihre Wirksamkeit im Ausland 59.

Rechtshülfe, privatrechtliche, 233 e.

Rechtsverhältnisse, willkührliche und positive 141.

Rechtsweg, in Streitigkeiten unter Staaten 318.

ReclameProcefs 295.

Recousse, droit de-, 257.

Recueils des traités publics S. 5—23.

Recuperationis jus 257.

Reformation Luther's und Zwingli's, ihr Einflufs auf das VR. 13.

Regent eines Staates, s. Souverain.

Regent (Regierungsverweser), ob er Gesandte schicken kann 175 e.

Regierungsfolger, s. Thronfolger.

Reichsstände, ob sie mit fremden Staaten contrahiren können 141.

Religion 87. — christliche, ihr Einflufs auf das VR. 11. 13. Verbindungen der christlichen Staaten 34. 329. Grundsätze der christlichen Religion anerkannt in der heil. Allianz 2 e. 146. 329. ReligionsCharakter der Staaten 31. Religion der Gesandten 186. 187.

Religionsbeschwerden 87.

Remissio gratuita 319.

Renten, confiscirte oder mit Arrest belegte während des Kriegs 252.

Repertorien über Staatsverträge 16 g.

Repräsentation eines Staates in seinen auswärtigen Verhältnissen 21. — National-, 30.

Repressalien, 234.

Reprises 261. 254 (Zusätze).

Republiken in Europa 29. 30. ihre Titel 110. ihr Rang 99. 100 a. 91 b. ihr Recht Gesandte vom ersten Rang zu schicken 183. u. deren

zu empfangen 184. Ceremoniel ihrer Botschafter 227 a.
Requisitionen während eines Kriegs 251. ebendas. b.
Rescripte 112.
Res derelicta 140.
Res nullius 140.
Residenten 182. s. Gesandte.
Restitution wider einen Vertrag 164 a.
Retorsio facti 234. juris vel legis ibid.
Retorsion 54. 58.
ReufsGreitz, ReufsSchleitz, ReufsLobenstein, Reufs-Ebersdorf, Fürstenthümer, 29.
Revolution, französische, 12. Verträge, die während derselben geschlossen wurden 142 a.
Revolution, s. Aufruhr.
Rheinschiffahrt, s. Schiffahrt.
Rhodier, ihre Seegesetze 292.
Richtersprüche, s. Urtheile.
Ripperda, Herzog von, seine gewaltsame Abholung 208 c.
Robe 290 b.
Römer, die alten, ihre Kenntnifs des VR. 10. 13.
Römisches Recht 66. 13.
Rubens, der Maler, Gesandter 187 c.
RundungsSystem 6 c.
Rufsland, Reich, 29. Erb-Monarchie nach dem Recht der Erstgeburt 30 b. sein Kaisertitel 96 d. 107 d. 108. MajestätsTitel seines Regenten 109 e. sein Rang 96 u. f. seine Staatsform 30 b. seine SuccessionsActen 30 b. ob es ein PatrimonialStaat sey 31. Vermählungen seiner Regenten und der Mitglieder der kaiserl. Familie 116 g u. h. Curland u. Semigallen kommen unter seine Herrschaft 33. Finland wird mit ihm vereinigt 27 f. auch Polen 27 d. Czar oder König von Polen, Titel des Kaisers 107 c. öffentliche Religionsübung u. Hausgottesdienst des russ. Gesandten in Constantinopel 215 c. Rufslands Handelsverträge 150 a. seine Grundsätze über den Handel der Neutralen 304—310. Sammlungen seiner Verträge S. 20. s. auch Heilige Allianz und Aachen.

S.

SachsenCoburg, -Gotha, -Hildburghausen, -Meiningen, Herzogthümer 29.
SachsenWeimarEisenach, Grosherzogthum, 29. sein grosherzogl. Titel 107 c.
Sacra privata legatorum 215 u. f.
Sainte-Alliance, s. Allianz.
Salvi conductus sive passus 274. 275.
Sammlungen über verschiedene Gegenstände des VR. S. 30.
Sammlungen von Staatsverträgen S. 5—23.

San Marino, Republik, 29. päpstl. Breve seinetwegen 29 f.
Sardinien, Königreich, 29. 27 e. sein Rang 96. 104 c. sein Concordat 31 c.
Schandgemälde 155. 43. 62.
Schatz, Staats-, dessen Veräusserung in einem eroberten Land, 258 b.
Schaumburg, Fürstenthum, 29.
Schaumünzen, satyrische 43.
Schelde 76 b. 137 c.
Schelmschelten 155.
Schiedsrichter, für Streitigkeiten unabhängiger Staaten 318. 163 (Zusätze). 50 b.
Schiedsrichterliches Urtheil 318. 50 b.
Schiff, verfallenes, nicht verfallenes Gut 299 b.
Schiffahrt, Freiheit derselben, stipulirt als Staatsdienstbarkeit 137 c. — der Neutralen 289 ff.
Schiffahrt, auf Flüssen 76 b u. c. 135 a. auf dem Rhein, deren Neutralität 281 c.
SchiffahrtActe, s. *Navigations-Acte.*
SchiffahrtActen 69 d.
SchiffbauMaterialien, ob sie KriegsContrebande sind 288 c.
Schiffbruch, Rechte deſshalb 77. 135 a. 136.
Schiffe, ihr Ceremoniel 117 — 122. fremde, ihre Zulassung in fremdem Seegebiet 135 u. f. — Kriegsschiffe, in fremden Meerbezirken und Häfen, Gerichtbarkeit über ihre Besatzung 55. als Kriegshülfe gesendet 271. neutrale 293 u. f. — Fischerboote, ihre Neutralität 274 c. 281 c.
Schiffgruſs 117 a.
Schirm, s. Schutz.
Schlösser, deren Schonung im Krieg 255.
SchluſsActe des wiener Congresses 3 d.
Schmähbriefe oder Schriften gegen Souveraine 62. 42.
Schmähung fremder Souveraine 62.
Schnapphähne 263.
Schreibart, diplomatische 112.
Schreiben, verschiedene Arten derselben, 112. 193.
Schulden eines fremden Gesandten 210 e.
Schuldforderungen des öffentlichen Schatzes, ihre Einziehung in erobertem Lande 258 a. in neutralem Land 255.
Schutz, unter welchem ein Staat steht 22. Landesschutz 79. 80. — von einem Gesandten gegeben 189. 197. 212 a.
SchwarzburgRudolstadt und — Sondershausen, Fürstenthümer, 29.
Schweden, Königreich, 29. sein Grundsatz über den Rang 96 a. sein Rangstreit mit Dänemark 96 f. seine Consuln 173 a. seine Mi-

nistres charges - d'affaires 182 c. seine Grundsätze über den Handel der Neutralen 304 b. 305 — 309. Sammlungen seiner Staatsverträge S. 21. s. auch Norwegen.
Schweiz, Staatenbund, 30. ihre BundesActe 30 g. u. AllianzVertrag ebendas. ihre königlichen Ehren 91 b. ihr Rang 99 b. ihr Titel 110 e. ihre beständige Neutralität 280 a. 281 a. ihre vormalige MediationsActe 22 b. bei ihr accreditirte Gesandte 194 f. ihr Recht Gesandte vom ersten Rang zu schicken 183 a. 185 b. Ceremoniel ihrer Botschafter 227 a. — ihre Cantone 29. deren Recht Gesandte zu schicken 175 a. und zu empfangen 176. deren Pflicht, jeder zum Vortheil aller, Repressalien zu gebrauchen 233 d. — Sammlungen ihrer Staatsverträge S. 22.
Schwitz, Canton, s. Gerisau.
Sclavenhandel, dessen Abschaffung 72.
Secrétaire - interprète 189.
Secten, religiöse, 87.
Secularisation der geistlichen Wahlstaaten in Teutschland 30 c.
Sedan, Fürstenthum, 22 d.
Sedition, s. Aufruhr.
Seen 131.
Seebriefe 294.
SeeCodex 289 u. ff.
Seegebiet 130 u. f.
Segelstreichen 117 a. 118.
Seegesetze 291. 288 b. 289 u. f.
Seegrufs 117 a. mit der Flagge 118. mit Canonenschüssen 118. mit Vivatrufen 119. mit dem kleinen Gewehr 119.
Seehafen 131 b. als Kriegshülfe eingeräumt 272. blоquirter 297.
Seeräuber 260 u. f. s. auch Barbaresken.
Selbsterhaltung 38. Benehmen dabei 43.
Selbsthülfe 231. 234.
Semonce 293.
Semper Augustus, Titel, 111.
Servitus juris publici, naturaliter constituta, 135 a. 139 a. s. Staatsdienstbarkeit.
Servitus non navigandi 132 c.
Seven, Capitulation von —, 142 d. 273 b.
Sicheres Geleite 275.
Sicherheit, Mittel sie zu erhalten 39.
Sicherheitskarten 136 b.
Sicherungsverträge 155.
Sicilien, Königreich beider —, 29. seine Grundsätze über den Handel der Neutralen 304 b. 305. s. Neapel.
Sie, 110.
Signale für Schiffe 293. — im Krieg 275.
Signaturen, s. Unterzeichnung.
Sinclair, schwedischer Major, dessen Ermordung 190 d.
Sinn, Fluſs, 137 c.
Sittenlehre, s. Moral.

Sohn, Titel, 110 g.
Solennitäten, Staats-, öffentliche, 225.
Souverain, ein, 21. verantwortlich nur Gott u. seinem Degen 21 b. ein verfassungsmäsiger ebendas. für seine Person im Dienst eines andern Staates 22. seine Theilnahme an der Unabhängigkeit des Staates 48. seine Inauguration u. Krönung ebendas. dessen Anerkennung von Seite anderer Staaten ebendas. seine Thronfolge u. Erwählung ebendas. seine Exterritorialität 49. sein Aufenthalt in fremdem Staatsgebiet 49 c. seine Besitzungen im Ausland 49. Streitigkeiten über sein Privateigenthum 50. Streitigkeiten seiner Verwandten im Ausland 50. sein persönliches Verhältnifs zu andern Staaten 50. 22. seine Verzichtleistung auf die Staatsregierung 50 c. — Rang der gekrönten Souveraine 96 u. f. Rang ihrer Gesandten 94 c. Rang der nicht gekrönten Souveraine 96 u. f. Rang bei Besuchen der Souveraine 99. 101—103. 104 a. 105. Ceremoniel unter Souverainen 115 u. f. ihre Gesandten während ihrer Krankheit, Minderjährigkeit, oder Gefangenschaft 175 e. — gefangene Souveraine 142. 245. dethronisirte und exilirte 255 b. 258 u. f. 49 c. 52 b. 175 a. 176 d u. e. Gültigkeit ihrer conventionellen Zusagen 142. — Titular-Souverain 49 c. HalbSouverain, s. Halbsouverainer Staat.
Souverainetät 124. Bedeutung dieses Wortes 21. widersprochene — 25. abhängige — 24. 25. untergeordnete u. conventionelle — 26. Erwerbung, Anerkennung, Garantie, Erlöschung der Souverainetät 23. Wiederherstellung derselben in einem wiedereroberten Lande 257.
Spanien, Königreich 29. sein Rang 96. 104 a. 105 b. sein Kaisertitel 108 f. Titel seines Königs 111. Concordate mit dem Papst 31 c. AssientoVerträge 164 c. vom Papst erhaltenes ausschliessendes Recht zu Länderentdeckungen und Besitznehmungen 126 a. seine Protestation auf dem wiener Congrefs 162 c. Sammlungen seiner Staatsverträge S. 11.
Spionen 266. Doppel- 266 c. — der Gesandten 189 f.
Sponsion 142.
Sprache, in welcher die Gottesverehrung in einer GesandschaftCapelle statt haben mufs 216 a.
Sprache, teutsche, ihr Ge-

brauch in Verträgen u. Unterhandlungen 113 c u. d. 114 a—d.
Sprache, französische, ihr Gebrauch in Verträgen u. Unterhandlungen 113. 114.
Sprache, lateinische, ihr Gebrauch in Verträgen u. Unterhandlungen 113 c u. d. 114. ihre Kenntniſs war ehehin einem Gesandten nöthig 187 c.
Sprachen, deren sich die Staatsregierungen unter sich bedienen 113 u. f. desgl. die Gesandten in Audienzen 224.
SprachenRegal 113 a.
Staat, seine Definition u. Ursprung 20. sein Souverain 21. seine Repräsentation u. Regierung ebendas. seine Unabhängigkeit 22. Fälle, wo seine Verhältnisse bestimmt werden durch das Staatsrecht, und wo durch das Privatrecht 2. 141 c. 259 a. seine Rechte in Absicht auf seine Verfassung 51. ob er berechtigt sey, sich in innere Angelegenheiten eines andern Staates zu mischen 51 u. f. allgemeiner Weltstaat 15. 35 c.
Staaten, ihre Formen 30. einfache u. zusammengesetzte 27. unter demselben Regenten vereinigte 27. verbündete (conföderirte) 28. untergeordnete 27. 33 b. monarchische, Erbwahlstaaten, Ernennungsstaaten, geistliche 30. Secularisation der geistlichen 30 c.
Staaten, ihre absoluten Rechte 36—22. u. hypothetische 123—329. ihre absoluten Verhältnisse 37. ihr Recht auf Selbsterhaltung 38—44. Recht der Unabhängigkeit 45—90. Recht der Gleichheit 89 — 122. sind nicht schuldig, von ihren Maasnehmungen Rechenschaft zu geben 40. ihr Recht frei zu handeln 46. Sachen zu geniessen, sie zu bewahren u. sich zuzueignen 47. u. sich eine Verfassung zu geben 51. ihr Eigenthum 124. ihre Ewigkeit 36.
Staaten, europäische, Verzeichniſs derselben 29. christliche, ihre Verbindungen 34. ihre öffentlichen Beziehungen, Titel, Ehren, Würden, Länder, Religions-Character 31. Patrimonial-Staaten 31. grosse u. kleine, mächtige u. mindermächtige Staaten 32. ihre Classification 32 b. — vom ersten, zweiten u. s. w. Rang 32. Continental- u. Seestaaten 32. ihre politischen Beziehungen 34 u. f. ihre ethische u. politische Association 35. ihr Rang, s. Rang.
Staaten, nicht-europäische, 35.
Staaten, conföderirte, ihr Recht Gesandte zu schicken 175.
Staaten, halbsouveraine oder

abhängige 24. 27. 33. 138 a. Beispiele 33. ihre politischen Verhältnisse 25. ihr Rang 98. ihr Recht zu contrahiren 141. ihr Recht Gesandte zu schicken 175. u. zu empfangen 176. ob sie Gesandte vom ersten Rang schicken können 183.
Staatenbündnifs 28. 30. 91 b. allgemeines von Europa 329.
StaatenSystem 28—30.
StaatsActen 112. Sammlungen derselben S. 24. 25.
Staatsämter 84. 85.
Staatsdienstbarkeiten 137—140. ihre verschiedenen Arten 137. Beispiele 137 c. 135 a. Grundsätze defshalb 138—140. —natürliche 135 a. 139 a. — vortheilhafte für den Handel 69. in Hinsicht auf die Post 74. u. auf das Forst-Regal 75. — die aus der örtlichen Lage entspringen 135 a.
Staatseigenthum 124. 127. seine Wirkungen 134—140. Veräusserung, Verpfändung und Dereliction desselben 140.
Staatsfeierlichkeiten, öffentliche, 225.
Staatsformen 30.
StaatsGalanterie 90 b. 115 a.
Staatsgebiet, Haupt- und Nebenland 129. geschlossenes 31. nicht geschlossenes 128 a. eingeschlossenes 135 a. Seegebiet 130 — 136. Flufsgebiet 129. Zugehör des Landes 129. seine Grenzen 133. Fremde können vom Gebrauch desselben ausgeschlossen werden 135. Violatio territorii 135. s. Veräusserung.
Staatshandlungen 46.
Staatsinteresse 6.
StaatsPraxis 7.
Staatsrecht, inneres oder im engern Sinn;* Fälle, wo Staatsverhältnisse durch dasselbe bestimmt werden 2. 259 a.
Staatsregierung 21.
Staatsverfassung, ihre Unabhängigkeit von dem Willen anderer Staaten 51. ihre Garantie ebendas. ihre Wiederherstellung in einem eroberten Lande 257. Constitutionen der europ. Staaten 30 a.
Staatsverträge, s. Verträge.
Staatswirthschaft 7.
Standeserhöhung 84. 85.
Standesherren, in Teutschland 26 c. 81 a. sie können Gesandte weder schicken noch empfangen 175. u. ebendas. c.
Städte, abhängige, ihre Befugnifs mit fremden Staaten zu contrahiren 141.
Städte, freie, 29. Hanse-, 29. ihre Titel 107 c.
Städte, privilegirte, 26.
Stände, s. Landstände u. Reichsstände.
Stapelrecht 69. 76.
Statistik 7.

Status

Status quo strict 322.
Stecknitz, Canal, 76 b.
SteuerRegal, in Hinsicht auf Fremde 68. u. Gesandte 205 u. f.
Strafgewalt; s. CriminalGewalt.
Strandrecht 77.
Strassen, Militär- 137 c.
Strassengerechtigkeit, eine Staatsdienstbarkeit 137 c.
Strassenzwang 69.
Stratagemata 266.
Streitende im Krieg 267. rechtmäsige 249. NichtStreitende 247.
Streitigkeiten unter Staaten, Mittel sie zu beseitigen 317 u. f.
Stuhl, heiliger, 29. 30. s. auch Papst.
Style diplomatique 112.
Subdatarii 188 c.
Subsidien 149. 272. während des Kriegs 251.
SubsidienTractate 149.
SubsidienTruppen 149. 271 u. f.
Substitut eines Gesandten 175 c.
Succession, s. Thronfolge.
Successor in der Regierung, s. Thronfolger.
Südersee 130 b.
Sühne 319.
Suite eines Gesandten, s. Gefolge.
Sultan, s. Pforte.
Sund 76 d. 130. 131 a.
Sundzoll 76 d. 150 a.
Superarbiter 50 b. 318.
Superioritas territorialis pactitia s. subalterna 26.
Supremat 22 a.
System, brittisches Bloquade-, 311. 313.
System, Napoleon's Continental-, 311–313. 316.
System der bewaffneten Neutralität 304 – 309.

T.

Talion 234.
Tamboure 172 c. 274 c. als Parlementäre 275.
Taufe 115.
TeDeum 115.
Territoria clausa 31. et non clausa 128 a.
Territorium, s. Staatsgebiet.
Testament eines Gesandten 209. — einer Person aus dessen Gefolge 212.
Testamente, ihre Wirksamkeit in fremden Staaten 57. 55 a.
Teutschland, dessen Völkerrecht zur Zeit des t. Reichs u. des teutschen Bundes 1 d. Schriften davon S. 28. dessen SouverainStaaten 29. dessen Staatenbund 30. dessen ehemalige halbsouveraine Staaten 33. ihr Recht Gesandte zu schicken 175 a u. b. (man s. auch *Kurfürsten*) namentlich auf dem Reichstag 187 b. Principal-Commissar des Kaisers daselbst, ibid. Man s. auch *Reichstag*. Sammlungen von Verträgen teutscher Staaten S. 9.

Teutscher Orden, weigert sich Preussens Souverainetät anzuerkennen 107 c.
Teutsches Reich 30. s. Teutschland u. Kurfürsten.
Thalweg 133. ebendas. d.
Theorien, politische 55.
Thronbesteigung eines Souverains 48.
Thronfolge, Recht darüber zu entscheiden u. sie zu verleihen 48. Streitigkeiten darüber 50 b. ihre Garantie 157 d.
Thronfolger, vermuthlicher, sein Titel 111.
Thronfolger, seine Verpflichtung zu früheren Staatsverträgen 145.
Thronhimmel der Botschafter 225.
Titel, Recht der —, 84 u. f.
Titel der Staaten u. ihrer Souveraine 107—111. Titel, die in der wiener Congrefs-Acte festgesetzt oder anerkannt wurden 107 c. Kaisertitel 108. Könige, die solchen führen, ebendas. Titel: König, Majestät, Hoheit (Hautesse), Grofsherzog u. Kurfürst 109. TitularKönige 109. Titel: Hoheit (Altesse), Bruder, u. s. w., Verwandschaft Titel, Titel der Republiken, des Papstes, der Pforte, u. s. w. 110. Titel von Gottes Gnaden und Wir 111. religiöse Titel, Länder-, Familien-, Prätensions- und BesitzTitel 111. Titel der vermuthlichen Thron- oder Regierungsfolger 111.
Todte, Recht sie durch fremdes Staatsgebiet zu transportiren 87 c. ihre Begräbung während der KriegsOperationen 264. 265.
Toison d'or, 85 d.
Tonnenrecht 76. 137 c.
Toscana, Grofsherzogthum, 29. sein Concordat 31.
Tractate, s. Verträge.
Traite des nègres, s. Sclavenhandel.
Transactio inter gentes 319.
Transfert, droit de -, 83.
Transplantation feindlicher Unterthanen während des Kriegs 247 b.
Trauer für verstorbene Souveraine 115.
Trauerfeierlichkeiten für verstorbene Souveraine 115. 120.
Tribunal, Völker-, 329.
Tribunale, Militär-, im Ausland 65 c.
Triest, Handelsgesellschaft daselbst, 71 a.
Trommelschläger, s. Tamboure.
Trompeter 172 c. 247 c. 275.
Trucheman 189.
Türkei, s. Pforte.

U.

Uebereinkunft, gütliche 319. militärische 142.
Ueberläufer 248 b. 266.
Ueberrumpelung 265.

Uebersetzer, bei Gesandschaften 189.
Umschlaggerechtigkeit 69. 76.
Unabhängigkeit, Recht der —, 45—90.
Ungarn, Titel seines Königs 111.
Unio civitatum 27. — personalis, ihre Wirkung in Hinsicht auf Neutralität 283. — realis ebendas b. s. Vereinigung.
UniversalMonarchie 42.
Unterhändler, geheime 172. 175 d.
Unterhandlungen 12. Recht der — 166 u. f. verschiedene Arten zu unterhandeln 167. Ort ebendas. Unterhandlungskunst 7. 168. Schriften ebendas. Friedensunterhandlungen 320. Form u. Ort derselben 321. schriftliche 321. ihre Grundlage 322.
Unterhandlungskunst 7. 168.
Unterordnung eines Staates unter die Souverainetät eines andern 27. 33 b.
Unterthan, temporärer 135 u. f.
Unterzeichnung in Verträgen 323 c. 326. Rangordnung dabei 100. 106.
Unverletzbarkeit eines Gesandten 203. u. seines Gefolges ebendas. e.
Unwehren in einer Armee 247.
Urtheile, richterliche, ihre Wirksamkeit in fremdenStaaten 59. in CriminalFällen 65.
Usurpator einer Souverainetät, sein Gesandschaftrecht 175 a. Gültigkeit seiner Regierungshandlungen 258 u. f.

V.

Vaganten, ihre Auslieferung 66.
Vassallen, deren Aufgebot, 267.
Vater, Titel, 110 g.
Venedig, ehemalige Republik, ihr Rang, 97. 99 a u. b. ihr Recht Gesandte vom ersten Rang zu schicken 183 a. 185 b. ihre Botschafter am römisch-kaiserlichen Hofe 219 d. ihr Bailo 180 e. ihr Gebrauch in Absicht auf Zurückberufung ihrer Gesandten 228 a. ihr Collegium für Conferenzen mit fremden Gesandten 200 b.
Veräusserung des Staatseigenthums 127 e. 140. des Staatsgebietes, der Staatsdomänen, der Kronjuwelen, der Staats-ActivSchulden, während feindlicher Occupation des Landes 258 a. 259.
Verbesserungen der Staatsdomainen in einem eroberten Lande 259.
Verbrechen, s. CriminalGewalt.
Vereinigte Staaten der jonischen Inseln 27 d. 29 f. 33 f.
Vereinigung der Staaten 27.
Verfallenes Schiff, nicht verfallenes Gut 299 b.
Vergehen, s. CriminalGewalt.

Vergehen fremder Gesandten 211.

Vergiftung der Brunnen und Quellen 244. u. der Waffen ebendas. u. a.

Vergleich, ein Mittel Streitigkeiten der Staaten beizulegen 319.

Vergrösserung eines Staates 41. 42. 46. — der Macht, gerechte, 237. s. auch *Zuwachs*.

Verhaftnehmung eines Gesandten, auf seiner Durchreise, 176 d.

Verhaftnehmung (Arretirung) eines Gesandten 204 d.

Verheerung feindlicher Besitzungen 262.

Verjährung 6. 115.

Verklarung 294.

Verletzung der Rechte eines Staates 231.

Verletzung des Territorii 135.

Vermählungen der Souveraine 116.

Vermittler, Rang ihrer Gesandten 99.

Vermittlung 318 a. 320. 321. in der Unterhandlung eines Staatsvertrags, u. deren Wirkung 160.

Vermuthung 3. 140. 141. vermutheter Vertrag 1 c. 3 f. 15. 35 c.

Vernehmung einer Person aus dem Gefolge eines Gesandten 212.

Verrätherei 244.

Versio in rem 253 a 259.

Vertheidigung der Gerechtsame der Staaten 232.

Vertheidigungsrecht 40. beschränkt durch Verträge 40 a.

Verträge (Staats- oder Völker-), ausdrückliche u. stillschweigende 3. vermuthete 1 c. 3 f. 15. 35 c. 141. erläuternde oder NachRecesse (conventions explicatives ou supplétives) 328. Staatsverträge die nach Privatrecht zu beurtheilen sind 141 c. 259 a. — Staatsverträge, eine Quelle des Völkerrechts 3. in dem Mittelalter 12. gesammelte und bekannt gemachte 3 a. 14 h. 16 d u. g. Repertorien darüber 16 g. Sammlung derselben S. 5 — 23. Werke, die zu ihrer Geschichte u. Erläuterung dienen S. 35.

Definition der Verträge 141. Machtbefugniss der mit Unterhandlung u. Abschliessung der Verträge beschäftigten Personen 141. Datum der Wirksamkeit eines Vertrags 142. Sponsion 142. Verträge halbsouverainer Staaten 141. — eines gefangenen Souverains 141 u. 245. Befugniss unabhängiger Staaten zu contrahiren, beschränkte u. unbeschränkte 141. Völkerverträge und Staatsgrundverträge 141 c. Verträge eines Souverains mit fremden Unterthanen, so wie über PrivatGegenstände mit seinen

eigenen 141. u. ebendas. c. Verträge in der Form von Edict, Declaration, Instruction, Verordnung, Patent 141 c (Zusätze). freie u. wechselseitige Einwilligung bei Schliessung eines Vertrags 143. fingirte Einwilligung u. simulirter Vertrag 143 (Zusätze). geheime Verträge 147. verstümmelte, verfälschte, oder falsche 143 (Zusätze). laesio enormis ebendas. Zwang ebendas. ob ein schriftlicher Aufsatz nöthig ist 143 b. Möglichkeit der Erfüllung des Versprechens 144. Heiligkeit der Verträge 145. Gegenstand u. Arten der Verträge 146. Pacta realia 145. Verträge sub modo, ex die et in diem, Haupt- u. Nebenverträge, Präliminär- u. DefinitivVerträge 146. Artikel der Verträge, verschiedene Arten derselben 147. Nebenvertrag ebendas. Bündnisse oder Allianzverträge 148. ihre verschiedenen Arten ebendas. casus foederis 269. Handelsbündnisse 149—151. Münzverträge 149. Friedens- u. Kriegsbündnisse, defensive und offensive, Neutralitäts-, Subsidien-, und Grenzverträge 149. Wirkung u. Bestätigung der Verträge 153. bestätigende, erweiternde, beschränkende, erklärende Verträge 153. 163. Erneuerung und Wiederherstellung eines Vertrags 154. ob Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wider Völkerverträge statt findet 164 a. Mittel, Verträge durch Sicherungsverträge zu verstärken 155. 156. Versprechungseide, Geldstrafe, Bürgschaft, Conservatoren, Kirchenbann, Einlager, Schelmschelten, Schandgemälde 155. Pfand und Geissel 156. Garantie 157—159. bestätigende Verträge 153. Beförderungsmittel bei Unterhandlung der Verträge: gute Dienste und Vermittlung dritter Mächte 160. Beitritt dritter Mächte 161. Einschliessung dritter Mächte in den Vertrag 162. Protestation von Seite dritter Mächte 162. Auslegung der Verträge 163. Ende der Wirksamkeit der Verträge 164 u. f. Widerruflichkeit derselben 164 c. Erfüllung derselben 164. 165. Rangordnung in Verträgen 104. 106. insbesondere in der Unterzeichnung 100. 106. AssientoVertrag 164 d. Grenzvertrag 133. Kriegsverträge 142 u. d. 273. WaffenstillstandsVertrag 277 u. f. NeutralitätsVertrag 281 c. SubsidienVerträge 272. Friedensverträge s. Friede. Ewigkeit der Verträge 522. 529. Verträge über den Handel

der Neutralen 293 u. f. desgl. über die Rechte der Consuln 174 a.
VerwandschaftTitel 110.
Veteranen 248 a.
Vicarien (Reichs-) während eines Interregnums oder einer Thronerledigung, ob sie Gesandte schicken können 175 e. 176 a.
Violatio territorii 135.
Vivatrufen 119.
Visa eines Gesandten, auf Pässen 212.
Visitation eines Schiffes 294. des Quartiers u. der Wagen eines Gesandten 207 a. und seiner Effecten 206.
Vliefs, Orden vom goldnen —, 85 d.
Völker, freie, ihre Definition 1.
Völkergebrauch, s. Gewohnheiten.
Völkergesellschaft, freiwillige, 15. 35 c.
Völkergewohnheiten 3.
Völkerrecht, Definition u. Abtheilung desselben 1. seine verschiedenen Beziehungen 2. seine Quellen 3—5. verwandte Wissenschaften 7. Hülfwissenschaften 8. Methode bei dessen Bearbeitung 9. seine Geschichte 10—17. — S. 1. Bibliographie und Biographie 18. auserlesene Bibliothek desselben s. den Anhang. Daseyn eines europ. Völkerrechtes 1. 3. natürliches VR. 1. 2. 5. 12. positives 1. 14. PrivatVR. 2 b. conventionelles 3. GewohnheitsVR. 3. modificirtes 35. absolutes 36 — 122. hypothetisches 123 — 129.
VölkerTribunal 329.
Volksvertreter, s. Landstände u. Reichsstände.
Vollmacht 112. der Gesandten 177. 193 u. f. ostensible u. geheime 142 c. — der bei Unterhandlung u. Abschliessung der Verträge thätigen Personen 142. — neue eines Gesandten, nach dem Ableben seines Souverains 228 c.
Vollziehung der Verträge 164 u. f. der Friedensschlüsse 328. der im Ausland gesprochenen Urtheile 59. 63.
Volontäre 263. 267. 272.
Von Gottes Gnaden, Titel, 111.
Vorrang 92. des römisch-teutschen Kaisers 102.
Vorsitz 92. 101.
Vortritt 101.
Vos 110.

W.

Waaren s. Handelswaaren.
Waffenstillstand 264. 270. 271 u. f.
Wagen eines Gesandten, s. Kutsche.
Wahl eines Souverains 48. des Papstes 48 e.

Walachei, Fürstenthum, 33. s. Hospodar.
Waldeck, Fürstenthum 29.
Wappen eines Staates, aufgehangen an dem GesandschaftQuartier 192. ehehin sogar an Häusern in der Nähe dieses Quartiers 207. an den Häusern der Consuln 173 e. 192.
Wappenherolde 238 b. 275 b.
Wappenkunde 8.
Wappenrecht 40. 88. beschränkt durch Verträge 40 a.
Warschau, Herzogthum, 22 f.
Warrant 155.
Wartensleben, Graf, holländischer Gesandter, seine Verhaftnehmung 204 d.
WasserRegal 76. Flufsschiffahrt 76 b u. c.
Wechselbriefe 210 e.
Wechselrecht 54 c.
WegeRegal 69.
Weichsel, Flufs, 137 c.
Wellington, Herzog, öffentliche Audienz bei dem König von Frankreich 224 c.
Weltstaat, allgemeiner 15. 35 c.
Werbung 88. 272. bewilligt als Kriegshülfe. 272.
Westphälischer FriedensCongrefs 12.
Wiedereroberung 257.
Wiedervergeltung 234.
Wiener Congrefs, s. Congrefs u. SchlufsActe.
Wildhämmelei 137 c.
Wir, Titel, 111.
Wirtemberg, Königreich, 29. sein Rang 97. Titel seiner Prinzen 110 c und d.
Wisby, seine Seegesetze 288 b. 292.
Wissenschaften, Gegenstände derselben, werden im Krieg geschont 253.
Wissenschaften, verwandte u. subsidiarische im Verhältnifs zu dem VR. 7. 8. — S. 4. politische 7.
Wolff, Chr. v., seine Verdienste um das VR. 15.
Wolf, Pater, Jesuit, 107 c. 168 b. (Zusätze).
Wundärzte 241 c.
Würden, s. Titel.
Würtemberg, s. Wirtemberg.

Z.

Zahlmeister bei Gesandschaften 189.
Zeven, Convention von, 142 d. 273 b.
Zinsen, confiscirte oder mit Arrest belegte, während eines Kriegs 252.
Zollbefreiung der fremden Gesandten 205 u. f.
Zouchäus, seine Verdienste um das VR. 14.
Zueignung 47.
Zurückberufung eines Gesandten 228.
Zurücksendung eines Gesandten 228.
Zuwachs 134. s. auch Vergrösserung.
Zuyderzee 130 b.
Zwang, zur Rechtsvertheidi-

gung 143. gebraucht von einem Staat in seinen Streitigkeiten mit andern Staaten 232. 317.

Zweikampf zwischen den erwählten Stellvertretern in Streit befangener Staaten 319. 234.

Zwingli, Einfluſs seiner Reformation auf das Völkerrecht 13.

Zwischenherrscher in einem eroberten Lande, Gültigkeit seiner Regierungshandlungen 258 u. f. s. auch Usurpator, Eroberung und Vicarien.

ZUSÄTZE.

Bei der weiten Entfernung des Verfassers von dem Druckort, und der früheren Absendung der Handschrift an die Verlaghandlung, haben nachstehende Zusätze, zum Theil veranlafst durch neuere Ereignisse, an den gehörigen Orten nicht eingeschaltet werden können.

S. 16, Z. 23, §. 1, Note b, am Schlufs setze man hinzu: — Eine Sammlung von Definitionen des VR., findet man in der Vorrede zu VATTEL's droit des gens, und in Fried. SCHUNCK's diss. de notione et existentia juris gentium (Erlang. 1819. 4.), §. 1 — 20.

S. 19, Z. 8 v. u., §. 2, Note e, am Schlufs, füge man hinzu: Es wird, man mufs hoffen, eine Zeit kommen, wo Recht und Interesse ungestraft nicht mehr getrennt werden dürfen, und wo Vereinigung der Politik mit der Rechtlichkeit, nicht blofs von dem Willen der Machthaber abhängig seyn wird.

S. 25, Z. 10, §. 7, Note a, am Schlufs, noch Folgendes. *Ebenderselbe*, was hat die Diplomatie als Wissenschaft zu umfassen, und der Diplomat zu leisten? Altenb. 1820. 8. FLASSAN, in s. Hist. de la diplomatie franç., T. I, p. 1, sagt: „die Diplomatie ist die Wissenschaft der äussern Verhältnisse, welche die Urkunden (diplômes) oder die schriftlichen Aufsätze zur Grundlage hat, die von Souverainen ausgegangen sind". Diese Definition ist hauptsächlich im historischen Sinn entworfen; von dem wissenschaftlichen, ist die Rede, ebendas. S. 15 u. f. — Die *politischen Akademien* oder *diplomatischen Pflanzschulen* (pépinières diplomatiques), die man in verschiedenen Staaten zu errichten versuchte, wo junge Männer, welche für die diplomatische Laufbahn bestimmt waren, in den für ihre Bestimmung nöthigen Grundsätzen und Kenntnissen sollten unterrichtet werden, haben geringen Erfolg gehabt. FLASSAN l. c. IV. 413. Das Studium der Diplomatie sollte nie getrennt werden von dem all-

gemeinen Studium der schönen Wissenschaften, der Philosophie, der Mathematik, der Geschichte, der Rechtswissenschaft.

S. 26, Z. 8, §. 7, Note f. setze man hinzu: Die Heerbildung (von J. v. Xylander). München 1820. 8.

S. 48, Z. 8 v. u., §. 21, Note d. Nach „des Rheinbundes, §. 79", setze man: Die Republik *Ragusa* stand unter dem Schutz der Pforte. — Das Fürstenthum *Monaco* stand unter französischem Schutz, seit dem zwischen Frankreich und dem Fürsten von Monaco 1641 geschlossenen Vertrag bis an das Ende der französischen Monarchie 1793. Du Mont corps dipl. VI. Flassan hist. de la diplomatie franç., III. 58. Durch den 3. Art. des pariser Friedens von 1814, ward Monaco, welches am 14. Febr. 1793 zu Frankreich war geschlagen worden (Martens recueil, VI. 421), wieder in dieselben Verhältnisse gesetzt, in welchen es sich vor dem 1. Jan. 1792 befand. An Frankreichs Stelle in dieser Hinsicht, trat nachher Sardinien, vermöge des pariser Vertrags v. 20. Nov. 1815, Art. 1, Num. 4. Martens supplém. VI. 687. In einer Erklärung v. 8. Nov. 1817 erkennt der König von Sardinien, daſs der Fürst von Monaco souverain sey, und daſs in dessen Gebiet ihm weiter kein Recht zustehe, als in der Stadt Monaco Besatzung zu haben und den PlatzCommandanten zu ernennen. — Seit langer Zeit hatte das Fürstenthum *Sedan* unter französischem Schutz gestanden, als im Jahr 1642 der Herzog von Bouillon die Souverainetät und die Stadt Sedan an Ludwig XIII. abtrat. Flassan II. 77. — Die Republik *Poglizza* stand von 1483 bis 1797 unter venetianischem Schutz, seit 1797 unter östreichischem. Durch den presburger Frieden, v. 1805, kam sie zu dem Königreich Italien. Von Napoleon ward sie den Illyrischen Provinzen einverleibt, durch ein Decret v. 14. Oct. 1809.

S. 49, Z. 17, §. 22, Note f. Am Schluſs füge man hinzu: — Von der freien Stadt Cracau, s. Acte final du congrès de Vienne, art. 6 et 10.

S. 49, Z. 21, §. 22, Note h, am Schluſs noch Folgendes: — Portugal hatte, von 1578 bis in das J. 1580, einen CardinalKönig (cardinal-roi).

S. 60, Z. 14, §. 29, nach „HessenHomburg" setze man: und Monaco (§. 22 d, in den Zusätzen);

S. 63, Z. 11, §. 30, Note a, nach „erscheinen" noch Folgendes: Collection des Chartes, lois fondamentales et actes constitutionnels des peuples de l'Europe et des deux Amériques, avec

des notices présentant l'histoire etc.; par M. M. P. A. Dufau, J. B. Duvergier et J. Gaudet. T. I—III. à Paris 1821. in-8.

S. 66, Z. 21 v. u., §. 31, Note d, setze man nach „T. I—III. 8": Suite des quatre Concordats. Par M. de Pradt. Paris 1820. 8.

Ebendaselbst, Z. 19 v. u., nach „N° 21 et suiv." setze man: und in Martens recueil, Supplém. III. 559. Päpstl. Bulle v. 16. Jul. 1818, betr. die Errichtung, Einrichtung, Begrenzung, Ausstattung und Rechte der Erz- u. Bisthümer in den preuſs. Staaten, in Gemäſsheit einer zwischen Preussen u. dem päpstl. Stuhl zu Rom am 25. März 1821 in gewechselten Noten getroffenen Verabredung; in d. GesetzSamml. für die preuſs. Staaten, 1821, Num. 12.

Ebendaselbst, Z. 16 v. u., nach „16. Febr. 1818" setze man: in Martens recueil, Supplém. VII. 106. 127. 158.

S. 89, Z. 8 v. u., §. 48, Note b, am Schluſs, füge man hinzu: — Durch das blosse Wort *Legitimität* gefällt es der neuern Diplomatie, in erblich-monarchischen Staaten die Befugniſs der rechtmäsigen Dynastie zur Regierung und Thronfolge zu bezeichnen, im Gegensatz eines vorübergehenden Besitzstandes oder der Behauptung einer revolutionären Dynastie. Diese neologische Bedeutung jenes Wortes, ist durch die Vernunft eben so wenig vermittelt als durch die Staatengeschichte, weniger noch durch den Sprachgebrauch. Das an sich gegründete Recht, bedarf dieser neugeschaffenen WortStütze nicht. Das Wort Legitimität, in jenem Sinn, ward zuerst gebraucht auf dem wiener Congreſs, von dem Fürsten Talleyrand, Bevollmächtigten Ludwigs XVIII., in einer Note an Lord Castlereagh, betreffend die neapolitanischen Angelegenheiten. Klüber's Acten des wiener Congr., Bd. VII, S. 62. . . Dahlmann, in den kieler Blättern, Bd. II (1821), S. 371—373. Politisches Journal, Oct. 1821, S. 866.

S. 91, Z. 14 v. u., §. 49, Note c, setze man hinzu: 5, wenn er gegen den Willen des inländischen Souverains sich daselbst befindet.

S. 93, Z. 3, §. 50, Note b, nach „des Staates" Folgendes: und sogar Erklärungen, daſs der Krieg nicht wider die Nation, sondern gegen die Person ihres Oberhauptes gerichtet sey. Geständniſs Carl's V. wider Franz I., in Flassan's hist. de la diplomatie franç., I. 378. — Liebeskrieg, beabsichtigt von Heinrich IV. im J. 1610, ebendas. II. 286. Vergl. auch Bignon du congrès de Troppau (Paris 1821. 8.), p. 84 et suiv.

Ebendas. Z. 12, nach „Note f, g, h." noch dieses. — Im J. 1778 erklärte Frankreich gegen Oestreich: „persönliche Gesinnungen der Freundschaft, seyen keine zureichenden Beweggründe, über Gut und Blut der Völker zu verfügen". Flassan l. c. VII. 197.

S. 94, Z. 4, §. 51, am Schluſs, ist beizufügen: In jedem andern Fall, würde er den Grundsatz der Unabhängigkeit (§. 45 u. ff.) verletzen. Ueberhaupt ist als Grundsatz anzunehmen, daſs ein Staat in Angelegenheiten eines andern Staates sich zu mischen nur so weit berechtigt ist, als er durch solche von diesem mit einer Rechtsverletzung entweder beschwert oder bedroht wird *d*) (§. 237). In Fällen anderer Art, kann seine Einmischung nur durch evidente dringende Noth entschuldigt werden (§. 44).

d) Chr. L. B. de Wolff jus gentium, §. 254. 269. Principes du droit de la nature et des gens, extrait du grand ouvrage latin de M. Wolff, par M. Formey, liv. VIII. ch. 1, §. 26, J. J. Moser's Grundriſs des jetzt üblichen Völkerrechts (1777), Buch X, Cap. 4, §. 1—4, 6, 8, u. 11. *Ebendess.* Versuch des neuesten europ. Völkerrechts, Th. VI, Buch 8, Cap. 2, § 1—6. Martini positiones de jure civitatis, §. 535. Schrodt syst. juris gentium, P. II. c. 2, §. 12. 19. 20. Martens précis du droit des gens, §. 78.

Ebendaselbst, zu Note a. nach „Günther . . . 284 ff." setze man: II. 373. 384. — Nach Schmalz . . . 142 ff. noch Folgendes: Vattel liv. I, ch. 3, §. 37 et 57; liv. II, ch. 4, §. 49. Martens précis du droit des gens (1821), §. 74. Köhler's Einl. in das pract. europ. VR., §. 20. De Eggers instit. juris civitatis publici et gentium universalis, §. 181, nota 2. F. C. v. Moser a. oben (§. 40^b^) angef. O. Bignon du congrès de Troppau, p. 23 et suiv. Vergl. unten, §. 237, Note e. Die Zeitschrift *Phosphorus*, Heft 2 (Jena 1819. 8.), Num. 10, S. 111—119, wo jedoch dieser Vortheil nur denen Staaten eingeräumt wird, in welchen die Ausübung der gesetzgebenden Gewalt dem Volk zusteht. — Eine Reihe von Einmischungsursachen, aus welchen die Dazwischenkunft einer Macht in die ConstitutionsAngelegenheiten eines fremden Staates zulässig sey, wird (§. 8 — 21) vertheidigt, und mit funfzig Thatsachen (§. 27 — 76) belegt, in der Völkerrechtlichen Erörterung des Rechts der europäischen Mächte in die Verfassung eines einzelnen Staates sich zu mischen. Berlin 1821. 8.

Ebendaselbst, Note b, am Schluſs noch dieses. Man vergl. den AllianzVertrag zwischen Ruſsland und Polen, von 1793, Art. 15, in MARTENS recueil, V. 227. In Hinsicht auf die Moldau und Wallachei, s. man die oben §. 33, Note c, angef. Verträge von 1774 u. 1779.

Ebendaselbst, zu Note c, am Anfang, vor „Garantie" setze man: Doch muſs die Garantie von einem Betheiligten angerufen worden seyn (§. 159.). Bei den Unruhen zu Genf im J. 1782, rufften die Syndics Frankreichs Garantie an, welches den turiner Hof und den Canton Bern sich beigesellte, die, da sie nicht auch Garants waren, ihre bewaffnete Dazwischenkunft mit der Nachbarschaft zu rechtfertigen suchten. FLASSAN, hist. de la diplomatie franç., 271. 297. —

S. 95, §. 52, als Note *a* Folgendes. Ueber diese wichtige Frage, so wie über diejenige, zu welchem Benehmen eine Macht berechtigt sey, wenn in Nachbarstaaten Unruhen entstehen, s. man J. C. G. de STECK observ. subsec., obs. 16. VATTEL liv. II, ch. 4, §. 56. GÉRARD de RAYNEVAL instit. du droit de la nature et des gens, p. 345. v. KAMPTZ neue Lit. des VR., §. 104. — Die Königin Elisabeth von England unterstützte die Niederlande, in ihrem Aufstand gegen Spanien. — Frankreichs Benehmen: 1) zu Gunsten des englischen Parlaments, als dieses 1641 erklärt hatte, daſs in Zukunft die souveraine Macht in seinen beiden Kammern bestehen solle, FLASSAN III. 108; 2) in Hinsicht auf Cromwel, so wie Cromwel's gegen Frankreich, 1655 u. 1658, ebendas. III. 195 f. 207 f.; 3) in Ansehung der Insurgenten im Königreich Neapel, 1647, ebendas. III. 105; 4) in Beziehung auf die Miſsvergnügten in Ungarn, 1678 u. 1682, ebendas. III. 425. IV. 55. 402; 5) bei dem Aufstand der englisch-amerikanischen Colonien, seit 1776, ebendas. VII. 149. 165. 172. 178. 307. 317 f. 442; 6) zum Vortheil der Insurgenten in Corsika, 1729, ebendas. V. 49; 7) seine Unterstützung des Prätendenten von England, 1745, ebendas. V. 273; 8) sein Betragen in Hinsicht auf Polen, 1759, ebendas. VI. 134. — Schritte des spanischen Cabinets, um in Frankreich eine Revolution hervorzurufen, 1718, ebendas. IV. 470—483. — In Staatsverträgen findet sich nicht selten eine ausdrückliche Stipulation, daſs die contrahirenden Theile gegenseitig ihren aufrührerischen Unterthanen weder Zufluchtort, noch Beistand, noch Schutz bewilligen wollen. Beispiele, in DU MONT corps dipl. T. II, P. 2, p. 218. T. V, P. 1, p. 29. T. VI, P. 2, p. 18, 120, 132, 181, 334. *Ebendess.* Supplém. T. II, P. 2,

p. 334. WENCK cod. juris gent. I. 88. MARTENS recueil, V. 7. VI. 620. VIII. 208. 272. Supplém. VIII. 123. Man s. auch die zu dem vorigen §. angef. Völkerrechtlichen Erörterungen u. s. w., S. 24 – 30. — Erregung eines Aufstandes im Auslande, war eine Haupttriebfeder in der Politik der Cardinäle Richelieu, Mazarini, und Alberoni.

Ebendaselbst, Note b, am Schlufs, noch dieses. — Erklärung des Grofsveziers gegen den französischen Gesandten, 1690: „der sey in der That König von England, den die Engländer dafür anerkennten, und der türkischen Nation, die mehrmal ihre Souveraine abgesetzt habe, gezieme nicht, dafs sie andern Nationen das Recht abspreche, den Herrscher zu wechseln. FLASSAN l. c. IV. 123. — Von der schwierigen Frage der Thronentsetzung, und von der Thronentsagung oder Abdankung, s. man KLÜBER's öffentl. Recht des teutschen Bundes, §. 190 f.

S. 109, Z. 6 v. u., §. 63, Note b, am Schlufs noch Folgendes. EGGER über die Bestrafung der im Auslande verübten Verbrechen; in Franz v. ZEILLER's jährl. Beitrag zur Gesetzkunde u. Rechtswissensch. in den östreich. Erbstaaten (Wien 1809), Num. 3, S. 61. ABEGG's unten (§. 65, Note a) angeführte Abhandlung. — Verschiedene Meinungen über die Frage: nach wessen Landes Gesetzen, soll der Richter im Ausland begangene Verbrechen bestrafen? 1) Nach den Gesetzen des Landes, wo die That begangen ward. LEYSER, Spec. 644. med. 10. STRUBE's rechtl. Bed., Th. IV, Bed. 135. QUISTORP's Grunds. des peinl. Rechts, Th. I, §. 95. 2) Nach den Gesetzen des Staates, in dessen Namen der Richter die Strafgewalt ausübt. K. A. TITTMANN, die Strafrechtspflege in völkerrechtl. Hinsicht (Dresd. 1817. 8.), S. 32. GROLMAN's Grunds. der CriminalrechtsWissensch., §. 107. 3) Nach den Gesetzen des Staates, dem der Verbrecher angehört. KLEINSCHROD's Entwickel. der Grundbegriffe des peinlichen Rechts, Th. II, §. 122 u. 124. 4) Bei einer Verschiedenheit der Gesetze des Landes, wo die That begangen worden, u. derjenigen des Ortes der Untersuchung, nach den gelinderen. HOMMEL rhaps. obss. forens., obs. 281. et 409. SEGER diss. (§. 55) cit., §. 7. Allgem. Landrecht für die preufs. Staaten, Th. II, Tit. 20, §. 96 u. 97. 5) In dem so eben erwähnten Fall, nach dem, was man in Teutschland gemeines Recht zu nennen pflegt. G. L. BOEHMER diss. (§. 61) cit., §. 16 et 17. MEISTER's peinl. Procefs, S 685.

S. 117, Z. 4, §. 69, Note d, nach „BÜSCH Welthändel,

S. 104 ff.“ setze man: Pet. Simons diss. de Anglorum lege navali ejusque vi in patriam nostram. Traj. ad Rhen. 1820. 8.

S. 119, Z. 14 v. u., §. 70, Note d, nach Jen. 1730. 4. setze man hinzu: Allgem. Geschichte der ost- und westindischen Handelsgesellschaften in Europa. Aus dem Englischen. Herausg. von J. S. Semler. 2 Theile. Halle 1764. 4. Kluit hist. federum Belgii federati, II. 348. sqq.

Ebendas. Z. 10 v. u., nach 1788. 8., setze man: Schriften von de Pradt, angef. unten im Anhang, §. 37.

S. 123, Z. 9 v. u., §. 72, Note d, am Schluſs, setze man hinzu: Vergl. auch: Der Negerhandel; in dem Journal: Geist der Zeit (Wien), Jul. 1820.

S. 138, Z. 3, §. 82, Note b. Am Schluſs setze man hinzu: — Nach dem Ritter d'Éon, versteht man unter Aubaine „le droit de succéder aux biens qui se trouvent en France appartenir à un étranger décédé qui n'est point naturalisé, ou qui, étant naturalisé, n'a point de parens régnicoles, ou n'en a point disposé par testament“.

S. 140, Z. 11, §. 83, am Schluſs, folgenden Zusatz: —; und eben so wenig das fiscalische OccupationsRecht (droit d'épave), vermöge dessen lediges Gut (bona vacantia) dem Fiscus für heim gefallen erklärt wird g).

g) Vergl. unten, §. 87, Note c. Klüber's öffentl. Recht des t. Bundes, §. 258 u. 390.

S. 145, Z. 12, §. 87, Note b, füge man hinzu: — Beschwerden dieser Art haben oft Anlaſs gegeben zu *Intercessionen* fremder Souveraine. Beispiele, in Kluit hist. federum Belgii federati, II. 465. sq., in Schauroth's Samml. der Conclusorum Corporis Evangelicorum, und in Herrich's Fortsetzung dieser Sammlung.

S. 152, Z. 8, §. 92, Note a, nach „1746. 4.“ ist beizufügen: Adr. C. de Back diss. de jure praecedentiae, ex jure gentium, publico Belgii, et jure civili. Lugd. Bat. 1763. 4.

Ebendas. Z. 9, nach 1804. 4. setze man: Bynkershoek quaest. juris publ., lib. II. c. 9. Real science du gouvernement, T. V, p. 75 et suiv. Moser's Versuch, I. 35 ff.

S. 165, §. 104, Note b. Am Schluſs dieser Note, Folgendes. — Diese Abwechslung wird auch unter vermittelnden Mächten und ihren Bevollmächtigten beobachtet; der teschener Friede

von 1779, liefert Beispiele hievon. Damals verweigerte noch Frankreich dem preussischen Hof das Alternat, obgleich es ihm dasselbe schon in dem mit ihm zu Breslau geschlossenen (noch ungedruckten) AllianzVertrag vom 5. Jul. 1741 eingeräumt hatte. Flassan hist. de la diplomatie franç., VII. 253. 260. V. 142, *note* 2, 413.

S. 166, Z. 14, §. 105, am Schlufs noch Folgendes. f) die Gesandten halten die Conferenzen in ihrer Wohnung, weil hier der, welcher den Besuch empfängt, dem andern den Vorrang einräumt *h*); g) man überläfst die Sitzordnung dem Zufall *i*).

h) So in Münster auf dem westphälischen FriedensCongrefs, und 1667 auf dem FriedensCongrefs zu Breda, Flassan hist. de la dipl. franç., III. 343. Vergl. unten, §. 221.

i) Man s. oben Note h, am Schlufs.

S. 177, Z. 14, §. 111, nach dem Wort „Titel" setze man als Note: Heinrich VIII. erhielt diesen Titel, aber nur für seine Person, durch eine Bulle Leo's X, welche zwei Jahre später von Clemens VII. bestätigt ward. Nachdem er im J. 1535 von Paul III. war excommunicirt worden, verordnete das Parlament, durch Acten v. 1543 (35 Henr. VIII, c. 3) und 1559 (Stat. 1. Eliz. c. 1), dafs jeder König von England diesen Titel führen solle. Man sehe Alex. Luders, of the King's Title of Defender of the Faith; in der Archaeologia, or Miscellaneous Tracts of Antiquity. Published of the Society of Antiquaries of London, Vol. IX, Part 1 (Lond. 1819. 4.), p. 1 — 10.

S. 183, Z. 5 v. u., §. 114, Note a, nach „Zeit" setze man: In seinem Concordat mit Baiern v. 1817, Art. 12, stipulirte er den Gebrauch der lateinischen Sprache für die geistlichen Verrichtungen.

S. 221, Z. 8, §. 137, Note c, Num. 1, nach „RheinBundes-Acte v. 1806, Art. 2." setze man: Eben so die Bestimmungen der SchlufsActe des wiener Congresses, Art. 108 u. ff., betr. die Schiffahrt auf Flüssen, welche verschiedene Staaten scheiden oder durchströmen. Klüber's Acten des wiener Congr., Bd. III, S. 24 ff. 257 ff. 245 ff.

S. 222, Z. 8, §. 137, Note c, am Schlufs setze man hinzu: 15) das Versprechen gewisse DonauInseln nicht zu befestigen, in dem russisch-türkischen Frieden von Bucharest v. 28. Mai 1812, Art. 4; in v. Martens recueil, Supplém. VII. 399.

S. 225,

S. 225, Z. 6, §. 140, Note a, nach Hal. 1723. 4. setze man: — Eine Ausnahme findet man in dem russisch-türkischen Frieden von Bucharest, v. 28. Mai 1812; in v. Martens recueil, Supplém. VII. 399.

S. 227, Z. 10 bis 12, §. 141, Note c, nach „begriffen theils", setze man, statt der dort folgenden Worte: öffentliche Verträge der Staaten, nicht nur 1) unter sich (äussere Staatsverträge, Völkerverträge, traités publics im engern Sinn), sondern auch 2) für innere öffentliche Rechtsverhältnisse (innere Staatsverträge), sowohl VerfassungsGegenstände (Grundverträge, pacta civitatum fundamentalia), als auch andere (innere Staatsverträge im engern Sinn). Klüber's öffentl. Recht des t. Bundes, §. 54 ff. u. 71 ff. Diese letzten führen zuweilen, ohne darum ihre Natur zu ändern, den Namen Edict, Declaration, Patent, Verordnung, u. d., wie in Frankreich das Edict von Nantes von 1598, wovon Flassan hist. de la diplomatie franç. II. 168. 399. 427. — Verträge eines Staates u. s. w.

Ebendaselbst, Z. 2 v. u., §. 142. Nach „Staatsgrundverfassung" setze man: und den Rechten der Nation.

S. 229, Z. 5, §. 142, Note b, am Schlufs setze man: — Von den Rechten der Nation, s. man Bignon du congrès de Troppau, ch. V, p. 111 et suiv.

S. 230, Z. 4, §. 142, Note d. Dieser spanisch-nordamerikanische Vertrag ward endlich ratificirt, von Spanien am 24. Oct. 1820, von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten am 22. Febr. 1821, Journal de Francfort, du 11 avril 1821.

S. 232, Z. 9, §. 143, am Schlufs noch Folgendes: — Durch beiderseits *erdichtete* Einwilligung, wird ein *simulirter* Vertrag geschlossen, durch welchen man eine dritte Macht zu hintergehen trachtet *g*); Verträge dieser Art sind nichtig und wirkungslos. Von ihnen unterscheiden sich die *verstümmelten, verfälschten*, oder *falschen* Verträge, die etwa ein Cabinet für vollständige, ächte, oder wirkliche ausgiebt *h*).

g) Zwei Beispiele, von 1631 u. 1632, in Flassan's hist. de la diplomatie franç., II. 260 ff.

h) Wie der Vertrag, welchen das Cabinet von Versailles im J. 1717 sich vornahm, den moscovitischen Unterhändlern als von ihm mit Schweden geschlossen, vorzulegen. Man s. Flassan IV. 457.

S. 234, Z. 19 v. u., §. 144, Note b, am Schluſs setze man: Bignon du congrès de Troppau, ch. V, p. 111 et suiv.

S. 236, §. 145, Note d, am Schluſs noch Folgendes. Flassan l. c. VI. 288—322. Im J. 1814 oder 1815, lieſs Groſsbritannien von Spanien sich versprechen, daſs dieses den Familienvertrag nicht erneuern werde. Bignon des proscriptions, T. II (Paris 1820. 8.), p. 273. — Der erste bourbonische FamilienVertrag ist vom 25. Oct. 1743; zum erstenmal gedruckt, bei Flassan l. c. V. 172—183.

S. 262, Z. 7 v. u., §. 162, am Schluſs noch Folgendes. — Völkerrecht und Vernunft lassen keine Protestationen zu, die eine contrahirende Macht heimlich, vor Unterzeichnung oder Genehmigung eines Vertrags, in der Absicht macht, die Wirksamkeit des Vertrags im Voraus zu vernichten *f*).

f) Eine solche Protestation, üblich bei den Juden unter dem Namen Mesires modue, erklärte der gefangene Franz I. vor Notar und Zeugen, am Vorabend der Abschliessung des madrider Friedens von 1526, des Inhaltes, daſs er nur durch Zwang den zu schliessenden Vertrag genehmige, und daſs solcher als nichtig zu betrachten sey. Flassan hist. de la dipl. franç., I. 332.

S. 264, Z. 14, §. 163. Am Schluſs dieses §. füge man Folgendes hinzu: Oft ist es wichtig, dem Vertrag eine ausdrückliche Stipulation einzuverleiben, über die Verfahrungs- und Entscheidungsart, vorzüglich durch *Schiedsrichter* (§. 318), bei noch bestehenden, oder bei künftig entstehenden Streitigkeiten über Sinn und Auslegung dieses oder eines andern Vertrags *c*).

c) Beispiele hievon in Verträgen der Vereinigten Niederlande, von 1648, zu Münster mit Spanien, Art. 21; von 1654, mit Groſsbritannien, Art. 28 u. 30, in Du Mont corps dipl., T. VI, P. II, p. 74, und das schiedsrichterliche Urtheil v. 30. Jul. 1654, ebendas. S. 85; von 1785, mit Oestreich, in dem Recueil von Martens. Auch die diplomatische Geschichte der Schweiz liefert Beispiele von ähnlicher Vorsicht, selbst für Streitigkeiten schweizerischer Unterthanen mit einem fremden Souverain. Man s. den Frieden mit Frankreich von 1516. Flassan hist. de la dipl. franç., I. 313. et suiv.

S. 266, Z. 10, §. 164, Note e. Nach 64—68 setze man: Bignon du congrès de Troppau, ch. V.

S. 271, §. 168, Z. 16, nach dem Wort „Unterhandlungen" setze man: vorzüglich in Hinsicht auf die verschiedenen Systeme, die hier in Anwendung kommen können, z. B. die Systeme der Freundschaft, der Gerechtigkeit, der Erhaltung, der Allianz, der Conföderation, der Garantie, des politischen Gleichgewichtes (§. 42, b), der Convenienz, der Centralisation, der Obergewalt, der Herrschaft u. s. w., so wie in Ansehung der Personen, welche etwa auf den Souverain oder das Ministerium Einfluſs haben. Im Allgemeinen, ist den Unterhändlern jene Gewandheit zu empfehlen, die auf anständigen Seiten- oder Mittelwegen, und durch überlegte Bedächtlichkeit zu erlangen trachtet, was ein stolzer Geist in raschem Schritt durchzusetzen vergebens sich bestreben würde. Immerhin muſs Liebe zur Wahrheit, Gerechtigkeit und Billigkeit, auch bei Unterhandlungen hervorleuchten; so genannte politische Lügen *c*), wären unvereinbar mit der Würde der Nationen.

c) Man s. Flassan l. c. VI. 435. 440, vergl. mit 332 u. f. 446 – 455.

Ebendaselbst, am Ende des §., nach „darstellen" noch Folgendes. Anlangend den Erfolg, so sind auch in der diplomatischen Laufbahn der Mann und das System zu unterscheiden, von den Umständen; und eben so Berechnung und Glück, hier, wo, wie im Krieg, Gelingen und Miſslingen wechseln.

S. 272, Z. 24, §. 168, Note b, nach „Bern 1777. 8." noch Folgendes. La politique de tous les cabinets de l'Europe (par M. Favier), angef. unten im Anhang, §. 38.

Ebendaselbst, Note b, am Schluſs, Folgendes: — Die Geschichte der Diplomatie liefert nicht selten Beispiele, wo, ausser der Bestechung, als Mittel zu dem Gelingen oder Miſslingen einer Unterhandlung, der Günstling, der Beichtvater u. s. w. eines Souverains, als Mittel gedient haben, wie die Jesuiten Wolf und d'Aubenton, beide Beichtväter, der eine des Kaisers Leopold I. (§. 107, b), der andere des Königs Philipp V. von Spanien. Flassan l. c. IV. 468.

S. 273, §. 169, Note b. Hieher gehören folgende Schriften. Jac. van Swinderen diss. de legationibus Lugd. Bat. 1717. 4. Traité des ambassadeurs. 1726. G. Quarles diss. de ea juris gentium specie quae in legato conspicitur. Lugd. Bat. 1771. 4. Teding van Berkhovt diss. de jure legatorum. Lugd. Bat, 1776. 4.

S. 275, Z. 19, §. 170, Note b, nach III. 117 ff. setze man: Bei dem Anfang der Gesandschaft, wird eine bestimmte Summe zu den Einrichtungskosten (à titre de frais de premier établissement) gegeben. Auch erfolgen zu Zeiten Gnadengeschenke (Gratificationen).

Ebendas. Z. 7, v. u. nach „ausserordentliche Kosten" setze man: namentlich Reisekosten und Aufwand auf ausserordentliche Feste, so wie die BüreauKosten, werden u. s. w.

S. 277, als zweite *Note* zu §. 171, nach dem Wort „Auswärtige" setze man: Die *ausserordentlichen Deputirten* (extraordinäre Gedeputeerdens), welche ehehin die Vereinigten Niederlande an fremde Souveraine schickten, waren Gesandte. Kluit hist. federum Belgii federati, II. 529.

S. 278, Z. 20, §. 172, Note b, am Schluſs setze man hinzu: — Als Envoyé confidentiel ward von Frankreich (1618 — 1638) bei verschiedenen Unterhandlungen in Spanien, in Italien, und in Teutschland, gebraucht, der Pater Joseph de la Tremblaye, Capuciner, von Richelieu sein *alter ego* genannt; er unterzeichnete sogar nebst dem französischen Gesandten, als „*Assistant*", den zu Regensburg 1630 mit dem Kaiser geschlossenen Frieden. Flassan hist. de la dipl. franç., II. 437 — 446. III. 49.

S. 279, Z. 12, §. 173, nach dem Wort „leisten" setze man: und ihre Rechtsgeschäfte gesetzmäsig zu beglaubigen.

Ebendas. Z. 13, v. u., nach „généraux" setze man: auch ist zuweilen bei dem GeneralConsul oder Consul ein Canzler (Secretär oder Notar) angestellt, so wie ConsulatZöglinge (élèves du consulat).

S. 281, Z. 15, §. 174, nach „geniessen b)" setze man: Um als Consuln von den Landesbehörden anerkannt zu werden, erhalten sie von der inländischen Staatsregierung ein Anerkennungs-Diplom (ein *Exequatur*, zu Constantinopel ein *Barat*).

Ebendaselbst, Z. 10 v. u., nach „Concessionen ab" setze man: Amtliche Einmischung der Consuln in PrivatStreitigkeiten, wird von den Gerichten nicht immer eingeräumt *).

*) Die Frage ist: kann ein Consul, als solcher, in PrivatStreitigkeiten zwischen Handelsleuten des Inlandes und seiner Nation, für die letzten interveniren, für sie Anträge machen, und in ihrem Namen Klage erheben? Verneinend

ward sie im J. 1800 entschieden, von dem PrisenGericht zu Paris. Man s. die Bibliothèque commerciale, par Peuchet, T. II, p. 239 et suiv. Für die bejahende Meinung s. man Borel a. a. O. S. 357—364. Die Rede ist hier nicht von der Intercession eines Consuls bei der Staatsregierung, wegen versagter oder verzögerter Rechtspflege. — So fern ein Consul die Eigenschaften eines Richters und eines diplomatischen Agenten in sich vereinigt, entsteht die Frage: ob Einwilligung seiner Regierung vorher einzuholen ist, ehe man wider ihn, in Hinsicht auf sein richterliches Benehmen, die SyndicatKlage oder die actio de damno injuria dato anstellen kann? Bejaht ward sie von dem pariser PrisenGericht. Peuchet l. c. I. 418. Borel, p. 220.

Ebendas. Z. 4 v. u., nach „accreditirt" setze man: Nicht immer wird den Consuln, zumal den GeneralConsuln, gestattet, in dem Bezirk ihres Consulats Handlung zu treiben *e*). Wird einem daselbst angesessenen Kaufmann das Consulat übertragen, so hat er solches mehr nach Art einer Commission, als eines Staatsamtes; auch empfängt ein solcher nicht leicht Gehalt *f*).

e) Borel l. c. p. 76.

f) Von dem Gehalt der Consuln, s. man Borel, p. 77 et suiv. Auch werden, für gewisse Bemühungen, Consulat- und Canzleigebühren gestattet, nach einer festgesetzten Taxe. Ebendas. S. 79 f. u. 347 f.

S. 288, Z. 16 v. u., §. 177, Note b, setze man: Im Mittelalter unterhielt nur der Papst beständige Legate, in Teutschland, in England, in Frankreich. In dem letzten fieng Ludwig XI. an beständige Gesandte zu unterhalten, an den Höfen von England und Burgund, die solches erwiederten. De Flassan hist. de la diplomatie franç., I. 247.

S. 289, Z. 8 v. u., §. 178, Note a, nach ch. 19., setze man: Beispiele von Entschuldigungen, die auf solche Art dem König von Frankreich 1664 von dem Papst, und 1702 von der Republik Venedig gemacht wurden, findet man in Flassan's hist. de la diplomatie franç., III. 312. IV, 83.

S. 312, Z. 2 v. u., §. 192, Note b, am Schluſs setze man hinzu: Eben so, im J. 1817, Preussen zu St. Petersburg u. Paris.

S. 321, §. 198, Note a, am Schluſs Folgendes. — Zuweilen liegt einem Gesandten zweifache Berichterstattung, von ver-

schiedenem Inhalt, ob, die eine an das Departement der auswärtigen Angelegenheiten, die andere an die Person des Souverains. Man s. Flassan a. a. O. IV. 462. 466. 468. VI. 189. 226. 328. u. vorzüglich 367. 374. VII. 2 u. 3. 10. 14. 20. 106. 111. Vie privée du cardinal Dubois (à Londres 1789). p. . . Auch ist er bisweilen angewiesen, dem Souverain Abschrift von demjenigen zu senden, was er von dessen Minister der auswärtigen Angelegenheiten empfängt. Flassan VI. 373. VII. 15. — Die Berichte eines Gesandten sind zu beurtheilen, nach seiner Lage und seinen Pflichten. Da die grosse Politik nicht immer Stoff liefert, so mufs er nicht selten kleinere Gegenstände, zuweilen sogar wenig anziehende Einzelheiten, zu Hülfe nehmen.

S. 329, §. 203, zu Note c, gehören folgende Schriften. Luderi Schoenne diss. de sanctitate legatorum. Lugd. Bat. 1697. 4. Andr. Visser diss. de legato jure gentium sancto. Lugd. Bat. 1751. 4. Al. van Suchtelen diss. de legato jure gentium sacro. Lugd. Bat. 1759. 4.

S. 345, §. 211, zu Note a, nach 17—19: Kluit hist. federum Belgii federati, II. 536 sqq. Domin. Arumaeus, an legatus, in principem ad quem missus est conjurans, puniri possit? — Zu Note d, am Anfang: Moser's Versuch, IV. 374 ff. Bynkershoek l. c. c. 17. Wicquefort, l'ambassadeur, I. 883. — Zu Note e, Zeile 1, nach 5 sq.: Bynkershoek l. c. c. 18 et 24. ibique in notis Barbeyrac p. 300—304. H. Cocceji diss. cit. de legato sancto, non impuni.

S. 387, §. 237, am Schlufs noch dieses: persönliche und Privat-Streitigkeiten der Souveraine (§. 50).

S. 388, Z. 10 v. u., §. 237, Note e, nach „20. März" setze man: und vom 20. und 21. Jun. — Sodann Z. 7 v. u., nach „21. März" ist beizufügen: vom 21. u. 22. Jun.

Ebendaselbst, am Schlufs der Note, nach „Bignon a. a. O." noch Folgendes. — Auch die Besorgnifs, dafs eine Macht einst eine andere bedrücken möge, ist für diese kein Rechtsgrund, sich defshalb, mittelst eines Kriegs bei einem dritten unschuldigen Staat zu erholen. Vergl. Flassan l. c. VII. 381. 80 f.

S. 390, §. 238, Note c, am Schlufs Folgendes. — M. s. Flassan l. c. III. 336. IV. 461. VII. 171. 174. — Doch machte Frankreich noch Kriegserklärungen bekannt, 1719 wider Spanien, ebendas. IV. 482; 1744 wider England und die Königin von Ungarn, 1747 wider die vereinigten Niederlande, 1756 wider England, ebendas. V. 187. 196. 273. VI. 38.

S. 391, §. 239, am Schlufs, nach „GegenManifest" noch Fol-

gendes. Nach dem Anfang der Feindseligkeiten, lassen die kriegführenden Mächte zuweilen bei andern Höfen *rechtfertigende Denkschriften* (Mémoires justificatifs) oder *Darstellungen ihres Benehmens* (Exposés de leur conduite), auch wohl *Bemerkungen* (Observations) über diese Denkschriften oder Darstellungen vertheilen *c*).

c) Man s. Flassan, l. c. VII. 168. 172. 174.

Ebendaselbst, am Schluſs der Note a, noch Folgendes. Flassan l. c. IV. 481. V. 187. 190. 196 198. VI. 467. VII. 512 et suiv.

S. 401, Z. 4, §. 247, zu dem Wort „gestattet", setze man Folgendes als *Note*. *a*) Oft sogar vermöge in früheren Verträgen enthaltener Stipulationen. Man s. den utrechter Frieden v. 1713, Art. 15, Vertrag zwischen Groſsbritannien und Ruſsland v. 1766, Art. 12; den zw. Dänemark u. dem Königr. beider Sicilien v. 1748, Art. 59, in Wenck cod. jur. gent. II. 275; den zwischen Preussen und den Verein. Staaten v. NordAmerika v. 1785, Art. 23; u. die Verträge der Verein. Niederlande, welche angezeigt sind in Kluit hist. federum Belgii federati, II. 473. Bynkershoek quaest. juris publ., lib. I. c. 2.

S. 410, Z. 4 v. u., am Schluſs des §. 254 füge man hinzu: — Ist die Prise, durch ein Kriegsschiff oder durch einen Caper, binnen des oben erwähnten Zeitraumes von 24 Stunden dem Feind wieder abgenommen worden (Reprise, §. 261), so wird sie ihren Eigenthümern zurückgegeben, unter Zurückbehaltung einer gewissen Quote *f*) für Kosten und Belohnung der Wiederabnahme. Erfolgt die Wiederabnehmung später, so wird, wenn sie von einem Kriegsschiff geschah, die Reprise dem Eigenthümer, unter Zurückbehaltung der genannten Quote, ebenfalls zurückgegeben, nicht aber wenn ein Caper sie wiedergenommen hat. Eben so wird es gehalten mit Reprisen, die dem Feind zum zweitenmal sind abgenommen worden *g*).

f) Die Gesetze der verschiedenen Nationen hierüber, s. man in v. Martens angef. Essai etc., bei v. Steck über Handelsverträge, S. 177 ff., und in Jacobsen's Handbuch über das practische Seerecht u. s. w., II. 522. Auch s. man den Art. 23 der Loi sur les prises, in dem Code Henry (de Henri, roi d'Hayti, gedruckt an Cap Henry, und bekannt gemacht am 20. Febr. 1812, in 8°).

g) Auch in dem Code Henry a. a. O. Art. 24 heiſst es: „Tout bâtiment pris par les ennemis, et une troisième fois repris par les bâtimens du Roi ou armés en course, deviendra la propriété du dernier preneur".

S. 436, Z. 10, §. 269, Note a. Am Schluſs setze man hinzu: Adr. Kluit hist. federum Belgii federati, II. 402. 489. I. 270. 305. 310. 185. 214. 217.

S. 440, Z. 12 v. u., §. 272, ist nach dem Wort *Militär Convention e*), Folgendes als Note e beizufügen.

e) So heiſst ein Staatsvertrag, durch welchen ein Staat einem andern gestattet, selbst in Friedenszeiten in seinem Lande eine bestimmte Anzahl Soldaten und Offiziere anzuwerben, um daraus für seinen Dienst auf gewisse Zeit ein abgesondertes Corps oder Regiment zu bilden. Vorzüglich SchweizerCantone, ehehin auch manche teutsche Fürsten, haben Capitulationen dieser Art mit Holland, Frankreich, Spanien u. a. geschlossen. Man s. unten Anhang §. 22. — (Hierauf muſs die im §. mit *e* bezeichnete Note mit *f* bezeichnet werden.)

S. 440, in der letzten Zeile, §. 272, Note b, am Schluſs, ist Folgendes beizufügen. — SubsidienVerträge, vorzüglich von Groſsbritannien und Holland geschlossen, findet man in v. Martens recueil, z. B. mit Schweden 1808, 1[illegible] 1813, mit Neapel 1808, mit Ruſsland und Preussen 1813, in [illegible]pplément, V, 2. 8. 558. 31. 568 ff. Auch s. man Kluit hist. [illegible]ii federati, II. 402. sqq. Flassan hist. de la dipl. fr. III. 20 [illegible] Ueber die Sucht, SubsidienVerträge zu schliessen, s. man Klüber's Abhandl. über das europ. StaatsMilitärSystem; in den Europäischen Annalen, 1805, V. 150 ff.

S. 448, Z. 17, §. 278, Note c, am Schluſs ist Folgendes zu setzen. — Den von der Pforte ausgefertigten *Capitulationen* haben einige den Namen Verträge mit Unrecht beigelegt. Diese setzen contrahirende Parteien voraus: jene Capitulationen enthalten nur einseitige Verleihungen von Privilegien und Exemtionen aus blosser Freigebigkeit, welche die Pforte einem andern Staat für dessen Unterthanen, zuweilen auch für fremde Unterthanen, bewilligt, die unter seiner Flagge Handel treiben und seinen Consuln sich unterwerfen. Sie beziehen sich auf Gesandte, ConsularAgenten und Dolmetscher, auf Kaufleute, auf Schiffcapitaine und Seeleute, auf Bischöfe, Kloster- u. a. Geistliche, und auf Kirchen. Man s. unten im Anhang, §. 12, Num. 4, u. Flassan hist. de la diplomatie franç., I. 366. II. 97. 224. 227. III. 417. und vorzüglich VII. 116—119. Wenck cod. juris gent. I. 538.

S. 512, Z. 3, §. 318, Note a, vor „Acte final" Folgendes: Bundesvertrag der schweizer Eidgenossenschaft vom 7. Aug. 1815, Art. 5, in Martens recueil, Supplément, VIII. 175.

zu

ZU DEM ANHANG.

S. 543, lin. ult., §. 12, als Num. 18 b Folgendes: Recueil des traités entre la République française et les différentes Puissances de l'Europe, depuis 1795 jusqu'à la paix générale. Paris, chez Treuttel et Würtz, 1803. Tomes ou Parties I—IV. 8.

S. 574, Z. 22, §. 37, als Num. 36 a b Folgendes. (Lucchesini, ... marchese de) Sulle Cause et gli Effeti della Confederazione renana ragionamento, etc. Italia. Vol. I. 1819. II. 1821. 8. Teutsche Uebersetzung: Historische Entwickelung der Ursachen und Wirkungen des Rheinbundes; vom Marchese Lucchesini. Aus dem Italien. von B. J. F. v. Halem. I. Th. Leipz. 1821. gr. 8.



DRUCKFEHLER.

S. 64, Z. 14 von unten (Note g), statt 137 setze man 173. — S. 94, Z. 11, statt 1775 setze man 1773. — S. 250, Z. 14, l. Cateau Cambrésis. — S. 338, Z. 14 v. u., statt Boezlueb setze man Boetselaer. — S. 346, Z. 6 v. u. l. Cellamare. — S. 418, Z. 21, statt 47 setze man 46. — 48.

